

Agenden

Aktivitäten

Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung

• • • • • •

• • • • • •

• • • • • •

2 0 0 1

• • • • • •

2 0 0 2

• • • • • •

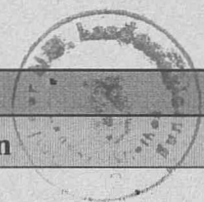
• • • • • •



311065

NOE Landesbibliothek

1311:7.



Innenrevision

Schwerpunkte 2001

Überprüfung von Dienststellen

Aufgabe der Innenrevision ist die Überprüfung sämtlicher Landesdienststellen und der dort tätigen Mitarbeiter im Auftrag des Landesamtsdirektors. Um für einen einheitlichen und geregelten Geschäftsgang zu sorgen, wird dabei vor dem Hintergrund der Gesetzmäßigkeit, Zweckmäßigkeit, möglichen Einfachheit, Raschheit und Sparsamkeit auf einen entsprechenden Geschäftsablauf in administrativer, kostenmäßiger und organisatorischer Hinsicht geachtet. Im Zuge dieser Prüfungen werden auch Rationalisierungsvorschläge unterbreitet.

Neben konkreten Anlassfällen wurde in der NÖ Landesnervenklinik Gugging die laufende Einschau abgeschlossen. Bei mehreren Bezirkshauptmannschaften wurden die Strafabteilungen überprüft. Schwerpunkte der Erhebungen waren dabei Verfahrensverzögerungen und Verjährungen sowie die Vorgangsweise bei der Erteilung von Ermahnungen.

Wegen der notwendigen Kosteneinschränkungen im öffentlichen Sektor wurde bei mehreren Dienststellen die Notwendigkeit der Nachbesetzung freigewordener Dienstposten geprüft. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die stichprobenartige Kontrolle der Internetnutzung.

Koordinierung und Auswertung von Prüfberichten anderer Kontrolleinrichtungen

Der Rechnungshof sowie der NÖ Landesrechnungshof legen ihre Ergebnisberichte der NÖ Landesregierung zur Abgabe einer Äußerung vor. Aufgabe der Innenrevision ist es, von den geprüften Dienststellen Stellungnahmen abzuverlangen, diese zu koordinieren und zur Beschlussfassung durch die NÖ Landesregierung vorzubereiten. Die Berichte anderer Kontrolleinrichtungen (Fachabteilungen, Buchhaltungsabteilungen) sowie die Stellungnahmen der betroffenen Dienststellen werden ausgewertet und – wenn notwendig – Nachkontrollen vorgenommen.

Dezentralisierung

2001 wurden weitere Dienstposten dezentralisiert. Es handelt sich dabei um Mitarbeiter, die nun in Amstetten und Zwettl – teilweise auch nur einmal pro Woche – ihren Arbeitsplatz haben.

Normerlässe

Das Projekt sieht vor, die Normerlässe und die Normerlass-Sammlungen einem zeitgemäßen verwaltungsökonomischen System unter Nutzung der Informationstechnologie anzupassen. Es wurde eine elektronische Lösung entwickelt, die einerseits einen raschen Zugriff auf die Normerlässe im Intranet ermöglicht und andererseits so benutzerfreundlich ist, dass die Erlässe ohne zusätzlichen Schulungsaufwand von allen Usern abgerufen werden können.

Mit 1. Oktober 2001 wurde der Echtbetrieb im Intranet eingeführt, wobei auch die zu den Normerlässen gehörigen Formulare in einer eigenen Intranetanwendung abrufbar sind. Die mit dem Projekt einhergehende Normerlassbereinigung soll bis Mitte 2002 abgeschlossen und dadurch eine umfassende Normenderegulierung durchgeführt werden.

Ziele 2002

Neben der Internetnutzung werden künftig auch die EKIS-Anwendungen sowie die Handhabung der elektronischen Dienstzeitkontrolle beobachtet werden.

Der Schwerpunkt der inhaltlichen Prüftätigkeit wird sich weiter von Systemprüfungen zu Querschnittsprüfungen verlagern. Im Hinblick auf einen sparsamen Personaleinsatz bei den Landesdienststellen kommt dabei der Effizienzprüfung besondere Bedeutung zu.

Beratungsstelle

Wie in den vergangenen Jahren war auch die Beratungsstelle beim Amt der NÖ Landesregierung im abgelaufenen Jahr 2001 von dem Bemühen getragen, dem Landesbürger zu dienen.

Eine für die Beratungsstelle beim Amt der NÖ Landesregierung vordringliche Aufgabe bestand in der Herstellung des Kontaktes zwischen dem Landesbürger und der Behörde bzw. Dienststelle, welche für die Bearbeitung bzw. Lösung des aufgeworfenen Problems zuständig ist.

Für die an die Beratungsstelle herangetragenen Fragen konnte für den Bürger jede zuständige Behörde bzw. jedes zuständige Gericht sowie jede hierfür zuständige Dienststelle eruiert werden. Diverse Nachfragen bei den zur Bearbeitung zuständigen Stellen haben ergeben, dass sämtliche Anliegen der Bürger einer Bearbeitung zugeführt wurden

und die Bürger gesetzeskonform beraten wurden. In diesem Zusammenhang darf festgehalten werden, dass die erforderliche Zusammenarbeit mit den Bezirkshauptmannschaften des Bundeslandes Niederösterreich wie mit den Gruppen und Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung sowie mit den Büros der Mitglieder der Landesregierung erfolgreich verlief. Allfällige vorgebrachte Beschwerden über eine schleppende Bearbeitung von Verwaltungssorgen konnten rasch einer Lösung zugeführt werden. Sehr viele von den Landesbürgern aufgeworfene Probleme konnten weitgehend zu deren Zufriedenheit geklärt werden.

Wie im vergangenen Jahr waren die vielfältigen Förderungen des Landes wie die Wohnbauförderung, Arbeitnehmerförderung, Familienförderung und die Wirtschaftsförderung – hier erkundigten sich hauptsächlich Jungunternehmer – und vor allem Förderungen im Sozialbereich Schwerpunkte der Anfragen. Eine besonders starke Zunahme erfuhren im abgelaufenen Jahr die Anfragen um Hilfestellung im Sozialbereich. Hier wandten sich besonders häufig Alleinerzieherinnen, wie Frauen mit Kindern, welche geschieden oder in Scheidung leben, an die Beratungsstelle. Auch Studentinnen und Studenten aus Niederösterreich ersuchten wiederholt um Stipendienberatung bei der Beratungsstelle. Hiezu darf angemerkt werden, dass ein Großteil der anfragenden Studentinnen und Studenten eine finanzielle Unterstützung für Auslandsstudien begehrte.

Um nachstehende Förderungen wurde von NÖ Landesbürgern bei der Beratungsstelle beim Amt der NÖ Landesregierung angefragt:

Allgemeine Förderung	1.800 Personen
Wirtschaftsförderung	500 Personen
Arbeitnehmerförderung	1.250 Personen
Umweltförderung –	
Energiesparförderung	500 Personen
Tourismusförderung	300 Personen
Studienförderung – Stipendien	500 Personen
Sozialhilfeleistungen	2.000 Personen

Eine sehr gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr war auch zwischen der Beratungsstelle beim Amt der NÖ Landesregierung und den Tages- und Bezirkszeitungen gegeben. Die von den Zeitungen herangetragenen Ersuchen um Hilfestellung für wirtschaftlich schwache Landesbürger konnten sehr häufig einer positiven Erledigung zugeführt werden. In diesem Zusammenhang darf die gute Zusammenarbeit mit dem Büro der Frau Landeshauptmann-Stellvertreter Liese Prokop erwähnt werden.

3

Die an Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll herangetragenen Beschwerden der Volksanwaltschaft der Republik Österreich wurden im Zusammenwirken mit den Gruppen und Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung sowie mit den Bezirkshauptmannschaften bearbeitet und die verlangten Stellungnahmen der Volksanwaltschaft der Republik Österreich vorgelegt.

Die via Österreichischer Präsidentschaftskanzlei an die Beratungsstelle beim Amt der NÖ Landesregierung herangetragenen Anliegen wurden nach Durchführung der erforderlichen Erhebungen ordnungsgemäß erledigt. Der Präsidentschaftskanzlei wurde hierüber berichtet.

Im beginnenden Jahr 2002 wird sich die Beratungsstelle beim Amt der NÖ Landesregierung ebenso wie im abgelaufenen Jahr 2001 bemühen, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Hilfestellungen für die Landesbürger zu setzen.

Informationstechnologie

Aufgaben und Schwerpunkte 2001

Euro

Die konkrete Euro-Umstellung der von der Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie erstellten Anwendungen erfolgte entsprechend dem mit dem Euro-Projektteam abgestimmten Umstellungskonzept:

- Umstellung bei fast allen Anwendungen, zum Teil sehr weit reichend und arbeitsaufwändig
- Umrechnung aller (auch der historischen) Schillingbeträge auf Euro
- Doppelte Preisauszeichnung bei allen nach außen gehenden Schreiben (Euro-Info-Zeile mit „Umdrehen“ von Schilling und Euro für den Zeitraum 1. 1. 2002 bis 28. 2. 2002)
- Umstellung auf das neue Bankenüberweisungsverfahren V3 auf EDI-FACT-Basis (hiezue wird im PC-Bereich die Konvertersoftware der Firma VTG verwendet; im Großrechnerbereich wurde im Rahmen der MPB-Umstellung auf den Euro ein Konverterprogramm erstellt, das allgemein verwendet wird; bei NÖSIN werden die V3-Nachrichten direkt erzeugt bzw. verarbeitet)

Kostenrechnung

Erstellung einiger neuer Berichte.

Outlook

Landesweit wurde Outlook als Standard-Mail-System in allen Bereichen der NÖ Landesverwaltung eingeführt.

Internet

Derzeit nutzen ca. 3.500 Benutzer das Internet.

- Der redundante Internetzugang über zwei getrennte Provider wurde realisiert.
- Erweiterung der Anwendung „Familienpass“ mit direkter Beantragung über das Internet
- Erstellung einer neuen Anwendung „Seniorenkarte“ ähnlich dem Familienpass, ebenso mit Beantragung über das Internet
- Unterstützung bei diversen Projekten hinsichtlich Internet-Know-How (Landesverkehrskonzept, CallCenter-Ausschreibung, geografische Karten im Internet, Web-Statistiken)
- Qualitätssicherung von neuen Internet-Seiten, Link-Checks
- Know-How-Erwerb in den Bereichen XML, eGovernment, Digitaler Signatur, Web Services, Content Management Systeme sowie der Internet-Ausrichtung bei den verwendeten Anwendungsentwicklungs-umgebungen (Magic 9, Microsoft.NET)
- Erstellen von Web-Style-Guides
- Erarbeiten und Vorbereiten von ausgewählten Web-Inhalten für behindertengerechte Darstellung (Web Accessibility Initiative der EU)
- Mitarbeit beim Bundesländerarbeitskreis „technische Arbeitsgruppe eGovernment“
- Planung von Portallösungen für eine gesicherte Anbindung an das BRZ (Bundesrechenzentrum) und das Bundesministerium für Inneres (MBI)
- Einführung eines globalen Virenschutzsystems und Datensicherheitsystems für die NÖ Landesverwaltung und laufende Betreuung und Wartung

Intranet

- Wartung und Erweiterung der bestehenden Helpdesk-Intranetseiten
- Mitarbeit bei der Neugestaltung des Intranets
- Neugestaltung des IT-Angebotes im Intranet

Netzwerke

- Laufende Anpassungen und Adaptierung der installierten Server (rund 160 Server)
- Aufbau eines Speicherverwaltungssystems und der dazu gehörigen Datensicherung (SAN)
- Übersiedlung GBA Krems

Betriebssysteme

- Beginn der Planung für das Server-Betriebssystem MS 2000, MS Windows XP für den Arbeitsplatz-PC

Infrastruktur

- Ausschreibung und Vergabe für die Neuinstallation der gesamten Netzwerkinfrastruktur für 16 Standorte in ganz Niederösterreich
- Planung einer zusätzlichen EDV-Zentrale
- Errichtung Vernetzung Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde – Außenstelle Bad Pirawarth

- Errichtung Vernetzung Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik – Südstadt

Großrechnerbetrieb

Vorbereitung und Durchführung der Übernahme des Großrechnerbetriebs durch das Bundesland Oberösterreich ab Ende 2002.

NÖ LAKIS

(Niederösterreichisches Landeskommunikations- und Informationssystem)

- Termingerechte Umstellung durch die Firma Unisys auf das neue LAKIS-Basisprodukt Fabasoft Components mit 1.300 Benutzern, 200.000 Ordnungsnummern und 1,5 Mio. Dokumenten. Damit verbunden waren umfangreiche Schulungen und organisatorische Vorbereitungen für neue ELAK-Vorlagen. Die Umstellung an sich ist gut verlaufen, Schwierigkeiten gab und gibt es vor allem in den Bereichen Stabilität und Antwortzeitverhalten des Systems, teilweise auch in der Handhabung und organisatorischen Umsetzung.
- Pilotprojekte mit dem neuen Basisprodukt Fabasoft Components in den Abteilungen Agrarrecht, Bodenreform, Landwirtschaftsförderung und Forstwirtschaft

Ziele für 2002

- Weitere Ausstattung im Amt der Landesregierung, Beginn der Ausstattung auf den Bezirkshauptmannschaften
- Konsolidierung des Einsatzes mit dem neuen Basisprodukt Fabasoft Components

Bezirkshauptmannschaften

- **Bürgerbüros.** Planung Infrastruktur, Automatisierung der Softwareinstallation
- **BH-Neu.** Mitwirkung beim Projekt „BH-Neu“ und im „Koordinationsteam für die Folgeprojekte des Effizienzprojektes“ und „Anlagenabteilung“
- **BH-Netzwerk.** Neuinstallation der gesamten Netzwerkstruktur für die Bezirkshauptmannschaften Mödling, St. Pölten und Lilienfeld
- **Fremdenpolizei.** Beginn der Umstellung der bestehenden Anwendung auf Windows-Version
- **Netzwerkinstallation.** Ausschreibung und Vergabe für die Neuinstallation der gesamten Netzwerkinfrastruktur in 12 Bezirkshauptmannschaften
- **Waffen.** Einführung der österreichweit einheitlichen Anwendung des Bundesministeriums für Inneres (örtliches Waffenregister) bei mehr als der Hälfte der BHs
- **Pass.** Inbetriebnahme der neuen Anwendung „Zentrales Identitätsregister“ bei den Bezirkshauptmannschaften, Erweiterung für den Personalausweis in Chipkartenformat
- **Amtskasse.** Umstellung auf das neue Girokonten-System (Cash Pooling)

● **Jugendwesen.** Inbetriebnahme des Amtskassensystems in den Jugendabteilungen für die Pflegegelder-Auszahlung (Daueraufträge)

● **Gewerbe.** Schnittstelle zu Outlook (Versenden aller Verständigungen über e-mail); Verknüpfung mit Verfahrensexpress; Umstellung des NÖ-Zentralregisters auf eine neue Version

● **Zeiterfassungssystem.** Einführung bei 14 Bezirkshauptmannschaften

● **Strafwesen.** Inbetriebnahme der elektronischen Anzeigenübermittlung von der Gendarmerie

Projekt NÖSIN
(IT-Einsatz im Sozialbereich)

Bereich Soziales. Die durch die Firma PCC entwickelte Anwendung geht mit Jahresbeginn 2002 in Produktion. Neben den notwendigen Abklärungen, Tests und Abnahmen erfolgten die Schulungen bei allen Sozialabteilungen der Bezirkshauptmannschaften und bei der Abteilung Sozialhilfe sowie organisatorische Vorbereitungen, Aufbau einer Clearingstelle bei der Abteilung Sozialhilfe.

Personalbereich

● Umfangreiche, aufwändige Euro-Umstellung (Großcomputer hat ca. eine Woche ununterbrochen gerechnet)

● Diverse, zum Teil umfangreiche Änderungen (Lohnsteuer, VB bei BVA versichert, automatische SV-Meldungen, Überstundenbehandlung bei Lehrern)

● Mitarbeiterverwaltung, Reisekostenabrechnung, Urlaubsevidenz, Leistungserfassung: Umstellung auf neue Version (Access 2000) mit zentraler Datenbank (SQL-Server), Konzept zur Einbindung der Zeiterfassung

Zeiterfassungssystem

Start eines Pilotbetriebs im Bereich NÖ Landhaus (Einrichten der Hard- und Software, Schulung der Zeitbeauftragten, Kartenerstellung, Auswertungen)

Förderungsbereich

● **Wohnungsförderung.** Neukonzeption des Bereichs Mehrfamilienhäuser, Realisierung mit Fabasoft Components unter Einbeziehung des elektronischen Aktes in Form von Prototyping-Phasen, bisher Pilotbetrieb einschließlich Einreichen der Unterlagen über Internet mit digitaler Signatur und Statusabfrage durch den Förderungswerber

● **Wohnbauförderung-Eigenheime.** Änderung der Parteienverkehrszeiten, Verzinsung der Direktdarlehen lt. EU, komplette Reorganisation der Datenbanken bedingt durch die Euro-Einführung, Euro-Umstellung (insgesamt 8 Neuprogramme und 240 Programmänderungen), Erstellung eines Neuprogrammes im Zuge der Dorferneuerung

● **Wohnbeihilfe/Superförderung.** Automatische Anschreiben für Parteigehör, Ablehnung und Zurückweisung (3 Neuprogramme)

● **Mehrfamilienhäuser-Rückzahlung.** Entwicklung einer Anwendung zur Erfassung der Daten, die auch im Rahmen des MH-Projektes verwendet werden.

Mehrphasenbuchführung (MPB)

Neben der Euro-Umstellung, die besonders sorgfältig zu testen war, wurden mehrere Änderungen eingebaut.

Kreditverwaltung,
Verlagsführung

● Die Möglichkeit einer Auslagerung von Altdaten wurde geschaffen und die Euro-Umstellung vorbereitet.

● Die Dienststellen wurden bei der Durchführung der Auslagerung unterstützt.

● Beim GBSR wurden alle Berufsschulen mittels Schnittstellen abrufbar gemacht.

● Neuinstallationen und Schulung bei: Abteilung Finanzen, Gruppe Raumordnung und Umwelt, Gruppe Land- und Forstwirtschaft, Abteilung Kultur und Wissenschaft – Asparn, NÖ Landesausstellung, Abteilung Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten, Abteilung Umwelttechnik und Abteilung Wasserbau.

Adressverwaltung

Neuer Zahlscheindruck.

Access- und ASP-Lösungen
(ASP = Active Server Pages für Darstellung von Daten im Internet)

● Betreuung der Anwendung Einmalkostenrechnung

● Neuerstellung der Anwendung „Standardisierung des Vergabewesens“ für die Gruppe Hochbau

● Unterstützung von Fachabteilungen bei der Entwicklung von Anwendungen mit Access

● Beginn der Realisierung der Anwendung „Auslandsfahrgenehmigungen“ für die Abteilung Gewerberecht

● Erweiterungen mit ASP für die Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen zur Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft

● Erstellung einiger ASP-Anwendungen, Unterstützung bei Lösungen, die Firmen für diverse Abteilungen erstellt haben (Seminarverwaltung für die Kindergartenabteilung, Schutzengelaktion für die Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten)

● Erstellen der Anwendung Normerlässe als ASP-Anwendung mit Datenhaltung in Fabasoft Components und Volltextsuche

NÖ Bildungsnetzwerk

Mitarbeit bei der Erstellung einer EU-weiten Ausschreibung.

Vernetzung
NÖ Straßenmeistereien

Mitarbeit bei der Erstellung einer EU-weiten Ausschreibung.

Inventarverwaltung

Erstellen eines Grob- und Detailkonzeptes für die Umsetzung auf Basis des Standardprogrammes ARS Remedy, das für die Asset-Verwaltung im Einsatz ist (Assets – alle installierten IT-Komponenten).

MS-Office-Makroprogrammierung

Erstellung von Makros für Kostennoten, Euroumrechnung usw.

Wasserdatenverbund

Mitarbeit bei der Realisierung, Datenübernahme und Inbetriebnahme des Wasserbuches.

Sammlungsbestände des
NÖ Landesmuseums

Erarbeitung einer Ausschreibung für eine Anwendung zur Verwaltung der Sammlungsbestände des Landesmuseums mit der Abteilung Kultur und Wissenschaft.

Gemeindefinanzen

Änderungen bei den Ertragsanteilen und der Berechnung des Finanzausgleichs.

Fahrzeug-Einzelgenehmigungen

Erstellen eines Detailkonzeptes.

Volltextabfragesystem

Schrittweise Ablöse des über 20 Jahre im Einsatz befindlichen STAIRS durch Lösungen auf Basis von Fabasoft Components und dem Indexserver analog zu den Normerlässen.

Sprachkommunikation

Rufnummernumstellung für alle Bereiche des Amtes der Landesregierung an den Standorten Tulln und Wien sowie alle Bezirkshauptmannschaften und Gebietsbauämter.

Benutzerbetreuung

Konzipieren und Umsetzen eines Projektes zur Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den Dienst-

stellen und der Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie, Aufbau von Informationen und speziellen Anwendungen dazu im Intranet.

Statistik 2001

- Neuinstallationen bzw. Neuanschaffungen Hardware

PCs	1.500
Monitore	470
Laptops	165
Laserdrucker	519
Tintenstrahldrucker	129
Matrixdrucker (inkl. Bürgerbüro)	62
Scanner (inkl. Bürgerbüro)	106
Novell-Server	66
NT-Server	18
Faxgeräte	50
Troubletickets (Reparaturen)	1.500
Patchungen	500

- Programminstallationen
 - ca. 1200 EA-Lizenzen (Windows NT, MS-Office, Netscape Communicator)
 - Installation einer neuen Antivirenprogramm-Version und Versand an alle Dienststellen des Landes
- Schulungen
 - 156 Kurstage mit 761 Teilnehmern
 - NDS-Workshop für IT-Koordinatoren

Kanzleiaufsicht

Aufgaben und Schwerpunkte 2001

Der Kanzleiaufsicht obliegt die Besorgung der Aufgaben des Inneren Dienstes im Bereich des Kanzleidienstes (Sorge für einen einheitlichen und geregelten Geschäftsgang in der Verwaltung). Die Änderungen in den Anforderungen und das Fortschreiten der technischen Entwicklung sowie eine geänderte Gesetzeslage bedingen eine ständige Aktualisierung der für den Kanzleidienst geltenden Regelungen. Schwerpunkt in diesem Bereich waren die Vorbereitungsarbeiten zur Ausarbeitung einer Neufassung der Dienstanweisung Kanzleiordnung.

Dienstanweisung Kanzleiordnung

Im Februar 2001 wurde die Neufassung der Dienstanweisung Kanzleiordnung erlassen. Dabei wurde den zeitgemäßen Anforderungen des verstärkten Einsatzes moderner Technologien und Kommunikationsmöglichkeiten Rechnung getragen.

Zur Unterstützung bei der Handhabung und Anwendung der neuen Kanzleiordnung wurden Workshops mit den Kanzleileitern, den Bürodirektoren und Kanzleimitarbeitern der Gebietsbauämter durchgeführt.

Aus- und Weiterbildung

Ergänzend zur praktischen Ausbildung des Kanzleipersonals bei den Dienststellen wurde bei Einführungskursen für Neuaufnahmen und Vorbereitungskursen für die Kanzleiprüfung vorgetragen. Bei Kursen für Techniker aus Anlass ihrer Dienstprüfung sowie in Seminaren der Aus- und Weiterbildung wurde die Materie Kanzleiordnung behandelt.

Bei den Prüfungen für den Dienstzweig Kanzleidienst hat die Kanzleiaufsicht ebenfalls mitgewirkt.

Mit den Bürodirektoren wurde wieder ein Seminar im Rahmen der Aus- und Weiterbildung abgehalten. In diesem Seminar wurden aktuelle Problembereiche der Bezirkshauptmannschaften behandelt und Lösungsvorschläge erarbeitet.

Mit den Kanzleileitern des Amtes der NÖ Landesregierung wurden in Dienstbesprechungen die aktuellen Anliegen besprochen.

Überprüfung von Landesdienststellen

In den letzten Jahren konnten in den Kanzleien des Amtes der NÖ Landesregierung umfangreiche Personaleinsparungen erzielt werden. Für weitere Einsparungen sind nunmehr aufwendige Erhebungen bzw. intensive Beratungen für organisatorische Änderungen in Arbeitsabläufen erforderlich.

Ein weiteres Einsparungspotential ist durch Zusammenlegung von Organisationseinheiten zu erzielen. Es konnte z. B. durch die schrittweise Zusammenlegung von Kanzleien in der Gruppe Wirtschaft, Sport und Tourismus in diesem Bereich eine Einsparung von drei Kanzleidienstposten realisiert werden. Mit dem Abschluss der Überprüfung der Landesnervenklinik Gugging (gemeinsam mit der Innenrevision) konnte von der Kanzleiaufsicht ein Einsparungspotential von 7,75 Dienstposten im Kanzlei- bzw. Sekretariatsbereich festgestellt werden.

Weitere Aktivitäten

- Anpassung der Regelungen für die Postabfertigung an die Geschäftsbedingungen der österreichischen Post und weitere Maßnahmen zur Ausweitung der Möglichkeiten für Sammelpost mit dem Ziel der Portokosteneinsparung
- Verbesserung der technischen Ausstattung in der Poststelle, damit der erhöhte Anfall von Massensendungen und Zeitungsversand sowie der zentrale Druck und Versand der Anonymverfügungen der Bezirkshauptmannschaften und der jährlichen Fischerkarten-Zahlscheine mit dem zur Verfügung stehenden Personal, bewältigt werden kann
- Stellengnahmen an die Personalabteilungen zu diversen Personalanfor-

derungen und Vorschläge für Personalmaßnahmen im Kanzleibereich

- Aktualisierung der für den Kanzleidienst bestehenden Erlasse und Informationen
- Im Rahmen der Textkoordinierungsstelle wurde das gesamte Texthandbuch hinsichtlich des Wegfalles der Stempelmarken und für die Anwendung der „Schilling-Infozeile“ vorbereitet
- Mitwirkung bei Projektgruppen und Arbeitskreisen – z. B.: Normerlässe Intranet, Euro-Umstellung
- Organisation der Übernahme von Normerlässen ins Intranet und deren Versand mittels e-mail durch die Allgemeine Schreibstelle. Dabei werden auch die zugehörigen Formulare für den Nutzer im Intranet aufbereitet.
- Der stark steigende elektronische Posteingang an die Landes-e-mail-Anschrift bei der Allgemeinen Schreibstelle erfordert umfangreiche Betreuung

Allgemeine Schreibstelle

Die Allgemeine Schreibstelle hat die Aufgabe, den zentralen Posteingang für Telekopien und e-mails des Amtes der NÖ Landesregierung zu verwalten. Im Jahr 2001 sind ca. 3.000 e-mails eingelangt und es wurden fast 400 e-mails abgesendet. Die Tendenz bei e-mail ist weiter stark steigend.

Durch die Auflassung des Fernschreibdienstes mit Jahresende 2001 muss der bisher mittels Fernschreiben durchgeführte Schriftverkehr auch auf Telekopie bzw. e-mail umgestellt werden.

Bei der praktischen Schulung und Ausbildung von Kanzleibediensteten wurde besonders auf die rationelle und ordnungsgemäße Herstellung von Schriftstücken geachtet. Ebenso erfolgten Einschulungen auf den technischen Geräten der Allgemeinen Schreibstelle.

Die Aufnahmetests für Bewerbungen in den Kanzleidienst wurden auch im Jahr 2001 wieder von der Allgemeinen Schreibstelle durchgeführt.

Im Rahmen der Möglichkeiten wurden die Dienststellen bei der Bewältigung von Schreibarbeiten sowie bei der Erstellung und Durchführung von großen Aussendungen unterstützt.

Poststelle

Der Poststelle obliegt die Übernahme und Aufteilung der einlangenden Post für den gesamten Bereich des Amtes der NÖ Landesregierung sowie der Postversand. Von der Poststelle wird auch der Postdienst zwischen St. Pölten, den dezentralisierten Standorten des Amtes der NÖ Landesregierung und allen Bezirkshauptmannschaften organisiert und abgewickelt.

Die Adressierung von Massensendungen bzw. Zeitschriften umfasste ca. 3 Mio. Stück und erfolgt fast vollständig

auf der zur Verfügung stehenden Maschine für Direktadressierung. Mit den Kuvertieranlagen wurden über 1,6 Mio. Sendungen verarbeitet. An Portogebühren mussten für die Dienstpost über 1,6 Mio. Euro (fast 23. Mio. Schilling) aufgewendet werden. Die Erhöhung der Portokosten wurde im Wesentlichen durch die starken Gebührenerhöhungen bei den Massensendungen verursacht.

Zentralregistratur

Die Zentralregistratur hat die Aufgabe, alle Akten und Schriftstücke der Gruppen und Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung bis zu deren Übergabe an das Landesarchiv zu verwahren. Von 33 Dienststellen wurden Akten in ca. 1.300 Aktenkartons zur weiteren Aufbewahrung übernommen. Zur Reduzierung des Lagerbedarfes konnte der Inhalt von 415 Aktenkartons zur Verfilmung vorbereitet und der Mikrofilmstelle weitergeben werden.

Im Dezember 2001 wurden die Aktenbestände der Jahrgänge von 1946 bis 1955 dem Landesarchiv übergeben. Es waren dies 912 Aktenkartons und 90 Laufmeter Nachschlag- und Protokollbücher.

Mit dem Papierwolf wurden ca. 76.000 kg ausgeschiedenes Aktenmaterial zerkleinert und der Altpapierverwertung zugeführt. Weiters wurden Mikrofilme und Datenträger entsprechend den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet. Für die Entsorgung der alten Kfz-Kennzeichentafeln wurden im Jahr 2001 ca. 830 kg von den Bezirkshauptmannschaften übernommen und der Wiederverwertung zugeführt.

Ziele 2002

- Durchführung von Informationsseminaren für Kanzleileiter und Bürodirektoren über die Neuerungen im technischen und organisatorischen Bereich des Kanzleidienstes
- Neuordnung der Kanzleiorganisation in den Gruppen des Amtes in Anlehnung an die Ergebnisse der Effizienzprojekte
- Überprüfung von Landesdienststellen hinsichtlich rationellerer Arbeitsabläufe und Personaleinsparungsmöglichkeiten (teilweise gemeinsam mit der Innenrevision)
- Ausarbeitung von Vorschlägen für rationellere Arbeitsabläufe und Einsparungsmöglichkeiten
- Mitwirkung bei Projektgruppen
- Überarbeitung des Standardregelwerkes zur Einführung/Anwendung des ELAK in den Dienststellen (Berücksichtigung der Änderungen durch Components)
- Wartung und Ergänzung der für den Betrieb der Servicestellen erforderlichen Unterlagen im NÖ LAKIS „Handbuch für die Servicestellen“

- Änderungen bzw. laufende Aktualisierung der Materienvverzeichnisse über Anträge der Dienststellen sowie im Rahmen der LAKIS-Einführung
- Mitwirkung bei der Aus- und Weiterbildung Schwerpunkt „Anwendung der Kanzleiordnung“
- Ausbildung von neu aufgenommenen Kanzleibediensteten
- Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der Zentralen Dienste durch Einsatz neuer technischer Geräte sowie deren Ausnutzung
- Stellungnahmen an die Personalabteilungen zu diversen Personalanforderungen und Vorschläge für Personalmaßnahmen im Kanzleibereich

Verwaltungsinnovation

Schwerpunkte 2001

Pilotversuch Umweltmanagementgesetz

Der Pilotversuch wurde im Frühjahr 2001 abgeschlossen. Mitte 2001 hat der Nationalrat das Umweltmanagementgesetz beschlossen, wobei die Ergebnisse des Pilotversuches weitgehend berücksichtigt wurden.

Einführung eines ‚Call-Center-Konzeptes‘ in der NÖ Landesverwaltung

Die NÖ Landesregierung hat mit Beschluss vom 7. 11. 2000 ein Konzept zum Einsatz eines Call-Centers für den Bereich der NÖ Landesverwaltung in Auftrag gegeben. Mit der konkreten Realisierung des Konzeptes wurde – nach Durchführung des entsprechenden Vergabeverfahrens – eine NÖ Bietergemeinschaft beauftragt.

Nach Durchführung einer ‚Machbarkeitsstudie‘ (bis Februar 2001) mit den Schwerpunkten: personelle und organisatorische Ressourcen; technische Analyse der vorhandenen Infrastruktur und deren Auslastung; Nutzen-/Kostenanalyse; Chancen-/Risikanalyse; Umsetzungskonzept erfolgte die ‚Konzepterstellung‘ (Februar bis Juli 2001) mit den Inhalten: Aufgabenstellung; Rahmenbedingungen; eigenes Call-Center oder Outsourcing; Realisierungsphasen; Qualifikation der Agents; Kosten-/Nutzen-Analyse; Empfehlungen des Consulting-Teams.

Mit August 2001 begann die Phase ‚Ausschreibung und Bewertung‘, wobei ein EU-weites 2-stufiges Verhandlungsverfahren mit öffentlicher Bekanntmachung vorgenommen wurde. Nach Abschluss der Bietersuche wurde in einer Verhandlungsphase mit ausgewählten Bietern der Zuschlag vorbereitet. Dieser erfolgte schließlich durch Regierungsbeschluss Anfang Dezember 2001.

Effizienz- und Effektivitätsprojekte in den Gruppen und Abteilungen

Ablauf

- Projektteam in der eigenen Organisationseinheit (Gruppe oder Abteilung)
- Bei Projektstart und bei Projektende Informationsveranstaltungen (Leiter, Vertrauenspersonen, alle Mitarbeiter)
- Fachliche Unterstützung durch die Firma INFORA
- Koordination und Betreuung aller Projekte durch die Abteilung Landesamtsdirektion – Verwaltungsinnovation

Inhalt

- Erstellen eines Leistungskataloges, Feststellen der derzeit gebundenen Ressourcen, Analyse der Abläufe
- Erstellen eines Vorschlagskataloges für Veränderungen und Maßnahmen auf folgender Basis: „Welche Leistungen soll die Landesverwaltung in Zukunft erbringen? In welcher Form und mit welchen Ressourcen (Personal und Sachmittel)?“

● **Gruppe Wirtschaft, Sport und Tourismus.** Folgeprojekte und Umsetzungsmaßnahmen wurden mit den einzelnen Abteilungen vereinbart. Beispiele: Neuorganisation der Arbeitsverteilung in der Abteilung Gewerbe-recht, Neuorganisation Förderabwick-lung Abteilung Sport

● **Gruppe Land- und Forstwirtschaft.** Derzeit werden Folgeprojekte und Umsetzungsmaßnahmen mit den einzelnen Abteilungen durchgeführt.

Beispiele: Kostenbeteiligungsmodelle in der landwirtschaftlichen Bauberatung Änderungsentwürfe für Fischereigesetz und Jagdgesetz werden ausgearbeitet, mit dem Ziel, Verwaltungsaufwand einzusparen

● **Gruppe Hochbau.** Die Gruppe befindet sich derzeit in der Umsetzungsphase.

● **Gruppe Raumordnung und Umwelt.** Veränderungsmaßnahmen werden mit dem neuen Gruppenleiter besprochen und aufgesetzt.

● **Abteilung Gebäudeverwaltung.** Hier ist nur eine Abteilung einbezogen, weil diese so viel Personal umfasst wie sonst eine ganze Gruppe.

Lenkungsausschuss ist fixiert, anschließend Umsetzung

● **Agrarbezirksbehörde.** Prioritätenkatalog für die Umsetzungsmaßnahmen und Projekte ist vereinbart.

Erste Umsetzungsberichte liegen vor, Umsetzung liegt im Zeitplan.

● **Gruppe Wasser, Gruppe Baudirektion mit den Gebietsbauämtern.** Abteilung Wasserrecht und Schifffahrt ist umgesetzt, soweit keine gesetzliche Änderung von Bundeseite notwendig.

In der Abteilung Siedlungswasserwirtschaft laufen 2 Folgeprojekte (Wasser-

bau und landwirtschaftlicher Siedlungswasserbau)

Für die Abteilung Wasserwirtschaft werden Folgeprojekte abhängig von Bezirkshauptmannschaft-Folgeprojekten und der Verwaltungsreform (bundesgesetzliche Änderung) aufgesetzt.

Abteilung Hydrologie erfährt eine Neuorganisation durch neuen Abteilungsleiter.

● **Bezirkshauptmannschaften.** Folgeprojekte sind gestartet. Bürgerbüros sind in jeder Bezirkshauptmannschaft eingerichtet worden.

● **Die noch fehlenden Gruppen.** Der Start der noch fehlenden Gruppen wird vermutlich Anfang 2002 erfolgen.

Weiterer Schwerpunkt im heurigen Jahr war der Einschauerbericht zur Rechnungshof-Querschnittsprüfung „New-Public-Management“.

Organisationsverbesserung in der Landesfeuerweherschule in Tuilln

Ein Bericht liegt vor und die Umsetzung wurde gestartet.

LAKIS-Einführung

In der Gruppe Land- und Forstwirtschaft wurde LAKIS nach der Definition des Einsparungspotentials als Projekt aufgesetzt. Die Startklausuren und Workshops bereiteten für die MitarbeiterInnen die weitere Arbeit im Projekt vor.

Internet

Die Neugestaltung des Internetauftrittes im Vorjahr wurde durch neue Angebote und Formulare weiter fortgesetzt. Die Beantwortung der immer mehr hereinkommenden e-mail-Anfragen erfordert ein starkes Engagement um rasche und treffsichere Beantwortungen oder Weiterleitungen an die fachlich zuständigen Dienststellen zu ermöglichen.

Intranet

Im August 2001 konnte das Intranet in neuem Design und neuer Struktur für die allgemeine Benutzung freigegeben werden. Die Zielrichtung des einheitlichen Erscheinungsbildes der einzelnen Applikationen und die noch verstärkte Benutzerorientierung erforderten interne Umfragen, mehrere Testläufe von Prototypen bis zur Freischaltung noch in der Ferienzeit. So konnten kleinere Fehler noch korrigiert werden, bevor die Bewerbung in den Abteilungen und auf den Bezirkshauptmannschaften erfolgte.

Gemeinsam mit dem neuen Intranet ist auch die Anwendung der Normerlässe (Datenbank und Formulare) erschienen.

Projektmanagement Allgemein

Seminare und Schulungen

Neben den Führungskräfte Seminaren zum Thema Organisation fanden von Mitarbeitern der Verwaltungsinnovation auch verschiedene 1-, 2- oder 3-tägige

Seminare bzw. Klausuren zum Thema Projektmanagement statt.

Eintägige Seminare wurden auch zum Thema New Public Management abgehalten.

Projektbegleitungen

Betreuungen erfolgten im Speziellen für die Projekte und Bereiche

- „Jupro“ – Jugendwohlfahrt neu in NÖ
- „Nögis“ – Bereichsorganisation
- Wiffos in der Sportabteilung
- Organisation der Abteilungen Gewerbeamt, Wasserrecht und Schifffahrt, Seminaradministration, Suchtkoordination, Umweltverträglichkeitsprojekte in der Abteilung Umweltrecht, Umweltprojekte in der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung
- Effizienzfolgeprojekte in der Abteilung Wasserbau
- Umorganisation der Gruppe Hochbau
- Normerlässe Neu
- Kommunikation Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie – Dienststellen

Plattform für Projektleiter

Die im Jahr 2000 gegründete Plattform für Projektleiter beschäftigte sich mit folgenden Themen:

- Supervision
- e-government
- Coaching für Projektleiter

Organigramme, Arbeitsverteilungspläne, Stellenbeschreibungen

Die Beurteilung, Bearbeitung und Evidenz von Arbeitsverteilungsplänen, Organigrammen und Stellenbeschreibungen der Dienststellen erfolgt laufend. Dienststellen ersuchen verstärkt um Unterstützung bei der Erarbeitung dieser Unterlagen, vor allem wird Hilfe bei den Stellenbeschreibungen benötigt.

Öffentlichkeitsarbeit des Inneren Dienstes

NÖ Schriften

Die Reihe der NÖ Schriften wurde trotz massiver Einsparungen weiter fortgesetzt durch folgende Ausgaben:

- Nr. 131: Broschüre zur Patientencharta, Die Patientenrechte in Niederösterreich, St. Pölten, März 2001; 3-85006-130-2
- Nr. 132: Agenden/Aktivitäten 2000/2001, St. Pölten, Juni 2001; 3-85006-131-0
- Nr. 133: Statistisches Handbuch des Landes NÖ, 25. Jahrgang 2000/2001, Maria Enzersdorf, Oktober 2001; 3-85006-132-9

Mitarbeiterzeitung „Landhaus aktuell“

Die Mitarbeiterzeitschrift „Landhaus aktuell“ musste nach 41 Ausgaben im August 2001 eingestellt werden. Die Ergebnisse eines Effizienzprojektes bei der Abteilung Allgemeine Verwaltung machte diesen Schritt erforderlich.

Verfassungsdienst

Aufgaben und Schwerpunkte 2001

Legistik

Im Bereich Legistik sind sowohl die Fachabteilungen, die Gesetzes- und Verordnungsentwürfe erstellen, zu betreuen als auch die vom Bund ausgesendeten Entwürfe zu begutachten. Darüber hinaus ist die Teilnahme an Besprechungen mit den Fachabteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung sowie mit den Bundesdienststellen erforderlich.

Landesrecht

Aus der Fülle der landesrechtlichen Vorschriften, an denen der Verfassungsdienst mitgewirkt hat, wird auf folgende Gesetze und Verordnungen hingewiesen:

Neue Gesetze

- NÖ Elektrizitätswesengesetz 2001 (NÖ EIWG 2001), LGBl. 7800-0
- Geschäftsordnung (LGO 2001), LGBl. 0010-0

Novellen von Gesetzen

Folgende Gesetze wurden geändert:

- NÖ Spitalsärztegesetz 1992 (NÖ SÄG 1992), LGBl. 9410-3, 9410-4
- Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich (NÖ UVSG), LGBl. 0015-11
- Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972, LGBl. 2200-49, 2200-50, 2200-51
- Landes-Vertragsbedienstetengesetz (LVBG), LGBl. 2300-28
- NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (GBDO), LGBl. 2400-36, 2400-37
- NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1976 (GVBG), LGBl. 2420-41
- NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 (GBGO), LGBl. 2440-39, 2440-40,
- NÖ Bezügegesetz, LGBl. 0030-16
- NÖ Gemeinde-Bezügegesetz (NÖ GBezG), LGBl. 1005-13, 1005-14
- Kremser Stadtrecht 1977, LGBl. 1010-11
- St. Pöltner Stadtrecht 1977, LGBl. 1015-12
- Waidhofner Stadtrecht 1977, LGBl. 1020-11
- Wr. Neustädter Stadtrecht 1977, LGBl. 1025-11
- NÖ Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetz, LGBl. 3800-2, 3800-3
- NÖ Schulaufsichts-Ausführungsgesetz 1975, LGBl. 5010-9, 5010-10
- NÖ Gemeindeärztegesetz 1977 (NÖ GÄG 1977), LGBl. 9400-8, 9400-9
- NÖ Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1991 (LFBABO 1991), LGBl. 5030-4, 5030-5

- Gesetz über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden, LGBl. 1030-84
- NÖ Initiativ- und Einspruchsgesetz (NÖ IEG), LGBl. 0060-1
- NÖ Landtagswahlordnung 1992 (LWO), LGBl. 0300-4, 0300-5
- NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994 (NÖ GRWO 1994), LGBl. 0350-2, 0350-3
- NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973), LGBl. 1000-11, 1000-12
- NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetz (NÖ STROG), LGBl. 1026-1, 1026-2
- Gesetz über den Gemeindewasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden, LGBl. 1652-3, 1652-4
- NÖ Gebrauchsabgabegesetz 1973, LGBl. 3700-2
- NÖ Hundeabgabegesetz 1979, LGBl. 3702-2, 3702-3
- NÖ Lustbarkeitsabgabegesetz, LGBl. 3703-3
- NÖ Kurzparkzonenabgabegesetz, LGBl. 3706-4, 3706-5
- NÖ Naturschutzgesetz 2000 (NÖ NSchG 2000), LGBl. 5500-1, 5500-2
- NÖ Jagdgesetz 1974 (NÖ JG), LGBl. 6500-15
- NÖ Gemeindewasserleitungsgesetz 1978, LGBl. 6930-2, 6930-3
- NÖ Tourismusgesetz 1991, LGBl. 7400-4
- NÖ Elektrizitätswesengesetz 1999 (NÖ EIWG 1999), LGBl. 7800-1
- NÖ Kanalgesetz 1977, LGBl. 8230-6
- NÖ Wohnungsförderungsgesetz (NÖ WFG), LGBl. 8304-9, 8304-10
- NÖ Landarbeiterkammergesetz, LGBl. 9000-6, 9000-7
- NÖ Landarbeiterkammer-Wahlordnung, LGBl. 9005-3, 9005-4
- NÖ Landesverfassung 1979 (NÖ LV 1979), LGBl. 0001-11, 0001-12
- NÖ Landes- und Gemeindebezugsgesetz 1997, LGBl. 0032-4
- NÖ Initiativ-, Einspruchs- und Volksbefragungsgesetz (NÖ IEVG), LGBl. 0060-2
- NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz 1976, LGBl. 2600-4
- NÖ Kulturpflanzenschutzgesetz 1978, LGBl. 6130-1
- NÖ Krankenanstaltengesetz 1974 (NÖ KAG 1974), LGBl. 9440-16, 9440-17
- Gesetz über die Förderung der Tätigkeit der Landtagsklubs, LGBl. 0011-5
- NÖ Parteienförderungsgesetz, LGBl. 0301-9
- NÖ Wasserwirtschaftsfondsgesetz, LGBl. 1300-9
- Gesetz über die Auflösung der NÖ Pensionsausgleichskasse, LGBl. 2020-2
- NÖ Landschaftsabgabegesetz 1994, LGBl. 3630-1
- NÖ Landesbankgesetz, LGBl. 3900-1
- NÖ Prostitutionsgesetz, LGBl. 4005-1
- NÖ Einsatzopfergesetz, LGBl. 4470-1
- NÖ Landwirtschaftliches Schulgesetz, LGBl. 5025-7
- NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetz, LGBl. 5070-5
- NÖ Berufsschulbaufondsgesetz 1973, LGBl. 5075-2
- Gesetz über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft, LGBl. 6170-1
- NÖ Landwirtschaftliches Förderungsfonds- und Siedlungsgesetz, LGBl. 6645-4
- NÖ Grundverkehrsgesetz 1989, LGBl. 6800-3
- NÖ Veranstaltungsbetriebsstättengesetz, LGBl. 8260-1
- NÖ Gassicherheitsgesetz, LGBl. 8280-1
- Gesetz über die Aufbringung zusätzlicher Mittel für die Krankenanstaltenfinanzierung, LGBl. 9451-1
- NÖ Datenschutzgesetz (NÖ DSG), LGBl. 0901-1
- NÖ Abgabenordnung 1977 (NÖ AO 1977), LGBl. 3400-9
- NÖ Polizeigesetz, LGBl. 4000-1
- NÖ Feuerwehrgesetz (NÖ FG), LGBl. 4400-6
- NÖ Katastrophenhilfegesetz (NÖ KHG), LGBl. 4450-3
- NÖ Jugendgesetz, LGBl. 4600-4, 4600-5
- NÖ Tierschutzgesetz 1985, LGBl. 4610-2
- NÖ Sammlungsgesetz 1974, LGBl. 4650-1
- NÖ Kinderbetreuungsgeldgesetz 1996 (NÖ KBG), LGBl. 5065-1
- NÖ Nationalparkgesetz, LGBl. 5505-1
- NÖ Höhlenschutzgesetz, LGBl. 5510-2
- NÖ Sportgesetz, LGBl. 5710-1
- NÖ Campingplatzgesetz 1999, LGBl. 5750-1
- Gesetz über die Tätigkeit der Totalisateure und Buchmacher, LGBl. 7030-1
- NÖ Lichtschauspielgesetz 1972, LGBl. 7060-1
- NÖ Veranstaltungsgesetz, LGBl. 7070-3
- NÖ Spielautomatengesetz, LGBl. 7071-4
- NÖ Vergabegesetz, LGBl. 7200-4
- NÖ Starkstromwegesetz, LGBl. 7810-2
- NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200-7
- NÖ Kleingartengesetz, LGBl. 8210-5
- Gesetz über den Schutz der NÖ Landessymbole, LGBl. 0500-2
- NÖ Amtshaftungsausgleichsfondsgesetz, LGBl. 1060-1
- Gesetz über den Gemeindewasserleitungsverband Unteres Pitter- und Schwarzatal und den Gemeindewasserleitungsverband Ternitz und Umgebung – NÖ Gemeindewasserleitungsverbandsgesetz (NÖ GWLVG), LGBl. 1650-1
- NÖ Kindergartengesetz 1996, LGBl. 5060-2
- NÖ Musikschulgesetz 2000, LGBl. 5200-1
- NÖ Landwirtschaftskammergesetz, LGBl. 6000-10
- NÖ Landwirtschaftskammer-Wahlordnung, LGBl. 6050-8
- NÖ Feldschutzgesetz, LGBl. 6120-1
- Gesetz über die Mindestpflanzabstände bei Kulturpflanzen, LGBl. 6140-1
- NÖ Kulturlächenschutzgesetz 1994, LGBl. 6145-3
- NÖ Weinbaugesetz 1974, LGBl. 6150-7
- NÖ Bodenschutzgesetz (NÖ BSG), LGBl. 6160-3
- Gesetz über die Tierzucht in Niederösterreich (NÖ Tierzuchtgesetz), LGBl. 6300-1
- NÖ Bienenzuchtgesetz, LGBl. 6320-2
- NÖ Fleischuntersuchungsgebührengesetz (NÖ FUGG), LGBl. 6401-3
- NÖ Jagdausschuss-Wahlordnung, LGBl. 6501-3
- NÖ Fischereigesetz 1988, LGBl. 6550-2
- Güter- und Seilwege-Landesgesetz 1973, LGBl. 6620-1
- Gesetz über die Erhaltung der Weidewirtschaft in Niederösterreich, LGBl. 6630-1
- NÖ Forstausführungsgesetz, LGBl. 6851-4
- NÖ Wasserleitungsanschlussgesetz 1978, LGBl. 6951-2
- NÖ Buschenschankgesetz, LGBl. 7045-3
- NÖ Heilvorkommen- und Kurortegebiet 1978, LGBl. 7600-4
- NÖ Abfallwirtschaftsgesetz 1992 (NÖ AWG 1992), LGBl. 8240-2
- Gesetz über die Einhebung einer Mautabgabe für die Benützung der Bergstraße auf die Hohe Wand, LGBl. 8550-1
- NÖ Pflegegeldgesetz 1993 (NÖ PGG), LGBl. 9220-4
- NÖ Gemeinde-Rettungsdienstgesetz, LGBl. 9430-2
- NÖ Friedhofsbenützungs- und Gebührengesetz 1974, LGBl. 9470-4
- NÖ Leichen- und Bestattungsgesetz 1978, LGBl. 9480-1
- NÖ Sozialhilfegesetz 2000 (NÖ SHG), LGBl. 9200-1
- NÖ Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 (NÖ JWG 1991), LGBl. 9270-4

Neue Verordnungen

- NÖ Kehrgebietsverordnung 2001, LGBl. 7000/51-0
- NÖ Gemeinde-Ergänzungszulagenverordnung 2001, LGBl. 2400/20-0
- NÖ Krankenanstaltengebühren 2001, LGBl. 9440/1-0
- Verordnung über den örtlichen Wirkungsbereich der Bezirksbauernkammern, LGBl. 6000/1-0
- Verordnung über die mittelfristigen Finanzpläne der Gemeinden, LGBl. 1000/11-0
- NÖ Kassen- und Buchführungsverordnung, LGBl. 1000/12-0
- NÖ Landesverwaltungsabgabenverordnung 2001, LGBl. 3800/1-0
- Verordnung über biologische Arbeitsstoffe in der Land- und Forstwirtschaft, LGBl. 9020/5-0

- Verordnung über die Geschäftsordnungen der Beiräte im Sozialhilfereich, LGBl. 9200/5-0
 - Verordnung über eine zusätzliche Gemeinde-Ergänzungszulage 2001, LGBl. 2400/21-0
 - Verordnung über ein Regionales Raumordnungsprogramm Wiener Neustadt-Neunkirchen, LGBl. 8000/785-0
 - Verordnung über die Festlegung der Wahltag für die Wahl der Organe der Personalvertretung für die Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Niederösterreich, LGBl. 2002/2-0
 - Verordnung über die Höhe der Beitragsleistungen der Gemeinden an die Interessenvertretungen für das Jahr 2002, LGBl. 1005/2-0
 - Fonds-Nachlassverordnung 2002, LGBl. 8304/4-0
 - Verordnung über die Schulsprengel der Berufsbildenden Pflichtschulen in Niederösterreich, LGBl. 5000/60-0
 - NÖ Stromkennzeichnungsverordnung (NÖ SKV), LGBl. 7800/1-0
 - Verordnung über die Verlängerung der Funktionsperiode der Vollversammlung der NÖ Landarbeiterkammer sowie über die Ausschreibung der Wahl in die NÖ Landarbeiterkammer 2002, LGBl. 9005/1-0
 - NÖ Ergänzungszulagenverordnung 2002, LGBl. 2200/2-0
 - Verordnung, mit der der Anpassungsfaktor sowie der Wertausgleich für das Jahr 2002 festgesetzt und die Aufwertungsfaktoren festgestellt werden, LGBl. 2200/66-0
- Novellen von Verordnungen
- Folgende Verordnungen wurden geändert:
- Verordnung über die Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung, LGBl. 0001/1-43, 0001/1-44, 0001/1-45, 0001/1-46, 0001/1-47, 0001/1-48, 0001/1-49
 - Verordnung über die Schulsprengel der Hauptschulen und die Hauptschulgemeinden in Niederösterreich, LGBl. 5000/10-17, 5000/10-18
 - Verordnung über die Schulsprengel der Volksschulen und die Volksschulgemeinden in Niederösterreich, LGBl. 5000/20-18, 5000/20-19
 - Verordnung über die Schulsprengel der Sonderschulen und die Sonderschulgemeinden in Niederösterreich, LGBl. 5000/30-14
 - Verordnung über die Schulsprengel und Schulgemeinden der Polytechnischen Schulen in Niederösterreich, LGBl. 5000/40-14, 5000/40-15
 - NÖ Pflanzenschutzverordnung, LGBl. 6130/1-4
 - NÖ Gemeinde-Ergänzungszulagenverordnung 2001, LGBl. 2400/20-1
 - NÖ Landesstraßenverzeichnis, LGBl. 8500/99-1
 - NÖ Bau-Übertragungsverordnung, LGBl. 1090/2-4
 - 1. NÖ Gemeindeverbändeverordnung, LGBl. 1600/2-36, 1600/2-37, 1600/2-38
 - NÖ Klärschlammverordnung, LGBl. 6160/2-3
 - Verordnung über die Neufestsetzung der schulfesten Lehrerstellen an Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie an Polytechnischen Schulen, LGBl. 2600/10-9
 - NÖ Sperrzeitenverordnung 1995, LGBl. 7000/1-2
 - NÖ Landwirtschaftliche Schulorganisationsverordnung, LGBl. 5025/1-4
 - Kundmachung über den Ausgangsbetrag für Bezüge der Organe, LGBl. 0032/1-2
 - NÖ Musikschulplan, LGBl. 5200/2-2
 - Verordnung über die Festlegung von Höchsttarifen für das Gewerbe der Bestatter in Niederösterreich, LGBl. 7001/3-4
 - NÖ Kfz-Zulassungsstellenverordnung, LGBl. 8795/4-1
 - Verordnung über die Festsetzung des Stundengeldes für Mitglieder von Wahlbehörden, LGBl. 0300/2-1
 - Verordnung über die Festsetzung der Höhe der Entschädigung für die Teilnahme an Sitzungen der Wahlbehörden, LGBl. 0350/3-1
 - Verordnung über das zulässige Höchstmaß der Aufwandsentschädigung für Funktionäre eines Gemeindeverbandes, LGBl. 1600/1-2
 - NÖ Landschaftsabgabeverordnung 2001, LGBl. 3630/1-1
 - Gemeindeverwaltungsabgabenverordnung 1973, LGBl. 3800/2-4
 - Gemeinde-Kommissionsgebührenverordnung 1978, LGBl. 3860/2-3
 - Verordnung über die Einhebung eines Lern- und Arbeitsmittelbeitrages an Berufsschulen, LGBl. 5000/4-1
 - NÖ Musikschulförderungs-Verordnung 2000, LGBl. 5200/1-1
 - Verordnung über die Geschäftsführung des NÖ Kultursenates, LGBl. 5301/1-1
 - Verordnung über die Geschäftsführung der Fachbeiräte und Gutachtergremien, LGBl. 5301/2-1
 - NÖ Schwellenwertverordnung für Wassergebühren, LGBl. 6930/1-1
 - Verordnung über die Voraussetzungen für die Vermietung von Wohnungen, die gemäß dem Schillingeröffnungsbilanzgesetz neu zu bewerten waren, LGBl. 8310/1-1
 - Verordnung über die Entschädigung für die Erfassung der NÖ Senioren, LGBl. 9280/1-1
 - NÖ Standesbeamtenprüfungsverordnung, LGBl. 2400/7-3
 - NÖ Schülerheim-, Lern- und Arbeitsmittelbeitragsverordnung, LGBl. 5025/3-10
 - Verordnung über die Herabsetzung des Kostenbeitrages der Eltern, LGBl. 5060/3-2
 - Verordnung über die Festsetzung des Stundengeldes für Mitglieder von Wahlbehörden, LGBl. 6050/3-3
 - NÖ Jagdverordnung, LGBl. 6500/1-34, 6500/1-35
 - Landeswohnbauförderungsstatut 1986, LGBl. 8300/1-2
 - NÖ Wohnungsförderungsgesetz 1985, LGBl. 8303/1-3
 - NÖ Eigenmittlersatzdarlehensverordnung 1981, LGBl. 8303/2-2
 - NÖ Wohnbeihilfenverordnung 1985, LGBl. 8303/3-1
 - Verordnung über die Festsetzung des Stundengeldes für Mitglieder von Wahlbehörden, LGBl. 9005/2-3
 - NÖ Rettungsdienstbeitragsverordnung, LGBl. 9430/1-3
 - Verordnung über die Gewährung von Studienbeihilfen, LGBl. 2200/8-2
 - NÖ Landes- und Gemeinde-Überwachungsgebührenverordnung 1996, LGBl. 3850/1-2
 - Verordnung über den Kostenersatz an Gemeinden (Gemeindeverbände) für die Führung der Staatsbürgerschaftsevidenz, LGBl. 4200/1-1
 - Verordnung über den Kostenbeitrag für die feuerpolizeiliche Beschau, LGBl. 4400/9-2
 - Verordnung über die NÖ Landes-Feuerwehrschule, LGBl. 4400/10-1
 - NÖ Fleischuntersuchungsgebührenverordnung, LGBl. 6401/1-1
 - NÖ Taxi-Betriebsordnung, LGBl. 7001/20-3
 - Verordnung über die Gliederung der Gemeinden in Ortsklassen (nach ihrer Tourismusbedeutung), LGBl. 7400/1-10
 - NÖ Eigenmittlersatzdarlehensverordnung 1985, LGBl. 8303/4-1
 - NÖ Wohnungsförderungsverordnung 1990, LGBl. 8304/1-4
 - NÖ Wohnbeihilfenverordnung 1990, LGBl. 8304/2-3
 - NÖ Pflegebeitragsverordnung, LGBl. 9270/1-10
 - Verordnung über die Trennung der Marktgemeinde Stratzing-Droß, LGBl. 1000/6-2
 - Verordnung über die Trennung der Gemeinde Wolfsthal-Berg, LGBl. 1000/8-3
 - NÖ Dienstwohnungsvergütungsverordnung 1996 – NÖ DWVV 1996, LGBl. 2200/6-1
 - Verordnung über die Festsetzung der schulfesten Stellen an den öffentlichen Berufsschulen in Niederösterreich, LGBl. 2600/3-8
 - NÖ Fischereiverordnung 1988, LGBl. 6550/1-7
 - Verordnung über die Festsetzung von Höchsttarifen für das Gewerbe der Rauchfangkehrer in Niederösterreich, LGBl. 7000/50-16
 - Verordnung über ein Raumordnungsprogramm für das Gesundheitswesen, LGBl. 8000/22-4
 - Verordnung über die Beschränkungen der Schifffahrt auf der „Neuen Donau“, LGBl. 8710/1-1
 - Verordnung über die Beschränkungen der Schifffahrt auf den Kampstauseen, LGBl. 8720/1-1

- Verordnung über die Beschränkungen der Schifffahrt auf dem Erlaufsee, LGBl. 8720/2-1
- Verordnung über die Beschränkungen der Schifffahrt auf dem Lunzer See, LGBl. 8720/3-1
- Verordnung über die Einigungskommission, die Obereinigungskommission und die Land- und Forstwirtschaftliche Schlichtungsstelle, LGBl. 9020/4-1
- Hausbesorgerentgeltverordnung 1972, LGBl. 9100/1-22
- NÖ Alarmierungsverordnung, LGBl. 4400/1-1
- Verordnung über den Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen, LGBl. 4610/2-2
- Verordnung über den örtlichen Wirkungsbereich der Bezirksbauernkammern, LGBl. 6000/1-1
- Verordnung über die tierärztliche Untersuchung bei Tiertransporten, LGBl. 6400/1-8
- NÖ Tierkörperbeseitigungsverordnung, LGBl. 6440/1-10
- NÖ Richtsatzverordnung, LGBl. 9200/1-1
- NÖ Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 2001, LGBl. 3800/1-1
- Landes-Kommissionsgebührenverordnung 1976, LGBl. 3860/1-3
- NÖ TSE-Verordnung, LGBl. 6440/3-1

Aufhebung von Rechtsvorschriften

Im Zuge der Deregulierung des Landesrechtes wurden folgende Rechtsvorschriften aufgehoben:

- NÖ Ankündigungsabgabengesetz 1979, LGBl. 3704-3
- NÖ Anzeigenabgabengesetz, LGBl. 3705-4
- NÖ Privatzimmervermietungsgesetz, LGBl. 7040-1
- NÖ Getränke- und Speiseeissteuergesetz 1992, LGBl. 3701-5
- Gesetz über die Anerkennung und Verwendung von Saatgut, LGBl. 6110-1
- NÖ Gemeinde-Überleitungsausgleichszulagenverordnung, LGBl. 2440/1-1
- Verordnung über die Höhe der Beitragsleistungen der Gemeinden an die Interessenvertretungen für die Jahre 1999 und 2000, LGBl. 1005/2-0
- Verordnung über die Ausnahme von Rechtsträgern von der Anwendung des 2. Abschnittes des Art. 2 des Datenschutzgesetzes, LGBl. 0900/1-4
- Verordnung über die Höhe der Mautabgabe für die Benützung der Bergstraße auf die Hohe Wand, LGBl. 8550/2-1
- NÖ Saatgutverordnung 1990, LGBl. 6110/1-0
- 1. NÖ Datenschutzverordnung (1. NÖ DSVO), LGBl. 0900/11-1
- 3. NÖ Datenschutzverordnung, LGBl. 0900/13-3
- NÖ Vergabeverordnung, LGBl. 7200/1-2
- NÖ Gewerbe- und Industrie-Raumordnungsprogramm, LGBl. 8000/28-1
- NÖ Pflegegeld-Richtsatzverordnung, LGBl. 9220/2-2

Verlautbarung von Rechtsvorschriften

Im Jahr 2001 wurden im Landesgesetzblatt 292 Rechtsvorschriften in 22 Lieferungen verlautbart (2000 waren es 131 Rechtsvorschriften in 23 Lieferungen).

NÖ Landesrecht im Internet

Das aktuelle NÖ Landesrecht kann über das Rechtsinformationssystem des Bundes – RIS <http://www.ris.bka.at> abgerufen werden.

Über die Links „Bürgerservice“ und „Rechtsinformationen“ auf der Internet-homepage des Landes Niederösterreich (<http://www.noel.gv.at>) gelangt man zum Link „Landesgesetzblatt“, wo der Verfassungsdienst über die Publikation des Landesrechts und die Systematik des Landesgesetzblattes informiert.

Bürgerbegutachtung

Über die Links „Bürgerservice“ und „Rechtsinformationen“ auf der Internet-homepage des Landes Niederösterreich (<http://www.noel.gv.at>) gelangt man zum Link „Bürgerbegutachtung“. Seit 2001 wird das Verfahren der Bürgerbegutachtung über das Internet abgewickelt. Der Text des Entwurfs der Rechtsvorschrift wird im Internet präsentiert, gleichzeitig die Begutachtungsfrist mitgeteilt, dann kann über einen Link eine Stellungnahme direkt per e-mail abgegeben werden.

Bundesrecht

Im Jahr 2001 wurden 125 Gesetzesentwürfe des Bundes begutachtet (im Jahr 2000 waren es 148). Weiters wurden 117 Regierungsvorlagen dem Verfahren nach der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, LGBl. 0814-0, unterzogen.

Europarecht

● **Mitteilung der Umsetzung von EG-Richtlinien im NÖ Landesrecht.** Im Jahr 2001 wurde der europäischen Kommission die Umsetzung von 24 EG-Richtlinien in 7 NÖ Rechtsvorschriften im Wege des Bundeskanzleramtes mitgeteilt.

● **Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften.** Im Jahr 2001 wurde durch den Verfassungsdienst eine Reihe von Vorabentscheidungs- und Vertragsverletzungsverfahren betreut (62 Vorabentscheidungsverfahren).

● **Informationsverfahren.** Weiters wurden die Rechtsabteilungen bei der Mitteilung von Entwürfen von technischen Vorschriften nach der EG-Richtlinie 98/34/EG in der Fassung 98/48/EG betreut.

Datenschutz

Der Einsatz der automationsunterstützten Datenverarbeitung nimmt bei den Dienststellen des Landes NÖ weiter zu. Derzeit sind beim Datenverarbeitungsregister insgesamt 157 Verarbeitungen des Amtes der NÖ Landesregierung (2000: 149) registriert.

Verfahren vor den Höchstgerichten

● **Verfassungsgerichtshof.** Im Jahre 2001 wurden 47 Verfahren mit Bezug zu Niederösterreich entschieden (2000 waren es 54 Verfahren), davon 4 Gesetzesprüfungsverfahren.

Ein Gesetzesprüfungsverfahren führte zu einer Aufhebung der angefochtenen Gesetzesbestimmung und in 3 Fällen wurde die Beschwerde zurückgewiesen.

Von 39 Beschwerdeverfahren gemäß Art. 144 B-VG wurde bei 23 Beschwerden die Behandlung abgelehnt, 6 Verfahren wurde eingestellt, bei 7 Beschwerden wurde der angefochtene Bescheid aufgehoben und bei 3 Verfahren wurde die Beschwerde abgewiesen.

2001 kam es zu 3 Ordnungsprüfungsverfahren. Davon handelt es sich in 2 Fällen um eine Aufhebung der angefochtenen Verordnung und in einem Fall um eine Abweisung.

Ein A-Verfahren wurde im Jahr 2001 eingestellt.

● **Verwaltungsgerichtshof.** Im Jahr 2001 wurden 164 Beschwerdefälle mit Bezug zu Niederösterreich entschieden (im Jahr 2000 waren es 202 Verfahren).

Ergebnis der Verfahren	Anzahl
Abweisung der Beschwerde	85
Zurückweisung der Beschwerde	9
Einstellung des Verfahrens	25
Aufhebung des angefochtenen Bescheides	42
Ablehnung der Behandlung der Beschwerde	3

Aus- und Weiterbildung

Die Hauptaufgaben der Stabsstelle Aus- und Weiterbildung sind:

- die Planung, Organisation, Durchführung und Kontrolle aller Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in der NÖ Landesverwaltung, insbesondere die Durchführung der Ausbildungsseminare (Einführungs-, Pflicht- und Wahlseminare) lt. den jeweiligen Ausbildungsvorschriften,
- die ständige Adaption und Überarbeitung der Ausbildungssysteme gemeinsam mit Vertretern des jeweiligen Dienstzweiges,
- die Erarbeitung neuer Ausbildungssysteme (gemeinsam mit kompetenten Arbeitskreisen),
- die Betreuung und Beratung der Gruppen- und Dienststellenleiter bzw.

der Ausbildungsbeauftragten in Sachen „Aus- und Weiterbildung sowie Personalentwicklung“,

- die Evaluation von Bildungsmaßnahmen,
- die Kontrolle jener Bildungsmaßnahmen, die auftragsgemäß von der NÖ Landesakademie – Bereich Politik und Verwaltung durchgeführt werden und
- die Betreuung der „Periodischen Mitarbeitergespräche“, die 2001 flächendeckend weitergeführt wurden.

Schwerpunkte 2001

Einführung und Ausbildung neuer MitarbeiterInnen

Die Stabsstelle Aus- und Weiterbildung führte im Jahre 2001 in Summe 11 Einführungs- und Pflichtseminare für neu aufgenommene MitarbeiterInnen im NÖ Landesdienst durch. In Summe haben 179 MitarbeiterInnen daran teilgenommen. Die neuen Landesbediensteten, unabhängig ihrer Verwendungsgruppe, wurden in gemeinsamen Einführungsseminaren begrüßt und eingeschult.

Weiterbildung von MitarbeiterInnen:

Bildungsangebot 2001/2002

Im Jahre 2001 führte die Abteilung Landesamtsdirektion – Aus- und Weiterbildung gemeinsam mit der NÖ Landesakademie – Bereich Politik und Verwaltung zahlreiche Weiterbildungsseminare aus den Bereichen

- Allgemeine Seminare,
- Sprachaus- und Weiterbildung,
- Weiterbildungsseminare für Führungskräfte,
- Seminare für spezielle Zielgruppen,
- Ausgewählte Rechtsthemen,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Europäische Union,
- Sozialarbeit – Kindergarten – Erziehung und
- Ausbildung für spezielle Zielgruppen durch.

Allen Landesbediensteten wurde das Bildungsangebot für 2001 und 2002 in Form eines handlichen Falters zugesandt. Die angebotenen Veranstaltungen wurden überaus positiv angenommen (insgesamt langten 1.455 Anmeldungen ein).

Normerlassbereinigung

Im Zentrum der diesjährigen Tätigkeit stand u. a. die Normerlassbereinigung. Damit verbunden war unter anderem

- die Überarbeitung der Führungsrichtlinien,
- die Neufassung und Überarbeitung im Rahmen eines Arbeitskreises des „Ausbildungssystems für MitarbeiterInnen im Rechtskundigen Verwaltungsdienst“ und
- die Erarbeitung eines neuen Erlasses: „Die Ausbildung neuer MitarbeiterInnen in der NÖ Landesverwaltung“.

Führungskräfteaus- und -weiterbildung

Auch 2001 konnten wieder Führungskräfte sowie Zwischenvorgesetzte der NÖ Landesverwaltung ihre Führungskräfteausbildungen mit einem Zertifikat abschließen:

- 3-jährige Führungskräfteausbildung: 67 Zertifikate verliehen
- Kompaktkurs: 37 Zertifikate verliehen
- Kurzlehrgang für Zwischenvorgesetzte: 49 Zertifikate verliehen

Um höchste Qualität des Führungskräftelehrganges für Top-Führungskräfte garantieren zu können, wird dieser gegenwärtig überarbeitet. In Zukunft soll ein adaptierter Lehrgang mit externer Trainerunterstützung neu gestartet werden. Für AbsolventInnen der Führungskräfteausbildung der letzten Jahre wurden spezielle Follow-up-Seminare veranstaltet, um die ehemals erworbenen Kenntnisse aufzufrischen. In dieser Follow-up-Reihe wurden die Erfahrungen reflektiert und die AbsolventInnen wurden mit den neuesten Führungskonzepten vertraut gemacht.

Sämtliche Führungskräftelehrgänge werden selbstverständlich laufend evaluiert.

Das periodische Mitarbeitergespräch (MAG)

Das periodische Mitarbeitergespräch ist ein Führungsinstrument, das allmählich in den Dienststellen angewandt wird. Spezielle Beratungsgespräche zur Implementierung wurden durchgeführt.

Maßnahmen im Bereich der Personalentwicklung

- Durchführung der Teamtrainings für bestehende Verhandlungsteams (in Summe haben 70 MitarbeiterInnen an den Trainings teilgenommen); die Trainings werden einer umfassenden Evaluation unterzogen.

● Erarbeitung und erste Umsetzungsschritte eines Schulungskonzeptes für MitarbeiterInnen der Bürgerbüros an den Bezirkshauptmannschaften

- Potenzialanalysen (laufend): 2001 haben 19 MitarbeiterInnen die Potenzialanalyse absolviert und das Beratungsgespräch mit einem externen Psychologen in Anspruch genommen.

● Coachingangebot für Führungskräfte und Projektleiter/innen: 2001 haben in Summe 12 Personen das Angebot zum Coaching genutzt und je Sitzung einen Eigenleistungsbeitrag in der Höhe von S 450,- (€ 32,70) entrichtet.

- Evaluierungen sämtlicher Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen werden laufend durchgeführt; zurzeit läuft eine umfassende Evaluierung des Dienstprüfungskurses für A- und B-Techniker.

● Aufwärtsbeurteilung/Selbstbild – Fremdbild: Dieses Angebot wurde 2001 lediglich von einer Dienststelle genutzt.

- Betreuung von Führungskräften, z. B. Durchführung von Führungskräfte-Fol-

low-up-Veranstaltungen und Versand des „Handbuches für den Vorgesetzten“

- Durchführung von Mediationen (teilweise unter Beiziehung externer Mediatoren)
- Mobbingberatungen von MitarbeiterInnen, die sich am Arbeitsplatz gemobbt fühlen: 5 MitarbeiterInnen haben 2001 dieses Angebot in Anspruch genommen.
- Durchführung von 13 Spezialseminaren auf Anfrage (Lohnpfändungsrecht, Brandschutzbeauftragte ...)

Organisatorische Maßnahmen

- Projekt „Konzepterstellung für eine Seminarverwaltung für NÖ Landesbedienstete“ gemeinsam mit der Abteilung Landesamtsdirektion – Verwaltungsinnovation, der Abteilung Schulen und Kindergärten und der NÖ Landesakademie – Bereich Politik und Verwaltung
- Mentoring als frauenfördernde Maßnahme: Teilnahme am Arbeitskreis zur Erarbeitung eines NÖ Mentoringkonzeptes

Abteilungsinterne und abteilungsübergreifende Klausuren

Einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt der Abteilung Landesamtsdirektion – Aus- und Weiterbildung stellt die Organisation und Durchführung von Klausuren und Workshops zur Steigerung der Problemlösekapazität und Verbesserung des Konfliktmanagements dar.

2001 wurden 6 derartige Klausuren durchgeführt.

Selbstverständlich werden die Konfliktlösungsprozesse diskret behandelt. Oftmals resultiert aus solchen Maßnahmen ein kontinuierlicher Coachingprozess für die betroffenen Führungskräfte.

Diese Klausuren werden von der Abteilung Landesamtsdirektion – Aus- und Weiterbildung mit externen Konfliktlösetrainern durchgeführt, wodurch das vorhandene Konfliktlösepotenzial unparteiisch und somit unabhängig von der Alltagspraxis bearbeitet werden kann.

In eigener Sache wurden Arbeitsklausuren der Abteilung Landesamtsdirektion – Aus- und Weiterbildung mit der NÖ Landesakademie – Bereich Politik und Verwaltung und der Abteilung Personalangelegenheiten abgehalten.

Sonderprogramme

Auf Grund spezieller Anlässe bzw. bei Situationen, die rasch aktuelle Informationen verlangen, wurden Informationsveranstaltungen im Rahmen des „Sonderprogrammes“ organisiert und ausgeschrieben.

Hier ein Auszug der Themen:

- Shiatsu
- Beruflicher Selbstwert, Ethik und Erfolg im Beruf

- 2000 Jahre Katholische Kirche – Kulturerbschließung oder Kriminalgeschichte?
- NLP zum Kennenlernen
- Das Assessment-Center (AC)

Bereich Soziales

● Im Bereich „Kindergarten“ wurden die vielfältigen Weiterbildungsmaßnahmen fortgeführt. Heuer wurden 243 Seminare, 89 Fachtagungen und 1 Symposium durchgeführt. In Summe haben 5.909 Kindergärtnerinnen 432 Weiterbildungstage in Anspruch nehmen können.

● Seminare für MitarbeiterInnen der Sozialverwaltung: 457 MitarbeiterInnen haben 2001 in Summe an 21 Seminaren teilgenommen.

● Supervisionen: Die im Vorjahr für 3 Jahre genehmigten Supervisionsgruppen konnten heuer weiter geführt werden. Zurzeit laufen 14 Gruppensupervisionen mit insgesamt 130 Kindergärtnerinnen und 17 Gruppensupervisionen für MitarbeiterInnen der Sozialverwaltung (insgesamt 128 TeilnehmerInnen).

Nach der erforderlich gewordenen Aufhebung des Supervisionserlasses sind diese Gruppen bis ins Jahr 2003 gesichert.

Die Supervision im NÖ Landesdienst wird gegenwärtig einer Evaluierung unterzogen (Beauftragung einer Studie an ein externes Institut). Sobald die Ergebnisse dieser Studie im nächsten Jahr vorliegen, wird ein Arbeitskreis unter der Federführung der Abteilung Landesamtsdirektion –Aus- und Weiterbildung einberufen werden. Dieser Arbeitskreis wird einen neuen „Supervisionserlass“ vorbereiten.

In dringenden Fällen werden Einzel- wie auch Team- oder Gruppensupervisionen bewilligt.

Dezentrale Schulungsmaßnahmen

- Trainings für die Straßenverwaltungen und für Bezirksverwaltungsbehörden wurden entweder vor Ort oder viertelsweise durchgeführt.
- Veranstaltungen wie die Viertelskonferenz, das Bürodirektorenseminar oder Verhaltenstrainings für MitarbeiterInnen der neu eingerichteten NÖ Bürgerbüros an den Bezirkshauptmannschaften wurden durchgeführt.

Ziele 2002

Neben den jährlichen Routinearbeiten werden 2002 folgende Arbeitsschwerpunkte verfolgt:

- Führungskräfte-Kompaktschulung (letzter Termin nach dem „alten“ Modus), TeilnehmerInnen werden durch das Auswahlgremium fixiert
- Erarbeitung eines neuen Auswahlmodus für die Top-Führungskräfte-Ausbildung und Erstellung eines neuen Curriculums für die Ausbildung
- Ausrichtung und Organisation eines Top-Management-Seminars

- Organisation und Durchführung von Workshops für sämtliche Ausbildungsbeauftragten (Einschulung auf die neuen Ausbildungssysteme)
 - Umfassende Untersuchung der Arbeitszufriedenheit im NÖ Landesdienst unter Einbeziehung der Evaluierung des Periodischen Mitarbeitergesprächs
 - Bürgerbüros: Evaluierung des Informationstages sowie Planung und Durchführung der weiteren Schulungsmaßnahmen laut Bedarfserhebung
 - Teamentwicklung für bestehende Verhandlungsteams: Abschluss der Evaluation für Mitte März geplant (7 Gruppen). Vorlage eines weiterführenden Bildungsangebotes gemäß dem geäußerten Bedarf
 - Beauftragung einer Evaluationsstudie „Supervision“ gemeinsam mit der ZPV (Dr. Freiler) und Frau Baum-Breuer (Bezirkshauptmannschaft Mödling)
- Nach Vorliegen der Ergebnisse wird der aufgehobene Supervisionserlass neu gefasst, wobei das Ziel verfolgt wird, die Finanzierung von Gruppensupervisionen an die betreffenden Fachabteilungen zu delegieren.
- Durchführung der 2. Exkursion von ausgewählten MitarbeiterInnen (Juristen und Techniker) nach Brüssel und zum EuGH
 - Abschluss der Evaluierung des Vorbereitungskurses für die Dienstprüfung der A- und B-Techniker inkl. Neugestaltung des Curriculums auf Basis der Evaluierung
 - Fertigstellung der Einführungsmappe für neue MitarbeiterInnen im NÖ Landesdienst
 - Weiterer Ausbau der Informationsschiene Intranet

Statistik 2001

NÖ Landesakademie
Bereich Politik und Verwaltung

Seminare für NÖ Landesbedienstete

	Anzahl	Tage	TeilnehmerInnen
Seminare	56	122	974

Führungskräfte-Ausbildung für NÖ Landesbedienstete (6 Semester):

- 19 TeilnehmerInnen
- 97/B: 17 TeilnehmerInnen
- 98/A: 16 TeilnehmerInnen
- 98/B: 15 TeilnehmerInnen

Kompaktschulung für Führungskräfte (1 Semester):

37 TeilnehmerInnen.

Kurzlehrgänge für Zwischenvorgesetzte (1 Semester):

- Gr. 3: 13 TeilnehmerInnen
- Gr. 4: 16 TeilnehmerInnen
- Gr. 5: 20 TeilnehmerInnen

Managementweiterbildung für DirektorInnen der Landwirtschaftlichen Fachschulen in NÖ:

1 Gruppe: 14 TeilnehmerInnen

Sprachkurse (Jänner bis Juli 2001) mit insgesamt 70 TeilnehmerInnen:

- Tschechisch
- Spanisch für Anfänger und Fortgeschrittene
- Englisch für Anfänger, mäßig Fortgeschrittene und Fortgeschrittene
- Italienisch für Anfänger
- Spanisch für Anfänger

Seminare für KindergärtnerInnen

Veranstaltungen	Seminare	Tage	TeilnehmerInnen
Seminare	243	340	3.384
Fachtagungen	89	89	2.225
Symposium	1	3	300

Supervisionsgruppen für KindergärtnerInnen: 14 Gruppen mit insgesamt 130 TeilnehmerInnen

Seminare für MitarbeiterInnen der Sozialverwaltung in NÖ:

	Anzahl	Tage	TeilnehmerInnen
Seminare	21	30	457

Supervisionsgruppen für MitarbeiterInnen der Sozialverwaltung: 17 Gruppen mit insgesamt 138 TeilnehmerInnen.

Regierungsdienst

Dem „Regierungsdienst“ obliegt die Organisation der Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation von Regierungssitzungen sowie von Beschlussfassungen im Umlaufwege. Diese Stabsstelle dient als Servicestelle für die Regierungsmitglieder sowie für die Gruppen und Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung.

Statistik 2001

Im Jahr 2001 haben 35 Sitzungen der NÖ Landesregierung stattgefunden. Zusätzlich erfolgten während der Urlaubszeit 5 Beschlussfassungen im Umlaufwege. Insgesamt wurden rund 1.780 Sitzungsbögen und 195 Umlaufbögen behandelt.

124 Gesetzesentwürfe sowie 45 sonstige Landtagsvorlagen wurden an den NÖ Landtag als Regierungsvorlagen weitergeleitet. Ferner wurden 77 Verordnungen kollegial beschlossen.

Europareferat

Schwerpunkte 2001

Die Abteilung Landesamtsdirektion – Europareferat hat zwei Schwerpunkte, nämlich Vorhaben im Bereich der Europäischen Integration inklusive Info Point Europa und Auslandsbeziehungen.

Europäische Integration

● Die **Euro-Projektgruppe** war weiterhin aktiv und konnte dabei auf umfassenden Vorarbeiten aufbauen, der Aktionsplan des Landes NÖ (vom Dezember 1998) war und ist laufend zu adaptieren (zuletzt im November 2001).

● **Erweiterung.** Die österreichischen Bundesländer haben die für die Länder relevanten Verhandlungskapitel identifiziert und untereinander zur Bearbeitung aufgeteilt, um für jedes dieser Kapitel eine gemeinsame Länderposition zustande zu bringen. Niederösterreich ist für das Verhandlungskapitel 22 (Umwelt) zuständig. Nach umfangreichen Konsultationen wurde eine gemeinsame/einheitliche Länderstellungnahme auf Beamtenebene erarbeitet; diese wurde in der LH-Konferenz am 15. 9. 2000 behandelt.

Der Fortgang der Beitrittsverhandlungen wird regelmäßig in Sachstandsberichten zusammengefasst.

● Die **Regierungskonferenz 2000** mündete in den Vertrag von Nizza, der sich im Ratifizierungsstadium befindet (in Österreich abgeschlossen). Der Europäische Rat von Nizza löste den „Post-Nizza-Prozess“ aus, denn durch die Erklärung zur Zukunft der Union im Anhang zum Vertrag von Nizza wurde eine Grundsatzdebatte über folgende Aspekte eröffnet:

- Vereinfachung der Verträge bzw. verfassungsgebender Prozess
- genauere, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechende Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten
- Status der in Nizza proklamierten Charta der Grundrechte der Europäischen Union

– die Rolle der nationalen Parlamente
Die österreichischen Bundesländer haben sich in diesem Prozess mit einer gemeinsamen Länderstellungnahme positioniert, die jetzt – nach dem Europäischen Rat von Laeken – weiterentwickelt wird. Niederösterreich arbeitet an diese Positionierungen intensiv mit, die Landesregierung, Landesverwaltung und der Landtag werden durch regelmäßige zusammenfassende Berichte auf dem Laufenden gehalten.

● Der **Ausschuss der Regionen (AdR)** führte seine Arbeit für ein bürgernahes Europa auch im Jahr 2001 in 5 Plenartagungen fort. Niederösterreich war bei sämtlichen Plenartagungen politisch vertreten.

Die Arbeitsschwerpunkte orientierten sich am strategischen Arbeitsprogramm

mit den Schwerpunkten Erweiterung, Regierungskonferenz, Umsetzung der AGENDA 2000, Beschäftigung, Umwelt und Städtepolitik.

Dies spiegeln auch die wesentlichen Stellungnahmen wieder, die immer mehr Beachtung bei den anderen Institutionen finden. Ab Herbst 2001 wurde mit der Vorbereitung der neuen Mandatsperiode begonnen, die im Februar 2002 beginnt.

Und nun zu einigen Politikbereichen der Europäischen Union:

● EU LIFE-Naturschutzprogramm.

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 wurden im Rahmen des EU LIFE-Naturschutzprogrammes neun NÖ Projekte von der Europäischen Kommission genehmigt. Heuer wurde vom Nationalpark Donauauen ein neues (Folge-)Projekt „Revitalisierung Donauufer“ eingereicht. Die beiden im Jahr 2000 eingereichten Projekte betreffend Fischotter („Management von Lutra Lutra im nördlichen Österreich“) und Großraubtiere („Large Carnivor Conservation in the Alps“) wurden nicht bewilligt.

● **Interreg-Naturschutzprojekte.** Im Bereich des Naturschutzes gab es im Jahr 2001 noch drei *Interreg-Projekte* mit NÖ Beteiligung, und zwar:

- „Kommunale Freiflächensicherung Bruck/Leitha“ (NÖ, Slowakei)
- „Grenzüberschreitende Erhaltung von Fruchtgehölzen“ (Waldviertel, Böhmen)
- „Naturpark Leiser Berge“ (NÖ, Slowakei)

Diese Projekte werden von der EU jeweils mit 50% kofinanziert.

Das Projekt „GreVOLATO – Grenzübergreifender Vogelschutz, Landwirtschaft und Tourismus“ (NÖ, OÖ, CZ) ist bereits ausgelaufen.

● **Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000.** Im Rahmen der Feinabgrenzung der NÖ Natura-2000-Schutzgebietskulisse wurden für die drei alpinen FFH-(Fauna-Flora-Habitat)-Gebiete „Ötscher-Dürrenstein“, „Wienerwald-Thermenregion und Nordöstliche Randalpen“ sowie „Hohe Wand-Schneeberg-Rax“ neue Gebietskarten erarbeitet.

An der Feinabgrenzung der Schutzgebiete in der kontinentalen Region wird intensiv ebenfalls unter Einbeziehung externer Experten gearbeitet.

Mit Beschluss der NÖ Landesregierung am 11. 12. 2001 wurde das „Steinfeld“ als weiteres Natura-2000-Schutzgebiet nominiert.

● Österreichisches Umweltprogramm (ÖPUL).

Im Rahmen des ÖPUL haben viele landwirtschaftliche Betriebe mit dem Naturschutz Verträge abgeschlossen und pflegen wertvolle Feuchtwiesen, Trockenrasen oder Streuobstbestände bzw. beteiligen sich an der Umsetzung wichtiger Biotopverbundsysteme. Insgesamt werden damit 21.000 ha wertvolle Flächen erhalten oder neu geschaffen.

Im Jahr 2001 wurden auch die neuen Naturschutzgebiete des ÖPUL 2000 von

den landwirtschaftlichen Betrieben gut angenommen. Dies bezieht sich im Besonderen auf die Maßnahme „Naturschutzplan“, in der gesamtwirtschaftlicher Naturschutz umgesetzt wird.

● **Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung (NAP).** In Erfüllung des NAP wurden die erfolgreichen Jobinitiativen auch heuer weitergeführt und teilweise ausgebaut. Zur Integration von behinderten Jugendlichen wurde im Jänner 2000 die Initiative „Qualifizierung für den Landesdienst“ gestartet.

NÖ Verbindungsbüro Brüssel (VBB)

Die Schwerpunkte im Jahr 2001 lagen auf folgenden Themen:

- Zukunftsdebatte EU (Regierungskonferenz)
- Good Governance (Bürgernähe)
- Zukunft der EU-Strukturförderung (nach 2006)
- Erweiterung
- Hygiene-Richtlinie
- Grenzregionen-Paket der EK
- Natura 2000

Das VBB hat das Projekt „EU-Daily“ auf Grund der regelmäßigen positiven Rückmeldungen auch 2001 fortgesetzt. Das Projekt „Europa-Chat“, mit dessen Hilfe der direkte Kontakt zwischen Bürgern und EU-Institutionen (Kommission, Parlament) hergestellt werden soll, wurde ebenfalls fortgesetzt. Gleichzeitig erfolgte bei diesem Projekt eine Leistungsausweitung in der Form, dass über eine vom VBB NÖ eingerichtete und betreute Yahoo-Seite (<http://yahogroups.com/group/europa-chat>) aktuelle EU-Förderinformationen abgerufen werden können. 2001 konnte auch das VBB-Projekt „NÖ-Homepage in Englisch“, das vom VBB initiiert und abgewickelt wurde, abgeschlossen werden.

Das VBB NÖ hat für alle Regionalbüros in Brüssel eine VBB-Adressdatei erstellt, die vom Büro regelmäßig gewartet wird. Von den 13 Praktikanten, die im abgelaufenen Jahr aufgenommen wurden, waren 10 externe. Diese Aktion hat sich sehr bewährt, und davon profitieren nicht nur die Praktikanten, sondern auch das Verbindungsbüro. Die Praktikanten haben diverse Arbeiten und Publikationen erstellt, unter anderem über den Stand der Diskussion zur Zukunft der EU-Regionalpolitik sowie zur Zukunft Europas.

Das vom VBB entwickelte Projekt, im Zuge dessen Praktikanten aus Osteuropa für 1–3 Monate im VBB EU-Erfahrung sammeln können, ist 2001 angelaufen und eine Beamtin aus dem Marschallamt der nordost-polnischen Woiwodschaft Podlasie sowie aus dem slowakischen Ministerium für Regionalentwicklung in Bratislava haben bereits ein Praktikum absolviert.

Ein mehrtägiger Besuch einer Landtagsdelegation in Straßburg wurde vorbereitet und betreut.

Für Landesrat Sobotka wurde ein zweitägiges Besuchsprogramm organisiert, auch wurde eine Sitzung des VRE-Vorstandes, dessen Vorsitzende Frau LHStv. Prokop ist, im VBB abgewickelt. Für den Erweiterungsbeauftragten des Landes NÖ, Dr. Silberbauer, wurde ein Antrittsbesuch in Brüssel vorbereitet.

Es wurden vom VBB mehrere Publikumsveranstaltungen organisiert, so zum Beispiel ein Vortrag zu den österreichisch-tschechischen Beziehungen, eine Informationsveranstaltung mit ÖVP-Klubobmann Andreas Kohl im Rahmen einer CDEF-Vortragsreihe. Gemeinsam mit dem EURAS-Institut der Donauuniversität Krems wurde eine Informationsveranstaltung mit dem Titel „Soziale und politische Aspekte der EU-Erweiterung“ abgehalten. Mit der TU Wien wiederum wurde eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Österreich-Außen-grenze“ organisiert.

Für eine Gruppe österreichischer Abfall-experten wurde gemeinsam mit dem VBB OÖ ein zweitägiges Besuchsprogramm bei diversen EU-Institutionen vorbereitet und betreut. Für eine Gruppe der NÖ Wirtschaftskammer unter Führung von Frau Präs. Zwazl wurde gemeinsam mit der BWK-Vertretung in Brüssel ein Besuchsprogramm erstellt. Weiters wurden 2 Vernissagen mit Malern aus Niederösterreich organisiert sowie 2 Lesungen, davon eine im Rahmen eines Besuches von Landesrat Sobotka, zu der rund 400 Personen kamen.

Nicht zuletzt wurden wie in den vergangenen Jahren diverse Briefings für österreichische und deutsche Länderbüros veranstaltet, so unter anderem mit den Kabinetten Fischler, Wallström, Likanen und Patten.

Auch die Betreuung von in- und ausländischen Besuchsgruppen – im Jahr 2001 waren es vierzehn – stand wieder auf dem Programm.

Info Point Europa (IPE) St. Pölten

Der Info Point, dessen Dienste durch den stetig wachsenden Informationsbedarf der Bevölkerung immer mehr in Anspruch genommen werden, setzte seine intensive Arbeit fort. Von den zahlreichen – zum Teil eigenständigen, zum Teil gemeinsam mit anderen Institutionen durchgeführten – Veranstaltungen seien folgende Themen beispielhaft erwähnt:

- die Eurobargeldeinführung
- Europatag (Feierstunde)
- Preisverteilung für ein Preisausschreiben im Kurier
- Internationale Europakonferenz in Eggenburg
- Euro ABC Quiz Tour

Zum Thema „EU-Erweiterung“ gab es außerdem eine Reihe von gemeinsam mit dem Ost- und Südosteuropa-Institut durchgeführten Informationsveranstaltungen.

Darüber hinaus hat sich der Info Point Europa bei mehreren „publikumsträchtigen“ Veranstaltungen präsentieren können, so beim Europaforum Wachau und dem EUREGIO Seminar in Poysdorf.

Schließlich wurden auch im Jahr 2001 die Betreuung des IPE-Standes in Neuhofen/Ybbs fortgeführt, ebenso die im Jahr 1999 mit der öffentlichen Bibliothek der Stadtgemeinde Eggenburg eingegangene Kooperation.

Die Wanderausstellung „Beitrittskandidaten stellen sich vor“ wurde weiterhin durch Niederösterreich begleitet. Der IPE beteiligte sich an der Überarbeitung und Wiederauflage dieser Ausstellung.

Auslandsbeziehungen

● **Bilateral.** Niederösterreich pflegt zahlreiche bilaterale Kontakte. Regelmäßige Treffen mit ausländischen Repräsentanten und Besuche von Botschaftern machen Niederösterreich zu einer Drehscheibe des internationalen Dialoges. Der Interessenschwerpunkt liegt bei den Problemen und der Entwicklung des zentraleuropäischen Raumes. Darüber hinaus erfordert die Globalisierung die Beschäftigung mit dem Weltgeschehen und die persönliche Information über internationale Trends.

Besonderes Augenmerk wird auf Niederösterreichs direkte Nachbarn gelegt, die auf Grund der geographischen Nähe, der zukünftigen gemeinsamen Mitgliedschaft in der EU und intensiver werdender Kontakte und Aktivitäten einer intensiven Bearbeitung bedürfen.

An einem strategischen Konzept für die niederösterreichischen Außenbeziehungen wird gearbeitet. Als erster Schritt wurden Länderblätter mit Situationsanalyse und Chronik der Beziehungen angelegt.

Die internationalen Kontakte begannen mit dem Besuch des flämischen Ministerpräsidenten Patrick Dewael im Jänner. Landeshauptmann Dr. Pröll hat eine Intensivierung der bestehenden guten Wirtschaftskontakte angeregt. Verstärkt wird bei der Tourismusausbildung und mit dem Automotivcluster zusammengearbeitet werden.

Im März besuchte Premierminister Jean-Claude Juncker aus Luxemburg auf Einladung des Landeshauptmannes Niederösterreich. Besonderes Interesse das Gastes galt der EU-Erweiterung und der Situation der niederösterreichischen Grenzregion. Im Rahmen des in Retz abgehaltenen „Europasymposiums“ betonten sowohl Landeshauptmann Dr. Pröll wie auch Premier Juncker die Bedeutung starker Regionen im europäischen Erweiterungsprozess.

Die Fortführung von Kulturkontakten, die Unterstützung beim Aufbau von Tourismuseinrichtungen und ein umfangreiches Umweltpaket bildeten die Schwerpunkte einer niederösterreichischen Delegation in die iranische Hauptstadt Teheran und die nordöstliche Provinz Khorassan im April dieses Jahres.

Im Rahmen einer Wirtschaftsdelegation nach Syrien im Mai wurden Projektinitiativen in den Bereichen Wasserversorgung, Müllverbrennung und Umwelttechnik gestartet. Die EVN unterstützt die Sanierung und Verbesserung der Energieversorgung.

Die Österreichwoche in der schwedischen Hauptstadt Oslo war Plattform einer Tourismusoffensive in Skandinavien. Bei verschiedenen Veranstaltungen wurde unser Bundesland als „Wellness- und Wohlfühl-land“ präsentiert.

Das Land Niederösterreich betreibt eine breit gefächerte Technologieoffensive. Die Forschungs- und Entwicklungsarbeit endet natürlich nicht an den Landesgrenzen. Landeshauptmann Dr. Pröll hat beim Besuch der norditalienischen Topregionen Lombardei und Piemont im September Ansatzpunkte für eine zukunftsweisende Zusammenarbeit mit den Regionspräsidenten und Direktoren führender Forschungseinrichtungen erörtert.

Mit einer Delegation aus Landwirtschafts- und Umweltexperten wurden die bestehenden Kontakte zur *südostchinesischen Partnerprovinz Zhejiang* im Oktober in weiteren Wirtschaftssektoren aufgenommen. Erstmals präsentierte sich die NÖ Wirtschaft bei einer Technologiemesse in der Provinzhauptstadt Hangzhou. In der Hafenstadt Ningbo wurde ein Technologie-Kooperationsbüro eröffnet. Partner aus Niederösterreich sind das Austrian Research Center Seibersdorf und die Fachhochschule Wr. Neustadt. Die Zusammenarbeit erfolgt mit zwei chinesischen Universitäten und einem Technologiepark. Diese Reise war auch ein Beitrag Niederösterreichs zum 30-Jahre-Jubiläum der offiziellen Beziehungen zwischen Österreich und China, das heuer gefeiert wird.

Seit dem Jahr 1987 unterhält Niederösterreich zum Interessengebiet der *Tschechischen Republik* (Südmähren) nachbarschaftliche Beziehungen. Im Rahmen des Arbeitsprogramms für die Jahre 1999 und 2000 wurden die eingerichteten Arbeitsgruppen aktiv. Insbesondere im Rahmen des EU-Förderprogrammes INTERREG IIC wurde eine Vielzahl von Projekten entwickelt und durchgeführt. Dabei kommt der EUREGIO Weinviertel, Südmähren, Westslowakei besondere Bedeutung zu. Gerade im Rahmen der EUREGIO wird an Kleinprojekten gearbeitet, die dieses Arbeitsprogramm besonders gut umsetzen. Mit Ende des Jahres 2000 wurden die Verhandlungen mit dem Tschechischen Partner aufgenommen, um ein Arbeitsprogramm für die Jahre 2000 und 2001 zu entwickeln.

Am 12. 1. 2001 besuchte Landeshauptmann Dr. Pröll Prag, um Gespräche mit Parlamentspräsidenten Dr. Vaclav Klaus und Ministerpräsident Milos Zeman zur weiteren Vertiefung der Beziehungen zu führen.

Im Rahmen dieses Besuches kam es auch zu einem ersten Kontakt mit den

neuen Kreishauptmännern von Brünn und Iglau. Denn die bereits für Jänner 2001 geplante Unterfertigung des 6. Arbeitsprogramms mit dem „Grenznahe Gebiet der tschechischen Republik“ musste wegen der Einrichtung von Regionen in der Tschechischen Republik verschoben werden.

Nach einem Arbeitsgespräch von Landeshauptmann Dr. Pröll mit dem Budweiser Kreishauptmann am 26. 2. 2001 in Hollabrunn, bei dem die weitere Vorgangsweise abgeklärt wurde, fanden über Einladung von Niederösterreich zwei Arbeitstreffen auf Beamtenebene unter der Leitung von Landesamtsdirektor Dr. Werner Seif mit den neuen Ansprechpartnern, die Kreise Brünn, Budweis und Iglau, in St. Pölten statt und wurde der Entwurf eines Memorandums über die zukünftige Kooperation erarbeitet. Wegen der in Tschechien notwendigen Zustimmung durch das Innenministerium wird sich der Abschluss dieser Vereinbarung noch einige Zeit verzögern.

Schließlich fand am 12. Dezember 2001 ein Treffen zwischen Senatspräsidenten Dr. Petr Pithard und Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, bei dem vor allem bilaterale Verkehrsfragen behandelt wurden, statt.

Als Folge der Gespräche von Landeshauptmann Dr. Pröll im Oktober 1998 mit den Parteichefs der neuen Koalition in Bratislava wurden die Kontakte zur *Slowakei* intensiviert. Am 17. Jänner 2000 wurde in St. Pölten ein Arbeitsprogramm unterfertigt. Es werden darin Fragen des Verkehrs, der Wirtschaft, des Tourismus, der Kultur und Wissenschaft sowie der Wasserwirtschaft behandelt. Auch in diesem Bereich kommt der EUREGIO Weinviertel eine besondere Bedeutung bei der Entwicklung von Projekten zu.

Das Jahr 2001 brachte intensive Kontakte auf höchster politischer Ebene mit Vertretern der slowakischen Republik. So fand am 15. 5. 2001 ein Arbeitsgespräch zwischen Außenminister Eduard Kukan und Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll im Landhaus in Wien statt, bei dem vor allem die Themen Erweiterung, Intensivierung der Zusammenarbeit auf der Basis des Arbeitsprogramms und die Entwicklung des „Dreiecks Bratislava – Wien – Győr“ behandelt wurden.

Es folgte am 28. September 2001 ein Arbeitsgespräch mit Ministerpräsident Mikulas Dzurinda und Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll mit anschließendem Treffen mit Meinungsbildnern in St. Pölten. Dabei betonte Landeshauptmann Dr. Pröll, sich für die Verbesserung der Verkehrsverbindungen zur Slowakei verstärkt einzusetzen.

Höhepunkt der Kontakte zur slowakischen Republik war der Besuch des slowakischen Präsidenten Dipl.-Ing. Schuster am 24. November 2001 in St. Pölten. Nach einem Gespräch mit Landes-

hauptmann Dr. Erwin Pröll fand eine öffentliche und vom ORF NÖ gesendete Diskussionsveranstaltung statt.

Weiters wurde am 24. und 25. November 2001 eine Veranstaltung des Euro-Parates in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium der slowakischen Republik, dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und den Ländern Burgenland, Niederösterreich und Wien zum Thema „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Österreich – Slowakei“ abgehalten, die eine positive Bilanz über die Vielzahl von Aktivitäten ziehen konnte.

Bei allen Kontakten war das Arbeitsprogramm zwischen den angrenzenden slowakischen Bezirken, der Hauptstadt Bratislava und dem Land NÖ Gesprächsthema. Im Jahr 2001 entwickelte sich die Zusammenarbeit sehr gut und wurden auf Koordinatorebene zwei Sitzungen zur Überprüfung des bestehenden und Vorbereitung eines weiteren Arbeitsprogramms abgehalten. Das neue Arbeitsprogramm wird in der ersten Jahreshälfte 2002 in Bratislava unterfertigt werden.

● **ARGE Donauländer.** Im Jahr 2001 hatte die Region Russe im Namen aller bulgarischen Donauregionen den Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft Donauländer. Der Vorsitz war sehr aktiv, es fanden mehrere Seminare und Symposien statt.

Hauptaugenmerk wurde auf ein Wirtschaftsforum der Arbeitsgemeinschaft Donauländer, das im Oktober in Russe stattfand, gelegt. Weiters wurden in Zusammenarbeit mit dem von Niederösterreich geleiteten Arbeitskreis Kultur und Wissenschaft zwei Kultursymposien abgehalten. Der Arbeitskreis setzte seine Veranstaltungsreihe im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC „Kulturstraße Donau“ fort; diese Veranstaltungsreihe ist nun abgeschlossen und wurde in drei Publikationen dokumentiert.

Unter Vorsitz von Landesamtsdirektor Dr. Werner Seif fand am 11. Mai 2001 die 12. Sitzung der Arbeitsgruppe der Leitenden Beamten statt. Die Konferenz der Regierungschefs fand am 12. Oktober 2001 in Russe statt. Erfreulicherweise konnten wieder einige Projekte abgeschlossen werden; so wurde aufbauend auf die digitale Karte des Donaoraumes die Kulturkarte Donau präsentiert. Dabei handelt es sich um eine kultur-touristische Karte die allen Mitgliedern vorerst als Druckwerk zugänglich gemacht wurde. In einem weiteren Schritt wird dieses Kartenwerk mit Hilfe eines neuen digitalen Systems für die Homepage der ARGE adaptiert und damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Für die vom Arbeitskreis Verkehr und Schifffahrt initiierte Verkehrsstudie des Donaoraumes wurde bei dieser Konferenz der nächste Arbeitsschritt genehmigt.

Im Rahmen der Konferenz der Regierungschefs wurde ausführlich über die Erweiterung der Europäischen Union und die damit zusammenhängenden Fördermöglichkeiten informiert.

● **Versammlung der Regionen Europas (VRE).** Bei der Hauptversammlung 2000 in Seinäjoki, Finnland, wurde Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop nahezu einstimmig zur Präsidentin der VRE gewählt.

Bereits am 31. Jänner 2001 fand eine Klausur des Präsidiums am Sitz des Generalsekretariats in Straßburg statt. Ziel dieser Klausur war es, das Arbeitsprogramm und die Verantwortlichkeiten unter Einbeziehung aller Präsidiumsmitglieder festzulegen, die VRE wieder verstärkt in das öffentliche Interesse zu rücken und für die Mitglieder relevante Fragen aufzugreifen und damit verbundenen Konferenzen und Veranstaltungen zu diesen Themen anzubieten.

Als Beispiel für den genannten Weg konnte Liese Prokop Anfang Oktober 2001 in Mailand gemeinsam mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlamentes, Guido Podesta, die „MOSAN-EUROSALUTE“ eröffnen. Im Rahmen dieser Konferenz und der begleitenden Ausstellung zur Vorstellung neuer Entwicklungen im Gesundheits- und Sozialbereich fand auch das erste Treffen der regionalen Minister für Gesundheit und Soziales statt. Die Eröffnungsveranstaltung zeigte, dass die Vorsorge für die ältere Generation derzeit in allen Regionen ein viel diskutiertes Thema ist. Diese Veranstaltung in Mailand war eine weitere Initiative zur Stärkung des regionalen Elementes in der Europäischen Zusammenarbeit – eine der Hauptforderungen der VRE.

Auch der Dialog mit den Mitgliedern wurde verstärkt, um deren Wünsche und Anliegen aber auch die Kritik an der VRE in persönlichen Gesprächen zu erfahren. Prokop selbst hat über 40 Einzeltermine mit hochrangigen Vertretern der Mitgliedsregionen wahrgenommen. Es wurden Schritte eingeleitet, Mitglieder aus jenen Ländern, in welchen erst vor kurzer Zeit Regionen geschaffen wurden, für die VRE zu gewinnen. Wenige Tage vor Ostern besuchte Prokop eine Konferenz der neuen kroatischen Regionen, den Gespanschaften. Im Oktober fand ein erstes Gespräch mit den tschechischen Kreishauptleuten in Budweis statt.

Politisch stehen natürlich die europäischen Themen im Mittelpunkt. Der Post-Nizza-Prozess, die europäische Verfassung, das Weißbuch zur New Governance und der Erweiterungsprozess der Europäischen Union. Besonders die ersten drei Themen finden Ausdruck in den von den Kommissionen, besonders der Kommission A – institutionelle Angelegenheiten – vorgelegten Papieren.

Ein besondere Herausforderung ist der Prozess der EU-Erweiterung, der den

mittlerweile zahlreichen Kooperationsbemühungen eine neue europäische Dimension verleiht. Durch die Erweiterung rücken besonders die gemeinsamen Grenzregionen von der Peripherie ins Zentrum des künftigen mitteleuropäischen Kernraumes. Dieser Integrationsprozess bringt für die Grenzregionen neue Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch Risiken und Gefährdungspotenziale mit sich. Daher gilt es für die VRE in den nächsten Jahren die Ressourcen zu bündeln und die Regionen fit für die Erweiterung zu machen.

Die VRE wurde von Interregionalen Organisationen, die heute den Beobachterstatus haben, gegründet. Es gibt auch viele neue Initiativen, die sich mit dem Regionalismus in Europa beschäftigen. Ein wesentliches Anliegen von Präsidentin Prokop ist es, den Dialog mit all diesen Organisationen und Konferenzen wieder stärker aufzunehmen und zu führen. Dieser Vorschlag ist auf fruchtbaren Boden gefallen, und im Frühjahr 2002 wird das 2. Treffen der interregionalen Mitgliedsorganisationen, zu dem bereits zwei Vorbereitungstreffen der Generalsekretäre stattgefunden haben, abgehalten werden.

Höhepunkt des Jahres war die Hauptversammlung, die erstmals in einem Erweiterungsland, nämlich in Sopron, Ungarn, abgehalten wurde. Selbstverständlich war die Erweiterung der EU Hauptthema dieser Jahreshauptversammlung. Erstmals wurde von der VRE ein Ehrenpreis an die „Jugendfreundlichste Region Europas“ vergeben. Aus einem in ganz Europa ausgeschriebenen Wettbewerb war die norwegische Region Nordland als Sieger hervorgegangen. Ehrenpreise erhielten das Land Thüringen, D, und die rumänische Region Timis.

Ziele 2002

- Die im Jahr 2001 vom NÖ VBB und im Rahmen der ARGE Donauländer und der VRE fortgeführten bzw. begonnenen Initiativen sind auszubauen und fortzusetzen. Die eingeleiteten wirtschaftlichen Kooperationen sind zu vertiefen und umzusetzen. Der Info Point Europa wird seine Tätigkeit auf die Bereiche Euro-Umstellung und Erweiterung konzentrieren.

- Im Rahmen der Europrojektgruppe ist die Entwicklung zu beobachten, die eingeleiteten legislativen und administrativen Umstellungsarbeiten sind zu begleiten und zu evaluieren. Allenfalls können die Arbeiten abgeschlossen werden.

- Die Geschäftsstelle wird den Vorsitz der ARGE Donauländer unterstützen und ihr Know-how für eine erfolgreiche Fortsetzung der ARGE-Aktivitäten einbringen.

- Im Zuge des Prozesses der EU-Erweiterung wird getrachtet, dass die NÖ Interessen Berücksichtigung finden. Eine Expertenkonferenz nimmt die Koordi-

nierung der Länderinteressen wahr, bei Bedarf wird eine auf der verabschiedeten gemeinsamen Länderstellungnahme aufbauende weitere Stellungnahme erarbeitet werden.

- Positionierung der Länderanliegen im Zusammenhang mit den Schlussfolgerungen von Laeken (Konvent, Regierungskonferenz).

- Fortführung/Forcierung der Absolvierung von *Praktika in Brüssel* (sowohl in den Institutionen – wie vor allem in der Europäischen Kommission – als auch im NÖ Verbindungsbüro).

Allgemeine Verwaltung

Vergabekontrolle

Ein Bewerber oder Bieter eines bestimmten Vergabeverfahrens kann die Nachprüfung einer Entscheidung des Auftraggebers begehren, sofern der Auftragswert über den im NÖ Vergabegesetz festgelegten Schwellenwerten liegt.

Das Vergabegesetz sieht zunächst ein obligatorisches Schlichtungsverfahren vor, das von der beim Amt der Landesregierung eingerichteten NÖ Schlichtungsstelle für öffentliche Aufträge durchgeführt wird.

Kommt im Schlichtungsverfahren keine gütliche Einigung zwischen den Streitparteien zustande, kann der Bewerber oder Bieter ein förmliches Nachprüfungsverfahren vor dem Unabhängigen Verwaltungssenat beantragen.

Im Jahr 2001 wurden 23 Schlichtungsanträge eingebracht. Dies stellt einen geringen Rückgang gegenüber dem Vorjahr dar. In 4 Fällen wurde aus formalen Gründen (z. B. fehlende Antragslegitimation, Nichterreichen des Schwellenwertes) kein Schlichtungsverfahren durchgeführt. Von den durchgeführten Schlichtungsverfahren endeten 8 mit einer gütlichen Einigung bzw. nahm der Antragsteller nach Durchführung des Verfahrens davon Abstand, den Unabhängigen Verwaltungssenat anzurufen. In 2 Fällen wurde der Schlichtungsantrag vor Durchführung der mündlichen Verhandlung zurückgezogen. In 9 Fällen musste der Unabhängige Verwaltungssenat im förmlichen Verfahren entscheiden.

Von den eingebrachten Schlichtungsanträgen entfielen 12 auf Dienstleistungs-, 8 auf Bau- und 3 auf Lieferaufträge.

Auszeichnungen und Ehrungen

Auszeichnungen

Im Jahr 2001 wurden verliehen:

Österreichisches Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst	1
Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich	81

Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich	225
Sportehrenzeichen	177
Ehrenstatuette „Heiliger Leopold“ des Landes Niederösterreich	2
Gedenkmedaillen des Landes Niederösterreich in der Variante „Dank für freiwillige Tätigkeit“	11
Gedenkmedaillen des Landes Niederösterreich in der Variante „Dank für verdienstvolle Tätigkeit“	17

Im gleichen Zeitraum wurden 72 Berufstitel durch den Herrn Bundespräsidenten verliehen und die entsprechenden Verleihungsdekrete ausgefolgt.

An 17 Personen, die durch ihren Einsatz das Leben anderer Menschen gerettet haben, wurden Dank- und Anerkennungsschreiben übermittelt.

2 Lebensrettern wurden Ehrengaben von jeweils € 363,36 (S 5.000,-) zuerkannt.

74 Personen wurde für anerkanntenswerte Leistungen ein Dank- und Anerkennungsschreiben des Herrn Landeshauptmannes übermittelt.

Ehrungen

Anlässlich der Geburt von Drillingen erhielt im Berichtszeitraum 1 Ehepaar eine Ehrengabe von € 726,73 (S 10.000,-). Im Jahr 2001 wurden 3.384 NÖ Jugend-sportabzeichen verliehen.

Ehrenzeichen für vieljährige Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens	
für 25-jährige Tätigkeit	1.753
für 40-jährige Tätigkeit	754
für 50-jährige Tätigkeit	668
Insgesamt	3.175

Anlässlich der Feier von Festtagen wurden im Jahr 2001 6.593 Ehepaare bzw. Personen geehrt.

Es handelt sich hierbei um folgende Jubiläen:

Goldene Hochzeit	3.200
Diamantene Hochzeit	256
Eiserne Hochzeit	46
Steinerne Hochzeit	9
Gnadenhochzeit	5
Juwelenhochzeit	1
Kronjuwelenhochzeit	2
90. Geburtstag	2.427
95. Geburtstag	532
100. Geburtstag	56
101. Geburtstag	25
102. Geburtstag	11
103. Geburtstag	9
104. Geburtstag	2
105. Geburtstag	4
106. Geburtstag	5
108. Geburtstag	2
109. Geburtstag	1

Zivildienst-angelegenheiten

Wehrpflichtige, die aus Gewissensgründen von der Erfüllung der Wehrpflicht befreit werden, haben einen Ersatzdienst, den Zivildienst, zu leisten. Der Zivildienst ist in Einrichtungen zu leisten, die als geeignete Träger des Zivildienstes anerkannt sind, wobei der Zivildienstleistende zu Dienstleistungen heranzuziehen ist, die dem allgemeinen Besten, insbesondere der Zivilen Landesverteidigung, dienen. Im Berichtszeitraum betrug die Dauer des Zivildienstes zwölf Monate.

Im Jahr 2001 wurden 4 Einrichtungen mit insgesamt 13 Zivildienstplätzen neu anerkannt. Bei bereits bestehenden Einrichtungen wurden 12 neue Einsatzstellen für Zivildienstleistende und 169 zusätzliche Zivildienstplätze genehmigt. Somit können in Niederösterreich derzeit bei 98 Einrichtungen Zivildienstleistende eingesetzt werden. Die genehmigten Zivildienstplätze stehen fast ausschließlich im Bereich des Rettungswesens, in der Sozial- und Behindertenhilfe, in Krankenanstalten sowie im Rahmen der Katastrophenhilfe zur Verfügung.

Hinsichtlich der Zuerkennung von Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe hat der Zivildienstleistende die gleichen Ansprüche wie ein Präsenzdiener. Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Ansprüche liegt bei den Bezirksverwaltungsbehörden; über Berufungen entscheidet der Landeshauptmann.

Bei drei ganztägigen Seminaren wurden Vertreter der Rechtsträger anerkannter

Einrichtungen und Vorgesetzte der Zivildienstleistenden über die wesentlichen Inhalte des Zivildienstgesetzes, insbesondere im Hinblick auf die behördliche Überwachung und die Verpflichtung zur Einschulung der Zivildienstleistenden über Rechte und Pflichten, informiert. Weiters wurden im Rahmen der behördlichen Überwachung Dienstpläne überprüft und auch Überprüfungen vor Ort vorgenommen.

Rechtsbüro

Dem Rechtsbüro obliegt generell die Wahrung der Interessen des Landes NÖ in Angelegenheiten des Zivilrechtes und des gerichtlichen Strafrechtes.

Beratung der Landesdienststellen

Dieser Bereich umfasst alle Phasen der Abwicklung von Rechtsgeschäften, die Errichtung bzw. Begutachtung von Verträgen sowie die Durchführung allenfalls erforderlicher grundbücherlicher Vorkerhungen. Ebenso ist das Rechtsbüro in das Begutachtungsverfahren zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen eingebunden.

Kategorie	Anzahl der Erledigungen
Beratungen allgemein	584
Begutachtungen	205
Grundbuch	554
Beratungen insgesamt	1.343

Verfolgung von Forderungen des Landes

Hier finden sich jene Fälle, in denen das Rechtsbüro mit der gerichtlichen oder außergerichtlichen Verfolgung von Ansprüchen des Landes von anderen Landesdienststellen befasst wurde. Sämtliche Verfahrenstadien (Erkenntnis-, Exekutions-, Insolvenzverfahren) waren zu betreuen. Soweit erforderlich wurden Rechtsanwälte mit der Vertretung des Landes vor Gericht betraut. Insgesamt war das Rechtsbüro in 820 Fällen mit der Durchsetzung von Landesforderungen befasst.

Abwehr von Forderungen gegen das Land

Das Rechtsbüro unterstützt sämtliche Landesdienststellen bei der Abwehr von unberechtigten Ansprüchen, die von dritter Seite gegen das Land NÖ erhoben werden. Eine Untergruppe von besonderer Bedeutung bilden dabei die Fälle der Amtshaftung.

Kategorie	Anzahl der Erledigungen
Forderungen allgemein	1.042
Amtshaftung	152
insgesamt	1.194

Abteilung Personalangelegenheiten A, B, C

In der nachstehenden Übersicht wird der Personalstand der Bediensteten des Landes Niederösterreich einschließlich der Pensionsparteien, soweit diese vom Amt betreut werden, mit Stichtag 10. Jänner 2001 bzw. 10. Jänner 2002 wie folgt aufgezeigt:

Aus dieser Übersicht ist zu ersehen, dass sich der Stand bei den aktiven Beamten (einschl. der im zeitlichen Ruhestand) um 61 vermindert hat, bei den Vertragsbediensteten um 25 Personen und bei den Pensionsparteien um 47 Personen erhöht hat.

	10. 1. 2001	10. 1. 2002
Pragmatische Bedienstete (einschl. lw. Lehrer und Landeskindergärtnerinnen)	7.272	7.214
Beamte im zeitlichen Ruhestand	23	20
Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen (einschl. Lehrer und Landeskindergärtnerinnen)	4.749	4.796
Vertragsbedienstete der Entlohnungsschemata I, II, I L und II L (einschl. Kindergärtnerinnen weltlichen und geistlichen Standes, Aushilfskräfte, Konsiliarfachärzte, Heimärzte, Apotheker, Ausbildungsärzte und Primärärzte)	13.908	13.933
Insgesamt	25.952	25.963

Allgemeines und Schwerpunkte 2001

Mit 12. Juni 2001 wurde die Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten (Ausschreibungswesen, Zivildienst, Auszeichnungen und Ehrungen ...) von der Abteilung Gebäudeverwaltung abgeteilt und der Abteilung Landesamtsdirektion zugeteilt.

Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaften, der Gebietsbauämter, der Abteilung technische Kfz-Angelegenheiten und Güterwege

- Abschluss der Zu- und Umbaumaßnahmen am Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft Amstetten
- Abschluss der Instandsetzungsarbeiten am Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft-Außenstelle Schwechat
- Weiterführung der Erweiterung und Generalsanierung des Amtsgebäudes der Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf
- Verlegung des NÖ Gebietsbauamtes IV in Krems und Durchführung der damit verbundenen baulichen Maßnahmen
- Vorarbeiten betreffend die Erweiterung des Amtsgebäudes der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen
- Vorarbeiten betreffend Fassadensanierung am Amtsgebäude I sowie Projekterstellung bezüglich Errichtung eines zweiten Amtsgebäudes für die Bezirkshauptmannschaft Scheibbs
- Bauliche Maßnahmen am Dienstwohngebäude der Bezirkshauptmannschaft Tulln
- Dachsanierung am Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft Waidhofen/Thaya
- Einbau einer Autowaschanlage im Kombiprojekt St. Pölten
- Herstellung eines Kontrollplatzes samt Brückenwaage auf der A1 Raum Haag
- Erstellung eines Erweiterungsprojektes für die Kfz-Prüfstelle Wr. Neudorf
- In sämtlichen Amtsgebäuden der Bezirkshauptmannschaften sowie in 9 Außenstellen wurden Bürgerbüros errichtet
- Mitarbeit an der Errichtung der Landesimmobiliengesellschaft (LIG) und Vorbereitung des Verkaufes von Bezirkshauptmannschaften an die LIG und deren Rückmietung durch das Land
- Erhöhung der Sicherheitsvorkehrungen im NÖ Landtag

Liegenschaftsverwaltung

- Im Jahre 2001 wurde Liegenschaften im Gesamtwert von rd. € 1.000.000,- veräußert

- Verhandlungen bezüglich Erwerbs eines Bauplatzes für die Neuerrichtung der NÖ Landesfeuerwehrschule in Tulln
- Abschluss des Bestandsvertrages zwischen der Via Dominorum GesmH. einerseits und dem Land NÖ sowie dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten andererseits über die Nutzung der Gebäude Herrngasse 11 und 13 in Wien

Regierungsviertel St. Pölten

- Durchführung der laufenden Wartungs-, Inspektions- und Instandsetzungsarbeiten an Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung
- Betreuung des Projektabschlusses in Bezug auf Mängelbetreuung
- Errichtung des NÖ Landesmuseums
- Vorarbeiten für die Einmietung des LGK und der SID
- Übernahme der Hausverwaltung von der NÖVV
- Übernahme der Garage von der Firma Conti-Park
- Abhandlung von Versicherungsschäden
- Schaffung eines zusätzlichen Garagenabganges im Landhausboulevard
- Erhöhung der Sicherheitsvorkehrungen im Bereich der Mitglieder der Landesregierung und des Landtages
- Laufende Verwaltungsarbeiten

Ziele 2002

- Weiterführung der begonnenen Bauprojekte an Amtsgebäuden der Bezirkshauptmannschaften
- Maßnahmen betr. Bedienstetenschutz
- Weiterführung der Verkaufsbestrebungen betr. nicht benötigter Liegenschaften
- Abschluss des Neubaus des NÖ Landesmuseums
- Weiterführung des Projektes Übersiedlung LGK und SID
- Beginn der Generalsanierung der Häuser Herrngasse 11 und 13 in 1014 Wien durch die Via Dominorum Grundstückverwertungs-Gesellschaft m. b. H.
- Abwicklung des Verkaufes von Amtsgebäuden der Bezirkshauptmannschaften an die Landesimmobiliengesellschaft
- Umsetzung der Effizienzanalyse

Landhausküche

Pro Tag werden ca. 1.500 Essen konsumiert. Die Landhausküche ist zwischen 11.30 Uhr und 13.30 Uhr (Freitag 13.00 Uhr) geöffnet. Zwischen 9.00 Uhr und 11.00 Uhr ist Buffetbetrieb. Im Rahmen

von Sonderempfängen werden pro Jahr ca. 40.000 Personen bewirtet. Seit Mai 2001 gibt es zusätzlich ein warmes vegetarisches Buffet.

Landhauskindergarten

Der Landhauskindergarten wird in 3 Gruppen mit je 24 Kindern geführt. Er ist ganzjährig geöffnet. Die Betreuung der Kinder erfolgt von 5 Kindergärtnerinnen und 5 Helferinnen.

Bedienstetenschutz

Anfang 1999 trat das NÖ Bedienstetenschutzgesetz 1998 (NÖ BSG 1998), LGBl. 2015, in Kraft. Dieses Gesetz bringt für die Mitarbeiter im NÖ Landesdienst eine Evaluierung der Arbeitsplätze und die laufende Betreuung durch Arbeitsmediziner und Sicherheitsfachkräfte. In einem Pilotprojekt werden Wege für eine möglichst effiziente Umsetzung des Gesetzes erprobt. Im Jahr 2000 wurden rund 1.550 Arbeitsplätze in 20 Dienststellen der verschiedenen Typen evaluiert. Entsprechend den so gewonnenen Erfahrungen erfolgt der weitere Organisationsaufbau. Daneben wurde in Monatsschwerpunkten zu gesundheits- und sicherheitsrelevanten Themen informiert.

Darüber hinaus setzt die im NÖ BSG 1998 vorgesehene NÖ Bedienstetenschutz-Kommission ihre Überprüfungsarbeit fort.

Die Kommission gemäß § 28 NÖ Bedienstetenschutzgesetz 1998, LGBl. 2015, der die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des NÖ Bedienstetenschutzgesetzes obliegt, hat im Jahr 2001 25 Dienststellen mit einer Anzahl von 930 Bediensteten (613 männlich und 302 weiblich) überprüft. Wesentliche Schwerpunkte 2001 waren die Überprüfungen von Bezirkshauptmannschaften, landwirtschaftlichen Fachschulen und Straßenmeistereien.

Kopier- und Mikروفilmstelle

Im Jahre 2001 wurden 2.824.754 Aktenseiten für die Mikroverfilmung vorbereitet und verfilmt. 1.651.844 Aktenseiten wurden gescannt und 58 CDs gebrannt. Bei 649 Suchvorgängen wurden 31.103 Kopien erstellt. Insgesamt verwaltet die Mikروفilmstelle 52 dezentrale Kopiergeräte.

Mit diesen Kopiergeräten wurden 10.848.381 Kopien erstellt. Auf dem Großflächenkopierer wurden 26.287 S/W-Pläne angefertigt.

3.340 Pläne wurden am Farbscanner eingescannt und weiterbearbeitet.

Beschaffungsangelegenheiten

Im Jahr 2001 wurden 2.039 Eingangsfakturen mit einer Gesamtsumme von S 27.194.837,92 angewiesen und 734 Sammelrefundierungsnoten mit einer Summe von S 27.160.215,18 ausgestellt. Bei den angekauften Waren handelt es sich größtenteils um Bedarfsartikel für diverse Dienststellen des Landes.

Druckerei und Buchbinderei

2001 wurden 2.866 Aufträge wie z. B. Erstellung von Zeitschriften, Landesgesetzblättern, Wohnbauförderungsmappen, Broschüren, Einladungen, NÖ Landeskorrespondenz etc. erstellt. Am Drucksektor wurden ca. 1,7 Mio. Bogen Papier verarbeitet. Weiters wurden ca. 9,6 Mio. SW-Kopien und ca. 310.000 Farbkopien angefertigt.

Abteilung Pressedienst**Pressedienst****Schwerpunkte 2001**

Nach außen präsentiert sich die Öffentlichkeitsarbeit des Landes vor allem mit dem täglich erscheinenden Pressedienst „Niederösterreichische Landeskorrespondenz“ (NLK) mit jährlich mehr als 2.000 Artikeln. Schwerpunkte waren auch im vergangenen Jahr vor allem die Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik, die Kultur, die Landes-Außenpolitik, die Verwaltungsreform, der Wohnbau und Verkehrsfragen. Damit verbunden ist auch ein hohes Maß an Innen- und Außendienst. Eine besondere Herausforderung stellte auch für die Presseabteilung der niederösterreichische Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz dar. Vor allem die in diesem Zeitraum in Gang gesetzte Verwaltungsreform war ein wichtiges Thema in der Pressearbeit des Landes.

Die medialen Kontakte mit APA, ORF und insbesondere den Lokal- und Regionalzeitungen wurden weiter verstärkt. Gute Kontakte bestehen auch zu den privaten Fernseh- und Hörfunksendern, die in Zukunft sicher noch weiter an Bedeutung gewinnen werden.

Im Rahmen der Imagewerbung des Landes wurden 2001 vor allem zwei Inseraten- und Plakatkampagnen realisiert. Im Frühjahr wurde die bereits 2000 begonnene Kampagne zum NÖ Fitnessprogramm („Niederösterreich. Wir ha-

ben noch viel vor“) mit dem Themenschwerpunkt „Verkehr“ fortgesetzt. Schwerpunkt im Herbst war das für Niederösterreich so erfreuliche Ergebnis der Volkszählung.

Die Presseabteilung gibt derzeit folgende Publikationen heraus: die tägliche Landeskorrespondenz (NLK, Auflage 610 Stück), die farbige Wandzeitung NÖ im Bild (Auflage 3.900 Stück, monatlich), die Amtlichen Nachrichten (Auflage 3.400 Stück, vierzehntägig), „morgen – NÖ Kulturberichte“ gemeinsam mit dem NÖ Fonds (Auflage 5.800 Stück, monatlich), die NÖ Perspektiven (Auflage 56.100 Stück, vierteljährlich) sowie die Zeitschrift „Raum & Ordnung“ (Auflage 8.200 Stück, vierteljährlich).

Werbe- und Imageaktivitäten wurden auch im Zusammenhang mit sportlichen Großveranstaltungen im Land, z. B. dem ATP-Turnier in St. Pölten, entfaltet. Schließlich wurde auch in diesem Jahr wieder eine entsprechende Presseförderung realisiert.

Personalstand: 5 A, 1 B, 3 C, 4 d

Ziele 2002

Auch im Jahr 2002 werden Werbekampagnen zu aktuellen Themen durchgeführt, um die Zielrichtung, Niederösterreich unter die Top-Regionen Europas zu führen und als Insel der Menschlichkeit weiter zu entwickeln, in der Öffentlichkeit entsprechend zu verankern. Die PR-Tä-

tigkeit über die „Landeskorrespondenz“ und die laufenden Publikationen sollen womöglich weiter ausgebaut und intensiviert werden.

Die technische Ausstattung der Abteilung soll weiter auf dem bestmöglichen Stand gehalten werden, wobei gerade in der Öffentlichkeitsarbeit die neuen Kommunikationstechnologien immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Bildstelle

Die Bildstelle war auch im Jahr 2001 mit zahlreichen Einsätzen und den damit verbundenen Ausarbeitungs- und Archivierungsarbeiten voll ausgelastet. Es gibt weiterhin rege Nachfrage nach aktuellem und archiviertem Fotomaterial. Zahlreiche Medien, Gemeinden, Verlage, Autoren, Private etc. nutzen die vielfältigen Möglichkeiten der Bildstelle, die technisch laufend nachadjustiert wird, so dass es heute möglich ist, vor allem den Tageszeitungen aktuelle Fotos unmittelbar nach den jeweiligen Veranstaltungen sofort zur Verfügung zu stellen. Die bewährte Art des Vertriebs und Versands von aktuellem Fotomaterial wird durch viele persönliche Kontakte mit den Medien noch vertieft.

Personalstand: 1 C (in der Archivverwaltung), 5 p

Schwerpunkte 2001

Fachbereich Haushaltsangelegenheiten

Die Rahmenbedingungen für den NÖ Landeshaushalt sind seit Beginn des Jahres 2001 grundlegend verändert. Das Österreichische Stabilitätsprogramm 2000 bis 2004 mit dem Ziel, für den Gesamtstaat das „Nulldefizit“ zu erreichen, und in der Folge der neue Finanzausgleich 2001 bis 2004 und der Österreichische Stabilitätspakt 2001 bis 2004 stellen an alle öffentlichen Haushalte gänzlich geänderte Anforderungen. Für die Beurteilung der öffentlichen Haushalte sind nun Kriterien auf der Basis des Europäischen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) maßgeblich und verbindlich. Die umfangreichen Arbeiten der ersten Jahreshälfte standen im Zeichen dieser neuen Voraussetzungen bzw. Vorgaben und fanden ihren Niederschlag in vier, den NÖ Landeshaushalt betreffenden Beschlüssen des NÖ Landtags vom Juni 2001:

- Das bis dahin geltende NÖ Budgetprogramm 1999–2003 war auf Grund der neuen Bedingungen obsolet geworden und wurde durch das neue NÖ Budgetprogramm 2001–2004 ersetzt.

- Der im Juni des Jahres 2000 vom NÖ Landtag verabschiedete Voranschlag 2001 wurde mittels eines Anpassungsbudgets 2001 aktualisiert und gleichzeitig ausgeglichen.

- Gleichzeitig war es erforderlich, abgangsneutrale Umschichtungen im Rahmen eines Umschichtungsbudgets 2001 vorzunehmen.

- Last but not least war ein Budget, nämlich der Voranschlag für das Jahr 2002, erstmals in Euro zu erstellen. Der Voranschlag 2002 ist – wie 2001 – ausgeglichen.

Weitere Schwerpunkte waren

- die Erstellung des Berichts an den NÖ Landtag über die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitritts für das Jahr 2000;

- die Mitwirkung am NÖ Gemeindeförderungsbericht 2000 und am Leasingbericht 2000, welche ebenfalls im Juni 2001 vom NÖ Landtag beschlossen wurden;

- die Abwicklung des Schuldendienstes für Darlehen, die vom Land aufgenommen wurden;

- die Mitwirkung an der Abwicklung von Leasing- und anderen Sonderfinanzierungen.

Fachbereich Wirtschaftsangelegenheiten

- **Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – allgemein.** Niederösterreichische Gemeinden können gemäß den Landtagsbeschlüssen vom 25. Jänner 1973 bzw. 5. Oktober 2000 durch Übernahme der Haftung gemäß § 1356 ABGB und Gewährung eines Zinsenzuschusses für Kredite, die zur Durchführung außerordentlicher Vorhaben aufgenommen werden, gefördert werden. Schwerpunktmaßig umfasst die Tätigkeit die Beratung der Gemeinden in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen, Vorbereitung der Anträge für die Genehmigung durch die Landesregierung und Abwicklung der Förderung.

- **Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – Energie.** Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1983 die Einführung und am 5. Oktober 2000 eine Abänderung dieser Untersektion der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden beschlossen.

- **Landeshaftung für Industriebetriebe.** Die Tätigkeit besteht nur noch aus der Abwicklung einiger weniger Haftungsfälle.

- **Beteiligungen des Landes an wirtschaftlichen Unternehmungen.** Im Rahmen des Tätigkeitsbereiches wird vom Land Niederösterreich ein wesentlicher Beitrag zur Belebung der Wirtschaft und Sicherung der Arbeitsplätze im Landesgebiet geleistet. Die Projekte und damit die Investitionskosten haben meist eine Größenordnung, die von privatrechtlich organisierten Gesellschaften ohne zusätzliche Hilfe nicht bewältigt werden können. Die Tätigkeit der Abteilung Finanzen umfasst in diesem Bereich die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen, die Auswertung des betriebswirtschaftlichen Datenmaterials und die damit zusammenhängende Vorbereitung der Entscheidungen über die Art und Form notwendiger Mittelzuflüssen bzw. der Gewinnverwendung. Im administrativen Bereich werden die erforderlichen Regierungs- und Landtagsvorlagen erstellt sowie die Vollmachten des jeweiligen Machthabers des Landes bei den Haupt- und Generalversammlungen ausgefertigt.

- **Regional-, Öko- und Struktursonderaktion.** Mit Beschluss der NÖ Landesregierung vom 25. September 1990 wurden die Mittel aus den drei Sonderaktionen verteilt.

Die Abwicklung erfolgt über die jeweils zuständige Fachabteilung im Einvernehmen mit der Abteilung Finanzen.

- **Subventionen.** Die Förderungswerber werden sowohl vor als auch nach

der Antragstellung beraten. Auf Grund der angeforderten Unterlagen werden die Förderungszusagen für die Regierungsmitglieder vorbereitet. Die Auszahlung der Subventionen erfolgt erst nach der Überprüfung der Gesamtinvestitionen.

- **Überregionale und internationale Angelegenheiten.** Die Mitgliedschaft Österreichs bei der Europäischen Union erforderte umfangreiche Arbeiten im Rahmen der Finanzverwaltung wie Vorbereitungen zur Abwicklung der Landwirtschaftsförderung, Vorbereitungsarbeiten für die EU-Regionalpolitik, Begutachtungsverfahren bei Harmonisierungen mit dem bestehenden EU-Rechtssystem und bei beabsichtigten EU-Vorschriften.

- **Euro-Einführung.** Die Einführung des Euro mit 1. Jänner 1999 bedingte weiterführende Arbeiten im Rahmen des Projektes „Euro-Umstellung in der NÖ Landesverwaltung“, dessen Leitung einem Mitarbeiter der Abteilung Finanzen übertragen wurde.

Fachbereich Rechts- und Finanzangelegenheiten

Finanzausgleich

Der österreichische Finanzausgleich regelt die Verteilung der Abgabenerträge auf den Bund, die Länder und die Gemeinden. Die Abteilung Finanzen vertritt das Land NÖ in allen damit verbundenen Angelegenheiten. Im Zusammenhang damit sind permanent offizielle und informelle Konsultationen mit Vertretern des Bundes und der anderen Bundesländer erforderlich.

Nach umfangreichen Verhandlungen im Jahr 2000, an denen die Abteilung Finanzen beteiligt war, trat am 1. Jänner 2001 das Bundesgesetz, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 2001 bis 2004 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden – Finanzausgleichsgesetz 2001 (FAG 2001), BGBl. I Nr. 3/2001 – in Kraft.

Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen

Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens besteht die Aufgabe der Abteilung Finanzen in erster Linie darin, zu prüfen, ob durch Bestimmungen in Gesetzes- und Verordnungsentwürfen finanzielle Interessen des Landes NÖ berührt werden und sich dadurch Auswirkungen auf das Landesbudget ergeben.

Konsultationsmechanismus

Am 15. Jänner 1999 trat die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern

und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, in Kraft. Diese Vereinbarung ermöglicht es den Ländern erstmals, rechtsetzende Maßnahmen des Bundes, die finanzielle Auswirkungen auf die Länder haben, wirkungsvoll zu beeinträchtigen. Die Wahrnehmung der dem Land NÖ aus dieser Vereinbarung erwachsenden Rechte wurde der Abteilung Finanzen übertragen.

Bisher wurde in 30 Fällen die Aufnahme von Verhandlungen in einem Konsultationsgremium beantragt, wobei nur in einem Fall tatsächlich eine derartige Verhandlung stattgefunden hat. In einigen Fällen wurde der Antrag, großteils nach entsprechenden Änderungen der Vorlagen durch den Bund, zurückgezogen. In allen anderen Fällen sind die Rechtsetzungsvorhaben des Bundes bis auf weiteres sistiert.

Stabilitätspakt

Im Jahr 1999 trat die „Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden betreffend die Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden (Österreichischer Stabilitätspakt)“, BGBl. I Nr. 101/1999, in Kraft. Darin wird die Koordination der Führung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden im Hinblick auf die gemeinschaftsrechtlichen Regeln über die Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten geregelt. Zur Wahrnehmung der Aufgaben der Haushaltskoordinierung werden politische Koordinationskomitees eingerichtet. Die Abteilung Finanzen unterstützt dabei den Landesrat für Finanzen, der das Land NÖ sowohl im gesamtösterreichischen als auch im NÖ Koordinationskomitee vertritt.

Im Jahr 2001 wurden Verhandlungen über eine „Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Verstärkung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2001)“, BGBl. I Nr. 39/2002, geführt und abgeschlossen. Diese regelt die Beiträge der österreichischen Gebietskörperschaften zu einem öffentlichen Nulldefizit. Der Abschluss der Vereinbarung wurde vom NÖ Landtag in seiner Sitzung am 13. Dezember 2001 genehmigt.

Krankenanstaltenfinanzierung

Nach umfangreichen Verhandlungen im Jahr 2000, an denen die Abteilung Finanzen beteiligt war, trat am 1. Jänner 2001 die „Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung“, BGBl. I Nr. 5/2001, in Kraft. Diese bestimmt bis zum 31. Dezember

2004 über die Finanzierung des öffentlichen Krankenanstaltenwesens.

Auf Bundesebene vertritt die Abteilung Finanzen das Land NÖ bei den mit dieser Vereinbarung verbundenen Verhandlungen über die Krankenanstaltenfinanzierung. Weiters ist die Abteilung Finanzen Mitglied der zur Weiterentwicklung des Systems einer leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung (LKF-System) geschaffenen Strukturkommission des Bundes.

Auf Landesebene ist die Abteilung Finanzen in der Fondsversammlung, deren Vorsitzender der Landesrat für Finanzen, Mag. Wolfgang Sobotka, ist, und im Ständigen Ausschuss des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds (NÖGUS) vertreten. Damit ist eine intensive Einbindung in die Erstellung des Voranschlags des NÖGUS und in die Krankenanstaltenfinanzierung im Land NÖ insgesamt verbunden.

Teilnahme an Baubeiräten

Gemäß der Dienstanweisung „Baubeirat“ der Landesamtsdirektion vom 9. Jänner 2001, Systemzahl 01-01/00-0750, ist der Leiter der Abteilung Finanzen bzw. sein Vertreter in jedem Baubeirat Mitglied.

Die Tätigkeit des Vertreters der Abteilung Finanzen in den Baubeiräten besteht im Wesentlichen darin, auf eine sparsame Verwendung der Landesmittel zu achten.

Sollte sich eine Überschreitung der genehmigten Gesamtkosten abzeichnen, wird von der Abteilung Finanzen gefordert, dass Einsparungsvorschläge vorgelegt werden, damit der vorgesehene Kostenrahmen eingehalten werden kann. Falls sich dies als nicht möglich erweist, ist unverzüglich die Zustimmung der zuständigen politischen Gremien zu einer Kostenüberschreitung einzuholen.

Von besonderer Bedeutung für diese Tätigkeit ist dabei der in jeder Baubeiratssitzung zu erstattende Bericht über die Finanzierungssituation, die durchgeführten und beabsichtigten Vergaben sowie über die Kostenentwicklung im Vergleich zu den veranschlagten Kosten und zum Baufortschritt.

Zentrale Geldverwaltung (Cash-Pooling)

Die von der Abteilung Finanzen auf Grund eines Berichtes des NÖ Landesrechnungshofes über die Geldflüsse zwischen kreditverwaltenden Abteilungen und nachgeordneten Dienststellen (Prüfung 9/1999) betriebene Umstellung der Konten nachgeordneter Dienststellen auf ein Neben- oder Subkontensystem konnte im Jahr 2001 weitestgehend abgeschlossen werden.

Probleme 2001

Fachbereich Wirtschaftsangelegenheiten

● **Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden.** Die hohe Anzahl der Förderungsansuchen, die oft sehr zeitaufwendige Beratung und die Begleitung bis zur endgültigen Rückzahlung der Darlehen sind enorm arbeitsintensiv.

● **Subventionen.** Die Abrechnung der Förderungen ist sehr aufwendig, weil das gesamte Projekt überprüft wird. Dadurch wird versucht, eine korrekte Abwicklung der Förderung und somit der Finanzierung zu gewährleisten.

Fachbereich Rechts- und Finanzangelegenheiten

Finanzausgleich

Auf Grund der Vorgabe des Bundes, dass Österreich bereits im Jahr 2002 kein öffentliches Defizit mehr ausweisen soll, waren bei den Finanzausgleichsverhandlungen im Jahr 2000 beträchtliche finanzielle Zugeständnisse der Länder erforderlich, deren Einhaltung zudem durch eine Pönalebestimmung im Österreichischen Stabilitätspakt 2001 abgesichert wird. Dies dürfte in den kommenden Jahren große Anstrengungen bei Erstellung und Vollziehung des Landeshaushalts verursachen.

Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen

Die von den Bundesdienststellen eingeräumten Begutachtungsfristen werden – auch bei wichtigen Gesetzen – oft zu kurz bemessen. Weiters fehlen gelegentlich in den erläuternden Bemerkungen Angaben darüber, wie sich der vorgeschlagene Gesetzes- bzw. Verordnungsentwurf auf die Länder finanziell auswirken wird. Die für die Abschätzung der finanziellen Auswirkungen auf das Land NÖ unverzichtbaren Kostenerhebungen durch die zuständigen Fachabteilungen erfolgen des Öfteren nicht im erforderlichen Ausmaß.

Konsultationsmechanismus

Die auf Grund der großen finanziellen Bedeutung dieses Instruments sorgfältige Wahrnehmung der mit der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus verbundenen Rechte, die durch teilweise knappe Begutachtungsfristen, erforderliche interne Verwaltungsabläufe und manchmal erforderliche Abstimmungen mit anderen Bundesländern stark erschwert wird, bindet in großem Ausmaß personelle Ressourcen des Fachbereichs.

Krankenanstaltenfinanzierung

Auf Grund der Vorgabe des Bundes, dass Österreich bereits im Jahr 2002 kein öffentliches Defizit mehr ausweisen

soll, konnten bei den Verhandlungen über die „Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung“ die Ziele der Länder, die auf Grund der Deckelung der Beiträge des Bundes und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger entstandene Finanzierungslücke zu schließen, die genannten Beiträge zu erhöhen und deren Deckelung abzuschaffen, nicht erreicht werden. Dies wird in den kommenden Jahren große Anstrengungen bei Erstellung und Vollziehung der Voranschläge der NÖ Fondskrankenanstalten verursachen.

Teilnahme an Baubeiräten

Für den Vertreter der Abteilung Finanzen ist es mangels technischer oder medizinischer Spezialkenntnisse nicht immer möglich, die Fragen der Notwendigkeit bzw. Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit von in Baubeiratssitzungen zur Diskussion stehenden Baumaßnahmen bzw. Anschaffungen zu beurteilen. In diesem Fall muss auf die Wohlmeinung des Sachverständigen vertraut werden.

Ziele 2002

Fachbereich Haushaltsangelegenheiten

Das Ziel einer benutzerfreundlichen Gestaltung des Voranschlags konnte auch für das Jahr 2002 mit der Konzentration in einem Voranschlagsband (plus Dienstpostenplan) wieder erreicht werden. Der Voranschlag 2002, der erste in der neuen Währung, dem Euro, ist seit Mitte des Jahres 2001 auch im Internet, und zwar über die Homepage des Landes Niederösterreich <http://www.noel.gv.at>, abrufbar. Die erste Jahreshälfte des Jahres 2002 wird von der Erstellung des Voranschlags 2003 geprägt sein. Das Ziel wird dabei sein, die Vorgaben des NÖ Budgetprogramms 2001–2004 trotz der sich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vollständig umzusetzen.

Fachbereich Wirtschaftsangelegenheiten

- **Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – allgemein.** Ziel der Aktion ist es, Einrichtungen zu fördern, die der Verbesserung der Kommunikation innerhalb der Gemeinde dienen. Der Schwerpunkt der Anträge liegt bei Straßenbauten, Mehrzweckhallen, Amtsgebäuden, Feuerwehren und Badsanierungen.
- **Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – Energie.** Ziel dieser Aktion ist es, die Gemeinden zu motivieren, den En-

ergieverbrauch in gemeindeeigenen Gebäuden, die öffentlichen Zwecken dienen, zu minimieren.

- **Subventionen.** Es werden vor allem Vereine und verschiedene Institutionen unterstützt, um ihnen verschiedene Aktivitäten oder Investitionen zu ermöglichen.

Fachbereich Rechts- und Finanzangelegenheiten

Finanzausgleich

Im ersten Halbjahr 2002 werden Verhandlungen über die Höhe der auf Grund einnahmenseitiger Maßnahmen des Bundes bewirkten, gemäß Punkt 20 der Punktation über den Finanzausgleich für die Jahre 2001 bis 2004 dem Bund vorbehaltenen Mehreinnahmen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben geführt. Dabei gilt es, die vom Bund bereits geltend gemachten übermäßigen Ansprüche auf das bei den Finanzausgleichsverhandlungen vereinbarte Ausmaß zu reduzieren.

Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen

Zielvorgabe ist, die finanziellen Interessen des Landes wirksam durchzusetzen.

Konsultationsmechanismus

Zielvorgabe ist, die Überwälzung finanzieller Belastungen vom Bund auf das Land NÖ durch sorgfältige Wahrnehmung der mit der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus verbundenen Rechte zu verhindern.

Krankenanstaltenfinanzierung

Ziel der Abteilung Finanzen ist es, darauf hinzuwirken, dass die Aufwendungen der NÖ Fondskrankenanstalten mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln im Einklang stehen.

Teilnahme an Baubeiräten

Ziel ist es, dass die vorhandenen Mittel am zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten eingesetzt und die für das jeweilige Projekt genehmigten Gesamtbaukosten nicht überschritten werden.

Zentrale Geldverwaltung (Cash-Pooling)

Die von der Abteilung Finanzen auf Grund eines Berichtes des NÖ Landesrechnungshofes über die Geldflüsse zwischen kreditverwaltenden Abteilungen und nachgeordneten Dienststellen (Prüfung 9/1999) betriebene Umstellung der Konten nachgeordneter Dienststellen auf ein Neben- oder Subkontensystem soll im Jahr 2002 endgültig abgeschlossen werden.

Finanzmanagement

Der im Jahr 2000 begonnene Ausbau der bestehenden Elemente eines Finanzmanagements wird fortgesetzt werden.

Statistik 2001

Fachbereich Haushaltsangelegenheiten

Im Juni 2001 wurden vom NÖ Landtag folgende Beschlüsse über den Landeshaushalt gefasst:

- **NÖ Budgetprogramm 2001–2004:** Ziel ist, die Voranschläge des Landes in der Programmperiode so zu erstellen, dass die zu erbringenden „Haushaltsüberschüsse“ gemäß Art. 3 (inklusive der Haushaltsergebnisse der Fonds gemäß Art. 10) des Österreichischen Stabilitätspakts 2001 bis 2004 erreicht werden und der Schuldenstand stabilisiert wird.

- **Anpassungsbudget 2001:** Als „Haushaltsüberschuss“ des Landes wird der Finanzierungssaldo vor Finanztransaktionen (sog. Maastricht-Ergebnis) mit S 4.189.000.000,- (€ 304.426.500,-) festgesetzt. Dieser „Haushaltsüberschuss“ wird durch Anpassung der Ausgaben und Einnahmen des Voranschlags 2001 (in der Fassung des Landtagsbeschlusses vom Juni 2000) erreicht.

- **Umschichtungsbudget 2001:** Volumen S 612.992.000,- (€ 44.547.866,-); diese Erhöhung von Ausgaben wird durch eine Kreditkürzung, sonstige Einsparungen und Mehreinnahmen, die mit Mehrausgaben in einem ursächlichen Zusammenhang stehen, bedeckt. Das Umschichtungsbudget 2001 ist daher abgangneutral.

- **Voranschlag 2002 mit folgenden Gesamtbeträgen:**

Voranschlag 2002

Einnahmen	€ 4.303.376.700,-
Ausgaben	€ 4.303.376.700,-

Maastricht-Ergebnis („Haushaltsüberschuss“)	€ 304.426.500,-
---	-----------------

Fachbereich Wirtschaftsangelegenheiten

- **Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden.** 2001 genehmigte die NÖ Landesregierung in 2 Sitzungen im Rahmen dieser Aktion 141 Anträge mit einem Kreditvolumen von S 178.277.000,-.

- **Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – Energie.** 2001 genehmigte die NÖ Landesregierung in 2 Sitzungen im Rahmen dieser Aktion 7 Anträge mit einem Kreditvolumen von S 4.106.000,-.

NÖ Landesbuchhaltung

Schwerpunkte 2001

Die NÖ Landesbuchhaltung hat im Rahmen der Vollziehung der Landesgebarung, der Gebarung der mittelbaren Bundesverwaltung und der Auftragsverwaltung des Bundes sowie von Gebarungen der von einzelnen Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung verwalteten Fonds mit Rechtspersönlichkeit den Buchhaltungsdienst zu besorgen, das ist:

- die gesamte Buchführung über die voranschlagswirksame und voranschlagsunwirksame (durchlaufende) Gebarung;
- die Erstellung des Vermögensstandes aus der Bestands- und Erfolgsverrechnung;
- die Einleitung und Überwachung des Vollzuges der Zahlungen;
- die Zahlbarstellung der Bezüge sowie der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Landeslehrer wie auch die Prüfung derer Reisegebühren im Sinne der Reisegebührenvorschrift des Bundes;
- die Verfassung fallweiser Berechnungen und die Verfassung von Monatsabschlüssen und des *Jahresrechnungsabschlusses* mit den erforderlichen Beilagen, der für das Jahr 2000 nachstehendes Ergebnis vor dem Haushaltsausgleich aufweist.

Siehe auch Internetadresse:

<http://www.noe.gv.at/service/f/f1/budget/rechnungsabschluss/rechnungsabschluss2000.htm>

Gesamteinnahmen	
Ordentliche Einnahmen	S 55.193.782.188,18
Außerordentliche Einnahmen	S 2.040.573.811,43
Summe	S 57.234.355.999,61
Gesamtausgaben	
Ordentliche Ausgaben	S 56.564.286.537,19
Außerordentliche Ausgaben	S 2.660.916.781,94
Summe	S 59.225.203.319,13
Bruttoabgang (administratives Defizit)	S 1.990.847.319,52
Nettoabgang	S 377.545.517,56
Maastricht-Überschuss	S 1.002.697.100,31

- die laufende Nachprüfung der Geld-, Wertpapier- und Sachgebarung der kreditverwaltenden Stellen und der ihnen unterstehenden Kassen, Anstalten, Heime, Schulen, Stiftungen und Fonds;
- die Einhaltung des finanziellen Wirkungskreises und der Gebarungs- und Verrechnungsvorschriften durch die kreditverwaltenden Stellen und der ihnen unterstehenden Kassen, Anstalten, Heime, Schulen, Stiftungen und Fonds;
- die Evidenz von Darlehen und Förderungen des Landes, ausgenommen Gehaltsvorschüsse und Darlehen aus Bedarfszuweisungen sowie die Verpflegskostenverrechnung und
- die Überwachung der Liquidität aller Landeskonten, Erstellung von Entscheidungsgrundlagen für Darlehensaufnahmen sowie die Veranlagung nicht sofort benötigter Gelder über Auftrag der Finanzabteilung.

Ziele 2002

- Einbindung weiterer Bereiche der NÖ Landesbuchhaltung in das Projekt „NÖ LAKIS“ (NÖ Landeskommunikations- und Informationssystem)
- Mitarbeit bei der Optimierung der EDV-Schnittstellenprogramme zum Mehrphasenbuchhaltungssystem (MPB)
- Mitarbeit in der Projektgruppe für die Aus- und Weiterbildung der B/C/D-Bediensteten
- Überarbeitung der Richtlinien für die Verwaltung des unbeweglichen Landesvermögens („RUL“)
- Mitarbeit bei der Einführung von Telexbanking bei kassenführenden nachgeordneten Dienststellen
- Vorbereitung der Änderung und Ergänzung der Vorläufigen Verrechnungs- und Zahlungsordnung (VVZO) des Landes NÖ auf Grund praktischer Erfahrungen
- Schwerpunktmäßige Schulungen des Buchhaltungspersonals
- Entwicklung der Programme für die Inventar- und Liegenschaftsverwaltung im Zusammenhang mit dem Mehrphasenbuchhaltungssystem (MPB)
- EDV-mäßige Adaptierung und Wartung des Mehrphasenbuchhaltungssystems auf Grund der Buchhalter- und Kreditverwalterwünsche
- Umsetzung der Ergebnisse aus dem Bericht der Effizienzanalyse

Landesabgabenamt

Der Landtag von Niederösterreich hat am 15. Dezember 1994 eine Änderung des NÖ Anzeigenabgabegesetzes beschlossen, die am 25. Februar 1995 in Kraft getreten ist.

Mit dieser Novelle wurde Werbung, die gegen Entgelt durch den Rundfunk (Hörrundfunk oder Fernsehrundfunk) verbreitet wird, einer Abgabe unterworfen.

Mit Erkenntnis vom 4. Oktober 1997, G-322, 323/97-8, wurde die diesen Abgabentatbestand normierende Bestimmung des NÖ Anzeigenabgabegesetzes als verfassungswidrig aufgehoben. Das Landesabgabenamt am Sitze des Amtes der NÖ Landesregierung ist auch

nach dem Wirksamwerden der Aufhebung (30. 12. 1997) in I. Instanz mit der Vollziehung der die Rundfunkabgabe betreffenden Tatbestände des NÖ Anzeigenabgabegesetzes, die sich vor der Aufhebung ereignet haben, befasst. Als Ersatz für diese Regelung unter Einbeziehung der übrigen Tatbestände der Anzeigenabgabe sowie der bisher ebenfalls landesgesetzlich geregelten Ankündigungsabgabe wurde das Bundesgesetz, mit dem eine Abgabe auf Werbeleistungen eingeführt wird (Werbeabgabegesetz 2000), BGBl. I Nr. 29/2000, erlassen. Dieses Gesetz konzipiert die Werbeabgabe als eine von den Abgabenbehörden des Bundes zu erhebende

gemeinschaftliche Bundesabgabe und unterwirft Werbeleistungen, soweit sie im Inland gegen Entgelt erbracht werden, dieser Abgabe.

Als Werbeleistung gilt:

- die Veröffentlichung von Werbeeinschaltungen in Druckwerken im Sinne des Mediengesetzes,
- die Veröffentlichung von Werbeeinschaltungen in Hörfunk und Fernsehen,
- die Duldung der Benützung von Flächen und Räumen zur Verbreitung von Werbebotschaften.

Schwerpunkte 2001

Um die Maastrichtschädlichkeit der Wohnbauförderung zu verhindern, wurden im Neubaubereich Darlehen verzinslich und die Zuschüsse rückzahlbar gestaltet. Die Verzinsung beträgt 1% und die Rückzahlbarkeit der Zuschüsse ist in die Gesamtlaufzeit – verlängert auf 34,5 Jahre – eingebaut.

Verwertung

Während des gesamten Jahres, vor allem aber in der ersten Jahreshälfte, liefen intensive Beratungen und Hearings zum Verkauf der Wohnbadaarlehnen, um einen wesentlichen Beitrag zum maastricht-positiven Ergebnis des Landesbudgets zu leisten.

Die Citigroup wurde Bestbieter und mit der Verwertung und Veranlagung dieser Gelder beauftragt. Als Verwertungserlös konnten 35,4 Mrd. S erzielt werden.

Rückkaufaktion

Um den einzelnen Darlehensnehmern ein ähnliches Angebot wie dem Verwerter machen zu können, ist eine Rückkaufaktion sämtlicher Landesdarlehen mit Einreichzeitpunkt vom 1. Jänner bis 30. Juni 2002 beschlossen worden. Der Nachlass ist gestaffelt nach Restlaufzeit der Darlehen zwischen 15 und 50%.

Euroumstellung

Sämtliche Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sind mit kundenfreundlichen Glättungen und Rundungen der Euroumstellung angepasst worden.

Umstellung der Eigenheim- und Mehrfamilienwohnhäuserförderung

Zur *CO₂-Einsparung* im Sinne des Kyoto-Abkommens ist sowohl im Eigenheim-Neubau- als auch im Mehrfamilienwohnhäuser-Neubaubereich der Energieausweis beginnend mit 1. Juli 2002 bzw. mit dem Herbstbeirat 2002 zwingend eingeführt worden, so dass der Häuslbauer mit einer Energiekennzahl von 50 (Einschleifregelung über 3 Jahre beginnend mit Energiekennzahl 60) und der Mehrfamilienwohnhäusererrichter mit einer Energiekennzahl von 40 ihre Baupläne anpassen müssen.

Ziele 2002

Die *CO₂-Einsparung* im Sinne des Kyoto-Abkommens ist auch im Sanierungsbereich sowohl klein- als auch großvolumig umzusetzen.

Im Mehrfamilienwohnhäuser-Neubaubereich wird das eGovernment-Projekt abgeschlossen werden.

Statistik 2001

Eigenheime

Insgesamt sind 4.277 NÖ WFG-Begehren gestellt worden. Im Rahmen der „Sonderaktion Dorferneuerung“ wurden 146 Ansuchen eingebracht.

Vergabe: 4 Regierungssitzungen

Begehren	4.277
Wohneinheiten	4.924
NÖ WFG	S 1.917.297.135,-

Auf Grund des Baufortschrittes wurden an WBF 1968, WBF 1984 und NÖ WFG-Mitteln S 2.166.208.619,- ausbezahlt. Für bereits fertig gestellte Eigenheime wurden Annuitätenzuschüsse für Kapitalmarktdarlehen in Höhe von S 25.077,- aus Mitteln der WBF 1968 zum Einzug freigegeben.

Im Bereich der „Sonderaktion Dorferneuerung“ wurden S 33.316.321,- ausbezahlt.

Gruppenwohnbau

Auf Grund des Baufortschrittes gelangten S 805.000,- zur Auszahlung.

Mehrfamilienhäuser

Neubauten

Es wurden in 5 Sitzungen für 419 Ansuchen mit 3.448 Wohnungen und 16 Ordinationen sowie diversen Nachförderungen S 2.325.500,- als nicht rückzahlbarer jährlicher Annuitätenzuschuss auf 25 Jahre (das ergibt auf die Dauer der Förderung einen Gesamtzuschussbetrag von S 58.125.000,-), S 33.496.000,- als verzinsten und rückzahlbarer jährlicher Annuitätenzuschuss auf 25 Jahre (das ergibt auf die Dauer der Förderung einen Gesamtzuschussbetrag von S 837.400.000,-) und Förderungsdarlehen in Höhe von insgesamt S 2.789.020.000,- jeweils im Rahmen des Förderungsmodells 1993 bewilligt. Auf Grund des Baufortschrittes wurden im Rahmen des Förderungsmodells 1993 Darlehen von S 1.745.198.000,-, an NÖ WFG Darlehen S 3.029.000,- und Fondsmittel von S 461.000,- angewiesen. Bei den bereits fertig gestellten Bauvorhaben gelangten Annuitätenzuschüsse

in der Höhe von S 215.403,- bzw. im Rahmen des Bundessonderwohnbauprogrammes 1983 S 81.616.459,- zur Auszahlung. Bei der Basisförderung sind S 1.185.372.587,- bezahlt worden.

Althausanierung

Im großvolumigen Bereich der NÖ Althausanierung wurden in 11 Sitzungen für 229 Ansuchen mit 4.901 Wohnungen, 13 Ordinationen, 7 Heime und diverse Nachförderungen und Umlegungen insgesamt S 34.682.096,- als jährlicher Zuschuss auf die Dauer von 10 bis 25 Jahren bewilligt. Als jährlicher nicht rückzahlbarer Zuschuss auf die Dauer von 10 bis 25 Jahren wurden S 37.584.129,- bewilligt; das ergibt im neuen Basisförderungsbebereich MHAS 1993 auf die Dauer der Förderung einen Gesamtzuschussbetrag von S 484.208.325,-. Als jährlicher rückzahlbarer Zuschuss auf die Dauer von 25 Jahren wurden S 3.249.902,- bewilligt; das ergibt im neuen Basisförderungsbebereich MHAS 1993 auf die Dauer der Förderung einen Gesamtzuschussbetrag von S 81.247.550,-. Weiters wurden Förderungsdarlehen in Höhe von insgesamt S 261.949.000,- bewilligt. Insgesamt gelangten an Förderungsdarlehen S 5.111.000,- sowie Zuschüsse in Höhe von S 136.694.885,- zur Auszahlung.

Althausanierung im kleinvolumigen Bereich

Insgesamt sind 6.224 Förderungsbegehren gestellt worden. In 6.179 Fällen wurde bereits ein Zuschuss mit einer jährlichen Gesamtsumme von S 64.407.529,- bewilligt. An Zuschüssen sind S 593.883.327,- angewiesen worden.

Solar-, Wärmepumpen- und Photovoltaikanlagenförderung

Es sind 2.867 Förderungsbegehren eingereicht worden. Für diese Förderung wurden insgesamt S 60.992.572,- bewilligt und S 60.757.400,- ausbezahlt.

Heizkesseltausch- und Fernwärmeanschlussförderung

Es sind 7.541 Förderungsbegehren eingereicht worden. Für diese Förderung wurden insgesamt S 136.983.661,- bewilligt und S 136.439.566,- ausbezahlt.

Übersiedlerförderung

Für Bedienstete, die auf Grund der Verlegung des Dienstortes in die Landeshauptstadt St. Pölten bzw. in dezentrale Außenstellen übersiedeln, wurden 5 Ansuchen mit Darlehen in der Höhe von S 583.000,- bewilligt und für 8 Ansuchen S 989.000,- angewiesen. Insgesamt sind 4 Ansuchen gestellt worden.

Wohnbauforschung

Für die in Niederösterreich eingerichtete Wohnbauforschung sind 9 Ansuchen eingelangt und 16 Forschungsvorhaben mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss in der Höhe von S 7.988.070,- bewilligt worden. Für 19 Vorhaben sind S 5.025.240,- ausbezahlt worden.

Wohnbeihilfe

Insgesamt wurden 7.419 Anträge um Wohnbeihilfe gestellt. 6.043 Antragstel-

lern wurde Wohnbeihilfe in der Höhe von S 104.639.885,- bescheidmäßig zugesprochen und insgesamt S 115.811.581,- angewiesen. Insgesamt wurden 7.654 Bescheide erlassen.

Superförderung

Insgesamt wurden 12.274 Ansuchen um Superförderung gestellt. 11.209 Förderungswerbern wurde Superförderung in der Höhe von S 288.623.145,- zugesichert und insgesamt S 273.660.728,- angewiesen.

Wohnstarthilfe

Für die ab Mai 1999 neu eingeführte Wohnstarthilfe für Jungbürger wurden in 3 Regierungssitzungen Zuschüsse in Höhe von S 780.000,- für 49 Ansuchen bewilligt. Die Auszahlung erfolgt in 10 halbjährlichen Zuschüssen, und es wurden Wohnstarthilfezuschüsse in Höhe von insgesamt S 466.438,- ausbezahlt.

Abteilung Allgemeine Förderung

Arbeitnehmerförderung

Ein Schwerpunkt dieser Förderung liegt in der Unterstützung von Lehrlingen während der Dauer ihrer Ausbildung, für ArbeitnehmerInnen, die berufsspezifische Weiterbildungskurse besuchen, für Ausbildungen im 2. Bildungsweg im Gesundheitsdienst und von in Not geratenen ArbeitnehmerInnen.

Im Jahr 2001 wurden insgesamt 4.154 Ansuchen mit einem Förderungsbetrag von € 1.770.343,05 (S 24.360.451,39) positiv erledigt. Für 29 Förderungswerber, die eine Ausbildung im Gesundheitsdienst im 2. Bildungsweg absolvieren, wurden Darlehen in der Höhe von € 239.529,67 (S 3.296.000,-) bewilligt. Zusätzlich werden Arbeitgeber gefördert, die ältere bzw. weibliche WiedereinsteigerInnen einstellen; dafür wurde ein Betrag von € 49.963,81 (S 687.517,-) bewilligt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Unterstützung von Betreuungs- und Beschäftigungsprojekten, die im Rahmen des „Territorialen Beschäftigungspaktes“ die Wiedereingliederung von arbeitslosen Menschen aus und in Problemregionen des Landes erleichtern sollen. Dafür wurden Förderungsmittel in Höhe von insgesamt € 4.490.464,05 (S 61.790.132,40) bewilligt (davon für Stiftungen € 353.382,76 [S 4.862.652,80] und für den Verein „Jugend und Arbeit“ € 1.021.780,05 [S 14.060.000,-]).

NÖ Pendlerhilfe

Im Jahre 2001 wurden 8.096 Anträge um NÖ Pendlerhilfe eingebracht; von diesen wurden 5.283 Ansuchen mit einer Gesamtförderungssumme von € 1.442.809,39 (S 19.853.490,-) positiv erledigt.

Hausstandsgründung

Zur Erleichterung der erstmaligen Hausstandsgründung in NÖ wurden im Jahre

2001 22 Kinder-zuschüsse mit einer Gesamtförderungssumme von € 6.792,80 (S 93.471,-) bewilligt.

Gemeinnütziges Wohnungswesen

Die Aufsichtsbehörde über die gemeinnützigen Bauvereinigungen in NÖ hat 2001 20 Prüfungsberichte kontrollierend eingesehen und an 2 Generalversammlungen und 16 Schlussbesprechungen über gesetzliche Prüfungen von Bauvereinigungen teilgenommen und entsprechende aufsichtsbehördliche Maßnahmen unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit veranlasst.

Am Österreichischen Verbandstag der gemeinnützigen Bauvereinigungen hat ein Vertreter der Aufsichtsbehörde teilgenommen.

Verein „Jugend und Arbeit“

Im Jahr 2001 hat der Verein Jugend und Arbeit wiederum Arbeitsplätze für Problemgruppen am Arbeitsmarkt geschaffen. Seit Bestehen des Vereins (1986) konnten insgesamt mehr als 2100 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Dienstnehmer erbrachten ihre Arbeitsleistung bei gemeinnützigen Institutionen, Gemeinden und dem Amt der NÖ Landesregierung. Eine beträchtliche Zahl der Dienstnehmer waren wiederum bei Wirtschaftsbetrieben im Einsatz – 140 Langzeitarbeitslose bzw. Berufseinsteiger waren mittels Arbeitskräfteüberlassung aktiv.

Koordinationsstelle des NÖ Beschäftigungspaktes

Für die Umsetzung und Koordination des NÖ Beschäftigungspaktes 2000–2004 beschäftigte der Verein Jugend und Ar-

beit im Jahr 2001 drei Personen für die Paktkoordination und 2 zur Sicherstellung der Umsetzung des Gender Mainstreaming im Rahmen des Projekts „Frauen Lobby“. Die Koordinationsstelle wurde aus Mitteln des BMWA und des ESF finanziert.

Start up

AbsolventInnen von mittleren und höheren Schulen sowie Universitäten erhalten seit 1997 die Chance, durch das gemeinnützige Arbeitskräfteüberlassungsprojekt „Start up“ am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Im Jahr 2001 waren insgesamt 72 Dienstnehmer (eine Steigerung um 22% im Vergleich zum Vorjahr) vor allem im Bürobereich bzw. im technischen Bereich tätig.

Wiedereinstiegsprojekt für Seniorenbetreuung

Dieses Projekt wurde entwickelt, um Frauen über dem 30. Lebensjahr den Berufswiedereinstieg im Bereich der Betreuung und Pflege von alten Menschen zu ermöglichen. Von den 25 ProjektteilnehmerInnen konnten bereits 10 Personen in NÖ Landespensionistenheime angestellt werden. Drei TeilnehmerInnen nahmen eine andere Arbeit an, weitere drei TeilnehmerInnen befinden sich in Karenzurlaub. Nur für 8 Personen gab es keine Weiterbeschäftigung.

Flying Nannies

Seit 5 Jahren existiert dieses Beschäftigungsprojekt für arbeitssuchende Kindergärtnerinnen. Insgesamt konnten im Jahr 2001 wiederum ca. 100 Familien diese Art der flexiblen Kinderbetreuung beanspruchen, um vor allem den Müttern eine Berufsausübung zu ermöglichen.

103 Kindergärtnerinnen erhielten im Rahmen dieses Projekts im letzten Jahr eine Arbeitsstelle.

Lehrerbörse

Die Lehrerbörse ist ein Beschäftigungsprojekt für arbeitssuchende JunglehrerInnen, das im Jahr 1996 ins Leben gerufen wurde. Es bietet jungen PädagogInnen die Möglichkeit einer Überbrückung der Wartezeit auf den Schuldienst. Insgesamt arbeiteten im Vorjahr 116 PädagogInnen (vor allem Frauen) als Hortbetreuer, Lernbetreuer, Stützkraft etc. bei Gemeinden und Vereinen.

Beschäftigungsprojekt für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Dieses Projekt existiert seit 1997 um behinderte Personen die Möglichkeit zu bieten, sich per „Training on the job“ für eine Anstellung im NÖ Landesdienst zu qualifizieren. Mit Jahresende 2001 konnten 4 Personen vom Land NÖ in den Landesdienst „übernommen“ werden. Dieses Projekt wurde mit allen 32 Teilnehmern per 1. August 2001 an den Verein O-Handicap übergeben, wo auch andere Projekte für Menschen mit Behinderungen angesiedelt sind.

Job 2000

In diesem Projekt wird seit 1997 ein neuer Weg in der Zusammenarbeit mit Betrieben bestritten. Zu marktüblichen Tarifen werden vormals langzeitarbeitslose Arbeitskräfte an Firmen zur Arbeitsleistung überlassen. Im Vorjahr konnten insgesamt 93 Personen auf diesem Weg eine Anstellung finden.

Apollonia

Im September 2001 wurde ein Zahngesundheitsprojekt ins Leben gerufen. In Zusammenarbeit von der NÖGKK, Land NÖ und AMS wird damit Kariesprophylaxe für 4-10-jährige Kinder betrieben. Insgesamt wurden 11 ausgebildete Kindergärtnerinnen für die Zahngesundheitserziehung aufgenommen. Damit soll das langfristige WHO-Ziel erreicht werden: 80% der sechsjährigen Kinder sollen im Jahr 2020 kariesfrei sein.

Nordrand

Seit 2 Jahren wird dieses Projekt für Suchtprävention in St. Pölten durchgeführt.

4 Sozialarbeiter und ein Projektleiter betreuen Jugendliche im Raum St. Pölten vorwiegend auf der Straße und in Lokalen, um ein Abgleiten in eine Sucht (Drogen, Alkohol) zu verhindern. Der Bedarf für eine derartige Einrichtung ist besonders im Norden von St. Pölten gegeben. Erste Erfolge können bereits verzeichnet werden.

Landesfamilienreferat

Bei der Vollziehung des NÖ Familiengesetzes lagen im Jahre 2001 die Schwerpunkte in folgenden Tätigkeitsbereichen:

- **NÖ Familienpass** (mit Unfallversicherung gegen Unfälle im Haushalt, Unfallversicherung für Kinder, Zuschuss für eine Begleitperson beim Spitalsaufenthalt eines Kindes, Initiativen zur gemeinsamen Freizeitgestaltung usw.). Rd. 89.000 Familien besitzen derzeit den NÖ Familienpass. In Zusammenarbeit mit der Firma Marketingservice Thomas Mikscha gelang es über 1.500 Betriebe und Freizeiteinrichtungen davon zu überzeugen, den Familienpassinhabern Vorteile zu geben. Sämtliche Betriebe wurden im NÖ Familienjournal (Ausgabe 6 „Vorteilskatalog“) veröffentlicht.

- **Dokumentenmappe.** Erstmals wurde dieses Jahr eine Dokumentenmappe mit Informationen und allen wichtigen Antragsformularen den NÖ Familien mit neugeborenen Kinder kostenlos zur Verfügung gestellt.

- **NÖ Familienurlaubsaktion.** An 425 NÖ Familien wurden Urlaubszuschüsse mit einem Gesamtbetrag von € 80.908,85 (S 1,113.330,-) angewiesen.

- **Familienjournal Niederösterreich.** Zeitschrift des NÖ Familienreferates, erscheint 6-mal jährlich und informiert Familienpassinhaber und alle interessierten NÖ Landesbürger über Familienförderung, Initiativen und Familienpolitik in Niederösterreich. Die Ausgaben haben bereits eine Auflage von 97.000 Stück, die unter anderem an alle Inhaber des NÖ Familienpasses gehen und bei Behörden aufliegen.

- **Aktion Tagesmütter** (Hilfe für berufstätige Eltern bei der Kleinkinderbetreuung). Insgesamt wurden den durchführenden Organisationen (NÖ Hilfswerk, NÖ Volkshilfe, Kath. Familienverband St. Pölten und Caritas St. Pölten) Förderungsmittel von € 3.152.310,30 (S 43.376.735,39) zur Verfügung gestellt. (Zuschuss zum Pflegebeitrag, je nach Familieneinkommen bis zu € 290,69 [S 4.000,-] monatlich). Derzeit werden in Niederösterreich 5.300 Kinder von rd. 1.600 Tagesmüttern betreut.

- **Tagesbetreuungsförderung.** Für diese Förderung wurden Förderungsmittel in der Höhe von € 1.072.178,50 (S 14.753.497,86) zur Verfügung gestellt. (Zuschuss zum Betreuungsbeitrag, je nach Familieneinkommen bis zu € 290,69 [S 4.000,-] monatlich).

- **Hortförderung.** Für diese Förderung wurden Förderungsmittel in der Höhe von € 616.183,25 (S 8.478.866,42) zur Verfügung gestellt. (Zuschuss zum Betreuungsbeitrag, je nach Familieneinkommen bis zu € 145,35 [S 2.000,-] monatlich.)

- **NÖ Kinderbetreuungsgesetz 1996.** Förderung der Tagesmütter/-väter-

Rechtsträger, der Tagesbetreuungseinrichtungen wie auch der Hortbetreiber durch Zuschüsse zum Personalaufwand sowie zum Schulungs- und Ausbildungsaufwand und zum Aufwand für begleitende Kontrolle und Supervision (€ 36,34 [S 500,-] bzw. € 25,44 [S 350,-] pro betreutem Kind und Monat).

Der Gesamtauszahlungsbetrag betrug € 3.889.532,47 (S 53.521.133,58).

- **NÖ Familienhilfe.** Seit 1. Jänner 1989 fördert das Land Niederösterreich auf Grund des NÖ Familiengesetzes NÖ Familien durch einen Zuschuss. Die NÖ Familienhilfe wird Kindern von NÖ Familien im Anschluss an den Karenzurlaub (bzw. an die Teilzeithilfe) bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres gewährt. Kinder, deren Mütter kein Karenzgeld etc. beziehen, werden schon ab Geburt gefördert. Die Höhe der NÖ Familienhilfe ergibt sich auf Grund des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens der Familie. Die NÖ Familienhilfe wurde per 1. Jänner 2000 auf maximal € 290,69 (S 4.000,-) monatlich angehoben, im Jahr 2001 konnten € 9.943.851,35 (S 136.830.377,79) angewiesen werden.

- **Förderung von Organisationen und Privatinitiativen im Rahmen des NÖ Familiengesetzes.** An Förderungsmitteln wurden € 154.432,03 (S 2,125.031,-) ausbezahlt. So wurde z. B. die Arbeit der Interessenvertretung der NÖ Familien unterstützt, Familienorganisationen, wissenschaftliche Familienarbeit, Elternbildung, Eltern-Kind-Zentren und Veranstaltungen im Rahmen der „NÖ Elternschule“ und des „NÖ Partnerschaftstrainings“ gefördert.

- **Aktion Familienauto.** Familien mit vier und mehr Kindern haben die Möglichkeit einen Zuschuss beim Kauf eines Neuwagens (bis zu € 1.816,82 [S 25.000,-]) bzw. eines Gebrauchtwagens (bis zu € 726,73 [S 10.000,-]) zu erhalten. Im Jahr 2001 sind 287 Familien mit insgesamt € 314.673,37 (S 4.330.000,-) gefördert worden.

- **Zuschuss zu den Beförderungskosten der Kinder zum Kindergarten.** Das Land Niederösterreich hat an Eltern und Gemeinden Zuschüsse in der Gesamthöhe von € 1.337.180,15 (S 18.400.000,-) überwiesen.

- **Verwaltungsfonds zur Hilfe für NÖ Familien.** Es wurden an 539 in Not geratene NÖ Familien nicht rückzahlbare Beihilfen im Gesamtbetrag von € 461.356,22 (S 6.348.400,-) angewiesen.

- **Familienreferenten auf Gemeindeebene.** Auf Gemeindeebene wurden ehrenamtliche Familienreferenten eingesetzt. Die derzeit 475 Familienreferenten werden vom Familienreferat fachlich betreut und geschult und sollen als Kontakt- und Anlaufstelle für die örtlichen Familien fungieren.

- **Aktivitäten und Initiativen.** 2001 wurden wieder zahlreiche Vorträge über „Familienförderung in Niederösterreich“

auf Anforderung von Gemeinden und Organisationen in ganz Niederösterreich abgehalten.

● **Internetseiten.** Neben der Betreuung der beiden Internetseiten <http://www.familienpass.at> und <http://www.elternschule.at> wurden auch heuer wieder zwei neue Internetangebote (<http://www.partnerschaftstraining.at> und <http://www.noee-spielplatz.at>) zur Verfügung gestellt.

● **Landesstelle für Sektenfragen.** 2001 wurden umfangreiche Beratungs- und Informationsgesprächen abgehalten sowie externe Tagungen von anderen Institutionen besucht. Auch hier wurde die Internetadresse <http://www.sektenstelle.at> betreut.

● **Spielkiste auf Rädern.** Statt des großen Familiensonntages hat das NÖ Familienreferat heuer zum dritten Mal viele kleinere Familiennachmittage gefördert. Insgesamt waren es rd. 80 Halbtage, an denen die „Spielkiste“ bei Gemeinden und Initiativen zu Gast sein durfte.

● **Spiellandschaft Niederösterreich.** Die im Jahr 1995 ins Leben gerufene Aktion „Spiellandschaft Niederösterreich“ wurde auch 2001 erfolgreich fortgesetzt. Seminare zu den Themen „Kinderbeteiligung“, „Spielraumgestaltung“ und „Belebung von Spielräumen“ vermittelten konkrete Methoden an interessierte Erwachsene, die in ihrer Gemeinde etwas für und mit Kindern tun möchten. „Spiel-T-Räume – Freiräume für Kinder“ ist der Titel der Zeitschrift der Spiellandschaft NÖ. Sie erscheint vierteljährlich und bietet eine Plattform der Vernetzung und Information unter Spielrauminiciativen in Niederösterreich und über Landesgrenzen hinaus. Auch heuer wurde der Wettbewerb „Spiel-T-Räume“ wieder durchgeführt. Die drei Preisträger des Jahres 2001 waren die Marktgemeinde Rossatz-Arndorf, die Stadtgemeinde Wieselburg und die Stadtgemeinde Poysdorf.

● **Veranstaltungen.** In Zusammenarbeit mit dem ORF fand am 28. und 29. Juli 2001 die große Confetti-TV-Show statt. Die Veranstaltung wurde insgesamt von rd. 6.000 Personen besucht.

Interessenvertretung der NÖ Familien

Niederösterreich ist das einzige Bundesland mit einer im Gesetz verankerten Interessenvertretung für Familien. Die Interessenvertretung der NÖ Familien (IV) – ein Zusammenschluss der drei größten Familienorganisationen: Katholischer Familienverband, NÖ Familienbund und Kinderfreunde NÖ – vertritt Familienanliegen auf Landes- und Bundesebene – wirtschaftlich, rechtlich, sozial und ideell. Hauptziele sind: für die Anliegen der Familien einzutreten, die Familien in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen, den NÖ Familien Lebensqualität zu

sichern und ein kinder- und familienfreundliches Klima zu fördern.

● **TATEN statt WORTE.** Organisation und Durchführung des zum 5. Mal in Niederösterreich durchgeführten Wettbewerbs „Frauen- und familienfreundlichste Betriebe in NÖ“ der Initiative TATEN statt WORTE. Einheitliche Linie mit den Regionalkomitees der 5 Bundesländer. Der Wettbewerb verfolgt das Ziel: Die Unternehmen zu frauen- und familienfreundlichen Maßnahmen zu motivieren, um den MitarbeiterInnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, in der Wirtschaft Impulse in Richtung Flexibilität und Innovation und das Bewusstsein über die Wechselwirkung von Wirtschaft und Familie zu fördern. Teilnehmen kann jeder Betrieb (Klein-, Mittel- und Großbetrieb, öffentliche Institution und Non-Profit-Organisation) in NÖ, der frauen- und familienfreundliche Maßnahmen setzt. Die Endentscheidung trifft eine 12-köpfige Jury. 3 Landessieger aus NÖ wurden zu Bundessieger gekürt. Mit 72 teilnehmenden Betrieben am diesjährigen Wettbewerb ist Niederösterreich Spitzenreiter.

● **Familienwirt- und Tischsetaktion.** Diese eingeführte und erfolgreiche Aktion wurde fortgesetzt. Zweck: Motivation der NÖ Gastwirte zu Kinder- und Familienfreundlichkeit sowie die Möglichkeit, sich mittels einer Checkliste als „Familienwirt“ testen und prämiieren zu lassen.

● **Lehrlingsinitiative „TATEN statt WORTE“.** Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schule, Wirtschaft und Eltern sowie bessere Chancen für einen erfolgreichen Berufseinstieg sind das gemeinsame Ziel der Initiatoren – des österreichischen Gewerbevereins und des Familienbundes – und dem „Umsetzer“, der Interessenvertretung, die dieses erfolgreiche Projekt nach NÖ geholt hat, im Landhaus durchführt und zur Nachahmung in möglichst vielen Bezirken und Gemeinden anregt. Mit Eltern und LehrerInnen werden die Anforderungen der Wirtschaft an den künftigen Lehrling diskutiert und den SchülerInnen Bewerbungstrainings in „Echt-situationen“ geboten. 34 UnternehmerInnen standen 130 SchülerInnen der Polytechnischen Schule für Bewerbungsgespräche mit anschließendem Feedback zur Verfügung.

● **Medienarbeitskreis.** Ein auf Wunsch von Eltern eingerichtetes Informations- und Diskussionsforum, dem neben Elternvertretern, PädagogInnen und Vertretern aus Familienorganisationen auch Medienverantwortliche angehören. Schwerpunkte:

- Entwicklungen der Medien und Auswirkungen auf Familien, Beobachtung der Entwicklung des Kinderfernsehens im ORF, Sendungsanalysen.
- Im Rahmen des Elternservices Herausgabe von Orientierungshilfen: Videempfehlungsfolder, empfehlenswerte

Websites für Kinder, Tipps für den Umgang mit Medien, Informativ Sendungen für 4- bis 12-Jährige, Überblick über empfehlenswerte Kindersendungen im Weihnachts- und Osterferienprogramm.

● **Medienfachtagung.** „Neugierig auf die Welt“ – Kinder und Informationsangebote in Medien. Ergebnisse der Studien: „Wissensdurst der Kinder – Woher Kinder sich ihr Wissen holen“ und Akzeptanz von Kindernachrichtensendungen (logo – ARD, klaro – Bayr. Rundfunk) sowie die Ergebnisse einer Befragung von 860 SchülerInnen zu ihrem Informationsinteresse und ihren Informationsquellen wurden vorgestellt und an PolitikerInnen sowie Medienverantwortliche herangetragen.

● **Leitungssitzungen und Wahl eines neuen Vorsitzenden des Kuratoriums,** das aus 15 Mitgliedern besteht: Sonja Zwazl, Präsidentin der NÖ Wirtschaftskammer, wurde zur neuen Vorsitzenden gewählt, und es wurden 3 Arbeitskreise beschlossen: AK 1 „Berufsorientierung und -wahl“, AK2 „Kinderbetreuung“, AK 3 „Kinder & Alkohol“.

Auslandsösterreich-Referat

Auch im Jahr 2001 wurden 13 verschiedene Ferienaktionen für Auslandsösterreich-Kinder angeboten. Das Auslandsösterreich-Referat vermittelte folgende Jugendangebote:

„Römerlager“ in Carnuntum, Computer- und Tenniscamp in Annaberg, Jugend-Zeltcamp- und Wassersportwoche in Wallsee, Reitwochen in Weistrach und in Retz, Familiensingwoche in Hohenlehen, Musische Generationswoche in Traunstein, „Zigeunerlager“ in Langau, Intensiv-Sprachkurs im Waldviertel und in Haindorf, Aufenthalte in Privatfamilien in ganz Niederösterreich. Durch diese Aufenthalte entstehen Freundschaften und Kontakte mit Kindern aus NÖ.

● Ferienpraxisstellen werden für junge Erwachsene organisiert und dienen der sprachlichen und beruflichen Vervollkommnung.

● Das Auslandsösterreich-Jugendtreffen stand im Jahr 2001 unter dem Motto „Made in Niederösterreich – Handwerkliches aus Textil, Holz, Glas, Stein und Eisen“ und führte die Teilnehmer eine Woche lang durch Niederösterreich. AÖ-Jugendliche aus 9 verschiedenen Ländern konnten sich über heimisches Handwerk und bodenständige traditionelle Verarbeitung einheimischer Materialien informieren.

● Das 7. VIP-AuslandsNiederösterreich-Treffen brachte eine Rekordbeteiligung aus 24 Ländern nach NÖ. Erfolgreiche Berufsleute aus Wirtschaft, Tourismus, Kunst + Kultur, Jugend + Erziehung und Umwelt + Gesundheit traten mit Niederösterreichern der gleichen

Branchen ins Gespräch zum Gedanken-
austausch und zum Erarbeiten gemein-
samer Aktivitäten. Neu dabei war im
Jahr 2001, dass der erste Arbeitstag als
„Expertentag“ geführt wurde, wobei
sämtliche Teilnehmer auf beiden Seiten,
zu ihren Berufen passende namentliche
Gesprächspartner hatten. Dadurch
konnten die Arbeitskreise von Anfang
an gezielt auf ihr Interessengebiet ein-
gehen und sehr effizient ihre Themen er-
örtern. Beim „Niederösterreich-Tag“
am 7. September 2001 konnte die Aus-
landsösterreich-Referentin auf ver-
schiedene Ergebnisse seit dem voran-
gegangenen Treffen eingehen, unter
anderem Delegationsreisen (China,
Schweden), auf ein Kindergartenpro-
gramm in Guatemala, ebendort ein Tou-
rismus-Projekt sowie ein Schuleinrich-
tungsauftrag, Ausstellungen von AÖ-
Künstlern in NÖ und von NÖ Sammlun-
gen im Ausland, Studentenaufenthalte
in Indien, Australien und Rom. Dazu
kommen die Kontakte der Politiker im
Ausland, die vom AÖ-Referat über
Landsleute im Ausland unterstützt wer-
den können.

- Kulturpakete mit deutschsprachiger
Literatur werden an Einzelpersonen,
Schulen und Vereine in aller Welt ver-
schickt.

- Gefördert wurden das AÖ-Werk, der
Weltbund der Österreicher im Ausland
und der Fonds zur Unterstützung öster-
reichischer Staatsbürger im Ausland.

Landesfrauenreferat

Gender Mainstreaming (GM)

- Mit GM-Expertinnen gemeinsam wur-
den im Rahmen des Runden Tisches (EU-
Gremium der Frauenreferate) Inhalte er-
arbeitet, die den Verantwortlichen für die
Programmplanungsperiode 2000–2006
vorgebracht wurden, damit dieses Prin-
zip gemäß den EU-Vorgaben im Pla-
nungsdokument berücksichtigt wird. Die
Frauenreferentin ist Mitglied des Begleit-
ausschusses.

- In Zusammenarbeit mit der TEP-Pakt-
koordinatorin wurden neue Strukturen
für die Fortführung und Weiterentwick-
lung der Implementierung von GM im
Rahmen der Umsetzung des Territoria-
len Beschäftigungspaktes NÖ erarbeitet
und umgesetzt.

- Ein Leitfadens für AntragstellerInnen
von EU-Projekten mit regionalem Bezug
wurde als Gemeinschaftsproduktion der
Österreichischen Frauenreferate erstellt.
Ein besonderer Schwerpunkt wurde auf
GM gelegt.

NOEL – Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Zukunft

Das Frauenreferat hat als koordinie-
rende Stelle das Projekt NOEL im Rah-
men der EU-Gemeinschaftsinitiative (GI)

EQUAL vorbereitet und eingereicht. Der
Kostenrahmen für die Laufzeit von
3 Jahren beträgt rund € 1,817.000,-. An
der Entwicklungspartnerschaft (EP) sind
22 PartnerInnen (Sozialpartner, NGO,
Institutionen) beteiligt. Mit allen wurden
Vorgespräche geführt, von März bis Au-
gust die Maßnahmen vorbereitet und in
4 Sitzungen besprochen. Mit 15. No-
vember wurde der Antrag genehmigt.
Der Struktur-, Finanz- und Organisa-
tionsplan und die transnationale Zusam-
menarbeit wird von einem Organisa-
tionsteam (Frauenreferat, ANF, Verein
Jugend und Arbeit) zur Zeit erarbeitet
und aufgebaut.

MUT – Mädchen und Technik

Die Frauenreferate von 7 Bundeslän-
dern haben gemeinsam eine sektorale
Entwicklungspartnerschaft (EP) eben-
falls im Rahmen der GI EQUAL einge-
reicht. Mit 15. November wurde MUT
genehmigt. Zur Zeit werden die Organi-
sations-, Finanz- und Strukturpläne er-
arbeitet und die transnationale Zusam-
menarbeit aufgebaut.

Beteiligung am EU-Projekt: „Rezepte für das Mainstreaming“

Niederösterreich wurde als repräsentative
Region Österreichs ausgewählt, nach-
ahmenswerte Praktiken zu Gender
Mainstreaming und Frauenförderung
vorzustellen. Eine Broschüre und die
Homepage wurden am 28. Mai im Rah-
men einer Pressekonferenz und einem
Multiplikatorinnengespräch mit GM-Ex-
pertin Dr. Barbara Stiegler der Öffent-
lichkeit präsentiert.

Beteiligung am EU-Projekt: SoCo – Social Cooperation a Europe without exclusion

SoCo ist eine Projektpartnerschaft des
Frauenreferats NÖ und bezweckt die
Gewinnung von neuem Wissen und
Austausch von Erfahrungen durch Ver-
waltungsstellen und NGO, die zur sozia-
len Integration und gegen Ausgrenzung
von MigrantInnen arbeiten. Der erste
Round Table mit Migrationsstellen wur-
de am 11. Oktober abgehalten.

Regionales Mentoring-Programm für Frauen

Das „Regionale Mentoringprogramm für
Frauen in Politik und Öffentlichkeit in
NÖ“ wurde vom Frauenreferat entwik-
kelt und in Kooperation mit der NÖ
Landesakademie, der NÖ Dorf- und
Stadterneuerung, der Politischen Aka-
demie, dem Technologie und Berufsbil-

dungszentrum für Frauen Pascalina und
dem TBW-System & Kommunikation in
der Startphase als EU-Projekt durchge-
führt. Das große Interesse der NÖ Fra-
uen und die erreichten Erfolge waren Ba-
sis für die Weiterführung als eigenstän-
diges Programm ab 2001.

Die einzelnen Stationen im Jahr 2001
waren: Bildung von rund 50 Mentor-
schaftspaaren; Gesprächsrunde für
MentorInnen im Landhaus und Informa-
tions- und Kennenlernabend mit Ment-
orInnen und Mentees am 20. Februar;
2 Workshops für Mentees zu den The-
men Rhetorik und Selbstpräsentation am
27. 4. und 14. 9.; Einrichtung der Home-
page [http://www.regionalesmentoring.
at](http://www.regionalesmentoring.at), Herausgabe eines Leitfadens für
Mentorinnen, Mentees und interessierte
Organisationen; Unterstützung beim
Aufbau regionaler Mentoring-Treffs (z. B.
Frauenstammtisch Tulln)

Interreg-Projekt „Nachbarschaft“

Unter dem Titel „east meets west“ hat das
Frauenreferat in Zusammenarbeit mit
dem ländlichen Fortbildungsinstitut im
Rahmen des Interreg-Projektes „Nach-
barschaft“ eine Veranstaltung organisiert
und am 8. Juni abgehalten. Niederöster-
reichische und slowakische Frauen aus
den unterschiedlichsten Bereichen (Politik,
Wissenschaft, Medien) nahmen teil.
Ziel war der Erfahrungsaustausch und eine
Vernetzung, auch auf virtueller Basis
mit Unterstützung des Web-Portals
<http://www.landfrauen.at>.

Projekt Landfrauen

Mit dem WEB- Portal [http://www.land-
frauen.at](http://www.land-
frauen.at) beteiligt sich das Frauenreferat
an der weltweit angelegten Informations-
offensive der Vereinten Nationen. Es ist
eine virtuelle Präsentationsplattform für
alle NÖ Frauen und Frauenorganisationen,
die durch ihre Arbeit und ihr Engage-
ment wertvolle Beiträge für das sozia-
le Zusammenleben leisten, und gleich-
zeitig ein spezieller „NÖ Gateway“ zur
Internationalen Gemeinschaft der Land-
frauen, einem weltweiten virtuellen und
realen Netzwerk für Frauen. Am 15. Ok-
tober, dem Internationalen Landfrauen-
tag, wurde das Web-Portal im Rahmen
einer internationalen Enquete mit Teil-
nehmerinnen aus Ecuador vorgestellt.

IF – Informationsfolder für Frauen

Gemeinsam mit den Frauenreferaten
der Bundesländer Oberösterreich, Stei-
ermark, Salzburg, Tirol, Kärnten und
Vorarlberg wurde 6x jährlich der Infor-
mationsfolder IF herausgegeben. Es ist
dadurch möglich, aktuelle frauenrele-
vante Themen zu transportieren. Die
Auflage beträgt pro Ausgabe 8.000
Stück.

Kinderferienbetreuungsaktion

Diese Aktion soll berufstätigen Eltern helfen, die 9-wöchige Ferienzeit der Kinder im Sommer besser überbrücken zu können. 45 Ansuchen von Vereinen und Gemeinden konnten positiv erledigt werden. Durchgeführt wurde auch wieder die 2-wöchige Ferienbetreuung für die Kinder von Landesbediensteten im Landhaus.

Chancengleichheit – Gleichbehandlung

Mitgliedschaft in der NÖ Gleichbehandlungskommission: Teilnahme an den Sitzungen und Mitarbeit an der Umsetzung des Frauenförderplanes, Mitarbeit in Arbeitsgruppen, Stellungnahmen zu dienst- und besoldungsrechtlichen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen und zu Beschwerdefällen.

Gegen Gewalt an Frauen

In Zusammenarbeit mit der NÖ LAK und den NÖ Frauenberatungsstellen und NÖ Frauenhäusern wurde ein Fortbildungsmodul zum Thema Gewalt an Frauen entwickelt, das sich speziell an das ärztliche Personal in Krankenhäusern richtet. In den NÖ Landes-Krankenhäusern wurde diese Fortbildung abgehalten. Niederösterreich ist somit das erste Bundesland mit einem derartigen Angebot.

Öffentlichkeitsarbeit

- Publikationen (z. B. 6 x IF, Leitfaden Mentoring, EU-Leitfaden, Webportal <http://www.landfrauen.at>, Website www.regionalesmentoring.at)
- Organisation von Veranstaltungen und Workshops (z. B. Mentoring am 20. Februar, 27. April und 14. September, Pressekonferenz Rezepte für das Mainstreaming am 28. Mai; East meets west am 8. Juni; Round Table Soco am 11. Oktober; Enquete Landfrauen am 15. Oktober)
- Presseaussendungen
- Interviews

Subventionen

Unterstützung von Institutionen, Vereinen und Organisationen, die frauenspezifische Aktivitäten anbieten.

Landesjugendreferat

Das Jugendreferat wurde 1947 als Service- und Förderungsstelle für außerschulische Belange gegründet. Das Jugendreferat versteht sich in erster Linie als Förderungs-, Koordinations-, Grundlagenforschungs- und Entwicklungsstelle für neue Ideen in der Jugendarbeit. Der direkte Kontakt des Jugendreferates

zu den Multiplikatoren in den einzelnen Gemeinden in Niederösterreich ist in den vergangenen Jahren ein immer wesentlicherer Faktor der Jugendarbeit geworden. Außenstellen in Laa/Thaya und Warth. Seit Juni 1999 ist das NÖ Landesjugendreferat auch im Internet vertreten.

Kommunale Jugendarbeit

6 Infoveranstaltungen über erfolgreiche Jugendarbeit in der Gemeinde und Beratungen vor Ort fanden in den Gemeinden statt. Ein neuer Infofolder zum Thema „Sommerferienspiel“ wurde produziert. 39 Gemeinden haben die Bewerbungsunterlagen für die Auszeichnung zur „Jugendpartnergemeinde“ eingereicht. Weiters wurden Modellprojekte in den Bezirken Neunkirchen und Mistelbach eingerichtet.

Gemeindejugendreferenten/Jugendgemeinderäte – Jugendleiterausbildung

Als Gemeindejugendreferenten bzw. Jugendgemeinderäte fungieren mehr als 700 junge Menschen als Bindeglied zwischen den Jugendlichen und den Gemeinden sowie in weiterer Folge zum Landesjugendreferat. Insgesamt besuchten ca. 900 Jugendliche die vom Jugendreferat angebotenen Ausbildungsseminare (Jugendleiterseminare, Chorleiter- und Schülerzeitungsseminare), volkskulturelle und suchtpreventive Veranstaltungen, diverse Fachseminare (z. B. Erfolgreiche Jugendarbeit in der Gemeinde, Wie wird man Jugendpartnergemeinde), die Youth@genda in Obertrum und Toblach/Südtirol sowie 2 Veranstaltungen des österreichischen Bildungsforums.

Schülerzeitungswettbewerb – Schülerzeitungsservice

2001 wurde der 11. Schülerzeitungswettbewerb durchgeführt; 36 SZ-Teams nahmen teil. Es wurden 2 Schülerzeitungsseminare mit 48 Teilnehmern sowie mehrere Aktionstage an den Schulen abgehalten.

Jugendorganisationen

2001 hat der NÖ Jugendrat 5 und die Jugendkommission 3 Sitzungen abgehalten und sich an der Vorbereitung und Durchführung des Jugendkongresses beteiligt.

Jungbürgerfeiern

2001 wurden 58 Jungbürgerfeiern mit insgesamt S 444.909,40,- gefördert. Mit dem Kindschaftsrecht-Änderungsgesetz 2001 wurde die Volljährigkeit auf das 18. Lebensjahr herabgesetzt. Auf Grund dessen wurden „Hilfestellungen“ (Plakate, Einladungen, Urkunden, etc.) überarbeitet.

Jugendredewettbewerb

Der Jugendredewettbewerb 2001 wurde in 7 Gruppen durchgeführt. Beim Bundesbewerb in Oberösterreich wurde der NÖ Vertreter Bundessieger der Polytechnischen Schulen.

Chorleiter-Seminare

Ca. 360 Teilnehmer, die sich in Chorleitung und Stimmbildung schulen ließen. Alte und neue Chorliteratur wurde erarbeitet.

Bundesjugendsingen 23.–27. 6. 2001

Das Österreichische Jugendsingen findet alle 3 Jahre in einem anderen Bundesland statt, das letzte in Niederösterreich war vor 27 Jahren. Die besten in den Bundesländern ausgezeichneten Chöre – fast 2.000 Jugendliche – kamen zu den Chorkonzerten und dem Wertungssingen nach Niederösterreich.

- Als Veranstalter war das Jugendreferat für die Vorbereitung und Organisation der Veranstaltung, der Chorkonzerte und des Wertungssingens einschließlich des touristischen Programms zuständig.

Volkskultur

Die Pflege und Weitergabe von Volkskultur, Brauchtum und traditionellem Freizeitgut ist wichtiger Teil der kulturellen Jugendarbeit. Dies sind Aktivitäten, die der Pflege und Erhaltung typisch niederösterreichischen Brauchtums gewidmet sind, wie z. B. Volkstanzen, Volksliedersingen, Volksmusik, Laienspiele, Musikantenschulungen, Mundartaufführungen usw.

ARGE Jugendtheater

Mitorganisation und Unterstützung von Spielbegegnungen/Festivals wie Welttheatertag, Kindertheatertag Waldviertel sowie dem NÖ Kindertheatertag in Tulln.

Jugendschach

Es wurden die NÖ Landesfinale für die unterschiedlichen Altersklassen, Landesmeisterschaften und der NÖ Landesjugendschachtag durchgeführt.

Jugendaustauschförderungen

Für 20 nationale und internationale Jugendaustauschprojekte wurden Fördermittel in der Höhe von S 356.500,- vom Landesjugendreferat Niederösterreich vergeben.

Internationale Jugendarbeit

2001 wurden Jugendaustauschprojekte mit Ägypten, Ungarn, der Slowakei, Polen und Italien durchgeführt. Weiters

fand Anfang Juli das internationale Jugendcamp in Krems mit dem Thema „Wir – die neue Mitte Europas“ statt.

EU-Beratungs- und Jugendinformationsstelle

Die Tätigkeit wurde dem neu gegründeten Verein Jugendinformation Niederösterreich (TOPZ) übertragen, der vom Jugendreferat gefördert wird.

Projektwettbewerb „Demokratie in Bewegung bringen“. Vom Jugendreferat wurde im letzten Schuljahr wieder ein Ideen-Wettbewerb durchgeführt, bei dem sich SchülerInnen in Teams mit dem Thema Demokratie unter dem Titel: „Mitbestimmen oder alles hinnehmen“ auseinandersetzen. Präsentation und Preisverleihung fanden am 2. 4. 2001 im Landtagssaal statt.

Versicherungen

Übernahme der Prämien für die Absolventen der Jugendleiterausbildung der Feuerwehr und des Jugendreferates sowie für die Unfall- und Krankenversicherung der *Ostkinderaktion*.

Medienerziehung/NÖ Medientag

Über die beim Landesjugendreferat geführte ARGE Jugend und Massenmedien wurden rund 70 Film-Vorstellungen an Schulen und Lichtspieltheatern für 3.900 SchülerInnen organisiert. Außerdem wurde am 25. 10. 2001 im ORF-Zentrum am Königberg der Medientag zum aktuellen Thema „Medienfreiheit – Medienvielfalt: SOS?“ veranstaltet.

Publikationen

„Jugend in der Gemeinde“ erscheint alle 2 Monate in einer Auflage von 3.800 Stück. Zielgruppen: NÖ Gemeindejugendreferenten, Jugendleiter, Schulen und Jugendorganisationen. Als neue Zeitschrift für kommunale Angelegenheiten wurde „Jugend in Aktion“ gegründet (Auflage 1.600 Stück).

Dokumentationen

Die Bibliothek des Österreichischen Institutes für Jugendforschung steht zur Verfügung; damit kann ein reichhaltiger, systematisch aufgebauter Literaturfundus kostengünstig benützt werden. Die Berichterstattung in den Zeitungen über Aktivitäten des Jugendreferates wird laufend gesammelt, ebenso werden TV-Berichte aufgezeichnet und archiviert. Ausgaben 2001 dafür: S 5.551,-.

NÖ Jugendfußball-Landesmeisterschaft der Polytechnischen Lehrgänge

Das Poly-Cup-Landesfinale wurde Anfang Juni in Engelhartstetten ausgetra-

gen, das Bundesfinale fand in der Steiermark statt.

Plakatwettbewerb

Thema: „Die Welt habt ihr nur von uns geliehen“. Im Jahr 2001 wurden mehr als 130 Arbeiten eingereicht. Die Preisverleihung fand im Juni 2001 im ORF-Landesstudio statt.

Suchtprävention

Das Jugendreferat ist bestrebt, alle am Thema Interessierten miteinander zu vernetzen, und arbeitet besonders mit der Fachstelle für Suchtprävention zusammen. Weiters wurden 2 Seminare für Multiplikatoren und Jugendleiter zur Suchtprävention veranstaltet.

NÖ Jugendkongress

Im NÖ Landtag fand zum 3. Mal der NÖ Jugendkongress (Bildung, Ausbildung, Berufswahl) statt. Das NÖ Jugendreferat wirkte bei Organisation und Durchführung mit.

Internationale Jahr des Ehrenamtes

Koordinierung des Jugendbereiches beim Tag des Ehrenamtes, der Viertelsveranstaltungen „Jugend in Bewegung“ und der Präsentationsveranstaltung im Parlament.

Jugendförderung nach dem NÖ Jugendgesetz

61 Jugendgruppen wurden mit insgesamt S 1.401.000,- für die Errichtung von Jugendtreffs unterstützt. Die Herausgeber von 15 Jugend- und Schülerzeitungen wurden mit insgesamt S 41.398,- gefördert.

Förderung von Jugendverbänden

Die Verteilung der Mittel nach dem neuem Förderungsmodell an allgemeine Jugendverbände und Jugendverbände der im Landtag vertretenen politischen Parteien über S 2.000.000,- wurde in den Sitzungen der NÖ Landesregierung vom 29. 5. und 27. 11. beschlossen.

Außenstelle des Landesjugendreferats Laa/Thaya

Organisation und Durchführung des Mopedwettbewerb „Wer fährt am besten“. Mithilfe bei der Herausgabe eines Theaterfolders für Jugendtheatergruppen des Weinviertels. Organisation und Mitveranstellung des Projektwettbewerb „Unternehmen Zukunft“ für Schüler aus dem Weinviertel, Tschechien und der Slowakei sowie Mitorganisation der Spring Parade in Laa/Thaya. Weiterführung des Projektes „Lesen ohne Gren-

zen“ – Redaktion einer Jugendzeitung für die Region nördliches Wald-Weinviertel, Südböhmen, Südmähren und Westslowakei. Mitorganisation der Bezirkstreffen „Gegen sexuelle Gewalt an Kindern“ und Gründung der Arbeitskreise für die einzelnen Bezirke. Organisation der Bezirksjugendinitiative Mistelbach. Allgemeine Auskünfte für Jugendleiter und Multiplikatoren.

Seniorenstelle

Auf Grund des NÖ Seniorengesetzes wurden 2001 folgende Aktivitäten gesetzt:

- Förderung der Seniorenorganisationen gem. § 4 des NÖ Seniorengesetzes
- Überprüfung der Verwendungsnachweise der Seniorenorganisationen
- Überprüfung der Ortseinsatzstellen sowie der Pfarr- und Religionsgemeinschaften mit aktiver Seniorenarbeit
- Förderung des NÖ Sängerbundes, des NÖ Schachverbandes und des Seniorenanzes
- Organisation einer Sitzung des Seniorenbeirates
- Herausgabe der Seniorenbrochure 2002 (ca. 420.000 Exemplare)
- Herausgabe der 55+ Vorteilskarte
- Durchführung der Seniorenurlaubsaktion: Überprüfung der Anträge bezüglich Einkommen, Urlaubszeitraum, Mindestentfernung. Ca. 3.072 Anträge wurden im Jahr 2001 positiv erledigt. Überprüfung der Gastgewerbebetriebe im Rahmen der Seniorenurlaubsaktion.
- Organisation der Seniorenevidenz
- Heizkostenzuschuss – telefonische Auskünfte
- Durchführung eines Gewinnspieles für Senioren
- Auswertung der Seniorenstudie

NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft

Als weisungsfreie Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche hat die Kinder & Jugend Anwaltschaft im Jahr 2001 ihre Funktion als *Anlauf-, Informations- und Beratungsstelle* für Kinder und Jugendliche, für Eltern bzw. für alle, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, sich für Kinder und Jugendliche einsetzen, *Vermittler* bei Konflikten zwischen Kindern und Eltern/Erwachsenen bzw. zwischen Betroffenen und Einrichtungen der Jugendwohlfahrt, Schule etc. und *Sprachrohr* für Kinder- und Jugendanliegen wahrgenommen. Ziel ist die *Verbesserung der Lebensbedingungen* von Kindern und Jugendlichen auf individueller, struktureller und gesetzlicher Ebene.

Mit 1. Juli 2001 wurde Frau Mag. Gabriela Visy zur neuen Leiterin bestellt. Einige der Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2001 waren:

Minderjährige Opfer von Gewalt und sexueller Ausbeutung

Mit 31. März 2001 endete die mit der Rechtsanwaltskammer für Niederösterreich geschlossene Vereinbarung über eine *unentgeltliche anwaltliche Vertretung* von minderjährigen Gewaltopfern. Ziel dieser Initiative war die Verbesserung der Begleitung von Kindern und Jugendlichen im Strafverfahren. Die Betroffenen sollten durch das Verfahren in ihren bestehenden Rechten nicht beeinträchtigt bzw. nicht noch weiter geschädigt werden, als sie durch die Vorfälle der Vergangenheit ohnehin waren und hatten die Möglichkeit, ihren Anspruch auf Schmerzensgeld- bzw. Schadensersatzforderungen geltend zu machen. Das Angebot wurde von über 50 Betroffenen in Anspruch genommen und wurde sowohl von den Kindern und Jugendlichen, den Eltern und Erziehungsberechtigten als auch der Polizei bzw. Gendarmerie und den Jugendabteilungen als notwendige und wertvolle Unterstützung erlebt.

NÖ Jugendgesetz

Anfang des Jahres 2001 konnte die Expertengruppe des Arbeitskreises „Harmonisierung der Jugendschutzbestimmungen“ mit TeilnehmerInnen aus den Bundesländern Wien, Burgenland und Niederösterreich ihre Arbeit erfolgreich abschließen. In den einzelnen Bundesländern wurden daraufhin entsprechende Gesetzesvorschläge zur Novellierung der Jugendschutzbestimmungen verfasst. Es konnte erreicht werden, dass die wesentlichen, für den Jugendschutz relevanten Eckdaten zwischen den drei Bundesländern aufeinander abgestimmt wurden. Diese Harmonisierung drückt sich u. a. in der Übereinstimmung bei den Ausgehzeiten der verschiedenen Altersgruppen, bei den Bestimmungen bezüglich Alkohol- und Tabakkonsum in der Öffentlichkeit, in einer stärkeren Betonung der Elternverantwortung im Rahmen ihrer Erziehungsarbeit sowie im einheitlichen Motiv „Hilfe statt Strafe“ aus. Die NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft hat im Laufe des gesamten Prozesses der Entstehung dieses Gesetzes regelmäßig an den diversen Besprechungen und Expertenrunden teilgenommen und immer wieder Stellungnahmen dazu abgegeben. Im neuen NÖ Jugendgesetz ist nicht zuletzt durch intensive Bemühungen seitens der Kinder & Jugend Anwaltschaft erstmals auch der Grundsatz der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Bereich enthalten.

„Konflikte sind zum Lösen da“ – Projekt zur mediativen Pädagogik und Gewaltprävention

Konflikte sind im Zusammenleben von Menschen alltäglich. Konflikte sind allerdings ein Symptom dafür, dass Verän-

derung notwendig ist. Konflikte können negativ erlebt werden, bieten aber auch die Chance zur Entwicklung und Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen. Nicht der Konflikt ist das Problem, sondern die Art und Weise, wie damit umgegangen wird!

Die NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft bietet zu dieser Thematik ein Pilotprojekt mit dem Titel „Konflikte sind zum Lösen da“ für Klassengemeinschaften der dritten und vierten Volksschule an. Die Kosten werden vom Land NÖ zur Gänze übernommen. Vorerst wurden 30 Klassen für das Pilotprojekt ausgewählt. Am 27. November 2001 wurde das Projekt im Rahmen einer Pressekonferenz mit Frau LH-Stv. Liese Prokop der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Projekt wird vom Institut Ko. m. m. (Konflikte miteinander meistern) aus St. Pölten und von A. M. P. (Arbeitsgemeinschaft für mediative Pädagogik) aus Mödling durchgeführt.

Zeichenwettbewerb „Friedenswunsch“

Die NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft hat die Schüler und Schülerinnen der 3. und 4. Klassen der Volksschulen im Bezirk Krems Land und in Krems Stadt eingeladen, ihre Friedenswünsche zu zeichnen.

Den Kindern sollte dadurch die Möglichkeit gegeben werden, die Gewalt, mit der sie vor allem durch die Ereignisse des 11. Septembers 2001 konfrontiert wurden, zu verarbeiten und ihre Vorstellungen und Wünsche zu einer friedlichen Welt zu malen.

Die Schüler und Schülerinnen haben auf vielfältige und äußerst kreative Weise ihre Vorstellungen zu Papier gebracht. Über 450 Zeichnungen wurden an die NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft gesandt. Die Zeichnungen konnten zu einem Teil in der Raika Krems, zu einem anderen Teil im Foyer des Hauses 1a im Landhaus in St. Pölten bewundert werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Um das zentrale Thema „Kinderrechte“ weiterhin erfolgreich publik und die Arbeit der Kinder & Jugend Anwaltschaft transparent zu machen, wurden Diskussionsrunden mit Schulklassen und Vorträge vor Multiplikatoren (LehrerInnen, Kindergartenpädagoginnen, SozialpädagogInnen, DiplomsozialarbeiterInnen, JugendgruppenleiterInnen, GemeindevertreterInnen etc.) abgehalten. Die guten Kontakte zu Presse und Rundfunk ermöglichten es, bei Anlassfällen und zu aktuellen Themen als Experten in Bezug auf Kinderrechte in zahlreichen Interviews Stellung zu nehmen.

Homepage

Die NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft plant, im Februar/März 2002 eine eige-

ne Homepage ins Internet zu stellen. Erfahrungen anderer Bundesländer haben ergeben, dass diese Angebotsform von Kindern, vor allem aber Jugendlichen entsprechend genützt wird.

Kids & Teens

Das Magazin „Kids & Teens“, welches sich vor allem an MultiplikatorInnen und (politische) Entscheidungsträger richtet, ist seit September 2001 für alle Interessierten unter der Internetadresse www.kija.at anzusehen.

„Kids & Teens“ beinhaltet neben Schwerpunktthemen zahlreiche Projektvorstellungen und Veranstaltungstipps. Zusätzlich wurde in Niederösterreich ein Newsletter verschickt.

Neue Werbelinie – Vorarbeiten

Im November des vergangenen Jahres wurde ein neues Logo entworfen und gleichzeitig mit der Entwicklung einer neuen Werbelinie begonnen. Im Februar 2002 sollen die teilweise schon veralteten Plakate und Folder durch neue, zeitgemäße Drucksorten ersetzt werden. Daneben beteiligte sich die NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft an der von der Salzburger Kinder & Jugend Anwaltschaft in Kooperation mit der Werbeagentur Huber-Gürtler kreierte Sujetlinie „T-factory“. Mit Hilfe von Freecards und Klebern möchte man vor allem die Zielgruppe der Jugendlichen ansprechen und diese verstärkt auf die Institution der Kinder & Jugend Anwaltschaft aufmerksam machen.

Vernetzungsarbeit

Vernetzung heißt, die verschiedenen Institutionen und Initiativen „rund ums Kind“ kennen zu lernen. Ziel ist u. a. eine Optimierung der vorhandenen Ressourcen durch Vermeidung von Mehrgleisigkeiten und Leerläufen und die Verkürzung der Kommunikationswege. Vernetzung bedeutet auch (interdisziplinäre) Zusammenarbeit und koordiniertes Vorgehen. Die Teilnahme und Mitwirkung in zahlreichen regionalen und fachspezifischen Arbeitskreisen (z. B. Jugendplattform, Koordinationsteams, Drogenbeirat, Sozialbeirat) ist daher eine zentrale Aufgabe der Kinder & Jugend Anwaltschaft.

Ständige Konferenz der Kinder & Jugend Anwaltschaften

Auch 2001 fanden wieder zwei Konferenzen (März/Linz und Oktober/Wien) der Kinder & Jugend Anwälte statt, bei denen internationale Kinderrechtsaktivitäten, bundesweite Kinder- und Jugendangelegenheiten und regionale Modellprojekte besprochen und gemeinsame Kooperationsstrategien entwickelt wurden.

**Arbeitsgruppe
Prozessbegleitung**

Diskussionsschwerpunkte dieser ministeriellen Arbeitsgruppe sind: Anlaufstellen, Standards und Qualitätssicherung, Kooperation, Förderung und Finanzierung, rechtliche und juristische Aspekte und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Prozessbegleitung für Kinder, Jugendliche und Frauen, die Opfer von Gewalt wurden. 2001 fanden dazu 6 Sitzungen statt.

National Coalition

Die Kinder & Jugend Anwaltschaft wurde im Jahr 2001 offizielles Mitglied bei der National Coalition. NC ist ein nationales Netzwerk von NGOs, deren Zielsetzung der Informationsaustausch über Initiativen im Bereich „Kinderrechte“, deren Umsetzung in Österreich (bzw. den einzelnen Bundesländern) und der Berichterstattung an das Kinderrechtekomitee in Genf (parallel zum Regierungsbericht) ist. Die Treffen finden 3-4 Mal jährlich statt.

Beratungstätigkeit

Ein Aspekt in der Arbeit der NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft, der in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund gerückt ist, sind die persönlichen Beratungsgespräche.

Nicht nur betroffene oder besorgte Eltern, sondern auch Jugendliche legen nach zum Teil telefonischen Kontaktaufnahmen immer größeren Wert darauf, ihre Fragen und Probleme nicht nur über Telefonate, sondern in persönlichen Beratungsgesprächen zu erörtern. Schwerpunktthemen in der Beratung sind u. a. Scheidung/Trennung der Eltern und die damit verbundenen Folgen für die Kinder, Verselbständigung von Jugendlichen bzw. Möglichkeiten des Auszugs aus dem Elternhaus, Straffälligkeit von Jugendlichen und Umgang mit der Exekutive, Konflikte zwischen Kindern/Jugendlichen und ihren Eltern etc.

Abteilung Stiftungsverwaltung

Schwerpunkte 2001

Stiftungsleistungen

Die Abteilung verwaltet 14 Bundes- und 4 Landesstiftungen, deren Vermögen vorwiegend aus Haus- und Grundbesitz, Wertpapieren sowie zwei Forstgütern in Ottenstein und in Thunau/Kamp besteht.

Die Erträge dieser Stiftungen dienen gemäß den Bestimmungen des Bundesstiftungs- und Fondsgesetzes, BGBl. Nr. 11/1975, bzw. des NÖ Landesstiftungs- und Fondsgesetzes, LGBl. 4700-0, der Erfüllung gemeinnütziger oder mildtätiger Zwecke.

Die Stiftungsleistungen bestehen daher – entsprechend den Stiftungssatzungen, die auf den Anordnungen des jeweiligen Stifters in den Stiftsbriefen beruhen – aus

- verschiedenen Stipendien,
- Kuraufenthalten,
- Sozialbeihilfen und
- Internatsfreiplätzen,

die zum größten Teil Niederösterreichern zugute kommen.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2001 23 Leistungsstipendien zu je € 1.453,46 (S 20.000,-) aus der „Windhag Stipendienstiftung für Niederösterreich“ für besondere Leistungen niederösterreichischer Studenten an der Universität Wien, der Universität für Bodenkultur Wien, der Technischen Universität Wien, der Veterinärmedizinischen Universität Wien und der Wirtschaftsuniversität Wien verliehen.

Insgesamt wurden Stiftungsleistungen in der Höhe von € 1.014.689,11 (S 13.962.426,50) erbracht. Gegenüber dem Jahr 2000 ergibt dies eine Steigerung um € 54.657,38 (S 752.102,-).

Seit Herbst 2001 werden die Stipendienstiftungen auch auf der Landeshomepage publik gemacht. Voraussetzung dafür war die Ausstattung der gesamten Abteilung mit Internetzugang im Jänner 2001.

Stiftungshausverwaltung

Es werden insgesamt 31 Stiftungshäuser und 2 Eigentumswohnungen in Wien und Niederösterreich sowie das Orthopädische Spital in Wien 13., verwaltet. 21 Objekte werden von Hausbesorgern betreut. Die übrigen Objekte werden von den Mietern selbst oder von Reinigungsfirmen gesäubert. Weiters sind 2 Grundstücke im Gesamtausmaß von rund 20.000 m² mittels Baurechtsvertrag vergeben.

- Aus den Hauseinnahmen wurden 2001 € 743.443,09 (S 10.230.000,-) für Stiftungsleistungen zur Verfügung gestellt.
- Als Ersatz für Personalkosten wurde das Hausverwaltungspauschale aller Stiftungshäuser in der Höhe von € 150.976,57 (S 2.077.483,-) dem Land refundiert.

- Ankauf des restlichen im Privateigentum stehenden 2/5-Anteiles eines Stiftungshauses der Stiftung „Waisenhausfonds“.
- In 15 Fällen mussten über Rechtsanwältinnen die Gerichte zur Eintreibung von Zahlungsrückständen in Anspruch genommen werden.
- 2001 wurden 87 Versicherungsfälle mit einer Gesamtschadenssumme von € 68.453,45 (S 941.940,-) abgehandelt.

Ziele 2002

- Weitere Optimierung der Kapitalerträge zur Steigerung der Stiftungsleistungen
- Neugestaltung der Rechnungsabschlüsse aller Stiftungen
- Substantielle Aufwertung des Stiftungsvermögens durch gezielte Erhaltungs- und Verbesserungsmaßnahmen an den Objekten sowie Steigerung der Einnahmen durch markt- bzw. gesetzeskonforme Vermietungen
- Präsentation weiterer Stiftungsleistungen auf der Landeshomepage

Statistik 2001

Stiftungshausverwaltung			
Stiftungs-Liegenschaften bzw. Objekte zu betreuende Mieter neu abgeschlossene Mietverträge			
Stiftungsleistungen	€		S
3.116 Ansuchen, davon bewilligt:			
1.332 Stipendien	582.472,77		8.015.000,—
971 Beihilfen	330.225,36		4.544.000,—
44 Kurfreiplätze	62.341,48		857.837,50
17 Schülerinternatsplätze	25.468,12		350.449,—
10 Studentenheimfreiplätze	14.181,38		195.140,—
2.374 Stiftungsleistungen	1.014.689,11		13.962.426,50

Schwerpunkte 2001

Vollziehung des Fremdengesetzes 1997

Die Vollziehung des Fremdengesetzes 1997, welches seit 1. Jänner 1998 in Kraft ist, stellt die Hauptaufgabe der Abteilung Polizeiangelegenheiten dar.

Für den Bereich der Städte St. Pölten und Wiener Neustadt werden die Anträge von Fremden auf Erteilung von Aufenthaltstiteln (Erstanträge und Verlängerungsanträge) als Niederlassungsbehörde erster Instanz bearbeitet.

Als Aufsichtsbehörde nach dem Fremdengesetz erwachsen umfangreiche zusätzliche Aufgaben wie beispielsweise

- Stellungnahmen in den Begutachtungsverfahren zu den Ausländergesetzen und den Bezug habenden Verordnungen,

- Quotenverwaltung für das auf das Land Niederösterreich entfallende Ausländerkontingent,

- Koordinierung der Entscheidungen der Bezirksverwaltungsbehörden.

Weitere Tätigkeiten

Weitere Tätigkeiten waren die landesweite Überwachung und Koordination der Abstellung von Missständen auf dem Gebiet der Prostitution (in Zusammenarbeit mit der Sicherheitsdirektion) sowie

des Glücksspiels-, Buchmacher- und Sammlungswesens, weiters der Vorschlag von Personen für die Strafvollzugskommission, die Erteilung von Buchmacherbewilligungen und die Bewilligung von Sammlungen. Im Bereich des Buchmacherwesens war ein starker Anstieg des Arbeitsanfalles auf Grund vermehrter Antragstellungen feststellbar. Das Gesetz über die Tätigkeit der Totalisateure und Buchmacher, das NÖ Prostitutionsgesetz, das NÖ Sammlungsgesetz, das NÖ Polizeistrafgesetz und das NÖ Jugendgesetz mussten auf Grund der Euro-Einführung novelliert werden (Festsetzung der in den Gesetzen enthaltenen Geldbeträge in Euro).

Die Novellierungsarbeiten zum Gesetz über die Tätigkeit der Totalisateure und Buchmacher wurden fortgesetzt.

Die Arbeiten zur Harmonisierung der Jugendschutzbestimmungen mit jenen der Bundesländer Wien und Burgenland wurden vorerst abgeschlossen; der NÖ Landtag hat im Oktober 2001 eine entsprechende Novelle zum NÖ Jugendgesetz beschlossen, welche am 1. Jänner 2002 in Kraft tritt.

Weiters wurde eine Novelle zum NÖ Polizeistrafgesetz ausgearbeitet und vom NÖ Landtag beschlossen, die Regelungen über die Verwahrung von Hunden sowie über den Leinenzwang an öffentlichen Orten und einen Beißkorbzwang unter besonderen Umständen vorsieht.

Ziele 2002

Die Ziele für das Jahr 2002 sind eine weitere Aktivierung der Tätigkeiten auf dem Gebiet der geistigen und wirtschaftlichen Landesverteidigung, die verstärkte Überwachungstätigkeit betreffend die Einhaltung des Prostitutionsgesetzes, des Glücksspiel-, Buchmacher- und Sammlungswesens sowie die Beschlussfassungen der Novellen zum Gesetz über die Tätigkeit der Totalisateure und Buchmacher sowie zum Sammlungsgesetz.

Statistik 2001

Sammelbewilligungen	17
Buchmacherbewilligungen	275
Aufenthaltstitel für den Bereich der Städte St. Pölten und Wr. Neustadt	1.807
davon Erstanträge	226
davon Verlängerungsanträge	1.581
Bearbeitete Erstanträge für ganz Niederösterreich (Zuweisung an die Bezirksverwaltungsbehörde im Rahmen der Quotenverwaltung)	3.282
davon quotenpflichtig	2.154

Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen

Schwerpunkte 2001

Staatsbürgerschaft und Wahlen

- Staatsbürgerschaftsverleihungsverfahren, -feststellungen und -erklärungen (ca. 6.100 bescheidmäßige Erledigungen)

- Erteilung von Rechtsauskünften aus dem Aufgabenbereich (über 10.000 Rechtsauskünfte anlässlich telefonischer Anfragen sowie persönlicher Vorgespräche)

- Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen

- Vorbereitung und Entwurf der Änderung der NÖ Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 1984, LGBL. 3800/1 (Berücksichtigung des Einkommens des österreichischen Ehegatten bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft, Anpassung der Einkommensgrenzen, gerechte Berechnung der Landesverwaltungsabgabe durch soziale Staffelung,

Beseitigung der Landesverwaltungsabgabe bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft für die minderjährigen Kinder)

- Vorbereitung und Entwurf der Novellierung der NÖ Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 2001, LGBL. 3800/1, auf Grund der Euro-Umstellung (Information der Bezirksverwaltungsbehörden und Staatsbürgerschaftsevidenzstellen betreffend die Änderungen im novellierten Gebührengesetz 1957)

- Berichte über Einbürgerungen an die Bundesanstalt Statistik Österreich in Wien, das Bundesministerium für Inneres, das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, das Bundesasylamt, die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich, das Militärkommando für Niederösterreich und an Vertragsstaaten, sofern ein internationales Abkommen besteht (z. B. Türkei, Deutschland)

- Umstrukturierung und vermehrter Einsatz der EDV

- Überprüfung der Staatsbürgerschaftsevidenzstellen

- Beratung der Staatsbürgerschaftsevidenzführer in Rechtsfragen

- Beratung der Staatsbürgerschaftsverbände in organisations- und haushaltsrechtlichen Fragen

- Aus- und Weiterbildung der mit der Staatsbürgerschaftsevidenz befassten Bediensteten der Gemeinden (Gemeindeverbände) und der Bezirksverwaltungsbehörden sowie der Standesbeamten (1 Fachprüfungskurs, 1 Prüfungsvorbereitungsseminar und 1 Fortbildungskurs)

- Abhaltung der kommissionellen Fachprüfung für Staatsbürgerschaftsevidenzführer (16 Teilnehmer)

Hauptschwerpunkte des Sachbereiches Wahlen stellten unzweifelhaft die Novellierung der NÖ Landtagswahlordnung 1992, die Schaffung der Rechtsgrundlage für Volksbefragungen über Angelegenheiten aus dem selbständigen Wir-

kungsbereich des Landes (durch eine Novelle des NÖ Initiativ-, Einspruchs- und Volksbefragungsgesetz NÖ IEVG) sowie die Euro-Anpassungsgesetzgebung in der zum Sachgebiet Wahlen gehörenden Rechtsmaterien (Landtagswahlordnung/NÖ Initiativ-, Einspruchs- und Volksbefragungsgesetz) dar.

Weiters wurden die Kostenersatzanträge des Volksbegehrens „Neue EU-Abstimmung“ (Eintragungswoche vom 29. November bis 6. Dezember 2000) und des „Bildungs- und Studiengebühren-Volksbegehrens“ (Eintragungswoche vom 6. bis 13. November 2001) bearbeitet.

Im Jahre 2001 begann – wohl als Folge der Volkszählung vom 15. Mai 2001 – die Arbeit auf einem zusätzlichen Gebiet: die Hauptwohnsitz-Reklamation. Dabei beantragen Bürgermeister einer Gemeinde eine Entscheidung des Landeshauptmannes, wenn sie der Meinung sind, dass ein Bürger den Hauptwohnsitz in ihrer Gemeinde (und nicht in einer anderen Gemeinde) hätte.

Diese Reklamationsverfahren gemäß § 17 des Meldegesetzes stellen eine extreme Herausforderung an Logistik und Kapazität dar. Bis zum 30. September 2001 langten insgesamt 3.487 derartige Anträge ein. Ergänzend zu den schriftlichen Arbeiten (Entscheidung erfolgt mit Bescheid) kommen die mündlichen und telefonischen Auskünfte in dieser Materie hinzu, die ein Ausmaß von ca. 60 bis 80 Anrufen pro Tag erreichten.

Die Zielvorstellung – nämlich ein optimales Service für die Bürger des Landes und die wahlwerbenden Parteien (einschließlich Unterstützung, Durchführung und Dokumentation von Wahlen, Erstellung aussagefähiger Unterlagen in kürzester Zeit) zu bieten sowie die Organe der politischen (wahlwerbenden) Parteien in Fragen des Wahlrechtes zu beraten und zu unterstützen – konnte auch im Jahr 2001 weitestgehend erreicht werden. Im Übrigen nimmt die Zahl der Fragen über die Interpretation von Wahlordnungen auf Bundes- und Landesebene sowie diverse Internetanfragen (statistische Wahlanfragen) weiterhin zu.

Kriegsgräberfürsorge

Instandhaltung und Instandsetzung der Kriegsgräber und Denkmäler der alliierten Mächte und jener anderer Nationen, die sich mit dem Deutschen Reich im Kriegszustand befanden, sowie Instandhaltung und Instandsetzung der Kriegsgräber und der Lagerfriedhöfe des I. und des II. Weltkrieges – soweit sie nicht in Sammelfriedhöfe verlegt wurden – in Kooperation mit dem Österreichischen Schwarzen Kreuz.

Flüchtlingsangelegenheiten

- Flüchtlingswesen in Niederösterreich
- Auslaufen der Kosovo-Albaner-Aktion

- Abrechnung von Reintegrationsprojekten
- Abrechnung von Integrationsprojekten
- Projekt zur Förderung der freiwilligen Heimkehr von in Österreich aufhältigen Fremden

De-facto-Flüchtlingsaktion für bosnische Kriegsflüchtlinge

Die im Jahr 1999 bzw. 2000 begonnenen Reintegrationsprojekte Kalesija, Celic und das Altenheimprojekt Travnik wurden bis in das Jahr 2001 betreut.

Das Altenheimprojekt Travnik wurde im Jahr 2001 abgerechnet. Für die 27 alten, pflegebedürftigen Personen, die das Land NÖ in dieses Heim überstellt hat, bezahlte das Land Niederösterreich den Betrag von € 22.720,24 (S 312.637,32). Das bedeutet pro Person und Jahr € 841,49 (S 11.579,15).

Die beiden anderen Übergangswohnheimprojekte (Celic und Kalesija) sowie das Rückkehrprojekt in die Republik Srpska werden im Jahr 2002 gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres abgerechnet werden.

Die Finanzierung dieser Projekte erfolgte nach dem Kostenaufteilungsschlüssel 50% Bund und 50% die Länder.

Kosovo-Albaner-Aktion

Das Aufenthaltsrecht kriegsvertriebener Kosovo-Albaner endete mit 31. Juli 2000. Aus der Aktion verblieben 58 Personen aus Krankheitsgründen auch noch nach der Aktion in Niederösterreich. Mit Ende 2001 verblieben davon in Niederösterreich noch vier Personen (eine Familie mit einem herzkranken Kind und eine krebskranke Frau).

Da keinerlei Daten vorlagen, wie viele Kosovo-Albaner wirklich noch zu diesem Zeitpunkt in Niederösterreich aufhältig waren, war man von der Zahl der Personen, die zur Beratung kamen, sehr überrascht.

Im Jahr 2001 wurden 901 Beratungen durchgeführt, wobei manche Personen bereits bis zu 8 oder 10 Jahren in Österreich aufhältig waren, zum Teil noch im Asylverfahren oder illegal.

Auf Grund der durchgeführten Beratungen entschlossen sich folgende Personen zu den nachfolgenden Entscheidungen:

57	Personen sind freiwillig heimgekehrt
219	haben ein Ersuchen auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 10 Abs. 4 FrG 1997 gestellt
92	verblieben nach der Beratung im Asylverfahren
58	sind in ein anderes Bundesland verzogen,
8	sind untergetaucht
180	konnte nur mit einem Gespräch und weiteren Hinweisen geholfen werden
5	haben geheiratet
1	hat neuerlich um Asyl angesucht

Das Bundesministerium für Inneres hat 242 Ersuchen aus den Jahren 1999 und 2000 um humanitären Aufenthalt bereits im Jahr 2001 positiv erledigt.

Probleme 2001

Staatsbürgerschaft

Es wurde versucht, die vorhandenen Kräfte zu mobilisieren, um dem hohen Anfall von Verleihungsanträgen entsprechend den Zielvorstellungen Rechnung zu tragen.

Mit 1. Jänner 1999 wurde das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 durch die Staatsbürgerschaftsgesetznovelle 1998, BGBl. I Nr. 124, geändert. Die ab 1. Jänner 1999 geltenden Gesetzesänderung führte aber auch im Jahr 2001 zu einem qualitativ höheren Aufwand bei negativen Entscheidungen.

Anlässlich der Überprüfung der Staatsbürgerschaftsevidenzstellen stellte sich auch mehrmals heraus, dass Unklarheiten über die Ermittlung, Erfassung, Verknüpfung, Verarbeitung und Überlassung von Daten bestehen. Diesem Bereich wurde daher besondere Beachtung geschenkt.

Flüchtlingsangelegenheiten

Es war eine sehr anspruchsvolle und schwierige Aufgabe, in Zusammenarbeit mit den Fremdenpolizeibehörden viele Fremde in Niederösterreich, die sich seit über acht Jahren im Asylverfahren befinden, zu legalisieren, zu integrieren oder aber in die Heimat zurückzuführen.

Die beiden Flüchtlingsaktionen für Bosnier und Kosovo-Albaner sind im Jahr 2000 ausgelaufen; das Ziel der Koordinationsstelle für Ausländerfragen im Jahr 2001 war es, möglichst alle verbliebenen Kriegsvertriebenen entweder in die Heimat zurückzuführen oder in Österreich zu integrieren.

Ziele 2002

Staatsbürgerschaft

Ziel der Abteilung ist es, durch ein rasches und verwaltungsökonomisches Verfahren Anträge auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen in einem möglichst kurzen Zeitraum von etwa sechs Monaten abzuschließen.

Optimale Zielvorstellung ist weiters eine wirtschaftliche, zweckmäßige, sparsame und richtige Evidenzführung aller Evidenzstellen, um der Bevölkerung ein rasches und hoch qualifiziertes Service

anbieten zu können. In diesem Sinne ist es auch erforderlich, die Evidenzstellen zu überprüfen. Im Besonderen sind im Rahmen der Überprüfung die in den Staatsbürgerschaftsevidenzstellen tätigen Bediensteten zu beraten und zu schulen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit der Abteilung liegt in der Aus- und Weiterbildung der Staatsbürgerschaftsevidenzführer und auch der mit Staatsbürgerschaftsangelegenheiten befassten Bediensteten der Bezirksverwaltungsbehörden sowie der Standesbeamten.

Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbegehren, Volksbefragungen

Spätestens im März 2003 wird die Wahl des NÖ Landtages stattfinden. Die interne Vorbereitungsphase startet im Juli 2002. Hinzu werden noch Schulungsaufgaben für die Bezirks- und Gemeinde-/Sprengelewahlbehörden kommen, welche durch die neue Wahlordnung bedingt sind.

Auch ist ein noch nicht quantifizierbarer Arbeitsaufwand durch die Herstellung der Stimmzettel (Gesamtauflage 1.550 Mio., 21 Mutationen, Format DIN A2, Vorfaltung) erforderlich, welcher seit der Änderung der Landtagswahlordnung nunmehr durch die Landeswahlbehörde (Fachabteilung) zu leisten ist. Ebenso ist für die ordnungsgemäße Abwicklung der Reklamationsverfahren gemäß § 17 des Meldegesetzes per Bescheid zu sorgen.

Wählerevidenz, Kostenersätze

Auf diesem Gebiet wird die Abteilung die Anstrengungen weiterhin verstärken, die Gemeinden optimal zu informieren und zu beraten.

Bezüglich der Kostenersatzanträge ist es Zielvorstellung der Abteilung, diese weiterhin so rasch wie möglich auf ihre sachliche und rechnerische Richtigkeit zu überprüfen und anzuweisen. Eine gewisse Erleichterung wird hier die in der Novelle der LWO 1992 vorgesehene Pauschalierung der den Gemeinden zu ersetzenden Wahlkosten für Landtagswahlen bringen, welche nun keine Individualberechnung mehr erforderlich macht (wirksam erst bei der nächsten Landtagswahl).

Kriegsgräber

Das vorherrschende Ziel der Abteilung ist es, im Sinne der BGBl. Nr. 175 und 176/1948 sowie des Art. 19, BGBl. Nr. 152/1955, für einen würdigen und gepflegten Zustand sämtlicher Kriegsgräber und Denkmäler auch unter schwierigen finanziellen Situationen Sorge tragen zu können. Vermehrtes Augenmerk wird auf die ortsbildgestaltende Bedeutung dieser Anlagen und auf die substanzrettende Sanierung gelegt.

Statistik 2001

Staatsbürgerschaft

Vergleich	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Verleihungsanträge	969	1.685	1.985	2.013	2.023	1.738	1.698	1.527	1.847
erfolgte Verleihungen	1.376	1.596	2.004	1.732	2.830	3.337	4.091	2.949	3.149
erfolgte Zusicherungen der Verleihung	633	959	1.816	2.582	3.294	1.182	1.302	2.473	2.954
Erklärungen, Anzeigen (§§ 25 Abs. 2 und 58c StbG)	–	35	21	6	8	7	6	2	3
Bewilligung der Beibehaltung	12	7	7	4	4	4	–	10	15
Verzichtserklärungen	2	2	–	–	2	–	–	1	–

Die Budgetkürzungen müssen im Einvernehmen mit den Gemeinden und dem Österreichischen Schwarzen Kreuz berücksichtigt werden.

Flüchtlingsangelegenheiten

Im Jahr 2000 sind sowohl die De-facto-Flüchtlingsaktion als auch die Kosovo-Albaner-Aktion ausgelaufen. Ziel der Koordinationsstelle für Ausländerfragen ist es, möglichst allen aus humanitären Gründen noch in Niederösterreich verbliebenen Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen bzw. sie dabei zu unterstützen.

Dafür wurde im Kosovo ein spezielles Wiederaufbauprojekt für zerstörte Häuser in Zusammenarbeit mit World Vision begonnen. World Vision erhielt von der Koordinationsstelle für Ausländerfragen überprüfte und dokumentierte Listen zerstörter Häuser von Kosovo-Albanern, die noch in Niederösterreich waren. Diese Kosovo-Albaner sollen dann im Kosovo fälschungssichere Gutscheine für Baumaterialien von World Vision erhalten.

Abteilung Gemeinden

Die Gemeindeabteilung war auch 2001 überwiegend mit aufsichtsbehördlicher Tätigkeit befasst. Diese Aufgabenstellung ergibt sich in erster Linie auf Grund der Bestimmungen der NÖ Gemeindeordnung 1973 sowie zahlreicher anderer Landesgesetze. Gemeinderats- bzw. Gemeindevorstandsbeschlüsse sowie eine Vielzahl von Verordnungen wurden auf ihre Gesetzmäßigkeit hin überprüft. Bei Beschlüssen, welche Gesetze oder Verordnungen verletzen, musste in einigen Fällen vom Aufsichtsmittel der Aufhebung von Beschlüssen Gebrauch gemacht werden.

Die Gemeindeaufsichtsbehörde hat insbesondere die Aufgabe, die Gebarun-

gen der Gemeinden einschließlich ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen sowie der Gemeindeverbände und Schulgemeinden auf ihre Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit hin zu prüfen. Diese Aufgabenstellung wurde im Jahr 2001 bei insgesamt 172 Gemeinden, 20 Gemeindeverbänden und bei 44 Schulgemeinden vollzogen. In den meisten Fällen wurde eine schwerpunktmäßige Prüfung durchgeführt.

Die Ergebnisse der Überprüfung werden dem Bürgermeister oder dem Verbandsobmann bzw. dem Obmann einer Schulgemeinde in Form eines schriftlichen Berichtes zur Vorlage an das zuständige Organ übermittelt.

Voranschläge und Rechnungsabschlüsse

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die jährliche Kontrolle der Voranschläge, Nachtragsvoranschläge und Rechnungsabschlüsse aller niederösterreichischen Gemeinden und der Gemeindeverbände und Schulgemeinden. Dabei waren in vielen Fällen Rückfragen erforderlich.

Großen Anteil hat auch die Beratungstätigkeit der Beamten der Aufsichtsabteilung für Bürgermeister und Gemeindeamtsleiter. Diese bezieht sich sowohl auf allgemeine als auch auf spezielle Ge-

bierte des Gemeinderechts, auf Vorschlagsstellungen und die Ausarbeitung von Finanzierungsplänen für Bauvorhaben der Gemeinden.

Diese Serviceleistung gewinnt auf Grund des geringer werdenden budgetären Freiraumes der Gemeinden immer mehr an Bedeutung.

Weiters wurde im Jahr 2001 nach den Ergebnissen der Rechnungsabschlüsse 2000 die Broschüre „Die finanzielle Lage der Gemeinden Niederösterreichs“ erstellt.

Schließlich wurde an der Erstellung einer österreichweit einheitlichen Datenschnittstelle für die jährliche Finanzstatistik der Statistik Österreich mitgewirkt. Dadurch ist es in Hinkunft möglich, die relevanten Daten aus den EDV-Programmen der Gemeinden automationsunterstützt zu gewinnen; das Ausfüllen der bisher obligaten Listen ist daher nicht mehr erforderlich.

Kommunale Aufgabengebiete

Anträge zur Genehmigung von Darlehensaufnahmen, Kassenkrediten und Haftungsübernahmen, Leasingverträgen und Grundverkehrsangelegenheiten wurden geprüft und für die Sitzungen der Landesregierung vorbereitet. Ebenso wurden die Ansuchen der Gemeinden um Zuteilung von Mitteln aus den Bedarfszuweisungen nach den Richtlinien der Landesregierung behandelt und auf die Vollständigkeit aller erforderlichen Unterlagen geprüft sowie die diesbezüglichen Anträge gestellt.

Die Berechnung der jährlichen Voranschlagsbeträge auf Grund des Finanzausgleiches sowie die monatlichen Anweisungen der Ertragsanteile bilden eine wesentliche Aufgabe. Die jedes Jahr anfallende Endabrechnung der Abgabenertragsanteile ist dabei eingeschlossen. Außerdem wurde die Berechnung der Finanzausgleichsdaten für die Voranschläge der Gemeinden für das Jahr 2001 durchgeführt.

Weitere Aufgabengebiete ergaben sich durch Vorstellungen gegen Berufungsentscheidungen des Gemeinderates bzw. des Gemeindevorstandes, durch die Ausarbeitung von Vorschlägen für Gesetzes- und Verordnungsentwürfe, Stellungnahmen zu Finanzierungsplänen und Ansuchen um Förderung aus der Finanzsonderaktion des Landes für Gemeinden, aus dem Schul- und Kindergartenfonds, dem NÖ Wasserwirtschaftsfonds sowie zu sonstigen Förderungen des Landes.

Beratungstätigkeit

Bereits im Herbst 2001 wurden die Beratungen zur Erstellung des Voranschlages für das Jahr 2002 durchgeführt.

Fast alle Gemeinden haben von dieser Beratungstätigkeit Gebrauch gemacht, da dadurch einerseits bereits vor der Beschlussfassung des Voranschlages Fehler bereinigt und andererseits Möglichkeiten für verschiedene Förderungen besprochen werden konnten.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bestand in der Information der Gemeinden zum Österreichischen Stabilitätspakt sowie der erforderlichen Maßnahmen zum Erreichen eines ausgeglichenen Maastricht-Ergebnisses. Dazu bedurfte es einer individuellen Beratung der einzelnen Gemeinden, da die zu setzenden Schritte von den Kennzahlen der Voranschläge abzuleiten waren.

Budgetsanierungen

Ein spezieller Teil der Prüfungs- und Beratungstätigkeit erstreckt sich auf die sogenannten „Abgangsgemeinden“. Darunter sind jene Gemeinden zu verstehen, die nicht in der Lage sind, den ordentlichen Haushalt ausgeglichen zu stellen.

Die Aufgabenstellung für die Aufsichtsbehörde umfasst die Klärung der Ursachen für die Budgetabgänge, die Erstellung von Sanierungskonzepten zur Verbesserung der Finanzlage sowie die laufende Überprüfung und Beratung.

Im Rahmen der Finanzberatungen werden verschiedene Empfehlungen abgegeben, durch deren Realisierung eine Budgetkonsolidierung erreicht werden soll.

Von der Verwirklichung dieser vorgeschlagenen Maßnahmen kann die Höhe, eventuell zu gewählter Bedarfszuweisungen abhängig gemacht werden. Mit Ende des Jahres 2001 wurden von den 573 niederösterreichischen Gemeinden 25 als „Abgangsgemeinden“ anerkannt.

Kommunalstruktur

Im Jahr 2001 erfolgte keine Gemeindetrennung bzw. keine Vereinigung von Gemeinden. Die Zahl der Gemeinden Niederösterreichs beträgt derzeit 573.

Amtshaftungsausgleichsfonds

Der Beirat des Fonds, der zweimal pro Jahr zusammentritt, hat Vergütungen an jene Gemeinden beschlossen, die nach dem Amtshaftungsausgleichsfondsgesetz schadenersatzpflichtig geworden sind.

Europarecht

Neben der Erstellung von Informationen zu wichtigen kommunalpolitischen Ereignissen im Rahmen der Europäischen

Union und der Mitwirkung bei der Umsetzung der Regionalpolitik der Europäischen Union im Rahmen der ECO Plus gehörte die Beantwortung von diesbezüglichen Anfragen zur Haupttätigkeit in diesem Bereich.

Der Bereich des öffentlichen Auftragswesens wurde im Rahmen von Großveranstaltungen, Fachkursen und Workshops der NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie behandelt, wobei auch die ÖNORM A 2050 in der Fassung vom 1. März 2000 einen Vortragsschwerpunkt bildete. Die genaue Auseinandersetzung mit dieser nationalen Ausschreibungsnorm war notwendig geworden, da der Oberste Gerichtshof in seinem Urteil vom 20. August 1998 zum Ausdruck gebracht hatte, dass alle öffentlichen Auftraggeber im Rahmen ihrer vorvertraglichen Schutzpflichten die ÖNORM A 2050 bei Ausschreibungen anzuwenden haben.

Nachdem die Bestimmung des § 186a NÖ AO 1977 (Bereicherungsverbot) auf Grund eines neuerlichen Vorabentscheidungsersuchens des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes nach Art. 234 EG vom Europäischen Gerichtshof im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit dem gemeinsamen Markt untersucht wird, war es notwendig, alle Gemeinden und Gemeindeverbände über die Probleme im Zusammenhang mit den Verfahren zur Rückerstattung der entrichteten Abgabebeträge vor allem im Bereich der Getränkesteuer zu informieren.

Legistische Vorhaben

Der Schwerpunkt der legistischen Tätigkeit lag im Jahr 2001 in den Bereichen der Euro-Umstellung, der legistischen Umsetzung des Finanzausgleichsgesetzes 2001 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Volkszählung 2001 sowie der Weiterentwicklung des kommunalen Organisations- und Wahlrechtes aufbauend auf den Erfahrungen der letzten Gemeinderatswahl. Das ständige Evident- und Aktuellhalten der Satzungen der immer zahlreicher werdenden Gemeindeverbände erforderte weiterhin einen erheblichen Arbeitsaufwand.

Wahlangelegenheiten

Im Jahr 2001 fand im Magistrat St. Pölten die allgemeine Gemeinderatswahl statt. Weiters wurde in der Gemeinde Wolfsgraben neu gewählt, da es zur Auflösung des Gemeinderates kam. Die Landeshauptwahlbehörde trat zu einer Sitzung zusammen. Die Organisation und Vorbereitung der Sitzungsunterlagen oblag der Abteilung Gemeinden.

Durch eine Änderung in der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994 musste in 119 Gemeinden die Gemeindegewahlbe-

hörde neu gewählt werden. Um die von der Neuwahl betroffenen Gemeinden zu finden, wurde eine Mandatsberechnung für sämtliche Gemeinden durchgeführt.

Gemeindemandatare

In 87 Fällen wurden Auskünfte über die Funktionszeiten von Gemeindemandataren für die Verleihung von Ehrenzeichen erteilt.

In 359 Fällen war der Wechsel in der Person von Gemeindefunktionären zu dokumentieren.

Grundverkehrsangelegenheiten

In Angelegenheiten des Grundverkehrs der Gemeinden wurden 376 Verfahren zum Abschluss gebracht.

Stadt- und Markterhebungen

Im Jahre 2001 hat der Landtag von Niederösterreich die Marktgemeinde Ebereichsdorf zur Stadtgemeinde erhoben.

Wappenverleihungen

Die NÖ Landesregierung hat vier Gemeinden das Recht zur Führung eines Gemeinewappens und einer Gemeindefahne verliehen.

Rechtsmittel, Beschwerden, formelle Verordnungsprüfungen und Prüfung von ortspolizeilichen Verordnungen

Im Jahr 2001 wurden 522 Vorstellungen – größtenteils in Abgabenangelegenheiten – erledigt. Etwa die Hälfte der Vorstellungen betraf die Getränke- und Speiseeissteuer, die Schwerpunkte bei den übrigen Vorstellungen lagen bei der Bekämpfung der Verschreibung von Kanaleinmündungsabgaben, Kanalbenützungsgebühren und bei der Kommunalsteuer. Die das NÖ Kanalgesetz betreffenden Vorstellungen wurden hauptsächlich von Personen eingebracht, denen die flächenbezogene Berechnung der Gebühr unabhängig von der tatsächlichen Einleitung von Abwässern in das Kanalnetz nicht verständlich erschien.

Andere Vorstellungen betrafen Abfallwirtschaftsgebühren, Friedhofsgebühren und die Grundsteuer. Die das NÖ Abfallwirtschaftsgesetz 1992 betreffenden Vorstellungen wurden fast ausnahmslos von „Zweitwohnbesitzern“ mit

der Begründung eingebracht, dass sie entsprechende Gebühren bzw. Abgaben bereits an einem anderen Wohnsitz entrichten.

Weiters waren 76 Aufsichtsbeschwerden wegen der Nichteinhaltung der Bestimmungen der NÖ Gemeindeordnung 1973 zu behandeln. Teilweise waren diese Beschwerden berechtigt, wobei oftmals von den Gemeinden die Sinnhaftigkeit der Einhaltung von formalen Organisationsvorschriften der Gemeindeorgane in Frage gestellt wurde. Hauptsächlich versuchten die Beschwerdeführer dadurch Mehrheitsentscheidungen in Frage zu stellen.

Im Jahr 2001 wurden 610 Verordnungen der Gemeinden formell überprüft. Bei diesen Verordnungen handelt es sich größtenteils um Durchführungsverordnungen nach der NÖ Bauordnung 1976, dem NÖ Raumordnungsgesetz 1976, NÖ Landesstraßengesetz 1979, der StVO 1960 usw.

In einigen Fällen mussten formalrechtliche Fehler bei den Verordnungen festgestellt werden, welche hauptsächlich darin bestanden, dass die Verordnungen von einem unzuständigen Organ erlassen bzw. Gemeinderäte verspätet zu Sitzungen eingeladen wurden.

Bei den 610 Verordnungen handelte es sich um 548 Durchführungsverordnungen sowie 62 selbständige (ortspolizeiliche) Verordnungen der Gemeinden.

Von den ortspolizeilichen Verordnungen blieben nur wenige unbeanstandet. Die Problematik liegt darin, dass von Seiten der Gemeinden viele Rechtsbereiche (insbesondere Lärmschutz, Umweltschutz und sonstige öffentliche Gefahrenabwehr) durch ortspolizeiliche Verordnungen geregelt werden, die eigentlich schon in Bundes- oder Landesgesetzen geregelt sind.

Abgaben, Steuern und Gebühren, Abgabenverordnungen

Im Jahr 2001 wurden 69 Gemeinden und 3 Gemeindeverbände hinsichtlich der Verschreibung und Einhebung der Abgaben, Steuern und Gebühren überprüft.

Von der Abgabengruppe wurden weiters ca. 850 Verordnungen überprüft, wovon ein Großteil ohne Zwischenerledigungen (Einholung von Stellungnahmen bzw. Nachforderungen von Unterlagen) zur Kenntnis genommen werden konnte.

Gemeindedienstrecht

2001 wurden verstärkt Gemeinden oder Gemeindeverbände (Musikschulverbände) in Hinblick auf die Einhaltung der für Musikschullehrer geltenden neu-

en dienst- und besoldungsrechtlichen Bestimmungen einer Einschau unterzogen. Weiters wurden Stadtgemeinden bzw. Großgemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern einer dienst- und besoldungsrechtlichen Prüfung unterzogen. Schwerpunkte des Berichtszeitraumes waren die Überprüfung der Umsetzung des Dienst- und Besoldungsrechtes der Musikschullehrer und die legislative Umsetzung der Euroumstellung in den Gemeindedienstrechtsgesetzen.

Finanzausgleich und Zuweisungen

Im Zuge der zentralen monatlichen Anweisung der Ertragsanteile an die Gemeinden im Gesamtausmaß von Brutto € 1.017.565.024,01 (S 14.002.000.000,-) wurden die entsprechenden Programme, Programmänderungen sowie Berechnungsgrundlagen samt Abrechnungsbelegen für jede Gemeinde erstellt.

In diesem Zusammenhang wurden auch sämtliche Abzüge wie Sozialhilfeumlage, NÖKAS-Beiträge, Beiträge an den Gemeindepensionsverband, Tilgungsraten und Zinsendienst an den NÖ Wasserwirtschaftsfonds und ehemaligen Gemeindeinvestitionsfonds, Beiträge der Gemeinden an die Gemeindevertreterverbände und Schulungsbeiträge der Gemeinderäte sowie sämtliche Abzüge für die Bezirkshauptmannschaften (wie Wohnsitzgemeindebeiträge, Rotkreuz- und Feuerwehrbeiträge etc.) vorgenommen.

Die Abrechnung der Ertragsanteileabzüge erfolgt durch monatliche Verschreibung, um die stark schwankenden Nettoanweisungsbeträge zu verhindern.

Für die Vergabe von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände wurden alle notwendigen Unterlagen erstellt, so dass für das Haushaltsjahr 2001 insgesamt € 78.486.660,90 (S 1.080.000.000,-) als Beihilfen aus Bedarfszuweisungen von der NÖ Landesregierung bewilligt wurden.

Auch die Bedarfszuweisungen für den NÖ Wasserwirtschaftsfonds und Schul- und Kindergartenfonds wurden angewiesen.

Die Berechnung und Anweisung der Strukturhilfe (Bedarfszuweisung I für finanzschwache Gemeinden) für das Jahr 2001 wurde mit einem Gesamtbetrag von € 24.708.763,62 (S 340.000.000,-) durchgeführt.

Schließlich wurde auch die Aufteilung der Finanzausweisung des Bundes nach § 21 FAG an die Gemeinden Niederösterreichs im Gesamtausmaß von € 16.060.696,35 (S 221.000.000,-) in zwei Verteilungsvorgängen zeitgerecht vorgenommen.

Die Berechnung des Finanzausgleiches 2002 (EU-konform) wurde Mitte November 2001 mit neuen Berechnungssystemen

men und erstmals ausschließlich in Euro-Beträgen abgeschlossen. Das dazu notwendige Datenmaterial beruht daher teilweise nur auf groben Schätzungen bzw. Hochrechnungen. Weiters wurden zahlreiche Berechnungen und Auswertungen für den Bereich Gemeinderatswahl, Finanzielle Angelegenheiten (Bedarfszuweisungen, Ertragsanteile, Subventionen etc.) durchgeführt.

3 Katastrophenfonds

Im Jahr 2001 wurden den hauptsächlich in den Jahren 1999 und 2000 geschädigten Gemeinden Zweckzuschüsse des Bundes im Ausmaß von 50% der nachgewiesenen Kosten mit einem Gesamtbetrag von € 3,085.614,- (S 42,458.974,32) angewiesen.

2001 wurden neue Katastrophenschäden im Vermögen von 120 Gemeinden mit einer geschätzten Gesamtsumme von € 3,809.105,- (S -52,414.427,53) durch Sachverständige der technischen Fachabteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung oder durch nichtamtliche Sachverständige ermittelt und bei der Abteilung Gemeinden erfasst. Erfreulich ist, dass noch im Jahre 2001 rund ein Viertel dieses Schadensvolumens als wiederhergestellt abgerechnet werden konnte. Diese wesentliche Verbesserung gegenüber früher, die auch einen rascheren Geldfluss zur Gemeinde hin bewirkt, ist in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Güterwege erreicht worden.

NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie

Die NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie führte 2001 insgesamt 122 Kurse und Seminare durch. Daran haben 4.226 InteressentInnen teilgenommen (Aufteilung der Kurse und Seminare siehe nebenstehende Tabelle).

Die Standardkurse der NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie

- Einführungskurs,
 - Vorbereitungskurs für die Ablegung der Gemeindedienstprüfung,
 - Kurs für Gemeindegeschäftsführer und leitende Gemeindebedienstete
- waren auch im abgelaufenen Schuljahr sehr gut besucht.

An den vier Vorbereitungskursen für die Ablegung der Gemeindedienstprüfung der Verwendungsgruppen V und VI haben insgesamt 61 Gemeindebedienstete teilgenommen.

Die mündliche Prüfung beim Amt der NÖ Landesregierung bestanden 62 Kan-

		Teilnehmer
3 dreitägige	Einführungskurse	91
2 sechswöchige	Vorbereitungskurse für die Ablegung der Gemeindedienstprüfung (Verwendungsgruppe V)	33
1 siebenwöchiger	Vorbereitungskurs für die Ablegung der Gemeindedienstprüfung (Verwendungsgruppe VI)	28
5 zweiwöchige	Ausbildungskurse für Kindergartenhelferinnen	124
1 zweiwöchiger	Vorbereitungskurs für die Ablegung der Fachprüfung für den Staatsbürgerschaftsdienst	18
1 einwöchiger	Vorbereitungskurs für die Ablegung der Fachprüfung für den Standesbeamtenamtendienst	16
1 Lehrgang	Betriebswirtschaftliches Denken und Handeln in öffentlichen Verwaltungen	20
2 dreitägige	Kurse für leitende Gemeindebedienstete und Gemeindegeschäftsführer	32
1 zweiwöchiger	Einführungskurs Buchhaltung	23
1 zweiwöchiger	Fachkurs: Lohnverrechnung	17
2 zweiwöchige	Fachkurse: NÖ Bauordnung	58
2 zweiwöchige	Fachkurse: Dienstrecht	37
2 zweiwöchige	Workshops: Vergabewesen	24
1 zweiwöchiger	Workshop: Abgabenordnung	19
2 zweiwöchige	Workshops: Gemeindeordnung	32
2 zweiwöchige	Workshops: AVG	34
1 zweiwöchiger	Fachkurs: Rhetorik f. Standesbeamte – Einführung	14
1 zweiwöchiger	Fachkurs: Rhetorik f. Standesbeamte – Fortbildung	8
1 zweiwöchiges	Fortbildungsseminar f. Standesbeamte	20
2 eintägige	Fachkurse: Melderecht	50
2 eintägige	Fachkurse: Abgaben nach der NÖ Bauordnung	57
2 eintägige	Fachkurse: Wasser- und Kanalabgaben	46
2 eintägige	Fachkurse: Kommunalsteuer	48
3 eintägige	Fachkurse: Die Aufgaben des Kassenverwalters	61
2 eintägige	Fachkurse: Raumordnungsrecht	39
3 eintägige	Fachkurse: Protokollführung	65
1 eintägiger	Fachkurs: Bautechnikverordnung	20
1 eintägiger	Fachkurs: Die Gemeinde als Steuerpflichtige	24
1 eintägiger	Fachkurs: Abgabenexekution	21
1 dreitägiges	EDV-Seminar (Grundkurs)	7
1 zweiwöchiges	EDV-Seminar (Buchhaltung)	11
2 zweiwöchige	EDV-Seminare (Winword)	17
2 zweiwöchige	EDV-Seminare (Excel)	21
4 eintägige	EDV-Seminare (Internet)	50
2 zweiwöchige	Fachseminare: Die Gemeinderatssitzung	30
3 zweiwöchige	Fachseminare: NÖ Gemeindeordnung	46
2 zweiwöchige	Fachseminare: Gemeindegewirtschaft	40
2 zweiwöchige	Fachseminare: NÖ Bauordnung	36
2 zweiwöchige	Fachseminare: Prüfungsausschuss	42
1 zweiwöchiges	Fachseminar: Abgabewesen	11
4 eintägige	Fachseminare: Die Aufgaben des Bürgermeisters	78
2 eintägige	Fachseminare: Die Aufgaben des Gemeindevorstandes	42
2 eintägige	Fachseminare: Vergabewesen	47
17 eintägige	Fortbildungsveranstaltungen f. Kindergartenhelferinnen	547
5 halbtägige	Informationsveranstaltungen über die Einführung des Zentralen Melderegisters	823
5 eintägige	Informationsveranstaltungen über die Euro-Umstellung und den mittelfristigen Finanzplan	745
14 eintägige	Informationsveranstaltungen über die Aufgaben des Prüfungsausschusses	554

didaten (einschließlich Wiederholungsprüfungen), davon 11 mit Auszeichnungen.

Den im Jahre 2001 gestarteten Lehrgang „Betriebswirtschaftliches Denken und Handeln in Öffentlichen Verwaltungen“ (bestehend aus insgesamt 11 Modulen) besuchen 20 Personen, dieser wird im Jahre 2002 abgeschlossen.

Seit dem Jahre 2001 wird auch die Aus- und Weiterbildung für den Standesbeamtenamtendienst und den Staatsbürgerschaftsdienst über die Gemeindever-

waltungsschule angeboten. An den insgesamt 6 Fachkursen nahmen 91 Personen teil.

Das seit dem Jahre 1991 angebotene EDV-Ausbildungsprogramm wurde auch im Jahre 2001 gut angenommen. Zu den 10 EDV-Seminaren konnten 106 Teilnehmer begrüßt werden.

In Hinblick auf die Einführung eines Zentralen Melderegisters wurden im Frühjahr 2001 5 Informationsveranstaltungen zu diesem Thema abgehalten. An den Veranstaltungen haben insge-

samt 823 Gemeindefamandatare und -bedienstete teilgenommen.

Einen Schwerpunkt bildeten Informationsveranstaltungen zu der per 1. Jänner bevorstehenden Euro-Umstellung bzw. der Erstellung eines mittelfristigen Finanzplanes als Beilage zum Vorschlag. Zu diesen Veranstaltungen konnten insgesamt 745 Teilnehmer begrüßt werden.

Bedingt durch die Gemeinderatswahl 2000 kam es auch zu einer Neuzusammensetzung der Prüfungsausschüsse. Um auch hier entsprechende Schulungen anbieten zu können, wurden, wie bereits im Jahre 2000 begonnen, auch im Jahre 2001 bezirksweise 14 eintägige Prüfungsausschussseminare angeboten. Diese Seminare haben 554 Prüfungsausschussmitglieder besucht.

Im Jahre 2001 wurden 17 eintägige Fortbildungsveranstaltungen für Kindergartenhelferinnen zu folgenden Themen

- Einführung in die Pädagogik für Kindergartenhelferinnen,
- Kommunikation und Teamarbeit,
- Rechtliche Grundlagen und
- Methodisch systematische Bildungsarbeit

mit insgesamt 547 Teilnehmerinnen abgehalten.

Das Angebot für Gemeindefamandatare beinhaltete Seminare zu den Themen: „Die Gemeinderatssitzung“, „NÖ Gemeindeordnung“, „NÖ Bauordnung“, „Abgabewesen“, „Prüfungsausschuss“, „Vergabewesen“, „Die behördlichen Aufgaben des Bürgermeisters“ und „Die behördlichen Aufgaben des Gemeindevorstandes“. An den 20 Veranstaltungen

konnten 372 Gemeindefamandatare begrüßt werden.

Die immer komplizierter und umfangreicher werdenden Aufgabenstellungen in den Gemeinden erfordern zu deren Bewältigung eine intensive Aus- und Weiterbildung der Gemeindefamandataren. Die laufende Information und Schulung der Entscheidungsträger in den Gemeinden (insbesondere Bürgermeister) ist ebenso zwingend geboten.

Die Teilnehmerzahlen zeigen, dass von der NÖ Gemeindefamandatarenschule und Kommunalakademie ein intensives Aus- und Weiterbildungsprogramm angeboten wird, das auch von den Gemeindefamandataren und Gemeindefamandataren äußerst positiv angenommen wird.

Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz

Aufgabenbereiche

Der Aufgabenkatalog umfasst nach der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung:

- Rechtliche Angelegenheiten der Feuerpolizei
- Feuerwehrangelegenheiten einschließlich der Kreditverwaltung
- Katastrophendienst
- Verwaltung der Landes-Feuerweherschule
- Angelegenheiten der Zivilen Landesverteidigung
- Verwaltung der Zivilschutzschule
- Rechtliche Angelegenheiten der Überwachung, des Schutzes und der Sicherung der Umwelt hinsichtlich radioaktiver Verunreinigung
- Landeswarnzentrale
- Einsatzopferangelegenheiten

Schwerpunkte 2001

Rechtliche Angelegenheiten der Feuerpolizei und des Katastrophenschutzes

In Vollziehung des NÖ Feuerwehrgesetzes, LGBl. 4400, wurden neben den anfallenden Ordnungsprüfungen, der Behandlung von Vorstellungen und der Erteilung von Rechtsauskünften sowie der Wahrung der gesetzlichen Aufsichtspflicht über die Freiwilligen Feuerwehren und den NÖ Landesfeuerwehrverband (NÖ LFV) folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Auf Grund der Euro-Umstellung wurden das NÖ Feuerwehrgesetz, das Ka-

tastrophenhilfegesetz und das Einsatzopferfondsgesetz novelliert.

- Die NÖ Alarmierungsverordnung wurde überarbeitet und den neuen Gegebenheiten angepasst und mit 1. Jänner 2002 in Kraft gesetzt.

Feuerwehrangelegenheiten

Im Jahr 2001 wurden € 2.906.913,37 (S 40.000.000,-) aus Mitteln der Feuerstutzsteuer zur Förderung von Fahrzeugen und Geräten dem NÖ LFV überwiesen. Zusätzlich wurden € 962.936,85 (S 13.250.299,94) aus Mitteln des Katastrophenfonds zur Förderung von Einsatzgeräten für Feuerwehren, welche den Durchführungsbestimmungen zum Katastrophenfondsgesetz entsprechen, dem NÖ LFV zur Auszahlung überwiesen. Die Abwicklung der Förderungsverfahren erfolgte durch den NÖ LFV.

Aus Mitteln des Katastrophenfonds wurde die Anschaffung bzw. (Weiter-)Finanzierung folgender Projekte ermöglicht: Zahlungen für 1 Boot, 1 Duschcontainer, Bojen, Ankerschäkel, Umbau eines Ölwehrranhängers, Ölsperren und Außenbordmotore wurden geleistet.

Im Zuge der Beschaffungsaktion von Rüstlöschfahrzeugen 2000 wurden weitere 11 Fahrzeuge ausgeliefert, die Bestellung und Anzahlung für weitere 28 Fahrzeuge erfolgte ebenfalls. Dafür wurden insgesamt € 3.537.238,77 (S 48.673.466,65) dem NÖ LFV überwiesen.

Die Landesstelle für Brandverhütung des Bundeslandes NÖ wurde einer Effizienzanalyse unterzogen. Die Ergebnisse wur-

den im Laufe des Jahres 2001 aufgearbeitet. Im Wesentlichen ging es um Fragen der zukünftigen Aufgaben und Schwerpunkte dieses Vereins sowie dessen strategische Positionierung. Die Tätigkeit der Landesstelle für Brandverhütung des Bundeslandes Niederösterreich wurde durch die Gewährung eines Beitrages von € 156.426,59 (S 2.152.476,81) unterstützt.

Der NÖ LFV wurde mit € 2.587.152,90 (S 35.600.000,-) gefördert.

Das NÖ Feuerwehregister, das gemäß § 34 Abs. 1 NÖ FG, LGBl. 4400-5, bei der Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz zu führen ist, wird laufend evident gehalten.

Im Jänner 2001 fanden bei den niederösterreichischen Feuerwehren Neuwahlen statt. Bei dieser Wahl kam auch erstmalig das novellierte NÖ Feuerwehrgesetz zum Tragen. Das Feuerwehregister wurde auf Grund der vorliegenden Wahlmeldeblätter überarbeitet und wird laufend bei Änderungen evident gehalten. Die für die Durchführung der Wahlen samt dem Leitfaden gestaltete Internetseite wurde beworben und von den Feuerwehren und den Gemeinden gut angenommen.

Katastrophenhilfsdienst

2001 wurden mehrmals Sachverständige für Chemie sowie für Boden- und Wasserverunreinigung zu Unfällen mit Chemikalien und Austritt von Öl in Wasser und Boden von der Landeswarnzentrale entsandt.

Im Frühjahr und Herbst führte die Donau mehrere Tage lang hohes Wasser

mit geringen Ausuferungen. Die Landeswarnzentrale und die betroffenen Bezirkshauptmannschaften waren besetzt.

Am 16. Juli 2001 ereignete sich das schwere Zugsunglück in Purkersdorf. Die Landeswarnzentrale und die Bezirkshauptmannschaft mit den Rettungsorganisationen und der Gendarmerie waren eingesetzt. Die Verletzten wurden versorgt, die Angehörigen und die Leichtverletzten sowie die anderen Opfer psychologisch betreut.

Über Auftrag des zuständigen Regierungsmitgliedes wurde ein Sicherheitsbeirat eingerichtet.

Die Aufgabe ist, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Ausbildung im Bereich „Katastrophenschutz und Krisenmanagement“ zwischen den Behörden und den Organisationen abstimmt und eine einheitliche Ausbildungsrichtlinie für die Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften, das Land und die Einsatzorganisationen unter Leitung des Landes ausarbeitet.

● **ADONIS II.** Das Bundesministerium für Inneres hat die Länder und die Blaulichtorganisationen eingeladen, sich am neuen digitalen Funknetz ADONIS II zu beteiligen.

Dieses Funknetz soll die analogen Funknetze ersetzen und erstmals die Möglichkeit bieten, dass alle daran beteiligten Behörden und Institutionen ein gemeinsames Netz für den Einsatz zur Verfügung haben und miteinander Kontakt aufnehmen können. Die Fertigstellung ist für Ende 2005 vorgesehen.

Das Land NÖ hat die Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz mit der Koordinierung und der Erstellung eines Gesamtkonzeptes für Niederösterreich beauftragt.

● **Anthrax.** Ab dem 17. Oktober 2001 wurde eine Dauererreichbarkeit der Abteilung auf Grund der Anthraxverdachtsfälle eingerichtet. In Zusammenarbeit mit dem Bundesheer, der Sicherheitsdirektion und der Sanitätsdirektion wurde ein Maßnahmenkatalog entwickelt, um bei auftretenden Verdachtsfällen sofort reagieren zu können. Alle 33 aufgetretenen Verdachtsfälle wurden geprüft, alle Proben waren negativ.

● **Katastrophenschutzverwaltungsprogramm.** Das von der Abteilung erstellte Katastrophenschutzverwaltungsprogramm wurde laufend durch neue Informationen erweitert, die notwendige telefonische Unterstützung für die Bezirkshauptmannschaften gegeben und der Zugriff auf das Programm durch andere Dienststellen des Landes hergestellt.

● **Internet.** Das Internet-Angebot der Abteilung wurde auf Grund den aktuellen Ereignissen in den USA durch die Seite „Katastrophenschutz Aktuell“ erweitert, um im Ernstfall über das Medium „Internet“ rasch Informationen an die Bevölkerung geben zu können. Wei-

ters wurde die Entwicklung ein neues Angebotes für den Bereich Katastrophenschutz begonnen.

Verwaltung der NÖ Landes-Feuerwehrschnle

Der Lehrgangsbetrieb wurde nach den von der NÖ Landesregierung genehmigten Lehrplänen durchgeführt. Die Lehrgänge wurden teilweise überarbeitet und den Ausbildungserfordernissen angepasst bzw. wurden Pilotlehrgänge gestartet. Die Verbesserung der Lehrpläne im Sinne einer praxisnahen Ausbildung wird weiterhin durchgeführt.

2001 fanden in der Landes-Feuerwehrschnle 297 Lehrgänge mit 7.368 Teilnehmern statt. Zusätzlich fanden in den Bezirken 227 Lehrgänge mit 6.960 Teilnehmern statt, die durch Personal der Landes-Feuerwehrschnle betreut wurden.

Die Betriebsfeuerwehr der NÖ Landes-Feuerwehrschnle wurde zur Unterstützung der örtlichen Feuerwehren zu 7 Einsätzen, davon 3 technischen Einsätzen und 4 Brandeinsätzen, herangezogen. Dies war insbesondere bei solchen Einsätzen der Fall, wo die erforderlichen Geräte und das entsprechend ausgebildete Personal bei den örtlichen Feuerwehren nicht vorhanden waren.

Das in der NÖ Landes-Feuerwehrschnle errichtete EDV-Netzwerk, das in das Landesnetz eingebunden ist, wurde laufend mit neuer Hard- und Software erweitert, um auch hier einen reibungslosen Ablauf des Schulbetriebes mit einer leistungsfähigen EDV zu ermöglichen. So wurde auch eine eigene Homepage der NÖ Landes-Feuerwehrschnle eingerichtet, um einerseits die Einrichtung „NÖ Landes-Feuerwehrschnle“ zu präsentieren und um andererseits auch Serviceleistungen wie z. B. freie Lehrgangsplätze den NÖ Feuerwehrmitgliedern anzubieten.

Für den projektierten Neubau der NÖ Landes-Feuerwehrschnle wurden zwei Sitzungen des Baubeirates abgehalten und nach Abschluss des Bewertungsverfahrens der angebotene Standort im Gemeindegebiet von Tulln an der Donau als der bestgeeignete ermittelt.

Angelegenheiten der Zivilen Landesverteidigung

Die Tätigkeit des NÖ Zivilschutzverbandes wurde 2001 mit € 450.571,57 (S 6.200.000,-) gefördert.

Als Folge der Zivilschutzenquête des Bundesministeriums für Inneres am 30. Jänner 1985 wurden in den Gemeinden Österreichs fortlaufend Selbstschutzzentren eröffnet, deren Aufgabe es ist, der örtlichen Bevölkerung den Selbstschutzgedanken durch laufende

Aktivitäten und Kursangebote nahe zu bringen. Die Bevölkerung soll in die Lage versetzt werden, bei Unglücksfällen und Katastrophenereignissen die Isolationsphase aus eigener Kraft möglichst ohne Schaden zu überstehen.

Im Jahre 2001 wurde die Organisation der „Sicherheits-Informationszentren – SIZ“ zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Österreichischen Zivilschutzverband neu geregelt. Vom ÖZSV wurde österreichweit eine SIZ-Homepage für alle SIZ-Gemeinden eingerichtet.

Am Pilotprojekt „Integrierte Ausbildung“ für im Katastrophenschutz tätige Vertreter von Behörden und Organisationen hat der NÖZSV in den Bezirken Baden, Gmünd und St. Pölten mitgewirkt, wo an 5 Tagen insgesamt 302 Personen beteiligt waren.

Warn- und Alarmsystem

Alle Feuerwehren des Bundeslandes Niederösterreich sind mittels Funksirenensteuerungen an das Warn- und Alarmsystem angeschlossen. Zur Verbesserung der Warnung und Alarmierung der Bevölkerung und der Hilfsdienste in Katastrophen- und Zivilschutzfällen sowie in Feuer- und Gefahrenfällen wurden 120 Stück Funksirenenzusatzempfänger bestellt, die in den Monaten Jänner/Februar 2002 ausgeliefert und finanziert werden sollen.

Die im Jahre 2000 angeschafften 147 Stück Zusatzempfänger samt Antennenmaterial wurden 2001 in Höhe von € 121.602,01. (S 1.673.280,07) ausfinanziert.

Für Reparaturen an Anlagen des Warn- und Alarmsystems sowie für Ersatzteilbeschaffungen wurden € 34.638,36 (S 476.634,24) investiert.

Einigen Gemeinden in den Bezirken Amstetten, Hollabrunn und Krems wurde der 1996 geleistete Vorfinanzierungsbeitrag in einer Gesamthöhe von € 91.567,77 (S 1.260.000,-) refundiert.

Für Reparaturen in den Bezirksalarmzentralen bzw. Modernisierung von Geberanlagen wurden € 20.643,86 (S 284.065,77) aufgewendet. Den Bezirksalarmzentralen wurden Kosten für Telefonverbindungen in Höhe von € 3.366,34 (S 46.321,80) ersetzt. An Miet- und Pachtzinsen für die Einmietung bei Sendeanlagen waren € 7.357,31 (S 101.238,75) aufzuwenden. Für das Jahr 2002 ist die Fertigstellung der Landeswarnzentrale mit Standort Tulln und St. Pölten geplant.

Der Wunsch der Gemeinden, die Beschallungsdichte zu verbessern und auch Streusiedlungen und exponierte Stellen erreichen zu können, ist nach wie vor vorhanden. Derzeit liegen 40 Ansuchen um Zuteilung eines Funksirenenzusatzempfängers auf. Auf Grund der zu erwartenden hohen Kosten für die Fertigstellung der Landeswarnzen-

trale sowie des notwendigen Austausches von veralteten Funksirenensteuerungen werden 2002 voraussichtlich keine Zusatzempfänger beschafft. Am 6. Oktober 2001 fand ein bundesweiter Probealarm statt, um einerseits die Funktionstüchtigkeit der Warn- und Alarmanlagen zu überprüfen und andererseits die Bevölkerung mit den Signalen der Zivilschutzalarmierung vertraut zu machen.

Verwaltung der Zivilschutzschule

Die jährlichen Verwaltungskosten betragen € 12.665,32 (S 174.278,60) (Energie inkl. Heizung, Reparaturen, Lehrmittel, Versicherungen, öffentliche Abgaben, Ausstattung). Die Zivilschutzschule ist hauptamtlich nicht besetzt und wird, was die Ausrichtung und Durchführung von Kursen anbelangt, vom Landessekretariat des NÖZSV in Tulln betreut.

Rechtliche Angelegenheiten der Überwachung, des Schutzes und der Sicherung der Umwelt hinsichtlich radioaktiver Verunreinigung

Es langten zahlreiche Informationen der Bundeswarnzentrale über Störfälle in ausländischen Kernkraftwerken ein. Die diesjährige Strahlenschutzübung fand am 24. Oktober 2001 statt. Die Übung hatte die Einrichtung von Dekontaminationsstellen zum Inhalt und wurde mit den in den Bezirken zur Verfügung stehenden Ausrüstungs- und Personalressourcen durchgeführt. Das Szenario wurde vom Forschungszentrum Seibersdorf in Abstimmung mit der slowakischen Nuklearbehörde erstellt, wobei auch das Kernkraftwerk Bohunice miteinbezogen war. Am Übungstag wurden die Abläufe wie in den entsprechenden internationalen Übereinkommen vorgesehen bearbeitet. Mit eingebunden waren auch die Bundeswarnzentrale und die Bundesstrahlenwarnzentrale. In den Bezirken Bruck/Leitha und Gänserndorf wurden auf Grund des Szenarios Maßnahmen zur Dekontamination von Personen, die die Slowakei verlassen, gesetzt, wobei die Bezirksverwaltungsbehörden die Einsatzleitung vor Ort durchführten. An den Grenzübertrittsstellen Berg und Marchegg erfolgte eine Erstüberprüfung der Einreisenden. Kontaminierte Personen bzw. Personen aus kontaminierten Fahrzeugen wurden zu den Dekontaminationsstationen in der Volksschule Hainburg und in der Hauptschule Marchegg

gebracht und dort genauer untersucht. Gleichzeitig nahmen Vertreter der Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz an der Übung im Kernkraftwerk Bohunice als Gäste teil. Auf Grund bilateraler Abkommen mit Tschechien und der Slowakei nehmen Vertreter der Abteilung am Expertengespräch teil.

Landeswarnzentrale

Das Projekt Landeswarnzentrale konnte vorangetrieben werden, es wurde die Ausstattung für 15 Bezirke ausgeliefert, in weiterer Folge wurde die Software für die Bereiche Feuerwehr- und Zivilschutzebene weiterentwickelt und getestet. Die Übersiedlung der Nachrichtenzentrale in die neu adaptierten Räumlichkeiten der NÖ Landesfeuerwehrschule konnte abgeschlossen werden.

Überprüfung der Subventionen für Freiwillige Feuerwehren

Die stichprobenweisen Überprüfungen der Freiwilligen Feuerwehren hinsichtlich der widmungsgemäßen Verwendung der Mittel zur Förderung von Fahrzeugen und Geräten wurden weiter durchgeführt.

Probleme 2001

Ein langjähriges Problem ist die Information und Aufklärung der Bevölkerung über das richtige Verhalten in Katastrophenfällen und Zwischenfällen im Bereich des Strahlenschutzes durch die Selbstschutzinformationszentren.

Ziele 2002

- Der technische Ausbau der Landeswarnzentrale ist abzuschließen.
- Die internationalen Kontakte betreffend nukleare Abkommen sind weiterzuführen.
- Es wird getrachtet, dass in weiteren Gemeinden Niederösterreichs Selbstschutzinformationszentren eingerichtet werden, um die Information und Aufklärung der Bevölkerung zu verbessern. Die integrierte Ausbildung der Einsatzorganisationen und Behördenvertreter am Sitz der Bezirkshauptmannschaften soll fortgeführt werden.
- Die psychosoziale Betreuung von Opfern soll weiter ausgebaut werden.
- Es ist geplant, die Katastrophenschutzübung des Landes NÖ gemeinsam mit dem Kernkraftwerk Dukovany in zumindest zwei grenznahen Bezirken durchzuführen.

Statistik 2001

Lehrgänge der NÖ Landes-Feuerwehrschule Tulln

2001 wurden in der NÖ Landes-Feuerwehrschule
 ● 297 Lehrgänge mit 7.368 Teilnehmern und
 ● 227 Lehrgänge in den Bezirken mit 6.960 Teilnehmern abgehalten.

Einsätze der Landes-Feuerwehrschule

Von der Betriebsfeuerwehr der NÖ Landes-Feuerwehrschule wurden zur Unterstützung der örtlichen Feuerwehren im gesamten Bundesland 7 Einsätze durchgeführt.

Aktivitäten des Zivilschutzverbandes

Vorträge

2-stündiger Informationsvortrag zum Thema „Selbstschutz“ bei Schülern der achten Schulstufe	
Vorträge	269
Teilnehmer	7.738
2-stündiger Informationsvortrag zu den verschiedenen Zivilschutzthemen bei Erwachsenen	
Vorträge	79
Teilnehmer	2.978
2-stündiger Vortrag zur „Erstellung von Alarmplänen in Schulen“ bei LehrerInnen	
Vorträge	7
Teilnehmer	45
2-stündiger Vortrag zur „Erstellung von Alarmplänen in Kindergärten“ bei LeiterInnen	
Vorträge	2
Teilnehmer	26

Grundunterweisungen

4-stündige Unterweisung zum Thema „Zivilschutz als umfassender Katastrophenschutz“ bei Grundwehrdienern	
Unterweisungen	72
Teilnehmer	3.345

Ausstellungen

Ausstellungen zu den verschiedenen Zivilschutzthemen	
Tage	340
Besucher	5.827
Info-Stände mit Beratung	
Tage	21
Besucher	1.110
Info-Bus und Info-Anhänger	
Tage	55
Besucher	6.940

Sonstiges

Beratungen und Kontaktgespräche (Behörden, Ämter, Privat)	
Anzahl	107
Besucher	338
Sitzungen, Arbeitstagungen, Dienstbesprechungen	
Tage	123
Besucher	1.422
Landesübung Bezirke Bruck/Leitha und Gänserndorf	
ORF-Sendungen (TV u. Radio)	8
Interviews durch Printmedien	53
Kinder-Sicherheits-Olympiade	
Bewerbe	10
Besucher	4.200
Sicherheitsquiz	
Tage	4
Besucher	5.000

ZS-Schule Horn

Selbstschutzlehrgänge	
Lehrgänge	6
Kurstage	6
Besucher	91
Fachkurse	
Lehrgänge	6
Kurstage	9
Besucher	73
Arbeitstagungen	
Lehrgänge	6
Kurstage	7
Besucher	116
Sonderveranstaltungen	
Lehrgänge	7
Kurstage	36
Besucher	214

Abteilung Gemeindeärzte

Bedingt durch die 7. Novelle des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977, LGBl. 9400, in der die Aufgaben der Gemeindeärzte demonstrativ aufgelistet und die von ihnen dafür zu erbringende Dienstzeit festgelegt wurden, nahm die Tätigkeit der Abteilung Gemeindeärzte im Bereich der Beratung, Erteilung von Rechtsauskünften und Hilfeleistungen gegenüber Gemeinden, Sanitätsgemeinden, Gemeindevertreterverbänden sowie den Gemeindeärzten beziehungsweise deren Hinterbliebenen im Vergleich zu den Vorjahren im vermehrten Ausmaß zu.

Bis 31. Dezember 2001 war dem Gemeindearzt ein besonderes Recht zur Dienstentsagung eingeräumt. Machte er hiervon Gebrauch, hatte er zwei Wahlmöglichkeiten: Er ließ sich die einbezahlten Pensionsbeiträge auszahlen oder er verlangte, dass ihm mit Errei-

chen des Pensionsantrittsalters eine Pension bezahlt wird.

Die Gewährung dieser Rechtswohlthat führte zu zahlreichen persönlichen, telefonischen und schriftlichen Anfragen bei der Abteilung Gemeindeärzte.

Im Jahr 2001 waren 372 bestellte Gemeindeärzte in Niederösterreich tätig.

Da hinkünftig keine Gemeindeärzte bestellt werden, jedoch mit einem Ansteigen der Pensionierungen bzw. Dienstentsagungen zu rechnen ist, wird die Zahl der aktiven Gemeindeärzte kontinuierlich abnehmen.

Statistik 2001

	1997	1998	1999	2000	2001
Ruhestandsversetzungen	2	3	6	11	17
Dienstentsagungen (gem. § 35)	0	1	0	0	5
Dienstentsagungen mit Pensionsanspruch	0	0	0	0	19
Neubestellungen (öffentl. rechtl. Dienstverhältnis)	7	1	7	1	0
Neubestellungen (Werkvertrag bzw. sonst. Dienstverhältnis)	0	0	0	0	61
Ruhegenussempfänger	204	189	180	182	179
Witwen-/Witwerversorgungen	217	212	219	221	211
Waisenversorgungen	19	21	19	18	19

Abteilung Personenstandsangelegenheiten

Schwerpunkte 2001

- Durchführung von Namensänderungsverfahren in II. Instanz
- Rechtsauskünfte
- Umsetzung des Kindschaftsrechtsänderungsgesetzes 2001 auf dem Gebiet des Personenstandswesens
- Aus- und Weiterbildung von Standesbeamten
- Kontrolle und Beratung der Standesämter
- Euro-Umstellung

Probleme 2001

Wie bereits in den vergangenen Jahren erforderten die überwiegend telefonisch eingeholten Rechtsauskünfte bei Fällen mit Auslandsberührung einen großen Zeitaufwand. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass mittlerweile fast jedes der 186 niederösterreichischen Standesämter bei der Beurkundung von Personenstandsfällen auch mit fremden Staatsangehörigen konfrontiert ist und sich unter anderem Informationen über

den Inhalt des anzuwendenden fremden Rechtes einholt. Andererseits schließen immer mehr österreichische Staatsbürger im Ausland die Ehe und wollen sich darüber informieren. Obwohl insbesondere bei den Fortbildungsveranstaltungen für Standesbeamte und anlässlich der Revisionen der Standesämter dem Thema „Auslandsberührung“ große Aufmerksamkeit gewidmet wurde und wird, ergeben sich nach wie vor Unklarheiten bzw. Fragen in der standesamtlichen Praxis durch das starke Ansteigen die-

ses Bereiches sowohl in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht. Die Standesbeamten fragen bei der Abteilung Personenstandsangelegenheiten immer umfangreicheres und detaillierteres Wissen auf dem Gebiet des internationalen Ehe- und Kindschaftsrechts sowie Namensrechts nach. Schwerpunkte im Jahr 2001 bildeten dabei u. a. folgende Staaten: Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Weißrussland, Russland, Ukraine, Dominikanische Republik, Thailand, Philippinen, Brasilien und Nigeria.

Auch im Jahr 2001 zeigte sich die Notwendigkeit, die Bestimmungen des Personenstandsgesetzes in jenen Fällen zu interpretieren, in denen Heiratswillige besonders ausgefallene Wünsche hinsichtlich des Ortes und der Form der Eheschließung hatten. Als Oberbehörde war es der Abteilung Personenstandsangelegenheiten ein dringendes Anliegen, in diesem Bereich aufklärend zu wirken und eindeutige Verstöße gegen die Bestimmungen des § 47 PStG aufzuzeigen, damit diese in Zukunft von den Standesämtern vermieden werden. Einen vermehrten Arbeitsaufwand durch viele telefonische Anfragen verursachte die verspätete Umsetzung des seit 1. Juli 2001 in Kraft befindlichen Kindschaftsrechts-Änderungsgesetzes 2001 auf dem Gebiet des Personenstandswe-

sens, da die Personenstandsverordnung erst im September 2001 im Bundesgesetzblatt verlautbart wurde.

Ähnliche Mehrbelastungen ergaben sich Ende des Jahres 2001 durch die verspätete Änderung des Gebührengesetzes und der Bundesverwaltungsabgabenverordnung im Zusammenhang mit der Währungsumstellung auf Euro. Im Zusammenhang mit der seit 2001 möglichen „anonymen Geburt“ ergaben sich ebenfalls Anfragen von Standesämtern, da im Personenstandsgesetz keine eigene Regelung dafür vorgesehen ist.

Ziele 2002

Weiterhin oberstes Ziel wird die Beibehaltung der hohen Qualität der Standesämter darstellen. Zur Erreichung dieses Zieles wird den Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Standesbeamte im Rahmen der NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie ein hoher Stellenwert zukommen.

Auch die gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfungen und Beratungen sämtlicher Standesämter sowohl in Rechts-, Haushalts- und Personalangelegenheiten als auch bei organisatorischen Problemen sind Beiträge der Abteilung zur

Erreichung und Sicherung der hohen Qualität der Standesämter in Niederösterreich.

Eine weitere Zielsetzung ist, den Standesämtern Hilfestellung in Fragen der Euro-Umstellung und der Änderung des Gebührengesetzes zu geben.

Statistik 2001

- 1 Ausbildungskurs für Standesbeamte inkl. Prüfungsvorbereitung (16 Teilnehmer)
 - 1 Weiterbildungsseminar für Standesbeamte (20 Teilnehmer)
 - 1 Teilnahme an Bundestagung
 - Vorträge an 4 Bezirkstagungen für Standesbeamte (insgesamt 94 Teilnehmer)
 - 60 Überprüfungen von Standesämtern (teilweise in Kombination mit Staatsbürgerschaftsevidenzstellen)
 - 18 Berufungsentscheidungen im Namensänderungsverfahren, davon wurden
 - 2 Berufungen stattgegeben,
 - 13 Berufungen abgewiesen,
 - 1 Bescheid behoben und
 - 2 Bescheide für nichtig erklärt
 - 1 Gegenschrift an den Verwaltungsgerichtshof
- ca. 2000 schriftliche und telefonische Rechtsauskünfte

Abteilung Veranstaltungsangelegenheiten

Veranstaltungswesen

Schwerpunkte 2001

- Erteilung von Veranstaltungsbewilligungen (für Kabarett- und Varietéveranstaltungen, Zirkusveranstaltungen, Tanzschulen, Theater, Schausteller, Motorsportveranstaltungen, über den Bereich einer Gemeinde hinaus erstreckende Veranstaltungen)
- Erteilung von Spielautomatenbewilligungen
- Erteilung von Genehmigungen für Veranstaltungsbetriebsstätten
- Überprüfung von Theatergebäuden und deren Betriebseinrichtungen.
- Auf Grund des NÖ Veranstaltungsbetriebsstättengesetzes sind Veranstaltungsbetriebsstätten mit Voll- und Mittelbühne oder mit besonderen technischen Einrichtungen ausgestattete Kleinbühnen bzw. Szenenflächen jährlich von der Landesregierung zu überprüfen.
- Novellierung des NÖ Veranstaltungsgesetzes, des NÖ Veranstaltungsbetriebsstättengesetzes und des NÖ Spielautomatengesetzes auf Grund der Euro-Einführung (Festsetzung der in

den Gesetzen enthaltenen Geldbeträge in Euro)

- Weiterführung der Novellierungsarbeit hinsichtlich
 - des NÖ Veranstaltungsgesetzes und
 - des NÖ Veranstaltungsbetriebsstättengesetzes.

Auf Grund des technischen Fortschrittes ist eine Novellierung erforderlich.

- Erstellung einer Novelle zum NÖ Spielautomatengesetz
- Kontaktpflege mit den Interessenvertretungen

Probleme 2001

Nach wie vor wird immer wieder versucht, entgegen den Bestimmungen des NÖ Spielautomatengesetzes Geldauszahlungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Automaten durchzuführen. In den bekannt gewordenen Fällen wurden Strafverfahren eingeleitet.

Neue Veranstaltungsformen (Eventparks, Kombination verschiedener Veranstaltungsarten usw.) und nicht mehr zeitgemäße gesetzliche Bestimmungen führen zu aufwendigen und komplizierten Bewilligungs- bzw. Betriebsstättengenehmigungsverfahren.

Ziele 2002

- Die Arbeiten zur Novellierung des NÖ Veranstaltungsgesetzes und des NÖ Veranstaltungsbetriebsstättengesetzes werden weitergeführt und sollen (gemeinsam mit dem NÖ Lichtschauspielgesetz) zum Abschluss gebracht werden. Die Bestimmungen müssen an den technischen Fortschritt angepasst und sollen auch vereinfacht werden.
- Die technischen Neuerungen im Bereich des Spielautomatensektors haben eine Novellierung des NÖ Spielautomatengesetzes erforderlich gemacht. Die Novelle wurde ausgearbeitet, soll jedoch nochmals überarbeitet werden.

Statistik 2001

Aufrechte Bewilligungen für das Jahr 2001 nach dem NÖ Veranstaltungsgesetz:

Theaterbewilligungen	61
Tanzschulbewilligungen	41
Kabarett- und Varieteebewilligungen	76
Zirkusbewilligungen	-14
Schaustellerbewilligungen	158

Bewilligungen für die Aufstellung von Spielautomaten:	
Spielautomaten	1.899
Sitzungen des Spielautomatenbeirates	6
Aufsteller	121
Bewilligungen für Motorsportveranstaltungen	79
Bewilligungen für diverse andere Veranstaltungen	72

Lichtschau-spielwesen

Schwerpunkte 2001

- Erteilung von Lichtschau-spielbewilligungen
- Genehmigung von Neu-, Zu- und Umbauten von Betriebsstätten und -einrichtungen
- Überprüfung von Betriebsstätten und -einrichtungen in fünfjährigen Abständen nach dem NÖ Lichtschau-spielgesetz
- Novellierung des NÖ Lichtschau-spielgesetzes auf Grund der Euro-Einführung (Festsetzung der im Gesetz enthaltenen Geldbeträge in Euro)
- Auf Grund des technischen Fortschrittes ist auch eine Novellierung des

NÖ Lichtschau-spielgesetzes (wie auch des NÖ Veranstaltungsgesetzes und NÖ Veranstaltungsbetriebsstättengesetzes) erforderlich: Die Novellierungsarbeiten wurden fortgesetzt.

- Filmbewertung
- Mitarbeit in der Gemeinsamen Filmbewertungskommission der Österreichischen Bundesländer bei der Begutachtung eingereicherter Filme auf ihren kulturellen Wert
- Jugendschutz bei Filmen
- Zulassung von Filmen, die zur öffentlichen Vorführung vor Kindern oder Jugendlichen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr bestimmt sind; Mitarbeit in der Jugendfilmkommission des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Ziele 2002

- Schutz der Jugend vor Filmen mit schädlichem Einfluss durch Anwendung strenger Maßstäbe im Rahmen der Jugendfilmkommission
- Die Arbeiten zur Novellierung des NÖ Lichtschau-spielgesetzes werden weitergeführt und sollen zum Abschluss gebracht werden.

Statistik 2001

Bewilligungen nach dem NÖ Lichtschau-spielgesetz	
Lichtschau-spielbewilligungen	119
Kinobetriebsstättengenehmigungen	91
Stillgelegt	28
Bewilligungen für fallweise Vorführungen im Freien	18

Begutachtungen

Der Gemeinsamen Filmbewertungskommission der Bundesländer wurden im Jahr 2001 insgesamt 131 Filme vorgeführt. 16 Filmen wurde das Prädikat „Besonders wertvoll“ verliehen, 19 Filme erhielten das Prädikat „Wertvoll“ und 39 Filme das Prädikat „Sehenswert“, 57 Filme erhielten kein Prädikat. 2001 wurden 203 Zulassungsbescheinigungen ausgestellt, aus welchen die Einstufung der betreffenden Filme hinsichtlich ihrer Jugendzulässigkeit zu ersehen ist.

Denkmalpflege

Positiv erledigte Subventionsansuchen	
Bürgerhäuser	10
Schlösser, Ruinen, Burgen, Stadtmauer	24
Kirchen, Kapellen, Pfarrhäuser	98
Orgelrestauration	4
Stifte, Klöster	10
Statuen, Wegkreuze, Säulen, Gemälde	15
Marterl, Bildstöcke	0
Fassadenaktionen	4
	165

Lebensbegleitendes Lernen

Das Forum Erwachsenenbildung Niederösterreich (kurz F. E. N.), die bisherige Arbeitsgemeinschaft niederösterreichischer Träger der Erwachsenenbildung, hat sich als Verein konstituiert. Die Internet-Datenbank Bildungsinfo Niederösterreich wird mit finanzieller Unterstützung des Landes und unter Projektleitung des F. E. N. neu gestaltet und weiterentwickelt. Diese neue Datenbank soll Teil eines Verbundes Ostregion (Wien, Niederösterreich und Burgenland) sein.

Folgende Träger der Erwachsenenbildung in Niederösterreich wurden 2001 gefördert: Verband der NÖ Volkshochschulen, NÖ Bildungs- und Heimatwerk, Volkswirtschaftliche Gesellschaft Niederösterreich, Katholisches Bildungswerk St. Pölten, Katholisches Bildungswerk Wien, Katholische Frauenbewegung St. Pölten, Katholisches Familienwerk St. Pölten, Evangelisches Bildungswerk Niederösterreich.

Im Bereich des Bibliothekswesens wurden im Jahr 2001 zahlreiche öffentliche Gemeinde- und Stadtbüchereien, die Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung in NÖ sowie über die Förderung der Diözesanen Büchereistelle St. Pölten und des Kirchlichen Bibliothekswerks der Erzdiözese Wien Pfarrbüchereien mit öffentlichem Zugang gefördert. Besonderes Augenmerk liegt dabei in der Unterstützung der Büchereien in ihrem Anpassungsprozess an die verschiedenen neuen Zugänge zu Wissen durch Datenbanken, Informationsnetzwerke und Internet.

Franz-Stangler-Gedächtnispreis

Der Franz-Stangler-Gedächtnispreis 2001 wurde als Kulturpreis an folgende Persönlichkeiten vergeben:

- Prof. Josef Freihammer, Würdigungspreis
- Eva Gaspar, Anerkennungspreis
- Mag. Rudolf Strümpf, Anerkennungspreis

Musik

Musikschulmanagement Niederösterreich

Rechtsträger: Volkskultur Niederösterreich BetriebsGmbH.

Förderung

- Softwareentwicklung, Eingabe aller Stammdaten: Schulträger und Lehrer
- Vorbereitung, Betreuung und Abwicklung der NÖ Musikschulförderung 2001 und Vorbereitung der NÖ Musikschulförderung 2002

Musikschulgesetz

- Mitwirkung bei der Erstellung des Musikschulplans 2001, Verhandlungen nach Richtlinien des Musikschulbeirats für das Kalenderjahr 2002: 6 Informationstage des Musikschulmanagement Niederösterreich in den einzelnen Musikschulregionen Mai 2001, Einzelbetreuung von Gemeinden vor Ort nach Bedarf
- Kontrolle der Musikschulstatuten
- Statistik

Pädagogik

- Einzelberatung- und -betreuung bei Bedarf durch das Büro Atzenbrugg
- Bildung von Arbeitskreisen: Leiterfortbildung und Blasmusikwesen

Projekte

- Jugendsymphonieorchester
- Wettbewerbe: *Prima La Musica* März 2001, Rock- und Jazz-Band-Wettbewerb Juni 2001 und Volksmusikwettbewerb Oktober 2001
- Fortbildung: siehe Kalendarium 2001 – ab Herbst 2002 Kalendarium für das gesamte Schuljahr
- Evaluierungen: *Prima La Musica* und Musikschullehrerfortbildung

Öffentlichkeitsarbeit

- Neukonzeption einer Homepage
- Herausgabe der Zeitschrift *musikinfo*, 4x jährlich, derzeitige Auflage: 4000 Stück
- Pressedienst

Kooperationen

Universität für Musik und darstellende Kunst Wien, Musikschulwerke der Bundesländer, Mitglied in der KOMU, AGMÖ, Landesschulrat für Niederösterreich, Pädagogisches Institut, Verein *Musikschulmanagement Niederösterreich*, NÖ Blasmusikverband, musik ak-

tuell, Universal Edition, Muisches Schulungszentrum Schloss Zeillern u. a. Das *Musikschulmanagement Niederösterreich* betreut als Geschäftsstelle den Musikschulbeirat – der Musikschulbeirat ist im § 11 des NÖ Musikschulgesetz 2000 verankert: Einladungen, Vor- und Nachbereitung der Sitzungen, Erstellen der Unterlagen und Verfassen der Protokolle.

Das *Musikschulmanagement Niederösterreich* betreut als Geschäftsstelle weiters den Landesfachbeirat Musik der Jugend – *Prima La Musica*.

Blasmusik

In Niederösterreich gibt es insgesamt 463 Kapellen mit 19.234 aktiven Musikern; ca. 43 Prozent jugendliche Musiker.

Den 25.600 Proben stehen 12.110 Aufführungen und Ausrückungen gegenüber.

253 Kapellen besitzen eigene Musikheime.

NÖ Tonkünstlerorchester

79 Konzerte in Niederösterreich, 13 Sonntagnachmittagskonzerte, 7 Konzerte für den ÖGB, 15 diverse Konzerte in Wien, zwei Konzerte in den Bundesländern, 224 Proben. Insgesamt 340 Dienste.

Zeitgenössische Musik

Im Auftrag des Landes NÖ erfolgt seit 1996 durch die „Musikfabrik Niederösterreich“ jährlich die Programmgestaltung und Koordination der Veranstaltungsreihe „Musik aktuell“, die sowohl seitens des Bundes gefördert als auch durch Sponsoring unterstützt wird.

Deren Vorstand sowie ein künstlerischer Fachbeirat wählen alljährlich einen „Artist in Residence“ (2001: Christian Kolonovits) sowie ein künstlerisches Jahresmotto aus (2001: „Die geheime Liebe der E-Musik zur U-Musik“).

In rund 50 Veranstaltungen/Konzerten, darunter auch Vermittlungs- und Seminarprojekte wie das Schulprojekt „Klangnetze“, ein Symposium zum Jahresthema sowie die beiden Jazzakademien Zeillern und Scheibbs, wurde erneut erfolgreich bewiesen, auch in sämtlichen Regionen Niederösterreichs eine Auseinandersetzung mit anspruchsvoller zeitgenössischer Musik unterschiedlichster Genres (E-Musik zeitgenössischer Komponisten, Jazz, Cross-over, neue Volksmusik u. a.) anregen zu können.

Zusätzlich bietet der Katalog „CD-Club Musik aktuell“ eine Vertriebshilfe für Tonträger lebender Komponisten an, aus dem Interessenten neuer Musik 2001 bereits zwischen 26 verschiedenen CDs von NÖ Künstlern mit Musik des 20. Jahrhunderts auswählen konnten.

Darüber hinaus ermöglichten die Fördermittel für zeitgenössische Musik:

- die direkte Förderung von NÖ Komponisten in Form von Kompositionsaufträgen,
- Livekonzerte zeitgenössischer Musik in NÖ und/oder durch NÖ Künstler,
- die Unterstützung von Ensembles, die sich der Aufführung zeitgenössischer Werke widmen, die Aktivitäten der Interessengemeinschaft NÖ Komponisten.

Kulturpreise für Musik

- Herbert Lauerer, Würdigungspreis
- Dr. Leo Brauneis, Anerkennungspreis
- Julia Purgina, Anerkennungspreis

Bildende Kunst (inklusive Fotografie und Neue Medien)

Im Sachbereich Bildende Kunst wurden zahlreiche Ankäufe zur Vervollständigung der Kunstsammlung des Landesmuseums sowie zur Bestandsergänzung der geplanten Artothek durchgeführt. Weiters wurden Finanzierungsträger für Aktivitäten von Kunstvereinen, Ausstellungen und Initiativen im Bereich der Kunstvermittlung sowie für Projekte niederösterreichischer Künstler vergeben, wie zum Beispiel: Kunsthalle Krems, NÖ Dokumentationszentrum für Moderne Kunst, Fotoinitiative FLUSS, Galerie Stadtpark, Galerie Göttlicher, Viertelsgalerien...

Im Herbst 2001 wurden das Karikaturmuseum Krems und die Kunstmeile Krems eröffnet. In den Atelierwohnungen in Krems waren Künstler aus Europa, USA, Kanada und Asien zu Gast, wobei im Gegenzug niederösterreichische Künstler von ausländischen Institutionen eingeladen wurden. In Zusammenarbeit mit der NÖ Museumsbetriebsgesellschaft wurden grundlegende Vorarbeiten in den Bereichen Landesmuseum und Artothek geleistet.

Kunst im öffentlichen Raum

Im Mai 2002 erscheint der 6. Band der Publikationsreihe „Öffentliche Kunst. Kunst im öffentlichen Raum in NÖ“ im Springer-Verlag (eine Dokumentation über 2 Jahre Tätigkeit). Außerdem arbeiten wir an einem (fernsehtauglichen) Dokumentationsfilm über Kunst-im-öffentlichen-Raum-Projekte in Niederösterreich als zusätzliche Werbeschiene der be-

reits bestehenden Marketingkonzepte. Weiters wird es ein internationales Symposium im Stift Melk zum Thema „Erinnerung und Denkmal“ geben, zahlreiche Eröffnungen und die Fertigstellung des Archivs. Die Aufarbeitung des Depots (Entwürfe, Modelle) wird im Herbst 2002 anlaufen.

Kulturpreise für bildende Kunst

- Elke Krystufek, Würdigungspreis
- Agnes Fuchs, Anerkennungspreis
- Petra Maitz, Anerkennungspreis

Kulturveranstaltungen

- Allentsteig, Kulturkino Allentsteig, Kulturprogramm
- Bad Fischau, Verein Kulturvernetzung Industrieviertel
- Bad Fischau-Brunn, Forum Bad Fischau-Brunn, Blau Gelbe Viertelsgalerie, Jahresprogramm
- Bad Großpertholz, Kulturveranstaltungen zum Gemeindejubiläum
- Berndorf, INK – Initiative zur regionalen Förderung neuer Kunst und Kultur „Kulturherbst“
- Berndorf, Veranstaltungen zum Jubiläum „100 Jahre Stadt Berndorf“
- Bruck/Leitha, „Kulturinitiative Freiraum“, Projekte „Kulturfrühling 2001“ und „Musikherbst 2001“
- Diendorf/Kamp, Verein ALHAMBRA
- Eichgraben, Verein für Kunst und Kultur Eichgraben, „Ausstellungstätigkeit 2001“
- Fels/Wagram, Verein Freunde des Schlosses Thürnthal, Projekt „Ypsilanti“
- Gänserndorf, Verein „Kultur in Gänserndorf“, „Sommerzene Gänserndorf 2001“
- Großkrut, Tourismusverein Großkrut, „Kultur am Kapellenberg“
- Gumpoldskirchen, kulturelles Programm und Aufrechterhaltung des Spielbetriebes im Biegler-Christine-Haus – Musikwirthaus zum Schwarzen Adler
- Hatzenbach, Verein Kunststall, Projekt „Elementar“
- Hochneukirchen, Projekt „Mumyua-Festival“
- Hollabrunn, Sommerfestival
- Horn, Kunstverein Horn, Jahresprogramm
- Katzelsdorf, „Kulturzentrum Schloss Katzelsdorf“, Zusatzinvestitionen (ECO-Plus)
- Klosterneuburg, Stiftsmuseum, Veranstaltung „Fest der Jahrhundertwende 5. und 6. Mai 2001“
- Kulturinitiative Weinsbergerwald, Jahresprogramm 2001
- Lunz, Verein „Lunzer Sommerspiele“, Programm 2001 und Graffiti-Workshop
- Mauthausen Aktiv – Österreich, Jugendbegegnungen Mauthausen 2001, Veranstaltung „Denk-mal! – weil es unsere Zukunft ist“

- Mistelbach, Verein Kulturvernetzungsstelle Weinviertel
- Mistelbach, Verein zur Förderung der Kulturszene Mistelbach, „Sommer im Park 2001“
- Neudorf, Verein, Projekt „aufmüpfig & angepasst – Kultur im Schloss Kirchstetten 2001“
- Neuhofen/Ybbs, Kultur und Tourismusverein „Ostarrichi“, Jahresprogramm 2001 und Projekt „natur2“
- Neulengbach, Kulturveranstaltungen
- Prellenkirchen, Kulturprogramm
- Rappottenstein, Verein der Freunde der Burg Rappottenstein, Aktivitäten
- Rosenberg, Verein zur Förderung der Kultur im mittleren Kamptal, Kerzenlichtkonzerte 2001 auf Schloss Rosenberg
- St. Pölten, Kulturplattform, 8. St. Pöltner Höfefest
- Traismauer, Jahresprogramm „Kulturzyklus 2001“ im Schloss
- Waidhofen an der Ybbs, Ybbstalfestival/Sommerarena
- Waidhofen/Thaya, „Waldviertel-Festival mitanaund“
- Waidhofen/Thaya, Hobby Sportverein Hollenbach, Projekt „stonerun“
- Waidhofen/Thaya, Kulturveranstaltungen 2001
- Waidhofen/Thaya, Verein Kulturvernetzung Waldviertel
- Waidhofen/Ybbs, Verein Kunstbank Ferrum – Kulturvernetzung Mostviertel
- St. Pölten, Betriebsseelsorge St. Pölten, Projekt „Friends 2001“
- Weißenkirchen, „Glatt & Verkehrt im Teisenhofer Hof Weißenkirchen“
- Aspang, Verein „Kultur am Wechsel“ Projekt „Marienseer Kultursommer 2001“
- Idolsberg, Verein Alte Schule, „Idolsberger Musiksommer 2001“
- Langenzersdorf, „KunstMühle – Creatives Zentrum Langenzersdorf“, Projekt „Stürmische Zeiten, 8. Langenzersdorfer Kellerfestival“
- Sitzendorf/Schmida, „11. Sitzendorfer Kulturtag“
- Schrems, Kunstforum Waldviertel, Jahresprogramm 2001
- Hohenberg, Kulturbassena Hohenberg, „Kunst und Kulturtag 2001“
- Sonntagberg, Kinderkulturtag 2001
- Mödling, Ges. n. b. R. „ARGE Collection“, „Kunst rund um den Leuchtturm“
- Tourismusverein Schönberg am Kamp, 24. Schönberger Bauernmarkt
- Wieselburg, Verein „HALLE 2, Initiative für Zeitkultur – Kommunikationswerkstatt“, Projekt „Frische Sommerkultur Wieselburg“
- Fratres, „Kultursommer 2001 – Österreichische Literatur, Malerei und Musik des 20. Jahrhunderts“
- Krems, Bühne frei – Kulturinitiative, „Projekte A-Z“
- Retz, Verein zur Durchführung von EU-Gemeinschaftsinitiativen „LEADER Koordinationsstelle – Ökoregion Retzer Land“
- Korneuburg, NÖ Kinderwelt Korneuburg, 1. Korneuburger Kinderfestival

- St. Pölten, Verein zur Förderung christlichen Lebens, „Buch und Bild 2001“
- Tullnerbach, „Verein zur Förderung von Kultur – SEHWIRT“
- Drosendorf-Zissersdorf, Kinderworkshopprojekt „Zirkusluft in Drosendorf“
- SOS-Kinderdorf Wienerwald Hinterbrühl, Musikveranstaltungen
- Gars am Kamp, Regionalförderung – EURO-Fit Projekt „Attraktivierung – Opern Air Gars – 1. Ausbaustufe“
- Horn, GlobArt, Projekt „Connecting Arts and Sciences“, 2001
- Kultur- und Museumsverein Matzen, Projekt „Denkmal für Abt Nikolaus Seyringer“
- Tulln, Tullnerfelder Kulturverein, „Arcadia Ensemble“, „Ausstellung Prof. Kies“ und „Herbstrockfest Grünzweig und Doctors“
- Tourismusverein Echtsenbach, 4. Waldviertler Dorfspiele
- Wolkersdorf, Forumschlosswolkersdorf, Jahresprogramm
- Herrnbauergarten, Verein zur Verwertung von Gedankenüberschüssen, Kulturprogramm

Ausstellungen

- Altenburg, Benediktinerstift, Ausstellung „Fundort Kloster“
- Amstetten, Ausstellung „Bruno Kreisky. Seine Zeit und mehr.“
- Benediktinerstift Melk, Dauerausstellung
- Benediktinerstift Melk, Dauerausstellung
- Eureka Projektmanagement GesmbH, Dauerausstellung „Koryphäum“
- Kulturpark Eisenstraße-Ötscherland, Einrichtung eines regionalen Leit- und Informationssystems
- Kulturpark Eisenstraße-Ötscherland, Projekt „Treffpunkt Eisenstraße 2001“
- Künstlergemeinschaft Westliches Weinviertel, Jahresprogramm 2001
- Libowitzky Mag. Herwig, Ausstellung „Die Alpen“ (Schloss Gutenstein)
- Lilienfeld, Sonderausstellung „CISTO 2002“ anlässlich der 800-Jahr-Feier des Stiftes Lilienfeld
- Marchfelder Schlösserverein; Ausstellung in Schlosshof
- Mauerbach, Verein zur Förderung der Baudenkmalpflege, Ausstellung „Das Geheimnis im Stein“
- Neuhofen a. d. Ybbs, Jahresprogramm 2001, Sonderausstellung „Die Habsburger zwischen Rhein und Donau“
- NÖ Dokumentationszentrum für Moderne Kunst, Ausstellung „Zeitgenössische chinesische Tuschmalerei und Skulptur“
- Österreichische Verein für Ost- und Zentralasien, Ausstellung „Dschingis Khans Erbe 2001“
- Seitenstetten, Stift, Sonderausstellung „Kremser Schmidt – Symbolist im Hell und Dunkel“, 2. Tranche

- Seyler-Kejda Marielis, Ausstellung in der Galerie Apicella-B. in Köln
- St. Benedikt, Bildungszentrum, Ausstellung „EXODUS – Menschen auf der Flucht“
- Strasshof an der Nordbahn, Jahresprogramm „Kultur 2001“
- Studentenverbindung Austria-Wien, Ausstellung „Für Staat und Kirche zum Tode verurteilt“
- Tulln, Sonderausstellung „Alfons Walde“
- Verein Klösterreich, Ausstellung „Orte der Spiritualität“
- Waidhofen/Ybbs Kulturamt, Ausstellungen 2001
- Weitra, Verein zur Dokumentation der Zeitgeschichte, Ausstellung „Konfrontation – Kultur und Ideologie“

Museen und Sammlungen

Seit der mit Beschluss vom 6. Juli 1999 durch die NÖ Landesregierung erfolgten Bestellung des Gutachtergremiums für den Bereich Museen und Sammlungen wird die Beurteilung der Einreichungen von diesem durchgeführt, wobei dieses Gremium die Unterstützungswürdigkeit einzelner Projekte überprüft, prinzipielle Richtlinien für Förderungen erarbeitet und entsprechende Empfehlungen abgibt. Die Bearbeitung obliegt der Volkskultur Niederösterreich Betriebs GmbH, Atzenbrugg.

Diesem ersten Gutachtergremium, dessen Bestellungszeit mit Ende 2001 auslief, gehörten folgende Personen an: Architekt Dipl.-Ing. Gerhard Lindner (Architektur, Museumsgestaltung), HR Prof. Dr. Hermann Steininger (Heimatsforschung, Museumswesen), Univ.-Prof. Dr. Fritz Steininger (Naturkunde), Univ.-Prof. Dr. Olaf Bockhorn (Volkskunde), Univ.-Ass. Dr. Andrea Komlosy (Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte), Dipl.-Ing. Hellmut Janetschek (Technik in den Museen), Gisela Settele (Museumsleiterin), HR Dr. Gottfried Stangler (Abteilung Kultur und Wissenschaft, Vorsitz), HR Dr. Andreas Kusternig (Abteilung Kultur und Wissenschaft, beratendes Mitglied), GF Dr. Edgar Niemecek (Volkskultur Niederösterreich Betriebs GmbH, beratendes Mitglied) und Mag. Ulrike Vitovec (beratendes Mitglied und Protokoll).

Im Jahre 2001 konnten durch das Gutachtergremium 34 Projekte positiv beurteilt werden.

Allgemeine kulturelle Aktivitäten

Das NÖ Kulturförderungsgesetz 1996 hat die Förderung kultureller Prozesse in der Landeshauptstadt versus die Förderung kultureller Prozesse in den Regionen des Landes als ein zu berücksichtigendes Spannungsfeld ausgewiesen.

Bewahren der Balance, Ausgleich der Interessen und das notwendige Augenmaß sind vitale Prinzipien für eine fruchtbare Kooperation.

Zielsetzung ist, im eigenen Lebensbereich, quasi vor der Haustüre, Kunst und Kultur als Aktivist oder Rezipient in Sinn stiftender Art wahrnehmen zu können.

Ein vielfältiges Kulturangebot konnte auf diese Weise ermöglicht werden und bewirkte einen Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität in den Regionen.

Zur internen, selbstverwaltenden Koordination wurde in jedem Landesviertel eine „Kulturvernetzungsstelle“ eingerichtet, die den zahlreichen lokalen Initiativen gewünschte Hilfestellungen gibt und den Informationsaustausch fördert. 2001 hat sich das kreative Potential in den Landesvierteln durch regelmäßige „Viertelsfeste“ einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

NÖ Landesausstellung

Im Jahr 2001 wurde die NÖ Landesausstellung an zwei Ausstellungsorten gezeigt, in Schloss Ottenstein „Sein & Sinn“ und in Schloss Waldreichs „Burg & Mensch“. Insgesamt haben 192.947 Besucher beide Ausstellungsteile gesehen. Begleitend zur NÖ Landesausstellung haben an jedem 1. Wochenende im Monat Experimentalarchäologen in anschaulichen Vorführungen mit jahrtausende alten handwerklichen Techniken (Bogenschießen, Speerschleudern, Brotbacken im jungsteinzeitlichen Lehmbackofen und textilen Techniken wie Spinnen und Weben, Leder gerben, Schmiedearbeiten am offenen Feuer u. v. m.) das Publikum erfreut. Auch wurde eine Steinzeit- und Knochenwerkstatt eingerichtet.

Als besonderer Schwerpunkt zum Ausstellungsteil „Burg und Mensch“ hat am 30. Juni in Kooperation mit der Aktion „Natur im Garten“ auf Burg Rappottenstein ein „Mittelalterliches Gartenfest“ und am 1. Juli in Schloss Waldreichs „Abenteuer Burg“ mit Burgleben und Ritterspielen stattgefunden.

Weitere Begleitaktivitäten wurden aus der Region (z. B. das Waldviertel-Festival) veranstaltet. Gemeinsam mit der HBLA Krems wurde ein Waldviertel-Dress kreiert.

Ab 2001 wird die Landesausstellung wieder im 2-Jahres-Rhythmus veranstaltet.

Die Vorbereitungen für die Landesausstellungen 2003 (Reichenau) und 2005 (Schloss Kleinwetzdorf) laufen planmäßig.

Schallaburg

Im Jahr 2001 fand auf der Schallaburg die große Ausstellung „Geheimnisvolle Welt des Alten Tibet“ statt. Sowohl beim Publikum als auch bei den Medien war die Resonanz sehr groß. So haben

134.195 Besucher die Ausstellung gesehen.

Als Sonderausstellungen waren „Tibetische Kunst aus österreichischen Privatsammlungen“ und „Der Heilende Buddha“ zu sehen. Als Rahmenprogramm wurde ein Tibet-Festival veranstaltet. Besonders erfolgreich waren das große Spielefest („Osmanisches Turnier“) im September mit 6.758 Besuchern und der nunmehr schon traditionelle Schallaburger Advent (Gastregion „Mähren“) am 15. und 16. Dezember 2001 mit 5.114 Besuchern.

Museumspädagogik

Sowohl bei der NÖ Landesausstellung 2001 im mystischen Waldviertel „Sein & Sinn, Burg & Mensch“, die in den Schlössern Ottenstein und Waldreichs stattfand, als auch bei der Tibet-Ausstellung auf der Schallaburg wurde den jungen Besuchern und Schulklassen ein umfangreiches museumspädagogisches Programm angeboten.

NÖ Landesmuseum

Planung des Neuen Landesmuseums in St. Pölten

Die zentrale Aufgabe in Bezug auf das NÖ Landesmuseum ist seit der Beschlussfassung des Landtages über den Museumsneubau in St. Pölten im Herbst 1997 und der Beschlussfassung des Baubeauftrag über den neu erarbeiteten Vorentwurf im März 1998 die Planung des Neuen Landesmuseums gemeinsam mit dem Architekten Prof. Hans Hollein und der NÖPLAN als Errichtungsgesellschaft.

Im Zusammenhang mit der Planung stehen die Aufgaben der organisatorischen Neustrukturierung des Landesmuseums, der Neuinventarisierung und wissenschaftlichen Bearbeitung der Sammlungsbestände, insbesondere der naturkundlichen und kunsthistorischen Sammlungen, auf denen das Neue Landesmuseum in St. Pölten aufbauen wird. Im Bereich der Kunstsammlungen wurde der bedeutende Bestand von Werken des Künstlers Friedrich Gauermann wissenschaftlich bearbeitet und als Kooperation zwischen NÖ Landesmuseum (NÖ Museum BetriebsgesmbH.) und Kunsthalle Krems in Krems ausgestellt, um die Existenz und Bedeutung der Kunstsammlungen im öffentlichen Bewusstsein präsent zu erhalten.

Außenstellen

Afrikamuseum; Marchegg

2.543 Besucher.

Fischerei- und Donaumuseum; Schloss Orth/Donau

3.048 Besucher. Sonderausstellung „Scheuer Gast in rauher Schale – die europäische Sumpfschildkröte“ (8. 4.–15. 11. 2000) in Kooperation mit dem Biozentrum des OÖ Landesmuseums, dem Institut für Zoologie der Universität Wien sowie dem Nationalpark Donauauen. Für diese Ausstellung wurde ein mehrseitiger Folder aufgelegt.

Barockmuseum, Heiligenkreuz-Gutenbrunn

1.097 Besucher. Mit Ende der Saison 2001 wurde das NÖ Barockmuseum auf Dauer geschlossen. Die Barocksammlung des NÖ Landesmuseums wird ab Herbst 2002 im neuen Landesmuseum in St. Pölten zu sehen sein. Auch weiterhin werden im Festsaal des Schlosses Heiligenkreuz-Gutenbrunn alljährlich Konzert-Matinee veranstaltet werden.

Anton-Hanak-Museum, Langenzersdorf

2.005 Besucher. Vom Museumsfreunde-Verein wurden Vorträge, Konzerte und Sonderführungen veranstaltet.

Wachau-Museum, Weißenkirchen/Wachau

3.057 Besucher.

Haydn-Geburtshaus Rohrau/Leitha

7.498 Besucher.

Sonderausstellungen in Niederösterreich

● „Die Gegend um Wr. Neustadt in der Landschaftsmalerei des 20. Jahrhunderts – aus den Beständen des NÖ Landesmuseums“ (Stadtmuseum Wr. Neustadt, 26. 4.–30. 9. 2001), 4.192 Besucher

● „Friedrich Gauermann“ (Kunst-Halle-Krems, 14. 10. 2001–17. 2. 2002), bis zum 16. 1. 2002 10.309 Besucher

● „Heilpflanzen im Alltag“ (Museum für Frühgeschichte, Traismauer; 28. 4. bis 28. 10.), ca. 4.000 Besucher

● „Gewürze“ (Museumsdorf Krumbach; 28. 4.–1. 7.), ca. 1.500 Besucher

● „Pflanzen der Bibel“ (Altes Gemeindehaus Annaberg; 30. 6.–1. 9.), ca. 550 Besucher

Ausstellungsbrücke St. Pölten

Ausstellungen

- Tatjana Rybkina (29. 5.–7. 7. 2001)
- Alois Junek (24. 7.–8. 9. 2001)
- Bilder wunder Kinder (24. 9.–17. 11. 2001)
- Fotoklub ZPV (29. 11.–14. 12. 2001)
- Ottmar Mathes (18. 12. 2001–12. 1. 2002)

Konzerte

● Cool Men Blues Company am 6. 9. 2001

NÖ Museum für Rechtsgeschichte, Pöggstall

7.089 Besucher. Die bereits 2000 gezeigte Sonderausstellung: „Das endgültig verlorene Paradies – Ein Blick in die Londoner Verbrecherwelt des 18. Jahrhunderts“ war auch 2001 vom 1. April bis 31. Oktober 2001 zu sehen.

Museum für Frühgeschichte, Traismauer

4.149 Besucher. Sonderausstellung: „Heilpflanzen“, Mai bis November 2001.

Museum für Urgeschichte, Asparn/Zaya

26.518 Besucher. Führungen im Freilichtmuseum, Töpfer-, Spinn- und Webkurse sowie Backen von Fladenbrot nach urzeitlichen Methoden. Laufend werden bei verschiedenen Seminaren archäologische Experimente durchgeführt, wie Kupfer- und Eisenverhüttung, Holz- und Steinbearbeitung, Textilerzeugung sowie Färben von Wolle mit Naturfarben. Der Anbau von urgeschichtlichen Getreidearten und von Färbepflanzen wurde fortgesetzt. Auch die Lehrveranstaltung der Universität Wien „Experimentelle Archäologie“ fand wieder hier statt, heuer erstmals auch ein Seminar der Universität Freiberg. Das Keltenfest mit dem Höhepunkt einer keltischen Reitertruppe verlief überaus erfolgreich.

Im Bereich der ur- und frühgeschichtlichen Landesarchäologie wurde die Funddatenbank weitergeführt. Die Planungsphase für die Neueinrichtung der Dauerausstellung ist wesentlich fortgeschritten. Die Neuzugänge an Funden wurden vorinventarisiert.

In der Fotothek wurden ca. 1.000 Diapositive als Neuzugänge inventarisiert.

Die Neuaufstellung der Schausammlung wurde im 1. Stock weitgehend abgeschlossen.

Alpengarten, Reichenau/Rax

1.725 Besucher. Wie schon in den vergangenen Jahren standen den Besuchern auch im Jahr 2001 an Wochenenden Botaniker für fachkundige Auskünfte zur Verfügung.

Naturwissenschaften

Die wissenschaftliche Sichtung und Neubearbeitung dieser naturwissenschaftlichen Sammlung wurde – unter anderem für die Erstellung „Roter Listen“ und zur Biodiversitätsforschung in Niederösterreich – fortgesetzt. Das Herbarium wurde um rund 1.200 Belege, die Handbibliothek um 160 Bücher und 150 Sonderdrucke, die Fotothek um 120 Dias

erweitert. Fotothek und Bibliothek werden in zunehmendem Ausmaß von verschiedenen Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung genutzt.

Zur Ergänzung der Sammlungen und im Hinblick auf das neue Landesmuseum in St. Pölten konnten eine Reihe von wertvollen Objekten vor allem aus dem Bereich Erdwissenschaften und Zoologie, so z. B. Großpräparate von Säugetieren sowie verschiedene Modelle, angekauft werden. Neben den Routinearbeiten in den Sammlungen und Außenstellen (Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten, EDV-Erfassung – die Aufnahme der erdwissenschaftlichen Sammlung mit insgesamt mehr als 20.000 Inventarnummern wurde abgeschlossen) lag der Arbeitsschwerpunkt auf der Planung des Landesmuseums in St. Pölten. Die Detailplanung und Objektauswahl konnte weitgehend abgeschlossen werden. In der naturwissenschaftlichen Präparation wurden 24 Neupräparate hergestellt und 73 Objekte restauriert.

Der 14. Band der „Wissenschaftlichen Mitteilungen aus dem NÖ Landesmuseum“ mit 17 Originalarbeiten und einem Umfang von 220 Seiten wurde publiziert, Band 15 ist in Vorbereitung. Die Räumung des Jagdmuseums in Marchegg wurde abgeschlossen, ab November wurde dort auch das Afrikamuseum geräumt und die Objekte ins Depot Hainburg übersiedelt, was eine grundlegende Umstrukturierung der Sammlungsbestände notwendig machte.

Leihgaben wurden unter anderem für folgende Ausstellungen und Veranstaltungen zur Verfügung gestellt:

- „Vom Winde verweht: Sanddünen und Löss“ (Schloss Niederweiden; 5. 5.–1. 11.).
- „Natura 2001“ (Messegelände Neusiedl/See; 4. 5.–16. 9.).
- Jagd- und Fischereimesse (Messegelände Krems; 20. 4.–22. 4.).
- „Kukuma, Kunst, Kult, Magie – eine Reise in die Urzeit“ (Schloss Halbturn; 18. 5.–30. 10.).
- „Spuren des Regenbogens. Leben im südlichen Afrika“ (OÖ Landesmuseum, Schlossmuseum Linz; 2. 4.–4. 11.).

Volkskundliche Sammlungen

Neben der etwa halbjährlich durchzuführenden konservatorischen Sicherung der Textilsammlung konnte wiederum ein größerer Teil von Kleidungsstücken des 20. Jh. als notwendige Ergänzung in den Bestand eingegliedert werden. Die Ausfüllung von Fehlstellen wird auch im kommenden Jahr eine wichtige Aufgabe darstellen.

Im Zentraldepot waren umfangreiche Vorbereitungsarbeiten für die Aufarbeitung der Bauernmöbelsammlung notwendig. Gleichzeitig wurden diese einer Reinigung unterzogen.

Restaurierungen betrafen auch die Andachtsgraphik, so wurde u. a. auch der

Bestand an Mirakelbüchern gesichert. Gerade zur Thematik der vielfältigen marianischen Darstellungen werden immer wieder Anfragen an die Sammlung herangetragen.

An Neuerwerbungen konnten neben verschiedenen ergänzenden Stücken eine größere Anzahl von biedermeierlichen Berufsdarstellungen sowie eine gezielte Auswahl von Belegstücken der bedeutendsten NÖ Keramikwerkstätten des 20. Jh. der Sammlung zugeführt werden, so dass auch hier die Anbindung zur Gegenwart gegeben ist. Für verschiedene Ausstellungen inner- und außerhalb Niederösterreichs wurden Leihgaben zur Verfügung gestellt, so u. a. für die bedeutende Exposition des Landes Salzburg „Ärzte, Bader, Chirurgen“ auf Schloss Werfen.

Restaurierwerkstätte

In der Restaurierwerkstätte für Gemälde und Skulpturen wurden im Jahre 2001 Restaurierungen an Leihgaben des Landes für Ausstellungen in der Kunsthalle Krems, für das Stift Seitenstetten und für das Stadtmuseum Wr. Neustadt durchgeführt. Weiters wurden unzählige Rahmungen von Gemälden, Grafiken und Zeichnungen durchgeführt.

Archäologischer Park Carnuntum

Ausgrabungen und Restaurierungen

Kernzone 3 (Zivilstadt):

- Antikes Stadtviertel südlich Schloss Petronell
- Heidentor

Wissenschaftliche Projekte

- Münzprojekt Carnuntum in Zusammenarbeit mit der Numismatischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (M. Alram, F. Humer, W. Jobst, F. Schmidt)
- Projekt Pfaffenberg in Zusammenarbeit mit der Universität Cluj (Rumänien) und der Universität Budapest (Ungarn)
- Die Fibeln von Carnuntum
- Ankauf von Musealobjekten
- Ankauf einer großen Privatsammlung.
- Restaurierung von Musealobjekten, Fundmünzen, Fibeln, Inschriften, Skulpturen (Pfaffenberg, Mänade), Keramik (Pfaffenberg), Weihaltäre (Amphitheater I), Funde der Grabungen Heidentor und Antikes Stadtviertel

Ausstellungen

- „Carnuntum. Römische Metropole an der Bernsteinstraße“ im Rheinischen Landesmuseum Trier, im Landesmuseum für Natur und Mensch/Oldenburg

und im Museum für Ur- und Frühgeschichte Thüringen/Weimar.

- „Die Siedler von Carnuntum. Bernsteinhändler, Kaiserpriester und Legionäre am Donaulimes“, in Vorbereitung mit dem Diözesanmuseum Brixen (2002) und mit den Städtischen Museen Udine (2003).

Publikationen

- Carnuntum Jahrbuch. Zeitschrift für Archäologie und Kulturgeschichte des Donaupraumes 2000/2001, 2001 (im Druck)
- „Carnuntum. Römische Metropole an der Bernsteinstraße“, Katalog der Ausstellung im Rheinischen Landesmuseum Trier, im Landesmuseum für Natur und Mensch/Oldenburg und im Museum für Ur- und Frühgeschichte Thüringens/Weimar
- W. Jobst, Das Heidentor von Carnuntum. Ein spätantikes Triumphalmonument am Donaulimes
- W. Jobst (Hrsg.), Das Heidentor von Petronell Carnuntum. Ein Führer (im Druck)
- W. Jobst, Die Bacchantin von Carnuntum
- W. Jobst (Hrsg.), Das Heiligtum des Jupiter Optimus Maximus auf dem Pfaffenberg, Band 1: Ioan Piso, Die Inschriften (im Druck)

Diplomarbeiten/Dissertationen

- Die Wohnhäuser der römischen Stadt Carnuntum (J. Cencic, Univ. Wien)
- Die Funde der Ausgrabungen am Heidentor 1998–2001 (U. Schuh, Univ. Wien)
- Die Keramik-, Glas- und Metallfunde des Pfaffenberges (Istvan Koos, Univ. Budapest)
- Römische Wandmalerei aus Carnuntum (Stefan Krmnicek, Univ. Wien)

Landesarchäologie

- Tulln: Ausstellungsprojekt „Marc Aurel“ (Prof. Jobst)
- Wiener Neustadt: Ausstellung der Funde aus den Grabungen an der Barbakane (Prof. Jobst, Dr. Reidinger)
- St. Pölten: Grabungen des Österreichischen Archäologischen Institutes (Dr. Scherrer)
- Hainburg: Grabungen auf dem Braunsberg (Prof. Urban)
- Roseldorf: Keltensiedlung (Prof. Jobst, Dr. Windl)
- Kooperation mit dem Archäologischen Institut der Universität Trnava (Prof. Novotna, Dr. Kuzmova)

Volkskultur und Heimatpflege

Bei einer gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommenen Anzahl von Förderbegehren im Bereich der Volkskultur blieb die

Summe der positiv beurteilten Einreichungen in etwa gleich hoch. Die vergebenen Mittel erhöhten sich, wobei neben der Förderung der verschiedenen Gruppen eine leichte Zunahme von Veranstaltungs- und Projekteinreichungen zu verzeichnen war. Um einen Überblick über die Dynamik der Vergaben in den Jahren davor zu erhalten, wurde eine Statistik des Zeitraumes von 1993–1998 erarbeitet.

Mit den vom Gutachtergremium für Volkskultur in der nach intensiver Diskussion in der 1. Jahreshälfte beschlossenen Förderrichtlinien erhielt auch die Beurteilung der Begehren eine schriftliche Grundlage, mit der erste Erfahrungen gesammelt werden konnten. Durch die gleichzeitig mit Jahresende 2001 auslaufende erste 3-jährige Tätigkeitsperiode des Gremiums und der ab 2002 zu erfolgenden neuen Zusammensetzung ergibt sich auch in dieser Richtung die Chance eines Neubeginns.

Medien

Im Sachbereich Medien (Film und Video) konnte das Land Niederösterreich durch seine Fördertätigkeit zur Realisierung interessanter Projekte niederösterreichischer Künstler beitragen, die zum Teil auch international beachtliche Erfolge verzeichnen konnten.

Gefördert wurden Projekte von Einzelpersonen, Vereinen und Filmproduktionsfirmen im Rahmen von Produktions-, Verwertungs- und Strukturförderungen. Budgetär gesehen lag der Schwerpunkt im Bereich Produktionsförderung filmischer Medien und der Förderung der Vermittlungsstruktur für audiovisuelle Medien. Für die Erhaltung der niederösterreichischen Kinos wurde durch die Unterstützung von Filmklubs ein wichtiger Beitrag geleistet.

Durch den Abschluss eines mehrjährigen Fördervertrages mit dem Filmarchiv Austria (Wien und Laxenburg) wird die Erhaltung filmischen Erbes ermöglicht, das sowohl filmgeschichtlich als auch zeitgeschichtlich große Relevanz für Niederösterreich besitzt. Mit Unterstützung des Landes Niederösterreich wird das ehemalige C2-Kino in St. Pölten in ein Programm kino, das die Präsentation künstlerisch anspruchsvoller Filme in zwei Sälen ermöglichen wird, umgebaut. Die Förderung großer Filmprojekte für Kino und Fernsehen erfolgte gemeinsam mit der Regionalförderung. Die Beurteilung im Bereich Filmfinanzierung erfolgte durch das Gutachtergremium für Filmfinanzierung.

Kulturpreise Medienkunst (künstlerische Fotografie)

- Leo Kandl, Würdigungspreis
- Helmut Kandl, Anerkennungspreis
- Wolfgang Raffesberg, Anerkennungspreis

Literatur

Die Förderung im Sachbereich Literatur ermöglichte die Realisierung zahlreicher Buchprojekte einzelner Autoren sowie die Herausgabe von Anthologien und Autorenbiographien. Um das Wirken der Autoren in der Öffentlichkeit zu forcieren, beteiligt sich die Literaturförderung an den Kosten für Literaturzeitschriften und Lesungen.

Einen wichtigen Bereich der Literaturförderung nimmt die Unterstützung literarischer Gesellschaften und Autorenvereinigungen ein, welche in ihrem Tätigkeitsbereich erste Anlaufstelle für die Literaturszene des Bundeslandes sind.

Die Literaturedition Niederösterreich bietet jungen Autoren die Möglichkeit zur Publikation ihrer Texte.

Das Unabhängige Literaturhaus in Krems hat sich als maßgebliche Institution im Bereich literarischer Veranstaltungen etabliert und wird vom Land NÖ sowohl finanziell als auch durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten unterstützt. In Zusammenarbeit mit dem Literaturhaus wird auch ein internationaler Schriftstelleraustausch organisiert, das Land NÖ stellt dafür im Bereich der Kunstmeile Krems ein Autorenatelier und Mobilitätsstipendien zur Verfügung.

Kulturpreise für Literatur 2001

- Franz Sales Sklenitzka (Würdigungspreis)
- Friedrich Hahn (Anerkennungspreis)
- Norbert Silberbauer (Anerkennungspreis)

Hans-Weigel-Literaturstipendium 2001/02

- Brigitta Mathes
- Thomas Havlik

Darstellende Kunst

Im Sachbereich Darstellende Kunst wurden neben den beiden Stadttheatern Baden und St. Pölten auch Veranstaltungsstrukturen in den Regionen mit saisonellem Betrieb (z. B. Waldviertler Hoftheater, Theater Westliches Weinviertel) gefördert.

Einen Schwerpunkt der Förderungstätigkeit nehmen die Theaterfestivals ein. Durch einen Fördervertrag zwischen dem Land Niederösterreich und dem Verein Theaterfest Niederösterreich wurden im Jahr 2001 die Finanzierungsbeiträge des Landes für 15 Sommertheaterstandorte vom Verein nach einem internen Verteilungsschlüssel weitergegeben. Daneben wurden auch einige Produktionen von regionaler und kultureller Bedeutung außerhalb dieses Vereins gefördert, wie etwa die Raimundspiele Gutenstein, die Sommerfestspiele Bruck an der Leitha und Haag, der Verein

„Kultur- und Tourismusnetzwerk Burgruine Reinsberg“ und das Festival Art Carnuntum in Petronell. Neue Förderverträge für die Folgejahre wurden mit den Stadttheatern Baden und St. Pölten, mit dem Verein Theaterfest Niederösterreich und seinen Mitgliedern, mit dem Verein „Szene Bunte Wähe“ und dem Festival „Art Carnuntum“ abgeschlossen. Die Förderung des Amateurtheaterbereiches erfolgte im Gegensatz zu den Vorjahren direkt durch die Abteilung Kultur und Wissenschaft.

Kulturpreise für den Bereich „Darstellende Kunst“

- Peter Wolsdorff, Würdigungspreis
- Peter Gruber, Anerkennungspreis
- Karel Drgac, Anerkennungspreis

Wissenschaft

Förderungen

Im Jahr 2001 wurden 178 Förderungsansuchen positiv erledigt.

Wie seit Jahren wurden Aktivitäten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften im Bereich des Landes Niederösterreich unterstützt, weiters langfristige Projekte, die an Universitäten (z. B. NÖ Burgenführer oder die Aufarbeitung des Nachlasses des Philosophen Franz Brentano in Schönbühel) oder im Rahmen der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft und anderer wissenschaftlicher Institute und Vereine bearbeitet werden. Unter letzteren seien die Publikationen „Vögel der March-Thaya-Auen“ (Distelverein), „Volksmusik des Pielachtals“ (NÖFolk, Atzenbrugg) und „Das Karpat des Korneuburger Beckens“ (Freunde der Mineralien und Fossilien, Stockerau) hervorgehoben.

Gefördert wurden aber auch verschiedenartigste Einzelprojekte, wissenschaftliche Zeitschriften und Veranstaltungen. Unter diesen seien der Regionale Entwicklungsverband Industrieviertel mit seinen Aktivitäten rund um die Industriekultur des Wiener Beckens, der vom Institut für Philosophie getragene Hagenbrunner Symposienzyklus „Die Seele“, das vom Österreichischen Bergrettungsdienst veranstaltete Symposium „Psyche und Berg“ sowie die Herstellung einer CD-Rom genannt, die die Visualisierung der längst nicht mehr existierenden Klosterkirche der Dominikanerinnen in Tulln ermöglicht.

Unterstützt wurden auch zahlreiche Museen und Archive, die mit ihren auf oft sehr hohem Niveau stehenden periodischen Editionen und Katalogen die ähnlich gelagerten Bestrebungen des Landes Niederösterreich hervorragend ergänzen. Hier sei das rührige Diözesanarchiv St. Pölten und der Hollabrunner Museumsverein mit seiner Publikation über den Kult des heiligen Nepomuk in Niederösterreich genannt.

Nach wie vor bildeten Lokal- und Heimatchroniken, bearbeitet auf Eigeninitiative oder im Auftrag von Gemeinden, Pfarren und lokal tätigen Institutionen, einen zahlenmäßig starken und im Hinblick auf die Stiftung von Identität in ihren Regionen sehr wichtigen Anteil der Wissenschaftsförderung. Neben den teilweise auf Aktivitäten einschlägiger Arbeitsgemeinschaften des NÖ Bildungs- und Heimatwerkes oder der Stadt- und Dorferneuerung zurückgehenden Publikationen fällt die Zunahme von Projekten auf, in denen auch EU-Mittel herangezogen werden, z. B. bei der Erforschung des Raumes von Groß-Grungs.

Die Donau-Universität Krems erhielt den Auftrag, eine „Suchmaschine“ zu entwickeln, die eine gleichzeitige Recherche in den wesentlichen Forschungs- und Bibliotheksdatenbanken in bzw. über Niederösterreich ermöglicht.

Am 4. September 2001 hat die NÖ Landesregierung beschlossen, an NÖ Studentinnen und Studenten sowie Universitätsabsolventinnen und -absolventen Zuschüsse zu den Kosten zu vergeben, die durch Studien- und Forschungsaufenthalte im Ausland entstehen. Im Rahmen dieser neuen, als „Internationaler Dialog“ bezeichneten Aktion wurden 2001 auf Empfehlung des Beirates für Wissenschaft 14 Zuschüsse im Gesamtwert von € 18.626,10 (S 256.301,50) vergeben.

Kulturpreise für Wissenschaft

- Univ.-Prof. Dr. Heide Dienst, Würdigungspreis Geisteswissenschaft
- Dr. Max H. Fink, Würdigungspreis Naturwissenschaft
- René Harather, Anerkennungspreis Geisteswissenschaft
- Mag. Paul Herold, Anerkennungspreis Geisteswissenschaft
- Mag. Dr. Heidelinde Prüger, Anerkennungspreis Geisteswissenschaft
- Dr. Henriette Löffler-Stastka, Anerkennungspreis Naturwissenschaft

Donau-Universität Krems

Die Donau-Universität Krems ist die einzige Universität Österreichs, die nach privatwirtschaftlichen Kriterien geführt wird und sich der postgradualen Weiterbildung, aber auch der Forschung und Dienstleistung widmet. Weiters ist sie als einzige universitäre Einrichtung Österreichs eine eigenständige juristische Person öffentlichen Rechts. Zufriedene Studierende und ein ungewöhnlich hoher Drittmittelfinanzierungsanteil von 69 Prozent des Gesamtbudgets im Jahr 2001 sind das Ergebnis der erfolgreichen kunden- und marktorientierten Ausrichtung. Die Erhalter der Donau-Universität Krems sind das Land Niederösterreich und der Bund.

Im Wintersemester 2001/02 wurden 55 Universitätslehrgänge angeboten, da-

von 8 neue Lehrgänge, die meisten mit den Abschlüssen MAS (= Master of Advanced Studies) oder MBA (= Master of Business Administration):

- Energiemanagement und Energieconsulting in liberalisierten Märkten
- Kieferorthopädie beim funktionsgestörten Kauorgan
- Krankenhausleitung
- PR und integrierte Kommunikation
- Stressbearbeitung vor und nach belastenden Ereignissen
- Supervision im Gesundheitswesen
- Traditionelle chinesische Gesundheitspflege
- Traditionelle chinesische Medizin

Die Entwicklung der Anzahl der eingeschriebenen Studierenden von 1997 bis 2001:

Semester	Studierende	Anzahl Lehrgänge
WS 97/98	387	13
WS 98/99	624	16
WS 99/00	1.152	32
WS 00/01	1.549	46
WS 01/02	1.861	55

Auch im Jahre 2001 legte die Donau-Universität Krems wieder einen Geschäftsbericht mit uneingeschränktem Wirtschaftsprüfer-Testat vor.

NÖ Landesakademie

Die Entwicklung der NÖ Landesakademie verzeichnet seit ihrer Gründung im Studienjahr 1995/96 ein stark expandierendes Wachstum, sowohl im Bereich von Wissens- und Bildungsveranstaltungen als auch bei den Dienstleistungen. Als neue Aufgabe der NÖ Landesakademie wurde definiert: vorausblickend jene Kernkompetenzen aufzubauen, die auch zukünftig innovative Beiträge für die NÖ Landesentwicklung gewährleisten, und gleichzeitig neue Anwendungen für vorhandene Kernkompetenzen zu finden. Dies ist eine fortwährende Herausforderung der NÖ Landesakademie, um ihrer Rolle als Dienstleister für Niederösterreich und Denkfabrik in Niederösterreich gerecht zu werden.

Die NÖ Landesakademie konzentriert sich dabei – in Wahrnehmung ihres gesetzlichen Auftrages – auf die Arbeitsfelder Leitbild und Zukunftsarbeit einschließlich Politikberatung, Management innovativer Projekte sowie Forschungsdokumentation und Wissensmanagement.

Diese Kompetenzbereiche ermöglichen der NÖ Landesakademie, allen Kunden – öffentlichen Organisationen genauso wie privaten Unternehmen – einen wesentlichen Nutzen anzubieten, z. B. als Partner für Informations- und Wissensveranstaltungen oder als Vermittler von Know-How für die Durchführung und Umsetzung innovativer Projekte.

Die NÖ Landesakademie gliedert sich in vier Bereiche:

- Zukunft und Entwicklung
- Gesundheit und Soziales
- Politik und Verwaltung
- Umwelt und Energie

Die NÖ Landesakademie beschäftigte 2001 34 Mitarbeiter in der Verwaltung, für wissenschaftliche Projekte kommen 23 Projektleiter und deren Mitarbeiter dazu.

Im Studienjahr 2000/2001 wurden 37 Lehrgänge mit 861 Teilnehmern und 626 Kurse, Seminare und Fachtagungen mit 15.006 Teilnehmern abgehalten.

Nähere Informationen: NÖ Landesakademie, (0 27 42) 294-17403

Arbeitsgemeinschaft Donauländer

Das Jahr 2001 stand im Zeichen der erfolgreichen Beendigung des Projektes „Kulturstraße Donau“. In Bratislava fand die 5. Konferenz zum Thema „Kulturparks“ mit dem Unterthema „Lebende Brücken – Doppelstädte an der Donau“ statt, gefolgt von einer Exkursion zur Stadt und Festung Komárno an der Donau. Die 6. und letzte Konferenz zum Thema „Vom Abenteuer des Betreibers – Zwischen Genehmigung und Museumsshop“ fand im Rathaus von Wien statt, gefolgt von einer öffentlichen Podiumsdiskussion und anschließender Besichtigung des MuseumsQuartiers. Die wissenschaftliche Studie „Die Umwegrentabilität von Kulturparks im Zusammenhang mit einer Potenzialanalyse hinsichtlich möglicher Kulturparks“ der Firma ETB – Edinger Tourismusberatung GesmbH (Wien) wurde fertig gestellt und an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Donauländer als zeitgenössisches Know-How zur Errichtung von Kulturparks ausgesandt. Der 2. und 3. Band der Konferenzergebnisse zum Thema „Kulturparks“ wurde produziert und den Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Der Katalog technischer Denkmäler wird in die Website der Arbeitsgemeinschaft Donauländer und der Technischen Universität Wien eingearbeitet. Die thematische Variante „Kulturstraße Donau“ der digitalen Grundkarte des Donauraumes wurde nach Angaben der Mitglieder von Firma Huber Kartographie (München) produziert. Mit dieser Karte ist nun zum ersten Mal eine umfassende Kulturkarte des gesamten Donauraumes von der Quelle bis zur Mündung entstanden, die mit der Ergänzung durch Begleittexte anschließend in die Website der Arbeitsgemeinschaft Donauländer eingespeichert wird. Damit hat die Arbeitsgemeinschaft Donauländer ein international zugängliches Dokument über die kulturellen Ziele der Gegenwart und auch der Zukunft an der Donau geschaffen. Unter Anwendung eines Patentes der produzierenden Firma werden die Mitglieder entlang der gesamten Donau in die Lage versetzt, ihre eigenen Kultur-

angaben an jede Veränderung anzupassen und die Karte zu aktualisieren.

Der Arbeitskreis „Kultur und Wissenschaft“ veranstaltete zwei Sitzungen. Die Frühjahrssitzung fand im Anschluss an die Wiener Konferenz im März 2001 statt, während die Herbstsitzung über Einladung des Mitgliedslandes Baden-Württemberg in Donaueschingen nahe der Donauquelle abgehalten wurde. In dieser Tagung wurden neue Programmschwerpunkte beschlossen, unter anderem ein Schwerpunkt in Richtung wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit der Donaurektorenkonferenz sowie ein Projekt über die Erstellung von Datenbanken. Dies betrifft wissenschaftliche Bibliotheken, archäologische Stätten, jüdische Kulturstätten und Museen (mit Donaubezug) entlang der Donau.

18 ARGE-Donauländer-Stipendien wurden im Jahr 2001 vergeben (Slowakische Republik 3, Stadt Budapest 3, Moldawien 1, Kroatien 4, Serbien 4, Niederösterreich 3).

Versammlung der Regionen Europas

Das Jahr 2001 war für die Kommission D (Kultur, Erziehung/Ausbildung, Jugend, Medien und Sport) der VRE mehreren Schwerpunkten gewidmet, besonders der verstärkten Aufmerksamkeit für die Regionen außerhalb der Europäischen Union.

So wurde die Frühjahrssitzung 2001 der Kommission D in Batumi, der Hauptstadt der Autonomen Republik Adjara (Georgien) abgehalten. Der Sitzung kam eine besondere Bedeutung zu, da diese Region sich außerordentlich stark um EU-Anerkennung bemüht. Bemerkenswert war die liberale Breite des beobachteten Kulturgeschehens vor dem Hintergrund der Transformation einer totalitären zu einer demokratischen Gesellschaft mit föderaler Orientierung.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Förderung der Beteiligung Jugendlicher am öffentlichen Leben. In Ausführung der Beschlüsse der 1. Jugendkonferenz (Odessa 2000) wurde der Wettbewerb „Jugendfreundlichste europäische Region“ im Jahr 2001 durchgeführt und erstmals ein Preis und zwei Anerkennungspreise anlässlich der Hauptversammlung der VRE in Sopron vergeben. Sieger war die norwegische Region Nordland, Anerkennungspreise wurden vergeben an die Regionen Timis (Rumänien) und Thüringen (BRD). Anlässlich der Herbstsitzung der Kommission D (November, Languedoc-Roussillon) wurde unter anderem die Problematik der Rückführung geraubter Kulturgüter behandelt, die Entwicklung von Projekten des interkulturellen Lernens, das Projekt Schriftsteller-Residenzen und die Vorbereitung der 2. Konferenz der Regionalen Kulturminister (2002). Im April 2001 hat die Kommission D in der Stadt Pécs (Komitat Baranya) ein Seminar zum Thema „Jugend, Kultur und Regionalismus“ im Rahmen der Regionalismuskarawane veranstaltet, an der an die 100 Vertreter aus ungarischen Komitaten, rumänischen Grenzregionen, slowakischen Gebietskörperschaften, kroatischen und serbischen Regionen sowie Ministerien teilnahmen. Als besonders zielführend erwies sich die Aufteilung der Veranstaltung in fachliche Workshops.

Kulturzentren

Im Rahmen der kulturellen Regionalisierung soll diversen Kulturträgern durch Finanzierungsbeiträge in Form einmaliger Infrastrukturförderungen die Möglichkeit geboten werden, Kulturzentren zu errichten, deren Programm- und Nutzungskonzept sich nach dem lokalen Kulturbedarf richtet bzw. der Bevölkerung den Zugang zu zeitgenössischen innovativen Kunstrichtungen ermöglicht.

Durch die Schaffung von Kulturwerkstätten soll das Kulturangebot in den Regionen und die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen gesteigert werden.

Betriebsgesellschaften

Die den kulturpolitischen Grundsätzen des Landes Niederösterreich entsprechende Trennung zwischen Finanzierenden und Veranstaltern wurde weiterentwickelt.

So wurde das Karikaturmuseum in Krems in den Verantwortungsbereich der Kunstmeile Krems BetriebsgmbH. (vormals Kunst.Halle.Krems BetriebsgmbH.), die zu schaffende Artothek Niederösterreich in den der Niederösterreichischen Museum Betriebsges. m. b. H. übergeführt.

Um auch weiterhin die Synergien zwischen den Betriebsgesellschaften bestmöglich zu nutzen, wurde die NÖ Kulturwirtschaft Ges. m. b. H. als Holding um die Betriebsgesellschaft des Archäologischen Parks Carnuntum erweitert. Die Holding umfasst daher derzeit die Betriebsgesellschaften der NÖ Kulturszene (Festspielhaus, Bühne im Hof), der Kunstmeile Krems (Kunsthalle inkl. Minoritenkirche Krems, Karikaturmuseum), des NÖ Donaufestivals und des Archäologischen Parks Carnuntum (Park und Museum).

Das Land gibt als Hauptfinanzierungspartner den kulturpolitischen Rahmen vor und lässt den Betriebsgesellschaften jenen Freiraum, der für ihre erfolgreiche Weiterentwicklung notwendig ist. Die strukturelle und organisatorische Optimierung der Betriebsgesellschaften erfolgt in einem Wechselspiel von Controlling und Consulting zwischen dem Land, den Gesellschaftern und den Geschäftsführern.

Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde

NÖ Landesarchiv

Schwerpunkte 2001

Verbesserung der Serviceleistungen

Die Anschaffung eines Großformatscanners im Jahr 2000 ermöglichte dem NÖ Landesarchiv, seine Serviceleistungen gegenüber den Landesbürgern auszuweiten. Mikroverfilmungen wurden von privaten Anbietern durchgeführt, was sowohl kostenintensiv als auch vom konservatorischen Standpunkt her un-

befriedigend war. Daher wurde der Scanner mit Hilfe eines Umrüstsatzes (Hybridkopf) umgebaut, der das vorhandene Gerät sowohl für Scannen als auch für die Mikroverfilmung geeignet machte. Durch den Ankauf eines Entwicklungsgerätes für Mikrofilme könnten alle Arbeitsschritte vom Verfilmen der Archivalien über das Ausarbeiten bis zu den gewünschten Ausdrucken im Hause erledigt werden. Diese Lösung wäre sowohl für die Benutzer wegen Zeit- und Kostenersparnis als auch für das NÖ Landesarchiv aus konservatorischen Gründen von Vorteil.

„Arisierung“ und „Zwangsarbeit“

Die zunehmende Einbindung der Archive in den letzten Jahren in zwei zentrale Themen der österreichischen Politik, nämlich „Vermögensentzug“ und „Zwangsarbeit“, haben die Arbeit der Abteilung stark geprägt. Die von ehemaligen Zwangsarbeitern an das NÖ Landesarchiv gerichteten Anfragen bzw. Ersuchen um Ausstellung von Bestätigungen für geleistete Zwangsarbeit bedeuteten einen enormen Arbeitsaufwand. Allein im Jahr 2001 sind 8.035 Anfragen von Einzelpersonen, dem

Büro des Österreichischen Versöhnungsfonds und den Partnerorganisationen des Versöhnungsfonds in den Hauptopferländern beim NÖ Landesarchiv eingetroffen. Hiezu kamen noch 111 schriftliche Hilfersuchen sowie ca. 300 Vorsprachen und telefonische Anfragen, betreffend entzogenen jüdischen Vermögens, von Betroffenen und Anwälten aus Europa und Übersee.

Im Augenblick ist noch keine Entlastung der Archive in den Bereichen „Zwangsarbeit“ und „Entschädigung für Vermögenszug“ in Sicht.

Das Versöhnungsfonds-Gesetz vom 7. Juli 2000 ist am 27. November 2000 in Kraft getreten. An diesem Tag begann auch die zweijährige Einreichungsfrist für Anträge auf Entschädigung für geleistete Zwangsarbeit zu laufen (Ende 26. November 2002). Die Überprüfung der Anträge und damit die Suche nach Unterlagen in den Archiven wird nach Ansicht der Leitung des Büros des Versöhnungsfonds nicht vor 2004 abgeschlossen sein. Mit den Auszahlungen an die Opfer wurde nach Zurückziehung der letzten Sammelklage in den USA am 1. August 2001 begonnen. Das vom Regierungsbeauftragten Sonderbotschafter Dr. Sucharipa mit der amerikanischen Regierung Ende des Jahres 2000 abgeschlossene Abkommen betreffend die Entschädigung von in der NS-Zeit entfremdeten Vermögenswerten hat im Entschädigungsfondsgesetz, ausgegeben am 28. Februar 2001, seinen Niederschlag gefunden. Für die Bearbeitung der Entschädigungsansuchen ist das im Parlament situierte Nationalfonds-Büro zuständig. Da das NÖ Landesarchiv umfangreiche Bestände zu diesem Themenkomplex verwahrt (Vermögensmeldungen jüdischer Bürger aus dem Jahr 1938, Arisierungsakten), wird die Arbeit in diesem Bereich in den nächsten Jahren ebenfalls zunehmen. Das NÖ Landesarchiv hält zu den beiden Büros engen Kontakt.

Forschungsprojekt

„Ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Niederdonau“

Im Juni 2000 wurde ein auf zwei Jahre anberaumtes und in der Zwischenzeit auf drei Jahre verlängertes Forschungsprojekt „Ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Niederdonau“ ins Leben gerufen, dessen Hauptziel die möglichst vollständige Erfassung der zwischen 1938 und 1945 im damaligen Reichsgau Niederdonau tätig gewesen Zwangsarbeiter in einer Datenbank ist. Bis Jahresende 2001 wurden ca. 38.000 Personen erfasst. Auf Grund dieser Daten können 12% der einlangenden Ersuchen um Ausstellung von Bestätigungen für geleistete Zwangsarbeit sofort positiv beantwortet werden. Um die übrigen Anträge beantworten zu können, werden Recherchen

bei den Gemeinden (Melderegister) und bei den Sozialversicherungsträgern sowie Befragungen von ehemaligen Dienstgebern und Zeitzeugen durchgeführt (Erfolgsquote 65%).

Entschädigung für jüdisches Gemeindevermögen

Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien forderten anlässlich einer Vorsprache bei Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und mit mehreren Schriftsätzen, gerichtet an alle Landeshauptleute, eine Entschädigung für zerstörtes und/oder geraubtes jüdisches Gemeindevermögen (zerstörte Synagogen und Bethäuser, geraubte oder zerstörte Einrichtungsgegenstände der Synagogen, eingezogenes Vermögen jüdischer Vereine und Stiftungen).

Das Büro LH Dr. Pröll beauftragte das NÖ Landesarchiv, Nachforschungen über das Ausmaß der Arisierungen im Umfeld des Landes Niederösterreich anzustellen. Da die personelle Ausstattung des NÖ Landesarchivs nicht ausreichend ist, diese Forschungsarbeiten in absehbarer Zeit selbst durchzuführen, wurden über die Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Institut für Landeskunde drei Forschungsprojekte ins Leben gerufen, um zu diesen Ergebnissen zu gelangen, und zwar das Projekt EDV-mäßige Erfassung der Arisierungsakten sowie die Forschungsprojekte „Ostmark-Gesetz“ und „Arisierungsbehörden in Niederdonau“.

Am 26. November 2001 fand ein Gespräch einer Delegation der Landeshauptmännerkonferenz mit Vertretern der Israelitischen Kultusgemeinde statt, welche zu einer Annäherung der Standpunkte in Hinblick auf die Entschädigung für jüdisches Gemeindevermögen führte. Eine Expertenarbeitsgruppe soll eine für beide Seiten tragbare Vereinbarung erarbeiten. Niederösterreich entsandte den Leiter des Verfassungsdienstes und den Landesarchivdirektor in diese Expertengruppe.

Neuerwerbungen und Ordnungsarbeiten

Die Bestandszuwächse gingen 2001 weit über den üblichen Rahmen hinaus. 1989 waren zum letzten Mal Registraturbestände der Zentralregistratur, und zwar Akten der Landesverwaltung von 1936 bis 1945, in das NÖ Landesarchiv gebracht worden. Zur Entlastung der übervollen Räume der Zentralregistratur wurden 2001 die Bestände der Landesverwaltung von 1945 bis 1955 übernommen und neu aufgestellt (ca. 1.000 Kartons sowie 2.000 Eingangs- und Nachschlagebücher). Eine detaillierte Verzeichnung des Bestandes soll in den nächsten Jahren durchgeführt werden.

An weiterem Behördenschriftgut übernahm das NÖ Landesarchiv Akten und Nachschlagebücher der Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf, des Landesgerichtes St. Pölten, des Steueramtes Scheibbs sowie der Bezirksgerichte Laa an der Thaya, Neunkirchen, St. Peter in der Au und St. Pölten.

2001 wurde in Niederösterreich eine Reihe von Bezirksbauernkammern aufgegeben. Um für die NÖ Landesgeschichte wichtige Archivalien sicherzustellen, zog das NÖ Landesarchiv aufhebenswertes Schriftgut, vor allem die Erbhofthematik betreffend, der Bezirksbauernkammern Baden, Ebreichsdorf, Gänserndorf, Pottenstein und Ybbs ein. Das Stadtarchiv Krems trat dem NÖ Landesarchiv den in der nationalsozialistischen Ära eingezogenen Bestand „Fremde Archive“, Gemeinden des Bezirkes Krems betreffend (11 Kartons), den „Nachlass Klingohr“, in Zusammenhang mit den Ariernachweisen entstandene genealogische Materialien (25 Kartons) und die für die Geschichte der Ständischen Verwaltung Niederösterreichs wichtigen „Archivalien des Halben Vierten Standes“ (14 Handschriften) ab, von der Bibliothek der „Statistik Österreich“ wurden fünf Katastral-Schätzungs-Elaborate abgetreten.

Prof. Ing. Robert Pap übergab dem NÖ Landesarchiv ein Konvolut Rechtsanwaltsakten betreffend den Habsburgischen Familienfonds als Geschenk. Von der Familie Auersperg-Breuner wurde das Herrschaftsarchiv Wald als Dauerleihgabe in das NÖ Landesarchiv übernommen.

Die Ordnungs-, Inventarisierungs- und Skartierungsarbeiten hielten sich im üblichen Rahmen. Benützerbehelfe und Archivverzeichnisse wurden für die Bestände „Landesschulrat von NÖ“, „Nachlass Klingohr“, „Rechtsanwaltsakten betreffend den Habsburgischen Familienfonds“, „Gaufürsorgeamt“ und „Reichstatthalter Niederdonau bzw. Gauhauptmannschaft Niederdonau“ sowie die Neuzugänge der Handschriftensammlung und das Schlossarchiv Waidhofen an der Thaya angelegt.

Die vollständige Aufnahme der Urkunden des Bestandes „Schlossarchiv Stetteldorf“ in die Archivdatenbank ist abgeschlossen.

Die EDV-mäßige Erschließung des Bestandes „Filmarchiv“ und der Dachsberg-Puchheimischen Urkunden wurde fortgesetzt.

Gutachten

Ein Markterhebungs- und zwei Ortsnamenänderungsgutachten sowie zwei Gutachten zur Benennung neuer Katastralgemeinden und mehrere Gutachten hinsichtlich der Berechtigung von Orts-, Gemeinde- und Pfarrjubiläen wurden erstellt.

Weitere Gutachtertätigkeit wurde im Auftrag der NÖ Kulturabteilung, der Universität Passau, des Deutschen Kulturinstituts in Paris und der Sendung „Terra X“ des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) vorgenommen.

Gemeindeheraldik

In Zusammenarbeit mit den Gemeinden Drasenhofen, Ebreichsdorf, Niederleis und Pernegg wurden vier Entwürfe für Gemeindegewappen erarbeitet.

Handbibliothek

Die insgesamt etwa 31.500 Bände umfassende Handbibliothek wurde um 226 Druckwerke erweitert.

Tagungen

Das NÖ Landesarchiv und das NÖ Institut für Landeskunde veranstalteten gemeinsam im November 2001 eine eintägige Tagung unter dem Titel „Zeitgeschichtliche Forschung im NÖ Landesarchiv – Schwerpunkte, Ergebnisse, Perspektiven“. Vier Mitarbeiter des Archivs waren als Referenten tätig.

Ausstellungen

Seit 1996 läuft im NÖ Landesarchiv das Projekt „Wehrbauten und Adelssitze Niederösterreichs“, dem ein interdisziplinärer Ansatz zugrunde liegt. Wesentliche Ergebnisse dieses Projekts wurden 1998 im ersten Band der im NÖ Institut für Landeskunde erschienenen gleichnamigen Sonderreihe veröffentlicht. Um das intensive Zusammenwirken historischer und bauhistorischer Forschung zu dokumentieren, zeigt das NÖ Landesarchiv im Foyer des Archivgebäudes eine Sonderausstellung mit dem Titel „Moderne Burgenforschung in Niederösterreich“ (Dauer der Ausstellung: 4. Dezember 2001 bis 30 April 2002).

Weiters wurden die Ausstellungen in Schloss Ottenstein und Schloss Waldreichs „Sein und Sinn – Burg und Mensch“ (NÖ Landesausstellung 2001), im Österreichischen Staatsarchiv „Gemeinsam gegen die Osmanen“ sowie im Historischen Museum der Stadt Wien „Die Welt steht auf kein Fall mehr lang“, anlässlich des 200. Geburtstages von Johann Nestroy, durch Leihgaben und Objektbeschreibungen unterstützt.

Mitteilungen aus dem Niederösterreichischen Landesarchiv

Nach 15-jähriger Unterbrechung hat das NÖ Landesarchiv die 1977 ins Leben gerufenen und 1986 eingestellten „Mitteilungen aus dem Niederösterreichischen Landesarchiv (NÖLA)“ mit Band 11 wieder herausgebracht. Der Band enthält neben einem Archivbericht, den Zeitraum von 1985/86 bis 2000/01 betreffend, die 1985 bis 1990 in Niederösterreich verliehenen Gemeindegewappen, Urkundeneditionen (Urkunden des Erlaklosters im NÖ Landesar-

chiv), einen Katalog der im NÖ Landesarchiv aufbewahrten Wappen- und Adelsbriefe, eine Edition des Urbars der Herrschaft Kirchsschlag von 1538 sowie einen wissenschaftlichen Kommentar zur Ausstellung des NÖ Landesarchivs „... spurensuche ... frauengeschichte im archiv“.

In lockerer Folge, nicht unbedingt jedes Jahr, sollen die weiteren Bände des „NÖLA“ erscheinen.

Wissenschaftliche Tätigkeit, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Die schriftliche Auskunftstätigkeit, vor allem über e-mail, hat im Jahre 2001 erneut enorm zugenommen.

Die Anfragen, Zwangsarbeit und Arisierung betreffend, sind von 2.197 im Jahr 2000 auf 8.146 gestiegen, die von Archivmitarbeitern beantworteten wissenschaftlichen und landeskundlichen Anfragen aus dem In- und Ausland von 345 auf 647. Zusätzlich waren 2001 153 Aktenanforderungen von Bezirkshauptmannschaften, Gerichten, Notariats- und Rechtsanwaltskanzleien zu verzeichnen. Die Marktgemeinde Falkenstein wurde in archivfachlichen und archivtechnischen Belangen beraten.

Eine Ortsgeschichte für die Stadtgemeinde Allentsteig steht vor der Fertigstellung.

Weitere Publikationstätigkeit:

- Projekt „Opfer des Terrors der NS-Bewegung in Österreich 1933–1938“

- Projekt „Mahnmale und Gedenkstätten“ betreffend Widerstand und Verfolgung in Österreich, im Besonderen „Gedenken und Mahnen in Niederösterreich 1934–1945“

- Beiträge zur Gemeindeheraldik

- In Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Mistelbach Erarbeitung einer Fotodokumentation über den dortigen Friedhof der Roten Armee

- Das Niederösterreichische Landesarchiv als Partner des Österreichischen Versöhnungsfonds. In: Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945, Bielefeld 2001

- Medizingeschichtliche Quellen – Probleme und Methoden in der Bearbeitung der Akten der NÖ Heil- und Pflegeanstalten Gugging und Mauer-Öhling 1938–1945. In: Sozialgeschichte der Medizin. Medizin im Nationalsozialismus, Wien 2001

- Beiträge zum Projekt „NÖ Archiv“ Mitarbeiter des NÖ Landesarchivs nahmen an folgenden Fachtagungen und Festveranstaltungen teil:

- eine Stadterhebungsfeier sowie vier Wappenverleihungsfeiern

- Expertenkonferenz der österreichischen Archivdirektoren in Eisenstadt

- 21. Symposium des NÖ Instituts für Landeskunde in Retz

- 72. Deutscher Archivtag und 28. Tag der Landesgeschichte in Cottbus

- Festakt „200 Jahre Kriegsarchiv“ in Wien

- Treffen der EDV-Referenten der österreichischen Landesarchive in Eisenstadt
- 29. Österreichischer Archivtag in Wien (Vortrag eines Archivmitarbeiters)

- Eröffnung des neuen Wiener Stadt- und Landesarchivs im Gasometer D, Wien-Simmering

- Workshop „Wissen – Bildung – Gelehrsamkeit: Gelehrte Frauen in der Frühen Neuzeit“ am Friedrich Meinecke-Institut für Geschichte der Freien Universität Berlin (Vortrag einer Mitarbeiterin)

- Tagung „Archiv- und Sammlungsgut zur Zwangsarbeit in Deutschland 1939 bis 1945“ in Bochum

- Kirchengeschichtlicher Arbeitskreis in St. Pölten

- Eröffnung des neuen Steiermärkischen Landesarchivs in Graz

Mitarbeiter hielten Lehrveranstaltungen an der Universität Wien ab, betreuten Dissertationen und Diplomarbeiten (u. a. „Studien zur Baugeschichte der Burgen im Pittener Gebiet“, „Hainburg im Mittelalter“) sowie ein vom Nationalbank-Fonds gefördertes wissenschaftliches Projekt („Das Königsgut in Niederösterreich, Steiermark und Kärnten“) und stellten im Rahmen von Archivführungen und Archivveranstaltungen für Studenten themenspezifische Archivalien für Proseminare und Seminare des Historischen Instituts sowie für Lehrveranstaltungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung zur Verfügung. Weiters vertraten Mitarbeiter des NÖ Landesarchivs die Abteilung in der Arbeitsgemeinschaft für Karthographische Ortsnamenkunde (AKO), dem Österreichischen Normungsinstitut, dem „DLM-Forum“ (Forum für maschinenlesbare Daten) und im „Verein zur Erforschung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und ihrer Aufarbeitung“.

Ziele 2002

Da infolge des vom Nationalrat 1999 beschlossenen Bundesarchivgesetzes nun mehrere Bundesländer ein Landesarchivgesetz oder ein neues Statut in Angriff nehmen, wurde, um die Rechtsatzungen der einzelnen Länder aufeinander abstimmen zu können, die Ausarbeitung eines niederösterreichischen Archivgesetzes auf das Jahr 2002 verschoben.

Neben dem Projekt „Zwangsarbeit“ werden auch das Projekt „Euthanasie“ mit dem Ziel der Aufnahme, Sicherung und Auswertung aller Archivalien der NÖ Landes- und Pflegeanstalten Mauer-Öhling und Gugging, betreffend die Euthanasiefälle in der NS-Zeit, sowie die Forschungsprojekte „Ostmark-Gesetz“ und die EDV-mäßige Erfassung der Arisierungsakten weitergeführt.

Weitere Ziele

- Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit
- Herausgabe von Heft 12 der Mitteilungen aus dem NÖ Landesarchiv

- Bearbeitung und Herausgabe der Gesamturkundenreihe des NÖ Landesarchivs bis 1300

- Projekt „Mikroverfilmung österreichischer Besatzungsakten 1945–1955“ in Washington/Maryland, Moskau, Paris/Colmar und London, und zwar als Gemeinschaftsprojekt aller neun Bundesländer in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Staatsarchiv und dem Bundeskanzleramt

- Fortsetzung der Sonderausstellungen im Foyer des neuen Archigebäudes

- Fortsetzung der Intensivierung der Kontakte zur Universität Wien, anhaltende Erfolge auf Grund der oben angeführten Maßnahmen sind festzustellen.

- Vorarbeiten zur Herausgabe einer Geschichte der NÖ Landesregierung von 1918 bis zur Übersiedlung nach St. Pölten

- Fortsetzung der Arbeiten an der Herausgabe eines gedruckten Gesamtinventars der Bestände des NÖ Landesarchivs (Übersichtsinventar, Teilinventare)

- Fortführung der Arbeiten am 2. Band der Reihe „Wehrbauten und Adelssitze Niederösterreichs“

- Fortführung der EDV-mäßigen Erfassung der Bestände „Reichsstatthalter Niederösterreich bzw. Gauhauptmannschaft Niederösterreich“

NÖ Institut für Landeskunde

Schwerpunkte 2001

Sicherstellung des laufenden Institutsbetriebes; Planung und Durchführung landeskundlicher Symposien und Kurztage, Herausgabe der Reihe „Studien und Forschungen“, Öffentlichkeitsarbeit; Durchführung landeskundlicher Forschungsprojekte, Durchführung gemeinsamer Vorhaben mit dem NÖ Landesarchiv und der NÖ Landesbibliothek; Fortführung der NÖ Bibliographie und Unterstützung landeskundlicher Aktivitäten in Niederösterreich; Betreuung und Verbesserung des EDV-Systems für die gesamte Abteilung.

Symposien

Von 2. bis 5. Juli 2001 wurde in Retz im Althof das 21. Symposium des Instituts zum Thema „Urgeschichte in Niederösterreich – eine Bestandsaufnahme“ veranstaltet. Die Tagung, die in engem Zusammenwirken mit dem Museum für Urgeschichte in Asparn an der Zaya und mit Unterstützung durch die Stadt Retz veranstaltet wurde, bot 14 Referate sowie zwei Exkursionen und wurde von etwa 100 Teilnehmern besucht. 2001 erfolgten ferner die Planungen und Vorbereitungen für das 22. Symposium, das zum General-

thema „Regionalgeschichte in der Eisenwurzen am Beispiel des Raumes Scheibbs“ von 1. bis 4. Juli 2002 in Scheibbs stattfinden wird.

Gemeinsam mit dem NÖ Landesarchiv und mit Unterstützung durch die NÖ Landesbibliothek wurde am 13. November 2001 in St. Pölten eine Kurztage zum Thema „Zeitgeschichtliche Forschung im NÖ Landesarchiv“ durchgeführt, die von rund 100 Teilnehmern besucht wurde und großen Anklang fand. Für 2002 ist eine gemeinsame Kurztage mit der Evangelischen Religionspädagogischen Akademie in Vorbereitung; sie wird im April stattfinden und zwei Tage dauern.

Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

In der Reihe „Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde“ sind im Jahr 2001 in der Hauptreihe die Bände 24 (100 Jahre Krems) und 29 (Holzer, Slaven im Erlafstal) erschienen; in Planung bzw. Redaktion sind weitere zwei Aufsatzbände und drei Monographien.

Die Vorarbeiten für den zweiten Band der Sonderreihe „Wehrbauten und Adelssitze Niederösterreichs“, der in Zusammenarbeit mit dem NÖ Landesarchiv entsteht, wurden weitergeführt. Die Redaktion des ersten Bandes der Sonderreihe „Archäologie in Niederösterreich“ wurde beendet. Der Band ist im Dezember erschienen. Der 2. Band ist in Vorbereitung und wird im Laufe des Jahres 2002 fertig gestellt.

Das Institut betreute in Zusammenarbeit mit der Gruppe Kultur die Homepage der Abteilung. Kontaktaufnahmen mit Medien fanden ferner im Zuge des Symposiums und der Kurztage statt; die Tätigkeit der Abteilung wurde mediengerecht dargestellt.

Forschungsprojekte und Ausstellungen

Das Institut hat auch 2001 in Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv das Projekt „Wehrbauten und Adelssitze“ fortgesetzt. Das mit dem Verein für Landeskunde von Niederösterreich gemeinsam betriebene Projekt „Hofnamen Niederösterreichs“ wurde bis Mitte 2002 verlängert. In Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv wurde die Ausstellung „Moderne Burgenforschung in Niederösterreich“ durchgeführt sowie an Planung und Organisation weiterer Ausstellungen im Jahr 2002 mitgewirkt. Mitarbeiter des Instituts waren an den aktuellen zeitgeschichtlichen Vorhaben der Abteilung (Historikerkommission, Arisierung- und Rückstellungsfragen, Zwangsarbeiter) beteiligt.

Das Institut betreut ferner das Zwangsarbeiter-Projekt der Abteilung organisatorisch.

Dokumentation und Bibliographie, Handbibliothek

Ende 2001 waren rund 38.000 Titel erfasst; davon stehen über 36.100 in der STAIRS-Datenbank LAKU für Abfragen zur Verfügung. 3.000 Datensätze wurden im Sinne einer Qualitätssteigerung überarbeitet.

Der Zuwachs der Handbibliothek des Instituts betrug 451 Bände. Die Neuzugänge beider Bibliotheken der Abteilung wurden EDV-mäßig verarbeitet. Im Zuge der Erfassung der Altbestände (Archiv und Institut) wurden 2001 1.250 Titel bearbeitet.

EDV-System (Gesamtabteilung)

Das Institut betreut seit der Übersiedlung die EDV der Gesamtabteilung. 2001 wurde auf dem Hardware-Sektor ein umfangreicher Geräteaustausch durchgeführt: 16 Arbeitsplätze wurden mit neuen PCs und Monitoren ausgestattet; das Archivaufbewerdepot Bad Pirawarth wurde vernetzt und mit drei zusätzlichen EDV-Arbeitsplätzen versehen. Die für die verschiedenen Projekte der Abteilung angelegten fünf Datenbanken wurden gewartet, und die Programme wurden teilweise nachjustiert. Die laufende Betreuung und Schulung der Benutzer wurde sichergestellt.

Ferner nahmen die EDV-Beauftragten am Arbeitskreis L2C (Linkworks to Components) teil, der die Umstellung des derzeitigen Systems und die sich daraus ergebende Langzeitarchivierung elektronischer Akten zum Ziel hat. Dazu kommt auch die regelmäßige Teilnahme an EDV-Kursen und -arbeitsgruppen sowie die Vertretung der Abteilung an den Treffen der EDV-Referenten der österreichischen Landesarchive.

Wissenschaftliche Tätigkeiten, Teilnahme an Projekten und Veranstaltungen, Veröffentlichungen

Anfragebeantwortungen wurden schriftlich, mit e-mail oder telefonisch erledigt. Im Rahmen der Anfragen von Zwangsarbeitern an die Abteilung wurden rund 100 Übersetzungen und Transkriptionen erstellt. Mitarbeiter des Instituts arbeiteten an Bezirks- und Ortskunden (Waidhofen/Thaya; Allentsteig) mit; ferner wurde eine Zeitschriften-Bibliographie für 2000 und eine Reihe von Beiträgen für das Projekt NÖ Archiv und andere Publikationen verfasst. Ferner nahmen Institutangehörige an Symposien (21. Institutssymposium) und Tagungen (19. November Kurztage; 29. Archivtag) teil. Mitarbeiter des Instituts waren als Vortragende und Führer im Rahmen landeskundlicher Veranstaltungen tätig. Mitarbeiter des Instituts übten ferner im Verein für Landeskunde von Niederösterreich organisatorische, redaktionelle und wissenschaftliche Tätigkeiten aus.

Ziele 2002

Im Publikationsbetrieb wird auf die Herausgabe der noch ausstehenden Aufsatzbände besonderer Wert gelegt. Die Archäologiereihe wird fortgesetzt. Beim Projekt „Wehrbauten und Adelsitze“ wird die Herausgabe des 2. Bandes angestrebt. Die Symposien bzw. Tagungen (Scheibbs, St. Pölten) werden organisiert

und durchgeführt. Die Aktivitäten des Vereins für Landeskunde sowie anderer landeskundlicher Gesellschaften werden unterstützt. Die gemeinsam mit dem NÖ Landesarchiv durchgeführten Projekte werden fortgesetzt und die zeitgeschichtlichen Forschungen im Rahmen von Kleinprojekten ergänzt. Auf dem EDV-Sektor sind weitere Verbesserungen der Ausstattung und Software geplant.

Abteilung NÖ Landesbibliothek

Schwerpunkte 2001

Das Jahr 2001 war neben dem Routinebetrieb von vermehrter Ausstellungstätigkeit und einer pensionierungsbedingten kleinen Umorganisation geprägt; daneben arbeitete die NÖ Landesbibliothek am Effizienzprojekt der Gruppe Kultur, Wissenschaft und Unterricht mit. Im Routinebetrieb wurde neuerlich eine Steigerung der Besucherzahlen erreicht: Durch 767 neue Leser stiegen die Benutzerszahl um 5,4% und die Buchentlehnungen außer Haus um 7,8% – die Medienbenutzung im Haus wird statistisch nicht erfasst. Damit konnte die NÖ Landesbibliothek ihren guten Auslastungsgrad erhalten. Zur besseren Befriedigung von Benutzerwünschen trat die NÖ Landesbibliothek im Jahr 2001 zwei internationalen Einrichtungen bei: Einerseits verwendet die NÖ Landesbibliothek als eine der ersten Bibliotheken Österreichs das „IFLA Voucher Scheme“, wodurch sie in der Lage ist, sämtliche vor Ort nicht vorhandene Literatur für wissenschaftliche Arbeit, Beruf, Aus- und Fortbildung im Wege des internationalen Leihverkehrs für den Benutzer kostengünstig zu besorgen. Andererseits wurde die NÖ Landesbibliothek als erste österreichische Bibliothek Mitglied des „Collaborative Digital Reference Service“, einer weltweiten Internetkooperation zwischen Bibliotheken, in der Fragestellungen, die an Bibliotheken herangetragen werden und von diesen nicht selbst beantwortet werden können, automatisch der nach ihrem Profil kompetentesten Mitgliedsbibliothek zur Beantwortung zugewiesen werden. Daneben wurde natürlich auch die Führungs- und Schulungstätigkeit weitergeführt, wobei sich hier vor allem die neue Führung des Fachhochschulstudienlehrganges St. Pölten positiv ausgewirkt hat, die Studienanfänger an der Fachhochschule den Besuch einer Benutzerschulung in der NÖ Landesbibliothek vorschreibt. Daher wurde auch die geplante Institutionalisierung von Benutzerschulungen zu Fixterminen nicht realisiert. In 10 Führungen und 23 Benutzerschulungen wurden insgesamt 721 Personen betreut.

Das Projekt DITHAKA (Digitalisierung topographisch-historischer Ansichten und Karten) wurde weitergeführt, wobei die Anzahl der gescannten Objekte gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt werden konnte. Etwa ein Drittel dieser Scans sind Benutzeraufträge, die erst zu einem späteren Zeitpunkt neu katalogisiert in der Bilddatenbank angeboten werden. Damit liegen nun die Orte Absdorf bis Brunn sowie Mödling und St. Pölten in digitaler Form vor.

Eine wertvolle Bereicherung erhielt die Topographische Sammlung durch den Ankauf des ca. 30.000 Bilder umfassenden Niederösterreichteils der „Historischen Bilddatenbank Essmann“. Die historische Fotosammlung stammt aus Familienbesitz; sie wurde in drei Generationen zusammengetragen und in den letzten acht Jahren digitalisiert. Die Sammlung beginnt vor der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert; Ansichten der bekannten Postkartenverlage Schwidernoch, Sperling, Ledermann, Mörtel und BKW sind ebenso enthalten wie exklusiv die Fotoaufnahmen des Verlages des Deutschen Schulvereines, der „Greifkarte“ und des Verlages „Anitta“, die nie den Handel erreichten, weil der Zweite Weltkrieg eine Drucklegung verhinderte.

Bedingt durch das große Interesse an den Ausstellungsmöglichkeiten in der NÖ Landesbibliothek konnten im vergangenen Jahr acht Ausstellungen in den zwei Ausstellungslökalen Ausstellungsraum und Lesebereich gezeigt werden. Zur Durchführung eines parallelen Ausstellungsbetriebes werden daher die notwendigsten Ausstellungshilfen angeschafft.

Nach dem Übertritt in den Ruhestand des Betreuers der Burgenkundlichen Sammlung wurde aus arbeitstechnischen und organisatorischen Gründen die Sammlung als eigener Organisationskörper der NÖ Landesbibliothek aufgelassen und die Bild- und Planbestände der Topographischen bzw. der Kartensammlung zur Einarbeitung in deren Bestände übergeben. Damit wurde die bisherige historische gewachsene Zweigleisigkeit in Bearbeitung und Benützung aufgehoben.

Probleme 2001

Die seit Jahren aufgezeigten Problemfelder – Budget und Personal – sind auch im abgelaufenen Jahr spürbar geworden. Zwar konnte durch die ungekürzte Zurverfügungstellung des Kreditansatzes schon zu Jahresbeginn ein kontinuierlicher Bestandsaufbau getätigt werden, doch wurde der Medienankauf gegen Jahresende durch die Finanzierung des Ankaufes der Sammlung Essmann aus den laufenden Mitteln abrupt unterbrochen. Ohne Verstärkungsmittel im Jahr 2002 wird diese für den Bestandsaufbau bedrohliche Situation prolongiert, da die Finanzierung dieses Ankaufes auf zwei Jahresbudgets aufgeteilt wurde.

Personalmäßig hat sich durch die ersatzlose Ruhestandsversetzung eines Mitarbeiters die Situation noch verschärft. Dank der seit Jahren erfolgreich eingesetzten Automationstechnologien konnte dieser Ausfall für den laufenden Zuwachs kompensiert werden. Die Einarbeitung von Altbeständen bzw. von umfangreichen Geschenken der letzten Jahre musste jedoch vor allem im qualifizierten Erschließungsbereich hintangestellt werden. Die Personalsituation illustrierend sei angemerkt, dass der Mitarbeiterstand seit Einführung der Automationsunterstützung im Wesentlichen unverändert blieb, die Zuwachs- und Benutzungsziffern aber enorm gestiegen sind. So wuchs die NÖ Landesbibliothek im Jahr 1983 um 4.191 Bände (2001: 8.511), so entlehnten im selben Jahr 3.885 Leser 7.412 Bände (2001: 13.029 Leser 20.438 Bände), so wurden 1.660 Periodica verwaltet (2001: 3.800); darüber hinaus wurden im Jahre 1983 noch keine Ausstellungen und sonstigen Veranstaltungen organisiert.

Chronik 2001

- 16. 1. Videopräsentation „Autorenporträt Günther Stingl“ durch LHStv. Prokop
- 16. 1. Mit dem Vortrag „Das NÖ Stathaltereigebäude in der Wiener Herrngasse“ von Mag. Elisabeth Schmalhofer beginnt das Vortragsprogramm des Vereines für Landeskunde von Niederösterreich in der NÖ Landesbibliothek. Wei-

tere Vorträge fanden am 20. 3., 24. 4., 25. 9. und 23. 10. statt.

- 20. 2. Offizielle Eröffnung der Außenstelle Waidhofen an der Thaya
- 6. 3. Eröffnung der Ausstellung „Hubert Schmid – Malerei und Graphik“ durch den Bibliotheksdirektor (Ausstellung bis 27. 4.)
- 20. 3. Eröffnung der Ausstellung „Ingrid Süschetz – Licht & Natur“ durch LAbg. Hans-Stefan Hintner (Ausstellung bis 27. 4.)
- 8. 5. Eröffnung der Ausstellung „Meine Reise mit dem Zweirad um die Welt – Gustav Sztavjanik, Hermann Härtel“ durch LAbg. Mag. Klaus Schneeberger (Ausstellung bis 28. 6.)
- 10. 5. Eröffnung der bibliothekseigenen Ausstellung „Die Bezirke Lilienfeld und Scheibbs – Alte Ansichten und Bücher“ durch Prälat Dr. Norbert Mussbacher (Ausstellung bis 28. 9.)
- 18. 5. Die Bibliotheksfachhochschule in Frankfurt am Main besucht mit 21 Studenten im Rahmen ihrer Österreichexkursion die NÖ Landesbibliothek
- 19. 6. Literarische Veranstaltung „Ein Abend mit Peter Henisch“
- 17. 8. Eröffnung der Ausstellung „Sieglinde Pfaller Shattuck – Paintings“ durch LAbg. Dr. Martin Michalitsch (Ausstellung bis 7. 9.)
- 1. 9. Tag der offenen Tür im Rahmen des 8. St. Pöltner Höfefestes
- 11. 9. Eröffnung der Ausstellung „Fischamend – eine Wiege der Luftfahrt in Österreich“ durch LAbg. Sissy Roth (Ausstellung bis 12. 10.)
- 2. 10. Buchpräsentation „Pielachtal – Musikalische Brauchformen“ durch Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka
- 2. 10. Eröffnung der Ausstellung „Prof. Robert Herfert – Graphik“ durch LAbg. Maria-Luise Egerer (Ausstellung bis 17. 10.)
- 23. 10. Eröffnung der Ausstellung „Historische und aktuelle Bodenkarten von Niederösterreich“ durch Bibl.-Dir. a. D. Prof. Dr. Hermann Riepl
- 30. 10. Buchpräsentation „Body & Globe“ durch Orte-Architektur Netzwerk
- 13. 11. Symposium des NÖ Landesarchiv „Zeitgeschichtsforschung in Niederösterreich“
- 27. 11. Lesung Milan Racek
- 4. 12. Festakt anlässlich des 75. Geburtstages von Univ.-Prof. Hofrat Dr. Karl Gutkas. Als Festredner fungieren Arch.-Dir. a. D. Univ.-Prof. Dr. Helmut Feigl und Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka
- 5. 12. Präsentation der Literaturzeitschrift „@cetera“
- 14. 12. Besuch des Präsidenten des Tschechischen Senates Petr Pithart

Leihgaben

10 Objekte wurden für die Landesausstellung „Sein & Sinn/Burg & Mensch“ in Ottenstein und Waldreichs, die Ausstellung „Garten-Kunst“ in der Hermesvilla in Wien, für die Ausstellung „Charles-Jo-

seph de Ligne“ in Brüssel, für die Ausstellung „Moderne Burgenforschung in Niederösterreich“ in Sankt Pölten und für das Benedict-Randhartinger-Museum in Ruprechtshofen zur Verfügung gestellt. 208 Objekte dienten als Reprovorlagen.

EDV-Einsatz

Die für das Jahr 2001 gesteckten Ziele wurden im Wesentlichen erreicht. Hervorzuheben ist die Anschaffung und Inbetriebnahme des BIS-C-Spiegelservermoduls, wodurch der Katalog auch unter der Adresse <http://www.landesbibliotheken.at> in Echtzeit verfügbar ist und überdies die Voraussetzung für die Verwirklichung der projektierten Clearingstelle für Normdateien geschaffen wurde. Die Software Remedy wurde in Betrieb genommen, was mit einer Neuinventarisierung der vorhandenen Hardware verbunden war. Alle noch vorhandenen 15"-Bildschirme wurden gegen 17"-Bildschirme und alle Arbeitsstationen unter Pentium 233 gegen Pentium III 550 ausgetauscht (insgesamt sind in der Bibliothek derzeit 31 PCs in Verwendung). In der Folge wurde der Umstieg auf den e-mail-Client Outlook 2000 als Nachfolgeprodukt von Netscape Messenger 4.7 durchgeführt.

Die Katalogdatenbanken umfassen nunmehr ca. 4,2 Mio. Datensätze (davon ca. 225.000 Titel-Datensätze), was einem Speicherplatz von ca. 2,6 Gigabyte entspricht; die Verwendung der Bibliothekssoftware BIS-C (Fa. DABIS) sowie der wöchentliche Online-Nutzungsbezug der Normdateien PND, GKD und SWD verliefen weiterhin sehr zufrieden stellend; auch die Einrichtung eines Telearbeitsplatzes für eine Mitarbeiterin hat sich sehr bewährt und bereitet keinerlei technische Probleme.

Ergänzend zum bestehenden Angebot eines Webzugriffes auf die Kataloge (seit 1998) werden nunmehr benutzerfreundliche Online-Formulare für die Bestellung von Leserausweisen, für die Entlehnung/Verlängerung/Vormerkung/Reservierung von Büchern, für Fernleihbestellungen sowie für den Vorschlag von Buchankäufen angeboten, so dass die Erfordernisse des E-Government für den Bereich der Landesbibliothek bereits als erfüllt angesehen werden können.

Neben der Verwirklichung der projektierten Clearingstelle für Normdateien besteht die nächste größere Aufgabe in der Implementierung und Verfügbarmachung des neu angeschafften, ca. 30.000 Bilder umfassenden Niederösterreichteils der Sammlung Essmann.

Ziele 2002

- Bibliothekseigene Ausstellung „Klösterliche Geschichtsforschung in Niederösterreich 1600–2000“
- Ausstellung „Hüben & Drüben – Grenzenlos. Aquarelle von Gerhard Sil-

berbauer“, Ausstellung über das Comenius-Projekt des Kindergartens Gföhl, Ausstellung Karl Gisy, Ausstellung Silber Sheu, Ausstellung Hans Müllebner, Ausstellung „Geologie in Niederösterreich“, Ausstellung Anton Eckel, Ausstellung Ingrid Kamper, Ausstellung Traute Molik-Riemer

- Erstellung eines Leitbildes für die NÖ Landesbibliothek
- Fortführung des Projektes DITHAKA
- Implementierung der „Sammlung Essmann“
- Übernahme von Buchbeständen der Abteilung Kultur und Wissenschaft
- Schaffung einer Clearingstelle für Normdaten
- Access-Schulung einiger Mitarbeiter

Statistik 2001

Druckschriftensammlung

Bücherzuwachs	
durch Kauf	2.512 Bände
Tausch	364 Bände
als Bibliotheksstück	2.322 Bände
als Geschenk	3.313 Bände
Gesamtzuwachs	8.511 Bände

Der Bücherzuwachs 2001 betrug 8.511 Bände. Das ergibt einen Gesamtbestand von 227.119 Bänden.

Periodika

Zugang	
Kauf	299 bibliograph. Einheiten
durch Tausch	289 bibliograph. Einheiten
als Bibliotheksstück	2.248 bibliograph. Einheiten
als Geschenk	964 bibliograph. Einheiten
Gesamtbestand	3.800 bibliograph. Einheiten

Benutzerfrequenz

Anzahl der Benützer	13.029 Personen
Entlehnte Werke	20.438 Bände
Aus anderen Bibliotheken entlehnt	581 Bände

Die NÖ Landesbibliothek wurde an 244 Öffnungstagen von insgesamt 13.295 Benützern frequentiert; das sind pro Öffnungstag durchschnittlich 54,5 Personen.

AV-Mediensammlung

Schallplatten	63
Audio-CDs	62 (+12)
CD-ROMs	172 (+30)
Kompaktkassetten	112 (+ 6)
Videokassetten	216 (+50)
Mikrofilm	2
Disketten	17 (+ 1)

Landkartensammlung

Kartentitel	3.522 (+222)
Anzahl der Kartenblätter	17.260 (+935)
Atlanten	509 (+ 25)

Benutzung: 177 Personen benutzten 1.239 Signaturen mit 3.717 Blättern.

Topographische Sammlung, Porträtsammlung, Flugschriftensammlung und Exlibrissammlung

Topographische Ansichten	21.956 (+169)
Ansichtskarten und Fotos	56.293 (+551)
Porträts	4.500 (+446)
Flugschriften	551
Exlibris	594
Kupferplatten	352

Benutzung: 89 Personen benutzten 113 Ortskarten und 69 Foto-Orte.

Burgenkundliche Sammlung

Ansichten	28.279
Zeitungsausschnitte (Kuverts)	9.915 (+109)
Pläne und Karten	806
Negative	6.825
Diapositive	4.759
Korrespondenzkarten	1.967

Restaurierungswerkstätte

In der Restaurierungswerkstätte der NÖ Landesbibliothek wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

Aquarelle, Graphiken, Foto und Landkarten	47 Stück
Digitalisierte Objekte	2.527 Stück
Pergament-, Leder- und Leinenbindungen	153 Bände
Vorbereitete Objekte für Ausstellungen	1.361 Stück
Alben, Hefte, Mappen und Schachteln	276 Stück
Katalogisierungen	1.769 Stück

Abteilungen Schulen und Kindergärten

Schulwesen

Sonderschulen des Landes

In der Landessonderschule Allentsteig wurde der bestehende Turnsaal general saniert und ein Geräte- und ein Gymnastikraum zugebaut. Der Zubau wurde als Holzständerkonstruktion mit eingefüllten Strohhallen ausgeführt. Planung und Bauaufsicht erfolgten durch die Abteilung Landeshochbau.

In der Landessonderschule Hollabrunn wurde mit der Trockenlegung des Kellers im Schulgebäude begonnen. Weiters wurden Brandschutztüren eingebaut.

In der Landessonderschule Hinterbrühl konnte nach dem Zubau zum Schulgebäude der Umbau fertig gestellt werden.

Dienst- und Besoldungsrecht der Landeslehrer

In den Sitzungen der NÖ Landeslehrerkommission für allgemein bildende Pflichtschulen wurden 61 schulfeste Leiterstellen nach Ausschreibung durch definitive Ernennungen besetzt. Bei der Vergabe von Leiterstellen wurden 173 Anhörungen durchgeführt.

Gemäß § 8 LDG 1984 wurden 22 Dienstposten besetzt.

Im Zusammenhang mit diesen Ernennungen und Besetzungen wurden 91

abweisende Bescheide für schulfeste Leiterstellen erlassen.

Weiters wurden 29 Entscheidungen über Berufungen gegen dienst- und besoldungsrechtliche Bescheide des Landesschulrates bzw. der Landeslehrerkommission gefällt.

2 Gegenschritten an den Verfassungs- bzw. Verwaltungsgerichtshof wurden erstatet.

Religionslehrer

Für 354 Laien-Religionslehrer und etwa 320 Geistliche und Ordensangehörige, die als kirchlich bestellte Religionslehrer an Pflichtschulen in Niederösterreich unterrichten, wurde die Anweisung der Bezüge, Fahrtkostenzuschüsse sowie der monatlich anfallenden Reisegebühren und Mehrdienstleistungen vorbereitet bzw. veranlasst.

Durch den jährlichen Personalwechsel bei den kirchlich bestellten Religionslehrern mit Beginn des Schuljahres und durch die Euro-Umstellung war für eine termingerechte Anweisung ein erhöhter Verwaltungsaufwand zu verzeichnen.

Weiters wurden ca. 360 An- bzw. Abmeldungen bei der NÖ Gebietskrankenkasse vorgenommen und etwa 850 Krankenscheine auf Anforderung ausgestellt sowie die entsprechende Gebühr mit der NÖ Gebietskrankenkasse verrechnet.

Für die in Niederösterreich bestellten Religionslehrer der Islamischen Glaubensgemeinde bzw. der orthodoxen Kirchen (derzeit 56 Lehrer) ergeben sich weiterhin Probleme bezüglich Stunden- und Gruppeneinteilung bzw. in dienstrechtlicher Hinsicht, welche einen intensiven Kontakt mit der Glaubensgemeinde und einzelnen Schuldirektionen erfordern.

Insbesondere durch die Bearbeitung im EDV-Abrechnungssystem IPA waren für die Bezugsanweisung der Lehrer im gesamten Jahr 2001 vermehrt Prüfungen durch die Verwaltung notwendig, Änderungen laufend auch per Computereingabe zu erfassen, und bisherige Aufgaben der Verrechnung (Buchhaltung) mussten durch direkte Eingaben erledigt werden.

Förderungen

489 begabten und bedürftigen Schülern und Schülerinnen an allgemein bildenden höheren Schulen (1. bis einschließlich 5. Klasse) wurden im Schuljahr 2000/2001 Schülerbeihilfen im Gesamtbetrag von € 138.093,94 (S 1.900.214,-) bewilligt.

Zu den Kosten der Beaufsichtigung von Fahrschülern an allgemein bildenden öffentlichen Pflichtschulen außerhalb des Unterrichts wurden für das Schuljahr 2000/2001 311 Antragstellern Beiträge

in Gesamthöhe von € 143.361,48 (S 1.972.697,-) bewilligt. Die Förderung betrug durchschnittlich € 2,07 (S 28,47) pro Aufsichtsstunde.

Schulerhaltungsbeiträge für Gemeinden und Länder in Gesamthöhe von € 151.300,- (S 2.082.000,-) wurden den gesetzlichen Schulerhaltern angewiesen.

Bildstellenwesen

Tätigkeiten 2001

Schulung und Information der Lehrer und Schulleiter, der Bildstellenleiter, Mitarbeiter sowie der Schulaufsichtsorgane und der Schulerhalter; Medienverleih, Medienbeschaffung, Geräteservice, Führung der Mediathek.

Probleme 2001

Die Medienanforderungen (Filme, Videofilme etc.) der Schulen konnten nur teilweise erfüllt werden. Dies liegt einerseits an der rechtlichen Einschränkung der Vervielfältigungsmöglichkeit, andererseits an den vorhandenen Auflagezahlen.

Eine verstärkte spezielle Aus- und Fortbildung der im Bildstellenwesen tätigen Lehrer (Bildstellenleiter und Mitarbeiter) insbesondere auf den Gebieten der „Neuen Medien“ und „Telekommunikation“ als Gegenstand von Bildung ist dringend erforderlich, um den Informations- und Schulungserfordernissen für Lehrer und Schulerhalter besser gerecht werden zu können.

Die Unterbringung und Versorgung der Bildstellen (Geräte, Einrichtungsgegenstände und Personal) entspricht noch nicht den Erfordernissen.

Ziele 2002

- Schulung der Lehrer in der sinnvollen Mediennutzung unter Einbeziehung der neuen Medientechnologien sowie der Medienpädagogik
- Beratung der Schulerhalter und Schulleiter zur Beschaffung von AV-Geräten und Medien sowie hinsichtlich eines pädagogisch sinnvollen schrittweisen Ausbaus der Ausstattung speziell im Hinblick auf die neuen Anforderungen des IT-gestützten Unterrichts
- Medien- und Gerätebeschaffung (Ankauf) sowie Intensivierung der landesspezifischen Medien-Produktionen mit Planung, Begutachtung, Bewertung sowie Bereitstellung für den Verleih
- Ausbau der Mediathek
- Ausbau der Bildstellen – personell, räumlich und ausstattungsmäßig, um den Anforderungen des IT-gestützten Unterrichts in den Schulen noch besser gerecht zu werden
- Zeitgemäße Ausbildung der Bildstellenleiter und des Personals der Landesbildstelle

Statistik 2001

Leistungen	
Lehrerschulungen (methodisch-didaktisch und technisch)	8.749
Medienentlehnungen (Wochen)	79.986
Geräteentlehnungen	336
Medienbeschaffung (Selbsterstellung und Ankauf)	1.578
Medien (Filme, Diapositivreihen, OHT-Serien) in Produktion	10
Kostenlose Medienzuteilung an Schulen (OHT-Serien, didaktische EDV-Software)	1.583
Gerätebeschaffung	47
Geräteservice	527
Bezirksbildstellenleiter- und Mitarbeiter-Schulung	7 Tage
Medien- und Gerätebestand	
Videofilme	14.279
DVD	292
Filme	20.998
Diapositivreihen (1 Reihe durchschnittlich 20 Diapositive)	15.046
Overheadtransparente u. a.	3.539
AV-Geräte	1.111

Kindergartenwesen

● Die Funktion der Abteilung Kindergärten als Dienststellenleiter der Kindergärtnerinnen der Städte mit eigenem Statut wurde wie bisher ausgeübt (Personalstand: 189 Kindergärtnerinnen – darunter 26 in Mutterschafts- bzw. Karenzurlaub – und 22 Springerinnen).

● Die Anzahl der Heilpädagogischen Kindergärtnerinnen in der Heilpädagogischen Assistenz betrug 123; 30 Heilpädagogische Kindergärtnerinnen befanden sich in Mutterschafts- bzw. Karenzurlaub. Eine Heilpädagogische Kindergärtnerin war in einer Heilpädagogischen Gruppe tätig.

● 46 Heilpädagogische Kindergärtnerinnen wurden in Heilpädagogisch-Integrativen Gruppen mit verstärktem Personaleinsatz für nichtbehinderte und behinderte Kinder gemeinsam geführt und 6 Springerinnen für die HPI Gruppen

● 15 Interkulturelle Mitarbeiter betreuen in Niederösterreich Kinder aus anderen Kulturkreisen. Eine Interkulturelle Mitarbeiterin befindet sich im Mutterschaftsurlaub.

● 2001 wurden in NÖ Landeskindergärten 484 Integrationsgruppen gemäß § 6 des NÖ Kindergartengesetzes geführt.

● 271 Veranstaltungen wurden in der Fortbildung der Kindergärtnerinnen und Heilpädagogischen Kindergärtnerinnen vom Zentrum für Kindergartenpädagogik in Zusammenarbeit mit der Landesamtsdirektion und der NÖ Landesakademie durchgeführt.

Vom 30. August bis 1. September 2001 fand in St. Pölten das 12. NÖ Kindertagsymposium zum Thema „Fremd und Vertraut“ statt.

● Von der Gemeindeverwaltungsschule wurden auch 2001 wieder Helferinnen-schulungen angeboten, wovon die Referenten von der Abteilung Kindergärten zur Verfügung gestellt wurden.

Im Jahr 2001 wurden Lehrgänge zur Ausbildung zu Kindergartenhelferinnen weitergeführt.

● Im Jahr 2001 wurden von der Abteilung Kindergärten die Führungskräfteausbildungen für Kindergartenleiterinnen weitergeführt.

● Mit 31. 12. 2001 gab es 1.095 rechtlich errichtete NÖ Landeskindergärten, wovon 1.036 in Betrieb waren. Es bestanden 2.133 rechtlich errichtete Gruppen, wovon 2.074 in Betrieb waren. Die Zahl der Privatkinderergärten betrug 52.

● Förderungen für Privatkinderergärten: € 2.286.978,92 (S 31.469.516,-). Beiträge an die Gemeinden zum Personalaufwand der Kindergartenhelferinnen: € 14.494.895,68 (S 199.454.113,-).

NÖ Schul- und Kindergartenfonds

2001 setzten sich die Einnahmen aus dem Landesbeitrag, aus Bedarfszuweisungen, dem Rückfluss gegebener Darlehen, einer Rücklagenentnahme aus 2000 sowie einer Darlehensaufnahme zusammen.

Die Ausgaben im Jahr 2001 bestanden aus Beihilfen an Gemeinden und Schulgemeinden sowie aus den eigenen Verpflichtungen aus Darlehensaufnahmen. Das Kuratorium trat im Jahr 2001 in zwei Sitzungen zusammen; in diesen wurden Mittel nach folgendem Voranschlag vergeben:

Einnahmen:	
Landesbeitrag	S 100.000.000,-
Bedarfszuweisungen	S 367.000.000,-
Darlehensrückflüsse	S 159.100.000,-
Darlehensaufnahme	S 139.900.000,-
Rücklage 2000, Aufhebung	S 69.739.000,-
Einnahmen insgesamt	S 835.739.000,-
Ausgaben:	
Tilgung	S 299.000.000,-
Zinsenbelastung	S 115.386.000,-
Steuer und Verwaltungsgebühr	S 1.802.000,-
Beihilfen	S 419.241.000,-
Kunstbeitrag	S 310.000,-
Ausgaben insgesamt	S 835.739.000,-

Der Landtag von Niederösterreich beschloss am 29. Juni 2000 und am 22. November 2001 Änderungen des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes, LGBl. 5070, wodurch Gemeinden und Gemeindeverbände als Betreiber einer mit einer öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschule baulich zusammenhängenden Musikschule bzw. als Errichter einer Tagesbetreuungseinrichtung oder eines Hortes aus dem NÖ Schul- und Kindergartenfonds unterstützt werden können.

Bei der gesamten Gruppe wurde Fabasoft Components in einem sehr frühen Entwicklungsstadium eingesetzt. Dies hat wegen der Schwäche des Systems zu einem erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand geführt. Die laufenden Gesetzesumstellungen haben beson-

ders die Abteilung Agrarrecht stark belastet. Die Förderabteilungen wurden nach wie vor durch Schwierigkeiten bei der Umsetzung der EU-Richtlinien bei der Förderungsabwicklung stark in Anspruch genommen. Durch die Abwicklung der Problematik im Zuge des Gen-

maises entstand im Sommer abteilungsübergreifend zusätzlicher Organisationsaufwand, der in der Zusammenarbeit jedoch rasch bewältigt werden konnte.

Abteilung Agrarrecht

Die Abteilung ist in I. und II. Instanz zur Vollziehung der auf dem Gebiet des Agrarwesens im weitesten Sinn erlassenen Gesetze und Verordnungen zuständig. Dazu gehören vor allem die Angelegenheiten des Grundverkehrs, des Ausländergrundverkehrs, des Marktwesens, des Kulturflächenschutzes, des Jagd-, Fischerei-, Forst-, Tierversuchs-, Veterinär-, Pflanzenschutz-, Pflanzgut-, Pflanzenschutzmittel-, des Saatgut-, des Düngemittel- und des Futtermittelwesens, des landwirtschaftlichen Bodenschutzes und schließlich die Angelegenheiten der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, der NÖ Landarbeiterkammer und der NÖ Tierärztekammer einschließlich der Durchführung der Wahlen sowie des Aufsichtsrechtes über diese Kammern und den NÖ Landesjagdverband. In den weiteren Aufgabenbereich der Abteilung fallen durch die Vielzahl der zu vollziehenden Materien umfangreichste legistische Arbeiten einerseits durch Erstellung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen und andererseits im Rahmen von Gesetzes- und Verordnungsbegutachtungsverfahren.

Probleme 2001

Die legistische Tätigkeit wird seit dem Beitritt zur EU und die Vielzahl der zu vollziehenden Materien sowie die damit zusammenhängende Umsetzungs-kompetenz von EG-Vorschriften durch Bund oder Land, welche in einzelnen Rechtsmaterien immer wieder strittig ist, als auch durch den enormen zeitlichen Umsetzungsdruck immer schwieriger. Dazu kommen noch die Probleme des Konsultationsmechanismus, die Notwendigkeit zur Beurteilung der finanziellen Auswirkung von legistischen Maßnahmen im Landesbereich und die Beachtung der Informationsrichtlinie 98/34/EG in der Fassung der Richtlinie 98/48/EG. In Umsetzung des abgeschlossenen Effizienzsteigerungsprojektes wurde eine Reihe von Landesgesetzen überarbeitet oder neu erlassen (z. B. NÖ Fischereigesetz 2001, NÖ Jagdgesetz 1974). Hinzu kam 2001 noch die Umstellung

der Schilling- auf Euro-Beträge in etwa 18 Landesgesetzen und in einer Reihe von Verordnungen.

Die Abteilung Agrarrecht war gemeinsam mit anderen Abteilungen der Gruppe Land- und Forstwirtschaft Pilotabteilung für die Einführung des LAKIS-Nachfolgeprojekts.

Ziele 2002

Der Beitritt zur EU macht die ständige Umsetzung und Anpassung und Nachbesserung zahl- und umfangreicher Rechtsvorschriften an die EG-Normen und Judikatur des EuGH notwendig. Trotz angeführter Umsetzungsschwierigkeiten in sämtlichen Rechtsbereichen sollen Beschwerde- und Vertragsverletzungsverfahren tunlichst vermieden werden. Trotz zeitlicher Engpässe muss die Aus- und Weiterbildung der rechtskundigen Mitarbeiter speziell im EU-Bereich, aber auch in den übrigen Bereichen, dem Erfordernis einer bürger- und serviceorientierten Verwaltung entsprechend, forciert werden. Außerdem muss eine verstärkte Einbindung in vorbereitende Rechtsakte der EU erfolgen, um die Interessen des Landes NÖ so früh als möglich einbringen zu können. Weitere umfangreiche legistische Arbeiten sind auch für 2002 als Abschluss der Effizienzprojekte bei der Abteilung Agrarrecht erforderlich. Im Jahr 2002 soll die Umstellung auf das LAKIS-Nachfolgeprojekt abgeschlossen werden.

Jagdangelegenheiten

Die Abteilung ist in Vollziehung und Legistik des NÖ Jagdgesetzes 1974, LGBl. 6500-15, der NÖ Jagdverordnung, LGBl. 6500/1-34, sowie sonstiger Verordnungen auf Grund des NÖ Jagdgesetzes sowohl in I. als auch in II. und letzter Instanz tätig. Sie bereitet darüber hinaus die Arbeiten der Landeswahlbehörde für Jagdausschusswahlen vor, verwertet die Stellungnahmen des von ihr einzuberufenden Landesjagdbeirates, die Gutachten der

Amtsachverständigen und nimmt in Wahrnehmung ihres Aufsichtsrechtes durch einen Vertreter an den Sitzungen der Organe des Landesjagdverbandes teil. Zum weiteren Aufgabenbereich zählt die Kontaktaufnahme mit verschiedenen Interessenvertretungen und Institutionen in Angelegenheiten des Jagdwesens, ebenso die Vorbereitung und Teilnahme an der Durchführung von Jagdprüfungen, Jagdaufseherprüfungen sowie Berufsjägerprüfungen und nicht zuletzt die Herausgabe einschlägiger Vorschriften und Erlässe. Bei der Abteilung ist die Landeskommission für Jagd- und Wildschäden als Berufungsinstanz in Wildschadensangelegenheiten eingerichtet.

Schwerpunkte 2001

- Erledigung von Berufungen gegen Abschussverfügungen, Berufungen betreffend Jagdkartenentzüge, Berufungen betreffend Verfahren über die Neuverpachtung von Jagdgebieten im Vorfeld zu den im Jahr 2001/2002 bevorstehenden Jagdgebietsfeststellungsverfahren
- Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974, LGBl. 6500, der NÖ Jagdverordnung, LGBl. 6500/1, und der NÖ Jagdausschuß-Wahlordnung, LGBl. 6501, im Zuge der Euro-Umstellung
- Behandlung jagdrechtlicher Anfragen
- Rechtliche Unterstützung der Jagdrechtsreferenten und Amtsachverständigen der Bezirksverwaltungsbehörden in Sachen Jagdgebietsfeststellungen für die am 1. Jänner 2002 beginnende Jagdperiode
- Verstärkte Anfragen von Bürgern und Behördenvertretern betreffend die Verpachtung von Genossenschaftsjagdgebieten und die Jagdgebietsfeststellung für die kommende Jagdperiode
- Bestellung einzelner Mitglieder von Prüfungskommissionen für die Jagdaufseherprüfung
- Durchführung von Jagdaufseherprüfungen und Berufsjägerprüfungen
- Aktualisierung von Informationen betreffend die Jagd auf der Homepage des Landes NÖ

- Vorbereitung der Umsetzung von zwei Richtlinien der EG und einer umfangreichen Novelle des NÖ Jagdgesetzes 1974, LGBl. 6500, zur Verwaltungsvereinfachung

Probleme 2001

- Wildschäden verursacht durch Schwarzwild, intensive Auseinandersetzung mit dem Verhältnis der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zum NÖ Jagdrecht
- Verhältnis NÖ Naturschutzgesetz 2000 und NÖ Jagdgesetz 1974 bzw. NÖ Jagdverordnung und die Auswirkungen auf die EU-Naturschutzrichtlinien
- Zum NÖ Jagdgesetz 1974 anhängige Vertragsverletzungsverfahren
- Intensive Diskussion mit den Interessenvertretungen der Jagd und der Land- und Forstwirtschaft hinsichtlich einer Novelle des NÖ Jagdgesetzes 1974, LGBl. 6500, im Hinblick auf Verwaltungsvereinfachung

Ziele 2002

Fortsetzung der Planung, Setzung und Überwachung von koordiniert adäquaten Gegenmaßnahmen gegen gravierende Schäden insbesondere an der Fischfauna und anderen vermögenswerten Rechten, verursacht durch vermehrt auftretende jagdbare Tiere wie Kormoran, Fischreiher, Fischotter und Bär. Umsetzung von EG-Richtlinien unter Berücksichtigung des Artenhandelsgesetzes und der Artenkennzeichnungsverordnung. Vermeidung von Vertragsverletzungsverfahren und erforderlichenfalls Vornahme von EU-Anpassungen. Beschluss der Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974, LGBl. 6500, durch den Landtag. Änderung der NÖ Jagdverordnung, LGBl. 6500/1, als Folge der Novellierung des NÖ Jagdgesetzes 1974, LGBl. 6500.

Abschluss der Verfahren betreffend die Jagdgebietenfeststellungen für die Jagdperiode 2002 bis 2010.

Fischerei-angelegenheiten

In diesem Rechtsbereich wird die Abteilerung in Vollziehung des NÖ Fischereigesetzes 1988, LGBl. 6550, und der NÖ Fischereiverordnung, LGBl. 6550/1, in I. und II. Instanz sowie legislativ tätig. Weiters obliegt der Abteilung die Führung der Kanzleigeschäfte des NÖ Landesfischereirates, die Bestellung der Prüfer für die Prüfungskommissionen für Fischereiaufseher sowie an den Sitzungen des NÖ Landesfischereirates teilzunehmen, diese vorzubereiten sowie auf-

zuarbeiten und Prüfungen für Fischereiaufseher vorzubereiten. Ein rechtskundiger Bediensteter der Abteilung wirkt bei der Fischereiaufseherprüfung mit. Im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung erfolgt die Vergabe von Fischereiförderungsmitteln und die Verpachtung landeseigener Fischereireviere.

Schwerpunkte 2001

- Verstärkte Verwendung von Fischereiförderungsmitteln für ökologische Projekte (z. B. Kormoranmonitoring, Fischaufstiegshilfen, Restrukturierungen von Gewässern, landesweite Fischartenkartierungen, sonstige Studien, Informationsbroschüren) und fischereifachliche Druckwerke
- Sitzungen sowie Förderung der Aktivitäten des NÖ Landesfischereirates (z. B. Pressespiegel, Weiterbildungsveranstaltungen)
- Entwurf eines NÖ Fischereigesetzes 2001 unter Berücksichtigung eines Vertragsverletzungsverfahrens und von Forderungen nach Verwaltungsvereinfachung und Deregulierung. Beschluss des NÖ Landtages im Dezember 2001
- Kormoranmonitoring durch die Universität für Bodenkultur – Wien, Institut für Wildbiologie und Jagdwirtschaft
- Weiterhin Durchführung eines Fischemonitorings an der Donau zur Bewertung des Kormoraneinflusses; Fortsetzung der landesweiten Fischartenkartierung
- Sitzung der AG Fischotter zur Lösung des Fischotterproblems
- Behandlung fischereirechtlicher Anfragen
- Bestellung einzelner Mitglieder von Prüfungskommissionen für die Fischereiaufseherprüfung

Probleme 2001

Stark erhöhter Arbeitsaufwand bei der Erstellung eines Entwurfes des NÖ Fischereigesetzes 2001 unter Miteinbindung der Interessenvertretungen. Fischotterproblematik bei Teichwirtschaften und in Fließgewässern des Waldviertels. Intensive Sitzungs- und Beratungstätigkeit des NÖ Landesfischereirates, welche einen erhöhten Aufwand bei der Führung der Kanzleigeschäfte hervorruft.

Ziele 2002

- Umsetzung der Vorgaben des NÖ Fischereigesetzes 2001 (z. B. Überführung des NÖ Landesfischereirates in den NÖ Landesfischereiverband, Mitwirkung am reibungslosen Übergang der Kompetenzen auf den NÖ Landesfischereiverband, Erlassung einer NÖ Fischereiverordnung)

- Weiterhin gezielter Einsatz von Fischereiförderungsmitteln für ökologisch bedeutsame Projekte, Öffentlichkeitsarbeit und landesweite Fischartenkartierung im Zusammenwirken mit dem NÖ Landesfischereirat bis zur Übernahme dieser Agenden durch den NÖ Landesfischereiverband

- Fortführung des Kormoranmonitorings
- Weiterbehandlung des Fischotterproblems in der AG Fischotter
- Veräußerung von landeseigenen Fischereireviere als Ergebnis eines Effizienzsteigerungsprojektes

Forstrechts-angelegenheiten

In diesem Rechtsbereich wird die Abteilerung zum Teil in I., zum Teil in II. und zum Teil in letzter Instanz sowohl in Vollziehung (Forstgesetz 1975, NÖ Forstausführungsgesetz, NÖ Kulturlächenschutzgesetz, Gesetz über die Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen) als auch legislativ (NÖ Forstausführungsgesetz, NÖ Kulturlächenschutzgesetz 1994, Gesetz über die Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen) tätig.

Schwerpunkte 2001

- Erledigung von Berufungen gegen Rodungen, forstpolizeiliche Aufträge, Waldfeststellungen, Waldverwüstungen, Wiederbewaldungsaufträge u. a.
- Vorbereitung für eine Novellierung des Kulturlächenschutzgesetzes sowie des Gesetzes über die Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen
- Endfassung zur Novellierung des NÖ Forstausführungsgesetzes
- Durchführung bezirksübergreifender Verfahren insbesondere bei Rodungen

Ziele 2002

Novellierung des Kulturlächenschutzgesetzes, des Gesetzes über die Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen sowie des NÖ Forstausführungsgesetzes. Die Änderungen durch die Forstgesetznovelle werden zu einer Mehrbelastung für die Abteilung führen.

Grundverkehrs-angelegenheiten

Die Abteilung wird in Vollziehung und Legistik des NÖ Grundverkehrsgesetzes 1989, LGBl. 6800, in I., II. und letzter Instanz tätig.

- **Grundverkehrs-Landeskommission.** Bei der Abteilung ist die Geschäftsstelle der als Berufungsbehörde tätigen Grund-

verkehrs-Landeskommission eingerichtet. Der Vorsitzende und der Berichterstatter sowie deren Stellvertreter werden aus dem Stand der Bediensteten der Abteilung gestellt.

● **Ausländergrundverkehr.** In I. Instanz entscheidet das Amt der NÖ Landesregierung. Über Berufungen entscheidet die Ausländergrundverkehrskommission, wobei ein Beamter der Abteilung Berichterstatter ist. Vorsitzender ist das richterliche Mitglied. Ein Trend in Ausländergrundverkehrsverfahren ist die Zunahme von Grundstückserwerben im Zuge von Betriebsgründungen oder Standortverlegungen von Betrieben mit überwiegend ausländischer Beteiligung nach Niederösterreich.

Schwerpunkte 2001

- Erledigung von erstinstanzlichen Anträgen Ausländergrundverkehr
- Berufungsverfahren Ausländergrundverkehr
- Berufungsverfahren landwirtschaftlicher Grundverkehr

Probleme 2001

Durch die Ostöffnung vermehrt Anträge von Staatsangehörigen der GUS-Staaten, welche umfangreiche Ermittlungsverfahren wegen Gefährdung staatspolitischer Interessen notwendig machen.

Ziele 2002

Weiterhin optimale Koordination mit Bundesbehörden (Bundesministerium für Inneres, Sicherheitsdirektion) sowie den anderen Bundesländern zum Themenbereich Gefährdung staatspolitischer Interessen.

Veterinär-angelegenheiten

Auf diesem Rechtsgebiet wird die Abteilung in Angelegenheiten der Vollziehung und Legistik (Durchführungsverordnungen) insbesondere des Tierseuchengesetzes, RGBl. Nr. 177/1909 in der Fassung BGBl. I Nr. 98/2001, des Fleischuntersuchungsgesetzes, BGBl. I Nr. 522/1982 in der Fassung BGBl. Nr. 73/2001, Geflügelfrischfleisch-Hygieneverordnung, BGBl. II Nr. 188/1998, Frischfleisch-Hygieneverordnung, BGBl. II Nr. 321/2001, Einfuhr- und Binnenmarktverordnung 1996, BGBl. 647/1996, dem IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989, der Vollzugsanweisung betreffend die Verwertung von Gegenständen animalischer Herkunft in Tierkörperverwertungsanstalten (Tierkörperverwertung), StGBI. Nr. 241/1919 in der Fassung BGBl. Nr. 98/2001, und des

Tierversuchsgesetzes 1988, BGBl. Nr. 501/1989 in der Fassung BGBl. I Nr. 169/1999, tätig. In den Aufgabenbereich der Abteilung fällt auch die Koordinierung der legislativen Maßnahmen der Bezirksverwaltungsbehörden, insbesondere bei Erlassung von Verordnungen mit örtlich begrenztem Geltungsbereich im Falle des Auftretens von Tierseuchen (Schweinepest, Wutkrankheit u. a.).

Im Bereich des Tierversuchswesens ist die Abteilung auf Grund des Tierversuchsgesetzes 1988, BGBl. Nr. 501/1989, in I. Instanz durch Entscheidung über Anträge bzw. Meldungen betreffend Tierversuche, Anträge zum Betrieb von Tierversuchseinrichtungen, Anträge um Genehmigung zur Tierversuchsleitung sowie zur Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen des Tierversuchsgesetzes tätig. Durch die Vielzahl der zu prüfenden neuen Grundsubstanzen bzw. Mischungen ist die Anzahl der Tierversuchsmeldungen gestiegen.

Schwerpunkte 2001

- Amtshaftungsverfahren Rethmann TBA Tulln GmbH
- Veterinärrechtliche Anfragen
- Vorbereitung einer Novelle der NÖ Tierkörperbeseitigungsverordnung, LGBl. 6440/1
- Nach umfangreichen Verhandlungen Bund/Land/EU Lösung der Kostentragsfrage Bund/Land/EU im Zusammenhang mit der Vermeidung von BSE auf Grund einer Entscheidung der EU-Kommission

Ziele 2002

- Novelle der NÖ Tierkörperbeseitigungsverordnung, LGBl. 6440/1
- Novelle der Fleischuntersuchungsbühnenverordnung, LGBl. 6401/1
- Novelle der NÖ Dasselbeulenverordnung

Angelegenheiten der Tierzucht

Der Abteilung obliegt die Legistik und Vollziehung des NÖ Tierzuchtgesetzes, LGBl. 6300, des NÖ Bienenzuchtgesetzes, LGBl. 6320, und der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Verordnungen neben der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer.

Schwerpunkte 2001

- Abschlussarbeiten zur Erstellung eines Entwurfes einer Verordnung über Leistungsprüfungen und Zuchtwertfeststellung

● Weitere Abklärung über die Notwendigkeit der Umsetzung von europarechtlichen Vorschriften im NÖ Tierzuchtgesetz

- Behandlung von Ausnahmeanträgen gemäß § 51 Abs. 2 NÖ Tierzuchtgesetz
- Behandlung von Anträgen um Erteilung der Besamungsbewilligung für Besamungstechniker
- Berufungsverfahren über Anerkennung einer Pferdezuchtorganisation
- Behandlung tierzuchtrechtlicher Anfragen
- Beschwerdeverfahren bei der Europäischen Kommission wegen behaupteten Verstoßes des NÖ Bienenzuchtrechts gegen europarechtliche Vorschriften (Bienenrassenproblematik) und Auswirkungen auf anhängige Verfahren um Bewilligung zum Betreiben neuer Reinzuchtbelegstellen

Probleme 2001

Kompetenzabgrenzung Bund/Land bei der Umsetzung von veterinärrechtlichen/tierzuchtrechtlichen Vorschriften im Rahmen der EU. Beschwerdeverfahren im NÖ Bienenzuchtrecht zur Bienenrassenproblematik und Auswirkungen auf anhängige Verfahren um Bewilligung zum Betreiben neuer Reinzuchtbelegstellen. Feuerbrandproblematik aus pflanzenschutzrechtlicher Sicht und damit verbundene Auswirkungen auf die Imkerei.

Ziele 2002

- Klärung eines allfälligen Novellierungsbedarfes im NÖ Tierzuchtgesetz unter Beachtung europarechtlicher Vorgaben
- Erlassung der Verordnung über Leistungsprüfungen und Zuchtwertfeststellung
- Weiterhin enge Kooperation mit der Tierzuchtbehörde I. Instanz (NÖ Landes-Landwirtschaftskammer) in allen tierzuchtrechtlichen Belangen
- Abschluss des Beschwerdeverfahrens vor der Europäischen Kommission im Interesse der NÖ Imker
- Abschließende Behandlung der Anträge um Neuzulassung von Reinzuchtbelegstellen
- Abklärung des Novellierungsbedarfes im NÖ Bienenzuchtrecht auf Grund von Anregungen
- Abschluss der anhängigen Verfahren nach dem NÖ Tierzuchtgesetz

Landarbeitsrecht

Auf diesem Rechtsgebiet wird die Abteilung vorwiegend legistisch tätig. Es obliegt ihr die Erarbeitung von Gesetzesentwürfen in Ausführung des Landar-

beitsgesetzes 1984, BGBl. Nr. 287/1984 in der Fassung BGBl. I Nr. 104/2001, sowie anderer diesen Bereich berührenden Rechtsvorschriften. Ferner fällt in den Aufgabenbereich der Abteilung die Abgabe von Stellungnahmen sowie die Erstattung von Berichten zu internationalen Übereinkommen auf dem Gebiet des Landarbeiterrechtes sowie des Schutzes land- und forstwirtschaftlicher Dienstnehmer. Schließlich ist bei der Abteilung eine Gleichbehandlungskommission errichtet, die sich mit allen die Diskriminierung weiblicher oder männlicher Dienstnehmer bei der Festsetzung des Entgeltes, bei der Gewährung freiwilliger Sozialleistungen, die kein Entgelt darstellen, sowie bei Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung auf betrieblicher Ebene, beim beruflichen Aufstieg, insbesondere bei Beförderungen, bei den sonstigen Arbeitsbedingungen und bei der Beendigung des Dienstverhältnisses betreffenden Fragen zu befassen hat.

Auf Grund der NÖ Landarbeitsordnung 1973, LGBl. 9020, ist bei der Abteilung eine Obereinigungscommission eingerichtet. Diese hat vorwiegend die Registrierung und Kundmachung der hinterlegten Kollektivverträge sowie deren Abänderung oder Verlängerung zu besorgen. Weiters hat sie den für Arbeits- und Sozialrechtssachen zuständigen Gerichtshöfen eine Ausfertigung des Kollektivvertrages mit Angabe des Kundmachungsdatums und der Katasternzahl zu übermitteln.

Schwerpunkte 2001

- Ausarbeitung einer umfangreichen Novelle der NÖ Landarbeitsordnung 1973 unter Einbeziehung einer NÖ Arbeitsgruppe mit Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, AUVA sowie SVB in Ausführung der letzten drei Novellen zum Landarbeitsgesetz 1984, Beschlussfassung durch den NÖ Landtag im November 2001
- Vorbereitung von Verordnungen auf Grund der NÖ Landarbeitsordnung 1973 unter Einbeziehung einer länderübergreifenden Arbeitsgruppe unter Mitarbeit der AUVA, SVB sowie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter
- Berichte über die praktische Anwendung von EG-Arbeitnehmerschutzrichtlinien und im Rahmen der Europäischen Sozialcharta
- Registrierung und Hinterlegung von Kollektivverträgen

Ziele 2002

Erstellung von Verordnungsentwürfen zur NÖ Landarbeitsordnung 1973 betreffend den Dienstnehmerschutz unter Einbeziehung der genannten Arbeitskreise.

Angelegenheiten des Futtermittelrechtes

Mit 24. Juli 1999 ist das Futtermittelgesetz 1999 (FMG 1999), BGBl. I Nr. 139/1999, in Kraft getreten. Durch diese Neuerlassung verbleibt dem Landeshauptmann lediglich die Kontrolle des Verfütterns, wobei die Pflichten und Befugnisse der Aufsichtsorgane ausgeweitet wurden (z. B. Möglichkeit der Beschlagnahme).

Schwerpunkte 2001

Die Kontrolle der Verfütterung verblieb auch mit Inkrafttreten des FMG 1999 bei den Amtstierärzten der Bezirksverwaltungsbehörden.

Probleme 2001

Mit dem Inkrafttreten des FMG 1999 sind die Probleme bei der Vollziehung deutlich geringer geworden. Durch den ersten BSE-Fall in NÖ kam es zu einer Intensivierung der Kontrollen der Verfütterung.

Ziele 2002

Erhöhte Wachsamkeit in Bezug auf die Verfütterung (Tiermehlfütterungsverbot im Hinblick auf BSE).

Angelegenheiten des Pflanzenschutzes, des Pflanzgutes und der Pflanzenschutzmittel

Mit dem Pflanzenschutzgesetz 1995, BGBl. Nr. 532/1995, in der Fassung BGBl. I Nr. 109/2001, unter Umsetzung der Richtlinie 77/93/EWG wurden dem Landeshauptmann verschiedene Vollzugsaufgaben – wie Registrierung und Kontrolle der Betriebe bei Verbringung von Pflanzen in die EU, Drittlandexporte – übertragen. Diese Aufgaben sind entsprechend den Möglichkeiten dieses Gesetzes an die Landes-Landwirtschaftskammer übertragen worden. Die Letztkontrolle verbleibt beim Landeshauptmann. Die Vollziehung hinsichtlich des Pflanzgutgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 73/1997, in der Fassung BGBl. I Nr. 109/2001, verläuft weitgehend parallel zum Pflanzenschutzgesetz 1995. Hinsichtlich des NÖ Kulturpflanzenchutzgesetzes 1978, LGBl. 6130, und der NÖ Pflanzenschutzverordnung, LGBl. 6130/1, und dem Gesetz über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft, LGBl. 6170, ist die Abteilung hauptsächlich legislativ und in juristischer Beratung des amtlichen Pflanzenschutzdienstes (NÖ Landes-Landwirtschaftskammer) tätig.

Schwerpunkte 2001

- Novellierung der NÖ Pflanzenschutzverordnung, LGBl. 6130/1, im Hinblick auf Feuerbrand
- Novellierung des NÖ Kulturpflanzenchutzgesetzes, LGBl. 6130, als Ausführung eines neu erlassenen Grundgesetzes des Bundes

Probleme 2001

- Aufbau eines kostenintensiven Überwachungssystems im Hinblick auf Feuerbrand
- Auftreten des ersten Feuerbrandbefalles in NÖ
- Auftreten von Ringfäule bei Kartoffeln
- Kostenfrage hinsichtlich Monitoringmaßnahmen auf Grund von EG-Richtlinien
- Gestaltung eines Sachkundenachweises für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft
- Kontrollen der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft

Ziele 2002

- Anpassung und Weiterführung des Bekämpfungssystems hinsichtlich Feuerbrand
- Erarbeitung von Entschädigungsrichtlinien im Hinblick auf Schädlingsbefall (Feuerbrand, Ringfäule)
- Novellierung des Landesgesetzes über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft, 6170-1, auf Grund bundesgesetzlicher Vorgaben

Angelegenheiten des Bodenschutzes und der Kreislaufführung von bestimmten Abfallstoffen

Auf der Grundlage des § 7 Abs. 12 des Abfallwirtschaftsgesetzes, BGBl. 325/1990 in der geltenden Fassung, erließ der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft eine Verordnung über die Qualitätsanforderungen an Komposte und Erden aus Abfällen sowie die im Falle eines Inverkehrbringens einzuhaltenden Kennzeichnungsvorschriften. Vom Bund geregelt wird jedoch nicht die Anwendung der Komposte, da die Anwendung von Komposten in die Bodenschutzkompetenz der Länder fällt.

In diesem Zusammenhang erscheint es in Niederösterreich sinnvoll, unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten, insbesondere auch in Hinblick auf Klärschlämme, eine Neuregelung für solche Komposte und Klärschlämme zu

erlassen, die direkt per schriftlichem Vertrag an einen Anwender abgegeben bzw. auf Feldern aufgebracht werden sollen, über die der Komposthersteller das Verfügungsrecht besitzt. Diese Regelung soll garantieren, dass in NÖ erzeugte Komposte und Klärschlämme weiterhin nach den vom Land vorgegebenen Qualitätskriterien und Beschränkungen auf den heimischen, landwirtschaftlichen Flächen aufgebracht und damit in den Verwertungskreislauf eingebracht werden können.

Schwerpunkte 2001

- Mitwirkung an der Verhandlung und Ausarbeitung von Landesregelungen im Kompost- und Klärschlammbereich
- Mitarbeit bei den Bodeninformationssystemen BORIS INFO und BORIS EXPERT des Umweltbundesamtes als Dateneigentümer und Mitglied des Benutzerbeirates
- Koordinierung der Vergabe von Zugriffsberechtigungen für die Benutzer von BORIS EXPERT für Niederösterreich

Probleme 2001

- Für die Forcierung von Projekten im Bereich Bodenschutz fehlt in Niederösterreich nach wie vor das notwendige, qualifizierte Personal und die finanzielle Ausstattung. Die Bearbeitung des langfristigen wichtigen, aber anspruchsvollen und zeitintensiven Bereiches Bodenschutz musste bedauerlicherweise auf Grund der Einsparungen bei den rechtskundigen Sachbearbeitern immer wieder zugunsten der zahlreichen Berufungsverfahren hintangestellt werden und ist über Konzepte nicht hinausgekommen.
- Offene Umsetzung des Protokolls „Bodenschutz“ der Alpenkonvention, die bereits 2002 ratifiziert werden soll und damit für Niederösterreich Gesetzesändernden oder Gesetzesergänzenden Charakter erhält.

Ziele 2002

- Erlassung neuer Regelungen im Bereich Bodenschutz analog zu den Änderungen auf Bundesebene
- Bewusstseinsbildung im Bereich Bodenschutz
- Erarbeitung von Strategien zur Reduzierung der Umsetzungsdefizite im Bereich Alpenkonvention

Angelegenheit der Kammern

Landes-Landwirtschaftskammer

Schwerpunkte 2001

Gänzliche Neufassung der Verordnung über den örtlichen Wirkungsbereich der Bezirksbauernkammer, LGBl. 6000/1

Landarbeiterkammer

Schwerpunkte 2001

- Novelle des NÖ Landarbeiterkammergesetzes, LGBl. 9000
- Novelle der NÖ Landarbeiterkammerwahlordnung, LGBl. 9005
- Verordnung über die Wahlausschreibung
- Vorbereitung der NÖ Landarbeiterkammerwahl 2002

Ziele 2002

Durchführung der Landarbeiterkammerwahl 2002

Abteilung Landwirtschaftliche Bildung

Landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen

Schwerpunkte 2001

Reform des Moduls 1

Auf Grund der derzeit hohen Belastung der Schüler hinsichtlich Gesamt-Wochenstunden, der Zahl der Gegenstände und Prüfungen sowie der schwierigen Vergleichbarkeit der Stundentafeln je Schule und der scheinbaren Flexibilität der Stundentafeln wurde eine Reform des Modul 1 mit folgenden Eckpunkten begonnen:

- Betonung der organisatorischen und kommunikativen Fähigkeiten
- Betonung der Kulturtechniken
- 36 statt 38 Wochenstunden
- weniger Gegenstände und weniger Prüfungen
- Schaffung der drei Gegenstandsfelder „Persönlichkeitsbildung“, „Unternehmerische Bildung“ und „Fachspezifische Bildung“
- Betonung von Englisch
- ausreichende Flexibilität in der Fachtheorie

- Schwerpunktfach bereits im ersten Schuljahr
- Sicherung des Praktischen Unterrichts

Schulteams und Schulverbände

Die begonnene Arbeit an den inneren Strukturen der Landwirtschaftlichen Fachschulen wird intensiv weiterverfolgt. Entsprechend der Planung wurden von einer Arbeitsgruppe Qualitätssicherungsstandards entwickelt. Ergänzend dazu wurden bei Schulklausuren die Organigramme überarbeitet. Die im Vorjahr gestalteten Schulverbände wurden auf ihre Praxistauglichkeit überprüft. Hierbei hat sich leider gezeigt, dass die derzeitige Einteilung in sechs Verbände nicht sehr praktikabel ist. Eine Anpassung erscheint daher im kommenden Jahr zweckmäßig.

Informationstechnologie-Offensive

Neben der Bemühung, die Informationstechnologie-Ausstattung der Schulen zu verbessern, wurden einige Standorte als Testcenter zertifiziert. Im Qualifizierungsbereich wurde ein Weiterbildungsschwerpunkt geschaffen. Bis zum Ende

des Kalenderjahres 2002 sind alle Lehrer aufgefordert, den Europäischen Computerführerschein (ECDL) zu erwerben. Hiefür wurden 30 Mitarbeiter zu Prüfern für den Europäischen Computerführerschein ausgebildet.

Lehrerbesoldung

Seitens des Bundesgesetzgebers wurden tief greifende Änderungen im Dienstrecht durchgeführt. Dies erforderte auch eine grundlegende Überarbeitung der Verwaltungsinstrumente in diesem Bereich. Als Datengrundlage für die Besoldung der Lehrkräfte wurde daher ein neues Arbeitserfassungssystem mit dem Arbeitstitel „LDL“ („Lehrerdienstleistung“) entwickelt.

Cash-Pooling

An allen Landwirtschaftlichen Fachschulen wurde ab 2001 ein zentrales Hauptkonto bei der Raiffeisen-Landesbank eingeführt.

Profilierung der Schulstandorte

Die Profilierung und Spezialisierung der Lehr- und Versuchsbetriebe wird gemäß dem vorliegenden Konzept weiterentwickelt, um die von den Landwirten und

der Interessenvertretung geforderte Professionalität zu ermöglichen. Weiters ist über Kooperationen mit agrarischen Institutionen und Landwirten der letzte Stand des Wissens in Produktion, Veredelung und Vermarktung anzubieten. Das bedeutet die Hereinnahme und Einbeziehung von Gemeinschaften und Partnerschaften in die Schulen und Lehrwerkstätten zwecks Demonstration eines zeitgemäßen Angebotes landwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten und Aufgabenstellungen.

In Gießhübl wurde bezüglich eines Zuchtschweinebestandes ein Kooperationsvertrag abgeschlossen. Der Agrarcluster an der Landwirtschaftlichen Fachschule Mistelbach wurde fertig gestellt und im Frühjahr 2001 eröffnet.

Die meisten Schulstandorte haben das Jahr 2001 genutzt, durch interne Weiterbildungsmaßnahmen das Know-how der Lehrer und Wirtschaftsbediensteten aufzurüsten und auf die Profilierung hinzuwirken. In diese Weiterbildungsmaßnahmen wurden verstärkt externe Fachkräfte als Vortragende miteinbezogen, so z. B. von der Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein und der Universität für Bodenkultur.

Baumaßnahmen

Neben kleineren Baumaßnahmen (wie diverse Brandschutzmaßnahmen) befinden sich zwei größere Projekte in der Umsetzungsphase: An der Landwirtschaftlichen Fachschule Hohenlehen wird das Kursstättengebäude mit einem Werkstatteinzubau versehen und im Internat werden die Zimmer saniert; an der Landwirtschaftlichen Fachschule Gießhübl wird das Schulgebäude ausgebaut. In der Landwirtschaftlichen Fachschule Garming wird das Dachgeschoss erweitert.

Vermarktung

Neben der gemeinsamen Weinmarke CAMPUS wird von den Landwirtschaftlichen Fachschulen auch die gemeinsame Edelbrandmarke AMBIENTE angeboten. Diese Marketingkonzepte sind ein unterrichtliches Vorzeigemodell und können auf einige Verkaufserfolge verweisen. Ein internes Controllingssystem garantiert eine hohe Produktqualität. Um das Weinmarketing zu forcieren, wurde von den Landesweingütern die „Mistelbacher Weindeklaration“ beschlossen. Diese sieht 3 Landescuvées (Grüner Veltliner, Weißer Burgunder und Rotweininlinie) vor, um Trauben- und Fassweilverkäufe zu minimieren und damit die Wertschöpfung zu erhöhen.

Versuchswesen

Der überregionale Einsatz von geschulten Bediensteten und Spezialgeräten im Feldversuchswesen wurde weiter forciert, um die Arbeitsqualität zu verbessern und um Kosten einzusparen. Erstmals wurde interessierten Landwirten in der Anbausaison 2001 ein Inter-

netzpflanzenschutzwarndienst flächen-deckend bei Kartoffeln im Zuge des Phytophthorawarndienstes angeboten; dieser erfolgte gemeinsam mit der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer. Ab 2002 ist eine Zusammenarbeit zusätzlich mit dem Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft (Wien-Hirschstetten) geplant.

Getestet und angewendet wurden neue Prognosemodelle, die einen exakteren Fungizideinsatz gegen die Kraut- und Knollenfäule der Kartoffeln ermöglichte. Die Ergebnisse waren Erfolg versprechend, so dass eine Weiterführung 2002 beabsichtigt ist. Für 2002 ist auch ein Weizen-Krankheitsmonitoring geplant, weil 2001 zahlreiche Krankheiten aufgetreten sind, die zu hohen Ertrags-einbußen geführt haben.

Alle Versuche werden erstmals geschlossen im Internet unter <http://www.lako.at> publiziert.

Großes Augenmerk wurde auf die nachhaltige Landbewirtschaftung gelegt. Erosionsschutz, reduzierte Bodenbearbeitungsmethoden, Erhöhung der biologischen Aktivität im Boden, ein Pestizidreduktionsprogramm wurden ebenso betrieben wie der Einsatz nachwachsender Rohstoffe zur CO₂-Reduktion untersucht. Der Einsatz heimischer Futtermittel in der Rindermast wird an 2 Standorten intensiv untersucht. Freilandtierhaltung mit Schweinen und Mastrindern wird an 3 Standorten getestet, die Ergebnisse sind viel versprechend, die Fleischqualität hervorragend, was sich in einem reißenden Absatz widerspiegelt.

Im Weinbau werden Minimalschnittmethoden in Hinblick auf eine Vollmechanisierung geprüft. Im Ackerbau werden neue Pflanzenschutzmittel getestet, um praktische Anwendungsempfehlungen an die Bauern weitergeben zu können. Auch die landeseigene Saatzeit Edelhof kann 2001 auf große Erfolge zurückblicken: Zwei neue Sorten wurden in das österreichische Zuchtbuch eingetragen (die Sommergerstensorte Estonia und der Qualitätswinterweizen Edison). Mit Edison ist es erstmals gelungen, eine konkurrenzfähige Qualitätsweizensorte zu züchten, die voraussichtlich eine der Hauptsorten des Vertriebspartners RWA (Raiffeisen Ware Austria) werden wird. Eine Positionierung der Sorte in den EU-Beitrittsländern ist geplant.

Legistik

Im legistischen Bereich wurde vor allem die Umstellung auf den Euro durchgeführt (in vier Gesetzen und drei Verordnungen).

Ziele 2002

- Neuformulierung der Lehrpläne auf Grundlage der Änderungen im Modul 1
- Erarbeitung von Fertigkeitenkatalogen für den Praktischen Unterricht

- Schaffung neuer Personalentwicklungsinstrumente (Datenbanken)
- Anpassung der Schulverbände
- Absolvierung des Europäischen Computerführerscheins (ECDL) durch alle Lehrkräfte
- Verstärkte Qualitätssicherungsmaßnahmen

Landwirtschaftliche Koordinationsstelle für Bildung und Forschung (LAKO)

Schwerpunkte 2001

Innovationen im Versuchswesen

Wie auch in den letzten Jahren wurde großer Wert darauf gelegt, über die den landwirtschaftlichen Fachschulen angeschlossenen Lehr- und Versuchsbetriebe Lehrer und Schulsystem an den Fragen der Praxis auszurichten und damit stetig zum letzten Stand des Wissens hinzuzuführen. Das Versuchswesen hat ein überschulisch koordiniertes Programm mit bereits sehr stark ausgebauten Schwerpunkten in Pflanzenbau und Weinbau mit Kellerwirtschaft. Dazu kommen erste zusätzliche Programme für Tierzucht und Grünlandfragen. Darüber hinaus gibt es Versuche zu Umweltproblemen und Fragen von umweltschonenden Wirtschaftsweisen (z. B. Erosion, Grünbrachemanagement, Ökologische Wirtschaftsweisen usw.). Dabei gibt es sehr starke Schnittstellen mit anderen Institutionen wie NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, Raiffeisen Ware Austria, Universität für Bodenkultur und Veterinärmedizinische Universität Wien.

2001 wurde auch von der LAKO eine bundesweite Lehrerfortbildungstagung zum Thema „Nachhaltige Landbewirtschaftung durch Schutz vor Bodenerosion“ in Tulln abgehalten. Dabei wurde von Herrn Landesrat Dipl. Ing. Josef Plank auch ein neuer Lehrfilm zu diesem Thema im Zuge einer Pressekonferenz präsentiert.

Eine stete Weiterbildung des im Versuchswesen tätigen Personals wurde in allen Produktionsbereichen intensiv betrieben. Das Interesse der Mitarbeiter ist ebenso groß wie deren Motivation, nicht nur Vorzeigebetriebe zu führen, sondern auch innovative Neuerungen einzuführen bzw. zu testen.

Erwachsenenbildung

Der Bereich Erwachsenenbildung konnte in Zusammenarbeit mit den Bildungsträgern LFI und Landimpulse intensiviert werden. Die Steuerung über Förderungsmitteln aus Art. 9 der Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums hat groß angelegte

Bildungsoffensiven ausgelöst. Schwerpunkt war dabei die Ausbildung im EDV-Bereich über den Europäischen Computertführerschein (ECDL), Ausbildung auf speziellen Agrar-Software-Programmen, Unternehmensführung, Bäuerlicher Familienbetrieb, Kooperationen, Biolandbau und Professionalisierung.

Zur Kerntätigkeit der LAKO zählt die Organisation von Fachtagungen, die sich mit Fragen der Produktionstechnik in den verschiedenen Landwirtschaftsbereichen auseinandersetzen. In den letzten Jahren wurde sehr konzentriert am Beratungsschwerpunkt „Bauernzukunft“ gearbeitet. Diese Vortrags- und Seminararbeit beinhaltet die ganzheitliche Weiterentwicklung der bäuerlichen Betriebe in Niederösterreich. Dieses Bildungskonzept wurde mit dem Schwerpunkt Professionalität ergänzt und weitergeführt.

Europäische Bildungsinitiativen

- Leonardo da Vinci Mobilitätsprojekt „Agrocom“: Dieses Projekt befasst sich mit dem Einsatz moderner Informationstechnologie im Unterricht und in der Beratung. 36 Teilnehmer aus allen Bundesländern waren in 14 EU-Ländern unterwegs. Organisiert wird dieses Programm von LAKO-Mitarbeitern über die EUROPEA Austria.

- Auch das Projekt „Agro Study“ wird von 22 Lehrerinnen und Lehrern aktiv mitgestaltet.

- Teilnahme von Landwirtschaftlichen Fachschulen am internationalen Tierbeurteilungswettbewerb und erstmals auch sehr erfolgreich am Internationalen Weinwettbewerb anlässlich der Landwirtschaftsmesse in Paris.

- Vorbereitender Besuch – in Form eines Seminars – für ein COMENIUS Thematisches Netzwerk RUDEEX – Rural Development through Educational Exchanges – mit Teilnahme von 7 Ländervertretern sowie Entwicklung des Projektes ERDE mit insgesamt 6 Schulen aus 3 Ländern, darunter auch eine Schule aus Tschechien.

- ACTS 2005, Baltikumprojekt: Internationale Zusammenarbeit von Lehrern in 7 Fachbereichen.

- Ostöffnung: Unter Organisation der LAKO wurden an Schulstandorten die Kontakte zu bäuerlichen Genossenschaften und Bildungseinrichtungen in Tschechien, der Slowakei, Kroatien, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Polen intensiviert bzw. neu aufgebaut. Vor allem im Rahmen des AAC (Austrian Agriculture Cluster) etabliert sich die LAKO als internationaler Bildungspartner und kooperiert sehr eng mit österreichischen Industrie- und Handelsunternehmen sowie Tierzuchtverbänden. Die fachliche Kompetenz der Landwirtschaftlichen Fachschulen wird in Form von Weiterbildungsangeboten genutzt. Studentinnen aus Rumänien wurden bei ihren Bildungsaufenthalten in Österreich

fachlich und materiell unterstützt. Auch westeuropäische Länder wie Schweden und Deutschland sind in diese Projekte miteingebunden.

Publikationen

Seitens der LAKO werden jährlich Beratungsunterlagen in Zusammenarbeit mit anderen fachlich relevanten Stellen veröffentlicht:

- Versuchsberichte samt Weinbau-Versuchsbericht

- Broschüre, Lehrfilm und CD-Rom „Erosionsschutz in der Landwirtschaft“

- Broschüre „Faktor Mensch – Bausteine einer neuen bäuerlichen Professionalität“ mit kompetenten internationalen und nationalen Autoren

- Neuauflage der Broschüre „Bäuerliche Kooperationen in der Land- und Forstwirtschaft“ mit 20 praktischen Projekten

- Broschüre „Lebensqualität – Schulen als Kompetenzzentren für Gesundheit und Lebensqualität“

- Bildungsjournal: halbjährlich erscheinende Mitarbeiterzeitung für die Landwirtschaftlichen Schulen

- Projektwochenmappen für Lehrer und Schüler: Unterrichtsunterlage für die Projektwochen an den landwirtschaftlichen Fachschulen

- Broschüre „Die Internet-Fibel – Schnelles Basiswissen für Web-Einsteiger“

5b-Aktivitäten

Die LAKO-Mitarbeiter waren für 5b-Vorhaben im Bereich der Weinvermarktung, Beratung, Bildung, Forschung sowie der technischen Hilfe als Sachverständige für die Prüfung der Abschlussberichte tätig. Dieses Programm ist nach Durchführung der Abrechnungen Mitte 2001 ausgelaufen und konnte erfolgreich und zeitgerecht abgeschlossen werden.

Berufsbildungsförderung

Dieses Programm hat im Kalenderjahr 2001 erstmals voll gegriffen, wobei ein Fördervolumen von 1,7 Mio. € umgesetzt werden konnte: Im Bereich der Veranstaltungsförderung wurden 104 Bildungsveranstaltungen mit 1,2 Mio. € gefördert und im Bereich der Teilnehmerförderung 3.074 Kursteilnehmer mit 0,5 Mio. €

Für die Begutachtung der Bildungsprojekte wurden vom Sachverständigen-gremium regelmäßige Sitzungen abgehalten.

Projekte

Schwerpunkt im abgelaufenen Jahr war der Start des Projektes LEBENSQUALITÄT. Dabei soll vor allem eine Sensibilität der Konsumenten für den Ländlichen Raum und die Nahrungsmittelsicherheit österreichischer Produkte hervorgehoben werden.

Weiters gab es 2001 zwei große Ereignisse:

- die BauernHochzeit am Edelhof bei Zwettl mit über 5000 Besuchern und
- die Wellnessmesse in Wiener Neustadt mit Präsentationen mehrerer Fachschulen mit über 2000 Besuchern. Beide Projekte standen zusätzlich unter der Devise einer Sensibilisierung des Themas EU und EU-Erweiterung für die landwirtschaftlichen Schüler. Das Publikum wurde eingeladen, seine Meinung über die EU auf Plakatpapier niederzuschreiben; so entstand der „Längste Brief nach Brüssel“, der von den Schulsprechern aller Fachschulen im Dezember 2001 an Agrarkommissar Dr. Franz Fischler in Brüssel übergeben wurde.

Lehrerweiterbildung

- Planung und Durchführung von 44 Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrer und Berater

- Planung und Durchführung der Weiterbildungstage anlässlich der Sommerbildungswoche in der letzten Woche der Sommerferien in Langenlois

- Kontakte zur Pädagogischen Akademie zur Vorbereitung von Bildungsoperationen

Ziele 2002

- Modul 2: weitere Professionalisierung des Moduls 2 im Bereich der Fachschulen und Verbreitung über das Internet

- Modul 1: Mitarbeit an der Reform der Lehrpläne des Moduls 1

- Projekt Lehrerzukunft: Die LAKO will gemeinsam mit den Lehrern an der Bewusstseinsbildung ihres Berufsbildes arbeiten und dabei sowohl den pädagogischen Auftrag als auch die Bedeutung der Weiterentwicklung des ländlichen Raumes in den Mittelpunkt stellen.

- Osterweiterung: Intensivierung der Kontakte mit Bildungseinrichtungen der EU-Beitrittskandidaten samt Schulung von Beratern, Studenten und Schülern aus anderen Ländern

- Schulen als Kompetenzzentren für Gesundheit und Lebensqualität: Dies ist ein Projekt für die Bewusstseinsbildung sowie Information über Produktionsweisen und die ganzheitliche Sicht ökologischer Kreisläufe.

- Ausrichtung eines Europäischen Forst-Wettbewerbes: Euro-Jack ist ein europaweites Forstprojekt.

- Tierschutzrichtlinien ernst genommen: Eine Broschüre für tiergerechten Stallbau soll Antworten auf die vielfältigen neuen Fragen zu diesem Thema liefern.

- BauernHochzeit (Wien), Wellnessmesse (Wiener Neustadt) und Ab-Hof-Messe (Wieselburg): Diese Veranstaltungen mit unseren Fachschulen sollen Lebensqualität und die Bedeutung der Landwirtschaft konsumentenorientiert veranschaulichen.

Weinwirtschaft

Schwerpunkte 2001

Der gelagerte Weinbestand bei den Erzeugern hat zum Stichtag 31. August 2001 ca. 1,3 Mio. Hektoliter – und somit um 0,1 Mio. Hektoliter weniger als zum selben Stichtag 2000 – betragen. Die Weinernte 2001 hat ca. 1,55 Mio. Hektoliter mit guter Qualität umfasst.

Im Rahmen der Förderungsrichtlinie für die Umstellung und Umstrukturierung im Weinbau wurden 960 Hektar umgestellt und ein Beitrag in Höhe von 5 Mio. € ausgezahlt; hierbei wurde vor allem Zweigelt (38%), Grüner Veltliner (18%) und Rheinriesling (7%) ausgepflanzt. Im Bereich der Förderung der Weinwirtschaft wurde primär der niederösterreichische Beitrag zur Österreichischen Weinmarketingsservicegesellschaft m. b. H. in Höhe von 1,47 Mio. € geleistet.

Ziele 2002

Ausgehend vom Effizienz-Projekt an den Bezirkshauptmannschaften wird die Vollziehung des NÖ Weinbaugesetzes 1974 und des Weingesetzes 1999 in einem Nachfolgeprojekt überprüft; dabei sollen Mehrgleisigkeiten beseitigt, Sollabläufe ausgearbeitet und eine umfassende IT-Unterstützung definiert werden.

NÖ Landschaftsfonds

Im Jahr 2001 standen für Förderungsvorhaben des NÖ Landschaftsfonds rund 4 Mio. € zur Verfügung: diese Summe setzt sich zu rund 1,1 Mio. € aus Budgetmitteln und zu rund 2,9 Mio. € aus der Landschaftsabgabe zusammen.

Förderungsschwerpunkte

Im Jahr 2001 sind die Förderungsschwerpunkte in folgenden Bereichen gelegen (Gliederung nach Projekttypen):

● **Artenschutz.** Artenschutzprojekte (Braunbär, Greifvögel und Eulen, Fischotter, Großtrappe, Sakerfalke, Steinkauz und Triel), Natura-2000-Management, Erhebung der Naturdenkmäler in Niederösterreich

● **Landschaftsgestaltung.** Landentwicklung Sieghartkirchen, Heckenmarkt, Wildökolandaktion des Landesjagdverbandes, Leitsystem St. Peter in der Au (Fortsetzung), Neuanlage von Landschaftselementen durch Obstbaum- und Heckenpflanzungen, mehrere Schaugärten wie Konsumenteninformationszentrum Tullnerbach (KIZ)

● **Landschaftspflege.** Schutz der alten Baumbestände, Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen bei verschiedenen Naturdenkmälern, vier Kulturlandschaftprojekte, 18 Pflege- und Erhaltungskonzepte zur Umsetzung des Programms „Wertvolle Flächen“

● **Umweltschonende Wirtschaftswesen.** Mehrere Landentwicklungs- und Alm- und Weidelandprojekte, Projektentwicklung Ökopunkte, Weideland im nördlichen Niederösterreich, Klimabündnisprojekt „Schule und Region“

● **Wald.** Einzelschutzmaßnahmen bei seltenen Baumarten (Tannenförderung), Birkwildprojekt im Waldviertel, Sanierung streugennutzter Waldbestände

● **Gewässer.** Neuanlage und Verbesserung von Feuchtbiotopen, Machbarkeitsstudie Retzer See, Laichplatzmanagement, Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit am Kamp

● **Touristische Einrichtungen.** Ötscherlandsteg Kematen an der Ybbs, Nixhöhle Frankenfels, Most 2000+, Errichtung von Kultur- und Wanderwegen

(u. a. Landesrundwanderweg), Mountainbike-Wegenetz, ARGE Weinstraße, Beschilderung Wander- und Radwege

Organisatorische Fragen 2001

Durch den Wechsel von LH-Stv. Mag. Karl Schlögl zu LH-Stv. Heidemaria Onodi konnten für die Arbeit des Fonds wesentliche Entscheidungen erst im zweiten Halbjahr 2001 getroffen werden. Dies betrifft insbesondere die Neubesetzung des Fachbeirats durch die Landesregierung. Wichtigste Zielsetzung dabei war die Reduktion der Beiratsmitglieder auf die für das Fondsgeschehen relevanten Dienststellen und Institutionen (Verringerung auf 15 Mitglieder). Weiters wurde eine Reduktion der Entscheidungsebenen im Landschaftsfonds beschlossen: Die Arbeitskreisleiter wurden nicht mehr neu bestellt, und die Aufgaben des bisherigen Koordinationskreises übernimmt im Bedarfsfall der Arbeitskreis Neu bei der Geschäftsstelle.

Ziele 2002

Für das Jahr 2002 ist in erster Linie eine weitere Konsolidierung der Finanzsituation geplant.

Inhaltlich zeigen sich zwei wesentliche Schwerpunkte:

● Bereitstellung von Geldern zur Abwicklung von kofinanzierten Programmen z. B. im Rahmen des ÖPUL

● Durchführung von Pilotprojekten mit innovativen Ansätzen

Darüber hinaus sind eine verstärkte Bewertung verschiedenster Projekttypen nach dem Muster der Evaluierungsstudie über die Förderung von Stillgewässern sowie eine Kontrolle der Abbautätigkeit beabsichtigt.

Abteilung Landwirtschaftsförderung

Das Land als Träger von Privatrechten ist verpflichtet, durch Förderungsmaßnahmen beizutragen, den Bestand und eine zeitgemäße Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich, insbesondere in ihren Formen der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe, zum Wohle der Allgemeinheit zu sichern (§ 1 des NÖ Landwirtschaftsgesetzes, LGBl. 6100-3).

Schwerpunkte 2001

- Koordination der Abwicklung des Ziel-5b-Programmes (EAGFL)
- Teilnahme an zahlreichen Gesprächen mit dem Bundesministerium für Land-

und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und anderen Bundesländern zwecks Änderung des neuen Programmes für die ländliche Entwicklung

● Koordination und Abwicklung des Programmes ländliche Entwicklung

● Koordination und Abwicklung des LEADER+ Programmes in Niederösterreich

● Finanzierung des bestehenden Umweltprogramms (ÖPUL 2000) im Rahmen des Programms ländliche Entwicklung

● Ausfinanzierung der Überhänge im Bereich der Investitionsförderung aus der Periode 1995 bis 1999 gemeinsam mit dem Bundesministerium für Land-

und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer sowie Sicherstellung des NÖ Landesmittelanteils

● Mitarbeit in Arbeitskreisen für das Klimabündnis

● Bauberatung und Erstellung von Entwürfen von landwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, vor allem unter Berücksichtigung einer ortsbildangepassten Baugestaltung

● Beratung hinsichtlich der Verwendung von Alternativenergiequellen, der Wärmedämmung und des Energiesparens

● Teilnahme bei der Bau- und Energiesparmesse in Wieselburg

- Organisation und Abwicklung des Dorfhelferinnendienstes und der sozialen Betriebshilfe durch den Einsatz von Zivildienern. Erstellung einer Festschrift anlässlich der 35-Jahr-Feier des Dorfhelferinnendienstes in Niederösterreich.
- Förderung der Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen von Privatpersonen
- Gewährung von Förderungen für unverschuldet in Not geratene bäuerliche Betriebe
- Erstellung des Berichtes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich
- Führung der administrativen Geschäfte des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds
- Abwicklung der Förderungsmaßnahme „Jungübernehmerförderung“ und „Wohnbau-AIK“ (Ausfinanzierung)
- Abwicklung der Förderungsmaßnahmen „Zuchtwidderankauf“, „Kalbinnenaktion“, „Verbesserung und Sicherung der Qualität und hygienischen Wertigkeit von Milch und Milchprodukten“ und „Qualitätsverbesserung der NÖ-Rinderzucht – NÖ Genetik Programm“
- Abwicklung von Förderungen der ECO Plus RegionalisierungsgesmbH.
- Abwicklung der Förderungsmaßnahme „Zuschüsse des Landes NÖ zu den Sozialversicherungsbeiträgen für hauptberuflich Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft“
- Abwicklung bzw. Ausfinanzierung der Sektorplanförderung in Niederösterreich gemeinsam mit dem ERP-Fonds und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
- Abwicklung von Maßnahmen im Rahmen des nationalen Förderungsprogramms
- Erarbeitung der Sonderrichtlinie für Maßnahmen zur Existenzsicherung für durch Dürreschäden im Jahr 2001 geschädigte landwirtschaftliche Betriebe in Zusammenarbeit mit den Bundesländern Burgenland, Steiermark, Kärnten und Tirol und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
- Mitarbeit bei der Erstellung von Richtlinien zur Unterstützung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der BSE-Krise in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und dem Bundesministerium für Soziales sowie die Abwicklung dieser Maßnahmen
- Abwicklung der Entschädigung für die Beseitigung von Genmaisbeständen

Probleme 2001

Die Probleme im Jahr 2001 entstanden durch unvorhergesehene Ereignisse:

- **BSE-Krise.** Das verstärkte Auftreten von BSE und teilweise MKS in den meis-

ten EU-Ländern erforderte es, in Österreich entsprechende Maßnahmen zu setzen. Einerseits mussten Maßnahmen zur Abfederung des Preisverfalls geschaffen werden, andererseits war es erforderlich, die Beseitigung von Tierkörpern der EU-Vorgabe anzupassen. Tiermehlhaltige Futtermittel mussten entsorgt werden, und es wurde ein generelles Verfütterungsverbot von Tiermehl vorgeschrieben. Daneben wurde ein System zum Test von Schlachtrindern auf BSE verpflichtend eingeführt. Der erste BSE-Fall in Österreich, der im Waldviertel auftrat, erforderte ebenso ein rasches Handeln.

- **Genmais-Problematik.** Niederösterreich war von mit Genmais verunreinigten Beständen am stärksten betroffen. Die Abwicklung der Maßnahmen zur Beseitigung bzw. Entschädigung erforderten ein kurzfristiges Handeln im Hinblick auf den damals bevorstehenden Blütezeitpunkt.

- **Dürre.** Der Südosten Niederösterreichs war von Dürreschäden besonders betroffen. Hilfsmaßnahmen mussten erstellt werden. Das Erreichen einer Bundesbeteiligung war besonders schwierig.

Alle angeführten Maßnahmen mussten neben der laufenden Tätigkeit mit hohem Arbeitsaufwand und mit unvorhergesehenen Schwierigkeiten durchgeführt werden.

Ziele 2002

Zu den allgemeinen Zielsetzungen des § 1 des NÖ Landwirtschaftsgesetzes, LGBl. 6100-3, sind folgende spezielle Ziele zu nennen:

- Abwicklung des Programms Entwicklung des ländlichen Raumes
- Direktförderungen für Betriebe in benachteiligten Gebieten (Berggebiet, sonstiges benachteiligtes Gebiet und kleines Gebiet), an denen sich auch die EU beteiligt
- Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft durch die Maßnahmen des ÖPUL
- Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen des einzelbetrieblichen Investitionsprogramms bzw. im Rahmen des nationalen Förderungsprogramms
- Verbesserung der Einkommenssituation im ländlichen Raum durch Förderung von Projekten in Richtung Diversifizierung der landwirtschaftlichen Tätigkeit (landw. Tourismus und Vermarktung)
- Förderung von Betrieben zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse
- Förderung von landwirtschaftlichen Erzeugergemeinschaften
- Beratung von landwirtschaftlichen Betrieben, vor allem bei der Gestaltung landschaftsprägender Wirtschaftsgebäude

- Abschluss der Maßnahmen von Ziel 5b, Sektorplan, Gemeinschaftsinitiativen und einzelbetrieblicher Investitionsförderung aus der Förderungsperiode 1995 bis 1999
- Förderung des Ausbaues des ländlichen Wegenetzes zur Verbesserung der Infrastruktur
- Abwicklung des Programmes für die Gemeinschaftsinitiative LEADER+

Statistik 2001

Unterstützungen zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen, der Produktivität, der Infrastruktur und der Erhaltung der Existenz bäuerlicher Betriebe

AIK Zinsenzuschüsse (Wohnbau AIK)	S 3.973.771,02
Jungübernehmerförderung (2%iger Zinsenzuschuss zu einem aufgenommenen Agrarinvestitionskredit) – ausbezahlte Zinsenzuschüsse	S 40.188,62
Verkehrerschließung ländlicher Gebiete:	
Bisher ausbezahlte Landesmittel	S 6.000.000,—
Ausfinanzierung	
Investitionsförderung	S 181.769.000,—
Ausfinanzierung	
Sektorplanförderung und Erzeugergemeinschaften	S 35.434.442,—
Verarbeitung und Vermarktung	
landw. Erzeugnisse	S 4.723.177,—
Ziel 5b (EAGFL)	S 85.499.079,84
Gemeinschaftsinitiativen	S 4.187.471,27
Programm ländliche Entwicklung	S 69.356.000,—
Nationale Maßnahmen	S 112.496.893,57

Sozialmaßnahmen

Dorfhelferinnendienst

Personalstand:

35 aktive Dorfhelferinnen (34 in Karenz)	
5.647 Arbeitstage zu rd. 10 Arbeitsstunden in 376 Einsätzen (740 Kinder betreut)	S 15.508.312,47

Notstandsunterstützungen

31 Notstandsdarlehen	S 10.580.000,—
1 Notstandsbeihilfe	S 20.000,—
Landesmittel insgesamt	S 10.600.000,—

Betriebshilfe (Maschinenringeinsätze)

Landesbeitrag Einsatzstunden, Beitrag zu den Verwaltungsaufwänden an Ringe (Maschinenringförderung)	S 847.112,—
---	-------------

Sonstige Förderungen

Kalbinnenaktion	S 3.789.300,—
Aufzuchtprämie	S 3.091.200,—
Zuchtwidderankauf	S 105.910,28
Förderung der Behebung von Katastrophenschäden 508 Beihilfen	S 33.528.985,45
Prämienverbilligung zur Hagel- und Frostschadensversicherung	
Zuschuss aus Landesmitteln	S 47.500.000,—
Zuckerfabrik Hohenau	S 1.350.000,—
Hebung Milchqualität	S 57.623.118,03
Absiedlung Strengberg, Wallsee, Ardagger	S 5.572.144,85
Diverse Einzelförderungen	S 5.071.239,50
Zahlungen auf Grund der Sonderrichtlinien im Zusammenhang mit BSE	S 41.466.900,—
NÖ Genetikprogramm	S 11.287.000,—

Beiträge an Interessenvertretungen

NÖ Landes-Landwirtschaftskammer	S 173.500.000,—
NÖ Landarbeiterkammer	S 9.974.000,—
Insgesamt	S 183.474.000,—

Direktförderungen

Ausgleichszahlungen für Bergbauern	S 151.088.094,—
Umweltprogramm (ÖPUL)	S 582.101.970,—
Nationale Mutterkuhprämie	S 3.957.462,28

Abteilung Forstwirtschaft

Das Aufgabengebiet der Landesforstdirektion umfasst im Wesentlichen vier Bereiche:

- Durchführung der Hoheitsaufgaben für Forst, Jagd und Fischerei
- Sachverständigentätigkeit
- Bewältigung der forstlichen Förderung (waldbauliche Maßnahmen, Forstaufschließung, Aufklärung und Beratung, Forstschutz, Landschaftsfonds)
- Führung der Landesforstgärten

Schwerpunkte 2001**Forstfachangelegenheiten**

Die Sachverständigentätigkeit umfasste 2001 die Erstellung von forstfachlichen Gutachten in II. Instanz (Berufungsverfahren) vor allem bei Rodungen, Waldfeststellungen und Waldverwüstungen. In Verfahren als I. Instanz wurden vor allem Bescheide über Anträge auf Befreiung von der Pflicht zur Bestellung eines leitenden Forstorgans bzw. für gemeinsame Forstorgane und bei Saatgutbeständen erlassen.

Für den zweiten Teilabschnitt der TAG LOOP II der OMV von Eggendorf nach Lichtenegg und für die Umfahrung Klosterneuburg wurden im Rahmen der UVP-Verfahren forst- und jagdfachliche Gutachten abgegeben.

Ein besonderer Schwerpunkt lag im Jahr 2001 auf der Vorbereitung der Novellierung des Forstgesetzes. Eine erste Arbeitsgruppe im BMLFUW (Teilnehmer von der NÖ LFD OFR Schwarzinger) erarbeitete im 1. Halbjahr Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung des Forstgesetzes. Die zweite Arbeitsgruppe mit FD Hietel verfasste gegen Jahresende den Novellierungsvorschlag zur Änderung des Forstgesetzes.

Erstellung von Bewertungsgutachten für Grundeinlösungen im Rahmen von Straßenbauvorhaben der Bundes- und Landesstraßenbauabteilung.

Jagdfachangelegenheiten

Im ersten Halbjahr wurden jagdfachliche Gutachten vor allem bei Berufungen gegen die Verpachtung (Höhe des Pachtschillings) und gegen die Teilung von Genossenschaftsjagdgebieten abgegeben.

Zu folgenden anderen Themen wurden jagdfachliche Gutachten erstellt:

- Abschussplanberufungen bei Reh-, Rot- und Gamswild
- Großräumige gemeinsame Abschussverfügungen Rotwild
- Weidgerechte Ausübung der Jagd (Jagdkartenentzug)

Ab Jahresmitte wurden fachliche Anfragen der BVB zur laufenden Jagdgebietenfeststellung bearbeitet.

Ein zweiter Schwerpunkt gegen Ende 2001 bildete die Vorbereitung der Novellierung des NÖ Jagdgesetzes 1974, für die eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der NÖ LLWK und des NÖ LJVB eingerichtet wurde. Ausgangspunkt der Novellierung waren Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung des NÖ Jagdgesetzes, die im Rahmen eines Effizienzfolgeprojektes von einer Beamtenarbeitsgruppe zuvor erstellt wurden.

Forstschutz

- Erhebungen und Bewertung von Schäden durch Luftverunreinigungen und sonstiger Immissionen: Der Kronenzustand der Eiche hat sich gegenüber 2000 wieder deutlich verbessert. Der

Verlichtungsindex ist von 2,44 auf 2,31 im Jahre 2001 zurückgegangen.

- Das Ergebnis 2000 des österreichweiten Bioindikatorennetz zeigte weiterhin leichte Schwefelbelastungen in NÖ. Insgesamt überschritten im Jahr 2000 8,59% aller Punkte den forstgesetzlichen Grenzwert, bundesweit waren es 7,87%. In Absolutzahlen war somit in NÖ an 14 Punkte eine Immissionsbelastung durch Schwefel gegeben. Schwerpunkte der Grenzwertüberschreitungen sind das Waldviertel sowie Bereiche nördlich, östlich und südlich von Wien. In den Bezirken Amstetten, Baden, Lilienfeld, Melk, Neunkirchen, Scheibbs, Wiener Neustadt und Zwettl war keine SO₂-Immissionseinwirkung nachweisbar.

- Salzsäuren entlang Waldviertler Bundesstraßen sind auch 2001 aktuell. Durch die Zunahme des Straßenverkehrs wird auf immer mehr Straßenteilstücken Streusalz verwendet. Insgesamt sind mit Stand Dezember 2001 an 30 Stellen Waldschäden durch Streusalz gemeldet und in Bearbeitung. Auf Grund der Langwierigkeit von Straßenplanungen und dem Kostenfaktor solcher Maßnahmen können nur langsam Erfolge erreicht werden.

- Gutachtenerstellung im Bereich forstschädlicher Luftverunreinigungen

- Kontrolle, Überwachung und Dokumentation blatt-/nadelfressender Insekten (Nonne, Ips duplicatus, Mycosphaerella, Spaeropsis . . .)

- Die in den letzten Jahren deutlich beruhigte Borkenkäfersituation in den Nadelholzbeständen bleibt weiterhin auf niedrigem Niveau. Wurde 1999 eine Schadholzsumme von rd. 200.000 fm festgestellt, verringerte sich dieser Wert 2000 auf ca. 172.000 fm. 2001 ist dagegen mit einem leichten Anstieg auf etwa 200.000 fm zu rechnen.

- Massenvermehrung der Schmetterlingsart „Eichenprozessionsspinner“ im Hochleithenwald. Bereits das 4. Jahr wurde im gesamten Waldgebiet des Hochleithenwaldes ein überdurchschnittlich hohes Vorkommen dieser Schmetterlingsart festgestellt. Dauerhafte Schäden an den befallenen Eichen sind keine feststellbar, da nur das Laub befallen wird. Jedoch haben die ausgewachsenen Raupen Nesselhaare, die sie aktiv schleudern können und die bei Berührung mit der menschlichen Haut hässliche Ausschläge verursachen können. Weiters können empfindliche Personen allergische Reaktionen zeigen (Augen, Atmung...).

- In Zusammenarbeit mit der Forstlichen Bundesversuchsanstalt wurde erstmal das Vorhandensein des Sibirischen Fichtenborkenkäfers (*Ips laevis*) nachgewiesen. In der Republik Tschechien ist *I. laevis* inzwischen ein vollwertiger Ersatz für heimische Schädlinge. Kleiner Trost: Er verursacht dieselben Schäden wie unser heimischer Fichtenborkenkäfer.

- In Hollenstein/Ybbs wurde ein Schadpilz auf Kiefernnadeln bekämpft, der als EU-Quarantäneschädling vollständig zu entfernen ist.

- Abwicklung von Förderung im Rahmen der Vorbeugung von Waldschäden. 2001 wurden 4.523 Fangbäume zur Borkenkäferbekämpfung gefördert, rd. 820 Höhlenbäume und Totholzexemplare erhalten und gemeinsam mit anderen Forstschutzmaßnahmen wurden rd. 2,3 Mio. S Förderungsmitel ausbezahlt.

- Zusätzlich Informationsarbeit in Zusammenhang mit der forstlichen Statistik (Zusammenstellen relevanter Daten für verschiedene Einzelanfragen)

- Mitarbeit im Klimabündnisbeirat des Landes NÖ.

Forstaufschließung

Planung neuer Forststraßen: 2001 wurden ca. 260 Projekte mit einer Gesamtlänge von ca. 230 km in der Natur fixiert, vermessen und der Behörde angezeigt. In dieser Zahl sind neben Förderungsprojekten (180 km) auch jene Bauvorhaben enthalten, bei denen als „Bürger-service“ die Projektierung und die Bauaufsicht durch den Landesforstdienst durchgeführt wurde.

Das Bauprogramm 2001 umfasst ca. 540 Projekte, welche mit folgenden Förderungsmiteln (in S) unterstützt wurden:

EU-kofinanzierte Projekte:	
EU-Mittel	S 7,829.900,-
Bundesmittel	S 4,699.300,-
Landesmittel	S 3,133.100,-
Summe	S 15,662.300,-
National geförderte Projekte:	
Bundesmittel	S 1,161.100,-
Landesmittel	S 142.800,-
Summe	S 1,303.900,-

Überprüfung der technischen Durchführung und Abrechnung von geförderten Forststraßen: 2001 wurden 110 Projekte mit ca. 160 km Länge abgerechnet. Das entspricht einem Bauvolumen von 52,3 Mio. S und einem durchschnittlichen Laufmeterpreis von S 330,-.

Forstliche Aufklärung und Beratung

- Organisation und Durchführung der 14. NÖ Waldjugendspiele zum Thema „Wood Power – Energie wächst. Im Wald.“ Mit der Teilnahme von rund 12.000 12-jährigen Kindern ist dies wiederum die größte Veranstaltung forstlicher Öffentlichkeitsarbeit gewesen.

- Betreuung der Erholungswaldprojekte und Waldlehrpfade
 - „Annaberg“,
 - „Kirchenwald“ (Hollabrunn),
 - „Sonntagberg“,
 - „Amstetten-Stadtwanderweg“,
 - „Pitten“,
 - „Kraftarena Groß Gerungs“,
 - „OSANG – Rastefeld“,
 - „Marktgemeinde Gars/Kamp“
- sowie der Projekte WWW (Waldviertler Walderlebnis Waldreichs), WP Zentrum Waidhofen/Ybbs, WP Niedersulz und WP Zentrum Hohenberg, welche allen Interessierten den Wald näher bringen sollen. Ziel dieser Projekte ist, dass jedes Kind in Niederösterreich einmal in seiner Schulzeit den Wald unter kundiger Führung besuchen soll.

- Unterstützung bei der Bestimmung und dem Transport des Christbaumes für das Regierungsviertel in St. Pölten. Der 23 m hohe Baum stammt aus Reichenau an der Rax im Bezirk Neunkirchen.

- Durchführung verschiedener Exkursionen mit Waldbesitzern
- Pressebetreuung

Waldbauliche Maßnahmen

- Umsetzung der Förderungsprogramme gemäß EU-Verordnung 1257. Die Abteilung Forstwirtschaft hat dabei einerseits die Rolle der Bewilligungsstelle für die Förderung der Wiederaufforstung nach Katastrophen, andererseits erfolgt eine Koordinierung der Förderungsberatung der Forstabteilungen der Bezirkshauptmannschaften.

- Koordinierung der gemeinsamen Beratung der waldbaulichen Förderung mit der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer
- Förderung der Wiederaufforstung von Katastrophenflächen nach Borkenkäfer-, Pilz-, Sturm- sowie Schneebruchschäden mit ca. 1,6 Mio. S EU-, Bundes- und Landesmittel

- Durchführung und Betreuung von Regionalprojekten in Hochlagen und im Schutzwaldbereich und Sanierung von Windschutzanlagen schwerpunktmäßig im sommerwarmen Osten Niederösterreichs. Für 12 Projekte wurden ca.

0,5 Mio. S an EU-, Bundes- und Landesmitteln vergeben. Für die Pflege von Windschutzanlagen wurde ein eigenes Förderungsmodell ausgearbeitet.

- 54 Neubewaldungsprojekte nach § 18 (3) FG 1975 mit insgesamt 1,7 Mio. S gefördert – Gesamtfläche ca. 104 ha; 2 Projekte wurden neu erstellt, 9 Projekte wurden kollaudiert.

- Förderung von Einzelschutzmaßnahmen zur Mischwaldbegründung aus Mitteln des NÖ Landesjagdverbandes

- Wiederholungsaufnahmen des Verjüngungskontrollzaunnetzes

- Kontrolle von Forstgärten gem. Forstlichem Vermehrungsgutgesetz 1997

Landesforstgärten

- Vermehrte Anzucht von Mischbaumarten heimischer Herkunft (Pflanzenbestand der beiden Landesforstgärten ca. 8 Mio. Stück)

- Verstärkte Produktion von Edellaubbaumarten (Eiche, Ahorn, Esche, Kirsche) sowie Douglasie, Weißtanne und Lärche als Ersatzbaumarten für die Fichte in Borkenkäferkalamitätsgebieten

- Saatgutbeerntung von Laubhölzern (besonders seltene Baumarten wie Elsbeere, Speierling, Wildapfel und Wildbirne) und Nadelhölzern (Weißtanne, Fichte)

- Befriedigung des Marktes mit Forstpflanzen geeigneter Herkunft

Waldwirtschaftsgemeinschaften für Ziel 5b – EAGFL

- Zusammenschluss von kleinen (bäuerlichen) Waldbesitzern

- Schlagkräftige Einheiten in Richtung Holzvermarktung

- Erhöhung der Waldgesinnung

- Allgemeine Verbesserung der Waldsituation (Durchforstungsrückstände werden abgebaut) durch Einbeziehung von Fachkräften (Forstwirtschaftsmeister)

- Erleichterung der Waldarbeit durch Maschinenförderung

- Erhöhung des Einkommens im bäuerlichen Kleinwald

Landschaftsfonds

- Mitarbeit im Fachbeirat und Koordinationskreis sowie an diversen fondsinternen Informationsveranstaltungen

- Abwicklung von Förderungsprojekten im Rahmen des Arbeitskreises „Wald“. Neben diversen Einzelprojekten wurden insbesondere die Schwerpunkte „Holzrückung mit Pferden“, „Waldrandgestaltung, Rückbringung und Förderung seltener Baumarten“ und „Musterprojekte für Laubwaldpflege“ weitergeführt.

Forstliche Raumplanung

Im Laufe des Jahres 2001 wurde der Waldentwicklungsplan Zwettl genehmigt.

Die Erhebungen für die Waldentwicklungspläne Scheibbs und Melk sind in der Endphase, mit einer Vorlage beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ist mit Mitte des Jahres 2002 zu rechnen. Die Revisionsarbeiten in den Bezirken: Krems, Horn/Hollabrunn, Gänserndorf und Mistelbach wurden weitergeführt, so dass auch hier bis Ende 2002 mit Ergebnissen zu rechnen sein wird.

Gutachtertätigkeit

Sachverständigengutachten in forstrechtlichen Berufungsverfahren	101
Sachverständigengutachten für die Grundverkehrs-Landeskommission	5
Gutachten für den Landesagrarsenat	12
Jagdliche Sachverständigengutachten	51
Fischereifachliche Sachverständigengutachten	186
Fachgutachten zu Flächenwidmungsplänen und Raumordnungsprogrammen	32
Naturschutzgutachten bzw. Stellungnahmen	7
Gutachten bzw. Stellungnahmen zu ERP-Kreditansuchen	2
Stellungnahmen zu Gesetzes- bzw. Verordnungsentwürfen	58
Waldbewertungsgutachten	61
Gutachten in wasserrechtlichen Verfahren zu Fragen des Trinkwasserschutzes	12

Probleme 2001

Forstschutz

- Salzsäuren in abflusslosen Mulden sind kaum beherrschbar. Das Einstellen der Salzstreuung auf viel befahrenen Straßen ist äußerst problematisch. Die Neuregelungen von ganzen Entwässerungssystemen ist ausgesprochen teuer.
- Verschiedene Käfer- und Pilzprobleme werden je nach Wetter im Frühjahr eines Jahres schlagend. 2001 wurden vor allem Lärchen und teilweise Kiefern in Mitleidenschaft (in Zusammenwirkung mit Frost) gezogen.
- Abwicklung der forstlichen Förderung nach den neuen Vorgaben der VO zur Entwicklung des ländlichen Raumes
- Zunehmend Probleme mit „exotischen“ Insekten und Pilzen, die nach Österreich eingeschleppt werden

Forstaufschließung

- Die Vergabe von Forststraßenbauten an Fremdfirmen bedingt insbesondere für die Bauaufsicht einen hohen Zeitaufwand bei der laufenden Baukontrolle und bei der Abrechnung der Projekte.
- Viele Projekte sind nur als Gemeinschaftsprojekte mehrerer Besitzer durchführbar. Damit verbunden ist ein größerer Planungsaufwand als bei Projekten einzelner Interessenten und oft viel Zeitaufwand für die Genossenschaftsgründungen.

- Auf Grund des Vordringens des Forststraßenbaues in schwierigeres Gelände (leicht zu bauende Projekte wurden bereits früher verwirklicht) wird der Aufwand für die Trassierung und Projektierung immer größer.

● Im Bereich der national geförderten Projekte konnten mit den zu Verfügung gestellten Mitteln viele Projekte abgeschlossen und ausfinanziert werden. Die noch offenen national zu fördernden Projekte werden im Jahr 2002 fertig gestellt und ausfinanziert. Dafür sind nur noch geringe finanzielle Mittel erforderlich.

● Seit 1. 1. 2000 werden sämtliche Neuanträge für die Förderung von Forststraße über das österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes (EU-VO 1257/99) abgewickelt.

● Insgesamt ist die Nachfrage nach der Förderung von Forststraßenneubauten sehr groß, und Anträge für kommende Jahre laufen ständig ein.

Forstliche Aufklärung und Beratung

- Das immer größer werdende Bedürfnis der Bevölkerung, die wachsende Freizeit aktiv im Wald zu gestalten, führt zunehmend zu Konflikten.
- Die in den letzten Jahren in den Vordergrund getretenen Probleme der Forstwirtschaft – Schneebruch, Windwurf, Borkenkäferkalamität, Verfall des Holzpreises u. a. – führen zu einer erheblichen Mehrbelastung des Forstpersonals und erhöhen den Bedarf nach Information und Unterstützung.
- Die Betreuung von Exkursionen von Fachleuten (auch aus dem Ausland), die auf Grund der räumlichen Nähe zur Bundeshauptstadt zumeist nach Niederösterreich führen, nimmt zunehmend mehr Zeit und Kapazität in Anspruch.
- Seit 1. 1. 2001 werden sämtliche Neuanträge für die Förderung von Projekten über das österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes (EU-VO 1257/99) abgewickelt.

Waldbauliche Maßnahmen

- Die Umsetzung des Förderungsprogramms gem. EU-VO 1257 brachte große organisatorische Änderungen mit sich. So wurden die Genehmigungs-, Auszahlungs- und Kontrollmodalitäten entsprechend den geltenden EU-Vorschriften völlig umstrukturiert. Die geltenden Förderungsbedingungen sind für einen Teil der Waldeigentümer nicht attraktiv genug, weil die Orientierung von Aufforstungen an der natürlichen Waldgesellschaft einen Verzicht auf eine Ertragsoptimierung bedeutet und die Pflege von Laubbäumen fachlich anspruchsvoller als beispielsweise die der Fichte ist.

- Die umfassenden Abwicklungsvorschriften der EU sind besonders für Kleinförderungen zu kompliziert, so dass eine Vereinfachung der Abwicklung anzustreben ist.

● In Niederösterreich werden zunehmend mehr Forstpflanzen aus dem Ausland auf den Markt gebracht. Importe sind für die Forstpflanzenproduzenten häufig billiger als die eigene Produktion und innerhalb der EU uneingeschränkt möglich. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, dass die genetischen Eigenschaften von Pflanzen, die aus weit entfernten gelegenen Gebieten kommen, nicht immer den Anforderungen der niederösterreichischen Waldstandorte entsprechen und sich daraus langfristig Probleme ergeben.

Landesforstgärten

- Die Forstpflanzenabgabe war gegenüber dem Vorjahr gleich bleibend. Der anhaltende Negativtrend der letzten Jahre beim Laubholz hält weiter an. Beim Laubholz wurden 200.000 Stück Forstpflanzen und beim Nadelholz 1,1 Mio. Stück Forstpflanzen abgegeben. Vor allem die Fichte pendelt sich bei ca. 700.000 Stück ein.
- Der Grund für den hohen Fichtenabsatz liegt an der Nichtinanspruchnahme der geänderten Förderungsrichtlinien im Rahmen der ländlichen Entwicklung. Die Richtlinie ist nur schwer in der Praxis umzusetzen.
- Beschaffung von geeignetem heimischen Saatgut (besonders Stieleiche, Rotbuche, Roteiche, Schwarzerle, Elsbeere, Speierling, Fichte, Lärche und Weißtanne)
- Schaffung einer längerfristigen Saatgutreserve

Waldwirtschaftsgemeinschaften für Ziel 5b – EAGFL

Die Förderung von Projekten im Rahmen der EU-Strukturförderung, Ziel 5b-EAGFL, Maßnahme 4, Forstwirtschaft (Waldwirtschaftsgemeinschaften, Ei-Entmistelung) wurde mit dem Jahr 2001 abgeschlossen.

Es wurden 50 Projekte gefördert, wodurch 2.361 Waldeigentümer mit einer Waldfläche von 117.286 ha abgedeckt wurden.

Die zur Verfügung stehenden Fördermittel in der Höhe von S 36.948.787,-, das entspricht Gesamtkosten von S 87.518.806,- waren in voller Höhe in den Projekten gebunden.

Von den Förderungswerbern wurden S 34.474.618,- an Fördermitteln in Anspruch genommen, das sind Gesamtkosten von S 82.869.759,-. Das entspricht einen Fördersatz von 41,6%. Zusätzlich wurden S 454.154,50 an Landesmitteln ausgeschüttet.

In Summe konnten die Förderungswerber daher S 34,928.772,50 an Fördermitteln in Anspruch nehmen.

Landschaftsfonds

Infolge der budgetären Engpässe im Landschaftsfonds kam es zu relativ langen Verzögerungen bei der Genehmigung neuer Projekte.

Ziele 2002

Forstschutz

- Schutz des Waldes vor biotischen und abiotischen Schäden
- Umsetzung der Förderungsrichtlinien nach der EU-Verordnung ländlicher Raum und damit verbunden die Umsetzung neuer Förderungsmaßnahmen
- Erfassung und Eindämmung von Flächen, die durch den Befall fressender Insekten (Eichenprozessionsspinner, Nonne) und abtötender Pilze gefährdet sind
- Erfassung der neuartigen Waldschäden und Feststellung deren Ursachen unter verstärkter Verwendung technisch erhobener Umweltdaten
- Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen und Institutionen zur Abklärung waldbelastender Randprobleme (Streuschäden, Klärschlammprodukte als Walddünger, forstschädliche Luftverunreinigungen ...)

Forstaufschließung

- Verbesserung der Bauqualität, um künftige Erhaltungsarbeiten zu minimieren und eine größtmögliche Vermeidung von Katastrophenschäden zu erreichen, wobei auf die Interessen des Naturschutzes besonders zu achten ist.
- Weitere Rationalisierung der Projektierung und der Verwaltungsarbeit, um die Durchführung von Forststraßenbauten besonders im Bereich des Kleinwaldes (Gemeinschaftsprojekte) bewerkstelligen zu können.
- Vermehrte Anstrengungen im Bereich der Erosionsverhinderung durch ingenieurbiologische Maßnahmen

Forstliche Aufklärung und Beratung

- Schwerpunktförderung „Neue Waldpädagogik“ in den vier Waldpädagogikzentren Waldreichs, Niedersulz, Hohenberg und Waidhofen/Ybbs
- Einführung und Verwendung des neuen Logos
- Drucklegung von Visitenkarten für den Forstaufsichtsdienst mit neuem Logo

Waldbauliche Maßnahmen

- Standortgerechte Mischwaldbegründung auf Schadensflächen nach Borkenkäferbefall, Schneebruch und Windwurf
- Weitere Verbesserung der Abläufe bei der Umsetzung der neuen Förderungsrichtlinien
- Umwandlung von standortwidrigen Nadelholzreinbeständen in Mischbestände
- Fortführung der Unterstützung der Bezirkshauptmannschaften bei der Beratung der Waldeigentümer v. a. in Hinblick auf die Laubwaldpflege
- Weiterführung der Schutzwaldsanierung im Weinviertel (v. a. Marchfeld)
- Durchführung von Neubewaldungsprojekten in unterbewaldeten Gebieten (v. a. Weinviertel)
- Sanierung von Windschutzanlagen, wobei zukünftig die Pflege gegenüber der Erneuerung stärker forciert werden soll.
- Verstärkte Aufklärung der Waldbesitzer im Hinblick auf die genetische Vielfalt der Baumarten und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Waldbewirtschaftung

Landesforstgärten

- Rechtzeitige und ausreichende Versorgung mit hochwertigem und preiswertem Pflanzgut passender Herkunft besonders im bäuerlichen Kleinwald (Forstliches Vermehrungsgutgesetz 1996 der EU)
- Vermehrte Anzucht von wünschenswerten Mischbaumarten (Edellaubbaumarten, Rotbuche, Douglasie, Lärche und Weißtanne)

- Qualitäts- und Preisregulator gegenüber Importpflanzen
- Rationalisierungsmaßnahmen

Waldwirtschaftsgemeinschaften

- Es werden nur mehr die beiden Waldwirtschaftsgemeinschaften Krems und Gföhl im Rahmen der nationalen Bundesförderung ausfinanziert.

Sachverständigentätigkeit beim Straßenbau

- Die Bewertung von Waldgrundflächen beim Landesstraßenbau wird auf die Bezirksforstinspektionen verlegt.
- Ausnahme: Wenn die Waldgrundfläche eines einzelnen Eigentümers größer als 1 ha ist, dann erfolgt die Erstellung des Gutachtens seitens der Abteilung Forstwirtschaft.

Landschaftsfonds

- Aktive Teilnahme in den Gremien des Landschaftsfonds
- Abwicklung von Förderungsprojekten im Arbeitskreis „Wald“
- Schwerpunkte werden Maßnahmen in der Waldrandgestaltung, Einbringen und Schutz seltener Baumarten, Holzurückung mit Pferden, Musterprojekte für Laubwaldbewirtschaftung, Unterbau, Förderung der Naturverjüngung, Bodensanierung und Förderung der Lebensraumfunktion des Waldes (z. B. Rauhfußhühner) sein.

Forst- und Jagdfachangelegenheiten

Durch die Novellierung des Forstgesetzes und des NÖ Jagdgesetzes sind Änderungen des Forstauführungsgesetzes und der NÖ Jagdverordnung notwendig

Abteilung Veterinärangelegenheiten

Schwerpunkte 2001

Wutkrankheit

Die Impfung der Füchse mit Impfködern (orale Immunisierung) hat Erfolg gezeigt, da in Niederösterreich keine Tollwutsperrverhängung verhängt werden musste. Es wurde bereits die 20. und 21. Aktion im Jahr 2001 durchgeführt. Der Bund gewährt seit 1. April 1997 nur mehr flächenbezogene Abschussprämien für

Füchse. Das Land Niederösterreich übernahm die Kosten für die Auslegung der Impfköder mittels Flugzeug.

Rauschbrand

In den Verwaltungsbezirken Amstetten, Baden, Lilienfeld, Melk, Neunkirchen, Scheibbs, St. Pölten, Wiener Neustadt und der Stadt mit eigenem Statut Waidhofen an der Ybbs wurden 30.000 Rinder, die sich auf mit Rauschbrandkeimen ver-

seuchten Weiden anstecken könnten, schutzgeimpft. Der Bund hat für Viehverluste, die durch Rauschbrand verursacht wurden, Unterstützungen gewährt.

Dassellarvenbekämpfung

Im Jahr 2001 wurde wieder die Dasselbekämpfungsaktion in den Gebieten, welche in der Verordnung über die Bekämpfung der Dasselbeulenkrankheit der Rinder, LGBl 6240/01, angeführt

sind, durchgeführt. Es wurden den Landwirten Medikamente der Wirkstoffgruppe der Avermectine angeboten, die nicht nur gegen die Dassellarven, sondern auch gegen äußere und die Mehrzahl der inneren Parasiten wirksam sind. Somit war es möglich, dass bei ca. 23.000 Rindern sowohl eine Entdasselung als auch eine Parasitenbekämpfung im Sinne einer Metaphylaxe bzw. Therapie vorgenommen werden konnte. Zudem erfolgte durch den gemeinsamen Medikamenteneinkauf über den NÖ Tiergesundheitsdienst eine Verbilligung der Behandlung für die Landwirte.

Schweinepest bei Wildschweinen

Nach Feststellung von Schweinepest bei einem Wildschwein im November 2000 im Nationalpark Donauauen wurde ein von der Europäischen Union anerkanntes Bekämpfungsprogramm gestartet, wonach der Bezirk Gänserndorf zum Sperrgebiet erklärt wurde. In diesem wurden Wildschweine vermehrt bejagt und unschädlich beseitigt. Das Überwachungsgebiet wurde in Zusammenarbeit mit der NÖ und Wiener Jägerschaft im Jahr 2000 auf die Bezirke Bruck/L., Mistelbach, Korneuburg, Hollabrunn und Wien-Umgebung und Teile des Gemeindegebietes Wien ausgeweitet. Die in diesen Gebieten erlegten Wildschweine wurden 2001 auf Schweinepest untersucht, wobei diese Tiere nicht vernichtet wurden.

Aujeszky'sche Krankheit (AK)

Gesamt Niederösterreich gilt in der EU als frei von AK, daher ist ein AK-Überwachungsprogramm durchzuführen, um diesen Status zu erhalten. Stichprobenartig wurden ca. 3.500 Zuchtschweine (Sauen und Eber) bei der Schlachtung, im Zuge des innergemeinschaftlichen Handels und des Exportes in Drittstaaten untersucht und keine AK-positiven Tiere festgestellt. Importierte Nutz- und Schlachtschweine, die nachweislich gegen AK geimpft waren, mussten nach amtlicher Sperre unter tierärztlicher Aufsicht geschlachtet werden.

Schlacht- und Fleischuntersuchung

Das Fleisch unserer heimischen Nutztierarten ist eines der sichersten Lebensmittel. Dies wird durch umfassende Schulungen der Tierärzte und Qualitätskontrollen auf allen Stufen der Tierhaltung, der Fleischgewinnung bzw. -verarbeitung garantiert (from stable to table). Die früher als „Fleischschau“ bezeichnete Schlacht- und Fleischuntersuchung ist nur ein Teil dieses Netzwerkes. Durch große Investitionen haben zahlreiche Betriebe den EU-Standard erreicht.

Arzneimittelrückstände in Lebensmitteln

Der Beginn des Jahres 2001 war geprägt von einem groß angelegten Einsatz der Kriminalpolizei, Abteilung Umwelt, gemeinsam mit den Fachbeamten der Veterinärabteilungen der Bezirksverwaltungsbehörden in Zusammenhang mit der missbräuchlichen Anwendung von Arzneimitteln durch Landwirte.

Im Zuge dieser Aktion wurden in 88 Betrieben Hausdurchsuchungen durchgeführt, wobei über 26 Betriebe vorübergehend einer amtlichen Sperre verhängt werden musste. Auf Grund dieser Vorkommnisse sowie auch im Sinne einer prozessorientierten Kontrolle überprüften vom Landeshauptmann beauftragte und speziell geschulte Tierärzte 1.253 landwirtschaftliche Betriebe im Zusammenhang mit der Anwendung von Tierarzneimitteln. Dabei wurden bei 7% der Betriebe Verfehlungen festgestellt, die in Abhängigkeit der Schwere der Vergehen, einer weiteren Kontrolle unterzogen oder bei der Bezirksverwaltungsbehörde angezeigt wurden.

Zusätzlich zum angeordneten Stichprobenplan des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen wurde die Probenzahl wesentlich erhöht. Insgesamt wurden 3.466 Fleischproben auf Rückstände (z. B. Antibiotika, Hormone, Pestizide) untersucht, wobei in 0,4% der Proben Rückstände (v. a. Schwermetalle) festgestellt werden konnten.

Periodische Untersuchungen der Rinder

Mit den Entscheidungen 98/548/EG und 1999/579/EG wurde von der EU-Kommission die IBR/IPV-Freiheit im Sinne des Artikels 10 der Richtlinie 64/432/EWG den österreichischen Rinderbeständen amtlich zuerkannt. Dadurch wurde ein Sonderstatus für den innergemeinschaftlichen Handel nach Österreich zum Schutz der Rinderbestände erreicht. Mit den Entscheidungen 1999/465/EG, 1999/466/EG und 1999/467/EG wurde von der EU-Kommission die Leukose-, Brucellose- und Tuberkulosefreiheit der österreichischen Rinderbestände anerkannt.

Eutergesundheitsdienst

Um Milchproduktionsverluste in Millionenhöhe durch Eutererkrankungen der Rinder zu verringern, wurden in Zusammenarbeit mit der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer und den zuständigen Molkereien amtstierärztliche Kontrollen und Beratungstätigkeiten im Rahmen des Eutergesundheitsdienstes durchgeführt. Die Milch von über 6.000 Kühen

wurde bakteriologisch untersucht. In Betrieben, die für die Produktion von „pasteurisierter Kinderfrischmilch“ zugelassen sind, wurden 2001 über 7.000 Kühe amtstierärztlich kontrolliert.

Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE)

Seit dem 1. Oktober 2000 besteht für Schlachtbetriebe die Verpflichtung, „Spezifiziertes Risikomaterial“ von den übrigen Schlachtabfällen zu trennen und gesondert zu entsorgen. Dazu zählen beim Rind Schädel, Gehirn, Rückenmark, Tonsillen und Augen von über zwölf Monate alten Rindern sowie der Darm von Rindern aller Alterskategorien. Bei über einem Jahr alten Schafen und Ziegen zählt zu den zuvor genannten Organen auch die Milz. In diesen Organen ist bei einem positiven Fall von BSE mit einer sehr hohen Konzentration von „Prionen“ zu rechnen. Dieses Material darf nicht zur Herstellung von Tiermehlen und tierischen Fetten verwendet werden, sondern ist unschädlich durch Verbrennung zu entsorgen. Die Kontrolle der SRM-Trennung im Betrieb erfolgt durch die beauftragten Schlacht- und Fleischuntersuchungstierärzte bzw. die Überwachung der Verarbeitung und des Transports zur Verbrennung durch den zuständigen Amtstierarzt.

NÖ Tierschutzgesetz

Auf Grund der Umsetzung der Art.-15a-BVG-Vereinbarung als Verordnung zum NÖ Tierschutzgesetz wurden die Amtstierärzte als Sachverständige im Rahmen des Tierschutzes tätig und haben im Jahr 2001 ca. 600 Landwirtschaftsbetriebe auf die Einhaltung der Haltungsvorschriften für Nutztiere überprüft.

Probleme 2001

Wutkrankheit

Die Tollwutköder-Aktion musste weitergeführt werden, da immigrierende ungeimpfte Füchse aus Drittländern die Tollwutfreiheit in Niederösterreich gefährden könnten.

NÖ Tiergesundheitsdienst

1996 wurde vom Land Niederösterreich, der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer und der Kammer der Tierärzte Niederösterreichs der NÖ Tiergesundheitsdienst ins Leben gerufen, an dem sowohl Landwirte als auch Tierärzte als Mitglieder teilnehmen. Die gute Akzeptanz dieser Einrichtung wird durch die

ständig steigenden Mitgliederzahlen verdeutlicht. Derzeit sind bereits 8.000 Landwirte und 230 Tierärzte dem NÖ Tiergesundheitsdienst beigetreten.

Vor allem der Krankheitsvorbeugung wird im NÖ Tiergesundheitsdienst große Aufmerksamkeit beigemessen, wodurch eine erhebliche Reduktion des Arzneimitteleneinsatzes, der bei Erkrankungen unumgänglich wäre, erzielt wird.

Gleichzeitig wird die Vitalität unserer Nutztiere gesteigert. Der Gesundheitsstatus und der Medikamenteneinsatz müssen sowohl durch den Tierhalter als auch durch den Betreuungstierarzt genau dokumentiert werden. Der NÖ Tiergesundheitsdienst steht für Qualitätsverbesserung durch qualitätsbezogene und zukunftsorientierte Landwirtschaft unter Beachtung von tierartgerechten Haltungsformen. Den bäuerlichen Betrieben soll eine ertragreiche Viehhaltung ermöglicht und dem Konsumenten größtmögliche Sicherheit geboten werden.

Schlacht- und Fleischuntersuchung

Das Auftreten der Maul- und Klauenseuche in Großbritannien bzw. der erste BSE-Fall in Österreich hat zu einer angespannten Situation auf dem gesamten Schlacht- und Fleischmarkt geführt. Auf Grund der zahlreichen Schlacht-, Zerlege- und Verarbeitungsbetriebe erreichte die Anzahl der durchzuführenden amtstierärztlichen Betriebskontrollen eine Höhe, die nahezu nicht mehr bewältigbar ist. Ein Teil dieser Kontrollen wurde daher ausgelagert.

Untersuchung auf BSE

Bei der Schlachtung ist eine Untersuchung jedes Rindes im Alter von über 30 Monaten auf BSE verpflichtend. Dabei wurden 35.000 Proben von der Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen in Mödling für NÖ untersucht. Die Entnahme der Proben wird durch die speziell geschulten Schlacht- und Fleischuntersuchungstierärzte in den Schlachtbetrieben durchgeführt. Mit einer ähnlichen Probenmenge ist auch für das Jahr 2002 zu rechnen.

Ziele 2002

Aujeszky'sche Krankheit (AK)

Durch konsequentes Blutproben-Screening bei Schweinen soll die Anerkennung Niederösterreichs als AK-freies Gebiet in der EU erhalten werden. Dies bedeutet nach wie vor einen Wettbewerbsvorteil der NÖ Landwirtschaft gegenüber Regionen, die diesen Status noch nicht erreicht haben.

Periodische Untersuchung der Rinder

Auf Grund der Anerkennung der Tuberkulose-, Brucellose-, Leukose- und IBR/IPV-Freiheit der Rinder durch die EU-Kommission sind die periodischen Untersuchungen in geänderter Form durchzuführen. Für IBR/IPV ist nur mehr ein jährliches Screening der Betriebe notwendig. Die periodischen Untersuchungen auf Brucellose und Leukose werden nicht mehr alle 2 Jahre, sondern alle 5 Jahre durchgeführt. Die Untersuchung der Rinder auf Tuberkulose erfolgt ausschließlich im Zuge der Schlacht- und Fleischuntersuchung.

Milchhygieneverordnung

Auf Grund der Weisung des Bundesministeriums für Gesundheit und Konsumentenschutz sind 7.000 Milch produzierende Betriebe im Jahr 2002 amtstierärztlich zu kontrollieren.

Futtermittel- und Tiermehlgesetz

Die Amtstierärzte sollen unter Beachtung der Futtermittelhygiene und Fütterungshygiene auch das Verfüttern von Futtermitteln in den Betrieben hinsichtlich des Vorhandenseins unerwünschter Stoffe kontrollieren, die geeignet sind, die Gesundheit oder Leistung der Tiere nachteilig zu beeinflussen, oder Rückstände in den von den Nutztierern erzeugten Erzeugnissen hervorrufen. Von den Betrieben, die Tiere zur Lebensmittelgewinnung halten, sind jährlich 2% amtstierärztlich zu kontrollieren.

Auf Grund der BSE-Problematik und dem damit verbundenem Fütterungsverbot von Tiermehl haben die Amtstierärzte bis zu 10% der tierhaltenden Betriebe auf die Einhaltung zu überprüfen.

Tiertransportgesetz - Straße

Die Amtstierärzte werden als Tiertransportinspektoren herangezogen.

NÖ Tierschutzgesetz

Auf Grund der Umsetzung der Art.-15a-BVG-Vereinbarung als Verordnung zum NÖ Tierschutzgesetz werden die Amtstierärzte als Sachverständige verpflichtet, im Jahr 2002 600 Landwirtschaftsbetriebe auf die Einhaltung der Haltungsvorschriften für Nutztiere zu überprüfen. Zusätzlich wird auch die Überprüfung der Haltung von Wildtieren (Exoten und jagdbares Wild) vor Ort notwendig.

Schlacht- und Fleischuntersuchung

Ziel ist die bundesweite Angleichung der Kontrollpläne und -frequenz in Fleisch produzierenden und verarbeitenden Betrieben. Der Standard aller an die EU-Reife herangeführten Betriebe wird durch fortlaufende Kontrollen und Beratungen auf einem hohen Niveau gehalten.

Im Jahr 2002 werden durch die Amtstierärzte Schwerpunktkontrollen durchgeführt, wobei im ersten Halbjahr 2002 der Tierschutz am Schlachthof sowie die Tätigkeit der Schlacht- und Fleischuntersuchungsorgane im Vordergrund steht. Im zweiten Halbjahr 2002 wird u. a. das Hygieneeigenkontrollsystem der Betriebe auf Plausibilität und Wirksamkeit überprüft. Zur Evaluierung des Kontrollsystems wird ein externes Institut bzw. werden Amtstierärzte aus anderen Bundesländern herangezogen.

NÖ Tiergesundheitsdienst

Das im Jahr 1996 bei Rindern begonnene BVD-Überwachungs- und BVD-Bekämpfungsprogramm wird 2002 fortgeführt, um den Gesundheitsstatus der Rinder weiter zu verbessern. Die bereits durchgeführten Maßnahmen in Niederösterreich stellen einen Wettbewerbsvorteil für die NÖ Landwirtschaft dar.

Die Erhaltung der Eutergesundheit ist ein weiteres Anliegen des NÖ Tiergesundheitsdienstes. Bakteriologische Milchuntersuchungen und Erstellung von Antibiogrammen werden auch 2002 routinemäßig durchgeführt.

In der Schweineproduktion bilden Programme zur Bekämpfung der Rhinitis-Atrophicans („Schnüffelkrankheit“), von Räude- und Endoparasiten sowie das Installieren eines Schlachthofrückmeldesystems bezüglich pathologischer Befunde als Pilotprojekt die Hauptaufgaben des NÖ Tiergesundheitsdienstes. Eine Schwerpunktarbeit auf dem Gebiet der Fleischhygiene wird die Untersuchung auf Salmonellen in Blut und Muskeln von Schlachtschweinen sein.

Bei Schafen und Ziegen werden die Untersuchungen bezüglich Maedi/Visna und CAE fortgesetzt, um die Seuchenfreiheit der Herden weiterhin zu erhalten. Der NÖ Fischgesundheitsdienst hat sich etabliert, wobei prophylaktische Maßnahmen wie Impfungen, Wasseruntersuchungen oder bakteriologische Untersuchungen forciert werden. Ein Gütesiegel zur Darstellung der Qualitätsstandards wurde eingeführt.

Landwirte sollen in bewährter Weise die Möglichkeit haben, kostengünstige Stallklimamessungen und Melkmaschinenüberprüfungen durch Fachpersonal durchführen zu lassen.

Tierkennzeichnung

Während die Rinderkennzeichnung nunmehr Angelegenheit der AgrarMarkt Austria ist, obliegt dem Landeshauptmann nach wie vor die Zuteilung der Kennzeichen für Schweine, Schafe und Ziegen an die Tierhalter und die Führung eines Tierhaltungsregisters. Weiters obliegt ihm die Überwachung der Kennzeichnung und die Führung der Bestandsregister in den landwirtschaftlichen Betrieben.

Rückstandskontrollverordnung

Auch im Jahr 2002 wird einer der Schwerpunkte die prozessorientierte Kontrolle der Lebensmittelproduktion sein.

Die Rückstandskontrollverordnung regelt die Kontrollmaßnahmen hinsichtlich bestimmter Stoffe und Erzeugnisse sowie ihrer Rückstände in lebenden Tieren, deren Fleisch zum Genuss für Menschen verwendet werden soll, und im Fleisch. Diese Qualitätssicherungsmaßnahmen ergeben hohe Produktsicherheit. Demgemäß hat entsprechend einem Überwachungsplan die behördliche Kontrolle von Fleisch auf Rückstände und Stoffe in Tierhaltungs- und Schlachtbetrieben zu erfolgen. Von den behördlichen Kontrollorganen sind die nach dieser Verordnung geforderten Aufzeichnungen in den betriebseigenen Registern zu kontrollieren und bei Verstößen die vorgesehenen Maßnahmen einzuleiten.

Tierarzneimittelkontrollgesetz

Im Zusammenhang mit den Ereignissen zu Beginn des Jahres 2001 wurde am 15. Jänner 2002 dieses Gesetz verlobt, das die Anwendung von Tierarzneimitteln durch Tierärzte und Landwirte noch besser regeln soll. Die Umsetzung der an die Überwachungsbehörde übertragenen Aufgaben stellt im Fachbereich der Veterinärverwaltung eine große Herausforderung dar.

Abteilung Bodenreform

Schwerpunkte 2001

Landesagarsenat – Bodenreform

Schwerpunkte der Tätigkeiten sind Angelegenheiten der Bodenreform, soweit diese von der Landesregierung zu besorgen sind, administrative Angelegenheiten des Landesagarsenats und die Amtssachverständigentätigkeit für den Landesagarsenat. Weiters ist der Landesagarsenat Berufungsinstanz in Agrarverfahren. Ein großer Teil des Arbeitsbereichs ist die Entscheidung über Berufungen gegen Bescheide der NÖ Agrarbezirksbehörde. 2001 wurden 14 Schlichtungsverhandlungen durchgeführt und in 14 Senatssitzungen 62 Entscheidungen getroffen.

Technischer Prüfdienst

Im Rahmen des Technischen Prüfdienstes wurden insgesamt 214 Fälle überprüft. Bei 112 Projekten mussten Mängel festgestellt werden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Zunahme der Prüftätigkeit um 670%. Durch die enorme Zunahme der Zahl der zu überprüfenden Fälle und dem vorgegebenen zeitlichen Rahmen (Terminarbeiten) resultierte eine erhebliche Mehrbelastung für alle am Prüfdienst Mitwirkenden. Trotz dieser Erschwernis konnten sowohl die Anzahl der Senatssitzungen als auch die Anzahl der getroffenen Entscheidungen auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Genmais

In der Zeit vom 31. Juli bis 29. August 2001 wurden vom Technischen Prüfdienst bei 30 Betrieben Vor-Ort-Kontrollen im Zusammenhang mit genverunreinigtem Mais durchgeführt. Die überprüfte Gesamtfläche betrug rund 250 Hektar. Da dieser Aufgabenbereich parallel zur normalen Prüftätigkeit erfolgen musste, war dies nur unter effizientestem Arbeitseinsatz aller Mitarbeiter möglich.

len im Zusammenhang mit genverunreinigtem Mais durchgeführt. Die überprüfte Gesamtfläche betrug rund 250 Hektar. Da dieser Aufgabenbereich parallel zur normalen Prüftätigkeit erfolgen musste, war dies nur unter effizientestem Arbeitseinsatz aller Mitarbeiter möglich.

Legistik

Bedingt durch die Euro-Umstellung und die Vorgaben des Agrarrechtsänderungsgesetzes war die Novellierung des Güter- und Seilwege-Landesgesetzes, des Wald- und Weideservituten-Landesgesetzes, des Gesetzes zur Erhaltung der Weidewirtschaft in Niederösterreich und des Flurverfassungs-Landesgesetzes erforderlich. Die ursprünglich geplante vollständige Neuerlassung des letztgenannten Gesetzes wurde – nach Fertigstellung des Gesetzestextes und Abschluss des Begutachtungsverfahrens vor Einbringung in den Landtag – schlussendlich verworfen. Diese Arbeiten mussten parallel zum normalen Dienstbetrieb erbracht werden.

Kreditverwaltung

Hauptaufgabe ist die Überprüfung der Geldgebarung und die Kreditüberwachung der bereitgestellten Landesmittel hinsichtlich des Sach- und Zweckaufwandes der NÖ Agrarbezirksbehörde. Die Abteilung Bodenreform hat vorzuzusorgen, dass die für die Durchführung der agrarischen Operationen (mit Ausnahme des ländlichen Wegebaues) erforderlichen Mittel vorhanden sind und in den Voranschlägen des Landes Berücksichtigung finden. Die damit verbundene Tätigkeit umfasst die Bearbeitung der Arbeitsprogramme und der Verwendungsnachweise sowie die Prüfung der Projekte auf Übereinstimmung mit den Richtlinien.

Statistik 2001

Statistik 2001

Kreditverwaltung

Landesmittel für Maßnahmen des Bodenschutzes	€ 465.137,61 (S 6,400.433,12)
Landesmittel für landschaftsgestaltende Maßnahmen	€ 170.054,43 (S 2,340.000,—)
Landesmittel für den Amtsaufwand der Agrarbezirksbehörde	€ 567.529,55 (S 7,809.376,87)

Überprüfung der technischen Operate

Überprüfung der technischen Operate im Verfahren von agrarischen Operationen vor Erlassung des Zusammenlegungs-, Flurbereinigungs-, Teilungs- und Regelungsplanes durch sachverständige Beamte.

2001 wurden insgesamt 22 agrarische Operate mit einer einbezogenen Fläche von 1.643 Hektar und 458 Parteien überprüft.

Fachprüfung für den Agrardienst

Diese Tätigkeit erstreckt sich sowohl auf die administrativen Aufgaben für die Prüfungskommission (wie z. B. Festlegung der Prüfungstermine, Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen, Vorbereitungsgespräche mit den Kandidaten) wie auch auf die Durchführung der schriftlichen und mündlichen Prüfung. Die Dienstprüfungskommission besteht aus vier Technikern und einem Juristen. Geprüft werden Kandidaten für den A-, B-, C- und D-Dienst.

Von 2. April 2001 bis 6. April 2001 wurde eine Dienstprüfung ausgeschrieben, wobei sich ein Kandidat (A-Dienst) für die mündliche Prüfung am 2. April 2001 und die schriftliche Prüfung am 6. April 2001 anmeldete.

Im Zuge der Ausbildung der A- und B-Techniker im Agrardienst im Rahmen eines Rotationsverfahrens ist auch die Abteilung Bodenreform zu durchlaufen. Die dabei anfallenden Aufgaben werden unter der Leitung des Ausbildungsbeauftragten von den aus dieser Abteilung bestellten Mitgliedern des Landesagrarsenats bzw. von den mit der Revision von Agrarverfahren betrauten Beamten wahrgenommen.

Probleme 2001

Die Abdeckung aller oben genannten Teilgebiete stellte – vor allem durch die Zunahme in den Bereichen Technischer Prüfdienst und Legistik – für alle Mitarbeiter eine enorme Herausforderung dar. Die Erledigung der daraus resultierenden Aufgaben und die Aufrechterhaltung des herkömmlichen Dienstbetriebes konnten nur durch erhöhten Einsatz bewältigt werden.

Ziele 2002

Fortsetzung der legistischen Arbeit (Neufassung des Flurverfassungs-Landesgesetzes), Grundsatzplanungen für eine moderne und effiziente Form von zukünftigen Bodenreformverfahren, Fortführung und Übernahme weiterer Agenden (Landschaftsfonds-, Leader+-Projekte) durch den Technischen Prüfdienst, Fortsetzung des Aufbaues einer agrarrechtlichen Entscheidungssammlung unter Verwendung der automationsunterstützten Datenverarbeitung; Fortführung von Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen des Projektes Effizienzsteigerung.

Abteilung Land- und Forstwirtschaftsinspektion

Schwerpunkte 2001

- Fortlaufende Betriebskontrollen gemäß dem Gesetzesauftrag in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft. Neben den traditionellen Dienstnehmerbetrieben wurden vorrangig jene Betriebe kontrolliert, die sich als Ausbildungsbetriebe (Fremdpraxis) für landwirtschaftliche Fachschüler gemäß Verordnung über die Organisation und die Lehrpläne der öffentlichen land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen zur Verfügung gestellt haben. Es wird die Einhaltung aller dem Schutz der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer dienenden Gesetze, Verordnungen und Verfügungen überwacht.
- Betriebskontrollen in bäuerlichen Betrieben mit familieneigenen Arbeitskräften, hauptsächlich in Lehr- und Praxisbetrieben. Bei der sicherheitstechnischen Begutachtung und Beratung dieser Betriebe wird auch auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der Abteilung Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft, der NÖ land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle und mit den Sozialversicherungsträgern Wert gelegt. Den Lehrbetrieben werden zeitgerecht Informationen über sicherheitstechnische Anforderungen zur Verfügung gestellt, damit eine rechtzeitige Anerkennung als Lehrbetrieb durch die Lehrlings- und Fachausbildungsstelle erfolgen kann.
- Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der menschengerechten Gestaltung der Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft durch Veröffentlichung in der Fachpresse, Einrichtung und Betreuung der Sicherheitsstraßen in den landwirtschaftlichen Fachschulen und Ausbildungsstätten,

Information der Lehrerlern durch Vorträge anlässlich von Lehrerfortbildungen, Mitwirkung bei der Ausbildung von Staplerfahrern, Abhaltung von Schulungskursen gemeinsam mit der NÖ Landarbeiterkammer und der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt im Bildungszentrum der LAK in Drosendorf.

- Die Organe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion sind auch begutachtende Fachorgane auf dem Gebiet der Sicherheitstechnik und der Unfallverhütung. Über Antrag von Verwaltungsbehörden und Verwaltungsstellen werden entsprechende Stellungnahmen abgegeben.
- Ständige und direkte Kontaktnahme mit Behördenvertretern anderer Aufsichtsbereiche und Aufsichtsregionen (Bundesländer) zwecks Vermeidung von unterschiedlichen Auslegungen der Bestimmungen über den Arbeitnehmerschutz in der Land- und Forstwirtschaft.
- Weiters wird von der Land- und Forstwirtschaftsinspektion auch das Gesetz über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft überwacht.

Probleme 2001

- Das Bemühen, nicht nur durch Rationalisierung, sondern auch durch Steigerung des physischen Einsatzes die stagnierenden oder zum Teil sinkenden Preise für landwirtschaftliche Produkte einigermaßen auszugleichen, wirkt sich offensichtlich auch auf die Gesundheit der Betroffenen und auch auf das Unfallgeschehen ungünstig aus. Die steigende Zahl der Frühpensionsansuchen ist sicherlich auch ein Ergebnis davon. Ähnlich negative Folgen ergeben sich

auch aus dem starken Rückgang an Arbeitskräften (deutlich sinkende Lehrlingszahlen!), und der vermehrte Trend zum Nebenerwerb lässt befürchten, dass mehr Stress und Belastung das Unfallrisiko vergrößern.

- Das Ausweichen auf Alternativprodukte oder allgemein auf biologisch orientierten Landbau bringt es mit sich, dass neben der mechanischen Bearbeitung (z. B. als Ersatz für Spritzmitteleinsatz) auch reine Handarbeit mit ihren möglichen gesundheitlichen Nachteilen wieder stärker in den Vordergrund tritt. Das Zurückkehren zu „naturnahen“ Arbeitsmethoden kann sich dann auf die Arbeitssicherheit ungünstig auswirken, wenn Geräte, Ausrüstung oder Kenntnis über die Arbeitsmethode bereits nicht mehr vorhanden bzw. nicht mehr überliefert sind. Dies ist beispielsweise beim Einsatz des Pferdes als Zugtier für waldschonende Bringung des Holzes der Fall.

- In der Forstwirtschaft, wo sehr oft Akkordlohn die Regel ist, ist vermehrt ein frühzeitiges Ausscheiden infolge gesundheitlicher Dauerschäden zu beobachten. Die Akkordentlohnung sollte daher dringend neu überdacht werden.

- Für Forstarbeiter hat sich die reine Schnitzzeit mit der Motorsäge dort drastisch erhöht, wo zentral und vollmechanisiert entrinde wird. Wenn dadurch auch einerseits das ungeliebte händische Schälen und die damit verbundenen gesundheitlichen Nachteile (Haltungsschäden) wesentlich gemildert werden konnten, kommen andererseits die enormen gesundheitlichen Gefahren des längeren Motorsägeninsatzes, wie Gehör- oder Vibrationsschäden, aber auch die reine Verletzungsgefahr verstärkt hinzu.

Ziele 2002

- Der Aufgabenbereich der Land- und Forstwirtschaftsinspektion ist in der NÖ Landarbeitsordnung gesetzlich geregelt. Es ist somit in erster Linie auch künftig dem Auftrag zur Durchführung fortlaufender Betriebskontrollen Rechnung zu tragen.

- Schwerpunkte werden die Nachkontrollen in Dienstnehmerbetrieben und in den Praxis- und Lehrbetrieben sein, um hier vor allem zu gewährleisten, dass land- und forstwirtschaftlichen Fachschülern und Lehrlingen, die der elterlichen Obsorge entzogen werden, eine möglichst unfallsichere Ausbildung zuteil wird.

Statistik 2001

Als Aufgabe der Hoheitsverwaltung hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 2001 847 Betriebe besichtigt, die einen Beschäftigungsstand von 3.656 Arbeitskräften, davon 329 Lehrlinge, aufwiesen.

Schwerpunkte 2001

Die Abteilung Gewerberecht ist ausschließlich ein Rechtsreferat. Die Tätigkeit umfasste im Wesentlichen:

- die Vollziehung des Gewerberechtes einschließlich der Verkehrsgewerbe in erster und zweiter Instanz, des Mineralrohstoffgesetzes, des Rohrleitungsgesetzes, der Wirtschaftstreuhänderberufsordnung, des Berufsausbildungsgesetzes, des Sonn- und Feiertags-Betriebszeitengesetzes und des NÖ Buschenschankgesetzes,
 - die Erlassung einer Verordnung über die Festsetzung von Höchsttarifen für das Rauchfangkehrergewerbe, die Novellierung der NÖ Sperrzeitenverordnung, die Erlassung von Verordnungen über die Festsetzung eines verbindlichen Tarifes für das Taxigewerbe,
 - die Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen,
 - die Abhaltung von Befähigungs- und Konzessionsprüfungen,
 - die Durchführung von Ausbilderprüfungen nach dem Berufsausbildungsgesetz,
 - die Ausbildung von Juristen,
 - die mündliche Beratung von Parteien und Dienststellenvertretern,
 - die Abhaltung von Gewerbereferententagen,
 - den Vollzug des Wasserrechtes und anderer Bundesmaterien in Zusammenhang mit gewerblichen Betriebsanlagen,
 - regelmäßige Sitzungen des Arbeitskreises zum Vollzug des Mineralrohstoffgesetzes,
 - regelmäßige Abhaltung von Dienstbesprechungen,
 - die Teilnahme an Seminaren zur Fortbildung,
 - die Vortragstätigkeit im Rahmen von Veranstaltungen und Seminaren,
 - die Einrichtung einer Internetarbeitsgruppe zum Zwecke der Präsentation der Abteilung und als Informationsplattform für den Bürger usw.
- Festzustellen ist, dass der Bundesgesetzgeber in jenen Rechtsmaterien, welche die Abteilung Gewerberecht zu vollziehen hat, stetig neue Gesetze und Verordnungen schafft oder bestehende Vorschriften novelliert. Die Abteilung Gewerberecht ist damit oftmals in zeitlich sehr kurz bemessene Begutachtungsverfahren eingebunden. Mit jeder Änderung ergeben sich neue Rechtsfragen, die geklärt werden müssen. Durch die Schaffung neuer Vorschriften steigt entweder die Zahl der anhängigen Verfahren bzw. ist Zusätzliches zu beachten.
- Die Abteilung Gewerberecht war im Jahr 2001 unter anderem auf Grund der Ge-

werberechts-Novelle 2000 gefordert. Mit dieser wurden die „Seveso-II-Richtlinie“ und die „IPPC-Richtlinie“ in innerstaatliches Recht umgesetzt. Damit wurden auch neuartige Verfahren geschaffen. In regem Kontakt zu anderen Rechtsabteilungen wurden Zuständigkeitsfragen gelöst. Zusammen mit anderen Fachabteilungen einschließlich der Bezirksverwaltungsbehörden wurde eine Basis für den weiteren Vollzug gelegt. Insgesamt verlangt die Wirtschaft rasche Entscheidungen. Die Lebensverhältnisse, der mündige Bürger und komplexe Rechtsmaterien stellen an die Mitarbeiter der Abteilung große Anforderungen und sind zugleich eine Herausforderung. Folgende Ziele ergeben sich aus dem Selbstverständnis der Abteilung und der zugewiesenen Aufgabe.

Ziele 2002

Die Zielvorgabe ist die Rationalisierung und Vereinfachung von Arbeitsabläufen, so weit wie möglich unter Zuhilfenahme der elektronischen Datenverarbeitung und Aufbau einer einheitlichen Textverarbeitung. Auf Grund der Verwendung dieser technischen Hilfsmittel und auf Grund organisatorischer Maßnahmen soll eine raschere Erledigung im Interesse einer bürgernahen Verwaltung erreicht werden. Durch Gewerbereferententage, Betreuung von Arbeitskreisen und durch regelmäßige Dienstbesprechungen soll ein einheitlicher Vollzug in Niederösterreich ermöglicht werden.

Statistik 2001

Gewerberecht	
Anhängige Ansuchen	
Konzessionsverleihungen und Bewilligungen	980
Konzessionserweiterungen	159
Verlegungen des Betriebes	226
Weitere Betriebsstätten	219
Verpachtungen	1
Geschäftsführerbestellungen	317
Gewerbeentziehungen	88
Umgründungen	124
Delegierte Betriebsanlagen	3
Betriebsanlagen-Berufungen (neu)	47
Betriebsanlagen-Berufungen (alt)	1
Betriebsanlagen (Volksanwalt)	5
Sonstige Berufungen	109
Genehmigungen für Schädlingsbekämpfung	19
Volksanwaltschaftsbeschwerden (außer BA-Akte)	0
Rauchfangkehrer-Schlichtungsstelle	1

Anfragen allgemein von Parteien, betreffend Allgemeines Gewerbe, Betriebsanlagenrecht, Diverses vom Bundesministerium von Bezirksverwaltungsbehörden von anderen Behörden und Abteilungen	121 67 98 136
Stellungnahmen zu Verordnungs- und Gesetzesentwürfen	72
Verleihung von Auszeichnungen	4
Verordnungsprüfungen (Gemeinde-Marktordnungen etc.)	13
Erlaubnisse für die Beförderung von Gütern über die Grenze	5.231
Gewerbereferententagungen	0
Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen (Erstellung)	9
Gleichstellung mit Inländern	86
Nachsichten	
Nachsichten vom Befähigungsnachweis und von den Zulassungsvoraussetzungen	1.699
Nachsichten vom Gewerbeausschlussgrund	157
Genehmigungen neuer Tankstellen	23
Änderungen von Tankstellen	234
Genehmigungen nach dem Rohrleitungsgesetz	2

Konzessions- bzw. Befähigungsprüfungen	
Gastgewerbe	393
Immobilienmakler- und Immobilienverwaltergewerbe	41
Reisebürogewerbe	4
Mietwagengewerbe, Taxi usw.	49
Güterbeförderungsgewerbe	73
Technische Büros	86
Detektivgewerbe	1
Überlassung von Arbeitskräften	15
Bestattergewerbe	0
Sprengungsunternehmen	0
Ausbilderprüfungen	2
Personalkreditvermittler	44

Mineralrohstoffgesetz	
Außerordentlicher Gewerbereferententag	0
Anfragen	52
Verantwortliche Personen	9
Berufungen	10

Abteilung Wirtschaftsförderung

Schwerpunkte 2001

NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds

Der NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds hat die Aufgabe, die Förderungsaktionen für die gewerbliche Wirtschaft durchzuführen. Wesentliche Förderschwerpunkte im Jahr 2001 waren Strukturverbesserungsmaßnahmen, Betriebsansiedlung und Neugründung, Forschung und Entwicklung, Kooperation und Markterschließung.

Ein sehr großer zeitlicher Aufwand entfiel im Jahr 2001 auf

- die Vorbereitung, Publizierung und Umsetzung der neuen Programme, vor allem des Einheitlichen Programmplanungsdokuments Ziel 2 2000–2006,
- die Weiterentwicklung der Regionalen Innovations Strategie für Niederösterreich (RIS NÖ) und der damit in Zusammenhang stehenden Beantragung weiterer EU-Projekte wie z. B. STRINNOP, PAXIS, CLUES und innovative Maßnahmen (www.ris-noe.at),
- die Weiterführung der industriell gewerblichen Softmaßnahmen, wie die Gründungsinitiative GENIUS, Ausbau des Kooperationsnetzwerks und Entwicklung des Innovation Survey der TIP, Technologie und Innovations Partner – Informationsagentur für Innovationen.
- Verstärkter Dialog Wissenschaft – Wirtschaft und Politik

Die Abteilung Wirtschaftsförderung setzt vier Schwerpunkte für die Kofinanzierung aus EU Strukturfondsmittel um:

- betriebliche Investitionen (Strukturverbesserung und Neugründung),
- betriebliche Forschung und Entwicklung,
- betriebliche Kooperation und Markterschließung,
- industriell-gewerbliche Soft-Maßnahmen (Beratung).

Als Konsequenz aus einer Studie über die schwierige Situation der Nahversorger in Niederösterreich wurden die Zugangsmöglichkeiten und die Attraktivität der Lebensmittel-Nahversorgeraktion weiter verbessert.

Sowohl für die kofinanzierten als auch die nationalen Förderungsaktionen wurden die Richtlinien an den Euro angepasst und an die Europäische Kommission weitergeleitet.

Im Sinne der Transparenz wurde die Förderungsabwicklung standardisiert. Es wurden Förderverträge und Leitfäden erstellt. Alle Dokumente stehen im Internet (www.wirtschaftsfoerderung.at) zur Verfügung.

Betriebsansiedlung, Standortberatung, Regionalisierung

Für Standortberatung, Betriebsansiedlungs- und Regionalisierungsprojekte ist die ECO Plus GesmbH zentrale Stabsstelle für das Land Niederösterreich. Die Gesellschaft ist auch Betreiber von Industrie- und Gewerbezentren, welche neben Grundstücken und betrieblicher Infrastruktur auch Beratungs- und Serviceleistungen anbieten.

Weiters ist ECO Plus an der Umsetzung der EU-Regionalpolitik in Niederösterreich beteiligt. Die im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union geschaffene EURO-FIT-Aktion wurde in den strukturschwachen Gebieten verstärkt fortgeführt.

Die NÖ Grenzlandförderungsgesellschaft mbH wird vom Land NÖ und der Republik Österreich gemeinsam betrieben und hat die Aufgabe der Information, Beratung und Förderung von Betriebsansiedlungen im Grenzland und im Norden des Bezirks Korneuburg.

Im Jahr 2001 sind folgende Schwerpunkte hervorzuheben:

- Aufbau grenzüberschreitender Impulszentren
- Aufbau von Clustern im automotiven Bereich und Holz
- Errichtung weiterer Industrieparks in Marchegg und Kottlingbrunn

Innovation

Die Regionale Innovations Strategie NÖ wurde weitergeführt und im Ziel-2-Programm umgesetzt. Auch die Kooperationsplattform zur Unterstützung von Wirtschaftskooperationen in Niederösterreich sowie der Gründungs-Round-Table wurden weitergeführt. Durch die Mitfinanzierung der TIP, Technologie und Innovations Partner, ist gewährleistet, dass Betriebe bei der Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten maßgeblich unterstützt werden und die finanzielle Förderung seitens des Landes durch entsprechende Beratung und Projektbegleitung ergänzt wird.

Am 14. November wurde zum 14. Mal der NÖ Innovationspreis vergeben.

Im Zuge der Finalisierung des Ausbaus der RIZ Holding GesmbH wurden weitere regionale Innovationszentren eröffnet.

Die RIZ Holding bietet ihr Know-how über Kooperationsverträge regionalen Projektträgern an.

Der engere Bereich der *Technologie*, darunter die „Geschäftsstelle für Technologie“, wurde durch Beschluss der NÖ Landesregierung an die Abteilung Tourismus abgetreten.

Probleme 2001

Besondere Probleme bereiteten

- die Anpassung an die erhöhten EU-Vorgaben bei der Programmabwicklung sowohl inhaltlich als auch administrativ,
- die Budgeterstellung im Hinblick auf die Einhaltung der Maastricht Kriterien.
- Die konsequente Vergabe von Fondsdarlehen anstelle von Zuschüssen und Zinszuschüssen zur Erfüllung der Konvergenzkriterien hätte kurz- und mittelfristig eine radikale Einschränkung des Fördervolumens und damit auch negative Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung zur Folge.

Ziele 2002

Vorrangig für 2002 werden folgende Zielsetzungen verfolgt:

- Umgestaltung des Förderungsinstrumentariums zur Erfüllung der Maastricht-Vorgaben
- Umsetzung der Ziel-2-Maßnahmen
- Betriebliche Forschung und Entwicklung
- Unternehmensgründung und Ansiedlung
- Erweiterung und Strukturverbesserung
- Verstärkte KMU-Förderung durch Stärkung ihrer Kompetenzen bei der internationalen Markterschließung und bei Kooperationen
- Weiterentwicklung der industriell gewerblichen Softmaßnahmen
- Aufrechterhaltung der Nahversorgung in den Regionen
- Erarbeitung von Grundlagen für die wirtschaftspolitische Ausrichtung
- Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Regionen
- Positionierung von NÖ als Top Region, region of excellence

Statistik 2001

NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds

Darlehen

Landesinvestitionsförderung	
353 Anträge	S 277,180.000,-

Zinszuschüsse

BÜRGES-Landesregionalprämie	
128 Anträge	S 223,019.625,-
Landesinvestitionsförderung	
220 Anträge	S 322,990.000,-
Existenzgründungsaktion	
778 Anträge	S 144,330.747,-

Innovationsförderung 2 Anträge	S 7,500.000,-
Nahversorgungsaktion 259 Anträge	S 109,215.000,-
Sonderaktion 66 Anträge	S 162,710.000,-
NÖ Beteiligungsmodell 10 Anträge	S 69,500.000,-
<hr/>	
Bürgschaften	
NÖKBG-Rückbürgschaften 6 Fälle	S 7,380.000,-

<hr/>	
Beiträge	
<hr/>	
Investitionsprämie im Fördergebiet 1 23 Anträge	S 3,600.000,-
Innovationsförderung 68 Anträge	S 48,265.043,-
Betriebsansiedlung 26 Anträge	S 39,577.130,-
Landesinvestitionsförderung 1 Antrag	S 1,600.000,-
Markterschließung 7 Anträge	S 525.145,-
Gründersparen 8 Anträge	S 179.692,-
Kooperationen 6 Anträge	S 683.773,-
Wirtschaftshilfeaktion 4 Anträge	S 1,120.000,-
EURO-Umstellung 479 Anträge	S 7,101.595,-

<hr/>	
Landesbeiträge	
<hr/>	
Arbeitsmarktförderung 8 Fälle	S 2,750.000,-
Notstandsmaßnahmen für Angehörige der gewerblichen Wirtschaft	S 250.000,-
Ausbau der Lehrlingsheime	S 1,012.000,-
Ausbildungsbeihilfen	S 379.500,-
Wirtschaftsförderungsinstitut Mödling	S 5,000.000,-
Haftungen NÖ Beteiligungsmodell	S 5,835.247,-
Andere Wirtschaftsförderungs- maßnahmen	S 13,298.128,-
RIZ NÖ Holding GesmbH	S 11,000.000,-

Abteilung Tourismus

Schwerpunkte 2001

Fremdenverkehrs- förderungs fonds

Seit 1. 1. 1997 ist ein völlig überarbeitetes Förderinstrumentarium in Kraft. Dieses neue System wurde seitens der Europäischen Kommission im Rahmen einer Evaluierung der EU-Strukturförderung als positiver Schritt in Richtung qualitativer Weiterentwicklung gelobt. Organisatorisch ist die laufende Förderbearbeitung in die Bereiche NÖ Ost und NÖ West unterteilt. Das Bearbeitungsteam NÖ Ost wurde im Zuge der Dezentralisierung auf Telearbeitsplätzen in der Bezirkshauptmannschaft Baden angesiedelt.

Im Jahr 2001 wurden das neue Ziel-2-Programm sowie die Gemeinschaftsinitiativen Leader+ und Interreg IIIA von der Kommission genehmigt, so dass die ersten Förderbewilligungen im Rahmen dieser von der EU co-finanzierten Maßnahmen ausgesprochen werden konnten. Im Vergleich zum Vorjahr wurden daher auch deutlich mehr Förderzusagen erteilt.

Auf den Vermögensstand des NÖ Fremdenverkehrsförderungs fonds hat sich positiv ausgewirkt, dass im Jahr 2001 ein Großteil der vorfinanzierten EFRE-Mittel aus der vorangegangenen Programmperiode an das Land zurückgeflossen sind.

Im Unterschied zur bisherigen Vorgangsweise müssen die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung nicht mehr seitens des Landes NÖ vorfinanziert werden, sondern flie-

Ben über die sogenannte Zahlstelle direkt an die Projektanten.

Eine im Jahr 2001 abgeschlossene Evaluierung der Tourismusförderung stellt der Tätigkeit des NÖ Fremdenverkehrsförderungs fonds ein gutes Zeugnis aus. Wesentliche Herausforderung für die Zukunft ist die verstärkte Ausrichtung der Fördertätigkeit auf regional abgestimmte Projekte, bei denen Hard- und Software-Maßnahmen als Paket gefördert werden sollen. Hier werden im Jahr 2002 erste Überlegungen anzustellen sein.

Um die Mitarbeiter der Abteilung Tourismus immer auf dem neuesten Stand zu halten und die Erfahrungen auszutauschen, wurden Schulungsveranstaltungen organisiert und regelmäßig Richtlinienbesprechungen durchgeführt.

Umsetzung des neuen touristischen Leitbildes „Kursbuch Tourismus Niederösterreich“

Von der NÖ Landesregierung wurde im November 1999 das neue Kursbuch Tourismus beschlossen, das eine Neupositionierung Niederösterreichs vorsieht. Im Jahr 2001 wurden einerseits zu Spezialthemen Detailstudien erarbeitet, welche die im Kursbuch allgemein formulierte Strategie auf konkrete Maßnahmen herunterbrechen. So wurden für die Themen Rad und Bäder entsprechende Arbeiten abgeschlossen und für den Bereich Wintertourismus eine Studie gestartet, die im Jahr 2002 fertig gestellt werden wird.

Die Informationsoffensive des Jahres 2000 wurde im Wesentlichen weiter geführt. So wurden mehrere Präsentationen des Kursbuches auf regionaler Ebene veranstaltet als auch wieder so genannte Tourismusfeste in den Regionen veranstaltet.

Förderung touristischer Projekte aus dem Landschafts fonds

Neben Förderungen aus dem Fremdenverkehrsförderungs fonds können für landschaftsbezogene, umweltverträgliche Projekte, die der Freizeitwirtschaft und dem Tourismus dienen, auch Fördermittel aus dem Landschafts fonds angesprochen werden. Die Tourismusabteilung ist daher im Arbeitskreis und Fachbeirat vertreten und wickelt die touristischen Projekte federführend ab. Auch im Jahr 2001 waren auf Grund der angespannten finanziellen Situation Förderungen nur in beschränktem Ausmaß möglich.

Schwerpunktaktion „Incentive“

Die als Schwerpunktaktion des Landes gemeinsam mit der NÖ-Werbung GesmbH entwickelte Plattform Incentive 2001 (basierend auf der Aktion NÖ F. I. T. 2001 PROFIL) wurde in Incentive plus umbenannt.

Zusätzlich zur Betreuung der Angebotsgruppen der NÖ TOP-Gastgeber wurden neue Schwerpunkte innerhalb des Projektes, insbesondere Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung gesetzt.

Für den Bereich Ausflugstourismus wurden ERFA-Gruppen für Infrastrukturbetriebe ins Leben gerufen. Diese sollen zur Professionalisierung der Ausflugsziele in Niederösterreich dienen.

Weiters wurde ein Schulungszyklus für Informationsstellen entwickelt.

Zur Weiterentwicklung des Wintertourismus in NÖ wurde eine ERFA-Gruppe „Winterorte“ gegründet. Inhalt dieser Gruppierung ist die Positionierung und Entwicklung von konkurrenzfähigen Angeboten.

Incentive plus hat auch die gesamte Koordination sowie die strategische Planung der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für die neu gegründeten Destinationen übernommen. Auf Grund des immer umfangreicheren Wissens in den touristischen Organisationen Niederösterreichs wurde das Wissensnetzwerk Tourismus installiert.

Incentive plus übernahm die Projektleitung. Innerhalb dieses Netzwerkes gibt es Arbeitsgruppen zu den verschiedensten Themen. Ziel ist es, Wissen zu erkennen, zu speichern und allen zugänglich zu machen. Im Zuge dieses Projektes wird auch an einer Intranet-Lösung für den NÖ Tourismus gearbeitet.

Projektentwicklung und -betreuung

Neben der Schwerpunktaktion INCENTIVE werden die Fördermöglichkeiten der neuen Richtlinie NÖ F. I. T. 2006 PROFIL von zahlreichen regionalen Projektgruppen und anderen Initiativen genutzt und tragen damit ebenfalls zu besserer Zusammenarbeit und wachsender betrieblicher Profilierung bei.

Zur Umsetzung der im touristischen Leitbild „Kursbuch NÖ“ enthaltenen Speerspitze Donau wurden folgende Maßnahmen gesetzt bzw. unterstützt:

- In der Arbeitsgemeinschaft Donautal (Gründung durch die vier Städte Klosterneuburg, Krems, Melk und Tulln) werden gemeinsame touristische Interessen im Bereich des Rad- und Kulturtourismus sowie der Donauschifffahrt verfolgt. Weitere Verbände und Gemeinden aus dem NÖ Donauroum haben sich dieser Initiative angeschlossen. Das Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist, die donaubezogenen touristischen Initiativen zu bündeln und zu einer „Destination Donau“ zu führen.

- Der Prozess zur Entwicklung einer „Destination Donau“, also zu einer neuen, professionellen Vermarktungsorganisation für den NÖ Donauroum, wurde im Frühjahr 2001 konkret begonnen. Ein Projektplan unter Einbindung der relevanten Akteure der betroffenen Tourismusverbände wurde erstellt. Bis zum Jahresende wurden erste Verhandlungen geführt und Kooperationsmodelle entwickelt.

- Im Jahr 1999 wurden 18 Anlegestellen an der Donau vom Land NÖ (von

der DDSG AG) erworben. Ein umfangreiches Renovierungsprogramm der 18 Anlegestellen wurde vorbereitet, 2001 wurde die 1. Sanierungstranche abgewickelt. Die Umsetzung der 2. Sanierungsetappe wurde vorbereitet und begonnen. Der Betrieb und die Vermarktung der Anlegestellen erfolgt durch die Donau-Schiffsstationen GmbH (eine Gesellschaft der Brandner Schifffahrt, der Stadt Korneuburg und des Landes NÖ).

- Am Internet-Informations- und Buchungssystem TIScover NÖ nehmen mit Jahresende 2001 bereits mehr als 1.160 Partner teil. Mehr als 2.000 Personen haben bisher an Schulungen teilgenommen und können nunmehr die geforderte permanente Datenaktualisierung vornehmen. Die NÖ Gemeinden sowie die touristischen Leitbetriebe und Tourismusorganisationen sind fast flächendeckend in diesem System vertreten und nehmen damit am „elektronischen Marktplatz“ teil. Die Umsetzung dieses Projektes wurde auch 2001 als Schwerpunktförderung im Rahmen der Förderrichtlinie PROFIL unterstützt.

- Die NÖ Wirtshausaktion wurde mit 1. 1. 1997 in einen eigenständigen Verein umgewandelt, der die Hälfte seines Jahresetats durch Mitgliedsbeiträge und Sponsorengelder aufbringt. Der Landesbeitrag aus der Startphase zur Unterstützung der NÖ Wirtshauskultur konnte damit beträchtlich gesenkt werden, der Umfang der Serviceleistungen (Öffentlichkeitsarbeit, Wirtshauskarte, Wirtshauszeitung, Coaching-Programm sowie Seminar- und Fachveranstaltungen) konnte erweitert werden.

- Zur regelmäßigen Informationsgewinnung wurden auch 2001 wieder Untersuchungen und Marktforschungsprojekte beauftragt. Unter anderem erfolgte die Mitarbeit und Beteiligung an der GBÖ (Gästabefragung Österreich), bei der zum ersten Mal auch regionale Untersuchungen für zwei Tourismusregionen durchgeführt wurden, eine Untersuchung der Wertschöpfung der Gäste der Kreuzfahrtschifffahrt für den niederösterreichischen Donauabschnitt, eine Studie zur touristischen Evaluierung von Sportveranstaltungen am Beispiel Wachau-Marathon sowie eine Studie mit Konzeption zur mittelfristigen Weiterentwicklung der touristischen Radwege/Radregionen mit Potenzialanalyse.

- Im Zuge des Projektes „Millennium Wienerwald“, welches umfangreiche Projekte mehrerer Organisationen und auch Abteilungen des Landes vorsieht, wurden dazu Konzeption und Projektplan ausgearbeitet und die operative Einführungsphase begleitet.

- In vier Tourismusregionen (Mostviertel, Waldviertel, Wienerwald und NÖ Süd-Alpin) wurde angedacht, eine Niederösterreich-weite Kooperation zur Weiterentwicklung und besseren touristischen Nutzung der Mountainbike-Stre-

cken ins Leben zu rufen. Um eine effiziente Struktur und konkrete und einheitliche Vorgangsweise zu gewährleisten wurde unter Federführung der Abteilung Tourismus ein Mountainbikekonzept für diese vier Regionen entwickelt. Mit Jahresende konnte auf Basis dieser Konzeption die ARGE Mountainbike-Niederösterreich gegründet werden.

- Zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Radangebotes wurden konform der im späten Frühjahr 2001 fertig gestellten Rad-Konzeption zahlreiche Projektschwerpunkte (einzelne Radwege und Radregionen) in Angriff genommen und teilweise fertig gestellt. Zur Entwicklung des Produktes „Rad“ gehört jedoch nicht nur der Bau von Radwegen, sondern die parallele Entwicklung von Suprastrukturen und Dienstleistungsketten. In der Schwerpunktregion Weinviertel (Priorität I, da regionale Speerspitze) wurde dazu auch ein Projektmanagement innerhalb der Weinviertel Tourismus GmbH. installiert.

Förderung und Weiterentwicklung der Tourismusorganisationen sowie Werbemittelförderung für Gemeinden

- Im Zuge der Begutachtung und Reorganisation der regionalen Tourismusorganisationen i. S. des Destinations-Managements wurden im Jahr 2001 wieder wichtige Schritte gesetzt. Oberstes Ziel dabei: Einzelbetriebliche Vermarktungsbemühungen sollen sich zu modernen Kooperationsformen zusammenschließen, die regionalen Tourismusorganisationen sollen sich im Sinne der veränderten, anspruchsvolleren Anforderungen der Märkte zu schlagkräftigen Destinations-Gesellschaften weiterentwickeln. Im Vordergrund stehen dabei der qualitative Sprung vom Info- und Marketingbüro zur gemeinsamen Organisation und die Vermarktung von Kerngeschäften in Form marktgerecht organisierter Dienstleistungsketten. So konnte im Juli 2001 die „Weinviertel Tourismus GmbH“ als nun dritte „Destinationsgesellschaft“ gegründet werden. Gesellschafter der gemeinsamen „Destination Management Company“ (GmbH) sind die Tourismusverbände, die ihre operativen Tätigkeiten durch die Weinviertel Tourismus GmbH durchführen lassen, das Land Niederösterreich sowie die Beherbergungsbetriebe, die im Rahmen eines Wirtschaftsvereins an der Gesellschaft beteiligt sind. Zu den bisherigen Arbeitsbereichen des klassischen Tourismusmarketings soll von der neuen Weinviertel Tourismusgesellschaft eine Reihe neuer Aufgaben wahrgenommen werden. Darunter: Produktentwicklung, Qualitätssicherung und Einrichtung eines zentralen Informations- und Reservierungssystems (Incoming).

- Auch im Bereich des NÖ Donauroumes wurde der Prozess hin zur „Dest-

nationsentwicklung“ begonnen. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Städte, der Tourismusverbände, dem Land Niederösterreich und den Regional-Managements hat bis Jahresende Zielsetzungen, Möglichkeiten und erste grobe Modelle zur effizienten Zusammenarbeit entwickelt. In diesem Bereich soll nun eine vollkommen neue Organisation gegründet werden, die auch im Vergleich zu den „anderen“ Tourismusregionen keine Entsprechung nach klassischem Muster findet. Das macht nicht zuletzt auf Grund der unterschiedlich entwickelten Vorstellungen, Zielsetzungen und Methoden der betroffenen Partner zahlreiche weitere Verhandlungen notwendig. Bis zur Jahresmitte 2002 sollten beschlussreife Modelle vorliegen.

Die Tourismusverbände und -regionen wurden bei Vorstandssitzungen und Generalversammlungen betreut, projektbezogen wurden Landesbeiträge gewährt. Zur Kommunikationsverbesserung wurden unter Einbeziehung der NÖ-Werbung monatlich Regionskonferenzen abgehalten. Um die Professionalisierung an der Basis weiter voranzutreiben wurden verschiedene Schulungsprogramme erarbeitet und angeboten. Auf Initiative und mit Unterstützung der Tourismusabteilung wird ein Lehrgang für Tourismuswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien in Niederösterreich abgehalten, der speziell auf die Anforderungen im NÖ Tourismus abgestimmt ist.

Die Gemeinden wurden bei der Produktion von Werbemitteln finanziell unterstützt.

Tourismusmarketing

Das touristische Marketing wird, auf das Bundesland Niederösterreich bezogen, von der NÖ-Werbung abgewickelt. Auf nationaler Ebene werden diese Funktionen von der Österreich-Werbung wahrgenommen. Die Abteilung Tourismus ist im Aufsichtsrat der NÖ-Werbung kontrollierend und koordinierend tätig. Die einzelnen Bundesländer sind seit 2001 nicht mehr Mitglied bei der Österreich-Werbung.

Interne Kommunikation

Zur Kommunikation der strategischen Leitlinien (Kursbuch), der Fördermöglichkeiten, der zahlreichen Projekte, Weiterentwicklung der Tourismusorganisationen, Veränderungen im legislativen Bereich und neuer Erkenntnisse aus Untersuchungen und Marktforschungen werden regelmäßig Kommunikationsmaßnahmen durchgeführt. Dazu gehören u. a. Informationen an den Landespressedienst, Pressegespräche und Presseausendungen, Workshops und Schulungsmaßnahmen für Tourismusorganisationen und -Betriebe sowie die vierteljährliche Herausgabe der Zei-

tung „Tourismus Intern“ gemeinsam mit der NÖ-Werbung.

Zur besseren Abstimmung der touristischen Entwicklungsmaßnahmen mit den Regionalmanagements wurde ein eigener Workshop für Regionalmanager und Kleinregionen entwickelt und bereits erste Workshops abgehalten.

Legistischer Bereich

- Von den Gemeinden erlassene Verordnungen (Ortstaxen, Interessentenbeiträge) wurden geprüft.
- Zahlreiche Rechtsauskünfte an Gemeinden wurden erteilt.
- Letztinstanzliche Bescheide, Vorstellungen, Gegenschritten zu Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshofbeschwerden wurden erlassen bzw. erstellt.
- Die Arbeiten für eine optimale inhaltliche Neuordnung des NÖ Tourismusgesetzes wurden weitergeführt.
- Ein Entwurf über die Änderung der Verordnung über die Gliederung der Gemeinden in Ortsklassen (nach ihrer Tourismusbedeutung) wurde erstellt, einem Begutachtungsverfahren unterzogen und der NÖ Landesregierung zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Novelle ist mit 1. 1. 2002 in Kraft getreten.
- Erläuterungen zur NÖ Wegehalterhaftpflichtversicherung wurden ausge-

arbeitet und zur Verfügung gestellt; ebenso ein Mustervertrag „Mountainbiken in NÖ“.

Befähigungsnachweisprüfung für das Fremdenführergewerbe

Für Mai 2001 wurde eine kommissionelle Prüfung ausgeschrieben und durchgeführt. Es haben 4 Kandidaten daran teilgenommen, 3 Kandidaten haben die Prüfung bestanden. Die anderen Bundesländer wurden vom Ergebnis verständigt.

Probleme 2001

- Knappe Eigenkapitalausstattung der Unternehmer hemmen Investitionserfordernisse bei gleichzeitig steigenden Anforderungen der Gäste an die Hardware.
- Finanzierungssituation für die Betriebe wird immer schwieriger
- Teilweise schwierige Koordinierung der Tourismusorganisationen mit den regionalen Entwicklungsorganisationen („Developer“)
- Durch den Wegfall der Getränkesteuer ist die finanzielle Situation der Gemeinden angespannt, Notwendige Investitionen in die touristische Infrastruktur sind schwieriger umzusetzen.

Statistik 2001

Gesamtübersicht der Förderungen nach Aktionen

Aufstellung der Förderung nach Bezirken

	Bewilligungen	durchzuführende Auszahlungen nat.	durchzuführende Auszahlungen EU	geförderte Projektkosten
Ohne Bezirkszuordnung	11	12,094.321,60	7,206.000,00	52,600.000,00
Amstetten	67	3,319.961,00	0	43,332.000,00
Baden	28	1,859.710,00	0	9,962.000,00
Bruck	16	1,895.700,00	0	7,650.000,00
Gänserndorf	20	1,549.200,00	0	23,502.000,00
Gmünd	35	3,009.310,93	2,108.000,00	40,114.500,00
Hollabrunn	20	2,212.028,30	3,239.000,00	15,252.000,00
Horn	20	746.600,00	312.000,00	8,756.000,00
Korneuburg	14	684.100,00	0	5,192.000,00
Krems-Land	71	5,252.402,00	600.000,00	58,525.500,00
Krems-Stadt	13	965.216,36	618.000,00	7,088.000,00
Lilienfeld	25	1,642.317,15	1,754.000,00	22,635.000,00
Melk	72	4,065.010,03	3,544.000,00	85,809.500,00
Mistelbach	25	12,454.304,88	5,419.000,00	107,397.000,00
Mödling	19	1,423.700,00	0	524,003.000,00
Neunkirchen	77	15,474.067,16	14,699.000,00	112,850.000,00
Scheibbs	51	8,530.537,00	6,191.000,00	86,506.100,00
St. Pölten-Land	33	2,400.800,00	0	18,865.000,00
St. Pölten-Stadt	8	2,215.500,00	0	24,176.000,00
Tulln	17	759.900,00	787.000,00	11,349.000,00
Waidhofen a. d. Thaya	6	192.900,00	0	2,103.000,00
Waidhofen a. d. Ybbs	8	421.074,00	0	10,369.000,00
Wien Umgebung	31	8,128.300,00	0	82,046.500,00
Wr. Neustadt-Land	32	3,619.819,12	29,341.000,00	432,165.000,00
Wr. Neustadt-Stadt	8	383.411,08	355.000,00	8,327.000,00
Zwettl	62	8,176.608,81	13,494.000,00	100,158.500,00
NÖ gesamt	789	103,476.799,42	89,667.000,00	1.900,733.600,00

Ziele 2002

- Umsetzung der Maßnahmen des neuen Tourismuseitbildes
- Weitere Umsetzung des Destination-Managements in den Tourismusregionen
- Maßnahmen zur qualitativen Weiterentwicklung des touristischen Angebots
- Weiterführung und Finalisierung der Arbeiten zur Novellierung des NÖ Tourismusgesetzes
- Weiterer Ausbau der Internet-Plattform TIScover unter Berücksichtigung

von Dienstleistungen wie Call-center und Infosäulen

- Abschluss der Generalsanierung der Donau-Schiffsstationen
- Bewerbung gemeinsam mit anderen Bundesländern um ein K-net e-tourism Kompetenzzentrum
- Aufbau von organisationsbezogenem touristischen Wissen auf allen Ebenen der Tourismusorganisationen („Knowledge-Network“)
- Initiierung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Wirtschaft und die Tourismusorganisationen in NÖ

Abteilung Berufsschulen, Gewerblicher Berufsschulrat für NÖ

Privatschulen des Landes NÖ

Der Abteilung Berufsschulen obliegt die Behandlung der Angelegenheiten der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Es handelt sich um folgende (im Fall von Gr. Siegharts – ehemalige) Privatschulen.

Ehemalige 3-jährige Landesfachschule für Textiltechnik Groß-Siegharts

Schwerpunkte 2001

- Gebäudeverwaltung der 1997 aufgegebenen Schule
- Weiterführende Vorbereitung und stufenweise Abwicklung des von der NÖ Landesregierung beschlossenen Nachnutzungsmodells für die ehemalige Landesfachschule Gr. Siegharts – Verkauf des Lehrerwohnhauses, Kauf der Leasingobjekte und Übertragung der Grundstücke samt darauf befindlicher Objekte an die Gemeinde Groß Siegharts; damit ist eine Fortführung des vom Verein KOOB als Bestandnehmer begonnenen Nachnutzungskonzeptes, insbesondere der Weiterbestand des in der ehemaligen Schule eingerichteten TBZ-Technologie- und Bildungszentrums gewährleistet.

Ziele 2002

Finalisierung der Umsetzung des Modells, insbesondere grundbücherliche Durchführung.

Höhere Lehranstalt für Mode und Bekleidungstechnik in Mödling

Schwerpunkte 2001

- Neueröffnung des Schultyps „Höhere Lehranstalt für Produktmanagement und Präsentation“ (2 Klassen à 25 Schüler)

- Exkursion zum Archäologischen Park Carnuntum als Vorbereitung für Römer-Projekt
- Besuch der Picasso-Ausstellung in Wien
- Sprachwoche der 3. und 4. Klasse in England
- „Ferrari“-Modeschau der Fa. IBM in Graz
- Modeschau in Pitten
- Teilnahme an der Berufsinformationsmesse in Mödling
- Tag der offenen Tür
- Informationsveranstaltung zum Projekt „Straßenkinder in Brasilien“
- Teilnahme am Weihnachtsbaum-Schmuck im Mödlinger Museumspark
- Ganztägige Konferenz zum HLM-Schwerpunkt „Mode-Kunst-Medien“
- Information von Lehrern und Eltern über die Bedeutung des 1. Hilfe-Kurses und Abhaltung eines 1. Hilfe-Kurses für Schüler und Lehrer
- Jurysitzung für Wettbewerb „Hotelbekleidung“ für Loipersdorf
- Jurysitzung „Goldener Löwe“, Auswahl der 10 besten Entwürfe der ModeschülerInnen
- Preisverleihung durch Bürgermeister von Schwechat für beste Entwürfe für Hostessen (3. und 4. Klasse)
- Sprachwoche der 4. Klasse in Frankreich
- Ausstellung und Modeschau im Archäologischen Park Carnuntum (200 Römerbekleidungsstücke werden übergeben)
- Ausstellung EU-Projekt Feuerwehr Mödling
- Sommersportwochen am Millstätter See
- Modeschau im Kongresszentrum Villach
- Modeschau beim Ferrari-Fest in Judenburg
- Präsentation der 1. HLP in der Aula zum Thema „Brotprojekt“ mit Bäckern des Bezirks

- Modeschau im Palais Schwarzenberg für Fa. Bauholding
- Preisverleihung des Wettbewerbs „Gilets für Volksbankmitarbeiter“
- Modeschau in der Gendarmerieschule Mödling
- Preisverleihung des Wettbewerbs „Weinetiketten“ der Fa. Thiel (Gumpoldskirchen) an 1 PB
- Preisverleihung des internationalen Wettbewerbs „Fliesen“ Italien an 1 PA
- Modeschau an der Schule (26. Gala)

Ziele 2002

- Die SchülerInnen sollen die Lernziele, die der Lehrplan vorgibt, unter den bestmöglichen Rahmenbedingungen erreichen und auf das Berufsleben optimal vorbereitet werden.
- Für den neuen Schultyp Höhere Lehranstalt für Produktmanagement und Präsentation müssen schrittweise Arbeitsmittel wie Schneidemaschinen, Spezialwerkzeuge, Marmorplatten, Lederbearbeitungsgeräte etc. angeschafft werden.
- Die Aufstockung der EDV-Anlagen und neuer Software sind unbedingt notwendig, um den Schülern eine adäquate und zeitgerechte Ausbildung zu ermöglichen.
- Um den Schülern die Ausbildung für den Computerführerschein zu ermöglichen, muss eine neue EDV-Software (Windows NT) angeschafft werden.
- Für die alljährlich stattfindende große Abschlussmodenschau im Juni werden das ganze Jahr hindurch Modelle und Kollektionen genäht.
- In Zusammenarbeit mit der NÖ Planungsgesellschaft wird ein Projekt gestartet, bei dem Architektur in Kleidung umgesetzt wird, die Präsentation in St. Pölten erfolgt im Juni 2002.
- Winter- und Sommersportwochen sind wieder geplant.

Statistik

Schultypus	Schuljahr 2000/2001		Schuljahr 2001/2002	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
HLA f. Mode u. BKT 5-jährig	7	143	6	139
HLA f. Produktmanagement + Präsentation	2	50	5	114
Haushaltungsschule 1-jährig	1	23	1	24
Fachschule f. Mode 3-jährig	1	5		
Gesamtsumme	11	221	12	277

NÖ Landesberufsschulen

Die Abteilung Berufsschulen hat Angelegenheiten der Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen, gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen inkl. der den Berufsschulen angeschlossenen Schülerheime, Angelegenheiten des Berufsschulbaufonds und personalrechtliche Angelegenheiten der vertraglichen und pragmatischen Landeslehrer an den Landesberufsschulen, einschließlich der Angelegenheiten der Erzieher an den berufsschulbezogenen Schülerheimen, wahrgenommen. Für diese Bereiche wurde auch die bezügl. Kreditverwaltung durchgeführt.

In bestimmten gesetzlich definierten Bereichen wurde die Abteilung in Zusammenarbeit, im Einvernehmen bzw. auf Antrag des Gewerblichen Berufsschulrates für NÖ bzw. in Zusammenarbeit mit der Landeslehrerkommission für berufsbildende Pflichtschulen tätig.

- Auf dem *Personalsektor* wurden z. B. die erforderlichen Personalverwaltungsmaßnahmen im Bereich der Vertragslehrer abgewickelt sowie letztinstanzliche Entscheidungen über Berufungen von pragmatisierten Landeslehrern (in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen) an den NÖ Landesberufsschulen erlassen. Eine Novelle der Erzieherdienst-Verordnung wurde ausgearbeitet und ein Begutachtungsverfahren durchgeführt. Parallel dazu wurden die Richtlinien für den Erzieherdienst überarbeitet und der NÖ Landesregierung zur Beschlussfassung vorgelegt. Eine Novelle der Verordnung der NÖ Landesregierung über die schulfesten Stellen wurde ausgearbeitet und einem Begutachtungsverfahren unterzogen.

- Im Rahmen der *Schulorganisation* wurde ein Verordnungsentwurf der NÖ Landesregierung über die Schulsprengel der berufsbildenden Pflichtschulen in Niederösterreich ausgearbeitet und einem Begutachtungsverfahren unterzogen.

- Auf dem Gebiet der *Schulerhaltung* (insbes. Bausektor) wurden gemäß einem Stufenplan Maßnahmen zur Durchführung des vom Landtag von NÖ beschlossenen Bauprogramms betreffend Um-, Zu- und Neubauten bzw. Sanierungen bei den NÖ Landesberufsschulen

inkl. der Schülerheime gesetzt. Die vom Landtag von NÖ beschlossenen Technologiemaßnahmen wurden stufenweise umgesetzt.

- Durch zahlreiche Stellungnahmen ist eine Mitwirkung im Bereich der berufsschulrelevanten *Legistik* (z. B. Schulrecht, Personalrecht etc.) der EU, des Bundes und des Landes erfolgt.

Schwerpunkte 2001

Personalsektor

Im Schuljahr 2000/2001 wurden 47 Vertragslehrer neu eingestellt. Mit Schulbeginn 2001/2002 war die Aufnahme von zusätzlichen 25 Vertragslehrern notwendig. Diese Personalmaßnahmen sind durch den Abgang von Lehrern, durch Pensionierungen bzw. Lösung von Dienstverhältnissen sowie durch die Unterrichtsorganisation begründet. 16 Vertragslehrer wurden im Schuljahr 2000/2001 zur Ablegung der Lehramtsprüfung an der Berufspädagogischen Akademie des Bundes für die Dauer von 2 Semestern beurlaubt. Alle Vertragslehrer bestanden die Lehramtsprüfung.

Unter Leitung der NÖ Landeslehrerkommission für berufsbildende Pflichtschulen in NÖ wurden Besetzungen von Direktorstellvertreterstellen an den NÖ Landesberufsschulen entsprechend einem Auswahlverfahren durchgeführt. Im Jahr 2001 wurden die Direktorstellvertreterstellen der Landesberufsschulen Geras, Lilienfeld, Eggenburg, Amstetten, Langenlois, Baden, Waldegg, St. Pölten und Wr. Neustadt neu besetzt.

Schulorganisation

Auf dem Gebiet der Schulorganisation des NÖ Berufsschulwesens wurden folgende Maßnahmen hinsichtlich der Schulsprengel durchgeführt:

- generelle Einschulung der Wiener Lehrlinge des Lehrberufes Gartencenterkaufmann in die Landesberufsschule Laa/Thaya, des Lehrberufes Graveur in die Landesberufsschule Neunkirchen, des Lehrberufes Kraftfahrzeugelektriker in die Landesberufsschule II Stockerau, des Lehrberufes Ledergalanteriewarenhersteller und Taschner in die Landesberufsschule Lilienfeld, des Lehrberufes Sattler und Rierner in die Landesberufsschule Lilienfeld; generelle Einschulung des Lehrberufes Maschinenmechaniker aus dem Bundesland Steiermark in die Landesberufsschule Amstetten, des Lehrberufes Werkstoffprüfer aus dem Bundesland Tirol in die Landesberufsschule Neunkirchen, des Lehrberufes Schuhfertigung aus dem Bundesland Oberösterreich in die Landesberufsschule Schrems, des Lehrberufes Baumaschinentechnik aus dem Bundesland Salzburg in die Landesberufsschule Mistelbach, des Lehrberufes Werkzeugmechaniker aus dem Bundesland Oberösterreich in die Landesberufsschule Neunkirchen
- generelle Einschulung der NÖ Lehrlinge des Lehrberufes Kupferschmied in die Landesberufsschule Mistelbach, des Lehrberufes Buchhaltung in die Landesberufsschule Wr. Neustadt, des Lehrberufes Lagerlogistik in die Landesberufsschule Theresienfeld, des Lehrberufes Präzisionswerkzeugschleiftechnik in die Landesberufsschule Neunkirchen
- generelle Einschulung der NÖ Lehrlinge des Lehrberufes Verwaltungsassistent aus den Verwaltungsbezirken Baden und Mödling in die Landesberufsschule Wr. Neustadt
- generelle Einschulung der NÖ Lehrlinge des Lehrberufes Glasmacherei in die Berufsschule Kramsach/Tirol
- Zusammenlegung der Landesberufsschulen I und II Theresienfeld und Umbenennung in Landesberufsschule Theresienfeld

schule Lilienfeld; generelle Einschulung des Lehrberufes Maschinenmechaniker aus dem Bundesland Steiermark in die Landesberufsschule Amstetten, des Lehrberufes Werkstoffprüfer aus dem Bundesland Tirol in die Landesberufsschule Neunkirchen, des Lehrberufes Schuhfertigung aus dem Bundesland Oberösterreich in die Landesberufsschule Schrems, des Lehrberufes Baumaschinentechnik aus dem Bundesland Salzburg in die Landesberufsschule Mistelbach, des Lehrberufes Werkzeugmechaniker aus dem Bundesland Oberösterreich in die Landesberufsschule Neunkirchen

- generelle Einschulung der NÖ Lehrlinge des Lehrberufes Kupferschmied in die Landesberufsschule Mistelbach, des Lehrberufes Buchhaltung in die Landesberufsschule Wr. Neustadt, des Lehrberufes Lagerlogistik in die Landesberufsschule Theresienfeld, des Lehrberufes Präzisionswerkzeugschleiftechnik in die Landesberufsschule Neunkirchen

- generelle Einschulung der NÖ Lehrlinge des Lehrberufes Verwaltungsassistent aus den Verwaltungsbezirken Baden und Mödling in die Landesberufsschule Wr. Neustadt

- generelle Einschulung der NÖ Lehrlinge des Lehrberufes Glasmacherei in die Berufsschule Kramsach/Tirol

- Zusammenlegung der Landesberufsschulen I und II Theresienfeld und Umbenennung in Landesberufsschule Theresienfeld

Bausektor

Die Verwirklichung des vom Landtag von Niederösterreich am 24. Juni 1999 genehmigten Bauprogrammes der NÖ Landesberufsschulen in Höhe von insgesamt 55,32 Mio. € (761,19 Mio. S) exkl. USt. wurde stufenweise umgesetzt.

Die Generalsanierung des *Schülerheimes der Landesberufsschule Langenlois* mit Kosten von rund 3,36 Mio. € (46,24 Mio. S) exkl. USt. wurde abgeschlossen. Am 21. November 2001 fand in Anwesenheit von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und Landesrat Friedrich Knotzer die feierliche Eröffnung statt.

Der *Schülerheimneubau bei der Landesberufsschule Pöchlarn* mit Kosten von rund 11,41 Mio. € (157 Mio. S) exkl. USt. liegt optimal im Zeitplan. Der Rohbau konnte bereits fertig gestellt werden, das Gebäude wurde winterdicht gemacht, so dass auch im Winter der Innenausbau vorangetrieben werden kann. Eine Teilbesiedelung ist voraussichtlich schon ab Herbst 2002 möglich, die Gesamtfertigstellung ist für Frühjahr 2003 geplant.

Beim *Schulzubau zur Landesberufsschule Zistersdorf* mit Gesamtkosten von rund 6,69 Mio. € (92 Mio. S) exkl. USt. wurden die Planungsarbeiten abgeschlossen. Nach der projektbezoge-

nen Beschlussfassung durch den NÖ Landtag soll im Mai 2002 mit dem Bau begonnen werden.

Beim Projekt Generalsanierung des Küchentraktes der Landesberufsschule Waldegg mit Kosten von rund 3,34 Mio. € (46 Mio. S) exkl. USt. ist die Planung abgeschlossen. Nach Abschluss der anhängigen Ausschreibungsverfahren soll ebenfalls im Sommer 2002 mit den Sanierungsmaßnahmen begonnen werden.

Die Projekte Generalsanierung des Schülerheimes der Landesberufsschule St. Pölten, Werkstättenneubau der Landesberufsschule Neunkirchen, Werkstättenneubau der Landesberufsschule Mistelbach, Schülerheimneubau und Schulzu- und Turnsaalneubau der Landesberufsschule II Stockerau und Laborzubau der Landesberufsschule Amstetten befinden sich ebenfalls in der Vorbereitungsphase für die Planungen.

Lehrlingssportfest 2001

Am 19. Juni 2001 fand in der Landsportschule St. Pölten wieder das gemeinsam mit der NÖ Landesregierung, der Wirtschaftskammer NÖ und der Kammer für Arbeiter und Angestellte für NÖ veranstaltete Lehrlingssportfest statt. Rund 1.200 Lehrlinge nahmen an den einzelnen Wettbewerben teil. Im Rahmen des Lehrlingssportfestes wurden rund 460 Lehrlinge einem sportwissenschaftlichen Test durch das Institut für medizinische und sportwissenschaftliche Beratung von Prof. Hans Holdaus unterzogen. Die wichtigsten allgemei-

nen motorischen Grundeigenschaften und Fähigkeiten (Schnelligkeit, Schnelkraft, Maximalkraft, Kraftausdauer, Beweglichkeit, Gewandtheit, Reaktionsfähigkeit, Ausdauer) wurden objektiv erfasst. In einer wissenschaftlichen Ausarbeitung sollen vorhandene Defizite aufgezeigt werden.

Berufsschulbroschüre

Die Broschüre mit dem Titel „Lehre – Beruf – Zukunft: die NÖ Berufsschulen – dein Partner“ wurde wieder für sämtliche Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen Hauptschule sowie der Polytechnischen Schulen in Niederösterreich aufgelegt. Es gelangten 21.000 Broschüren zur Verteilung. Auf Grund vieler positiver Rückmeldungen und der hohen Akzeptanz durch die Schulen wird die Broschüre in überarbeiteter Form auch im Jahr 2002 wieder herausgegeben.

Probleme 2001

Die Sicherung bzw. der Ausbau der fachlichen Qualität und Kompetenz der NÖ Landesberufsschulen als Ausbildungszentren, die allen Interessenten offen stehen sowie die Wahrung eines hohen Standards der Wissensvermittlung gerade im Bereich der neuen Technologien sind mit hohen Kosten verbunden. Daher stellten die mit Landtagsbeschluss vom 24. Juni 1999 zusätzlich für die NÖ Landesberufsschulen zur Verfügung gestellten Mitteln in Höhe von

5,07 Mio. € (69,75 Mio. S) exkl. USt. einen sehr wichtigen Innovations Schub für einen modernen Berufsschulunterricht dar.

Ziele 2002

Schwerpunkt im Jahr 2002 wird weiterhin die zügige Umsetzung des vom NÖ Landtag beschlossenen Bauprogrammes sein.

Statistik Schuljahr 2000/2001

Anzahl der Landesberufsschulen:	
Landesberufsschulen	20
Ganzjährig geführte Berufsschule	1
Anzahl der Klassen:	
Landesberufsschulen	883
Ganzjährig geführte Berufsschule	12

Anzahl d. Schüler	gesamt	männl.	weibl.
Landesberufsschulen	20.660	14.675	5.985
Ganzjährig geführte Berufsschule	120	120	0

Anzahl der Berufsschullehrer:	
Pragmatisch	429
Vertraglich	228
Religionslehrer	17
Summe	674

Abteilung Sport

Schwerpunkte 2001

Seminare für Sportplatzpflege

Das österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau – eine Stiftung des Bundes und der Bundesländer – veranstaltet bereits seit 1970 Seminare für Sportplatzpflege. Daran haben mehr als 2.500 Platzwarte und Sportplatzhalter teilgenommen.

Die Sportabteilung des Landes NÖ hat seit einigen Jahren NÖ Interessenten, insbesondere Vereinsvertretern ganztägige Seminare mit den Schwerpunkten „Tennisplatzpflege“ und „Rasenpflege“ angeboten. Erfahrene Vortragende geben bei diesen Veranstaltungen ihr Wissen – unterstützt durch Overhead-, Video- und Diavorführungen – an die zuständigen Vereinsfunktionäre weiter. Die praktische Anwendung der Erkenntnisse hat wieder nicht unbeträchtliche Einsparungen für die Sportvereine zur Folge.

Doping

Das beste Mittel im Kampf gegen Doping ist eine umfassende Information. Darüber hinaus hat das Land Niederösterreich auf Grund eines Abkommens zwischen dem Bund und den Ländern, die im Land NÖ durchgeführten Dopinguntersuchungen durch das „Österreichische Anti-Doping-Comitee“ (ÖADC) mit 45% dieser Gesamtkosten unterstützt. Im Jahr 2001 waren dies S 256.500,-. Im NÖ Sportgesetz hat das Land NÖ der Anti-Doping-Konvention des Europarates Rechnung getragen und das „Österreichische Anti-Doping-Comitee“ ermächtigt, geeignete Anti-Doping-Kontrollen vorzunehmen.

NÖ TOP SPORT Aktion

Die NÖ TOP Sport Aktion setzt sich zum Ziel, NÖ Spitzensportler mit internationalem Standard so zu fördern, dass sie

sich optimal auf ihren Sport konzentrieren können und ihnen die Teilnahme bei internationalen Wettkämpfen, Europa- und Weltmeisterschaften sowie Olympischen Spielen zu erleichtern. Es konnten im Jahre 2001 86 Sportler mit insgesamt S 1,650.000,- unterstützt werden.

10 Jahre Landessportschule St. Pölten

Die NÖ Landessportschule in St. Pölten wurde im Herbst 1990 eröffnet und kann nunmehr auf elf erfolgreiche Betriebsjahre zurückblicken.

Die ursprünglich nur als Trainingsstätte konzipierte Anlage am rechten Traisenufer wurde – den gesteigerten Wünschen der Nutzer folgend – in mehreren Etappen ausgebaut und bietet gegenwärtig Sportlerinnen und Sportlern der verschiedensten Sportzweige ideale Bedingungen, einschließlich moderner Unterkünfte.

Aber auch 17 NÖ Sportfachverbände haben hier ihren Sitz und managen erfolgreich ihre Verbandsaufgaben.

Die Landessportschule wird in der Rechtsform einer Gesellschaft mbH betrieben, eine Konstruktion, die sich im Laufe eines Jahrzehnts sehr bewährt hat.

Im Jahr 1994 entstand der Tennis-Center-Court. Er wurde 1995 in ein modernes Tennisstadion umgebaut und 2000 mit einem Windschutz ergänzt; die Erweiterung der Parkplätze war selbstverständlich.

Mit der Einrichtung eines Oberstufenrealgymnasiums und einer Handelsschule für Leistungssport wurden wichtige Schritte gemacht, Jugendliche zu sportlichen Höchstleistungen unter Berücksichtigung eines Schulabschlusses in den verschiedensten Sparten hinzuzuführen. Im Sommer 2002 werden erste Absolventen erwartet.

Derzeit sind folgende Sportarten im Leistungsmodell vertreten: Aero, Ballett, Basketball, Eiskunstlauf, Fußball, Karate und Turnen. Im Schuljahr 2001/2002 belief sich der Gesamtschülerstand auf 112.

Sportstättenberatung

Die Beratungstätigkeit durch die Sportabteilung im Hinblick auf den optimalen Einsatz der Sportförderungsmittel für den Sportstättenbau wurde weiter intensiviert. In vielen Fällen konnten dadurch Fehlplanungen vermieden und die Effektivität der eingesetzten Sportförderungsmittel erhöht werden. Bei besonders bedeutenden Projekten wird auch das Österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau (ÖISS) mit seinen Sachverständigen zur Beratung herangezogen. Bei größeren Vorhaben von Gemeinden, z. B. Bau von Sport- und Mehrzweckhallen, haben sich die unter der Leitung des beamteten Gemeindefereferenten einberufenen Finanzierungsgespräche als sehr erfolgreich erwiesen.

Sportärztliche Untersuchungsstellen

Eine gründliche sportärztliche Untersuchung ist unbedingt erforderlich, um eine gezielte Sportausübung zu ermöglichen, vor allem im Leistungssport. Bevorzugt wurden zunächst die Angehörigen anerkannter Leistungszentren sowie Schüler von Sporthauptschulen. 1.498 Schülerinnen und Schüler der Sporthauptschulen machten von dieser Möglichkeit Gebrauch und ließen sich in den Untersuchungsstellen in Krems, Wr. Neustadt oder in Wien (USZ-Schmelz) untersuchen. 440 Gutscheine wurden Angehörigen von Leistungszentren und Verbandskadern zur Verfügung gestellt. Im Krankenhaus Mödling werden verletzte Sportler in besonderen Ambulanzstunden bevorzugt behandelt. Die sportärztlichen Untersuchungen werden vom Land mit ca. S 449.400,- subventioniert.

Sportehrenzeichen

Am 18. November 2001 erfolgte in Prottes die Verleihung von Sportehrenzeichen.

Von Landeshauptmann-Stellvertreterin Liese Prokop wurden 38 Aktive und 140 Funktionäre geehrt.

Dazu ist zu bemerken, dass die Sportabteilung mit dem Landessportrat im Sinne der NÖ Sportehrenzeichenverordnung die von den Verbänden eingehenden Anträge prüft, die über die Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten an die NÖ Landesregierung zur Beschlussfassung weitergeleitet werden.

Veranstaltungen und Ehrungen

- Ehrung der NÖ Staatsmeister 2000 am 29. März 2001 in Klosterneuburg
- 24. Lehrlingssportfest der NÖ Berufsschulen am 19. Juni 2001 in der Landessportschule St. Pölten
- 25. NÖ Versehrtensporttag am 9. September 2001 im Sportzentrum Hollabrunn
- 32. NÖ Sportehrenzeichenverleihung am 18. November 2001 in Prottes

- Vorstellung und Ehrung der NÖ Sportler und Mannschaften des Jahres 2001 am 30. November 2001 im Bundessportzentrum Südstadt

NÖ Sportversicherung

Die NÖ Landesregierung hat in der Sitzung vom 22. 12. 1987 den Abschluss einer Sport-Kollektiv-Unfallversicherung mit 1. 1. 1988 genehmigt. Diese Versicherung wurde im Jahre 1990 um einen Rehabilitationskostenzuschuss erweitert. Auf Grund der dringenden Notwendigkeit und der Empfehlung des Landessportrates wurde mit Gültigkeit 1. 7. 2000 der bestehende Vertrag mit einer Sport-Kollektiv-Haftpflichtversicherung erweitert. Bisher sind 38 Verbände mit 64.131 Versicherten beigetreten.

Im Jahre 2001 sind bei der Unfallversicherung 202 Schäden mit einer vorläufigen Leistung von rund S 1.900.000,- aufgetreten.

Ziele 2002

Ausbau der Landessportschule

Die im September 1990 eröffnete Landessportschule in St. Pölten soll neuerlich erweitert werden, um möglichst allen Wünschen der Benutzer entsprechen zu können. Nach Abschluss der 4. Ausbaustufe ist bereits eine 5. Ausbaustufe in Planung. Auf Grund der starken Nachfrage, insbesondere auch durch den intensiven Trainingsbetrieb der Schülerinnen und Schüler des Leistungsmodells St. Pölten (Handelsschule und Oberstufenrealgymnasium), ist die Errichtung einer zusätzlichen Halle für Ballsportarten dringend geboten.

Großveranstaltungen

Das Sportgesetz sieht auch die Förderung von Sportveranstaltungen von überörtlichem Interesse vor. Als solche werden wieder stattfinden:

- ATP-Turnier in der Tennisarena St. Pölten (Mai)
- Fest der Pferde in Grafenegg (Juni)
- Wachau-Marathon (September)

Abteilung Energie- und Strahlenschutzrecht

Die Tätigkeit der Abteilung umfasst im Besonderen:

- die Vollziehung der Vorschriften auf dem Gebiete des Energiewesens und der Energiewirtschaft und damit zusammenhängender Preisangelegenheiten, des Kesselwesens, der Luftreinhaltung

hinsichtlich Kesselanlagen und des Strahlenschutzes beim Betrieb medizinischer Anlagen,

- die Begutachtung von einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen,
- die Erstellung landesrechtlicher Rechtsvorschriften.

Schwerpunkte 2001

Am 1. Dezember 2000 wurde das Energie liberalisierungsgesetz, BGBl. I Nr. 121/2000, im Bundesgesetzblatt kundgemacht. Dieses umfasste auch eine Änderung des Elektrizitätswirtschafts-

und -organisationsgesetzes – EIWOG. Die Grundsatzbestimmungen des EIWOG waren durch Landesgesetze auszuführen. Nach schwierigen und langwierigen Vorarbeiten wurde das Ausführungsgesetz, das NÖ Elektrizitätswesengesetz 2001 (NÖ EIWG 2001), durch den Landtag am 28. Juni beschlossen. Es ist am 1. Oktober in Kraft getreten.

Intensiv gearbeitet wurde auch an den auf Grund des EIWOG zu erlassenden Verordnungen. Die NÖ Stromkennzeichnungsverordnung (NÖ SKV) wurde am 28. Dezember im Landesgesetzblatt kundgemacht. Für die NÖ Mindestpreis- und Zuschlagsverordnung wurden wesentliche Vorarbeiten geleistet.

Ein weiterer Schwerpunkt der legislativen Tätigkeit war die Arbeit am NÖ Gassicherheitsgesetz 2002. Das Begutachtungsverfahren wurde durchgeführt. Durch die Änderungen auf gesetzlicher Ebene und die Änderung der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung – der Abteilung wurde die Vollziehung der mit der Energiewirtschaft zusammenhängenden Preisangelegenheiten übertragen – hat die Abteilung Energie- und Strahlenschutzrecht eine Reihe neuer Aufgaben erhalten, deren Vollzug viel Zeit in Anspruch nahm (etwa Benennung von Kleinwasserkraftanlagen, Anerkennung von Ökoanlagen, Verwaltung der Ausgleichsabgaben).

Im Bereich der Vollziehung waren neben der Bewilligung und Überprüfung von elektrischen Leitungsanlagen, von Gasanlagen und medizinischen Strahleneinrichtungen weiterhin die Genehmigungs- und Überprüfungsverfahren für Windkraft- und Biogasanlagen Schwerpunkte der Tätigkeit.

Ziele 2002

- Abschluss der Arbeiten an der Regierungsvorlage des NÖ Gassicherheitsgesetzes 2002 und Vorlage zur Beschlussfassung an den Landtag
- Fertigstellung der Verordnungen zum NÖ Gassicherheitsgesetz 2002 zur Beschlussfassung durch die Landesregierung
- Erlassung von Verordnungen in Ausführung des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes und des NÖ Elektrizitätswesengesetzes (Festsetzung von Mindestpreisen, des Zuschlags zum Systemnutzungstarif, Festlegung der durchschnittlichen Produktionskosten elektrischer Energie u. a. m.)
- Rasche und bürgernahe Abwicklung zahlreicher neuer Verfahren zur Genehmigung von Stromerzeugungsanlagen, Gas- und Stromleitungen und von Strahleneinrichtungen

Statistik 2001

Es wurden an 195 Tagen mündliche Verhandlungen durchgeführt. Für 312 elektrische Leitungsanlagen wurde die Bau- und Betriebsbewilligung nach dem NÖ Starkstromweegegesetz erteilt (311.418 m Leitungen bis einschließlich 20 kV, 30.418 m Leitungen bis einschließlich 110 kV, 224 Trafostationen und 3 Schaltwerke).

Für 23 Stromerzeugungsanlagen (3 Biogasanlagen, 4 Kleinwasserkraftwerke, 5 Netzersatzanlagen, 3 Blockheizkraftwerke und 8 Windkraftanlagen) wurde die Bewilligung nach dem NÖ Elektrizitätswesengesetz ausgesprochen. Es wurden 12 Windkraftanlagen und 2 Biogasanlagen überprüft, und in 116 Fällen erfolgte die Überprüfung elektrischer Leitungsanlagen.

262 Wasserkraftanlagen wurden als Kleinwasserkraftanlagen ernannt, 39 sonstige Stromerzeugungsanlagen (Windkraft, Solarenergie, Biomasse und Biogas) als Ökoanlagen anerkannt.

Für 23 Erdgasanlagen (3.250 m Hochdruckleitung, 4 Gasdruckregelanlagen und 4 Gastankstellen) wurde die Genehmigung nach dem Gaswirtschaftsgesetz erteilt.

Darüber hinaus wurden 23 Anlagen überprüft.

Für 51 medizinische Strahleneinrichtungen wurden Bewilligungen nach dem Strahlenschutzgesetz erteilt. In 95 Fällen wurden Strahleneinrichtungen überprüft.

Abteilung Sparkassen und Stiftungsaufsicht

Schwerpunkte 2001

Sparkassenangelegenheiten

Zurzeit bestehen 25 selbständige Sparkassen, 2 Anteilsverwaltungssparkassen und 15 Sparkassenstiftungen. Aus den von den Sparkassen gebildeten Widmungsrücklagen konnten Spenden für soziale Einrichtungen, wichtige kommunale sowie lokal und regional bedeutsame kulturelle Vorhaben gebilligt werden.

- Teilnahme an den Schlussbesprechungen über die Bilanz des jeweiligen Geschäftsjahres unter besonderer Berücksichtigung eventueller Problemfälle
- Bestellung und Abberufung der Staatskommissäre, Vorschreibung und Anweisung der Funktionsgebühren
- Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen des Bankwesen- und Sparkassengesetzes
- Teilnahme an Sparkassenfachtagungen

● Vormerkung und Überwachung personeller Änderungen in den Organen der Sparkassen

- Teilnahme an Sparkassenvereinsversammlungen
- Genehmigung von Sparkassenvereinsstatutenänderungen

Preisrechtliche Angelegenheiten sowie Angelegenheiten des Konsumentenschutzes und der Produktsicherheit

- Folgende Gewerbebetriebe (2.546) wurden von den Preisbehörden im Hinblick auf Preisauszeichnung bzw. doppelte Preisauszeichnung (ab Oktober 2001 verpflichtend) überprüft: Fitnesscenter, Schlankheitsstudios und Solarien, Blumenhandlungen, Kosmetiker, Fußpfleger, Masseur, Saunabetreiber, Lebensmittelhandel, Bäckereien, Konditoreien, Imbissstuben und Buffets in den Bädern, Gaststätten und Restaurants,

Textilbekleidungsgeschäfte (Boutiquen, etc.), Friseur, Parfümerien und Drogerien, Lebensmittelhandel, Fleischer, Textilreiniger

● Entgegennahme von Beschwerden nach dem Euro-Währungsangabengesetz und wöchentliche Berichterstattung an die Euro-Preiskommission

● Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen sowie EU-Richtlinien in Preis-, Konsumentenschutz- und Produktsicherheitsangelegenheiten

● Teilnahme an Preisbehörden-, Produktsicherheits- und Konsumentenschutztagungen und beim Konsumentenschutzbeirat

● Beratung in Angelegenheiten des Konsumentenschutzes (besonders Fragen der Gewährleistung bzw. Rücktrittsmöglichkeiten bei Kaufverträgen)

● Markterhebungen nach dem Produktsicherheitsgesetz bei Hollywoodschaukeln, Jumbo Bouncer (Türhopper), Rasentrimmer, Sportkinderwagen Blue Bird

Stiftungsaufsicht

● Beaufsichtigt wurden 73 Landesstiftungen, 17 Landesfonds, ein Landes-Stiftungsfonds, 21 Bundesstiftungen und 5 Bundesfonds.

● Überprüfung der Rechnungsabschlüsse der Stiftungen und Fonds nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit unter Beachtung, dass das Stammvermögen der Stiftung in einer den Vorschriften über Mündelgeld gemäßen Art und Weise angelegt ist

● Beachtung der gesetzlichen Frist zur Vorlage der Rechnungsabschlüsse bis Ende Juni des folgenden Jahres

● Satzungsänderungen (Anpassungen der Stiftungs- und Fondssatzungen an die Bestimmungen des Gesetzes und an die geänderten sozialen Verhältnisse)

● Auflösung von Stiftungen und Fonds bei Vorliegen eines gesetzlichen Auflösungsgrundes

● Beratung bei Neuerrichtung von Stiftungen und Fonds und Entscheidung über die Zulässigkeit der Errichtung, Satzungs genehmigungen

● Überprüfung von Pachtverträgen

● Überprüfung der Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Stiftungsgrundstücke

Kultusangelegenheiten

Kirchliche Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Landeshauptmannes fallen, z. B. Erbschaften an Kirchen und Orden.

Probleme 2001

Sparkassenangelegenheiten

Die Sparkassen müssen einerseits den Herausforderungen, die die Globalisierung der Wirtschaft und der Binnenmarkt mit sich bringen, gewachsen sein, andererseits vor allem die Chancen, die der Regionalmarkt noch bietet, entsprechend nutzen.

Die anhaltende schwierige Wirtschaftslage, gekennzeichnet durch eine Vielzahl

von Insolvenzverfahren, bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Ertragslage der Kreditinstitute. Die niederösterreichischen Sparkassen haben durch eine entsprechende Vorsorgepolitik (Bildung von Wertberichtigungen und Rücklagen) diese Situation noch ohne Probleme meistern können. Die geringe Zinsspanne und das anhaltend niedrige Zinsniveau wirken sich ebenfalls dämpfend auf die Ertragslage der Sparkassen aus.

Preisrechtliche Angelegenheiten sowie Angelegenheiten des Konsumentenschutzes und der Produktsicherheit

Die Überprüfung der Preisauszeichnungspflicht wird nun von den Bezirksverwaltungsbehörden durchgeführt, um die notwendige Information in Form einer korrekten Preisauszeichnung für die Konsumenten verstärkt zu gewährleisten. Eine flächendeckende und dauernde Überwachung ist jedoch auf Grund der Personalsituation nicht möglich, so dass nur monatlich Schwerpunktkontrollen vorgenommen werden können.

Probleme der Konsumenten im Binnenmarkt (verbesserte Gewährleistung, Fernabsatz) können nur auf EU- bzw. bundesgesetzlicher Ebene geregelt werden.

Die Einrichtung einer wirksamen Marktüberwachung nach dem Produktsicherheitsgesetz bringt in Zeiten restriktiver Personalmaßnahmen Probleme mit sich, so dass nur sehr beschränkt Markterhebungen durchgeführt werden konnten.

Stiftungsaufsicht

Die Erhaltung der teilweise sehr alten Stiftungshäuser, die kaum oder nur geringen Ertrag abwerfen (Substandard), ist sehr schwierig, weil nur bedingt nach dem Mietrechtsgesetz vorgegangen werden kann, da der ursprüngliche Stiftungszweck in den meisten Fällen die Unterbringung „bedürftiger Bürger“ in den Stiftungsgebäuden vorgesehen hat. Durch intensive Beratung der Verwaltungsorgane in mietrechtlichen Angelegenheiten konnten durch Einhebung

des Erhaltungsbeitrages bzw. durch Abschluss neuer Mietverträge die Erhaltung und Instandsetzung der Stiftungshäuser bereits teilweise in Angriff genommen werden.

Ziele 2002

Sparkassenangelegenheiten

Zielvorgabe ist weiterhin die Einhaltung der Bestimmungen des Bankwesen- und Sparkassengesetzes durch die Sparkassen, bis die Bundes-Finanzmarktaufsicht mit 1. April 2002 diese Agenden in ihre alleinige Kompetenz übernehmen wird.

Preisrechtliche Angelegenheiten sowie Angelegenheiten des Konsumentenschutzes und der Produktsicherheit

● Überwachung der Einhaltung der Preisauszeichnung im Sinne einer bestmöglichen Information für Preisvergleiche für die Konsumenten, insbesondere im Hinblick auf die Euro-Einführung

● Hilfestellung durch entsprechende Beratung bei Problemen anfragender Konsumenten

● Einsatz finanzieller Mittel für konkret spezifizierte, konsumentenpolitische Maßnahmen

● In Produktsicherheitsangelegenheiten gilt es, den Konsumenten schon vor potenziellen Gefährdungen durch angebotene Produkte zu schützen.

Stiftungsaufsicht

Sicherstellung der Erhaltung des Stammvermögens der Stiftungen, die Erfüllung des Stiftungs- bzw. Fondszweckes und die ordnungsgemäße Verwaltung der Stiftungen und Fonds.

Abteilung Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten

KFG und Fahrprüfungen (FSG)

Schwerpunkte 2001

● Erteilung von Einzel- und Ausnahmegenehmigungen gem. § 31 und § 34 KFG 1967

● Genehmigung von Änderungen gem. § 33 KFG 1967

● Ausnahmegenehmigungen in Fällen, wo das Bundesministerium für Verkehr,

Innovation und Technologie im Einzelfall den Herrn Landeshauptmann gem. § 34 KFG 1967 ermächtigt

● Bestätigungen für die Zulassung gem. § 21d KDV

● Wiederkehrende Begutachtung von Kraftfahrzeugen und Anhängern gem. § 57a KFG 1967

● Besondere Überprüfung von Kraftfahrzeugen und Anhängern gem. § 56 KFG 1967

● Ausstellung von B3-Bescheinigungen

● Einsatz der Landes-Kfz-Prüfzüge vorwiegend an den Ostgrenzen gem. § 58 KFG 1967

● Abgabe von Kfz-technischen Gutachten im Verwaltungsverfahren sowie für den UVS

● Fahr-, Fahrlehrer- und Fahrschullehrerprüfung (§ 34 FSG, § 127 KFG 1967)

● Prüfungs- und Beobachtungsfahrten bei Aufnahme von Lenkern für den Fahrdienst sowie für Ausgleichseinrichtun-

gen bei Körperbehinderten gem. § 9 FSG

- Begutachtung von Fahrschulfahrzeugen gem. § 112 KFG 1967
- Besichtigung der Geräte und Einrichtungen der Gewerbetreibenden und Vereine, die gem. § 57a KFG 1967 zur wiederkehrenden Begutachtung oder gem. § 24 Abs. 5 KFG 1967 zur Prüfung von Fahrtschreibern ermächtigt sind oder ermächtigt werden sollen
- Weitere Genehmigungen und Begutachtungen gem. §§ 5, 29, 96, 104, 112, 122 und 132 KFG 1967
- Einsatz des Gefahrgutmobil (Labor)
- Technische Gutachten zu Betriebsstättengenehmigungen (Motorsportveranstaltungen) sowie zu GGBG-Ausnahmegenehmigungen
- Einsatz des Messbusses für Motorradkontrollen und Fahrtschreiberkontrollen

Kraftfahrzeugprüfungen

Im Sinne der Dezentralisierung stehen die Prüfstellen Amstetten, Brunn/Wild, St. Pölten, Weikersdorf, Gerasdorf und Wiener Neudorf zur Verfügung. Ein Messbus wird zur Kontrolle der Lärmemission von Motorrädern, insbesondere an bevorzugten Motorradstrecken, eingesetzt. Alternativ kann der Messbus auch für Fahrtschreiberkontrollen bei Lkw verwendet werden. B3-Bescheinigungen werden für Tankfahrzeuge in den Prüfstellen Brunn/Wild, St. Pölten, Weikersdorf und Gerasdorf ausgestellt.

Probleme 2001

Fahrprüfungen

Eine besondere Häufung der Termine war vor allem in den Sommermonaten, während der Urlaubszeit, festzustellen. Auch im Jahre 2001 konnten die angeforderten Termine nur mit Hilfe von Fahrprüfern, die sich bereits im Ruhestand befinden oder von anderen Dienststellen bereitgestellt wurden, wahrgenommen werden. Das neu erschienene Prüferhandbuch regelt die praktischen Übungen im Langsamfahrbereich neu, wodurch es seit Dezember 2001 zu einer erhöhten Prüfungsdauer kommt. Noch immer werden Prüftermine so kurzfristig abgesagt, dass ein anderweitiger Einsatz der Sachverständigen nicht mehr möglich ist. Ein besonderes Problem wird auch in der hohen Anzahl von Fahrprüfern gesehen, wodurch es sehr aufwändig ist, durch Schulungen und Besprechungen einen einheitlichen Prüfstandard zu erhalten.

Ziele 2002

Kraftfahrzeugprüfungen

Die durch die im Qualitätssicherungshandbuch vorgegebenen Ziele im Bereich der technischen Kontrolle von Alt-

fahrzeugen sowie der Überprüfung von Fahrzeugen im Verkehr werden angestrebt. Weiters ist geplant, etwa 400 Audits bei gemäß § 57a KFG ermächtigten Werkstätten vorzunehmen. Verstärkte Durchführung von Motorradkontrollen zur Verminderung der Lärmbelastigung der Anrainer beliebter Motorradstrecken. Inbetriebnahme des Prüfplatzes Mitte 2002 an der A1 im Bereich Haag zur Kontrolle des Schwerverkehrs hinsichtlich Gewichtsüberschreitungen und technischer Mängel. Einführung einer Softwarelösung die es ermöglicht Einzelgenehmigungsbescheide am Tag der Prüfung auszustellen.

Fahrprüfungen

Im Bereich der Fahrprüfung wird eine verbesserte Qualitätssicherung angestrebt. Dazu ist geplant, die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Fahrprüfern zu verbessern und das Weiterbildungsangebot zu verstärken. Der effiziente Einsatz der Fahrprüfer wird weiter verstärkt betrieben, wobei zunehmend abteilungsexterne Fahrprüfer eingesetzt werden.

Statistik 2001

Prüfungen gem. §§ 56 und 58 KFG 1967	
Kraftwagen	6.148
Omnibusse	17
Anhänger	242
Krafträder	773
Fahrzeuge nach § 122 KFG 1967	99
Abschließende Gutachten	14
Insgesamt geprüfte Fahrzeuge	7.293
Nochmals vorführen (wegen schwerer Mängel)	
	1.941
Kennzeichenentzug	47
Eingenommener Kostenersatz	S 1.057.170,-

Prüfungen gem. § 57a KFG 1967	
Kraftwagen	2.488
Omnibusse	76
Anhänger	908
Krafträder	94
Insgesamt geprüfte Fahrzeuge	3.566
Nochmals vorführen (wegen schwerer Mängel)	
	141
Eingenommener Kostenersatz	S 1.375.183,-

Mit Prüfzug geprüfte Fahrzeuge	
Kraftwagen	3.062
Personenkraftwagen und Kombi	768
Omnibusse	97
Anhänger	1.717
Krafträder	445
Insgesamt geprüfte Fahrzeuge	6.089

Anzahl der Verkehrskontrollen mit Messbus	33
Anzahl der Verkehrskontrollen mit Prüfzug	225
Anzahl der Verkehrskontrollen mit Gefahrgutmobil	76
Dabei eingesetzte Sachverständige	338
Genehmigungen nach KFG 1967	
§ 31 KFG 1967	5.596
§ 34 KFG 1967	1.644
§ 33 KFG 1967	5.043
Sonstige Erledigungen	926
B3-Bescheinigungen	802
An Verwaltungsabgaben wurden eingenommen	S 11.747.230,-
Fahrschulgenehmigungen	14
Besichtigung bzw. Revision von Gewerbetreibenden (§ 57a KFG 1967)	166
Gutachten zu Betriebsstättengenehmigungen (Motorsportveranstaltungen)	31
Verhandlungen beim UVS	49
Schriftliche Gutachten zu Verwaltungsstrafakten	480
Fahr-, Fahrlehrer- und Fahrschullehrerprüfungen	
Entsendete Sachverständige	4.068
Abgenommene Klassen	38.064

Dienstkraftwagenbetrieb und Werkstätte

Schwerpunkte 2001

Im Jahre 2001 konnten die von den verschiedenen Dienststellen des Amtes der NÖ Landesregierung angeforderten Dienstfahrzeuge nur zum Teil durch die Fahrbereitschaft zur Verfügung gestellt werden.

Mit den Fahrzeugen der Lkw-Fahrbereitschaft wurden überwiegend Transporte des Gewerblichen Berufsschulrates, des Landesmuseums, der Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten – Tischlerei und der Umweltausstellungen durchgeführt.

Für andere Dienststellen wie Bezirkshauptmannschaften, NÖ Agrarbezirksbehörden, die Gebietsbauämter und verschiedene Landesanstalten wurden eine kraftfahrtechnische Betreuung, Begutachtung und Überprüfung von Reparaturkosten sowie die Neuanschaffung von Dienstfahrzeugen durchgeführt. Über Auftrag wurden an beamteneigenen Fahrzeugen Reparaturrechnungen überprüft sowie Zeitwertfeststellungen durchgeführt, wenn diese bei einer Dienstfahrt beschädigt wurden.

Der Versuch, Dieselfahrzeuge mit Biodiesel zu betreiben, erfolgt weiter. Über den weiteren Einsatz wird im Jahr 2002 entschieden.

Das Gefahrgutmobil wird zur Kontrolle von ADR-Fahrzeugen in ganz Niederösterreich eingesetzt.

Die Erhaltung der Dienstfahrzeuge erfolgt durch die angeschlossene Werkstätte, wobei auch Fahrzeuge anderer Landesdienststellen (Bezirkshauptmannschaften, Gebietsbauämter, Agrarbezirksbehörden usw.) betreut werden. Die Reparaturen und Wartungsarbeiten umfassen die Instandsetzung mechanischer und elektrischer Teile, Inspektionen, Service und Ölwechsel. Auch Ein- und Umbauten für die spezielle Einsatzart der Fahrzeuge wurden vorgenommen. Zu den Kraftfahrzeug-Überprüfungen und insbesondere zu den landeseigenen technischen Prüfzügen wurden die Kfz-Mechaniker 761-mal als Prüfmechaniker zugeteilt.

Probleme 2001

Durch den Rückgang des Personalstandes im Bereich der Kfz-Lenker und Prüfmechaniker sind weiterhin strukturelle Probleme einerseits mit anwachsendem Zeitausgleich und andererseits mit der Einsatzdauer und Häufigkeit der mobilen Prüfeinrichtungen aufgetreten.

Ziele 2002

Die Möglichkeiten der Kostenminimierung werden weiter betrieben. Neu anzuschaffende Dieselfahrzeuge sollen biodieseltauglich sein. Die Neuaufnahme von Kfz-Lenkern soll vorangetrieben werden.

Durch einen geänderten Personaleinsatz bei den Mechanikern wird ein vermehrter Einsatz der landeseigenen Prüfzüge angestrebt. Darüber hinaus ist geplant, aufwändigere Reparaturen und Einbauten bei Dienstkraftwagen vermehrt an Fremdfirmen zu vergeben.

Tätigkeiten und Schwerpunkte 2001

- Koordinierung aller die Gruppe Wasser betreffenden Aufgaben zwischen den Abteilungen
- Zusammenfassung der Teilvoranschlagsentwürfe und der Anforderungen für Nachtragskredite; Vertretung des Gesamtvorschlages
- Angelegenheiten des inneren Dienstes; Abwicklung aller Kanzlei- und Schreibarbeiten gemeinsam für die einzelnen Abteilungen
- Prüfung und Evidenthaltung der monatlichen Reisekosten

In allen Bereichen der Gruppe wurde versucht, mit den im Jahre 2001 zur Verfügung stehenden Landesmitteln die höchstmöglichen Bundesförderungsmitel zu den wasserbaulichen Maßnahmen entsprechend den gesetzlichen Regelungen zu erreichen.

Dem Schutz und der Verbesserung der Umwelt, vor allem der Böden, des Grundwassers und der Fließgewässer wurde bei allen, der Hebung der Lebensqualität der Niederösterreichischen Bevölkerung dienenden Maßnahmen wie Hochwasserschutz, Bewässerung und Erosionsschutz, Errichtung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen größtes Augenmerk zugewendet.

Ziele 2002

- Verbesserung und Beschleunigung der Verfahrensabläufe
- Vernetzung der Umweltdatensysteme im Bereich Wasser
- Erhöhung der Gesamteffizienz der Gruppe

Abteilung Wasserrecht und Schifffahrt

Schwerpunkte 2001

Wasserrecht

- Beginn der Umstrukturierung der Abteilung in Zielrichtung insbesondere Bearbeitungsgebiete „Donau“ und „March/Thaya“ entsprechend EU-Wasser Rahmenrichtlinie
- Umstellung der gesamten Aktenevidenz auf das elektronische Kanzleiformationssystem sowie begleitendes Verfahrensmonitoring auf EDV
- Optimierung der Arbeitsabläufe in der Abteilung auf Grund der Ergebnisse der Effizienzüberprüfung
- Mitwirkung in Arbeitskreisen Bund – Länder zur Anpassung des WRG und wasserwirtschaftlich relevanter Bestimmungen in anderen Rechtsmaterien an die EU-Vorgaben – insbesondere an die Wasser Rahmenrichtlinie
- Mitarbeit im Projekt Wasserdatenverbund
- Koordination mit den Wasserrechtsbehörden I. Instanz und den Gewerbebehörden; Beratung in wasserrechtlichen Angelegenheiten
- Wasserrechtsverfahren betreffend Wasserversorgungsanlagen insbesondere hinsichtlich Schutz- und Schongebiete
- Anpassungsverfahren betreffend Abwasserbeseitigungsanlagen (Abwasseremissionsverordnungen), insbesondere von Abwasserverbänden und kommunalen Anlagen, sonstige vom Wasserwirtschaftsfonds geförderte Anlagen
- Abschluss anhängiger Verfahren zur Anpassung von Deponien an die Vorgaben der Deponieverordnung
- Umsetzung der Prioritätenreihung nach dem NÖ Leitfadens bei Verdachtsflächen in den einzelnen Sanierungs-/Sicherungsverfahren

- Umsetzung der systematischen Erfassung von Verdachtsflächen im Traisental und im Marchfeld in den Sanierungs-/Sicherungsverfahren
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Novellierung des Altlastensanierungsgesetzes
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Gewässerbeschau“ und Überprüfung diesbezüglich alter Wasserrechte
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Anlagen zur Gewinnung von Erdwärme“ (WRG-Novelle 2001)
- Mitarbeit am Projekt „Überprüfung von Dämmen“
- Fertigstellung eines Verordnungsentwurfes zur Neugestaltung der Organisation der Gewässeraufsicht
- EDV-mäßige Erfassung der Sondernutzungsverträge im Öffentlichen Wassergut
- EDV-mäßige Erfassung des Wasserbuches – Übernahme in den Wasserdatenverbund
- Überprüfung alter Wasserrechte zum Zweck der Anpassung des Wasserbuches an den aktuellen Stand
- Mitwirkung bei der Österreichisch-Tschechischen und Österreichisch-Slowakischen Grenzgewässerkommission

Schifffahrt

- Vollzug des Schifffahrtsgesetzes, der Schiffszulassungsverordnung, der Schifffahrtsanlagenverordnung, des Seeschifffahrtsgesetzes, der Jachtzulassungsverordnung, der Schiffstechnikverordnung, der Schiffsführerverordnung, einschließlich der dazu erforderlichen Amtssachverständigentätigkeit, auch für andere Behörden, wie UVS, Bezirkshauptmannschaften und Magistrate
- Vollzug der in die Kompetenz des Landeshauptmannes von NÖ fallenden

Angelegenheiten der Wasserstraßen-Verkehrsordnung

- EDV-mäßige Bearbeitung von Schifffahrtsangelegenheiten (insbesondere Schiffsführer, Zulassungen, Ländenkataster)
- Verordnungen betreffend die Schifffahrt auf NÖ Seen und Flüssen inkl. des rechten Ufers der Enns
- Koordination der NÖ Schifffahrtsbehörde mit den Schiffsführerschulen einschließlich der Aus- und Weiterbildung der juristischen und technischen Schiffsführerprüfer
- Überprüfung der Mietboote in NÖ
- Einrichtung von Dienstständen in NÖ
- Präsentation des NÖ Schifffahrtswessens und Information im Rahmen der Tullner Bootsmesse 2001
- Mitwirkung bei Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben, Verordnungen bzw. EU-Vorschriften, die die Schifffahrt bzw. Angelegenheiten von Booten und Schiffen betreffen
- Projektierung, Erprobung und Anwendung von (neuen) EDV-Programmen für die Bootszulassung, Schiffsführerprüfung bzw. Umstellung der Aktenevidenz auf EDV

Ziele 2002

Wasserrecht

- Optimierung der Umstrukturierung der Abteilung im Hinblick auf die Bearbeitungsweise nach Bearbeitungsgebieten entsprechend der Vorgaben der EU-Wasser Rahmenrichtlinie
- Durchführung und Weiterentwicklung des Monitorings zur Feststellung der Verfahrensdauer in wasserrechtlichen Bewilligungs-, Überprüfungs- und Beruungsverfahren

- Mitwirkung in den Arbeitskreisen Bund – Länder zur Anpassung des WRG und anderer wasserwirtschaftlich relevanter Normen an EU-Vorgaben, insbesondere an die Wasserrahmenrichtlinie, sowie diesbezügliche Einrichtung von und Mitarbeit in landesinternen Arbeitsgruppen
- Mitarbeit im Wasserdatenverbund, Erarbeiten konkreter Grundlagen für die Anwendung des Moduls „Verdachtsflächen“, weitere Umsetzung des Rechtsmoduls („Echtbetrieb“)
- Überarbeitung bestehender Schutz- und Schongebietsverordnungen
- Mitarbeit an der Verbesserung der Gewässergüte und der Retentionsräume von Gewässerstrecken (insbesondere Beginn einer systematischen Gewässerbeschau und Abklärung der Verpflichtungen des Grundeigentümers Bund)
- Wahrnehmung von Grundwasserschutz im Bereich potenter Grundwasserkörper (z. B. Mitterndorfer Senke, Marchfeld, Tullnerfeld)
- Überprüfung bewilligter Wasserbenutzungsanlagen (Wasserversorgungsanlagen, Abwasserbeseitigungsanlagen, Nassbaggerungen und Teiche) in Bezug auf ihre Funktion, Auswirkung bzw. Wassergüte
- weitere Überprüfungen und Maßnahmenvorschreibungen für Dämme
- Schaffung finanzierbarer und praktisch vollziehbarer Gesetzesbestimmun-

- gen für die Sicherung und Sanierung von Altlasten
- Weiterführung und Umsetzung der systematischen Verdachtsflächenerfassung im Marchfeld
- Mitarbeit beim Beginn der systematischen Verdachtsflächenerfassung von Altstandorten in NÖ
- Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Bund betreffend eine effektive Abwicklung des Zweckerfolges
- Abschluss der EDV-mäßigen Erfassung der Wasserbuchdaten bei den Behörden I. Instanz auf Grund der WRG-Novelle 1990
- Nacheraufnahme der Sondernutzungsverträge (Datenbank) im Öffentlichen Wassergut
- Mitarbeit im Rahmen der Österreichischen-Tschechischen und Österreichisch-Slowakischen Grenzgewässerkommission – insbesondere auch im Hinblick auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie

Schifffahrt

- Vollzug des Schifffahrtsgesetzes, der Schiffszulassungsverordnung, der Schifffahrtsanlagenverordnung, des Seeschifffahrtsgesetzes, der Jachtzulassungsverordnung, der Schiffstechnikverordnung, der Schiffsführerverordnung einschließlich der dazu erforderlichen Amtssachverständigentätigkeit, auch für andere Behörden, wie UVS, Bezirkshauptmannschaften und Magistrate

- Vollzug der in die Kompetenz des Landeshauptmannes von NÖ fallenden Angelegenheiten der Wasserstraßenverkehrsordnung
- EDV-mäßige Bearbeitung von Schiffsfahrtsangelegenheiten (wie Schiffsführer und Zulassungen)
- EDV-mäßige Erfassung von Schiffsländern (Länderkataster)
- Verordnungen betreffend die Schifffahrt auf NÖ Seen und Flüssen inkl. des rechten Ufers der Enns
- Koordination der NÖ Schifffahrtsbehörde mit den Schiffsführerschulen einschließlich der Aus- und Weiterbildung der juristischen und technischen Schiffsführerprüfer
- Überprüfung der Mietboote in NÖ
- Einrichtung von Dienstländern in NÖ
- Präsentation des NÖ Schifffahrtswesens und Information im Rahmen der Tullner Bootmesse 2002
- Mitwirkung bei Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben, Verordnungen und EU-Vorschriften, die die Schifffahrt bzw. Angelegenheiten von Booten und Schiffen betreffen
- Projektierung, Erprobung und Anwendung von (neuen) EDV-Programmen für die Bootszulassung, Schiffsführerprüfung bzw. Umstellung der Aktenevidenz auf EDV

Abteilung Wasserwirtschaft

Abwassertechnik und Gewässerbiologie

Neben der Haupttätigkeit als Sachverständige und wasserwirtschaftliches Planungsorgan für Abwassertechnik und Gewässerschutz im Rahmen der Verwaltungsverfahren wird in mehreren Fachausschüssen bzw. Arbeitsgruppen des ÖWAV und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft mitgearbeitet bzw. werden diese zum Teil geleitet. Dadurch können die Interessen von Niederösterreich wirksam vertreten werden. Im Rahmen von Projektarbeiten für die wasserwirtschaftliche Planung und für die Grundlagenenerhebung im Zusammenhang mit der ASV-Tätigkeit sind folgende Projekte abgewickelt worden:

Abwasserreinigung mittels nachgeschalteter Pflanzenanlagen

Der Wasserwirtschaftliche Versuch zur Optimierung der weiter gehenden Abwasserreinigung mittels nachgeschalteter

ter Pflanzenanlagen wurde abgeschlossen. Die geordnete Abwasserentsorgung im ländlichen Raum hat sich in den vergangenen Jahren als wesentliche Aufgabe der Kommunalpolitik erwiesen. Viele, vor allem kleinere Gemeinden sind auf der Suche nach volkswirtschaftlich und ökologisch optimalen Lösungen.

Nach einem mehr als sechsjährigen intensiven wissenschaftlichen Untersuchungsprogramm in den Jahren 1995–2000 bei der Pilotkläranlage in Strengberg liegen nun fundierte Ergebnisse der Entwicklung eines innovativen und umweltfreundlichen Reinigungsverfahrens vor. Im Anschluss an eine konventionelle biologische Kläranlage sorgt in Strengberg ein bepflanzter Bodenfilter für die wirksame Nachbehandlung des Abwassers.

Im einer vorliegenden Broschüre sind die wesentlichsten Ergebnisse der umfangreichen Dokumentation zusammengefasst. Ziel ist es auch, den Gemeinden und Planern Grundlagen für die Entscheidungsfindung auf dem Weg zu einer geregelten und naturnahen Abwasserentsorgung mitzugeben.

Kleinkläranlagenberatung

Aus der flächendeckenden Abwasserentsorgungsstudie für NÖ aus dem Jahre 1995 ist ersichtlich, dass auch in Zukunft rund 5,5% der Landesbürger über keine Anschlussmöglichkeit an eine öffentliche Abwasserentsorgungsanlage verfügen werden (Objekte in Streulage, bei denen eine zentrale Entsorgung mit wirtschaftlich vertretbaren Mitteln nicht realisiert werden kann).

Aus wasserwirtschaftlicher Sicht ist es daher wünschenswert, dass eine Intensivierung der Beratungstätigkeit im Themenbereich „Kleinkläranlagen“ erfolgt. In Zusammenarbeit mit „die umweltberatung“ Niederösterreich ist ein Projekt für die Abwasserberatung im ländlichen Raum ins Leben gerufen worden. Dabei werden im Rahmen von Infoabenden regional anstehende Fragen zur Abwasserentsorgung in dezentralen Lagen erörtert und Exkursionen zu bestehenden Kleinkläranlagen organisiert. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit einer individuellen Beratung, welche die Basis für die Systemauswahl bei der bestehenden Vielzahl an Kleinkläranlagen sein soll.

Neben den technischen Informationen werden rechtliche und förderungstechnische Informationen zur Verfügung gestellt.

Durch diese Form der Projektorganisation und Beratung im Bereich der Kleinkläranlagen ist eine objektive und unabhängige Beratung für die Auswahl von Kläranlagen bzw. die Beurteilung von Kläranlagenanbietern im Sinne einer möglichst produktneutralen Bewertung möglich.

2001 war der Projektschwerpunkt der Bereich Öffentlichkeitsarbeit mit Herstellung eines Folders, einer Homepage sowie diversen Presseaussendungen. 2002 soll der Schwerpunkt bei den Einzelberatungen liegen.

Behandlung von Niederschlagswasser

Für die Behandlung von Niederschlagswässern bei Trennsystemen liegt in Österreich keine verbindliche Rechtsnorm bzw. bundeseinheitliche Richtlinie vor. Ein Entwurf einer Abwasseremissionsverordnung für Niederschlagswässer des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wurde im Frühling 2000 einem Begutachtungsverfahren unterzogen und von der überwiegenden Zahl der Länder abgelehnt. Es ist daher davon auszugehen, dass eine Verordnung des Bundesministeriums in absehbarer Zeit nicht erlassen wird.

Unabhängig von der fachlichen Positionierung Niederösterreichs bei der Ausarbeitung der Bundesverordnung besteht landesintern die Notwendigkeit, generelle Lösungsansätze für die Behandlung von Niederschlagswässern bei Trennsystemen zu definieren. Die Fragestellung ist insofern von besonderer Aktualität, da im ländlichen Raum aus volkswirtschaftlichen und wasserwirtschaftlichen Überlegungen meist nur mehr Schmutzwasserkanäle errichtet und die Niederschlagswässer in möglichst kurzem Wege wieder dem natürlichen Abflussgeschehen (Versickerung oder Einleitung in ein Fließgewässer) zugeführt werden. In Abhängigkeit von der qualitativen Beschaffenheit des Niederschlagsabflusses (Dachflächen, öffentliche Verkehrsflächen, betriebliche Verkehrsflächen) müssen im Wasserrechtsverfahren die Einleitungsbedingungen bzw. Behandlungsanforderungen festgelegt werden.

Im Auftrag des Landes NÖ wird von der TU Wien eine Studie durchgeführt, wobei auf die vorher genannten Fragestellungen eingegangen wird. Insbesondere sollen die einzugsgebietscharakteristischen Verunreinigungen von Niederschlagswässern und die Bewertung der Verunreinigung hinsichtlich Auswirkungen auf Oberflächengewässer und Grundwasser dargestellt werden. Auf

Basis dieser Grundlagen sollen dann die Anforderungen an die Emissionsbegrenzungen unter Berücksichtigung von Aufwand und Erfolg festgelegt werden. Abschließend sind unter Berücksichtigung der einschlägigen Literaturdaten, insbesondere der Veröffentlichungen der ATV Deutschland, die Maßnahmen zur Behandlung der verunreinigten Niederschlagswässer gegenüberzustellen und hinsichtlich Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit zu vergleichen. Die Ergebnisse der Studie sollen in Form einer Leitlinie veröffentlicht werden.

Pflanzenkläranlagen in NÖ

In NÖ sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Pflanzenkläranlagen sowohl als biologische Hauptreinigungsstufe als auch als Nachreinigungsstufe im Anschluss an eine technische biologische Kläranlage errichtet worden. Diese Anlagen repräsentieren das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung der Abwasserreinigung mittels bepflanzter Bodenfilter von einem ursprünglich mit erheblichen Risiken behafteten alternativen Verfahren hin zu einer Reinigungsmethode, die dem Stand der Technik im Sinne des Wasserrechtsgesetzes entspricht.

Um den Reinigungserfolg derartiger Anlagen nachhaltig sicherzustellen, ist es notwendig, sowohl bei der Errichtung als auch beim Betrieb auf bestimmte technische Regeln zu achten. Da der Einsatz von Pflanzenkläranlagen vor allem in Streulagen des ländlichen Raumes sehr stark zunimmt, ist eine Broschüre über „Pflanzenkläranlagen in NÖ“ erstellt worden. In dieser Broschüre sind die Funktion und der Einsatz von Pflanzenkläranlagen, die Einsatzbereiche sowie die Reinigungsleistung dargestellt worden. Grundsätzlich ist man auf den allgemeinen Stand der Technik sowie die praktische Umsetzung beim Bau und Betrieb der Pflanzenkläranlagen eingegangen.

Dabei sind sehr detailliert das Anlagenschema, die Form der mechanischen Vorreinigung, das Kriterium der Intervallbeschickung, der Aufbau des Filterbeckens mit den einzelnen Bodenschichten sowie das Beschickungssystem beschrieben. Beim Beschickungssystem ist vor allem die Form der gleichmäßigen Verteilung des Abwassers unter Berücksichtigung der Betriebssicherheit (insbesondere im Winter) beschrieben worden. Zusätzlich sind Tipps für die Inbetriebnahme derartiger Anlagen und die regelmäßige Wartung enthalten.

Auf Basis von typischen Anlagenbeispielen (Hauptreinigung, Nachreinigung, Ausbaugröße) ist eine Vielzahl von Beispielen aus ganz NÖ enthalten. Neben den rein technischen Daten sind auch die Errichtungskosten und Betriebskosten angegeben.

Bemessungsregen für die Dimensionierung von Misch- und Regenwasserkanälen

Bei der Realisierung von Infrastrukturprojekten verfolgen Gemeinden und Verbände als Bauherren, planende Ingenieure und die öffentliche Verwaltung ein gemeinsames Ziel: die Optimierung von Aufwand und Erfolg.

So gilt es auch bei der Dimensionierung von Misch- und Regenwasserkanälen einen zweckmäßigen Kompromiss zwischen Errichtungskosten und Entwässerungskomfort unter Beachtung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu finden. Da die technische Funktionsfähigkeit und die Wirtschaftlichkeit von Kanalisationsnetzen wesentlich vom Ansatz des Bemessungsregens abhängt, ist dieser Eingangsparameter von besonderer Bedeutung.

In NÖ sind die meisten Kanalnetze für den einjährigen Blockregen, dargestellt in einer Regenspendenkarte der Abteilung Hydrologie, ausgelegt worden. Betriebserfahrungen mit bestehenden Netzen bestätigen die Richtigkeit dieses Ansatzes. Seit der Veröffentlichung der ersten Regenspendenkarte vor rund 20 Jahren wurden jedoch die technischen Normen für die Kanalnetzdimensionierung mehrfach modifiziert und die Berücksichtigung des zweijährlichen Regenereignisses für Wohngebiete zum europäischen Standard erhoben, sofern die „zuständigen Stellen“ keine anders lautenden Regelungen treffen. Diese erhöhten generellen Anforderungen an die hydraulische Leistungsfähigkeit von Kanälen sowie die aktuelle Auswertung von Niederschlagsmessungen, welche im Vergleich zur bislang verwendeten Regenspendenkarte regionale Änderungen erkennen lassen, fordern eine Festlegung der zukünftigen Vorgangsweise bei der Dimensionierung von Misch- und Regenwasserkanälen.

In der Broschüre „Bemessungsregen für die Dimensionierung von Misch- und Regenwasserkanälen“ sind zu diesem Thema die rechtlichen Rahmenbedingungen mit Berücksichtigung der Mindestanforderungen nach dem WRG sowie die zivilrechtlichen Aspekte dargelegt worden. Die fachlichen Grundlagen gehen in erster Linie auf die Häufigkeit/Jährlichkeit des Bemessungsregens unter Berücksichtigung der bisherigen Bemessungspraxis in NÖ und der Erfahrungen mit bestehenden Netzen ein. Die Regenspendenverteilung in NÖ mit Darstellung der aktuellen Regenspendenkarte 2001 der Abteilung Hydrologie für den einjährigen Blockregen der Dauer von 15 Minuten ist als Bemessungsbasis enthalten.

Die vorgenannten Grundlagen und Rahmenbedingungen sind in der Broschüre in die Bemessungsempfehlungen für künftige Planungen in NÖ, unterteilt in Neuplanungen und Netzerweiterungen eingeflossen.

Die Broschüre ist für die Gemeinden, aber insbesondere für die Ziviltechniker und planenden Ingenieure als Planungshilfe sowie für die Sachverständigen im Verfahren als Rahmen für den Stand der Technik anzusehen. Dadurch ist eine Verbesserung bei der Qualität der Einreichprojekte und somit eine effiziente Beurteilung und Verfahrensabwicklung im Rahmen der Bewilligungsverfahren möglich.

3 Wasserwirtschaftliches Monitoring der Freilandhaltung von Hausschweinen

Die Freilandhaltung von Hausschweinen kann durch Abschwemmungen von den Weideflächen zur Belastung von Oberflächengewässern und durch die Nährstoffauswaschung zur Belastung von Grundwasser beitragen. Die Auswirkungen der Beweidung auf den Wasserhaushalt hängen hauptsächlich vom Weidemanagement (beispielsweise Ausgestaltung der Umgebung von Ruhe- und Futterplätzen, Viehbesatz, Dauer der Beweidung, Ruheperioden bzw. Nutzung in der normalen Fruchtfolge, Fruchtfolgemaßnahmen, Schlagwechsel) und von den Standortbedingungen (Boden, Grundwasser) ab.

Das Stift Geras führt derzeit einen Feldversuch zur Freilandhaltung von Hausschweinen durch. Der Feldversuch wird in Form eines wasserwirtschaftlichen Monitorings fachlich betreut. Zur Ermittlung von bodenkundlichen und hydrologischen Daten wurde das Bundesamt für Wasserwirtschaft beauftragt.

In einer Erstbeurteilung wurden Flächen mit hochanstehendem Grundwasser oder mit Oberflächenabfluss in nahe liegende Gewässer als nicht geeignet eingestuft. Außerdem wurden Flächen mit geringer Feinbodenüberdeckung als bedingt geeignet eingestuft. Diese Flächen sind für stark frequentierte Gehegeeinrichtungen (z. B. Futterstelle) nicht geeignet.

Weitere Untersuchungen werden im Lauf des Jahres 2002 erfolgen. Das Ziel ist eine möglichst exakte Abbildung der Auswirkungen der Freilandhaltung von Hausschweinen auf Grund- und Oberflächenwasser bei den Standortbedingungen im Waldviertel. Die Ergebnisse des wasserwirtschaftlichen Monitorings sind für das Land NÖ auch im Hinblick auf die zu erwartende weitere Verbreitung dieser artgerechten Tierhaltung von Bedeutung.

Ordnungsgemäße Entsorgung der Abwässer aus Weinbau- und Kellereibetrieben – gezielte Beratung und Öffentlichkeitsarbeit

Abwässer und Produktionsrückstände aus Kellereibetrieben weisen extrem hohe organische Belastungen auf und stellen daher bei unsachgemäßer Ent-

sorgung ein erhebliches Gefährdungspotential für Gewässer dar.

Die überwiegende Mehrheit der Weinbauern geht äußerst sorgsam mit den Abwässern und Rückständen aus dem Weinbau um. Leider gibt es immer noch Betriebe, die mit ihrer Entsorgungsweise die Umwelt beeinträchtigen. So können während der Weinkampagne oftmals Einleitungen von Waschwässern aus der Flaschen- und Fässerreinigung sowie von Gelägern und Trübstoffen in Gewässer festgestellt werden. Auch werden Kläranlagen über ihre Belastungsgrenzen beansprucht.

Anstelle der Durchführung zahlreicher Einzelverfahren wurde bei der Problemlösung gezielt an die Eigenverantwortlichkeit der Winzer appelliert: Durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und regionale Beratungsaktivitäten soll bei den Betroffenen das Verständnis für einen ordnungsgemäßen Umgang mit den Abwässern und Rückständen aus dem Weinbau erreicht und ein langfristiger Erfolg gesichert werden. Es wurden daher diverse Vorträge gehalten und Einzelberatungen durchgeführt. Weiters wurde ein Merkblatt für alle Winzereibetriebe erstellt, in dem die Grundlagen für eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung plakativ dargestellt wurden. Im Rahmen der Indirekt-einleiterfassung der Kläranlagenbetreiber wurde die NÖ Landes-Landwirtschaftskammer bei der Erstellung eines Meldebogens für die Weinbaubetriebe beraten.

Gewässerpolizeiliche Überprüfungen konnten sich auf jene Fälle beschränken, wo die Aufklärungsarbeit nicht den gewünschten Erfolg brachte.

Gewässeraufsicht

Grundwasserreinhaltung – Güteaufsicht

● **Lokale Grundwasserverunreinigungen – Verursachersuche.** Von der Gewässeraufsicht wurden im Jahre 2001 30 Fälle von Grenzwertüberschreitungen bearbeitet.

Je nach Ausmaß der festgestellten Verunreinigungen im Grundwasser, den hydrogeologischen Verhältnissen sowie der Flächennutzung wurde eine – zum Teil recht umfangreiche – Erhebung nach der Ursache der Belastung sowie deren Ausmaß eingeleitet.

Bei Brunnenverunreinigungen mit Mineralölkohlenwasserstoffen wurden wiederholt Fachlabors zur Stoffidentifikation (Diesel, Heizöl usw.) beigezogen, um über Altersbestimmungen Rückschlüsse über den Zeitpunkt des Schadenseignisses und die Zusammensetzung des Schadstoffes zu erhalten. Die Ergebnisse werden im eingeleiteten Behördenverfahren umgesetzt.

● **Gesamtüberprüfung von Wasserversorgungsanlagen mit Schutzgebiet.** 2001 wurden 11 Wasserversorgungsanlagen einer Gesamtüberprüfung unterzogen.

Dieser, seit 1999 in Bearbeitung stehende Tätigkeitsschwerpunkt, umfasst jene Anlagen, die gemäß dem Projekt „Prioritätenreihung für die amtswegige Bearbeitung von Schutz- und Schongebieten in Niederösterreich“ auf Grund qualitativer Probleme im Grundwasser ausgewiesen wurden. Im Zuge dieser Überprüfungen galt es festzustellen, ob die Ursache der Beeinträchtigungen auf bauliche Probleme oder grundwassergefährdende Maßnahmen bzw. Missstände im Nahbereich der Fassungszone zurückzuführen sind.

Die Überprüfung des Kataloges an vorläufig ausgewiesenen Wasserversorgungsanlagen wird 2002 abgeschlossen sein.

Die bisherigen Ergebnisse bestätigen die Weiterführung einer regelmäßigen und flächendeckenden Überprüfung qualitativ beeinträchtigter, prioritärer Wasserversorgungsanlagen und zugehöriger Schutzgebiete.

● **Sonstige Überprüfungen von Wasserversorgungsanlagen.** Im behördlichen Auftrag wurden rd. 30 wasserrechtlich bewilligte Brunnenanlagen überprüft.

● **Überprüfungen von Badegewässern.** Badegewässer (Badestellen an Fließgewässern) wurden auf etwaige Einflüsse durch Abwassereinleitungen überprüft, nachdem bei diesen Stellen bei Untersuchungen durch die Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten bakterielle Belastungen festgestellt worden waren.

● **Feuchtbiotop und Landschaftsteiche.** In behördlichem Auftrag erfolgten 10 Überprüfungen von Feuchtbiotopen und Landschaftsteichen.

Gewässerbegehungen/ Gewässerbeprobungen

Im Auftrag der Wasserrechtsbehörde wurde an der Warmen Fischa und ihren Zubringern im Bereich Bad Fischau-Brunn und Wr. Neustadt eine Gewässerbeschau nach § 135 WRG durchgeführt. Dabei wurden ca. 150 Wasserrechte überprüft, indem die Anlagen begangen und der bauliche Zustand dokumentiert und Mängel aufgezeigt wurden. Auf Grund massiver baulicher Mängel (Fehlen wesentlicher Anlagenteile) wurde der Wasserrechtsbehörde bei einer Vielzahl von Entnahmerechten die Einleitung eines Erlöschensverfahrens vorgeschlagen.

Auf Ersuchen der Abteilung Agrarrecht wurde im Zusammenhang mit Beschwerden des Fischereiausübungsberechtigten eine weitere Gewässerbegehung am Russbach sowie eine Bege-

hung und Online-Messung am Petersbach/Gemeinde Perchtoldsdorf durchgeführt.

Wiederholte Beanstandungen, wonach durch illegale Einleitungen in die Triesing die Wasserqualität der Laxenburger Schlossteiche beeinträchtigt werde, konnten durch umfangreiche Erkundungen inkl. Probenahmen durch die Gewässeraufsicht widerlegt werden.

Fischsterben - Soforteinsätze

Im Juli 2001 kam es zu einer Serie von großräumigen Fischsterben, die auch reges Medieninteresse erweckten.

Die zentrale Gewässeraufsicht führte vor allem im Zusammenhang mit den Fischsterben an der Großen Tulln bei Langenrohr und an der Pielach bei Prinzersdorf umfangreiche Erhebungen durch, deren Ergebnisse der Beweisführung im Behördenverfahren dienten. Dazu mussten zahlreiche Wasserproben aus den Gewässern entnommen werden, aber auch nahe gelegene Kläranlagen in Verbindung mit dem Einsatz automatischer Probenehmer überprüft und beprobt werden.

Als Ursache für diese Fischsterben wurden jeweils die außerordentlichen Witterungsverhältnisse in Verbindung mit gewässerökologischen Defiziten nachgewiesen.

Weitere Soforteinsätze wurden bei Störfällen in kommunalen und betrieblichen Kläranlagen geleistet. Insgesamt kam es zu rd. 30 Soforteinsätzen während der Dienstzeit.

Kontrolle - Hochwasserabflussbereiche

Für die regelmäßige Kontrolle von Hochwasserabflussbereichen gem. § 130 b) WRG wurde ein Kontrollplan erstellt. Dieser wird ab 2002 umgesetzt und sieht die Einbeziehung von Gewässeraufsichtsorganen und Mitarbeitern der Abteilung Wasserbau vor.

Emissionsüberwachung Abwasseranlagen

● **Kommunale Abwasserreinigungsanlagen.** Monatliche Kläranlagenablaufuntersuchungen („Kurzuntersuchungen“): Die Firma Aneclab GmbH wurde für das Jahr 2001 mit der Durchführung der monatlichen Emissionsüberwachung von ca. 350 kommunalen und betrieblichen Kläranlagen beauftragt. Der Probentransport von der Kläranlage zum Labor wurde von einer Botendienstfirma bewerkstelligt. Die Rücklaufquote lag in der Regel über 95%. Die Messergebnisse wurden durch die Gewässeraufsicht systematisch ausgewertet, so dass auf Missstände rasch rea-

giert werden konnte. Die Maßnahmen reichten von telefonischer Kontaktaufnahme bis hin zu Überprüfungen vor Ort mit anschließender Einleitung gewässerpölizeilicher Verfahren.

Auf Grund der Ergebnisse wurden 17 kommunale Kläranlagen im Zusammenhang mit Wartungs- und Betriebsmängeln vor Ort überprüft. Weitere 32 Anlagen wurden den Bezirkshauptmannschaften wegen ungenügender Reinigungsleistung angezeigt, wobei die Überprüfungen dann von den dezentralen Gewässeraufsichtsorganen vorgenommen wurden.

Die Ergebnisse der monatlichen Messwerte wurden regelmäßig an die Kläranlagenbetreiber übermittelt und dienen so der Plausibilitätsprüfung der Eigenüberwachung.

● **Sonstige Kläranlagenüberprüfungen.** Zusätzlich zu den Überprüfungen infolge der Ergebnisse der monatlichen Kläranlagenkurzuntersuchungen mussten weitere 9 kommunale Kläranlagen überprüft werden. Ausgelöst wurden diese Überprüfungen durch akute Störfälle, durch Anzeigen über Gewässerverunreinigungen oder auf Ersuchen der Behörde. Bei 4 Anlagen wurden die Messgeräte der zentralen Gewässeraufsicht installiert und mengenproportionale Probenahmen durchgeführt. Insgesamt erfolgten rd. 70 behördlich beauftragte Erhebungen in abwassertechnischen Belangen.

● **Betriebliche Abwasseranlagen.** Betriebliche Abwasseranlagen wurden im Zusammenhang mit konkreten Anlässen überprüft. Ausgehend von erheblichen Quecksilberbelastungen in kommunalen Klärschlamm wurden in 2 Fällen die Abwässer von Zahnarztpraxen untersucht, wobei in einer Gemeinde auch eine flächendeckende Sielhautuntersuchung zum Auffinden etwaiger zusätzlicher Schwermetallemissionen durchgeführt wurde.

Illegale Einleitungen aus Weinbaubetrieben führten am Fließgewässer Pulkau zu Gewässerverunreinigungen und Betriebsproblemen kommunaler Kläranlagen, wodurch umfangreiche Überprüfungen und Probenahmen durch die Gewässeraufsicht die Folge waren. Die Überprüfungsergebnisse waren Basis für behördliche Vorschriften zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes.

Stauanlagenkontrolle

Um die Aufsicht über Stauanlagen gemäß § 130 WRG landesweit wahrzunehmen, wurde von der Gewässeraufsicht ein Kontrollplan zur Erhebung und wiederkehrenden Überprüfung relevanter (gefahrengeeigneter) Staudämme im Einvernehmen mit der Wasserrechtsbehörde erstellt.

Als Schwerpunkte bei der Umsetzung des Kontrollplanes sind anzuführen:

- Druck und Ausgabe des Staudammleitfadens
- Schulung der Gewässeraufsichtsorgane
- Präsentation des Kontrollplanes am Wasserrechtsreferententag
- Praktische Schulung der Gewässeraufsichtsorgane vor Ort
- Musterverfahren mit Behörden 1. Instanz
- Vorträge bei Tagungen des ÖWAY und der Talsperrenaufsichtsorgane der Länder
- Vergabe von Wasserbuchrecherchen für Bezirke des Waldviertels
- Erstellung eines Berechnungsprogrammes für die Flutwellenabschätzung
- Erstellung der „vorläufigen Prioritätenliste“
- Erstellung einer Staudamm-CD-ROM.

Schwellbetrieb von Wasserkraftanlagen

Nachdem von Wasserberechtigten einiger Wasserkraftanlagen an der Thaya Beschwerde über den Schwellbetrieb von Oberliegern erhoben wurde, wurde von der Gewässeraufsicht an mehreren Messstellen eine kontinuierliche Aufzeichnung der Wasserstände über einen Zeitraum von mehreren Tagen vorgenommen. Dadurch konnte der Verdacht des Schwellbetriebes bestätigt werden.

Konsenslose Ablagerungen und Materialgewinnungsanlagen

● **Konsenslose Ablagerungen.** Insgesamt erfolgten rd. 40 Erhebungen im Auftrag der Behörde.

● **Kontrolle der Abbautiefen von Trockenbaggerungen.** 38 Anlagen, vornehmlich im Bezirk Gänserndorf, wurden im Rahmen des vereinbarten Schwerpunktprogrammes überprüft und vermessen, davon erfolgten bei 12 Anlagen zusätzlich Detailaufnahmen durch die Abteilung Vermessung. Im Auftrag der Behörde wurden 5 Anlagen überprüft.

● **Überprüfung wasserrechtlich bewilligter Nassbaggerungen.** Im Auftrag der Behörde wurden 5 Anlagen überprüft.

● **Überprüfung von Deponien (AWG, MINROG).** Im Auftrag der Behörde wurden 15 Anlagen überprüft.

● **Bergbehördliche Anlagen.** Im Rahmen der Aktivitäten des Schwerpunktprogrammes erfolgten 3 Überprüfungen.

Klärschlammverwertung/ Kompostierung

● **Klärschlammkontrollsiegel.** 2001 wurden 9 Auszeichnungen zum Klärschlammkontrollsiegel vergeben. Vorarbeiten dazu betrafen die Ausschreibung

der Probenahme und Analytik, die Kontrolle der Tätigkeit der eingebundenen Abwasserreinigungsanlagen, Beratungstätigkeit und die Koordination der Klärschlammprobenahmen.

● **Überprüfung landwirtschaftlicher und gewerblicher Kompostanlagen.**

Als Folge der 1999 und 2000 landesweit durchgeführten Erhebung des Klärschlammaufkommens und der festgestellten Entwicklung einer zunehmenden Kompostierung kommunaler Klärschlämme wurden 2001 verstärkt Klärschlamm kompostierende Betriebe überprüft. Insgesamt fanden mehr als 30 Erhebungen statt.

Durch laufende Kontrollen der Verwertungspraxis konnten mehrere Überschreitungen des Bodenschutzgesetzes und des Wasserrechtsgesetzes nachgewiesen werden.

Labortätigkeit, Probenahmen und Analysen

● **Probenumfang.** Von der Gewässeraufsicht wurden mehr als 1.000 Umweltproben entnommen. Nach Vorselektierung der Proben wurden nur jene zur Analyse weitergereicht, welche als repräsentativ oder augenscheinlich auffällig einzustufen waren. Im Jahr 2001 wurden rd. 60 Abwasserproben, rd. 120 Grundwasserproben und rd. 40 Materialproben von Ablagerungen, Deponiematerial oder Bodenverunreinigungen im Labor der Gewässeraufsicht einer chemischen Analyse unterzogen.

Die Ergebnisse der Labortätigkeit dienten in fast allen Fällen der Nachweisführung bei Verdacht auf Konsensüberschreitungen bzw. wasserrechtlicher Missstände, teilweise mussten zusätzlich Befunde akkreditierter Labors für das Behördenverfahren eingeholt werden.

Für die Abt. Hydrologie werden wöchentlich die Gehalte an Schwebstoffen aus Fließgewässerproben analysiert.

● **Analysenumfang.** Im Jahr 2001 wurden insgesamt rd. 2.500 Einzelbestimmungen durchgeführt.

● **Qualitätssicherung.** Zur Sicherung der Qualität der Analyseergebnisse werden regelmäßig interne und externe Kontrollen durchgeführt. Die dezentrale Gewässeraufsicht ist in das Qualitätssicherungssystem integriert. Messgerätekontrollen der dezentralen Gewässeraufsichtsorgane und Weiterbildung im Laborbereich erfolgten an insgesamt 15 Arbeitstagen.

● **Ringversuche.** Im Rahmen der Kläranlagennachbarschaften wurden an insgesamt 10 Informationstagen sog. Ringversuche gemeinsam mit den Klärwärmern durchgeführt.

Mit den dezentralen Gewässeraufsichtsorganen wurden an zwei Koordinierungstagen ebenfalls Ringversuche durchgeführt.

Koordinierungstätigkeit/ Schulungen, Vorträge

Für den Tätigkeitsschwerpunkt „Staudammkontrolle“ wurden die dezentralen Gewässeraufsichtsorgane im Rahmen einer theoretischen Schulung sowie durch viertelsweise durchgeführte Praxistage auf diese Aufgabe vorbereitet.

Weitere Bildungsschwerpunkte betrafen den Bedienstetenschutz, zahlreiche Fachbeiträge im Rahmen der Koordinierungsgespräche, die Erstellung von Mustererhebungsblättern für Erhebungsorgane, die Teilnahme an mehrtägigen Probenahmeseminaren sowie regelmäßige Trainingstage für Laboranalytik.

Altlasten und Verdachtsflächenerfassung

Insgesamt sind derzeit 44 Verdachtsflächen aus NÖ als Altlasten im Altlastenatlas verzeichnet. Damit wurde auch die Voraussetzung für eine Förderung der Sanierung oder Sicherung aus Mitteln des Altlastensanierungsfonds geschaffen.

Durch die verstärkte Inanspruchnahme dieser Mittel (1.067 Mio. S wurden alleine 2001 für NÖ bewilligt) ist im Jahr 2001 ein bedeutender Fortschritt bei der Sanierung oder Sicherung dieser Altlasten gelungen.

Im engen Kontakt mit den zuständigen Behörden, mit der Kommunalkredit Austria AG sowie den Sanierungswilligen können in Summe von den 44 derzeit noch im Altlastenatlas verzeichneten Flächen bis dato bereits 14 Altlasten als saniert oder gesichert betrachtet werden, 4 befinden sich in Sanierung und bei 10 weiteren wurden die Sanierungen/Sicherungen bereits behördlich genehmigt und Förderungsmittel durch die Kommunalkredit AG sichergestellt, so dass im Jahr 2002 mit den Sanierungsarbeiten begonnen werden kann.

Ein Schwerpunkt des Jahres 2001 lag wiederum in der Ausschreibung, Vergabe und Betreuung von ergänzenden Untersuchungen nach § 13 des Altlastensanierungsgesetzes (AISAG). Das Ziel war die verstärkte Mittelinanspruchnahme aus zweckgebundenen Mitteln des Altlastensanierungsfonds, um damit vermehrt Gefährdungsabschätzungen durchzuführen sowie Altlastenausweisungen unter Angabe der Priorität vornehmen zu können.

Mit Stand vom 31. 12. 2001 beträgt der vom BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zugesicherte Finanzrahmen für die Erkundung von Verdachtsflächen wieder über 50 Mio. S. Rund 35 Verdachtsflächen oder Verdachtsflächenkomplexe können mit diesen Mitteln untersucht werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen, die in der Regel über 2 Jahre laufen,

werden auch im Wasserrechtsverfahren verwendet. Dadurch ist es möglich, für den Bereich der Altablagerungen und Altstandorte (Fälle, die vor 1989 entstanden sind) aus zweckgebundenen Mitteln des Altlastensanierungsfonds die dringend notwendigen Erkundungen im Sinne des Gewässerschutzes durchzuführen.

Vorwiegend im Wasserrechtsverfahren wurde gemeinsam mit der Behörde festgelegt, das Vorgehen nach dem „Leitfaden Verdachtsflächen“ fortzusetzen. Die darin festgelegte prioritäre Bearbeitung von Verdachtsflächen nach deren Gefährdungspotential, eine Vorgangsweise, die im Wasserrechtsgesetz bisher keine Deckung fand, stellt bei den begrenzten finanziellen, aber auch personellen Ressourcen eine unabdingbare Notwendigkeit dar.

Das EU-life Projekt „EVAPASSOLD“ zur Evaluation der Erstbewertungen des Gefährdungspotentials von kleinen und mittleren Altablagerungen soll die wissenschaftlichen Grundlagen für eine weitere Vereinfachung in der Abarbeitung dieser Fälle liefern.

Die Finanzierung dieses Projektes mit einem Auftragsvolumen von rund 22 Mio. S erfolgt zu 50% durch die EU, zu 40% durch das BM für Umwelt, Jugend und Familie und zu je 5% durch die Bundesländer NÖ und OÖ. Der Abschluss der 1. Stufe (kleinere Ablagerungen) erfolgte im Sommer 2001. Derzeit laufen die Auswertungen für die zweite Phase.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stellte die Weiterführung der Verdachtsflächenerhebungen inklusive Erstbewertung und deren Meldung an das Umweltbundesamt dar.

Neben den laufenden Verdachtsflächenmeldungen, die einerseits auf Grund von Informationen von Gemeinden, Firmen, Privaten und Amtssachverständigen, andererseits auf Betreiben der Behörde laufend bearbeitet werden, wurde die systematische Verdachtsflächenerkundung für das wasserwirtschaftlich bedeutende Gebiet des Marchfeldes fortgesetzt, das 2002 abgeschlossen werden soll. Hauptbestandteile der Erfassung der Altablagerungen sind die multitemporale Luftbildauswertung inklusive Durchführung einer Erstbewertung, die Vorbereitung zur Verdachtsflächenmeldung sowie EDV-mäßige Einpassung in das Konzept des Wasserdatenverbundes.

Zur Datenverwaltung der in diesem Projekt erhobenen Daten wurde eine leistungsstarke Datenbank und GIS-Applikation erstellt, die dem Bearbeiter die Möglichkeit bietet, alle wesentlichen Daten (auch die lagemäßigen Daten (Lage, Abgrenzung, Grundstücke) online einzusehen und weiter zu bearbeiten.

Die Weiterführung der systematischen Erhebung von Altablagerungen ist entsprechend den finanziellen und perso-

nellen Ressourcen für den Bereich Mitterndorfer Senke, den Raum Schwachat-Mannswörth, das Tullner Feld und andere Gebiete mit bedeutenden Grundwasservorkommen geplant.

Langfristiges Ziel ist es, für alle bedeutenden Grundwasservorkommen einen Überblick über die vorhandenen Altablagerungen zu gewinnen. Mit der Veröffentlichung der Ausschreibung der Altstandortbefassung in den 2 Testbezirken Mödling und Horn, wurde ein weiteres großes Thema der systematischen Verdachtsflächenerfassung in Angriff genommen. Wesentlichstes Ziel dieser Arbeiten ist die lagemäßige Erfassung von alten Industrie- und Gewerbebetrieben, von denen auf Grund ihrer Tätigkeit eine Gefährdung für die Umwelt ausgehen kann. Wie bei allen systematischen Erfassungsprojekten ist auch hier die Priorisierung (Auswahl jener Standorte, für die auf Grund des hohen Gefährdungspotentials weitere Erhebungen vordringlich sind) wesentlicher Bestandteil dieses Projektes. Finanziert wird dieses Vorhaben aus den Mitteln des Altlastensanierungsbeitrages.

Niederösterreich liegt derzeit österreichweit bei der Inanspruchnahme von Mitteln des Altlastensanierungsfonds sowohl bei der Erkundung von Verdachtsflächen als auch bei der Sanierung von Altlasten vor den übrigen Bundesländern.

Deponietechnik und Gewässerschutz

Im Jahre 2001 wurde die Anpassung bestehender Deponien an den Stand der Technik entsprechend den Vorgaben der Deponieverordnung (BGBl. 164/1996) nach dem mehrteiligen Stufenplan in den teilweise noch anhängigen wasserrechtlichen und nunmehr überwiegend in den abfallrechtlichen Verfahren fortgesetzt, wobei das Schwergewicht bei der Überprüfung der Maßnahmenumsetzung lag.

Gemeinsam mit den Betreibern werden auf Grund der laufenden praktischen Erfahrungen zulässige Alternativen gesucht, welche unter Beachtung der Zielvorgaben günstigere Lösungen bieten und die bisher gewonnenen Erkenntnisse einfließen lassen. Die so entstehenden Detaillösungen werden mit den Behörden unter Einbeziehung der Betreibervertretungen in den jeweils erforderlichen rechtlichen Rahmen gegossen. In der Praxis hat sich herausgestellt, dass die „am Papier“ angezeigten Anpassungen oft nicht vollständig richtig oder teilweise gar nicht umgesetzt wurden, so dass im Wege verstärkter örtlicher Beratungen, Überprüfungen und Verhandlungen die tatsächlich fehlenden Maßnahmen festgestellt, erläutert und eingefordert werden mussten.

Die Zahl der Anträge für neue Deponien ist weiter rückläufig, da Alternativen im

Bereich der Verwertung der Abfälle gesucht werden. Um auch bei diesen den Umweltschutz entsprechend zu sichern, ist grundsätzlich ein erhöhter behördlicher Aufwand gegenüber einem Genehmigungsverfahren gegeben, da die Verwertungen meist erst nachträglich bekannt werden und Probleme im Einzelfall auftreten, Ermittlungsverfahren zu finanzieren sind und Gefahrenpotentiale amtlich per Bescheid beseitigt werden müssen. Bei Deponien hingegen ist der Aufwand vorweg beim Betreiber, die gesetzlichen Vorgaben sind sehr streng und mehrfach abgesichert zu erfüllen. Durch die laufende Mitwirkung bei den Gesetzesbegutachtungen wurde getrachtet, mögliche Auswirkungen und Erschwernisse für alle Betroffenen abzuschätzen und praktische Erfahrungen einfließen zu lassen. Neben dem AWG wurden so die Novelle zum Mineralrohstoffgesetz und zum Verwaltungsreformgesetz bearbeitet, Vorschläge zur Grenzwertproblematik in der Deponieverordnung und für eine Novelle des Altlastensanierungsgesetzes erstellt, die Entwürfe zu den Verwertungsgrundsätzen des Bundesabfallwirtschaftsplanes beurteilt, mit dem Recyclingverband ein Entwurf für eine Novelle des Merkblattes für die Verwendung von Böden bearbeitet, an den Grundlagen für eine Überarbeitung der Richtlinie W72 des ÖVGW für Trinkwasserfassungen mitgearbeitet, es wurden die Entwicklungen bei der Behandlung von organischen Abfällen verfolgt (z. B. Richtlinie für MBA, Richtlinie für Komposte, Bundeskompost-VO), und es wurden weitere Hilfen für die Planung und Ausführung von Bodenverbesserungsmaßnahmen geschaffen.

Die bewährte Unterstützung der verschiedenen Behörden auf Ebene der Bezirksverwaltung und des Landeshauptmannes konnte intensiviert und vollständig erfüllt werden.

Die fachgerechte Verwertung und Lagerung von Baurestmassen sowie der geschaffenen Recyclingprodukte wurde weiter in die Beratungstätigkeit integriert, mit dem Ziel, die Zahl der Behördenverfahren durch vorbeugend richtiges Verhalten der Bürger senken zu helfen. Dies konnte allerdings nur dann sinnvoll erfolgen, wenn die Kontaktaufnahme des Bürgers mit der Behörde und dem Fachbereich Deponietechnik vor der Realisierung der Maßnahmen erfolgte.

Die regelmäßige Betreuung der Behördenverfahren und die verfahrensbezogene Beratung der Planer, Antragsteller und Betreiber stellten weiterhin die Hauptschwerpunkte im Arbeitsbereich dar. Dadurch ist es trotz der verschiedenen beteiligten Behörden möglich, unter Beachtung der gesetzlichen und technischen Randbedingungen sowie Berücksichtigung der wasserwirtschaftlichen Besonderheiten einen flächig weitestgehend einheitlichen technischen Beurteilungsstand in NÖ zu sichern.

Wasserbau und Gewässerschutz

Der Fachbereich „Wasserbau und Gewässerschutz“ bearbeitet und beurteilt wasserbauliche Projekte und Maßnahmen bei Wasserversorgungsanlagen, Hochwasserschutz, Wasserkraft- und Stauanlagen, Wasserschutzgebieten, Überschwemmungsgebieten, Ent- und Bewässerungsanlagen, Wärmepumpen, Wassererschließungen, Gerinneregulierungen, Grundwasserhaltungen und als Sonderbereich den Gewässerschutz bei Mineralöllagerungen und wassergefährdenden Stoffen (Wärmepumpen) im Zuge von unterschiedlichsten Behördenverfahren. Die Sachverständigen sind in erster Linie für die Wasserrechtsbehörde tätig. Weitere Behörden, für die die Sachverständigen aktiv sind: UVP-Behörde, Eisenbahnbehörde, Bergbehörde, Schifffahrtsbehörde, Luftfahrtbehörde, Abfallbehörde, Rohrleitungsbehörde und Gewerbebehörde.

Auf Grund der geänderten Rechtslage sind vermehrt zusätzlich Berufungsverfahren zu behandeln.

Große Bedeutung nahmen im abgelaufenen Jahr jene Fragen bei Wasserversorgungen ein, die sich mit Grundwasserqualität, Sanierung und Anpassung an den Stand der Technik und die Anpassung von Wasserschutzgebieten an geänderte Rahmenbedingungen befassten.

Bei Lagerung wassergefährdender Stoffe/Mineralöl war die Anpassung der Beurteilung im Hinblick auf einen verstärkten vorbeugenden Gewässerschutz und die Beratung von Gemeinden und Betrieben ein Schwerpunkt. Die erarbeitete „Richtlinie für die Anwendung von Wärmepumpen“ wird von den Gewerbe- und Wasserrechtsbehörden sowie den Sachverständigen und Fachfirmen generell angewandt.

Die fachliche Bearbeitung von EU-Richtlinien, speziell für Trinkwasser, Grundwasserschutz, gefährliche Stoffe in Oberflächengewässern, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung nahm weiter an Umfang zu. Im Rahmen des Donauschutzabkommens erfolgt als Gewässerschutz-Aufgabe die Umsetzung und laufende fachliche Betreuung des Donau-Alarm-Systems. Als weitere internationale Aufgabe wird die Leitung der bilateralen Kommissionen für Wasserwirtschaft im Rahmen des Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen dem Interessengebiet der Tschechischen Republik sowie der Slowakischen Republik und dem Land Niederösterreich wahrgenommen. Folgende wichtige Projekte wurden im Referat Wasserbau und Gewässerschutz im Jahre 2001 betreut:

- Bestimmung der Nachverkeimung von Trinkwasser – Erarbeitung einer Schnellbestimmungsmethode für die in-

terne Betriebskontrolle in Wasserwerken (Projektbetreuung gemeinsam, mit der Abteilung Umwelthygiene). Das Projekt ist noch in Arbeit.

● **Wasserwirtschaftliches Konzept** für den Thaya-Mühlbach zur Klarlegung der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen für die gemeinsame Nutzung durch Tschechien und Niederösterreich. Das Projekt konnte abgeschlossen werden und ist im Herbst einem größeren Interessentenkreis vorgestellt worden.

● **Chloridbelastung des Grundwassers** durch Auftausalze:

Die Richtlinie 98/83/EG des Rates vom 3. 11.1998 „Über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch“ legt den Indikatorparameter Chlorid mit 250 mg/l fest, wobei das Wasser nicht korrosiv wirken soll. Die Trinkwasserverordnung, BGBl. II 304/2001 vom 21. 8. 2001 hat für Chlorid den Indikatorparameter-Wert mit 200 mg/l festgelegt, gleichfalls mit dem Hinweis, dass das Wasser nicht korrosiv wirken soll.

Weiters wird in der Trinkwasserverordnung ausgeführt, dass bei „Überschreitung die Ursache zu prüfen und festzustellen ist, ob bzw. welche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung einer einwandfreien Wasserqualität erforderlich sind. Natürliche Gehalte sind, auch wenn sie weit unter dem jeweiligen Wert liegen, vor unerwünschten Veränderungen zu schützen.“

Auf Basis dieser Vorgaben und auf Grund des in vielen Gebieten steigenden Chloridgehaltes im Grundwasser wurden von der Abteilung Wasserwirtschaft zwei Studien über die Ursachen und Sanierungsmöglichkeiten bei Chloridbelastungen durchgeführt.

– Chloridbelastung des Grundwassers durch Auftausalze

– Einfluss von Chloriden auf Wassergewinnungsstellen

Ergebnisse aus diesen Arbeiten:

– Hauptverursacher sind der Einsatz von Chlorid für die Einstreihaltung von Straßen und der Einsatz als Düngemittel in der Landwirtschaft.

– Lokal ist auch die Mineralölindustrie als Verursacher anzusehen.

– Wichtig ist im Einzugsgebiet von Trinkwasserversorgungsanlagen die Straßenentwässerung derart zu gestalten, dass keine direkten hydraulischen Kurzschlüsse zwischen den versickernden Straßenwässern und dem in den Brunnen geförderten Wässern eintreten.

Seitens der Abteilung Wasserwirtschaft wurden diese Ergebnisse mit den zuständigen Fachdienststellen der Gruppe Straße erörtert, um Handlungsspielräume zur Minimierung der Einflüsse aus dem winterlichen Straßendienst festzulegen. Auf Grund existierender Vorgaben des Bundes an die Länder wurden die Ergebnisse auch dem BMLFUW mit dem Ersuchen um Akkor-

dierung möglicher Lösungen mit dem für die existierenden Vorgaben zuständigen BMWA mitgeteilt.

● **Festlegung von Überflutungsgrenzen** für ein 30-jährliches und 100-jährliches Hochwasserereignis an der Donau in Niederösterreich. Die Kenntnis des Ausmaßes dieser Hochwasserabflussbereiche ist besonders wichtig für alle Maßnahmen der Wasserwirtschaft, des Hochwasserschutzes sowie der Raum- und Bauordnung. Das Projekt wurde abgeschlossen.

● **Überarbeitung der fachlichen Grundlagen** für die wasserfachliche Bewertung von Erdwärmenutzungsanlagen im Rahmen von behördlichen Bewilligungsverfahren.

Wasserwirtschaftliche Informationssysteme

Die Abteilung Wasserwirtschaft arbeitet an der Erstellung von Wasserwirtschaftlichen Informationssystemen mit dem Ziel, die interdisziplinäre Betrachtung komplexer, wasserwirtschaftlicher Fragestellungen zu ermöglichen bzw. zu erleichtern und damit die Entscheidungsprozesse transparenter zu machen. In enger Zusammenarbeit mit dem Geografischen Informationssystem Niederösterreichs (NÖGIS) werden die vorhandenen Informationen raumbezogen erfasst, verwaltet und ausgewertet. Im Jahr 2001 wurde vor allem am Aufbau des Wasserdatenverbundes Niederösterreich (WDV) gearbeitet. Der WDV ist ein gemeinsames Projekt aller mit dem Thema Wasser befassten Organisationseinheiten der Landesverwaltung. Neben den Abteilungen der Gruppe Wasser (Wasserrecht, Wasserwirtschaft, Wasserbau, Siedlungswasserwirtschaft, Hydrologie) sind auch die Abteilungen Umwelthygiene, Umweltkoordination, Informationstechnologie, NÖGIS, die Gebietsbauämter und die Bezirkshauptmannschaften eingebunden. In diesem integrierten Informationssystem sollen alle Daten aus dem Bereich Wasser verknüpft und allen beteiligten Fachbereichen rasch, einfach, orts- und zeitunabhängig verfügbar gemacht werden. Die Erstellung des Detailkonzeptes ist bereits abgeschlossen und bildet die Basis für die derzeit laufende EDV-technische und organisatorische Umsetzung. Die Realisierung des Gesamtprojektes soll bis Ende 2002 abgeschlossen sein. Der Modul für den Fachbereich Wasserrecht (wasserrechtliche Daten) wird im ersten Quartal 2002 in Betrieb gehen. Bei den Modulen Messstellen (mit Qualitäts- und Quantitätsdaten) und Abwasserentsorgung (technische Daten von Abwasseranlagen) erfolgt die Inbetriebnahme bis Mitte 2002. Erst durch die laufende Datenaktualisierung und mit der damit ver-

bundenen Steigerung der Datenqualität wird der WDV zu einem unverzichtbaren Werkzeug für alle mit Wasser befassten Organisationseinheiten.

Neben der Erstellung des Wasserdatenverbundes war im Jahr 2001 die Betreuung aller Benutzer der Abteilung, die Administration der gesamten Abteilungsinfrastruktur (Hardware-, Software- und Netzwerk), die Koordination des Internetangebotes der Gruppe Wasser und die Umgestaltung des Internet-Layouts für die Abteilung Wasserwirtschaft eine wesentliche Aufgabe. Darüber hinaus wurden die bestehenden Datenbanksysteme (GROGIS, Abwasserdatenbank, Trinkwasserentnahmestellen-Schutzgebietsdatenbank und Verdachtsflächendatenbank) betreut und für die fachlichen Fragestellungen der Mitarbeiter der Abteilung Wasserwirtschaft nach verschiedenen Gesichtspunkten ausgewertet.

Wasserwirtschaftliche Planung

Die Arbeitsschwerpunkte des Wasserwirtschaftlichen Planungsorgans lagen 2001, neben Tätigkeiten im Rahmen von Verwaltungsverfahren sowie Fachauschüssen bzw. -arbeitsgruppen bei den folgenden Themen:

Erhebung, Evidenz und Auswertung wasserwirtschaftlich relevanter Daten

● Wassergüteerhebungsverordnung.

Neben den laufend erforderlichen Arbeiten zur Erhebung, Übernahme, Verwaltung und Übergabe der im Rahmen der WGEV erhobenen Daten wurde 2001 ein Programm zur Datenauswertung über eine Häufigkeitsverteilung erstellt. Dieses Programm erlaubt es, eine Auswertung der Wasserqualitäten in frei wählbaren Bereichen in NÖ vorzunehmen. Um für diese statistische Auswertung eine bessere Ergebnissicherheit zu erzielen, ist es notwendig, die vorhandene Testdatenbank entsprechend auszubauen (für 2002 vorgesehen). Weiters wurde im Rahmen dieses Programmes auch ein Verfahren zur Bewertung von Trendberechnungen erstellt. Diese Programme werden intern zur Datenprüfung und Evaluierung von Handlungsbedarf im Rahmen der Gewässeraufsicht eingesetzt.

Das 2000 erstellte Plausibilitätsprüfprogramm wird bereits routinemäßig bei der Übernahme von Ergebnissen eingesetzt, und eine Zusammenstellung ausgewählter Belastungsdaten wird vierteljährlich an die Gewässeraufsicht weitergeleitet.

Die Erhebungen im Rahmen der WGEV für den Zeitraum 2000/2001 mussten

wegen Beeinträchtigungen im Rahmen des Vergabeverfahrens über eine Vertragsverlängerung der bestehenden Verträge abgewickelt werden. Für den Zeitraum Juli 2001 bis Dezember 2003 konnte die Ausschreibung trotz Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens durch einen Bieter noch rechtzeitig abgeschlossen werden und die Vergabe erfolgen.

2001 wurde in einem Rahmen eines von Bund und Ländern getragenen Projektes eine Pilotstudie für endokrin wirksame Substanzen (Xenohormone) durchgeführt. Die Probenahmen dazu erfolgten im Rahmen der WGEV an ausgewählten Messstellen im Grundwasser und in Fließgewässern. Die Analytik wurde vom UBA durchgeführt.

Im Rahmen der WGEV wird im Zeitraum Juli 2001 bis Juni 2002 erstmals der Benzinzusatzstoff MTBE untersucht.

Ein weiterer Untersuchungsschwerpunkt 2001 betraf das Totalherbizid Glyphosat. Darüber hinaus werden monatlich auch an 36 Oberflächengewässermessstellen Daten zur saprobiologischen sowie chemisch-physikalischen Gewässergütesituation erhoben.

Sämtliche im Rahmen der WGEV erhobenen Daten stehen über eine Datenbank des Umweltbundesamtes auch via Internet öffentlich zur Verfügung.

● **Trinkwasserentnahmestellen- und Schutzgebietsdatenbank Niederösterreich – Evidenzhaltung.**

Inhalte der Datenbank sind alle wasserrechtlich bewilligten Entnahmestellen für den Verwendungszweck Trinkwasser sowie die zugehörigen Schutzgebiete. Für jede Anlage sind Sachdaten und Geometriedaten in der Datenbank enthalten. Die geographische Lage der Anlagen kann mit Arc-View am PC betrachtet werden. Diese Datenbank ist eine wichtige und auch häufig verwendete fachliche Arbeitsgrundlage. Die Grundlage für die laufende Evidenzhaltung bilden die Wasserrechtsbescheide. Die für eine geographische Verortung im GIS erforderlichen Planunterlagen stehen derzeit nur selten in übersichtlicher Form zur Verfügung, so dass für die Erhebung dieser wesentlichen Informationen derzeit häufig aufwändige Nacherhebungen aus den Verfahrensakten erforderlich sind. Der arbeitstechnische Ablauf der Verortung ist auf Grund der EDV-technischen Möglichkeiten derzeit ebenfalls noch relativ aufwändig. Verbesserungen bei der effizienten Evidenz dieser Daten stehen jedoch mit dem NÖ Wasserdatenverbund zur Verfügung.

● **Grundwasser- und Oberflächengewässer-Informationssystem** – Evidenzhaltung und Datenabgleich mit der Trinkwasserentnahmestellen- und Schutzgebietsdatenbank im Hinblick auf das Modul Messstellen des WDV. Die Datenbank verwaltet Qualitätsdaten von Grund- und Oberflächengewässern (Daten der Wassergüteerhebung, von Deponiesonden

und sonstigen Untersuchungsprogrammen). Daten von Trinkwasserversorgungsanlagen werden in einer gesonderten Datenbank der Abt. Umwelthygiene evident geführt. In der Datenbank sind etwa 5.500 Messstellen enthalten. Die Datenbasis bilden die der Abteilung übermittelten Wasseruntersuchungsbefunde. Die Datenbank kann mit dem Geographischen Informationssystem Niederösterreich (NÖGIS) verknüpft werden, um die Lage der Messstellen mit der ÖK 50 (Österreichische Karte im Maßstab 1 : 50.000) als Hintergrundinformation darzustellen.

Die Datenbank fließt künftig als eine wesentliche Datenquelle direkt in das Informationssystem „NÖ Wasserdatenverbund“ ein.

● **Flächendeckende Routineerhebung der saprobiologischen Gewässergüte.**

Von dem über 800 Messstellen umfassenden Messnetz zur laufenden Beobachtung der biologischen Wassergüteeentwicklung in NÖ wurde 2001/2002 die Untersuchung des Teilgebietes „Mostviertel“ (ca. 200 Messstellen) abgeschlossen und die Untersuchung des nächsten Teilgebietes „Weinviertel“ (ca. 200 Messstellen) eingeleitet. Mit dem Vorliegen der Daten aus dem Gebiet Mostviertel stehen erstmals landesweit methodisch vergleichbare und systematisch erhobene Daten zur Beurteilung der biologischen Gewässergüte niederösterreichischer Fließgewässer zur Verfügung.

Zur Sicherstellung der Effektivität der laufenden Evidenz dieser Datenerhebungen wurden auch Arbeiten zur Evaluierung des Einsatzes dieser Daten im Rahmen der Landesverwaltung unternommen. Als wesentliches Ergebnis dieser Überlegungen wird die Ausrichtung der Datenbestände und deren Analyse, soweit bereits bekannt, gem. den Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie vorbereitet.

● **Grundwasser.** Im Rahmen der Beurteilung von Wasseruntersuchungsbefunden von Grundwasserseen (Badegewässer, Sportfischteiche etc.) sind auch die durch den Standort gegebenen regionalen hydrochemischen Rahmenbedingungen zum jeweiligen Grundwasserkörper von Bedeutung.

Durch den Vergleich hydrochemischer Daten von Grundwasserseen mit den im Rahmen der Wassergüteerhebungsverordnung erarbeiteten Daten über die regionale Grundwassergüte sollen erwartbare Entwicklungen bzw. Alterungsprozesse von Grundwasserseen besser beurteilbar werden. An der Konkretisierung möglicher Datenauswertungen und Korrelationen von Grundwassergütedaten im Hinblick auf Entwicklungsprognosen sowie Sanierungsmöglichkeiten bei Grundwasserseen wird derzeit auf Expertenebene gearbeitet. Erste Ergebnisse dazu sind Mitte 2002 zu erwarten.

Erhebung wasserwirtschaftlicher Grundlagen

● **Überarbeitung Grundwassermodell Unteres Traisental.**

Im Zusammenhang mit einem Verfahren zur Herstellung einer gesicherten Mindestwasserführung in der Traisen wurde im Jahre 1998 ein hydraulisches Grundwassermodell zur Simulation der Auswirkungen wasserbaulicher Maßnahmen gem. vorliegendem Gewässerbetreuungs-konzept sowie zur Ermittlung der erforderlichen Dotationswassermenge am Altmannsdorfer Wehr erarbeitet.

Als Ergebnis liegt eine Bilanzierung der Wasserführung der Traisen in mehreren Abschnitten vor. Diese Bilanzierung bildete die Grundlage für die Festlegung einer Restwassermenge von 2 m³/s für die Traisen im Zuge des oben zitierten Verfahrens.

Um die nachhaltige Nutzung des Grundwasservorkommens im Unteren Traisental sowie das öffentliche Interesse an einer ständigen Wasserführung in der Traisen nachhaltig zu sichern, ist es erforderlich, Bewilligungen für Grundwasserentnahmen auf die dem Dotations-szenario zu Grunde liegenden wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abzustimmen.

Dazu ist es notwendig, die maximal zulässige Gesamtkonsensmenge für Entnahmen aus dem Grundwasser für Trink- und Nutzwasserzwecke als „Deckelungsbetrag“ zu ermitteln und festzulegen.

Zur verbesserten Anwendbarkeit der derzeit nur auf regionaler Ebene vorliegenden Modellergebnisse in wasserrechtlichen Einzelverfahren und zur Ermittlung der regional und abschnittsweise max. möglichen Wasserentnahmen („Deckelungsmengen“) werden aktuell ergänzende Arbeiten zur Präzisierung der Aussagen des regionalen Grundwassermodells durchgeführt. In diesem Rahmen werden auch die dem Modell zu Grunde liegenden Konsensentnahmen aktualisiert; dadurch kann auch eine Verbesserung der Genauigkeit der regionalen Aussagen erreicht werden. Erste Ergebnisse sollen mit Ende Jänner 2002, der Endbericht mit Ende Februar 2002 vorliegen.

● **Grundwassermodell Kremser Bucht.**

Die Kremser Bucht im nordwestlichen Tullnerfeld stellt ein wasserwirtschaftlich bedeutsames und intensiv genutztes Grundwasservorkommen dar. Wesentliche Grundwassernutzungen sind die Brunnenanlagen des Wasserwerkes Krems (Schlickendorf) und der evn wasser (Grunddorf, Donaudorf), die sich unmittelbar nördlich und nordöstlich des Kraftwerkes Theiß befinden.

Auf Grund der vorhandenen zusätzlichen Nutzungsinteressen sowie der Notwendigkeit, das bestehende Schongebiet Nördliches Tullnerfeld (LGBI. 6900/52-0 vom 27. 7. 1976) entspre-

chend dem Stand der Technik zu überarbeiten, wurde von der wasserwirtschaftlichen Planung in Kooperation mit den Interessenten Wasserwerke Krems und evn wasser die Erstellung eines in-stationären Grundwassermodells in Auftrag gegeben.

Ziel der Studie ist die Schaffung der erforderlichen Grundlagen zur Beurteilung der verschiedenen zusätzlichen Nutzungsansprüche an das Grundwasservorkommen unter dem Aspekt der nachhaltigen Nutzung des vorhandenen Wasserdargebotes sowie zur Überarbeitung des bestehenden Schongebiets Nördliches Tullnerfeld.

Die Fertigstellung des abschließenden Endberichtes ist für Ende Jänner 2002 geplant.

● **Ausweisung von Grundwassergebieten in NÖ und Prioritätenreihung nach wasserwirtschaftlicher Bedeutung.** Im Jahr 2000 wurde in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Hydrologie eine Überarbeitung der Grundwasser-Gebiete gem. Wassergüterhebungs-Verordnung nach hydrogeologischen Kriterien durchgeführt. Die Grundlage dazu stellte die in Kooperation zwischen der Geologischen Bundesanstalt und der Abt. Wasserwirtschaft erstellte digitale geologischen Karte von NÖ dar.

In einem weiteren Arbeitsschritt wurden im Jahr 2001 diese Gebiete auch unter den Gesichtspunkten der EU-Wasser-rahmenrichtlinie einer wasserwirtschaftlichen Bewertung unterzogen. Diese Bewertung dient als Beurteilungsgrundlage zur Differenzierung nötiger Grundwasserschutzmaßnahmen im Rahmen wasserrechtlicher Verfahren und zur Prioritätensetzung bei der Erarbeitung von wasserwirtschaftlichen Rahmenplänen, Rahmenverfügungen und regionalen Schongebieten.

● **Ökomorphologische Situation der Fließgewässer in NÖ.** Die 1999 in Kooperation mit der Abt. Wasserbau eingeleiteten Erhebungen der ökomorphologischen Situation niederösterreichischer Fließgewässer wurde abgeschlossen. An über 2.000 Flusskilometern wurde die strukturelle Situation ausgewählter Flüsse erhoben und flusstypspezifisch beurteilt. In der Folge wurden die Kartierungsergebnisse ausgewertet und aufbereitet. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse ist für das Frühjahr 2002 geplant.

Die Kartierung erfolgt im Maßstab 1 : 25.000 und wird unter Berücksichtigung flusstypspezifischer Gegebenheiten durchgeführt. Die Ergebnisse werden in einer Datenbank verwaltet und sind mit Hilfe eines Geographischen Informations-Systems auswertbar. Diese Informationen bilden u. a. eine wesentliche Basis für die im Rahmen der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie erforderlichen Gewässerbeurteilungen bzw. dazu erforderliche Hintergrundin-

formationen. Diese Daten werden künftig auch allen mit Gewässern berührten Abteilungen und/oder Planern zur Verfügung stehen.

● **Untersuchung des natürlichen Wasserdargebotes des östlichen Teiles der Nördlichen Kalkalpen (NÖ, OÖ, Stmk, W).** Als Ergänzung zu dem sehr umfangreichen, im Jahr 2000 abgeschlossenen Gesamtprojekt wurde im Jahre 2001 eine technische Projektzusammenfassung erstellt, um die Kerninhalte des Projektes auch einem weiteren Nutzerkreis zugänglich machen zu können.

Die Projektabschlusspräsentation fand im Oktober 2001 in Wien statt. Derzeit wird geprüft, ob aus wasserwirtschaftlicher Sicht weitere Arbeiten zur Beseitigung von Informationslücken im Hinblick auf ein ganzheitliches wasserwirtschaftliches Ressourcenmanagement im Kalkalpenbereich notwendig und mit sinnvollem Aufwand zu bewerkstelligen ist.

● **Definition von „Prototypen für Fischaufstiegshilfen für Cyprinidengewässer“** am Beispiel der Mährischen und Deutschen Thaya sowie an der Thaya von Raabs bis Staatsgrenze bei Drosendorf. Auf diesen, ca. 150 km langen Flussabschnitten bestehen ca. 60 Wehranlagen mit weitgehend einheitlichen Anlagenverhältnissen, welche ein Wanderungshindernis zum Aufstieg für Fische darstellen.

Unter Berücksichtigung des im WRG und der EU-Wasserrahmenrichtlinie vorgesehenen flusstypspezifischen Ansatzes (Leitifischarten, Gewässermorphologie) sollen konkrete Prototypen von Fischaufstiegshilfen erstellt werden. Die Prototypen sollen alle wesentlichen baulichen Merkmale unter Berücksichtigung wasserbaulicher Aspekte (z. B. Eisstoß) enthalten, um auch als konkrete Planungsgrundlage (für interessierte Wasserkraftanlagenbetreiber und Planer) dienen zu können. Weiters sollen Methoden zur Funktionsprüfung sowie Bau- und Betriebsauflagen enthalten sein.

2001 konnten die Projektinhalte konkretisiert werden, 2002 soll dazu eine Auftragserteilung erfolgen.

● **Untersuchung der Abflussverhältnisse an der Leitha bei Nieder- und Mittelwasserführung.** Die Bundeswasserbauverwaltung der Republik Österreich hat gemeinsam mit den Ländern Burgenland und Niederösterreich sowie dem Wasserverband Leitha III die Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Wasserwirtschaft, Hydrologie und konstruktiven Wasserbau mit der Erstellung des Projektes „Untersuchung der Abflussverhältnisse an der Leitha bei Nieder- und Mittelwasserverhältnissen“ beauftragt.

Ziel dieser Untersuchung ist die regionale Bilanzierung im Längsverlauf der Leitha von Haderswörth bis Wimpasing/Wampersdorf und damit eine Ist-

Bestandsaufnahme der hydrologischen Situation der Leitha auf diesem Gewässerabschnitt.

Die Untersuchungen umfassen Vergleichsmessungen der Abflüsse, Abschätzung der regionalen Sohldurchlässigkeiten, Verifikation der Sohldurchlässigkeiten durch Grundwasserbeobachtungen, hydraulische Modellierung der Abflussverhältnisse für Nieder- und Mittelwasser sowie Berichterstattung. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für eine Analyse des gewässerökologischen Entwicklungspotentials sowie für sämtliche wasserwirtschaftlichen Planungen, die die Wechselwirkung der Leitha mit dem begleitenden Grundwasserstrom bzw. das Verhalten der Leitha bei unterschiedlichen Abflüssen berücksichtigen müssen.

Der Endbericht wurde im Dezember 2001 abgenommen.

Vorausschauende wasserwirtschaftliche Planungen

● **Wasserwirtschaftlicher Rahmenplan Traisental.** Die Arbeiten zur Umsetzung der Ergebnisse des 1998 fertiggestellten wasserwirtschaftlichen Rahmenplanes wurden sowohl landesintern als auch gegenüber den Gemeinden weitergeführt.

In Kooperation mit der Abt. Wasserrecht und Schifffahrt konnte ein Konzept zur systematischen Überprüfung und bedarfsorientierten Anpassung bestehender Wasserentnahmerechte im Bereich des Unteren Traisentales vereinbart werden. Erste konkrete Abwicklungsschritte dazu sind bereits terminiert.

In vier Hauptschulen der Region Traisental wurden im Herbst 2001 wasserwirtschaftliche Themen der Region im Rahmen von Projektunterrichtseinheiten bearbeitet. Erste Ergebnisse dieser Schulprojekte werden Ende Jänner 2002 in einer Diskussionsveranstaltung mit allen Bürgermeister der Region präsentiert.

Mit der EVN konnte eine Kooperation im Rahmen der Gestaltung des bestehenden Traisentalradweges zu einem „Themenradweg – Wasser“ vereinbart werden. Es ist geplant, entlang dieses Radweges an dafür geeigneten Stellen „Info-Points“ zu errichten, an denen dem Radwegbenutzer in anschaulicher Weise Informationen zu den Themen „Trinkwasserwirtschaft“, „Hochwasserschutz“, „Gewässerökologie“ und „Wasserkraftnutzung“ an der Traisen geboten werden sollen.

● **Wasserwirtschaftlicher Rahmenplan NÖ zur Nutzung der Wasserkraft mittels Kleinwasserkraftanlagen.** Das Projekt soll die bestehenden Handlungsspielräume zur Wasserkraftnutzung in Niederösterreich sowohl in wasserwirtschaftlicher (unter Wahrung der Ziele des WRG und der EU-Wasserrah-

menrichtlinie) als auch in energiewirtschaftlicher Hinsicht konkretisieren.

● Mitte 2001 wurde das Vergabeverfahren abgeschlossen und November 2001 mit dem Projekt begonnen. Die Fertigstellung ist Ende 2002 vorgesehen. Das Projekt wird von einem Projektteam begleitet, welches sich aus landesinternen und externen Fachleuten aus den Fachbereichen Wasserbau, Gewässerökologie und Energiewirtschaft zusammensetzt.

● **Projekt „Trinkwasserversorgung für NÖ – Phase 1, Strategiekonzept“.** Zur langfristigen Sicherung der Trinkwasserversorgung in Niederösterreich wurde das 1999 begonnene Projekt, ein den Kriterien der nachhaltigen Ressourcensicherung entsprechendes Versorgungskonzept für Niederösterreich zu erstellen, fortgeführt und inhaltlich abgeschlossen. Ergebnis ist einerseits eine nach verschiedenen Regionen Niederösterreichs erfolgte Dokumentation verfügbarer und nutzbarer Wasserressourcen sowie der Wasserversorgungsverhältnisse, deren Zusammenhänge mit demografischen und naturräumlichen Gegebenheiten und andererseits die auf die Regionen bezogenen Hinweise für künftig anzustrebende Strukturen in der kommunalen Wasserversorgung.

Diese Arbeiten bilden die fachliche Grundlage für derzeit sowohl innerhalb des Landes als auch im Zusammenhang mit Anforderungen aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie resultierenden Überlegungen zu Möglichkeiten und sinnvoll anzustrebenden Grenzen einer Privatisierung bzw. marktwirtschaftlichen Verwertung niederösterreichischer Wasserressourcen.

Im Jahr 2002 soll in einer zweiten Projektphase ein Kriterienkatalog als Leitfaden für künftige Planungen von Wasserversorgungsanlagen bzw. -netzen in NÖ erstellt werden. Dieser Kriterienkatalog soll an Hand einiger Modellgemeinden auf Anwendbarkeit getestet werden und auch in die Beurteilung der Förderwürdigkeit notwendiger Investitionen im Rahmen der Siedlungswasserwirtschaft einfließen.

● **Wasserwirtschaftliche Vorranggebiete in NÖ** für die Sicherung der Trinkwasserversorgung aus Porengrundwasserleitern im Hinblick auf Materialentnahmen. Projektziel ist die Sicherung der Trinkwasserversorgung aus den wichtigsten Porengrundwasserleitern Niederösterreichs durch Setzen von Rahmenbedingungen für die Sand- und Kiesgewinnung. Dieses Projekt basiert auf den bereits abgeschlossenen Arbeiten zum wasserwirtschaftlichen Konzept für die Sand- und Kiesgewinnung in den bedeutenden Grundwasserkörpern Niederösterreichs. Es erfolgte weiters die fachliche Abstimmung mit den Ergebnissen aus dem Projekt „Ausweisung von Grundwassergebieten in NÖ und Prioritätenreihung nach wasserwirt-

schaftlicher Bedeutung“ mit Hilfe eines externen Experten.

Im Rahmen dieses Konzeptes wurden die Grundwasserkörper Unteres Ennstal und Südliches Machland, Ybbstal und Ybbser Scheibe, Erlaufthal und Pöchlarn Feld, Pielachtal, Traisental, Marchfeld, Südliches Wiener Becken, Prellenkirchner Flur, Hainburger Pforte sowie Gmünder Bucht/Lainsitzgebiet behandelt.

Zur weiteren Vorbereitung der Umsetzung dieser Planungsarbeiten wurde auch eine Bestandserhebung von Nass- und Trockenbaggerungen in Eignungszonen für die Gewinnung von Sand- und Kies in den wasserwirtschaftlichen Vorranggebieten Niederösterreichs beauftragt. Damit sollen aktuell verfügbare Möglichkeiten der Sand- und Kiesgewinnung erfasst werden, um die Planungsarbeiten auch bedarfsorientiert auslegen zu können.

Die Ergebnisse dieser Arbeiten sollen 2002 umfassend öffentlich kommuniziert werden.

● **Wasserwirtschaftlicher Rahmenplan „Krottenbach“ (Industrieviertel).**

Im durch stark städtisch geprägte Flächennutzungen geprägten Einzugsgebiet des Krottenbaches im Gebiet zwischen den Gemeinden Gießhübl im Westen und Achau im Osten kommt es aktuell wegen des zunehmenden Verlustes an sickerfähigen Flächen zu Problemen bei der geordneten Abfuhr von Regenwässern.

Die aus diesem Grund gemeinsam mit den Gemeinden im Einzugsgebiet des Krottenbaches bereits 1999 begonnenen Koordinierungsgespräche führten 2001 zur Gründung einer ARGE der Gemeinden und den Beschlüssen nahezu aller betroffenen Gemeinden, gemeinsam mit den Fachdienststellen des Landes die erforderlichen Arbeiten zur Konkretisierung von Maßnahmen zur Gewährleistung nachhaltiger wasserwirtschaftlicher Verhältnisse im Zusammenhang mit der Abfuhr von Oberflächenwasser aus dieser Region zu beginnen. Seitens der Abt. Wasserwirtschaft wurden daher in enger Zusammenarbeit mit den Abt. Wasserbau und Hydrologie auch sämtliche Vorarbeiten für die Vergabe der erforderlichen Dienstleistungen abgewickelt. Eine Vergabe dieser Arbeiten ist für Februar 2002 geplant, der Bearbeitungszeitraum für diese Planungsarbeiten ist derzeit bis März 2003 vorgesehen.

Die Ergebnisse dieser Arbeiten sollen den Gemeinden als Grundlage für eine konkrete Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen und eine dazu etwaig erforderliche Verbandsgründung dienen. Die reale Umsetzbarkeit der Planungsergebnisse auf Ebene der Gemeinden steht daher bereits im Rahmen der Ausarbeitung der wasserwirtschaftlichen Lösungsansätze ganz besonders im Vordergrund.

● **Gewässerökologisches Leitbild Große Tulln.** Ohne Verbesserung der ökologischen Rahmenbedingungen an Fließgewässern werden die wasserwirtschaftlichen Probleme nicht zu lösen sein. Das 1999 in Auftrag gegebene gewässerökologische Leitbild für die Große Tulln ist nahezu abgeschlossen. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten dazu waren:

– zahlreiche Berichte in diversen Printmedien über die Abwicklung eines gemeinsamen mit dem BG/BRG Tulln initiierten und durchgeführten Projektes in Teilbereichen der Großen Tulln;

– Präsentation der Ergebnisse aus diesem Schulprojekt durch die Vertreter des BG/BRG Tulln gemeinsam mit der Gruppe Wasser im Stadtsaal in Tulln. Dieses Leitbild dient, wie auch das bereits zuvor fertig gestellte „Gewässerökologisches Leitbild Pulkau“,

– als Planungsgrundlage für zukünftige wasserwirtschaftliche Planungen,

– als Ergänzung zu schutzwasserwirtschaftlichen Planungsarbeiten und

– als Diskussionsgrundlage bzw. Leitfaden für die regionale Entwicklung.

Die hierbei erzielten Ergebnisse sollen zur Festlegung eines mit der Wasserrahmenrichtlinie konformen Sanierungszieles in Abstimmung mit der auf internationaler Ebene diskutierten Vorgangsweise bearbeitet werden. Dazu wurde ein Projekt (Heavily modified waterbodies, Fallbeispiel Grosse Tulln) in Kooperation aller wesentlich betroffenen Fachbereiche der Verwaltung initiiert.

Im Rahmen von Sanierungsüberlegungen für den Unterlauf der Pulkau, konnte die Firma Jungbunzlauer Ges. m. b. H. & Co. KG als Partner für ein gemeinschaftliches Vorgehen im Rahmen notwendiger wasserwirtschaftlicher Planungsarbeiten gewonnen werden. Auf kooperativer Ebene soll ein Sanierungskonzept für die Pulkau erarbeitet und umgesetzt werden. Erste Ergebnisse dazu sind im Frühjahr 2003 zu erwarten.

Verbesserungen für den Verwaltungsvollzug und fachliche Mitarbeit bei der Legistik

● **Technische Überprüfung von Wasserversorgungsanlagen nach § 134 WRG.** Nach § 134 Abs. (1) WRG besteht für Betreiber öffentlicher Wasserversorgungsanlagen und deren Schutzgebiete die gesetzliche Verpflichtung zur regelmäßigen hygienischen und technischen Überprüfung.

Dazu wurde in Kooperation mit der Abt. Wasserrecht und Schifffahrt ein Gesamtkonzept für eine systematische, auf fachliche Prioritäten aufgebaute sowie die in der Verwaltung verfügbaren personellen Ressourcen abgestimmte Umsetzung dieser Verpflichtung zur technischen Überwachung erstellt. Derzeit wird in Kooperation mit fünf Pilotgemein-

den die praktische Umsetzbarkeit der geplanten Vorgangsweise getestet.

Entsprechend dem vorliegenden Umsetzungskonzept sollen die technischen Überprüfungstätigkeiten weitgehend durch Anlagenbetreiber bzw. fachkundige Dienstleister erfolgen. Ziel ist es auch, dass im Rahmen des Vollzuges des § 134 WRG zu diesem Punkt keine gesonderte Befassung von technischen Amtssachverständigen zur fachlichen Beurteilung von Prüfberichten mehr erforderlich wird. Diese Vorgangsweise ermöglicht auch den Anlagenbetreibern jederzeit einen raschen und vollständigen Überblick über die technischen Einrichtungen, Schutzvorkehrungen sowie bestehende Vorschriften. Die vorgeschlagene Vorgangsweise kann wesentlich zu einem verbesserten Qualitätsmanagement im Rahmen von Wasserversorgungsanlagen beitragen und kann auch die Effizienz bei der gem. § 55 WRG erforderlichen „Sammlung wasserwirtschaftlich bedeutsamer Daten“ verbessern.

Nach Abschluss der Pilotphase (April 2002) soll die systematische technische Überprüfung aller öffentlichen Wasserversorgungsanlagen in Niederösterreich in dieser Form beginnen.

● **Wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung für das Tullnerfeld (BGBl. II Nr. 265/2001).** Ziele der Rahmenverfügung Tullnerfeld sind der Schutz des Grundwasservorkommens des Tullnerfeldes vor Beeinträchtigungen durch Kiesentnahmen und die Sicherstellung der derzeitigen und zukünftigen Trinkwasserversorgung.

Im ersten Halbjahr wurde unter Federführung des BMLFUW die Begutachtung abgeschlossen und eine Übergangslösung fixiert. Im Zuge dieses Prozesses wurde die Studie „Bestandserhebung von Nass- und Trockenbaggerungen im Tullnerfeld“ aktualisiert. Im August 2001 konnte die Rahmenverfügung erlassen und somit dieses Projekt, dessen Anfänge in das Jahr 1994 zurückreichen, erfolgreich abgeschlossen werden.

Wasserwirtschaft im Rahmen der EU

● **Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie.** Die EU-Wasserrahmenrichtlinie als grundlegendes europaweites Instrument zur Gestaltung der Wasserwirtschaft in den Mitgliedstaaten ist seit Dezember 2000 in Kraft. Innerösterreichisch ist sowohl eine inhaltliche Konkretisierung als auch eine legislative Umsetzung der in dieser Richtlinie vorgegebenen Ziele und Maßnahmen erforderlich. Ziel dieser Richtlinie ist eine an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit ausgerichtete Gesamtbewirtschaftung von Flusseinzugsgebieten und der dazu erforderliche Schutz aquatischer Lebensräume.

Zur Ausarbeitung eines umfassenden innerösterreichischen Umsetzungskonzeptes wurden Anfang 2001 seitens des BMLFUW fünf Bund-Länder-Arbeitskreise eingerichtet. In diesen Arbeitskreisen werden sämtliche fachlichen Aspekte der quantitativen und qualitativen Bewirtschaftung von Grund- und Oberflächenwässern sowie auch rechtliche und ökonomische Fragestellungen behandelt. Wesentliche erste Teile der für die Mitgliedstaaten verpflichtenden Umsetzung dieser Richtlinie müssen entsprechend den in der Richtlinie enthaltenen Terminvorgaben bereits innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre umgesetzt werden. Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung dieser Richtlinie werden auch maßgebliche Arbeitsschwerpunkte in den kommenden Jahren darstellen.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit der Zielsetzung „Transparenz, Information für den Bürger, Meinungsbildung, Offenlegung unserer Tätigkeit“ wurde Öffentlichkeitsarbeit für den Themenbereich „Wasser“ betrieben.

● NÖ Wasserpreis im Rahmen des bundesweiten Wasserpreises NEPTUN 2001; Fotowettbewerb in NÖ zum Thema Wasser; Preisvergabe am Weltwassertag; LR Plank vergibt erstmals den NÖ Wasserpreis, Kategorie „WasserBilder“; ORF, Printmedien

● Erstellung einer „Wasser-CD-ROM“: Spielerisch-interaktiv werden die großen Wasserthemen präsentiert.

● „wasserniederösterreich“ als Wort-Bildmarke sowie die Internetadresse „www.wasseristleben.at“ prägen sämtliche Aktivitäten und Auftritte zum Thema Wasser.

● Tag der offenen Tür in der Brauerei Wieselburg: Sauberes Wasser – unumgänglicher Rohstoff für die Bierbrauerei

● Teilnahme an einem internationalen Altlastensymposium: „Clarinet“ – Präsentation des Projektes SEAM (Systematische Erfassung von Altablagerungen im Marchfeld) inkl. der dazu entwickelten Datenbanklösung

● Fortsetzung des NÖ Wasserpreises mit der Kategorie „Klärwärter“: Klärwärter, die sich durch besondere Einzelleistungen oder durch einen jahrelang optimalen Betrieb ihrer Kläranlage besonders hervorheben, wurden im Zuge dieses Wettbewerbes beurteilt; Verleihung des NÖ-Wasserpreises durch LR Plank

● Kampagne zum Thema „Weinabwasser“ in der Zeitschrift „Der Winzer“. Versand des „Wein-Abwasser-Merkblattes“ an ca. 12.000 Winzereibetriebe in NÖ; Schreiben an jene ausgewählten Gemeinden in NÖ, die bekannterweise massive Probleme mit Abwässern aus Kellereibetrieben während der Lese haben (inkl. Merkblatt zur Verteilung in der Gemeinde)

Abteilung Wasserbau

Tätigkeiten und Schwerpunkte 2001

Der Arbeitsumfang der Abteilung Wasserbau umfasst vor allem jene Maßnahmen, die auf einen möglichst wirtschaftlichen Hochwasserschutz für Wohn-, Siedlungs- und Industriegebiete unseres Bundeslandes hinzielen. Er beginnt bei der Bearbeitung diesbezüglicher Ansuchen von Gemeinden, Körperschaften usw. und schließt die Planung sowie die Überwachung der von Zivilingenieuren durchgeführten Planungen, die Erwirkung der behördlichen und fi-

nanziellen Genehmigungen, die Ausschreibung, die Bauleitung und die Bauaufsicht oder die Baudurchführung in Eigenregie ein. Weitere umfangreiche Aufgabengebiete sind die Wahrnehmung der Interessen der Schutzwasserwirtschaft in baubehördlichen, gewerbebehördlichen und wasserrechtlichen Verfahren, die Unterstützung der Wasserverbände bei ihren Instandhaltungsaufgaben, die Tätigkeit als Gewässer-aufsichtsorgan und im übertragenen Wirkungsbereich – als Bundeswasserbauverwaltung – die Mitwirkung bei der Verwaltung des Öffentlichen Wassergu-

tes sowie die Vertretung der Republik Österreich bei Maßnahmen an Bundesflüssen und Grenzgewässern.

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt im Rahmen der Abteilung Wasserbau in den nachstehenden Fachbereichen:

- Bundes- und Interessentengewässer
- Angelegenheiten der Wildbach- und Lawinenverbauung
- Wasserverbände
- Donau, March und schiffbare Strecke der Thaya
- Grenzgewässer
- Wiener Neustädter Kanal
- Talsperrenaufsicht

- Flussbauhof Plosdorf
- Kulturtechnischer Wasserbau – Bewässerung
- Schaffung von Feuchtbiosphären im Rahmen des NÖ Landschaftsfonds sowie der AGENDA 2000

Entsprechend dem gesteigerten Schutzbewusstsein der Landesbürger werden vermehrt Anträge auf technische Unterstützung und finanzielle Förderung bezüglich Planung und Bau durchführung vorbeugender schutzwasserwirtschaftlicher Maßnahmen an die NÖ Landesregierung gerichtet.

Schon im Zuge dieser Entwicklung wurden seitens der Abteilung Wasserbau wiederholt Forderungen auf Erhöhung der von ihr verwalteten Budgetmittel gestellt, denen auf Grund gespannter Budgetsituation nicht entsprochen werden konnte.

Mit der im Jahr 2001 vorgesehenen Bereitstellung an Landesmitteln für Maßnahmen an Interessentengewässern konnte nur insofern das Auslangen gefunden werden, dass neben der verzögerten Realisierung der laufend durchzuführenden Instandsetzungsarbeiten die Ausarbeitung diverser Gefahrenzonenpläne an den Gewässern Niederösterreichs nicht im erforderlichen Ausmaß in Auftrag gegeben werden konnte und sogar dringliche Hochwasserschutzanlagen der Gemeinden und Verbände nach Priorität in künftige Jahre verlagert oder zur Gänze aufgeschoben werden müssen. Von den Gemeinden wurde die schnellere Verwirklichung von Hochwasserschutzanlagen verlangt. Um diesen gestellten und ständig steigenden Anforderungen zu entsprechen, wird eine Erhöhung der Budgetmittel in künftigen Jahren unerlässlich sein.

Das Schwerpunktthema der Abteilung Wasserbau im Jahre 2001 und in den Folgejahren zielt in Richtung Ausbau eines funktionierenden Hochwasserschutzsystems für Donauanrainergemeinden.

Die Bauarbeiten des Bauvorhabens „Donau HW-Schutz Tullnerfeld-Nord“ wurden im 1. Bauabschnitt im Bereich St. Johann bis zum Krampugraben und im 2. Bauabschnitt vom Krampugraben bis Tulln begonnen. Im 2. Bauabschnitt wird der Hochwasserschutz gemeinsam mit dem vierspurigen Ausbau der B 304 realisiert. Koordinierungsgespräche mit der Straßenbauverwaltung finden laufend statt. Auf Grund der Witterung konnten die Dammschüttungen in beiden Bauabschnitten im Wesentlichen abgeschlossen werden.

Das Vorhaben „Kronsegg Dammsanierung“ wurde weitergeführt, und zwar konnte der Einbau der Schlitzwand abgeschlossen werden. Die Stahlbauarbeiten und die elektrotechnische Ausrüstung wurden an die Bestbieter vergeben. Die Gesamtbaukosten betragen mit Stand Oktober 2001 54,0 Mio. S, d. s. € 3.924.333,-.

Ebenfalls dürfen nachstehend angeführte, von der Abteilung Wasserbau betreute, in Durchführung stehende, vorbeugende schutzwasserbauliche Maßnahmen als „Schwerpunkte 2001“ nicht unerwähnt bleiben:

Gesamtbaukosten	Mio. S	Mio. €
Bundesflüsse:		
LAX EWR Kaiserabl. Umbau	44,0	3,198
Leitha Katzelsdorf HW-RHB	123,5	8,975
Traisen Lilienfeld	37,0	2,689
Traisen Harland SST 40 HWS	20,0	1,453
Traisen Wilhelmsburg HWS 2. BA	7,7	0,560
Ybbs, Hohe Brücke	16,0	1,163
Interessentengewässer:		
Ponholzbach Tiefenbach HW-RHB	67,2	4,884
Schwechat Laxenburg HW-Schutz	19,6	1,424
Donau Tullnerfeld/Nord HWS 1. BA	113,0	8,212
Donau Tullnerfeld/Nord HWS 2. BA	92,2	6,700
Kronsegg Langenlois RHB	54,0	3,924
Halterbach Oberbergern REG. + RHB	14,2	1,032
Perschling Böheimkirchen RHB	15,3	1,112
Ahrenberg RH-Maßnahmen	10,5	0,763
Gschirmb. Ortsstrecke Reg. 1. BA	5,0	0,363
Sierning Bischofstetten Reg/2	9,2	0,669
Martinsbach St.Martin RHB	7,3	0,531
Großmugl Steinabrunn RH-Maßn.	5,0	0,363
Retz Obernall RHB	7,8	0,567
Triesting Leobersdorf Sohlr.	4,0	0,291

Ziele 2002

Wenngleich alle Planungen von den örtlichen Gegebenheiten her unterschiedliche Parameter aufweisen, sind doch die Zielvorgaben, die in einer umweltbewussten Zeit an ein Projekt des Schutzwasserbaues und an die Konsequenzen der in die Natur umgesetzten Planungen gestellt werden, immer dieselben. Diese Zielvorgaben können wie folgt formuliert werden:

- Ausgleich zwischen extremen Hochwasser- und Niederwasserabflüssen durch Schaffung von Speicherräumen zwecks optimaler Nutzung des verfügbaren Wassers

- Vermeidung von Maßnahmen, die den Wasser- und Geschiebefluss unnötig intensivieren

- Klare Abgrenzung der Abfluss- und Gefährdungsräume der Gewässer von den Intensivzonen der Besiedlung, der Wirtschaft und des Verkehrs. Schutz der Intensivzonen vor vermeidbaren Wasserverheerungen

- Anpassung der Bewirtschaftung gewässernaher Zonen an die Möglichkeit exzessiver Abflüsse unter Berücksichtigung der Widerstandskraft und Schadensanfälligkeit der Bewirtschaftungsformen

- Anwendung naturnaher, landschaftsgerechter und wirtschaftlicher Bauformen zur Erreichung einer möglichst großen Schutzwirkung mit möglichst kleinen Eingriffen in das natürliche Geschehen

- Vorbeugende Ordnung des Gewässernetzes anstelle nachträglicher Schadensbehebung

Diese Zielvorstellungen sind eng mit denen der Raumordnung verknüpft. Die Erstellung von Grundsatzkonzepten und Gefahrenzonenplänen sowie die Einbindung der daraus resultierenden Ergebnisse in die Flächenwidmungspläne der Gemeinden wäre verstärkt durchzuführen und durch Berücksichtigung im Budget zu ermöglichen. Für Siedlungen und Wirtschaftsanlagen wird im Allgemeinen die Gewährleistung eines Schutzes bis zu Hochwasserereignissen mit hundertjähriger Häufigkeit anzustreben sein. Hochwasserschutzmaßnahmen werden sich daher ausschließlich auf Siedlungsgebiete erstrecken.

In jedem Einzelfall wird zu prüfen sein, ob der Hochwasserschutz durch Hochwasserrückhalteanlagen anstelle von linearen Maßnahmen zu erreichen ist. Der Erhaltung und Instandhaltung sowohl von regulierten als auch von natürlichen Gewässern wird weiterhin verstärkte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Im Rahmen der Erhaltungsarbeiten sind Maßnahmen zur besseren Einbindung von alten Regulierungen in die Landschaft vorgesehen.

Statistik 2001 und Detailbeschreibung

Bundes- und Interessentengewässer

2001 standen rund 255 Bauvorhaben in Durchführung, und zwar an Interessentengewässern rund 195, an den Bundesflüssen rund 60 Bauvorhaben. Im Zuge der Erhaltungsarbeiten und neu geschaffener Hochwasserschutzanlagen wurden eingesetzt:

	Mio. S	Mio. €
Bundesmittle für Bauarbeiten	192,4	13,982
davon für Maßnahmen an		
Bundesflüssen	71,4	5,189
Interessentengewässern	121,0	8,793
Mittel des Landes NÖ für den Schutzwasserbau	61,6	4,477
Bauvolumen (einschließlich Interessentenbeiträge)	ca. 301,5	21,911

Angelegenheiten der Wildbach- und Lawinerverbauung

Im Jahr 2001 wurden Landesmittel in Höhe von S 14,332.000,- (€ 1,041.547,-) bereitgestellt. Der 15–17%-ige Landesbeitrag bewegt sich im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbetrages des Landes und löste ein Bauvolumen von S 81,728.755,- (€ 5,939.460,20)

im Bereich der Wildbach- und Lawinerverbauung aus. Die Arbeitsschwerpunkte liegen in den Unwettergebieten des Jahres 1999, der Buckligen Welt und dem Raum Scheibbs.

Arbeitsschwerpunkte waren die folgenden Baustellen:

	Mio. S	€
Gaming/Bezirk Scheibbs, Lackenbach	7,000	508.709,84
Walpersbach und Bromberg/Bezirk Wr. Neustadt, Klingenfurtherbach	6,900	501.442,56
Katzelsdorf/Bezirk Wr. Neustadt, Eichbüchelgraben	5,740	417.142,07
Krems/Bezirk Krems, Brunngraben	5,150	374.265,10
Aggsbach-Dorf und Rossatz/Bezirk Melk und Krems, Gerichtsraben/Dirnleiten	5,000	363.364,17
Hohenberg/Bezirk Lilienfeld, Kühgraben	4,200	305.225,90
Göstling a. d. Ybbs/Bezirk Scheibbs, Ölgraben	4,200	305.225,90
Warth/Bez. Neunkirchen, Zottelhofgraben	4,120	299.412,08

Insgesamt wurden im Jahre 2001 65 Baufelder in Niederösterreich betreut, davon konnten 43 auf absehbare Zeit abgeschlossen werden. Zusätzlich sind in 82 Einzugsgebieten durch den Forsttechnischen Dienst Maßnahmen im Rahmen des Betreuungsdienstes gesetzt worden.

Neben der Planungs- und Bautätigkeit ist die Gefahrenzonenplanung ein Hauptaufgabengebiet des Forsttechnischen Dienstes. Im Jahre 2001 wurden insgesamt 5 Gefahrenzonenpläne kommissionell überprüft und vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft genehmigt.

Wasserverbände

70 Wasserverbände führten im Jahre 2001 satzungsgemäß Erhaltungsarbeiten an Bächen und Flüssen durch. Bei 15 Verbänden ist das Land Niederösterreich Mitglied und hat hierfür Pflichtaufgaben in Höhe von 6,0 Mio. S (0,436 Mio. €) bereitgestellt. Die übrigen 55 Wasserverbände erhalten je nach Bedürftigkeit alternierend Subventionen des Landes NÖ.

Im Rahmen der Wasserverbände Pulkau, Zaya Mistelbach-Laa, Mottschüttelbach und Rußbach Oberlauf wurden im Rahmen der Agenda 2000 Rückbauprojekte weitergeführt und insgesamt S 3.300.000,- (€ 239.820,-) zur Verfügung gestellt. Mit dem 10%-igen Interessentenbeitrag der Wasserverbände

stand somit ein Investitionsvolumen von S 3.667.000,- (€ 266.491,-) zur Verfügung. Im Einzelnen wurde ein Pulkaumäander in Seefeld Kadolz sowie ein Retentionsraum mit 2,4 ha am Seegraben in Seefeld Kadolz, Retentionsräume an der Zaya in Paasdorf und Wenzersdorf und der revitalisierte Stronsdorfergraben unterhalb von Stronsdorf fertig gestellt. Am Rußbach wurde die Planung für 3 Retentionsräume in der Gemeinde Ulrichskirchen-Schleinbach abgeschlossen.

Donau, March und schiffbare Strecke der Thaya

An der niederösterreichischen Donau traten im Jahre 2001 keine wesentlichen Hochwasserspitzen auf. An der March wurde im Jahr 2001 kein nennenswertes Hochwasserereignis registriert.

Die Tätigkeit der Donauhochwasserschutz-Konkurrenz (DHK) ist durch das Bundesgesetz über die Bildung einer Donauhochwasserschutz-Konkurrenz, BGBl. Nr. 371/1927 in der geltenden Fassung BGBl. Nr. 95/1934, bzw. gleich lautende Landesgesetze umrissen und erstreckt sich auf die Erhaltung der auf Grund der seinerzeitigen Donauregulierungsgesetze ausgeführten Schutz- und Dammbauten im Bereich von Krems bis zur Landesgrenze bei Hainburg, auf die Erhaltung, den Betrieb und die Verwaltung der damit zusammenhängenden Anlagen und Grundflächen und auf die Dammverteidigung im Hochwasserfall. Partner der DHK sind der Bund und die Bundesländer Niederösterreich und Wien.

Geschäftsführende Stelle ist die Wasserstraßendirektion. Die Tätigkeit der DHK im Bereich des Bundeslandes Niederösterreich betrifft:

- Sanierung des Marchfeldschutzdammes zwischen Stopfenreuth und Markthof, wobei die Berechnung der Wasserspiegellagen der Donau und March und bodenphysikalische Untersuchungen notwendig werden

- Laufende Erhaltung der Hochwasserschutzanlagen im Bereich Krems – Hainburg

- Sanierung des Stempfelbachsieles, die Planung wurde abgeschlossen, nach Vorliegen der Ausschreibung und der Vergabe ist mit dem Beginn der Bauarbeiten im Jahre 2002 zu rechnen. Die Zielvorgaben in der DHK waren durch den Haushaltsplan der DHK für 2001, der vom Ausschuss der DHK beschlossen worden ist, gegeben. Für den Bereich der Donau kann als generelle Zielvorgabe die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Niederösterreichs bei allen Bauvorhaben und geplanten Maßnahmen, die an der oder in der Donau durchgeführt werden sollen, genannt werden.

Für Betriebsabgänge der Rollfähren an der Donau werden Landesbeihilfen gewährt. Von den Marktgemeinden Weißenkirchen und Spitz wurden Anträge um Gewährung einer Beihilfe für den Rollfährenbetrieb vorgelegt. Durch die Förderung von Rollfähren, die von Gemeinden betrieben werden, sollen diese in die Lage versetzt werden, den für die Nahkommunikation und den Fremdenverkehr überaus wichtigen Rollfährenbetrieb trotz durchwegs defizitärer Gebarung aufrecht zu erhalten.

Die Tätigkeit bei der March und schiffbaren Strecke der Thaya besteht in der technischen Betreuung des Marchschutzdamm-Wasserverbandes Marchegg-Zwerndorf sowie des March-Thaya-Wasserverbandes Angern-Bernhardsthal. Damit ist eine entscheidende Mitwirkung bei der Verbandsarbeit durch die Vertreter des Landes gegeben. Zu den Dammerhaltungsarbeiten leistet der Bund (Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie) einen 90%-igen Beitrag in Höhe von S 2.538.000,- (€ 184.444,-).

Grenzwässer

Aufgabe bei den Grenzwässern ist es, eine geordnete Wasserwirtschaft in den Grenzräumen im Sinne des Hochwasserschutzes, der Regulierung des Bodenwasserhaushaltes und der Wasserversorgung von Siedlungen und Industrie sicherzustellen. Weiters sind der Charakter und die Erkenntlichkeit der nassen, festen Staatsgrenze zu erhalten. Die Grenzkommision hat die Tätigkeit mit Tschechien und der Slowakei weitergeführt.

Die Aufgaben in den genannten Kommissionen werden unter Wahrung der Interessen des Landes Niederösterreich von Vertretern der Abteilung Wasserbau ausgeführt, die als Kommissionsmitglied bzw. als Experten an Besprechungen und Tagungen teilnehmen.

Einen Schwerpunkt dieser Tätigkeit stellt die jährliche Tagung der Österreichisch-Tschechischen und Österreichisch-Slowakischen Grenzwässerkommission (GGK) dar. Im Rahmen dieser Tagungen wurde über die im abgelaufenen Jahr erbrachte Tätigkeit berichtet und das für das laufende Jahr erforderliche Arbeitsprogramm erstellt.

Die 9. Tagung der Österreichisch-Tschechischen Grenzwässerkommission fand in der Zeit vom 28. Mai–1. Juni 2001 in Wien statt. Dabei wurden unter anderem die zwischenstaatlichen Kollaudierungen und Abrechnungen der Maßnahme „Verwaltung, Betrieb und Erhaltung des Gurwitzer-Wehres und des Thaya-Mühlbaches“, die Abrechnung der „Funkwarnanlage Talsperre Vranov-Hardegg“ für das Jahr 2000 und andere wasserbaulicher Maßnahmen genehmigt.

In der Zeit vom 14.–22. Mai 2001 fand die 9. Tagung der Österreichisch-Slowakischen Grenzgewässerkommission in Wien statt.

Der Umfang der Tätigkeit dieser Kommission ist nunmehr auf die March und Donau beschränkt. Durch den Bau der Anlage Nové Mlýny an der Thaya auf tschechischem Gebiet sind wesentliche Auswirkungen der Wasserführung der March eingetreten, so dass dieses Problem trilateral behandelt wird.

Vom 25.–29. Juni 2001 fand in Cesky Krumlov die 9. Tagung der Österreichisch-Tschechischen Grenzkommision statt. Im Rahmen der jährlich im Herbst abgehaltenen Grenzbesichtigung werden zukünftig Tagesordnungspunkte, die im Rahmen der Tagung nicht besprochen werden konnten, behandelt.

Die 7. Tagung der Österreichisch-Slowakischen Grenzkommision fand in der Zeit vom 19.–23. November 2001 in Wien statt.

Wiener Neustädter Kanal

Die Tätigkeit dieses Fachbereiches umfasst die Durchführung und Überwachung der Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten des im Eigentum des Landes Niederösterreich stehenden Wiener Neustädter Kanals.

Die Verwaltung des Wiener Neustädter Kanals wird von der Abteilung Wasserbau in technischer Hinsicht und hinsichtlich finanzieller Belange auch unter Mitwirkung der Abteilung Finanzen, Landesbuchhaltung 3, durchgeführt.

Die Erhaltung der rd. 36 Kilometer langen Kanalstrecke bis zum Haidbachauslass (der Abschnitt vom Haidbachauslass bis zur Mündung des Wiener Neustädter Kanals in den Mödlingbach gehört ECO-Plus, Wiener Neudorf) und des sieben Kilometer langen Katzelsdorfer Zuleitungsgertes einschließlich der 38 Schleusen und 7 Kanalbrücken (Querungsobjekte mit Bächen und Flüssen) wurde von zwei Kanalwärtern mit Unterstützung von Eigenregiebautrupps der Wasserbauverwaltung durchgeführt.

Neben der normalen ganzjährigen Erhaltungstätigkeit (Ziehen des Schlammgrases, maschinelles und händisches Mähen der Kanalböschungen, Turbinendienst, Streckenkontrolle, Erhaltungsarbeiten am Katzelsdorfer Zuleitungsgerte) bildete die Hauptabkehr vom 15.–22. September 2001 einen Arbeitsschwerpunkt.

Im Einzelnen wären im Jahre 2001 folgende Arbeiten hervorzuheben:

- Räumungsarbeiten in Wiener Neustadt mit Baggereinsatz vom Kanalumfang punktuell bis zur Tritolbrücke (Eggendorf) und punktuell im Gemeindebereich von Guntramsdorf.
- Mit der Sanierung des Schwechatgrotes (Kanalbrücke über die Schwechat)

wurde im Vorjahr die Firma Kolp GmbH, Enzesfeld beauftragt. Vorbereitende Arbeiten für die Erneuerung der Tragkonstruktion wurden durchgeführt.

- Im Bereich der Schleusenammer Nr. 36 wurden Abdichtungsarbeiten im Übergangsbereich zwischen Kanalbrücke über die Piesting und der Schleusenammer durchgeführt.

- Sanierung der einsturzgefährdeten Schleusenammer Nr. 25 in Kottlingbrunn.

- Bei der Turbine 2 (Schleusenammer 32) wurde die bestehende automatische Rechenreinigungsanlage modernisiert. Sehr aufwändig sind die bei der Kanalabkehr anfallenden Sperrmüllräumungen. Der Sperrmüll wird von Kanalrainern in das Gewässer eingebracht und muss entfernt, sortiert und entsorgt werden.

Zusätzlich wurde im Oktober 2001 (1.–5. 10. 2001) eine Abkehr des Katzelsdorfer Mühlabaches und des Katzelsdorfer Zuleitungsgertes durchgeführt. Bei dieser Abkehr erfolgte eine Sanierung der desolaten Uferauskleidung des Katzelsdorfer Zuleitungsgertes in Katzelsdorf etwa von der Pegelstation bei der Haltestelle Katzelsdorf auf eine Länge von ca. 130 lfm (beidseitig) gerinneabwärts.

Probleme verursachen wie schon in den Vorjahren die in den Jahren 1936/37 errichteten sieben Kleinkraftwerke, wo immer wieder Reparaturarbeiten anfallen. Die Stromproduktion 2001 betrug wegen der anhaltenden Niederwassersituation bei den Zuflüssen der Speisungsgerte im Sommer und im Frühjahr nur rd. 650.000 Kilowattstunden. Im Jahre 2001 wurden auch die Bauarbeiten für den geplanten Thermenradweg (Eurovelo 9) fortgesetzt. Dieser Radweg soll in Verlängerung des bestehenden Weitradwanderweges Laxenburg-Kottlingbrunn letztlich entlang des Wiener Neustädter Kanals bis Wiener Neustadt führen.

Die für die Erhaltung des Wiener Neustädter Kanals derzeit bereitgestellten Landesmittel sind gerade ausreichend, um die notwendigsten Instandhaltungsarbeiten an den Kanalanlagen durchführen zu können. Darüber hinaus wird für notwendig erachtet, durch laufende Instandsetzungsprogramme und deren entsprechende Dotierung die Voraussetzung für die ordnungsgemäße Erhaltung der Anlagen des Kanals (Schleusen, Haltungen, Kanalbrücken, Kleinkraftwerke) zu schaffen.

Talsperrenaufsicht

Die Überwachung erstreckt sich auf folgende Anlagen:

- Talsperre Ottenstein (EVN/Kamp)
- Talsperre Dobra (EVN/Kamp)
- Talsperre Thurnberg (EVN/Kamp)
- Talsperre Erlaufklause (EVN/Große Erlauf)

- Staudamm Wolfsgraben (Stadt Wien/Wienfluss)

- Hochwasserrückhaltebecken Kronsegg (Stadtgemeinde Langenlois/Loisbach)

Die von den Wasserberechtigten an den Talsperren und Staubecken durchzuführenden Messungen und abzufassenden Berichte wurden bearbeitet und an die Staubeckenkommission beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft weitergeleitet.

Von den Stauanlagen wurden seitens der Talsperrenverantwortlichen keine besonderen Vorfälle gemeldet.

Mit den Instandhaltungsarbeiten für das Rückhaltebecken in Kronsegg wurde im Jahre 2000 begonnen; die Arbeiten sollen 2002 fertig gestellt werden.

Im Jahre 2001 hat im Beisein der NÖ Talsperrenaufsicht, der Talsperrenverantwortlichen und des Betreibers eine Überprüfung der oben genannten Sperren stattgefunden. Bei diesen Überprüfungen hat es keine augenscheinlichen Beanstandungen gegeben.

Flussbauhof Plosdorf

Der Beschäftigungsstand im Flussbauhof Plosdorf beträgt derzeit 21 Arbeitskräfte (1 Bauhofverwalter, 20 Bedienstete), die als Gerätefahrer bzw. mit der Überholung von Maschinen, Werkzeugen und Geräten voll beschäftigt werden.

Die Einnahmen des Flussbauhofes Plosdorf betragen mit Stand vom 31. 12. 2001 rd. 20,7 Mio. S, (rd. 1,503 Mio. €). Diesen stehen Ausgaben in der Höhe von rd. 21,0 Mio. S (rd. 1,529 Mio. €) gegenüber. Der Abgang ist durch größere Investitionen am Maschinensektor entstanden und wird aus der dafür vorgesehenen Rücklage abgedeckt.

Landwirtschaftlicher Wasserbau

Kulturtechnische Maßnahmen, bodenverbessernde Maßnahmen durch Bewässerung

Dieser Begriff umfasst eine Vielzahl verschiedener Aufgabenbereiche, wie zum Beispiel mechanische, biologische und unterstützende Hilfsmaßnahmen zur Verbesserung der Bodenstruktur, des Wasserhaushaltes sowie flächenhafter Wasserrückhalt im ländlichen Raum und Erosionsschutz.

Die Bewässerung dient vor allem in den niederschlagsarmen Regionen des Bundeslandes zur Sicherung von gleich bleibenden Erträgen, der Qualitätssteigerung und der Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit und der Möglichkeit des Anbaues von Alternativkulturen (Marchfeld) sowie der Erhaltung der

Kulturlandschaft (Terrassenlandschaft in der Wachau).

Der Schwerpunkt auf dem Bewässerungssektor liegt nach wie vor in den niederschlagsarmen Niederungen des Marchfeldes. Im Bereich Krems – Wachau wird die Tröpfchenbewässerung für Bergweingebieten zur Erhaltung der charakteristischen Terrassenlagen eingesetzt und weiter ausgebaut.

Seit vielen Jahren findet die Wasser sparende Tropfbewässerung lebhaftes Interesse bei den Weinbaubetrieben. Durch den Einsatz dieser Bewässerungstechnik wurde es möglich, den Terrassenweinbau und damit das Landschaftsbild in dieser Region zu erhalten. Weiters werden im Bereich des Obstbaues neben der Zusatzbewässerung die Frostschuttbewässerung mit großem Erfolg zum Schutze der Kulturen eingesetzt.

Allgemein ist festzustellen, dass die Ergänzung des natürlichen Niederschlages – durchaus mit der Ökologie im Einklang stehend – in diesen Gebieten Voraussetzung für die landwirtschaftliche

Produktion sowie auch für Alternativprodukte und die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit ist.

Erosionsschutzmaßnahmen und Wasserrückhalt in der Fläche bewirken den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, des Bodens und des Wassers. Die Maßnahmen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts im ländlichen Raum. Im Jahr 2001 betragen die Baukosten hierfür 23,4 Mio. S (1,700 Mio. €)

Die Terrassenrekultivierung und Steinmauererhaltung dient der Schaffung und Erhaltung qualitativ wertvoller Weinbauflächen unter besonderer Bedacht-nahme auf die Bewahrung landschaftsprägender Elemente in der Kulturlandschaft Wachau – Kremstal – Kamptal. Für das Jahr 2001 wurden 11,2 Mio. S (0,813 Mio. €) aufgebracht.

Investitionen für Bewässerungsmaßnahmen (vor allem im Bereich Krems – Wachau) in Höhe von ca. 72,8 Mio. S (5,290 Mio. €) wurden mit 51,0 Mio. S (3,706 Mio. €) gefördert.

Das einheitliche Programmplanungsdokument für die Strukturinvestitionen der Europäischen Gemeinschaft in den Ziel-5b-Gebieten des Landes NÖ wurde im Dezember 1995 genehmigt. Aus diesem Förderungssatz werden nunmehr kulturtechnische Maßnahmen und Bewässerungen gefördert, wobei im Jahre 2001 73,3 Mio. S (5,326 Mio. €) Fördermittel beansprucht wurden.

Für das INTERREG-Projekt „Bewässerungsanlage Retzbach-Retz und Unterretzbach“ wurden Landesmittel in Höhe von 1,9 Mio. S (0,138 Mio. €) bereitgestellt.

Feuchtbiotope

Im heurigen Jahr konnten über die Abteilung Wasserbau aus Mitteln des Landschaftsfonds 29 Feuchtbiotope zur Verbesserung des Kleinklimas bzw. Belebung der Landschaft errichtet werden. In diesem Bereich wurden Landesmittel in Höhe von rund 1,8 Mio. S (0,130 Mio. €) eingesetzt.

Abteilung Siedlungswasserwirtschaft

- **Siedlungswasserwirtschaft.** Wasserbauliche Angelegenheiten (Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung) von physischen und juristischen Personen, Genossenschaften, Gemeinden und Verbänden, Feuerlöschanlagen.
- **NÖ Wasserwirtschaftsfonds.** Förderung von privaten und öffentlichen Ver- und Entsorgungsanlagen, Förderung von öffentlichen Feuerlöschanlagen, Förderung von Forschungsprojekten und generellen Studien.

Aufgaben

Siedlungswasserwirtschaft

- Fachliche Beratung in technischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht
- Beratung bei der Ausarbeitung von Studien zur Ermittlung von ökologisch verträglichen sowie volks- und betriebswirtschaftlich zweckmäßigen Lösungsmöglichkeiten für den Aufgabenbereich der Siedlungswasserwirtschaft
- Überprüfung und Begutachtung der vorgelegten Projekte und Förderungsanträge gemäß den Bestimmungen des Umweltförderungsgesetzes 1993, der zugehörigen Förderungsrichtlinien sowie der Durchführungsvereinbarung
- Erstellung von Vorschlagslisten des Landes Niederösterreich für die Vergabesitzungen des Bundes

- Durchführung der staatlichen Bauaufsicht gemäß den Bestimmungen der Durchführungsvereinbarung

- Bauabrechnung und Baukollaudierung gemäß § 31 WBFZ bzw. des UFG 1993

- Entgegennahme und Begutachtung der Anträge um Förderungsmittel des NÖ Wasserwirtschaftsfonds sowie die weitere finanzielle Abwicklung dieser Vorhaben

- Abwicklung von Regionalisierungsprojekten

- Betreuung und Abwicklung von Forschungsvorhaben

- Mitarbeit und Stellungnahmen zu Entwürfen von Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien, Normen, Regelblättern, soweit sie das Aufgabengebiet der Siedlungswasserwirtschaft betreffen

- Mitarbeit bei der Klärwärterausbildung

- Betreuung der Kläranlagennachbarschaften

- Entsendung eines Vertreters zum gemeinsamen Arbeitskreis Bund – Länder gemäß § 22a UFG

NÖ Wasserwirtschaftsfonds

- Überprüfung und Bearbeitung der Projekte und Ansuchen für die Bauvorhaben entsprechend den Förderungsrichtlinien des NÖ Wasserwirtschaftsfonds

- Einholung eventuell erforderlicher Auskünfte von Dienststellen des Lan-

des, der Gemeinden und den Verbänden, die zur Beurteilung der Voraussetzungen für die Gewährung einer Förderung und der Berechnung des Förderungsausmaßes erforderlich sind

- Errechnung des Förderungsausmaßes entsprechend den Förderungsrichtlinien und Vorlage an das Kuratorium

- Erstellung von Zusicherungen, Evidenz und Kontrolle der Förderungsmittel bei der Durchführung von Bauvorhaben, endgültige Festsetzung der Förderungsmittel im Zuge der Endabrechnung

- Vorbereitung der Sitzungen des Kuratoriums, Vorbereitung von Anträgen, Berichten etc., Erstellung von Vorschlagslisten, Abrechnungslisten etc.

- Durchführung der Beschlüsse des Kuratoriums im Auftrage der Geschäftsführung

- Erstellung des Voranschlages und Rechnungsabschlusses des NÖ Wasserwirtschaftsfonds

- Abfassung des Geschäftsberichtes des NÖ Wasserwirtschaftsfonds

- Verrechnung der Fondsgebarung

- Administration des ehemaligen NÖ Gemeinde-Investitionsfonds, Ver-

- sendung der jährlichen Prognosen über voraussichtlich zu leistende bzw. tatsächlich geleistete Beträge, Überwachung der Darlehensrückzahlungen

- Beratung von Förderungswerbern über die finanzielle und organisatorische Abwicklung des Bauvorhabens

Schwerpunkte 2001

Änderung der Förderungsrichtlinien

Mit 1. November 2001 sind die geänderten Förderungsrichtlinien des Bundes in Kraft getreten. Erstmals wurde ein Pauschalanteil in die Ermittlung des Förderausmaßes aufgenommen. Damit wird ein wichtiger Impuls zum kostenbewussten Bauen gegeben. Ausgearbeitet wurden die Förderrichtlinien von einem bundesweiten Arbeitskreis.

Transparenz im öffentlichen Vergabewesen

Zur Erreichung von noch mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Vergabewesens im geförderten Siedlungswasserbau wurde im Jahr 2001 eine weitere Informationsveranstaltung durchgeführt.

Themenschwerpunkt waren die Rechte und Pflichten des Auftraggebers im Vergabeverfahren.

Namhafte Referenten konnten die rd. 200 Teilnehmer umfassend informieren.

Pilotprojekte für Privatisierungsmaßnahmen

Im Rahmen einer vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft beauftragten Studie, fertig gestellt im Sommer 2001, wird eine weitgehende Privatisierung der bisher vorwiegend öffentlichen Siedlungswasserwirtschaft empfohlen.

Strukturänderungen können laut Aussage der Studienverfasser die Errichtungskosten um bis zu 35% und die Betriebskosten um bis zu 20% verringern.

Durch Detailstudien für 2 ausgesuchte Gebiete (Großraum Hollabrunn, Raum Melk – Mank – Pielach) wird überprüft, ob auch in NÖ die angesprochenen Kosteneinsparungen erreichbar sind.

Benchmarking Siedlungswasserwirtschaft

Das Bundesland Niederösterreich, vertreten durch die Fachabteilung Siedlungswasserwirtschaft, hat sich kostenmäßig an einer von der TU Wien ausgearbeiteten Studie beteiligt. Die sicherlich sehr interessanten Ergebnisse werden im Frühjahr 2002 vorgestellt.

Darstellung der NÖ Abwasserentsorgung

Im Rahmen einer eigenen Broschüre sollen die gewaltigen Anstrengungen und Leistungen der NÖ Gemeinden und Abwasserverbände erhoben und der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Die hierfür erforderlichen Arbeiten und Erhebungen werden weitgehend von einem Projektteam erbracht, welches aus Mitarbeitern der Abteilungen Wasserwirtschaft und Siedlungswasserwirtschaft gebildet wird.

Probleme 2001

Erstmals lag die Gesamtsumme der eingereichten Förderanträge um ca. 12% unter dem Gesamtausmaß der positiv erledigten Förderansuchen.

Aus diesem Grund hat sich der Förderrückstand gegenüber dem Vorjahr etwas verringert, beträgt aber nach wie vor rd. 9,0 Mrd. S (0,65 Mrd. €).

Die vom Bund vorgegebene Kürzung der Fördermittel wird wahrscheinlich dazu führen, dass dieser erhebliche Förderrückstand in nächster Zeit nicht abgearbeitet werden kann.

Ziele 2002

NÖ Wasserwirtschaftsfonds

Im Anschluss an die Änderung der Förderungsrichtlinien des Bundes muss auch das Fördersystem des NÖ Wasserwirtschaftsfonds überdacht und novelliert werden.

Ausschlaggebend hierfür sind

- die erforderliche Anpassung an die geänderte Bundesförderung und
- der zwischen Bund und den Ländern abgeschlossene Stabilitätspakt.

Zu berücksichtigten sind noch weitere Rahmenbedingungen.

- Dotation des NÖ Wasserwirtschaftsfonds:

– Landesmittel:

2002 100,0 Mio. S (7,267 Mio. €)

2003 150,0 Mio. S (10,901 Mio. €)

– Bedarfszuweisungen: 257,0 Mio. S (18,677 Mio. €)

- Zu finanzierendes Bauvolumen (Endausbau, erreichbar 2015–2018):

– Abwasserbeseitigung: ca. 24,0 Mrd. S (1,744 Mrd. €)

– Wasserversorgung: ca. 4,0 Mrd. S (0,291 Mrd. €)

Der bisherige Fördergrundsatz – Ergänzung der Bundesförderung mit dem Ziel der Einhaltung von sozial verträglichen Abgaben und Gebühren – soll unverändert beibehalten werden.

Statistik 2001

Abteilung Siedlungswasserwirtschaft

Im Jahre 2001 wurden von der Abwicklungsstelle der Bundesförderung drei Vergabesitzungen durchgeführt.

Bei diesen Vergabesitzungen wurden für das Bundesland Niederösterreich Förderungsmittel des Bundes für 243 Neuvorhaben mit Gesamtinvestitionskosten von S 2.896.306.176,66 (€ 210.482.778,48) bewilligt. Die mittlere Förderintensität des Bundes betrug rd. 33% der Investitionskosten.

Dem Genehmigungsvolumen von rd. 2,9 Mrd. S (0,211 Mrd. €) steht im Jahr 2001 ein Antragsvolumen von rd. 2,5 Mrd. S (0,185 Mrd. €) gegenüber (407 Förderungsanträge), welches nach Begutachtung zeitgerecht an die Abwicklungsstelle der Bundesförderung bzw. an den NÖ Wasserwirtschaftsfonds weitergeleitet wird.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich das Antragsvolumen weiter verringert.

Im Rahmen der Durchführungsvereinbarung wurde bei 700 Bauvorhaben die Tätigkeit der staatlichen Bauaufsicht wahrgenommen.

NÖ Wasserwirtschaftsfonds

Wegen der angespannten Finanzsituation konnte der NÖ Wasserwirtschaftsfonds keine Förderzusagen für neue, vom Bund 2001 genehmigte Vorhaben erteilen. Den Förderwerbenden wurde eine Erledigung im Jahr 2003 in Aussicht gestellt. Bereits eingegangenen Verpflichtungen nachkommend, wurden zur Baufinanzierung 2001 für nachgewiesene Errichtungskosten von S 2.242.236.151,46 (€ 162.949.656,-) Fördermittel des NÖ Wasserwirtschaftsfonds in der Höhe S 353.043.503,72 (€ 25.656.672,-) ausbezahlt. Hievon entfiel auf Wasserversorgungsanlagen ein Bauvolumen von S 328.396.990,06 (€ 23.865.540,-) und auf Abwasserbeseitigungsanlagen bzw. sonstige Vorhaben ein Bauvolumen von S 1.913.839.147,63 (€ 139.084.115,-).

Die mittlere Förderungsintensität im Jahr 2001 betrug somit rd. 16%.

Auch bei den laufenden Bauvorhaben konnte eine mittlere Förderintensität von rd. 16% gewährleistet werden.

2001 wurden vom NÖ Wasserwirtschaftsfonds insgesamt 459 Bauvorhaben mit förderungsfähigen Gesamtinvestitionskosten von S 4.609.755.833,- (€ 335.004.021,21) kollaudiert und endabgerechnet und die erforderlichen Förderungsmittel des NÖ Wasserwirtschaftsfonds endgültig mit S 641.709.467,- (€ 46.634.845,67) festgesetzt.

Hievon entfiel auf Wasserversorgungsanlagen ein Bauvolumen von S 763.457.292,- (€ 55.482.605,18) und auf Abwasserbeseitigungsanlagen und Sonstiges ein Bauvolumen von S 3.846.298.541,- (€ 279.521.416,03). Daraus resultiert eine mittlere Förderintensität von rd. 14%.

Aufgaben

Die Tätigkeiten der Abteilung gliedern sich in folgende Hauptgebiete:

- Oberflächenhydrologie (Niederschlag und Abfluss)
- Geohydrologie (Grundwasser)
- Hydrographie (Messstellenbeobachtung und -betreuung)
- Wasserstandsnachrichtendienst (einschließlich internationaler Wasserstandsnachrichtendienst und Hochwasseralarmdienst)

Die Aufgabengebiete „Oberflächenhydrologie“ und „Geohydrologie“ umfassen im Wesentlichen jene Aufgaben, welche außerhalb der mittelbaren Bundesverwaltung zur Erstellung von Planungs- und Entscheidungsgrundlagen durchgeführt werden. In diese Aufgabengebiete fällt insbesondere die Erstellung von Gutachten im Verwaltungsverfahren.

Die unter „Oberflächenhydrologie“ anfallenden Aufgaben erstrecken sich sowohl auf das Niederschlags- als auch auf das Abflussgeschehen. Insbesondere fallen in diesen Bereich die Erarbeitung von Daten für Extremereignisse (Starkregen, Hoch- und Niederwasserführungen), Untersuchungen über Retentionen und hydrologische Trends, Wasserführungsdauerzahlen sowie die Bearbeitung besonderer hydrologischer Aufgaben im Rahmen von wasserwirtschaftlichen Planungen des Landes.

Die unter „Geohydrologie“ anfallenden Aufgaben umfassen all jene im Zusammenhang mit der Erstellung von Gutachten notwendigen Untersuchungen und Erkundungen zur Klärung der lokalen und regionalen Grundwasserhältnisse.

Der Bereich „Hydrographie“ umfasst jene Aufgabengebiete, die nach dem Hydrographiegesetz 1979 und seiner Novellen zur Erhebung des Wasserkreislaufes im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung zu bearbeiten sind und die Grundlage für das Hydrographische Jahrbuch bilden. Es sind dies die Erfassung des Niederschlages, der Lufttemperatur und Verdunstung, des Oberflächenabflusses und des Grundwasserstands. Hiezu wird ein umfangreiches Beobachtungsnetz betreut, instandgehalten und laufend verbessert.

Die Beobachtungseinrichtungen für Niederschlag, Oberflächenabfluss und Grundwasserstand sind zum Teil mit elektronischen Datensammlern ausgestattet; das Auslesen der Daten erfolgt mittels Laptops. Einzelne Stationen für die Erfassung von Niederschlag und Abfluss sind zusätzlich mit Fernübertragungseinrichtungen ausgestattet und in den Wasserstandsnachrichtendienst eingebunden.

An den Pegelstationen der Oberflächengewässer werden Abflussmessungen in regelmäßigen Abständen nach

den Vorschriften des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hydrographisches Zentralbüro) durchgeführt, und zwar je nach Stabilität des Pegelprofils bis zu 6-mal jährlich sowie während und nach Hochwasserereignissen. Das gesamte Beobachtungsmaterial wird überprüft und statistisch ausgewertet. Seit der Einführung der EDV im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und der damit verbundenen Umstellung des Hydrographischen Jahrbuches muss das gesamte Material für die Eingabe entsprechend aufbereitet werden. Im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung obliegt der Abteilung weiters das Aufgabengebiet „Wasserstandsnachrichtendienst“.

An insgesamt 23 Pegelstellen der Donau und wichtiger Zubringer (wie etwa Ybbs, Traisen oder Leitha) wird der Wasserstand permanent gemessen, online an die Zentrale nach St. Pölten übermittelt und von dort in das Internet übertragen (www.wasseristleben.at).

Mit einem mathematischen Niederschlags-Abfluss-Modell werden täglich Prognosen der Wasserführung der Donau – vorausschauend auf 24 Stunden – erstellt.

Bei Überschreiten kritischer Hochwassermärkte wird der Bereitschaftsdienst aktiviert und die Nachrichtenzentrale rund um die Uhr besetzt. In diesem Fall wird die Hochwasserprognose mehrmals am Tag überrechnet, um jeweils für die nächsten 8 Stunden Wasserstandsdaten bekannt geben zu können.

Neben dem Internet stehen als Informationsquellen folgende Tonbanddienste zur Verfügung:

- 7-Uhr-Werte (internationaler Tonbanddienst): (0 27 42) 15 58
- Sprachserver (NÖ Donau und Zubringer): (0 27 42) 90 05-13771
- Prognosedaten nur bei Hochwasser: (0 27 42) 90 05-13539

Im Teletext werden die 7-Uhr-Werte und die Wasserstandsprognose auf Seite 618 veröffentlicht.

Im Rahmen des Wasserstandsnachrichtendienstes erfolgt auch der Austausch hydrologischer Daten der Donau mit innerstaatlichen und ausländischen Stellen.

Schwerpunkte 2001

Oberflächenhydrologie

- Überprüfung von Hochwasserkollektiven niederösterreichischer Pegelstationen und Erstellung von aktuellen Hochwasserspendenlinien
- Erstellung bzw. Überarbeitung von Mittel- und Niederwasserspenden für niederösterreichische Gerinne

● Bearbeitung zahlreicher Anfragen über charakteristische Wasserführungen niederösterreichischer Gewässer

- Beistellung von hydrologischen Amtssachverständigen in Behördenverfahren
- Weiterbearbeitung der statistischen Auswertung des Beobachtungskollektivs von Ombrometerstationen hinsichtlich Starkregen. Evaluierung von Starkregenabschätzungen nach dem Modell SKODA-LORENZ durch Vergleich mit statistischen Auswertungen

● Ausarbeitung einer Karte mit Starkregenspenden für den 1-jährlichen 15-Minuten-Regen. Diese Karte wurde als Grundlage für die Kanalnetz Bemessung in der gemeinsam mit anderen Abteilungen der Gruppe Wasser erstellten Broschüre „Bemessungsregen für die Dimensionierung von Misch- und Regenwasserkanälen“ veröffentlicht.

- Bearbeitung zahlreicher Anfragen über Starkregenkennwerte und über aufgetretene Starkregenereignisse und Trockenperioden

Geohydrologie

● Bearbeitung der Anfragen bezüglich charakteristischer Grundwasserstände, -strömungsrichtungen und -abstandsgeschwindigkeiten

● Geohydrologische Erstberatung von Genossenschaften und Privatpersonen im Planungsstadium von Grundwassererschließungen und Grundwassernutzungen sowie Beratung bei grundwasserbezogenen Problemfällen

● Untersuchung und Beurteilung lokaler Grundwasserhältnisse im Zusammenhang mit der Errichtung von Hochwasserrückhaltemaßnahmen in landwirtschaftlichen Bereichen und im Zusammenhang mit Feuchtbiosphären, Regenwasserversickerungen und Wärmepumpen

● Geohydrologische Stellungnahmen in Behördenverfahren in Zusammenhang mit der Errichtung hochrangiger Verkehrswege (Bahn, Straße)

● Kontrolle von Beweissicherungsmaßnahmen bei Eingriffen in den Grundwasserkörper und Grundwasserhaushalt

● Mitarbeit in Arbeitsgruppen der Gruppe Wasser zur Behandlung spezieller wasserwirtschaftlicher Fragen (Evaluierung von Altlasten; Prioritäre Festlegung von Schutzgebieten)

● Mitarbeit im Arbeitskreis „Grundwasser“ im Rahmen der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Hydrographie

● Verstärkter Einsatz automatischer Messgeräte und Datensammler

- Erweiterung des Messnetzes der fernübertragenen Niederschlagsmessstellen
- Installation von Fernübertragungseinrichtungen für zusätzliche Messstellen an

Oberflächengewässern (Türnitz/Traisen, Schwarzenau/Deutsche Thaya, Raabs/Thaya, Zwettl – Bahnbrücke/Kamp) und Niederschlagsmessstellen

- Instandhaltung und qualitative Verbesserung des Pegelmessnetzes, sowie Installation von Einrichtungen zur höheren Betriebssicherheit (Bedienungsstiegen, verbesserter Blitzschutz)
- erstmalige Einrichtung von Schwebstoffmessstellen (Greimpersdorf/Ybbs, Deutsch Brodersdorf/Leitha)
- Installation zusätzlicher Geräte zur automatischen Niederschlagsaufzeichnung auch in höher gelegenen Gelände (Hochwechsel, Hochkar)
- Digitalisierung der Wasserstandsganglinien der Jahre 1998 und 1999 und Bearbeitung der Abflussbilanz 1998 für das Hydrographische Jahrbuch
- laufende Dateneingabe von Niederschlags-, Lufttemperatur- und Verdunstungsdaten in HYDAMS („Hydrographisches Daten Management System“)
- Auswertung der Betriebsergebnisse der beiden Bodenwasserhaushaltsmessstellen in Schalladorf (Bezirk Hollabrunn) und Wolfsbach (Bezirk Amstetten)

Wasserstandsnachrichtendienst

- Umstellung des Wasserstandsnachrichtennetzwerkes unter Windows NT von Testbetrieb auf Vollbetrieb
- Umstellung der Übertragungsoftware auf 32-bit-Programme von Testbetrieb auf Vollbetrieb
- Einrichtung und Inbetriebnahme des Softwarepakets „Alarmmanager“ zur automatischen Alarmierung von Personen und Dienststellen bei Grenzwertüberschreitung einzelner Pegel
- Inbetriebnahme eines Telefon-Sprachservers
- Beginn der Übertragung der Wasserstandsnachrichten ins Internet, ständige Erweiterung der übertragenen Pegel
- Aufnahme des Testbetriebes des „Hochwassermodells Traisen“ mit den Pegeln Windpassing und Türnitz
- Aktualisierung und Verbesserung der Prognoseprogramme für die Donau
- Implementierung der mit Fernübertragungseinrichtungen ausgerüsteten Pegel Schwarzenau/Deutsche Thaya, Türnitz/Traisen, Raabs/Thaya und Zwettl-Bahnbrücke/Kamp in das Internet

Fachbereichsübergreifende IT-Aufgaben

- Mitarbeit bei der Realisierung des Moduls „Messstellen/Hydrogeologie“ im Rahmen des Wasserdatenverbundes
- Ausbau des Computer-Netzwerkes der Abteilung
- Internetanbindung des Wasserstandsnachrichtendienstes
- Installation und Probelauf des elektronischen Aktenevidenzprogrammes. (Die Aufnahme des Echtbetriebes erfolgte am 1. 1. 2002.)

Probleme 2001

Durch den weiteren Ausbau des Wasserstandsnachrichtendienstes und die Darstellung der aktuellen Messwerte und Prognosedaten im Internet konnte der Standard der Informationsverbreitung wesentlich gesteigert und ein größerer Adressatenkreis erreicht werden. Zur Wahrung dieses Standards und zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen des Katastrophenschutzes ist die Gewährleistung der ständigen personellen und technischen Einsatzbereitschaft der Nachrichtenzentrale unabdingbar. Die Sicherstellung des durchgängigen Betriebs der Nachrichtenzentrale im Hochwasserfall (eine Alarmierung des Bereitschaftsdienstes erfolgt bei Überschreitung kritischer Wasserstände) ist nur in Verbindung mit einer vorübergehenden Einschränkung der sonstigen Aufgaben (u. a. Sachverständigendienst) der betroffenen Mitarbeiter möglich.

Ziele 2002

Oberflächenhydrologie

- Objektivierung von Entscheidungsgrundlagen für eine Beschaffung von Software für Niederschlags-Abfluss-Modellierung auf Basis von GIS-Daten
- Objektivierung von Entscheidungsgrundlagen für eine Beschaffung eines Modells für die Quantifizierung standorttypischer Abflussbeiwerte

Geohydrologie

- Überarbeitung und Aktualisierung der geohydrologischen Projektanforderungen und Standardauflagen
- Einsatz eines neuen Surfer-Programmes zur rascheren und flexibleren Erstellung und Auswertung von Grundwasserschichtenplänen und Differenzplänen

Hydrographie

- Die im Rahmen der Umsetzung des Hydrographiegesetzes beabsichtigten Maßnahmen zielen auf eine qualitative Verbesserung der Messnetzausstattung ab. Eine Verdichtung des Basisnetzes ist im Jahr 2002 nicht vorgesehen.
- Aufrüstung weiterer Pegel im Traisental mit Fernübertragung als Bestandteil des Hochwasseralarmsystems (in Zusammenarbeit mit der Abteilung Wasserbau)
- weitere Verbesserung der Betriebssicherheit von Pegelstationen (neue Bedienungsstiegen, verbesserter Blitzschutz)
- Instandhaltungsarbeiten zur Gewährleistung der einwandfreien Funktionalität der Messstellen
- Verlegung des Pegel Lunz/Ois auf das andere Ufer und des Pegels Ybbsitz/Kleine Ybbs flussaufwärts auf ein hydraulisch günstigeres Profil

- Einrichtung eines neuen Pegels in Gopprechts/Reißbach anstelle von Kösslersdorf (Zollsteg)/Reißbach
- Aufrüstung einzelner Pegel mit Bandschreibern an Stelle der bestehenden Wochenschreiber
- Weitere Ausstattung bestehender Messstellen (Niederschlag, Lufttemperatur, Abfluss, Grundwasser) mit elektronischen Datensammlern
- Jahrbuchverarbeitung der Datenbestände für Abfluss der Jahre 1999 (Abflussbilanz) und 2000 (komplett)
- Laufende Jahrbuchverarbeitung der Datenbestände für Grundwasser, Niederschlag und Lufttemperatur

Wasserstandsnachrichtendienst

- Erhöhung der Betriebssicherheit des Wasserstandsnachrichtendienstes durch Ausstattung der Zentrale mit einem Backup-Server und einem redundanten Datenserver
- Einrichten einer unterbrechungsfreien Stromversorgung für den Wasserstandsnachrichtenraum
- Ausarbeitung eines Strategiekonzepts für eine qualitative Verbesserung der Datenübertragung von den Wasserstandspegeln und Niederschlagsstationen zur Nachrichtenzentrale unter Berücksichtigung einer künftig verstärkten Ausstattung des Messstellennetzes mit Fernübertragungseinrichtungen
- Machbarkeitsstudie über den Einsatz von neuronalen Netzwerken in der Wasserstandsvorhersage

Fachbereichsübergreifende IT-Aufgaben

- Im Bereich der Oberflächen- und Geohydrologie sollen standortspezifische Daten, die im Rahmen von Projektbeurteilungen bekannt gegeben und im Zuge von Detailuntersuchungen gewonnen werden, EDV-unterstützt dargestellt und verwaltet werden. Insbesondere soll dies unter Verwendung des Wasserdatenverbundes geschehen, dessen Modul „Messstellen/Hydrologie“ im ersten Halbjahr 2002 einsatzbereit sein soll. Durch diese EDV-gestützte Datenerfassung wird der Grundstein für eine Datenbank gelegt, die zukünftig bei der Auskunftserteilung und bei der Gutachterstellung die Kontinuität und die Aktualität der Aussagen in noch höherem Maße gewährleisten wird.

Statistik 2001

Im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung wurden der Abteilung für 2001 vom Bund Budgetmittel (VA 1/60058) in der Höhe von S 5.078.117,- (€ 369.041,15) zur Verfügung gestellt. Die Höhe der Landesmittel betrug im Ansatz 63930 S 2.450.485,- (€ 178.083,69) und im Ansatz 63910 S 90.000,- (€ 6.540,56).

Raumordnungsrecht

Schwerpunkte 2001

Der Niederösterreichische Landtag hat am 13. Dezember 2001 die 9. Novelle zum NÖ Raumordnungsgesetz 1976 beschlossen. Schwerpunkt dieser Novelle war die von der Europäischen Kommission verlangte Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie sowie der FFH-Richtlinie zu Natura 2000. Demnach soll in Zukunft bei Änderungen örtlicher und überörtlicher Raumordnungsprogramme, welche die Erhaltungsziele von NATURA-2000-Festlegungen berühren könnten, eine Naturverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden, soweit dies mit den Mitteln des Raumordnungsrechts möglich ist. Ein weiteres Anliegen dieser Novelle war die Gleichsetzung der Fachmarktzentren mit den Einkaufszentren hinsichtlich der Prüfung ihrer Raumverträglichkeit. Darüber hinaus wurde ein weiterer Schritt zur Umsetzung der SEVESO-II-Richtlinie gesetzt, um eine weitestgehende Entflechtung derartiger Gefahrenbetriebe von sonstigen Nutzungen, insbesondere Wohn- und Freizeitnutzungen, zu bewirken.

Im Bereich der überörtlichen Raumordnung wurde von der NÖ Landesregierung am 3. Juli 2001 das neu gefasste regionale Raumordnungsprogramm Wiener Neustadt-Neunkirchen beschlossen; dies wurde am 28. September 2001 im Landesgesetzblatt verlautbart.

Weiters hat die NÖ Landesregierung am 18. Dezember 2001 eine neu gefasste Verordnung über ein Regionales Raumordnungsprogramm NÖ Mitte (zuvor NÖ Zentralraum) beschlossen, welches somit ebenfalls zu Beginn des Jahres 2002 im Landesgesetzblatt kundgemacht werden wird. Ende des Jahres 2001 wurde weiters das mittlerweile völlig veraltete Gewerbe- und Industrie-raumordnungsprogramm – vorerst ersatzlos – außer Kraft gesetzt. Es ist jedoch bereits ein neu gefasster Entwurf eines Gewerbe- und Industrie-raumordnungsprogrammes erarbeitet worden, welcher zu Beginn des Jahres 2002 in die allgemeine Begutachtung gegeben werden soll.

Die mehrjährigen Arbeiten zur Neufassung der NÖ Planzeichenverordnung konnten im vorigen Jahr endgültig abgeschlossen werden, und im Herbst hat auch der NÖ Raumordnungsbeirat diesem Entwurf seine Zustimmung gegeben. Mit der Beschlussfassung durch die NÖ Landesregierung ist somit ebenfalls noch im Jänner 2002 zu rechnen. Bisher haben 529 Gemeinden ein örtliches Raumordnungsprogramm für das

gesamte Gemeindegebiet erlassen und weitere 25 ein nach Inhalt und Geltungsbereich noch unvollständiges, zumeist in Form eines Flächenwidmungsplanes; 19 Gemeinden haben einen vereinfachten Flächenwidmungsplan für das gesamte Gemeindegebiet erlassen.

Bei den Bebauungsplänen führen die immer zahlreicher werdenden Änderungen sowie die Verordnung von nicht in der NÖ Bauordnung 1996 geregelten Bebauungsweisen – zumeist in Teilbebauungsplänen – zu vermehrten juristischen Problemen bzw. Arbeitsaufwand.

Bisher haben 132 Gemeinden einen Bebauungsplan im Sinne der geltenden Bestimmungen der NÖ Bauordnung 1996 für ihr gesamtes Bauland, 165 Gemeinden einen solchen für Teile ihres Baulandes erlassen. In 29 Gemeinden steht ein vereinfachter Bebauungsplan für das gesamte Bauland in Geltung, in weiteren 31 ein vereinfachter Bebauungsplan für einzelne Baulandbereiche.

Ziele 2002

Anfang 2002 soll die NÖ Planzeichenverordnung im Landesgesetzblatt kundgemacht werden und damit in Rechtswirksamkeit treten. Weiters soll das allgemeine Begutachtungsverfahren für den neu gefassten Entwurf eines Gewerbe- und Industrie-raumordnungsprogrammes in die Wege geleitet werden, so dass zur Jahresmitte 2002 mit dessen Beschlussfassung gerechnet werden kann.

Wie bisher bleibt die möglichst rasche Erledigung aller Anträge und Anfragen ständiges Ziel. Trotz des auch im Vorjahr wieder sehr hohen Arbeitsanfalles sollen wie bisher die Gemeinden bzw. die von diesen befassten Ortsplaner in Fragen der örtlichen Raumordnung bzw. der Bebauungsplanung rechtlich beraten werden.

Statistik 2001

Schriftliche Rechtsauskünfte	8
Genehmigte örtliche Raumordnungsprogramme (Erlassung)	9
Genehmigte Änderungen von örtlichen Raumordnungsprogrammen	415
Nicht genehmigte Änderungen von örtlichen Raumordnungsprogrammen	0
Genehmigte Änderungen von vereinfachten Flächenwidmungsplänen	3
Nicht genehmigte Änderungen von vereinfachten Flächenwidmungsplänen	0
Geprüfte Bebauungspläne (Erlassung)	20
Geprüfte Änderungen von Bebauungsplänen	177

Geprüfte Bausperren	69
Geprüfte Aufschließungszonen – Freigabeverordnungen	83
Stellungnahmen zu Beschwerden an die Volksanwaltschaft	0
Erledigte Vorstellungen	0
Gegenschriften an den Verwaltungsgerichtshof	0
Gegenschriften an den Verfassungsgerichtshof	0

Baurecht

Schwerpunkte 2001

Am 19. Juni 2001 hat der Landtag von Niederösterreich die 3. Novelle zur NÖ Bauordnung 1996 beschlossen. Sie ist am 1. Jänner 2002 in Kraft getreten und betrifft nur die Euro-Umstellung.

Ende September 2001 wurde die 4. Novelle zur NÖ Bauordnung 1996 zur Begutachtung ausgesendet. Die 4. Novelle wird voraussichtlich im Frühjahr 2002 vom Landtag beschlossen werden.

Mitarbeiter der Fachabteilung haben sich für die Abhaltung von Baurechtseminaren der NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie sowie der NÖ Landesakademie zur Verfügung gestellt.

Die Erledigung von Vorstellungen konnte auch im Jahr 2001 mit wenigen Ausnahmen innerhalb der gesetzlichen Frist erfolgen. Bei den überfälligen Rechtsmittelentscheidungen ist die Verzögerung auf abteilungsexterne Gründe zurückzuführen. Von 33 im Jahr 2001 eingelangten Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes bestätigten 22 die Entscheidungen der Fachabteilung als Aufsichtsbehörde.

Das Ausmaß der Beanspruchung der rechtskundigen Mitarbeiter durch mündliche und telefonische Anfragen baurechtlicher Art außerhalb der Parteienverkehrszeit ist weiterhin groß. Der telefonische Parteienverkehr muss daher auch weiterhin auf den Dienstag sowie je 2 Stunden pro Tag und Jurist eingeschränkt bleiben, um die 6-Monate-Entscheidungsfrist bei anhängigen Verfahren nicht zu überschreiten.

Ziele 2002

Die Beschleunigung der Erledigung von Rechtsmitteln bleibt unser Ziel. Die Schulung von Gemeindefunktionären, Bausachverständigen und -sachbearbeitern wird insbesondere im Hinblick auf den mangelhaften Vollzug der Bauordnung durch die Baubehörden intensiv fortzusetzen sein. Außerdem ist eine Novellierung der NÖ Bautechnikverordnung 1997 geplant.

Statistik 2001

Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen	42
Geprüfte baurechtliche Verordnungen	457
Schriftliche Rechtsauskünfte	173
Erledigte Aufsichtsbeschwerden	22
Berufungsentscheidungen über Bundesbauvorhaben	0
Berufungsentscheidungen in Zwangsvollstreckungsverfahren	1
Berufungsentscheidungen im übertragenen Wirkungsbereich	26
Erledigte Vorstellungen	310
Gegenschriften an den Verwaltungsgerichtshof	24
Gegenschriften an den Verfassungsgerichtshof	15
Stellungnahmen zu Beschwerden an die Volksanwaltschaft	10
Prüfberechtigungen für Kleinf Feuerungsanlagen	153

Straßenrecht**Schwerpunkte 2001**

Das Land Niederösterreich ist mit dem Bund übereingekommen, im Jahr 2002 das Eigentum und alle sonstigen dingli-

chen Rechte sowie die volle Straßenbau- last an allen in Niederösterreich liegen- den Bundesstraßen B (mit Ausnahme je- ner, die im Netz der Bundesautobahnen und Bundesschnellstraßen verbleiben) zu übernehmen. Aus diesem Grund so- wie zufolge zahlreicher Umlegungen und Auflösungen (von Teilen) von Lan- desstraßen, Übernahmen von Gemein- destraßen als Landesstraßen und Kor- rekturen von Verlaufsbeschreibungen ist der Entwurf einer 1. Novelle zum NÖ Straßengesetz 1999 sowie der Entwurf einer 2. Novelle zum NÖ Landesstraßen- verzeichnis ausgearbeitet worden.

Ziele 2002

Zu Beginn des Jahres 2002 soll die 2. Novelle zum NÖ Landesstraßenver- zeichnis in Begutachtung gegeben wer- den; sie hat zahlreiche Umlegungen und Auflösungen (von Teilen) von Lan- desstraßen, Übernahmen von Bundes- straßen und Gemeindestraßen als Lan- desstraßen und Korrekturen von Ver- laufsbeschreibungen zum Inhalt. Zu- dem soll im Jahr 2002 dem NÖ Landtag der Entwurf einer 1. Novelle zum NÖ

Straßengesetz 1999 zur Beschlussfas- sung vorgelegt werden; der Grund der Gesetzesänderungen liegt im Wesentli- chen in der Übernahme der Bundes- straßen als künftige Landesstraßen. Im Übrigen wird ein besonderes Augen- merk auf die zeitgerechte Prüfung der straßenrechtlichen Verordnungen der Gemeinden sowie auf die zeitgerechte Erledigung von Anfragen und Rechts- mitteln zu legen sein.

Statistik 2001

Schriftliche Rechtsauskünfte	3
Aufsichtsbeschwerden	1
Ausnahmebewilligungen nach dem Bundesstraßengesetz	1
Vorstellungen	2
Berufungen	1
Geprüfte straßenrechtliche Verordnungen von Gemeinden	511
Stellungnahmen zu Beschwerden an die Volksanwaltschaft	0
Enteignungen	0
Gegenschriften an den Verwaltungsgerichtshof	0
Gegenschriften an den Verfassungsgerichtshof	0

Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik

● Die Abteilung Raumordnung und Re- gionalpolitik ist mit folgenden Sachge- bieten in der Landeshauptstadt vertre- ten:

- Örtliche Raumordnung für die Verwal- tungsbezirke Amstetten, Gmünd, Horn, Krems, Lilienfeld, Melk, Scheibbs, St. Pölten, Waidhofen/Thaya, Gerichtsbe- zirk Retz, Statutarstädte Krems, St. Pöl- ten und Waidhofen/Ybbs
- Regionalplanung (teilweise)
- Sektorale Landesraumordnung
- Geschäftsstelle des Landes Nieder- österreich für EU-Regionalpolitik
- Außenstellen der Abteilung bestehen in:
 - Baden (Gebäude der Bezirkshaupt- mannschaft) mit dem Sachgebiet Örtli- che Raumordnung für die Verwaltungs- bezirke Mödling, Gänserndorf, Baden, Neunkirchen, Bruck/Leitha, Tulln, Holla- brunn (ohne Gerichtsbezirk Retz), Kor- neuburg, Mistelbach, Wien-Umgebung, Wiener Neustadt und die Statutarstadt Wiener Neustadt sowie Teilen des Sach- gebietes Regionalplanung und der Ak- tion zur Förderung des Einkaufes in Stadt- und Ortskernen
 - Krems (Gebietsbauamt): Stadter- neuerung
 - Hollabrunn: Dorferneuerung
 - Maria Enzersdorf-Südstadt: Statistik
 - Wien: Vertreter Niederösterreichs in der Planungsgemeinschaft Ost
- Agenden, die ebenfalls von der Ab- teilung Raumordnung und Regionalpoli-

tik wahrgenommen werden und keinem speziellen Sachgebiet zugeordnet wer- den können, betreffen vor allem:

- Mitarbeit in praktisch allen Unteraus- schüssen der Österreichischen Raum- ordnungskonferenz (ÖROK). Der Abtei- lungsleiter ist Vertreter des Landesamts- direktors in der Stellvertreterkommission der ÖROK.
- Planungsgemeinschaft Ost
- Betreuung der Regionalmanage- ments
- Niederösterreichisch-Oberöster- reichische Raumordnungskommission
- Verein Niederösterreich-Wien, ge- meinsame Erholungsräume
- Vereinbarung über die Zusammenar- beit Niederösterreich – Interessengebiet der Tschechischen Republik und der Slowakei
- Österreichisch-Ungarische Raumord- nungskommission
- Arbeitsgruppe Raumordnung der AR- GE Donauländer
- Nationales Komitee der Alpenkonven- tion

Örtliche Raumordnung

● **Gutachtertätigkeit für die Raumord- nungsbehörde** im Zuge des aufsichts- behördlichen Genehmigungsverfahrens für örtliche Raumordnungsprogramme und deren Änderungen. Die sich ständig erweiternde Judikatur legt besonderes

Augenmerk auf Sachlichkeit und Nach- vollziehbarkeit des Entscheidungspro- zesses, was sowohl für die Gemeinde als auch für die Genehmigungsbehörde gilt. Dadurch sowie auch durch die Forde- rung des Raumordnungsgesetzes, dass jede Widmung raumverträglich sein muss und diese Verträglichkeit erforderli- chenfalls nachgewiesen werden muss, ist eine erhebliche Vertiefung bei der Er- arbeitung der Gutachten eingetreten. Vor allem bei größeren Projekten (z. B. Ein- kaufs- oder Fachmarktzentren, Wind- kraftanlagen) ergibt sich ein erheblicher Mehraufwand, der in der Sache aber un- vermeidlich ist. Die 8. Novelle des NÖ ROG erweiterte den Gegenstand raum- ordnungsfachlicher Begutachtung durch zusätzliche Widmungsarten (für land- und forstwirtschaftliche Hofstellen, für Windkraftanlagen, für Freihalteflächen), aber auch durch die Aufwertung des örtli- chen Entwicklungskonzepts, welches nun rechtswirksamer Bestandteil der Ver- ordnung ist.

● **Gutachtertätigkeit für andere Be- hörden, Abteilungen oder externe Stel- len.** Mit zunehmender Größe und Bedeu- tung von Projekten und auch bei häufig zu erwartenden Interessengegensätzen si- chern sich Behörden vermehrt durch Raumordnungsgutachten ab. Bei Anträ- gen um Rodungsbewilligung war schon bisher ein raumordnungsfachliches Gut- achten für die im forstrechtlichen Verfah- ren notwendige Abwägung des öffentli-

chen Interesses in den meisten Fällen unentbehrlich. Nun sind durch legislative Änderungen neue Tätigkeitsfelder für raumordnungsfachliche Beurteilung dazugekommen:

Neue Zuständigkeiten des Landes bei Umweltverträglichkeitsprüfungen haben zur Befassung von raumordnungstechnischen Amtssachverständigen geführt. Durch das neue Naturschutzgesetz hat sich eine neue Vorfrage für die Behörde ergeben, ob nämlich ein bestimmter Standort innerhalb oder außerhalb des Ortsbereiches liegt; dazu wird in strittigen Fällen ein Sachverständigenbeweis erforderlich. Durch die Bauübertragungsverordnung benötigen nun die Bezirks-hauptmannschaften Gutachten zur Beurteilung, ob ein gewerbliches Bauvorhaben der Flächenwidmung entspricht. Seit die Bezirkshauptmannschaften für Verfahren zur Gewinnung mineralischer Rohstoffe zuständig sind, wird auch bei diesen Verfahren zunehmend ein raumordnungstechnischer Amtssachverständiger angefordert. Unverkennbar ist auch der zunehmende Trend zur Ausschöpfung aller Rechtsmittel, die nicht nur im Berufungsweg erfolgen (wodurch in den nächsten Instanzen neuerlich Gutachten eingeholt werden), sondern zunehmend auch am Zivilrechtsweg: Zeugeneinvernahmen der Amtssachverständigen bei Bezirks- und Landesgerichten sind mittlerweile keine Seltenheit mehr.

● **Bearbeitung von Sachthemen**

– Örtliche Raumordnung im kleinregionalen Kontext

– Kleinregionale Rahmenkonzepte

– Weitere Beiträge zur Problematik von Fachmarktzentren, Einkaufszentren, Bauland erhaltenswerte Ortsstrukturen, Raumverträglichkeitsprüfungen

● **Förderstätigkeit für digitale örtliche Raumordnungsprogramme, örtliche Entwicklungskonzepte und kleinregionale Rahmenkonzepte.**

Bei der Neufassung der Förderungsrichtlinien im März 2001 wurde die Subventionierung auf ein völlig neues Ziel ausgerichtet, nämlich auf die freiwillige gegenseitige Abstimmung der Gemeinden auf kleinregionaler Ebene. Dieser Umstieg, mit dem auch methodisches Neuland betreten wird, hat zu einem entsprechend großen Aufwand für Beratung und Information betreffend Anforderungen, Vorgangsweisen und Förderungsmodalitäten geführt.

● **Vergabe von Aufträgen.** Nicht vom Sachgebiet Örtliche Raumordnung abdeckbare Leistungen werden fachlich aufbereitet und als Aufträge vergeben. Es handelt sich dabei um Leistungen im Softwarebereich für die Erstellung und Begutachtung Digitaler Örtlicher Raumordnungsprogramme. Das auszuarbeitende Datenstrukturmodell wurde im Jahr 2001 im Konzept fertig gestellt.

● **Auskunftswesen, Bürgerservice.** Die Bürger sind zunehmend besser über amtliche Strukturen informiert und

sehen diese zu Recht als Dienstleistungseinrichtungen an. Besonders an den Amtssprechtagen werden persönlich und telefonisch Raumordnungsauskünfte zu Widmungsfragen sowie zu Nachbarschafts- und Widmungskonflikten eingeholt. Vermehrt werden Auskünfte über Gutachten verlangt.

● **Informations- und Erfahrungsaustausch.** Die bewährten Veranstaltungen, die wesentlich dazu beigetragen haben, die Zusammenarbeit zwischen Sachverständigen, Ziviltechnikern, Gemeindevertretern u. a. zu verbessern, wurden 2001 fortgesetzt:

– „Stadt- und Raumordnung“ als Fachtagung mit den Bauämtern der größeren Städte Niederösterreichs

– „Raumordnung miteinander“ – Tagesseminar mit Ziviltechnikern

– Tagungen mit Architekten- und Ingenieurkammer

– Informationsaustausch mit den Gebietsbauämtern

– Zusammenarbeit mit Universitätsinstituten

● **Beratungsleistungen.** Bei komplexen Problemen suchen sowohl Ortsplaner als auch Gemeindevertreter eine kontinuierliche Abstimmung mit den Amtssachverständigen. In dieser mitunter mühsamen prozessbegleitenden Tätigkeit liegt aber auch die Chance, die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden über den vermeintlichen Vorteil des Augenblicks hinaus zu sichern und die Abstimmung der örtlichen Raumordnung mit den Zielen der Landesraumordnung zu harmonisieren. Obwohl es sich dabei um eine sehr effiziente Möglichkeit handelt, Raumordnung umzusetzen und teure Fehlentwicklungen zu vermeiden, konnte diese Leistung auf Grund des knappen Personalstandes (der durch Karenzen ohne Karenzvertretungen überdies noch eingeschränkt war) bei weitem nicht im gewünschten Umfang geboten werden.

Ein besonders besprechungsintensiver Problempunkt ist durch die 8. Novelle des NÖ Raumordnungsgesetzes entstanden: Gemeinden sind seither verpflichtet, Bausperren bzw. u. U. auch Rückwidmungen durchzuführen, wenn sich nachträglich herausstellt, dass noch nicht genutzte Baulandwidmungen durch Gefährdungen wie Hochwasser, Rutschungen, Steinschlag, Altlasten u. dgl. betroffen sind, wobei nur innerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes Ausnahmen möglich sind. Weil sich damit gewaltige Spannungen mit den Grundeigentümern ergeben, denen für diese Einschränkungen und Wertminderungen ausdrücklich kein Entschädigungsanspruch zusteht, benötigen die Gemeinden und Ortsplaner in diesem Punkt besonders sorgfältige fachliche Beratung.

● **Teilnahme an länderübergreifenden Arbeitskreisen und Konferenzen.** Die Abstimmung der Entwicklungen mit den angrenzenden Bundesländern, aber auch mit Tschechien und Slowakei

machten zunehmenden Informationsaustausch notwendig. Besonders im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost gab es wiederholt Abstimmungsbedarf, der die Beziehung der örtlich zuständigen Amtssachverständigen erforderlich machte.

● **Leistungen und Informationen für den politischen Referenten und Anfragen anderer Politiker.** Zahlreiche Anfragen, welche Bürger direkt an die Landespolitiker richten und zu deren Beantwortung entsprechende Fachinformationen nötig sind, haben auch im Jahr 2001 beträchtliche Sachverständigenkapazitäten gebunden. In den meisten Fällen lässt sich ohne spezielle Erhebungen (Lokalausgesehen und diverse Recherchen) keine substantielle Information abgeben.

● **Verfassen von Fachartikeln.** Die Mitarbeit an der Öffentlichkeitsarbeit durch Beiträge in fachspezifischen Publikationen des Landes ist längst eine Selbstverständlichkeit geworden, der sich die Raumordnung im Jahre 2001 darüber hinaus auch deshalb nicht entziehen konnte, da sich kurz zuvor wesentliche Änderungen in den raumordnungsrechtlichen und raumordnungspolitischen Rahmenbedingungen ergeben hatten.

● **Die Digitalisierung der örtlichen Raumordnung geht laufend weiter.**

Wenn die digitale Katastermappe bereits verfügbar war, wurden Neufassungen der örtlichen Raumordnungsprogramme fast nur mehr in digitaler Form und auf GIS-Basis durchgeführt. Zusätzlich zur inhaltlichen Begutachtung war daher auch die GIS-Tauglichkeit der gelieferten Unterlagen zu prüfen.

● **Erstellung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen.** Schwerpunkt war im Jahr 2001 die fachliche Erarbeitung von Grundlagen und die Mitarbeit an der 9. Novelle des NÖ Raumordnungsgesetzes. Weiters konnten nach mehrjährigen Bemühungen Ende 2001 die Arbeiten an der Neufassung der Planzeichenverordnung für örtliche Raumordnungsprogramme abgeschlossen werden; dabei waren zuletzt noch zahlreiche Gesprächsrunden sowohl innerhalb der Landesregierung, als auch mit Ortsplanern, Kammervertretern und anderen externen Fachleuten zu führen, in denen die Zielsetzungen des Amtes mit bereits vorliegenden Erfahrungen digitaler Planungen abzustimmen waren.

Archiv

- EDV-mäßige Verwaltung der Flächenwidmungsplandaten
- Betreuung der Planotheken bei den jeweiligen Amtssachverständigen
- Führung des Planarchivs für die Flächenwidmungspläne
- Kontrolle der Nachführung vorangegangener Änderungen bei der Einordnung neuer Plandrucke

- Herstellung von Planunterlagen für Planungszwecke
- Zusammenstellung von Grundlagen-daten für Projektanten (gegen Entgelt)
- Archivierung der durch Änderungen bzw. Neuplanungen ersetzten Ortsplanungen in Form der Mikroverfilmung
- Archivierung der Grundlagenforschung zur örtlichen Raumordnung
- Auskunftserteilung über Flächenwidmungspläne und Grundlagenforschung der örtlichen Raumordnung, wobei die Recherchen und Anfragen über die Historie einzelner Flächenwidmungen stark zugenommen hat.
- Durchführung der Umstellung des Planarchivs auf EDV-mäßig verwaltete Dateien
- Zusammenstellen von raumordnungsrelevanten Daten aus den Grundlagenforschungen der örtlichen Raumordnungsprogramme (Baulandreserven, erhaltenswerte Gebäude)

Sektorale Landesraumordnung

Das Sachgebiet „Landesraumordnung“ agiert im Sinne der Bundesverfassung in jenem Raumordnungs-Kompetenzbereich des Landes, wo – im Gegensatz zum Aufsichtsrecht des Landes gegenüber den Gemeinden – eigene überörtliche Vorstellungen zur Raumordnung und Raumentwicklung des Landesgebietes aufgestellt und umgesetzt werden können.

Aufgabe des Sachgebietes „Landesraumordnung“ ist es, Grundsätze und Ziele zur Landesraumordnung zu entwickeln, raumstrukturelle Gegebenheiten und Entwicklungen sowie Probleme insgesamt oder themenbezogen (= sektoral) zu analysieren sowie Lösungen für eine positive, räumlich abgestimmte und nachhaltige Landesentwicklung zu erarbeiten. Daraus ergeben sich u. a. Leitlinien dafür, wie das Land Niederösterreich aus der Gesamtsicht räumlich „geordnet“ bzw. entwickelt werden soll.

Im Rahmen der Grundlagenforschung werden für verschiedenste Themenbereiche mit Raumbezug wissenschaftliche Untersuchungen und Entscheidungsgrundlagen teils selbst, teils in Form von Auftragsforschung erstellt und Raumordnungsprogramme, Raumordnungs- und Entwicklungskonzepte sowie Gutachten erarbeitet.

Zur Aufbereitung von Entscheidungsgrundlagen hat die EDV-unterstützte Dateninformation auf geographischer Basis einen hohen Stellenwert.

Da Raumordnung und Raumentwicklung als „Querschnittsmaterie“ wirksam wird, ist Koordination und Kooperation der raumwirksamen Ressorts bzw. Fachbereiche erforderlich. Dementsprechend ist die Koordination und die Kooperation zwischen der Raumordnungsabteilung und den fachlich zuständigen

Stellen, die ihrerseits großteils für Förderungsvergaben zuständig sind, für eine effektive Raumordnung, Raumentwicklung und Regionalpolitik eine grundlegende Voraussetzung.

Thematische Bearbeitungsbereiche des Sachbereiches Landesraumordnung sind:

- Landesentwicklungskonzept sowie Raumordnungs- und räumliche Entwicklungskonzeptionen auf Landesebene
- Siedlungs-, Zentren- und Kommunalstruktur einschließlich Versorgung mit Dienstleistungen
- Wirtschaft (Schwerpunkt industriell-gewerblicher Bereich)
- Tourismus, Freizeit- und Erholungswesen
- Gesundheits- und Sozialwesen
- Bildungswesen
- EDV-unterstütztes Geo-Informationswesen (unter Einbeziehung von Demografie und Erreichbarkeiten)
- Literaturdokumentation
- Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK)

Schwerpunkte 2001

- Projekt „Raumordnungs- und Raumentwicklungskonzept für das Land Niederösterreich“ (= Landesentwicklungskonzept): Erstellung einer Konzeption für die Aufgaben, den Inhalt, den Aufbau und den Erstellungsprozess eines NÖ-Landesentwicklungskonzepts
- Raumordnungsprogramm für Gewerbe und Industrie: Entwurf einer Neufassung und Zuleitung in das Begutachtungsverfahren
- Fachliche Endredaktion des Novellierungsentwurfes zum Raumordnungsprogramm für das Gesundheitswesen nach dem Begutachtungsverfahren. Der Novellierungsentwurf enthält den revidierten Krankenanstaltenplan des Landes Niederösterreich.
- Mitarbeit an der Erstellung des Österreichischen Raumentwicklungskonzepts (ÖREK) 2001 im Rahmen der österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) sowie in der dazu eingerichteten Arbeitsgruppe. Erstellung von Teilkapiteln, Mitarbeit am Gesamtkonzept
- Mitarbeit im Ständigen Unterausschuss der ÖROK (Themen des Jahres 2001 u. a.: ÖREK 2001, Räumliche Disparitäten im Bildungswesen, ÖROK-Atlas) sowie in den Unterausschüssen „Siedlungswesen“ und „Raumverträglichkeitsprüfung“
- Abschluss des Projekts „Informationssystem Erholungsraum NÖ“. Dieses Informationssystem bietet Grundlagen zur Bewertung der Eignung von Gebieten für das Freizeit- und Erholungswesen.
- Weiterführung des Projekts Reitwege, Kartierung des Verw.-Bez. Tulln
- Raumordnungsbeitrag zum Waldentwicklungsplan Melk

● Weiterentwicklung des NÖ Erreichbarkeitsmodells. Damit können Abgrenzungen von Einzugsgebieten und Berechnung von Potentialen nach der kürzesten Entfernung sowie nach Entfernungszonen und räumlich gewichtete Bewertungen diverser statistischer Merkmale durchgeführt werden.

- Machbarkeitsprüfung eines Erreichbarkeitsmodells für den ÖV in Anlehnung an das NÖ Erreichbarkeitsmodell für den Individualverkehr
- Aufbereitung von Entscheidungsgrundlagen und Kartenmaterial zur Reorganisation öffentlicher Einrichtungen, u. a. zur Gerichtsstruktur, zu Reorganisationsplänen bzgl. Finanzämter, Gendarmerieposten und Postämter
- Expertise über die Voraussetzungen zur Errichtung einer technischen Schule im Raum Gänserndorf-Mistelbach
- Grundlagenforschung zum Themenbereich Versorgung, speziell Handel/Nahversorgung/Großformen des Einzelhandels sowie damit im Zusammenhang stehende Gutachtertätigkeit, Grundlagenforschung zur Evaluierung der Nahversorgungsförderung
- Mitwirkung an der Umsetzung des Konzepts zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren (NAFES)
- Aufbereitung von Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zum Gesundheits- und Sozialwesen (u. a. für den NÖ Psychiatrieplan); Mitarbeit am LAD-Projekt „Ausweitung der Versorgung Niederösterreichs mit Notärzten“
- Beitrag zur Erstellung einer PGO-Karte über überörtliche Planungen und Entwicklungsvorstellungen in der Ostregion
- Koordination des Projekts EREG III (Raum östliches Weinviertel, Marchfeld, Raum Hainburg-Bruck an der Leitha und entsprechende Grenzgebiete in der Slowakei und in Ungarn)

Ziele 2002

- Erstellung des NÖ Landesentwicklungskonzepts
- Fachliche Überarbeitung des Entwurfs zum Gewerbe- und Industrie-Raumordnungsprogramm nach dem Begutachtungsverfahren
- Mitarbeit an der Publikation des Österreichischen Raumentwicklungskonzepts 2001
- Expertisen zu Infrastrukturplanungen, u. a. mit Hilfe des NÖ Erreichbarkeitsmodells
- Mitwirkung an der Umsetzung des Konzepts zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren (NAFES)
- Weiterentwicklung des Informationssystems Erholungsraum NÖ
- Erstellung digitaler Planungsgrundlagen und EDV-unterstützter Karten, raumordnungsfachliche Informationsaufbereitung mit Hilfe sachbereichsbezogener Datenbanken

Regionalplanung

Die Erstellung von Regionalen Raumordnungsprogrammen, die Betreuung und Koordination von Kleinregionalen Entwicklungskonzepten, die Arbeiten zur Belegung von Stadtkernen (NAFES) und sonstige regional raumrelevante Bearbeitungen stellen die wichtigsten Arbeitsfelder der „Regionalplanung“ dar.

Schwerpunkte 2001

In regionalen Raumordnungsprogrammen werden auf der Basis der NÖ Raumordnungsgesetze verbindliche Festlegungen, insbesondere hinsichtlich des Naturraums und der Siedlungsstruktur getroffen.

Regionales Raumordnungsprogramm Wr. Neustadt-Neunkirchen.

Nach Einarbeitung einzelner Einwände im Zuge des Begutachtungsverfahrens wurde die Verordnung zum Regionalen Raumordnungsprogramm Wr. Neustadt – Neunkirchen von der NÖ Landesregierung beschlossen und trat mit der Kundmachung am 28. September 2001 in Kraft.

Regionales Raumordnungsprogramm NÖ-Mitte.

Die Verordnung zum Regionalen Raumordnungsprogramm NÖ-Mitte war im Berichtsjahr im Begutachtungsverfahren und wurde nach Einarbeitung einzelner Einwände zu Jahresende 2001 von der NÖ Landesregierung beschlossen.

Regionen Untere Erlauf und Untere Ybbs.

2001 wurden für diese beiden Regionen wesentlich verbesserte Planungsgrundlagen durch die digitale Erfassung der Baulandflächen, im Gegensatz zur bisherigen analogen Erfassung, geschaffen.

Kleinregionale Entwicklungskonzepte.

(Kleinregionen sollen in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Eigenart und Vielfalt erhalten und erneuert werden.)

Folgende kleinregionale Entwicklungskonzepte wurden 2001 fertig gestellt:

- Ybbs-Wieselburg
- Pöchlarn
- Dunkelsteiner Wald
- Melktal-Ruprechtshofen
- Wagramland
- Königstetten

Strategische Umweltplanung im nördlichen Industrieviertel.

2001 wurden die Arbeiten an der „Strategischen Umweltplanung“ weitergeführt. Neben einer Problem- und Sensibilitätsanalyse der raumprägenden Systeme wurde eine Auswertung der Zielvorstellungen der Gemeinden (örtliche Raumordnungsprogramme) durchgeführt. Weiters wurden Vorschläge für die räumliche Abgrenzung von Kleinregionen bzw. Kleinregionalen Kooperationsplattformen (Triestingtal, Wienerwald, Südbahnachse, Steinfeld-Feuchte Ebene,

Wien-Südachse, Schwechat, Carnuntum) erarbeitet und die vorhandenen Arbeitsergebnisse in allen sieben Plattformen diskutiert.

Zwischenzeitlich wurden die Richtlinien für die „Strategische Umweltprüfung“ rechtsverbindlich, so dass es der Setzung neuer Akzente und einer Änderung der ursprünglichen Planungsstrategie bedarf.

NAFES

Das Land Niederösterreich hat in Kooperation mit der Wirtschaftskammer die Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren (NAFES) gegründet, die die Förderung von infrastrukturellen Maßnahmen und Vorhaben, die nachhaltig die Attraktivität von Ortskernen für die Kunden erhöhen, zum Ziel hat. Förderziele sind:

- die Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere Verbesserung der Erreichbarkeit der städtisch geprägten Ortskerne und der Parkmöglichkeiten
 - die Verbesserung des Branchenmix
 - Aktivitäten zur Stärkung der Kooperation der Betriebe in den städtisch geprägten Ortskernen
 - Werbemaßnahmen für das Einkaufen in städtisch geprägten Ortskernen
 - Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen eines Ortsmarketingkonzepts
- Förderwerber können tragfähige Organisationsformen der Wirtschaft bzw. NÖ Gemeinden sein.

Die NÖ Landesregierung hat im Jahr 2001 auf Grund einer positiven Förderempfehlung des Beirats der NÖ Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren eine Förderung von 12,1 Mio. S beschlossen, was einem Investitionsvolumen von 42,7 Mio. S entspricht, wobei 3,9 Mio. S aus EFRE-Mitteln finanziert werden.

Leer stehende Geschäftslokale gehören zu den größten Herausforderungen bei der Attraktivierung von Ortskernen. Um dieser problematischen Entwicklung entgegenzuwirken, wurde in NÖ im Rahmen von NAFES als Pilotprojekt das NÖ Leerflächeninformationssystem LIS ins Leben gerufen.

Im Mittelpunkt der Initiative steht eine öffentliche Datenbank mit wichtigen Informationen zu kommunalen Standorten und leer stehenden Geschäftsflächen. Die Aufbereitung der aktuellen Leerflächen im Internet ist als Unterstützung für Projektumsetzer und Immobilienmakler gedacht. Sie können durch zielsichere Abfragen von dieser Datenbank profitieren. Gesammelt und gewartet wird das Datenmaterial von Ansprechpartnern vor Ort. Ähnlich den „Umweltbeauftragten“ sollen „Ortskernbeauftragte“ für ein allfälliges Anliegen sensibilisiert werden und sich nachhaltig um die Belegung der Zentren bemühen.

Ziele 2002

- Laufende Betreuung der Regionalen Raumordnungsprogramme
- Weiterführung der digitalen Aufnahme von Baulanddaten (Baulandumhüllende)
- Aktualisierung der vorhandenen regionalen Grundlagendaten für die Bereiche der Unteren Erlauf und der Unteren Ybbs
- Einsatz der Methoden des Projektmanagements bei Bearbeitungen der Regionalplanung
- Koordinierung der Planungsarbeiten im Rahmen der Kleinregionalen Kooperationsplattformen
- Weiterführung des Projektes Leerflächeninformationssystem im Rahmen von NAFES, insbesondere durch Schulung und Betreuung der Ortskernbeauftragten
- Initiierung von Beratungs- und Aktivierungsschritten für innerstädtische Einkaufszentren

EU-Regionalpolitik

Erfolgreicher Start der EU-Programperiode 2000–2006

Die „Geschäftsstelle des Landes Niederösterreich für EU-Regionalpolitik“, die 1994 eingerichtet wurde, hat für eine effiziente Vorbereitung und Umsetzung der EU-Regionalförderprogramme zu sorgen und die hierfür notwendige Planungs-, Koordinierungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Niederösterreich partizipiert in der laufenden Programmplanungsperiode 2000–2006 im Rahmen der EU-Strukturfonds an insgesamt 5 derartigen Förderprogrammen: Ziel 2 Niederösterreich (wirtschaftliche und soziale Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen), INTERREG IIIA Österreich – Slowakei, Österreich – Tschechische Republik und Österreich – Ungarn (grenzübergreifende Zusammenarbeit) und LEADER+ (integrierte kleinregionale Entwicklung im ländlichen Raum). LEADER+ wird auf Landesebene von der Abteilung Landwirtschaftsförderung verwaltet, die übrigen Programme von der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik – Geschäftsstelle des Landes NÖ für Regionalpolitik.

Auf der Grundlage dieser 5 Programme werden im Zeitraum 2000–2006 Projekte durch die EU-Strukturfonds im Ausmaß von 222,2 Mio. € mitfinanziert. Dadurch wird voraussichtlich ein Investitionsvolumen von nahezu 1 Mrd. € in den geförderten Gebieten ausgelöst!

Die Erstellung der genannten regionalen Entwicklungs- und Förderprogramme erfolgte in der von der EU erwünschten partizipatorisch-kooperativen Weise, unter Einbindung der für die Regionalpolitik

maßgeblichen Akteure. Dieser Programm-Vorbereitungsprozess dauerte von Ende 1998 bis zum 2. Quartal 2000. Nach der Beschlussfassung durch die NÖ Landesregierung und die Bundesregierung wurden die einzelnen Programmplanungsdokumente bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht. Das aufwändige Genehmigungsverfahren für die 5 genannten Programme wurde im Laufe des Jahres 2001 abgeschlossen und die Umsetzung dieser Programme erfolgreich gestartet (Förderungsdaten siehe unten).

Abschluss der EU- Programperiode 1995–1999

Parallel zum Start der neuen EU-Regionalprogramme 2000–2006 musste dafür vorgesorgt werden, die beiden Programme Ziel 2 und Ziel 5b Niederösterreich sowie die Gemeinschaftsinitiativen INTERREG IIA und LEADER II der vorangegangenen EU-Strukturfonds-Programmplanungsperiode 1995–1999 zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Die Ausfinanzierung der im Zeitraum 1995–1999 genehmigten EU-Projekte war nämlich noch bis Ende 2001 möglich. Alleine im Rahmen der beiden regionalen Zielprogramme (Ziel 2 und 5b) konnten rd. 9.000 Projekte realisiert und damit 6.200 neue Arbeitsplätze geschaffen und weitere 31.600 Stellen in bereits bestehenden Industrie-, Gewerbe- und Tourismusbetrieben abgesichert werden. Mit Hilfe von INTERREG IIA konnten 174 Projekte verwirklicht werden, auf der Basis von LEADER II 260 Projekte.

Ziel-2-Programm Niederösterreich

Nach einem komplizierten, 11 Monate währenden Genehmigungsverfahren wurde das Einheitliche Programmplanungsdokument (EPPD) für dieses EU-Regionalprogramm schließlich am 16. 3. 2001 von der Europäischen Kommission genehmigt, gleichzeitig mit weiteren 7 österreichischen Ziel-2-Programmen. Die sogenannte „Ergänzung zur Programmplanung (EzP)“, welche eine Detaillierung des Maßnahmen- und Finanzierungsplans enthält, wurde von der EU-Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit den beteiligten Förderstellen erstellt und bei der 1. Sitzung des offiziellen Begleitausschusses für dieses Programm beschlossen. EPPD und EzP wurden im August 2001 in Form von 2 Broschüren veröffentlicht und u. a. allen in den Ziel-2- bzw. Übergangsgebieten liegenden Gemeinden zugleitet. Für das neue Ziel-2-Programm stehen 177 Mio. € an Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie 153 Mio. € an nationalen

Fördermitteln (darunter 66 Mio. € Landesmittel) zur Verfügung. Über die Maßnahmen, die damit realisiert werden sollen, wurde bereits in den Agenden/Aktivitäten 2000/2001 berichtet.

Die Umsetzung des Programmes erfolgt in einem arbeitsteiligen System, in welchem die „Verwaltungsbehörde“ (Geschäftsstelle des Landes NÖ für EU-Regionalpolitik) die Gesamtkoordination und die Öffentlichkeitsarbeit wahrnimmt. Weitere maßgebliche Akteure sind die „Zahlstelle“ (Bundeskanzleramt/ERP-Fonds: Monitoring und Auszahlung der EU-Mittel), die Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Sekretariat der Begleitausschüsse,

österreichweite Informations- und Diskussionsplattform), die „Maßnahmenverantwortlichen Förderstellen“ (Projekteinreichung, -bewertung, -finanzierung mit nationalen Mitteln) und die Regionalmanagements (Beratung, Hilfestellung bei der Generierung komplexerer Projekte). Ein eigener Steuerungsausschuss, dem die genannten sowie einige weitere Institutionen angehören, soll für eine möglichst effiziente und den regionalpolitischen Zielsetzungen konforme Verwirklichung des neuen Ziel-2-Programms sorgen.

Die arbeitsteilige administrative und finanzielle Umsetzung des Programms wird durch eine eigene „Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über Regelungen zur partnerschaftlichen Durchführung der Regionalprogramme im Rahmen der EU-Strukturfonds in der Periode 2001–2006“ geregelt. Diese Art-15a-Vereinbarung wurde am 17. 5. 2001 vom NÖ Landtag und am 21. 11. 2001 vom Nationalrat beschlossen und ist am 7. 12. 2001 in Kraft getreten (BGBl. I 147/2001 vom 21. 12. 2001).

Um eine ordnungsgemäße und effiziente Umsetzung des Programms zu gewährleisten, wurden von der EU-Geschäftsstelle als „Verwaltungsbehörde“ u. a. folgende Arbeiten durchgeführt:

- Sitzung des Begleitausschusses (Organisation, Vorsitz)
- Sitzung des Steuerungsausschusses (Organisation, Vorsitz)
- Teilnahme am Jahrestreffen Verwaltungsbehörden – Europäische Kommission zur Klärung technischer Fragen der Programmabwicklung
- Mitwirkung beim Aufbau eines leistungsfähigen Monitoring-Systems zur laufenden Beobachtung des Förderungsgeschehens
- Darstellung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme
- Ausarbeitung eines standardisierten Förderungsvertrags
- Erstellung der Jahresberichte über den Umsetzungserfolg im Jahr 2000
- Mitwirkung an obiger Art.-15a-Vereinbarung
- Beratung und Abwicklung einzelner Ziel-2-Projekte

● Informationstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit

Am 22. 11. 2001 besichtigte der für die EU-Regionalpolitik zuständige EU-Kommissar Michel Barnier in Niederösterreich Modellprojekte, die im Rahmen der EU-Zielprogramme gefördert wurden: Gesundheits- und Wellnesszentrum (W. Dugl) in Gars am Kamp und das RIZ NÖ-Nord in Krems an der Donau.

Mit Monitoringstand 4. Quartal 2001 wurden im Zuge des Ziel-2-Programms NÖ 309 Projekte genehmigt, welche mit 54 Mio. € an öffentlichen Mitteln gefördert werden (darunter EU 30 Mio. €) und mit Gesamtkosten/Investitionen von 166 Mio. € verbunden sind.

INTERREG

Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG ist das Programm zur Unterstützung der grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit in Europa. Für Niederösterreich mit seiner Grenze zu Tschechien und der Slowakei sowie einem besonderen räumlichen Naheverhältnis zu Ungarn ist INTERREG ein wesentliches Instrument zur aktiven Vorbereitung der Region auf die EU-Erweiterung.

Die drei gemeinsamen Programmdokumente für INTERREG IIIA im Zeitraum 2000–2006 sind fast zwei Jahre nach dem offiziellen Programmbeginn im September 2001 von der Europäischen Kommission genehmigt worden. Nach der ersten Runde der bilateralen Begleit- und Lenkungsausschüsse mit den Partnern aus der Slowakei, aus Tschechien und aus Ungarn sind bereits insgesamt 48 Projekte in Angriff genommen worden. Diese Projekte wurden gemäß den gemeinsamen Projektauswahlkriterien beschlossen und werden nun gemeinsam in den unterschiedlichen Prioritäten (P) des Programms INTERREG IIIA umgesetzt: Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation (P1), Erreichbarkeit (P2), Grenzüberschreitende Organisationsstrukturen und Netzwerke (P3), Humanressourcen (P4), Nachhaltige Raum- und Umweltentwicklung (P5). Gemeinsam mit den Partnern werden zur Zeit 19 Projekte in P1, 1 Projekt in P2, 12 Projekte in P3, 6 Projekte in P4 und 10 Projekte in P5 realisiert. Durch diese 48 Projekte sind 10 Mio. € von insgesamt 27 Mio. € EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) für die Periode 2000–2006 gebunden. Das ergibt ein Gesamtvolumen von 20 Mio. € (nationale und EFRE-Mittel), die als Förderung für grenzüberschreitende Zusammenarbeit seit Beginn der laufenden Programmperiode eingesetzt wurden und so zur Unterstützung der niederösterreichischen Grenzregionen beitragen. Mit den bereits laufenden Projekten hat das Land Niederösterreich

bereits einen hohen Ausschöpfungsgrad der vorgesehenen Fördermittel erreicht.

Die Gesamtkoordination für INTERREG liegt bei der Geschäftsstelle für EU-Regionalpolitik. In Zukunft finden vier Lenkungsausschüsse pro Jahr zur Projektentscheidung statt, bei denen Projektträger die Möglichkeit haben, neue Projekte genehmigen zu lassen.

3 Regionalpolitisches Reagieren auf die Erweiterung der EU

Der bevorstehende EU-Beitritt der Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) hat für NÖ infolge seiner exponierten geografischen Lage weitreichende Auswirkungen. Dies betrifft v. a. die Grenzregionen – mit Chancen und Risiken. Zur Stärkung der Grenzregionen Niederösterreichs wurde 1998 ein eigenes „Fitnessprogramm für Niederösterreich“ ins Leben gerufen, dessen regionale Impulsprojekte teilweise aus EU-Strukturfondsmitteln, teilweise aus nationalen Mitteln kofinanziert werden. Zwecks Intensivierung der notwendigen „Information und Kommunikation“ als eine der drei „Säulen“ dieses Fitnessprogramms hat ab 1. 8. 2001 ein eigener EU-Erweiterungsbeauftragter des Landes NÖ (Dr. G. Silberbauer) seine Tätigkeit aufgenommen.

Um die struktur- und regionalpolitischen Herausforderungen der EU-Erweiterung besser bewältigen zu können, wurde außerdem ein Positionspapier „Niederösterreich und die Erweiterung der EU“ erstellt und mit der Ausgabe von März 2001 auf aktuellen Stand gebracht.

LEADER II/LEADER+

Im Jahr 2001 wurde mit der Abrechnung der letzten Projekte aus LEADER II die Programmplanungsperiode 1995–1999 endgültig abgeschlossen. Wie aus den Monitoringdaten hervorgeht, war LEADER II sehr erfolgreich in der Initiierung von innovativen Projekten im ländlichen Raum, und es ist sogar geglückt, grenzübergreifende Projekte gemeinsam mit Gruppen aus Spanien und Griechenland zu realisieren. Mit Hilfe von LEADER+ sollen auch in dieser Programmplanungsperiode im Rahmen bestimmter Themenschwerpunkte innovative Vorhaben im ländlichen Raum realisiert und dabei die vorhandenen regionalen Entwicklungspotentiale aktiviert werden. Die kooperative Tätigkeit kleinregional organisierter Aktionsgruppen bildet die Voraussetzung für den Erfolg dieser Initiative. NÖ partizipiert am gesamtösterreichischen LEADER-Programm, das am 26. 3. 2001 von der EK genehmigt wurde. In einem ersten bundesweiten Auswahlverfahren wurden zunächst 10 LEADER-Gruppen bzw. -gebiete in-

nerhalb Niederösterreichs festgelegt, weitere sollen in einem zweiten Schritt im Frühjahr 2002 hinzu kommen. Finanzierungsstruktur (Niederösterreich-Anteil): 17,4 Mio. € EAGFL-A, 17,4 Mio. € nationale Mittel.

Regionalmanagement

Die im Jahr 2000 begonnene erfolgreiche Neugestaltung der Struktur der Regionalmanagements hat ihre positiven Auswirkungen auch im Jahr 2001 gezeigt. Die Arbeit konnte weiter professionalisiert werden, und auch die Bestrebungen zur Vernetzung der NÖ Regionalmanagements wurden fortgesetzt. Darüber hinaus ist es gelungen, eine österreichweite Zusammenarbeit der Regionalmanagements zu konzipieren. In Niederösterreich sind „flächendeckend“ 6 Regionalmanager in den Regionen Waldviertel, Weinviertel, Industrieviertel/Wiener Umland Süd, Mostviertel/Niederösterreich Mitte tätig, die impulsgebend bei der Ideenfindung für Projekte in den Regionen wirken, die Betreuung der Kleinregionen in wesentlichen Bereichen übernommen haben und sich auch weiterhin dem Aufbau der EUREGIOs widmen.

Dorferneuerung

Die NÖ Dorferneuerung wird auch im siebzehnten Jahr ihres Bestandes von zahlreichen Aktivisten im Ländlichen Raum als geeignetes Instrument der Belebung ihrer Heimatorte angesehen und genutzt.

Eckdaten

Im Jahr 2001 fanden 4 Sitzungen des „Forums“, des Koordinationsorgans der NÖ Dorferneuerung, statt. Dabei wurden 30 Leitbilder sowie 4 Dorferneuerungspläne als Basis für die weitere Arbeit in den Orten anerkannt. Diese Arbeit wurde bei „Viertelstagen“ in den Regionen vorbereitet.

Im Jahr 2001 wurden € 1.633.377,40 (S 22.475.763,-) an Fördermitteln für örtliche Projekte genehmigt. Die Kofinanzierung durch den EAGFL-Fonds der Europäischen Union vergrößerte den Aktionsradius der NÖ Dorferneuerung, die strengen Auflagen der EU erhöhten aber den Administrations- und Kontrollaufwand.

Broschüre „Leben in Stadt und Land“

Im Jahr 2001 erschienen drei Ausgaben der Schriftenreihe „Leben in Stadt und Land“ im Vierfarbendruck in einer Auflage von etwa 40.000 Stück. Es wurden

unter anderem Beiträge über das Jahr der Freiwilligen, soziale Fragestellungen, Wirtschaft, Bildung, Kultur und Neue Medien im ländlichen Raum sowie über Gestaltungsfragen veröffentlicht.

Plattform „Bildung und Begegnung“

Auch im Jahr 2001 engagierte sich die NÖ Dorferneuerung gemeinsam mit NÖ Trägern der Erwachsenenbildung, weiteren Institutionen sowie externen Fachleuten stark in der Plattform „Bildung und Begegnung“. Ziel der Initiative ist eine Auseinandersetzung mit den elektronischen „Neuen Medien“.

Diese Arbeit beinhaltet einen wichtigen raumplanerischen Aspekt: durch neue Kommunikationstechnologien stellt sich der „Faktor Raum“ in Zukunft anders dar als bisher: neben der Erreichbarkeit im Öffentlichen Verkehr und im Individualverkehr wird die „Virtuelle Erreichbarkeit“ (geprägt durch technische, finanzielle, organisatorische Faktoren, aber mindestens ebenso stark auch durch Fertigkeiten der Menschen und der Bereitschaft, die neuen Technologien zu nutzen) immer wichtiger.

Zusammenarbeit mit ähnlichen Aktionen außerhalb Niederösterreichs

Die NÖ Dorferneuerungsverantwortlichen stehen im Rahmen der „Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Dorferneuerung und Gemeindeentwicklung“ sowie der „Europäischen Arge Dorferneuerung und Landentwicklung“ im regelmäßigen Gedankenaustausch mit ähnlich ausgerichteten Aktionen.

Die NÖ Dorferneuerung sieht es weiterhin als ihre Aufgabe an, Wissen an die östlichen Nachbarländer weiterzugeben. Die meisten Kontakte bestehen mit Kollegen in der Tschechischen Republik.

Stadterneuerung

Im Dezember 1992 wurde die Landesaktion „Stadterneuerung in NÖ“ ins Leben gerufen; sie ist im NÖ Raumordnungsgesetz wie folgt verankert: „Das Land hat die Gemeinden bei der Durchführung von Stadt- und Dorferneuerungsmaßnahmen, die auf Initiative und unter Beteiligung der Bürger erfolgen, zu unterstützen.“

Entwicklung von Innen

Die Bürger in den Städten Niederösterreichs sollen befähigt werden, ihre Probleme selbst in den Griff zu bekommen und ihre Bedürfnisse zu artikulieren. Dazu werden in Städten Stadterneuerungs-

büros eingerichtet, die mit den zuständigen Betreuern Hilfe zur Selbsthilfe anbieten und die Bürger bestmöglich unterstützen. Diese Büros sind Bindeglied zwischen Bürgern, Stadtverwaltung und Landesstelle.

Die Landeskoordinierungsstelle für Stadterneuerung ihrerseits gibt die Rahmenbedingungen vor und dient als Vergabe- und Kontrollstelle für Förderungen und als Koordinierungsstelle für die einzelnen Stadterneuerungsbüros. Weiters ist die Landesstelle maßnahmenverantwortliche Förderstelle für Förderungen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

Stadterneuerungskonzepte

Augenmerk wird auf eine Stadterneuerung aus ganzheitlicher Sicht gelegt. So werden in den Städten entsprechend den spezifischen Problemlagen gemeinsam mit den Bürgern Erneuerungskonzepte erarbeitet und die Leitbilder für die zukünftige Entwicklung der Stadt vom Gemeinderat beschlossen.

40 Prozent aller NÖ Städte im Programm Stadterneuerung

Viele Städte Niederösterreichs melden laufend Interesse an, an der Aktion teilzunehmen. Im Jahr 2001 waren 29 Städte bei der Aktion Stadterneuerung in Niederösterreich, 16 Städte in der Intensivphase und 13 Städte in der Nachbetreuungphase tätig. Das bedeutet, dass bereits über 40 Prozent aller NÖ Städte an der Aktion beteiligt sind. Viele weitere Bewerbungen zur Neuaufnahme für das Jahr 2002 zeigen das große Interesse der Städte an der Aktion.

Förderung durch die Europäische Union

Im Herbst 1997 ist es der Stadterneuerung in Niederösterreich erstmals gelungen, Kofinanzierungsmittel von der Europäischen Union zu lukrieren. Diese Mittel werden vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung gestellt. Im neuen Einheitlichen Programmplanungsdokument für die Periode 2000–2006 ist die Stadterneuerung von Anfang an als förderfähige Maßnahme angeführt. Durch die endlich erfolgten Beschlüsse der EU konnte nun im Jahr 2001 eine Kofinanzierung der Landesförderungen erfolgen. Die Aufarbeitung aller EU-Förderungen der letzten eineinhalb Jahre und die Durchführung des dazu notwendigen Monitorings führte jedoch zu einer großen zusätzlichen Arbeitsbelastung der Landeskoordinierungsstelle.

Investitionen

In den letzten Jahren wurde intensiv an der Umsetzung von Projekten gearbeitet, deren Inhalte reichen von Multime-

diatheken, Jugendeinrichtungen und Kultur, über öffentlichen Freiraum und Verkehr bis hin zu Wirtschaft, Bürgerservicestellen und Sozialeinrichtungen. Insgesamt wurden seit 1993 mit 147 Mio. S (10,68 Mio. €) Förderungsmittel Investitionen in der Höhe von 697 Mio. S (50,65 Mio. €) ausgelöst, das entspricht einem Multiplikatoreffekt von 4,7 bezogen auf die Fördersumme.

Schwerpunkt Innenstadt

In den Stadterneuerungsstädten arbeitet die Stadterneuerung bereits seit Jahren sehr intensiv mit der Wirtschaft zusammen. So wurden schon in mehreren Städten „City-Marketing-Konzepte“ mit den Wirtschaftstreibenden erstellt und darauf aufbauend konkrete wirtschaftsfördernde Maßnahmen durchgeführt. Die Landeskoordinierungsstelle für Stadterneuerung ist auch maßgeblich in der Niederösterreichischen Arbeitsgemeinschaft für Förderung des Einkaufs in Stadtzentren tätig, wo das Land NÖ und die Wirtschaftskammer NÖ gemeinsam initiativ werden. Um die Attraktivität der Stadtzentren zu erhöhen, wurde unter <http://www.leerflaechen.at> eine öffentliche Datenbank mit Informationen zu leer stehenden Flächen geschaffen, die bereits über die Landesgrenzen hinaus großes Interesse hervorgerufen hat.

Evaluierung und Weiterentwicklung der Aktion

Auf Grund der Ergebnisse einer im Jahre 1999 in den an der Aktion beteiligten Städten durchgeführten Evaluierung und der Erfahrungen der letzten Jahre wurde ein Strategiepapier der Stadterneuerung erstellt, das den Weg der Stadterneuerung für die kommenden Jahre weiterentwickelt. Demzufolge werden in den nächsten Jahren die Schwerpunkte der Stadterneuerung im Bereich Jugend, neue Kommunikationstechnologien, Kunst und Kultur liegen.

Informationsnetzwerk – www.rin.at

Es wurde eine Initiative ins Leben gerufen, die Kleinstädte und Gemeinden in Niederösterreich, Tschechien, der Slowakei und Ungarn einander näher bringen soll. Das Informationsnetzwerk RIN (Regionale Zentren im Netz) unterstützt Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung in kommunalpolitischen Belangen. Mehrsprachige Internetdatenbanken, Seminare, Kongresse und persönliche Beratung ermöglichen Erfahrungsaustausch, Diskussion und Weiterbildung in kommunalen Fragen, von der Abfallentsorgung bis zur Standortsicherung. Diese Dienstleistungen werden permanent betreut und allen Interessierten im Internet kostenlos zur Verfügung gestellt.

Broschüre „Leben in Stadt & Land“

Um regelmäßig über die Entwicklung der Stadterneuerung in Niederösterreich berichten zu können und um ein Diskussionsforum für die Anliegen der Stadterneuerung zu bieten, erscheint vierteljährlich die gemeinsame Broschüre der NÖ Dorf- und Stadterneuerung, „Leben in Stadt und Land“, in einer Auflage von ca. 40.000 Stück, bei der die Landeskoordinierungsstelle die Redaktionsleitung innehat.

Leitfaden zur Gestaltung von Orientierungssystemen

Die Stadterneuerung erarbeitete mit allen damit betrauten Landesdienststellen unter Federführung der NÖ Verkehrsberatung einen Leitfaden zur Gestaltung von Orientierungssystemen im Ortsgebiet. Damit soll eine bessere Orientierung für den Bürger erreicht und der mancherorts anzutreffende „Schilderwald“ gründlich durchforstet werden.

Noch mehr Service durch neue Homepage

Auch die Stadterneuerung ist auf der neuen Homepage des Landes NÖ, die noch mehr auf die Bedürfnisse des Benutzers ausgerichtet ist, mit vielen Informationen vertreten: Die Aktion wird vorgestellt, die Ziele erklärt, die Städte mit ihren Ansprechpartnern und Projekten dargestellt. Checklisten und Formulare können rund um die Uhr heruntergeladen und die Broschüre online bestellt werden. Dadurch wird eine ständig aktuelle Information aller Beteiligten erreicht.

NÖ Statistik

Schwerpunkte 2001

Die NÖ Statistik ist eine Servicestelle, deren Ziel die rasche Beantwortung von Anfragen über statistische Daten des Landes Niederösterreich ist. In Anspruch genommen wird dieses Service von Abteilungen des Landes, von LandesbürgerInnen, aber auch von Unternehmen aus dem Wissenschafts- und Marketingbereich. Einen Überblick der Datenvielfalt zeigt der 25. Jahrgang des statistischen Handbuchs des Landes Niederösterreich, der im Herbst des Vorjahres herausgegeben wurde. Neben der Übermittlung von Daten wurden in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen auch eigene Erhebungen und Ausarbeitungen durchgeführt.

Ausarbeitungen

Gemeinsam mit der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung wurde der Abfallwirtschaftsbericht 2000

ausgearbeitet. Die NÖ Statistik führte die Erstellung der Fragebögen sowie die Erfassung und Kontrolle der Abfallwirtschaftsdaten durch. Nach Prüfung auf Plausibilität wurden die Daten in Form von Tabellen und Grafiken der Fachabteilung zur Verfügung gestellt. Für die Erhebung der Abfallmengen des Jahres 2001 wurde der Fragebogen gemeinsam mit der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung und den Regionalsprechern der Abfallwirtschaftsverbände aktualisiert, und nach Erstellung an die Verbände und Gemeinden weitergeleitet.

Anfragen

Auf Anforderung von Landes- und Bundesdienststellen, Einrichtungen der Wirtschaft sowie Personen aus dem Wissenschaftsbereich wurden zahlreiche statistische Ausarbeitungen durchgeführt, deren Ergebnis in Tabellen und Grafiken zur Verfügung gestellt wurde. Aber auch vielen interessierten NiederösterreicherInnen konnte durch Auskunft und Auswertung statistischer Daten geholfen werden. Ein kontinuierlicher Anstieg wurde sowohl bei Anzahl als auch beim Umfang der Anfragen auch heuer wieder festgestellt.

Statistisches Handbuch

Im 25. Jahrgang des Statistischen Handbuches wurden die Tabellen und Kapitel inhaltlich überarbeitet und aktualisiert. Anlässlich des 25. Jahrganges wurde auch ein Beitrag über die Entwicklung Niederösterreichs in den letzten 30 Jahren verfasst. An dieser Publikation, die auch als CD-Rom zur Verfügung steht, herrscht, wie jedes Jahr, reges Interesse. Innerhalb der Landesverwaltung ist das Handbuch über das Intranet verfügbar.

Zusammenarbeit mit der STATISTIK AUSTRIA

Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit der Statistik Austria war in diesem Jahr die Durchführung der Großzählung 2001 (Volkszählung, Gebäude- und Wohnungszählung, Arbeitsstättenzählung). Besonderes Augenmerk wurde seitens der NÖ Landesstatistik auf die Unterstützung und Beratung von Gemeinden und BürgerInnen gelegt. Ein großes Problem war die Frage des Hauptwohnsitzes, da parallel zur Großzählung auch eine Bereinigung der lokalen Melderegister durchgeführt wurde. Es wurde damit die Basis für das Zentrale Melderegister geschaffen, welches im Jahr 2002 zur Verfügung stehen wird und Grundlage für die in Zukunft durchzuführende Registerzählung ist. Im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung erfolgte auch eine Aktualisierung der Gebäuderegister.

Die ab der zweiten Hälfte des Jahres 2001 vorliegenden, vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung waren bisher bereits Gegenstand zahlreicher Anfragen. Ein weiteres, wichtiges Projekt war die Realisierung der Meldung der Rechnungsabschlüsse der Gemeinden in elektronischer Form. Von 573 Gemeinden konnten bereits 552 Rechnungsabschlüsse elektronisch weiterverarbeitet werden. Besonderen Aufwand bei diesem Projekt erforderte die Kontrolle der elektronisch eingelangten Meldungen und die Korrektur in Zusammenarbeit mit den Gemeinden.

Im Bereich des Mikrozensus (vierteljährliche Stichprobenerhebung) verfügt Niederösterreich mit rund 4.500 Stichprobenadressen über die höchste Anzahl an Adressen aller Bundesländer. Betreut werden diese Adressen von 148 Interviewern, die in 183 Sprengeln tätig sind. Die Interviewer leiten jährlich rund 50.000 Erhebungsblätter an die NÖ Statistik weiter, die dort auf Vollständigkeit und inhaltliche Vollständigkeit überprüft und an die Statistik Austria zur Auswertung abgefertigt werden. Im Rahmen der Mikrozensusenerhebung werden auch Sonderprogramme wie z. B. eine Arbeitskräfteerhebung durchgeführt. Um die durch Rücktritte vakant gewordenen Sprengel neu zu besetzen, mussten entsprechende Interviewer angeworben und eingeschult werden. Zusätzlich wurde für alle Interviewer die vorgeschriebene zweijährige Wiederholungsschulung durchgeführt.

Im Rahmen der für den Bund durchzuführenden Aufgaben erfolgten die Erhebungen zur Jagd- und Schlachtungsstatistik sowie verschiedene andere agrarstatistische Erhebungen. Die Erhebung über den Energieverbrauch in der Landesverwaltung konnte durch Verbesserung der Abläufe wesentlich vereinfacht werden.

Die Zählblätter der Wohnbaustatistik sowie die Baufortschrittmeldungen wurden von den Gemeinden übernommen und nach Überprüfung an die Statistik Austria weitergeleitet. Hier ist zu bemerken, dass die herausgegebenen Erhebungsblätter einen enormen Zeitaufwand bei Kontrollen bzw. Rückfragen in den Gemeinden verursachten.

Mit Stichtag 1. 1. 2001 erfolgte für die Statistik Austria auch die Einwohnererhebung nach Staatsbürgerschaft bei den Gemeinden.

Wie bisher wurden auch im Jahr 2001 die Interessen des Landes Niederösterreich auf dem Gebiet der Statistik bei den Bundesdienststellen insbesondere aber bei der Statistik Austria wahrgenommen. Gremien dafür waren die einzelnen Fachbeiräte und die statistische Zentralkommission. Der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit den statistischen Diensten der anderen Bundesländer wurde intensiviert. Bei einem Treffen der Landesstatistiker

wurden die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Statistik Austria besprochen und gemeinsam erste Schritte zur Verbesserung der Kooperation festgelegt.

Ziele 2002

Da der Bedarf an Information ständig steigt, bildet die laufende Aufbereitung und Aktualisierung der zur Verfügung stehenden Rohdaten einen zentralen Aspekt in der Tätigkeit der NÖ Statistik. Einen wesentlichen Anteil bei der Datenaufbereitung werden im Jahr 2002 die vorhandenen Ergebnisse der vorjährigen Großzählung beanspruchen. Auf Grund dieser Ergebnisse kann eine vermehrte Anfragetätigkeit als sicher angenommen werden. Weiters wird das Statistische Handbuch grundsätzlich überarbeitet und den erforderlichen Gegebenheiten angepasst. Auch sind die bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber dem Bund und der Statistik Austria zu erfüllen. Ein neuer Schwerpunkt im Jahr 2002 wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik die Erstellung eines neuen Landesentwicklungskonzeptes sein. Ein weiterer Fixpunkt ist die Aufbereitung und statistische Auswertung des Abfallwirtschaftsberichts 2001. Da dem Medium Internet immer größere Bedeutung zukommt, werden die Beiträge der NÖ Statistik auf der Homepage des Landes Niederösterreich im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten weiter ausgebaut, um schnellstmöglich die Informationen der Großzählung 2001 zur Verfügung zu stellen.

Für die Statistik der Gemeindefinanzen kommt es 2002 nach der Testphase des Vorjahres zur endgültigen Neuordnung. Gemeinsam mit der Technischen Universität Wien werden die im Vorjahr festgestellten formalen und inhaltlichen Fehler in Zusammenarbeit mit dem Gemeindereferat, den Gemeinden und den Software-Herstellern berichtigt, so dass eine klaglose Übermittlung der Daten auf elektronischem Wege gegeben ist.

Planungsgemeinschaft Ost (PGO)

Die Planungsgemeinschaft Ost (PGO) wurde am 13. April 1978 gemäß Art.15a B-VG als gemeinsames Organ zur Vorbereitung und Koordinierung raumrelevanter Aktivitäten in den Ländern Burgenland, Niederösterreich und Wien gegründet. Der Leiter der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik ist Mitglied der Geschäftsstelle der PGO. Seit Bestehen der PGO sind Bedienstete des Landes Niederösterreich, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, im Büro der Geschäftsstelle der PGO in

Wien gemeinsam mit Bediensteten des Landes Burgenland und Wien als ständige Mitarbeiter tätig. Im Jahr 2001 hatte Wien in allen Organen der PGO (Beschlussorgan, Koordinierungsorgan, Geschäftsstelle) turnusmäßig den Vorsitz.

Zu den wesentlichen Aufgaben der PGO zählen die Koordination raumrelevanter Planungen innerhalb der Länderregion Ost, die Betreuung von Auftragsarbeiten und Studien, die im gemeinsamen Interesse liegen, und die Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber Dritten.

Folgende Themenbereiche waren im Berichtszeitraum 2001 Schwerpunkte der Zusammenarbeit:

- Nordostumfahrung Wien (B 305). Trassenuntersuchung nach den Gesichtspunkten Verkehr, Donau- und Lobauquerung, Raumplanung und Landschaftsplanung. Gesamtkonzept mit Empfehlung einer Ausbaustrategie (einschließlich Kostenschätzung)
- Korridoruntersuchungen Ostregion. Weiterführung und Vertiefung der GSD-Studie des BMVIT in Form einer verkehrsträgerübergreifenden Betrachtung der Korridore Spange Kittsee (B 307), Brünner Korridor (A 5), Nordostumfahrung Wien (B 305/B 301), Marchfeldkorridor (B 8) und Neusiedler-See-Korridor (B 50)
- Unterstützung der Umsetzung der Radroute Wien – Neusiedler See (Hauptroute 2 aus dem Konzept „Erlebnistradrouten Wien – Donauraum – Neusiedler See“) unter Einbindung der betroffenen Gemeinden in Niederösterreich und Burgenland sowie des 11. Wiener Gemeindebezirks
- Machbarkeitsstudie „Möglichkeiten der Einrichtung von Fahrstreifen für mehrfach besetzte Kraftfahrzeuge (mbk-Streifen)“ in ausgewählten Abschnitten des hochrangigen Straßennetzes im Wien-Umland-Raum. Empfehlungen für Maßnahmen
- Mischsysteme im schienengebundenen ÖPNV Wien-Umland. Untersuchung der Möglichkeiten für Verknüpfungen und Einbindungen des regionalen Schienennetzes in das städtische Schienennetz
- Verkehrskonzept westlicher Wienerwald für die Gemeinden des Gerichtsbezirks Purkersdorf und die angrenzenden Teile der Wiener Bezirke 13 und 14
- Planungsverfahren „Aktionsprogramm Raum Simmering – Schwechat“ Entwicklungskonzept für die Flughafenachse Wien – NÖ mit Umsetzungsprojekten für interkommunale Betriebsansiedlung und

die Landschaftsräume Schwechat – Liesing und Fische

- Vorbereitung des Interreg-III-A-Programms „JORDES“ (Joint Regional Development Strategy for the Vienna/Bratislava/Győr Region)

Öffentlichkeitsarbeit Raumordnung und Regionalpolitik

Örtliche und Überörtliche Raumordnung, EU-Regionalpolitik in Niederösterreich, Statistik, Dorf- und Stadterneuerung

- Redaktion der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Raum & Ordnung“
- Folienerstellung für Mitarbeiter der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
- Pressebetreuung der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
- Einsatz der Eigenmedien („Raum & Ordnung“, DOERN/STERN – Zeitung, Teletext, Landeskorrespondenz, NÖ Perspektiven, Internet)
- Statistisches Handbuch: Vorwort, Begleitschreiben und Veröffentlichungs-PR
- Organisation diverser größerer und kleinerer Veranstaltungen und Präsentationen sowie von Pressegesprächen im Bereich Raumordnung und Regionalpolitik
- Abfassung diverser Vorwörter oder Redetexte für LR Mag. Sobotka
- Inhaltliche Mitarbeit und Redaktion diverser Arbeitsunterlagen im Bereich Raumordnung und EU-Regionalpolitik
- Inhaltliche Mitarbeit, Lektorat und Zusammenstellung für Informationsbroschüren zur Kleinregionalen Zusammenarbeit
- Konzeption und Erstellung des Videos „Kooperation statt Konkurrenz“ für das Infopaket zur Kleinregionalen Zusammenarbeit
- Endredaktion des Ziel-2-Leitfadens zur Projekteinreichung
- Endredaktion und Publikation der Programmplanungsdokumente für Ziel 2
- Inhaltliche Wartung der Internet-Einträge für INTERREG, LEADER und Ziel 2 sowie für die Zeitschrift „Raum & Ordnung“
- Hilfestellung für diverse Aktivitäten der Regionalmanager
- Mitarbeit am neuen Corporate Design bzw. der neuen Publikationslinie der PGO
- Wahrnehmung der Auskunftsfunktion gegenüber Medienvertretern für den Raumordnungsbereich

Finanzwesen

Durch die notwendigen Einsparungen verschoben sich in der Verwendung der verfügbaren Finanzmittel die Gewichte. So wurden für jene Bereiche, in denen die Inanspruchnahme von EU-Förderungsmitteln nationale Kofinanzierungsmittel des Landes bedingt, Finanzmittel in voller Höhe zur Verfügung gestellt.

Die der Gruppe Raumordnung und Umwelt zur Verfügung stehenden Finanzmittel wurden u. a. folgendermaßen verwendet:

- Förderungen im Rahmen der EU-Strukturfondsprogramme und Gemeinschaftsinitiativen
- Förderungen und Zuwendungen an Gemeinden und Einrichtungen, die auf dem Gebiet der regionalen Entwicklung tätig sind
- Ausgaben für den Zukauf von Leistungen
- Förderung von Gemeinden für die Neuerstellung örtlicher Raumordnungsprogramme und Bebauungspläne
- Baurechtsaktion des Landes Niederösterreich
- Raumordnungsmaßnahmen, Subventionen an Gemeinden zur Bewältigung von anstehenden Problemen der Raumordnung; Grunderwerb
- Zentrale und regionale Einrichtungen sowie zentralörtliche und regionale Maßnahmen
- Beiträge zu Verein „Niederösterreich – Wien, gemeinsame Erholungsräume“, Planungsgemeinschaft Ost, Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, AVN, Koordinierungsstelle für Umweltschutz, Abfallwirtschaftsverbund
- Regionalmanagements (Waldviertel, Weinviertel, Mostviertel, Industrieviertel, Wien-Umland), Förderungen
- Dorf- und Stadterneuerung, Förderung und Sachausgaben
- Förderungen im Bereich Umweltschutz, Tierschutz und Naturschutz
- Beiträge zu Nationalparks
- Förderungen im Rahmen des Abfallwirtschaftsgesetzes
- Förderung der Ökologischen Betriebsberatung sowie der betrieblichen Umweltförderung
- Förderung zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit
- Unterstützung der Verkehrsverbände und des Nahverkehrs
- Förderung im Rahmen des NÖ Lärmschutzprogramms

Laut Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung werden der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung nachstehende Aufgaben zugeordnet:

- Wirtschaftliche Angelegenheiten des Umweltschutzes, soweit diese Angelegenheiten nicht einer anderen Abteilung zugewiesen sind
- Koordination der Angelegenheiten des Umweltschutzes
- Angelegenheiten der Abfallwirtschaft, ausgenommen die rechtlichen Angelegenheiten sowie die Amtssachverständigentätigkeit
- Rechtliche Angelegenheiten des NÖ Marchfeldkanalgesetzes
- Angelegenheiten der NÖ Umweltschutzanstalt
- Förderung von Raumordnungsmaßnahmen, soweit diese Angelegenheiten nicht einer anderen Abteilung zugewiesen sind
- Grunderwerb
- Baurechtsaktion des Landes NÖ
- Verwaltung von Anteilen des Landes an Gesellschaften, die dem Umweltschutz dienen

Umwelt-Schwerpunkte

Umwelt-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka: „Die nachhaltige Sicherung und der Schutz unserer Um- und Umwelt ist neben der Absicherung unserer wirtschaftlichen und sozialen Stabilität die wichtigste Komponente für ein zukunftssicheres Niederösterreich. Umweltschutz und Umweltpolitik darf jedoch nicht defensiv verstanden werden. Die Zeit von Verboten, Verzichtsappellen und Katastrophenszenarien ist im Wesentlichen vorbei. Es geht darum, die Konsequenzen zu ziehen: Ziel ist ein ökologischer Lebensstil – der von uns ‚gelebt‘ wird – der alle Bereiche durchdringt und nicht nur die Verwirklichung von ‚Reservaten‘. Wir wollen eine neue Werthaltung schaffen! Die NÖ Umweltpolitik muss an der Realisierung der Rahmenbedingungen zur Erreichung dieser ‚nachhaltigen Lebensqualität‘ arbeiten.“

Als konkrete *Umsetzungsmaßnahme* wurde ein *Projektfahrplan* erstellt und am 3. Dezember 2001 aktualisiert und der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung die Koordinierung- bzw. Projektmanagementfunktion für nachstehende Projekte (teilweise in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen und dem NÖ Abfallwirtschaftsverein/den NÖ Abfallwirtschaftsverbänden) zugeteilt.

NÖ Abfallwirtschaftskonzept

Das gemäß § 4 NÖ Abfallwirtschaftsgesetz erstellte Konzept ist alle drei Jahre fortzuschreiben. Die Fortschreibung des

Abfallwirtschaftskonzeptes (NÖ AWK 2000) wurde in der Sitzung der NÖ Landesregierung vom 5. September 2000 beschlossen und darauf hin veröffentlicht. Darin werden die Ziele und Maßnahmen der NÖ Abfallwirtschaft und deren Abweichungen vom vorhergehenden Konzept (NÖ AWK, 1992) festgeschrieben. Die wichtigsten Handlungsräume daraus sind:

Die Organisation der Abfallwirtschaft

Im Bereich der Organisation der Abfallwirtschaft werden folgende Ziele verfolgt:

- Einbindung von Nichtverbandsgemeinden in die bestehenden Abfallwirtschaftsverbände
- Angleichung der Organisationsstruktur und der Aufgabengebiete der Verbände
- Abstimmung der Aufgabengebiete der bestehenden Institutionen zur operativen Umsetzung der Abfallbehandlung

Die Abfallvermeidung

Zur Verwirklichung der Ziele der Abfallvermeidung, insbesondere zur Reduzierung bzw. Stabilisierung des Restabfallaufkommens, sind Maßnahmen in folgenden Bereichen geplant:

- Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung
- Fördermaßnahmen (finanzielle Förderungen der öffentlichen Hand)
- Legistische Maßnahmen

Die Abfallverwertung

Nach den Grundsätzen des Abfallwirtschaftsgesetzes AWG (BGBl. Nr. 325/1990 i. d. G. F.) sind

- Abfallmengen und deren Schadstoffgehalt so gering wie möglich zu halten (Abfallvermeidung),
- Abfälle stofflich oder thermisch zu verwerten, soweit dies ökologisch vorteilhaft und technisch möglich ist. Die dabei entstehenden Kosten dürfen im Vergleich zu anderen Verfahren der Abfallbehandlung nicht unverhältnismäßig hoch sein und ein Markt für die gewonnenen Stoffe oder die gewonnene Energie muss vorhanden sein oder geschaffen werden (Abfallverwertung).
- Nicht verwertbare Abfälle sind je nach ihrer Beschaffenheit durch biologische, thermische oder chemisch-physikalische Verfahren zu behandeln. Feste Rückstände sind möglichst reaktionsarm und konditioniert geordnet abzulagern (Abfallentsorgung).

Die Abfallbehandlung/-entsorgung

Gemäß Deponieverordnung (BGBl. Nr. 164/1996) und AWG sind spätestens ab dem 1. Jänner 2004 die Abfälle vor

deren Deponierung jedenfalls vorzubehandeln, so dass deren Anteil an organischem Kohlenstoff weniger als 5 Masseprozent (% TS) beträgt oder der obere Heizwert von 6.000 kJ/kg TS unterschritten wird. In diesem Zusammenhang hatte der NÖ Landtag bereits am 24. Februar 1994 einstimmig folgenden Beschluss gefasst: „Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, um eine vorbereitende Behandlung von Abfällen (Altlasten und Restmüll) vor der Deponierung zu ermöglichen. Insbesondere mögen dabei mechanisch-biologische und thermische Behandlungsmethoden angewendet werden. Gleichzeitig soll ein Anforderungsprofil für die Errichtung und den Betrieb von diesen Behandlungsanlagen erstellt werden.“

Das Ergebnis der auf Grund des Landtagsbeschlusses erstellten Machbarkeitsstudie wurde seitens des NÖ Landtages am 18. Mai 1995 zur Kenntnis genommen: „Die beste Variante – aus ökologischer und ökonomischer Sicht – ist die *thermische* Behandlung der Abfälle.“

Am 26. Juni 1996 wurde die NÖ BAWU GesmbH (NÖ Beteiligungsgesellschaft für Abfallwirtschaft und Umweltschutz) gegründet. 19 von 23 NÖ Abfallwirtschaftsverbänden und die Stadt Krems sind Mitglieder dieser Gesellschaft, deren Hauptaufgabe die Umsetzung der gesetzeskonformen Restabfallbehandlung für ihre Gesellschafter ist. In der Generalversammlung wurde beschlossen, die thermische Restmüllbehandlung bis zum Jahre 2004 umzusetzen. Diese Restmüllbehandlung wurde gemäß geltender Vergabegesetze ausgeschrieben.

Das Vergabeverfahren wurde im Jahr 2001 abgeschlossen und der Auftrag an die Abfallverwertung Niederösterreich GesmbH, kurz AVN, vergeben.

Bei der Ermittlung und Umsetzung der Grundlagen für die zukünftige Restmüllbehandlung in Niederösterreich haben Vertreter der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung laufend mitgearbeitet.

Für die Novellierung des Bundes-AWG (geplantes Gesetzesvorhaben für 2002) wurden inhaltliche Stellungnahmen abgegeben.

NÖ Abfallwirtschaftsbericht 2000

Auf Grund der Bestimmungen des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992 wurden die Abfallwirtschaftsberichte der Gemeinden ausgewertet. Der Bericht erschien, wie im Gesetz vorgesehen, im Folgejahr. Er beschreibt die abfallwirtschaftliche Situation im Berichtsjahr 2000, vor allem im Bereich der getrenn-

ten Sammlung und auf dem Deponie-sektor, zeigt aber auch abfallwirtschaftliche Mengenentwicklungen auf. Weitere Angaben beziehen sich auf die Kompostierung biogener Abfälle, auf die Öffentlichkeitsarbeit der NÖ Abfallwirtschaftsverbände sowie auf die Müllgebühren und die Kosten der Abfallentsorgung.

Der Bericht wird auch vollständig im Internet unter <http://www.no.e.gv.at/umwelt/abfall.htm> zum download angeboten.

Müllometer

Der „Müllometer“ zieht einen anschaulichen grafischen Vergleich abfallwirtschaftlicher Kennzahlen zwischen den einzelnen NÖ Abfallverbänden, dem Land Niederösterreich und Österreich. Im Rahmen der Abfallwirtschaftsenquête am 30. November 2001 wurden „Müllometerurkunden“ als Dokumentation und Auszeichnung der Leistungen der Abfallverbände überreicht.

NÖ Restmüllanalysen 2001/2002

2001 ist der Auftrag zur Durchführung von Restmüllanalysen erteilt worden. Die Ergebnisse der Analysen sollen u. a. eine Beschreibung des IST-Zustandes und eine Vergleichbarkeit mit den Restmüllanalysen 1994/95 und den Müllanalysen 1998 erzielen. Wesentliche Vorgaben der Analysen sind die bezirksweisen Vergleiche der Restmüllzusammensetzung, die vor allem als Planungsgrundlage für abfallwirtschaftliche Maßnahmen, zugeschnitten auf die notwendigen Umstellungen im Jahr 2004 (VO über die Ablagerung von Abfällen – DeponieVO, BGBl Nr. 164/1996), notwendig sind. Die Ergebnisse sollen auch zur Überprüfung der Effizienz der getrennten Sammlung herangezogen werden und mögliche Optimierungsmaßnahmen aufzeigen. Die Analysen beziehen sich auf 13 Abfallfraktionen mit den jeweiligen stoffbezogenen Unterfraktionen.

Müllanalysen in Wohnhausanlagen

Forschungsprojekt „Optimierung der getrennten Sammlung in Wohnhausanlagen“. Die bisherigen Müllanalysen in Wohnhausanlagen haben gezeigt, dass ca. 50–70 Gewichtsprozent des Restmülls bei getrennter Sammlung verwertbar wären. Diese Potentiale sollen durch die im Projekt gewonnenen Erkenntnisse zur Verbesserung der Getrennten Sammlung genutzt werden. Ein Maßnahmenkatalog wurde zur Verbesserung der Getrennten Sammlung erarbeitet. An dem Projekt beteiligten sich die Verbände Schwechat, Baden, Bruck/Leitha und

Tulln. Aufbauend auf den Ergebnissen wurde ein Leitfaden für die Planung und Gestaltung von Altstoffsammelstellen bei Wohnhausanlagen erstellt und versandt.

Elektroschrottsammlung (Elektro-/Elektronikaltgeräte – EAG)

Im Jahr 2001 wurde die flächendeckende Elektro- und Elektronikaltgerätesammlung aufgebaut. Ziel ist die Schadstoffentfrachtung, Verwertung, Wiederverwendung bzw. Recycling mit gleichwertigen Behandlungs- und Verwertungsgrundsätzen unter Einhaltung ökologischer Gesichtspunkte. Mittels Evaluierungsprojekt wurde die sogenannte EAG-Sammlung wissenschaftlich begleitet, mögliche Probleme bei der Sammlung aufgezeigt und Lösungsansätze erarbeitet. Das Land Niederösterreich wird dieses Projekt auch in den Jahren 2002 und 2003 zum Erreichen der von der EU geforderten Sammelquoten finanziell unterstützen.

Sperrmüllkonzept

Als Reaktion auf die Studienergebnisse „Möglichkeiten der Verringerung des Sperrmüllaufkommens in NÖ“ 1999 und als Vorarbeit zu einer flächendeckenden Lösung zur Sperrmüllreduktion wurde im Jahr 2001 durch die Gesellschaft VISP – Verwertungsinitiative Sperrmüll/GVU Tulln ein Pilotprojekt zur Sperrmüllsammmlung, Schadstoffentfrachtung, Reparatur und Wiederverwendung durchgeführt. Diese Aktion wird durch die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung unterstützt. Zudem ist im Jahr 2002 ein koordinativer Aufbau von Lösungsansätzen und Projektansätzen zur Sperrmüllreduktion (wie Unterstützung und Möglichkeiten des Ausbaus der Flohmarktbereiche an den Altstoffsammelzentren, Wiederverwendung durch karitative Einrichtungen...) geplant. Die Umsetzung der flächendeckenden Sperrmüllreduktion erfolgt im Jahr 2003.

Altstoffsammelzentren (ASZ)

Altstoffsammelzentren stellen einen wesentlichen Bestandteil der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur in Niederösterreich dar – z. B. zur Erfassung definierter Abfall-/Altstoffgruppen im Bringsystem, zur stationären Problemstoffsammlung sowie als zentraler Faktor für die Abfallöffentlichkeitsarbeit. Daher ist laut NÖ Abfallwirtschaftskonzept 2000 (beschlossen in der Sitzung der NÖ Landesregierung am 5. September 2000) vorgesehen, bis zum Jahr 2004 ein flächendeckendes Angebot von Altstoffsammelzentren für die NÖ BürgerInnen zu schaffen. Die Errichtung von Altstoffsammelzentren werden für den Zeitraum

2001/2002 (abfallwirtschaftlicher Förderungsschwerpunkt) gefördert. Als Planungsgrundlage dient eine im Jahr 2001 erfolgte Datenerhebung zum aktuellen ASZ-Ausstattungsstand der NÖ Gemeinden. Im Jahr 2002 werden Leitlinien zur Modernisierung und Neuausstattung der Abfallsammelzentren überarbeitet und Leistungsziele festgeschrieben.

Homepages

Die Internetseiten der Abteilung wurden vollständig überarbeitet. Seit 15. Mai 2000 sind die Angebote auf <http://www.no.e.gv.at> unter den Auswahlpunkten Umwelt/Abfall, Umwelt/Umweltschutz/Umweltförderung für Betriebe (Zinszuschussaktion) und Bauen + Wohnen/Bauen/Baurechtsaktion online. Im Bereich Abfall wurde das Downloadangebot erweitert. So sind das NÖ Abfallwirtschaftskonzept 2000, der NÖ Abfallwirtschaftsbericht 2000 sowie weitere Studien abrufbar.

Der NÖ Abfallwirtschaftsverein, die NÖ Abfallwirtschaftsverbände und die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung präsentieren sich auf <http://www.no.e-aww.at>.

NÖ Umwelttelefon (0 27 42) 90 05-15214

Im Jahre 2001 wurde das NÖ Abfall- und Komposttelefon mit dem NÖ Bestelltelefon zum NÖ Umwelttelefon zusammengelagert und neu beworben.

NÖ Kompostaktivitäten

- Im Zuge des Inkrafttretens der KompostVO wurde eine Informationsveranstaltung gemeinsam mit der ARGE Kompost und dem BMLFUW für Anlagenbetreiber abgehalten
- Als gemeinsame Bundesländervertretung wurden niederösterreichische Anliegen im Zusammenhang mit der geplanten EU-Richtlinie „Biologische Behandlung biogener Materialien“ in Brüssel (am 27. Februar 2001) wahrgenommen.
- Weiters wurden fachliche Stellungnahmen zur geplanten Hygiene-VO über tierische Nebenprodukte und deren Auswirkung auf die Bioabfallwirtschaft erstellt und der fachliche Standpunkt gegenüber der ständigen Vertretung Österreichs in Brüssel (am 22./23. 11. 2001) vertreten.
- Teilnahme an der EU-Tagung „Applying Compost – costs and benefits“ in Brüssel am 22./23. 11. 2001
- Weiters ist die abfallwirtschaftliche Relevanz bei der Novellierung des NÖ Bodenschutzgesetzes und der geplanten Verordnungen über Kompostierung und Klärschlamm fachlich vertreten worden.

● Unter Federführung der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung wurde eine Tagung für die Beitrittsländer der MOEL-Staaten, die „Biowaste Conference 15.–17. Mai 2001 in St. Pölten und Wien“ zum Thema „Kompostierung von biogenen Abfällen dezentral – flexibel – natürlich – sparsam, vom Dorf zur Großstadt, von der Sammellogistik zur Kompostanwendung“, durchgeführt (gemeinsam mit dem Land Wien, der ÖGUT, dem Städtebund und der ARGE Donauländer).

● Zum Thema Grünschnitt und Häckseldienste in NÖ wurde über die NÖ Verbände eine interne Grundlagenenerhebung durchgeführt.

● Zur Unterstützung von abfallwirtschaftlichen Planungen im Bereich der biogenen Abfälle wurden folgende Studien in Jahr 2001 weiter bearbeitet:

- das Projekt und die Studie „Umweltrelevanz der dezentralen Kleinkompostierung – klimarelevante Gasemissionen, flüssige Emissionen, Massenbilanzen, Hygienisierungsleistungen“ – mit einer Kostenbeteiligung gemeinsam mit dem BMLFUW, dem UBA und den Bundesländern (W, OÖ, Stmk und T) und
- die Studie „Reduktion des Bioanteils im Restmüll in NÖ“.

Im Rahmen der Studie wurden Maßnahmen für die Entsorgungswege Eigenkompostierung, Biotonnensammlung, Grünschnitt und Restmüllabfuhr angeführt. Durch Umsetzung der Maßnahmen soll der Bioanteil im Restmüll weiter verringert und die Biosammlung optimiert werden.

Mehrwegwindel-Förderungsprojekt

Mit dieser gezielten Förderungsaktion soll ein Anreiz für den Ankauf von Mehrwegwindeln geschaffen werden. Konkretes Ziel ist die Reduktion des durch die Einwegwindeln verursachten hohen Hygieneartikel-Restmüllmengenanteiles (beträgt lt. Restmüllanalyse 1994/95 ca. 13 Masse-%, davon Einwegwindeln ca. 8%). Eltern von Wickelkindern erhalten in den Gemeindeämtern Gutscheine, die beim Kauf von Mehrwegwindeln eingelöst werden. Das Land Niederösterreich beteiligt sich an der Finanzierung dieser Gutscheine mit 22 € pro Stück. Diese Förderungsaktion wurde nach erfolgreichen Pilotprojekten in einigen Abfallwirtschaftsverbänden im Jahr 2000/2001 landesweit aufgebaut und wird im Jahr 2002 fortgesetzt. Im Dezember 2001 wurde von Umweltlandesrat Mag. Wolfgang Sobotka gemeinsam mit Vertretern des NÖ Abfallwirtschaftsvereins und des Abfallwirtschaftsverbandes Melk der Bezieherin der 1000sten Windel-Gutscheines gratuliert.

Aktion „Sei g'scheit – vermeid'!“

Zur Abfallvermeidung wurde eine gemeinsame *PR-Aktion* der NÖ Abfallwirtschaftsverbände, der NÖ Landesregie-

rung und des NÖ Abfallwirtschaftsvereins „Sei g'scheit – vermeid'!“ weitergeführt. Ziel dieser Aktion ist es, Vermeidungsmaßnahmen anhand eines Maßnahmenkatalogs durchzuführen. Als Arbeitsschwerpunkt für 2001 wurde das Thema Altelektrogeräte (E-Schrott) öffentlichkeitsarbeitsmäßig aufbereitet.

Schulaktionen: NÖ Wurmkompostsystem und E-Schrott

Als Ergänzung zu „Sei g'scheit – vermeid'!“ wurde im Jahr 2001 im Rahmen der Schulaktion „E-Schrott“ in Zusammenarbeit mit der HBLA Yspers in den NÖ Schulen Musterzerlegungen von E-Schrott durchgeführt.

Im Rahmen der Aktion „Das NÖ Wurmkompostsystem“ (Wurmkompostkisten zur Kompostierung im Innenraum) sollen Schüler lernen, Verantwortung für 500 Kompostwürmer für ein Jahr zu übernehmen. Ein Diskussionsforum auf Internetbasis erleichtert den gemeinsamen Ideenaustausch. Diese Aktion wird von Niederösterreich finanziell und organisatorisch unterstützt (Umweltlandesratbüro, Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung) und ist in 57 Schulen umgesetzt. Die beiden Aktionen sollen im Jahr 2002 weitergeführt werden.

NÖ Wegweiser zum Reparieren, Verleihen und Secondhandkauf

Um die Aktivitäten im Bereich der Abfallvermeidung weiter zu forcieren, wurde für das Land Niederösterreich ein Nachschlagewerk mit Adressen und Konsumententipps ausgearbeitet. Dieses Nachschlagewerk soll anregen, wieder mehr zu reparieren, Sachen wiederzuverwenden, eventuell nur auszuleihen oder zu tauschen. Darin werden Unternehmen aufgelistet, die bestimmte Produkte reparieren, verleihen oder gebraucht verkaufen. Die Datenbank aus ca. 2.800 Datensätzen umfasst die Sparten Sport und Freizeit, Haus und Garten, Haushalt und Wohnen, Kleidung sowie kinderspezifische Produkte. Die Adressen und Tipps sind auf der Niederösterreich-Homepage unter <http://www.noe.gv.at/umwelt/abfall.htm> zu finden.

Die Adressen und Tipps wurden auch in Form von Broschüren im Frühjahr 2000 zur Verfügung gestellt. Eine Aktualisierung der Homepage (mit aktualisierten Daten) ist 2002 vorgesehen.

Strukturoptimierung der Niederösterreichischen Abfallwirtschaft

Mit dem Aufzeigen der Möglichkeiten zur Erreichung einer flächendeckenden Verbände- und Leistungsstruktur, siehe Studie „Strukturoptimierung der Nieder-

österreichischen Abfallwirtschaft“ 2000, wurden im Jahr 2001 entsprechende Umsetzungsmaßnahmen erarbeitet und umgesetzt. Schwerpunkt dabei waren die Bestrebungen zur Integration von Nichtverbandsgemeinden in die Strukturlandschaft der NÖ Abfallwirtschaft und das Festschreiben von Leistungsanforderungen und Kontrollinstrumenten zur Leistungsmessung für die NÖ Abfallwirtschaftsverbände. Finanzielle und fachliche Unterstützung erhalten 2002 die beiden laufenden Projekte zur „Erstellung von Kosten- und Leistungsstandards für die NÖ Abfallwirtschaftsverbände“ und zur „Ökologischen und ökonomischen Optimierung der Sammelsysteme“ als Vorbereitung für die Sammelsystemumstellung 2004 (Stichwort: Inkrafttreten der Deponieverordnung, BGBl. Nr. 164/1996).

Ökomanagement Das niederösterreichische Umwelt- System für Wirtschaft und Verwaltung (ÖM)

Die NÖ Landesregierung hat am 15. Dezember 1998 die Durchführung des „Niederösterreichischen Umwelt-Systems“ (NUS) beschlossen. Im Jahre 2001 wurde der Projektname „NUS“ in die jetzt gültige Fassung umgewandelt. ÖM, die neue Förderungsaktion zur Unterstützung des nachhaltigen Wirtschaftens in Niederösterreich, ist eine gemeinsame Initiative von Umwelt-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka und Wirtschafts-Landesrat Ernest Gabmann. ÖM wurde gestartet, um die Idee und Verwirklichung des vorsorgenden und nachhaltigen Umweltschutzes sowohl in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft (ÖM-Wirtschaft) als auch in öffentlichen Institutionen, Gebietskörperschaften und wirtschaftsbestimmten Betrieben der Gemeinwirtschaft (ÖM-Verwaltung) zu forcieren.

ÖM steht somit für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik in Niederösterreich, die das NÖ Leitbild umsetzen soll:

„Umweltschutz darf sich nicht auf die Beseitigung von eingetretenen Schäden oder auf Gefahrenabwehr beschränken, sondern muss vorsorglich alle relevanten Bereiche der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik durchdringen.“

ÖM ist keine zeitlich kurzfristig begrenzte Aktion, sondern soll systematisch, kontinuierlich – im Schneeballsystem und unter der Prämisse stetiger Verbesserung – möglichst bis zur NÖ Flächendeckung weitergeführt werden.

Hauptanliegen des ÖM ist es, die Hinführung zu den Standards (u. a. ISO 14001 und EMAS) treffsicher zu fördern. Konkret geht es also um die Unterstützung der Implementierung von Umwelt-Managementsystemen (= die systematische Erfassung aller umweltrelevanten Tätigkeiten und Auswirkungen eines „Standortes“) mit dem – von den NUS-

Teilnehmern – selbst gesteckten Ziel, diese Strukturen einem stetigen Verbesserungsprozess zu unterwerfen, der von unabhängigen Gutachtern regelmäßig überprüft wird.

Ökomanagement-Wirtschaft

Im Jahr 2001 wurden insgesamt 8 Unternehmen der Zertifizierung zugeführt. Bei den ÖM-START-Workshops wurden auf Grund der großen Nachfrage 4 Reihen abgehalten, wobei auch erstmals die Möglichkeit bestand, sich freiwillig zum Abfallwirtschaftsbeauftragten prüfen zu lassen.

Als weitere Initiative wurde ab dem Jahr 2001 das Umweltzeichen für Tourismusbetriebe im ÖM gefördert und das Eco-Design von Produkten unterstützt. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Förderung der Konsolidierung im Zusammenhang mit dem Umweltmanagementgesetz.

Insgesamt nahmen über 60 Betriebe am Programm des ÖM teil.

Ökomanagement-Verwaltung

Im Jahre 2001 schloss die erste Schule aus dem Pilotprojekt „ÖM für Schulen“, die HLA-Yspertal, mit der Zertifizierung nach der ISO 14001 ab. Die restlichen 5 Schulen des Pilotprojekts werden im Laufe des Jahres 2002 die Zertifizierung erreichen. Im Jahre 2001 konnten ebenfalls fünf weitere Teilbereiche des Magistrats der Stadt Krems eine Zertifizierung nach ISO 14001 erfolgreich abschließen.

Neben den oben erwähnten Pilotprojekten gibt es noch die Sonderaktion „Ökomanagement Projektworkshops für Klimabündnis-Gemeinden“. Die erste Serie wurde im März 2001 gestartet, der zweite Durchgang im Herbst 2001. Aufgrund des regen Zuspruchs wurde eine dritte Reihe abgehalten. Insgesamt konnten so Mitarbeiter von 30 Klimabündnisgemeinden begrüßt und geschult werden. Dabei wird (kleineren) Klimabündnis-Gemeinden ein spezielles Service angeboten:

- kostenlose Teilnahme an einer 5-tägigen Workshop-Reihe und daran anschließend
- die kostenlose Inanspruchnahme einer individuellen Beratung durch vom Land Niederösterreich beauftragte Experten zur Initiierung einer konkreten Projektumsetzung.

Ökomanagement-Club

Zwecks Gedankenaustausch zwischen Wirtschaft- und Verwaltungsbereich bzw. als Diskussionsplattform wurde der ÖM-Club gegründet und in das Vereinsregister eingetragen. Vereinsmitglieder sind ausschließlich Teilnehmer des ÖM-Systems. Für die Abteilung ist daher der ÖM-Club u. a. Verbindungsglied zwi-

schon dem Land NÖ und den einzelnen Teilnehmern der ÖM-Module.

Im Jahr 2001 veranstaltete der Club diverse Kurse und Tagungen zu diverser Fachthemen.

INTERREG-Projekt „Weinviertel/Westslowakei“

Als inhaltliche Erweiterung und Weiterführung des Pilotprojektes „UMS in Umweltverbänden“ wurde von der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung in Kooperation mit dem GVV Gänserndorf das 1998 gestartete INTERREG-IIA-Projekt „Nachhaltiges regionales UMS am Beispiel Weinviertel/Westslowakei“ weiterverfolgt und im Herbst 1999 mit der „Umfrage in der Slowakei“ abgeschlossen.

Mit der Erstellung des Projekt-Endberichtes wurde im November 1999 begonnen. Das Projekt wurde im Jahre 2000 fertig gestellt.

Mit Beginn des Jahres 2001 wurde das erworbene Know-how in ein 3-jähriges Folgeprojekt eingebracht.

Im Rahmen dieses Projekts wird der GVV Gänserndorf mit dem Verband der Städte und Gemeinden der Zahorie und dem Verband der Städte und Gemeinden Südmährens zusammenarbeiten.

Sonstige Aktivitäten

- Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen beteiligt sich die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung und unterstützt NÖ Klein- und Mittelbetriebe bei der Durchführung von umweltschutzrelevanten Messungen.

- Im Hinblick auf eine sinnvolle Abfallverwertung und -entsorgung wurden der Altstoffmarkt und die bestehenden Entsorgungswege beobachtet.

- Im Zuge der Begutachtung von Gesetzen und Verordnungsentwürfen im Bereich der Abfallwirtschaft wurden mehrere Stellungnahmen abgegeben.

- Beratungstätigkeit für Verbände, Gemeinden und dem NÖ Abfallwirtschaftsverein wurde durchgeführt und organisatorische Hilfestellung geleistet. Zur Strukturverbesserung der Abfallwirtschaft wurden Änderungsmaßnahmen eingeleitet.

- Die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung gibt laufend im Rahmen der abfallwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren nach § 29 AWG (BGBl. Nr. 325/1990 i. d. G. F.) Stellungnahmen zum Bedarf der jeweiligen Behandlungsanlagen ab.

- Zur gegenseitigen Information und Koordination der Abfallwirtschaft in den einzelnen Bundesländern und auf nationaler und internationaler Ebene werden Vertreter der Abteilung Umweltwirtschaft

und Raumordnungsförderung in den Länderarbeitskreis Abfallwirtschaft und verschiedene andere Länderarbeitskreise auf Bundes- und EU-Ebene zu Themen wie Vererdung von Abfällen, Behandlung von biogenen Abfällen oder Kompostverordnung entsandt.

- Auf dem Gebiet der Umwelt- und Abfallöffentlichkeitsarbeit wird das NÖ Umwelttelefon (Abfall- und Komposttelefon) betreut sowie Medien und Karten zur Darstellung der abfallwirtschaftlichen Mengenbilanzen und Behandlungsanlagen erstellt, welche in der Landes-Homepage im Internet abrufbar sind.

- Die Förderung von Maßnahmen der Abfallvermeidung und -verwertung (Kompostanlagen, Altstoffsammelzentren u. ä.) nach NÖ AWG § 7 erfolgte nach Maßgabe der Mittel.

Landesgesellschaften, Anstalten und Institutionen

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch 2000 und 2001 die NÖ Umweltschutzanstalt in rechtlicher, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht beraten. Insbesondere wurden die begleitenden Maßnahmen zu ihrer Umwandlung in eine Ges. m. b. H. eingeleitet.

Vertreter der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung sind im Beirat des Vereines „NÖ – Wien, gemeinsame Erholungsräume“, im Kuratorium der „Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal“, im Aufsichtsrat der „Abfallwirtschaftsverbund-Planungsges. m. b. H.“, der „Consulting und Abfallmanagement GesmbH.“ und im Vorstand des „NÖ Abfallwirtschaftsvereins“ tätig.

Förderungen

In Niederösterreich wird seit 1978 die „Zinsenzuschussaktion des Landes Niederösterreich für Umweltschutzanlagen“ durchgeführt. Seit 1. Jänner 1995 ist in Österreich das EU-Recht (speziell das EU-Wettbewerbsrecht bezüglich Förderungsvergabe) bindend. Das heißt, dass nach erfolgter Anerkennung der Förderungsrichtlinien durch die EU und der Aufnahme der Zinsenzuschussaktion in die EDPP eine Kofinanzierung durch die EU zu erwarten ist.

Zweck dieser Aktion ist die finanzielle Unterstützung von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft in Niederösterreich bei der Durchführung von Investitionen zur Vermeidung von Umweltbelastungen. Weiters werden Förderungen in Verbindung mit Abfallvermeidung, Rohstoff-Rückgewinnung und der ordnungsgemäßen Deponierung von gefährlichem Abfall oder sonstigem Abfall, Energieeinsparung, dem Ersatz fossiler Energieträger und für umweltbedingte Betriebsverlagerungen gewährt. 2001 wurden 18 Förderungsanträge eingebracht.

Die Investitionsvorhaben werden nach Feststellung der Förderungswürdigkeit durch die zuständigen Sachverständigenabteilungen oder durch einen positiven, schriftlichen, ökologischen Beratungsbericht der Wirtschaftskammer Niederösterreich mit Zinsenzuschüssen (von 4–6% p. a.) oder in Ausnahmefällen mit entsprechenden einmaligen, kapitalisierten, abgezinsten Investitionszuschüssen unterstützt.

Die NÖ Landesregierung hat 2001 noch 16 Anträge mit Zinsenzuschüssen oder einmaligen- bzw. mehrmaligen Investitionszuschüssen bewilligt. Damit wurden umweltrelevante Vorhaben in der Gesamthöhe von ca. 45,8 Mio. S gefördert.

Weiters verwaltet die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung *Förderungsmittel, die an Gemeinden für die Durchführung kommunaler Bauprojekte bzw. für zentralörtliche Einrichtungen* vergeben werden können. Neben der Verbesserung der örtlichen Infrastruktur ist davon zweifellos auch eine Belebung der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs zu erwarten, was insbesondere in Gemeinden, die von Abwanderung bedroht sind, von enormer Bedeutung ist. 2001 haben aus diesem Titel 199 Gemeinden nicht rückzahlbare Beihilfen von insgesamt ca. 42 Mio. S (€ 3.050.000,-) erhalten. In 28 Gemeinden wurden Aktivitäten und Aktionen, die sich aus deren zentralörtlicher Funktion ergeben, in der Höhe von insgesamt ca. 3,6 Mio. S (€ 262.000,-) gefördert.

Als Förderungskapital für das Jahr 2001 des Niederösterreichischen Umwelt-Systems (NUS) standen 9 Mio. S zur Verfügung.

Bei der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung ressortierten zwei weitere Etats zur Förderung der Erreichung der im Abfallwirtschaftsgesetz vorgegebenen Ziele:

- Gemäß § 7 NÖ AWG 1992 kann das Land Investitionen fördern, die eine Abfallverwertung bzw. -vermeidung bewirken. 2001 erhielten aus diesem Titel 27 Gemeinden, 12 Gemeindeverbände, 6 Wirtschaftsunternehmen und 4 Vereine nicht rückzahlbare Beihilfen.

- Gemäß § 22 Abs. 1 Z. 2 Finanzausgleichsgesetz 1997 gewährt der Bund den Gemeinden Zuschüsse zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen. 2001 erhielten aus diesem Titel 33 Gemeinden und 6 Gemeindeverbände Zuschüsse.

Grunderwerb

Im Tätigkeitsbereich Grunderwerb ist schwergewichtsmäßig der Ankauf von Grundstücken im Rahmen der „*Baurechtsaktion des Landes Niederösterreich*“ hervorzuheben, wodurch struktur-

und familienpolitische Zielsetzungen erfüllt werden sollen. Bei dieser Aktion werden durch das Land Baugründe in finanzschwachen und von Abwanderung bedrohten Gemeinden angekauft, welche jungen Familien zur Errichtung von Wohnhäusern im Baurecht, d. h. gegen Entrichtung eines Bauzinses, zur Verfügung gestellt werden. 2001 wurden mit 158 Familien in 13 politischen Bezirken Baurechtsverträge abgeschlossen. 141 Grundstücke wurden in 54 verschiedenen Gemeinden des Landes neu angekauft.

Darüber hinaus wurden vom Land Niederösterreich nach Maßgabe der verfügbaren Budgetmittel auch größere Baulandflächen angekauft. Im Rahmen dieser Möglichkeiten wurden bisher in 12 Gemeinden Grundstücke im Ausmaß von zusammen ca. 24 ha erworben. Auf diesen Flächen entstanden im Zusammenwirken mit der Baudirektion – Ortsbild bzw. beauftragten Architekten Wohngebiete mit insgesamt 310 Bauparzellen, die den Grundsätzen zeitgemäßen Wohnens ebenso entsprechen wie jenen des Orts- und Landschaftsbildes und der Raumordnung. In diesem Zusammenhang wird bemerkt, dass das bis dato größte Projekt in der Gemeinde Teesdorf realisiert und jedes der 41 neu geschaffenen Grundstücke an förderungswürdige Jungfamilien vergeben werden konnte.

Weiters wurden 19 Parzellen im Rahmen der Baurechtsaktion mit einem Gesamtvolumen von 7 Mio. S, (€ 508.700,-) von den jeweiligen Baurechtsinhabern erworben. Die so vereinnahmten Mittel wurden wieder der Aktion zwecks Ankauf für neue Grundstücke zugeführt.

Grund und Boden gehören zu den wenigen nicht vermehrbaren Gütern, und häufig ist der Bedarf an Grundflächen für öffentliche Einrichtungen oder für kultur- und wirtschaftspolitische Aufgaben gerade dort gegeben, wo Gründe ohnedies knapp und teuer sind. Den Gebietskörperschaften kommt hierbei eine vorausplanende und oft auch richtwertgebende Funktion zu, ohne dabei direkten Einfluss auf den Grundverkehr zu nehmen. Die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung verwaltet 25 landeseigene Grundstücke in 6 Gemeinden, wobei lokale Besprechungen und die Erarbeitung von Verträgen zur Begründung von dinglichen und obligatorischen Rechten zu den wesentlichen Aufgaben gehören.

Umweltprojekte

Das Sachgebiet Umweltprojekte der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung erarbeitet und unterstützt die landespolitischen Umweltziele, tritt für vorsorgenden Umweltschutz zu einer nachhaltigen Entwicklung ein und erstellt Projektvorschläge für umweltrelevante Aktionen. Darüber hinaus

versteht es sich auch als Service- und Informationsstelle für alle Landesbürger und -bürgerinnen (Herausgabe von Flugblättern und Broschüren, Verleih von Ausstellungen und Videofilmen zu umweltrelevanten Themen). Folgende Schwerpunkte wurden gesetzt:

Öffentlichkeitsarbeit

Pressearbeit in Kooperation mit dem NÖ Umweltbüro; Planung und Organisation von Messen, Ausstellungen, Konferenzen, Seminare und Workshops; Erstellung von Inseraten, Plakaten, Werbefoldern, Broschüren. Herausgabe und Redaktion der Zeitschrift „Umwelt & Gemeinde“, Umwelt-TV-Serien mit dem ORF NÖ; Planung und Gestaltung von Wettbewerben, Produktion von audiovisuellen Medien (CD's und Videos), Überprüfung medialer Aktivitäten auf Corporate Identity und Corporate Design; Umwelt-Telefon-Hotline, Erstellung des Jahres-Umweltberichtes.

Natur im Garten

Träger dieser 1999 gestarteten Aktion sind neben der Abteilung das Umweltbüro NÖ, „die umweltberatung“ NÖ, die NÖ Agrarbezirksbehörde und die NÖ Baudirektion – Ortsbildpflege. Ziele der Aktion sind umweltschonendes Wirtschaften in Gärten und im öffentlichem Grünraumbereich zu forcieren, den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden, mineralischen Düngern und Torfprodukten zu reduzieren und die Einführung einer umweltverträglicheren Produktpalette für den Garten- und Grünraumbereich.

Folgende Maßnahmen wurden gesetzt: Beratungsmöglichkeiten für Gartenbesitzer, Einrichtung eines „Gartentelefon“ bei den Umweltberatungen; Auszeichnung von Gärten mit einer „Gartenplakette“; Durchführung von Studien mit den Inhalten „Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf Mensch und Umwelt“, „Bodenanalysen“ und „Wirksamkeit/Umweltverträglichkeit alternativer Pflanzenschutzmaßnahmen“; Information durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit (Naturgarten-Ratgeber, Dia-Vorträge, Fachvorträge, Kurse, Seminare, Gartenbus, Teilnahme an Messen, Gartenfeste, Präsenz in verschiedensten Medien usw.), Einrichtung und Bewerbung von Schaugärten; Spielplatz-Wettbewerb Spiel-T-räume 2001; Kooperation mit Partnerbetrieben aus dem Gartenbau.

Bilanz der Aktion 2001: Motto: „Jetzt blüht Ihnen was!“ – heimische Stauden und Sträucher; 18.279 Anfragen beim Gartentelefon; 2.199 Beratungen vor Ort; 816 Gartenplaketten-Vergaben; Aufnahme von 42 Schaugärten; drei Fachbücher; 5 neue Ausgaben des Naturgarten-Ratgebers, Abonnentenstand: 27.071.

Klimaschutz/Klimabündnis, Nachhaltigkeit

- Leitung und Koordination in Niederösterreich; Betreuung der Klimabündnisarbeitskreise „Land- und Forstwirtschaft“ (Projekt Klimabündnis, Schule und Region; Neuaufgabe des Bioeinkaufsführers und der Broschüre „-50% CO₂“; Ausstellung „Wir machen gutes Klima“) und „Entwicklungspolitik“; Beratung und Referententätigkeit für NÖ Gemeinden, die einen Beitritt zum Klimabündnis erwägen (Stand Jänner 2002: 187 Mitgliedsgemeinden); Veranstaltungsreihe „Entwicklungspolitische Impulstage“; Herausgabe des NÖ Klimabündnis-Servicehandbuches und des NÖ Klimabündnis-Folders; NÖ Sonderförderung für klimarelevante Projekte; Studie „Klimabündnisbilanz“; Schwerpunkt Klimabündnis-Projektleitung.
- Schwerpunkt Klimabündnis Bruck – Hainburg – Schwechat: Start für eine Umweltinitiative mit der Zielsetzung einer Verwirklichung nachhaltiger Umweltqualität; insbesondere Reduzierung von Energieverbrauch und Schadstoffbelastungen in der Region.
- Vertretung des Landes Niederösterreich im Kyoto-Forum, Mitarbeit bei der Erarbeitung der „Strategie Österreichs zur Erreichung des Kyoto-Zieles“.

- Nachhaltigkeits-Koordination für Niederösterreich; Entsendung einer Expertin zum Round Table „Nachhaltiges Österreich“; Mitarbeit bei der Erarbeitung der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Ökologisches Beschaffungswesen

Neben der Verbreitung von Informationsmaterial zum Thema „Ökologisches Beschaffungswesen“ unterstützt die Abteilung das EU-Life-Projekt „Check it!“ – Kriterienkatalog zur Berücksichtigung des Umweltschutzes im Beschaffungs- und Auftragswesen; Sachverständigentätigkeit zur ökologischen Beschaffung in Niederösterreich.

EU

Ländervertretung für Österreich bei ENCORE (Environment Conference of EU Regions).

Umweltpädagogik/-bildung

Schulprojekt „Umwelt macht Schule“ begleitete Umweltprojekte für Volks- und Hauptschulen bzw. AHS-Unterstufe und Kindergärten, großer Klimawettbewerb „Klimaspots“, LehrerInnenfortbildung

„Klimaspots“ zu den Themen Werbung und Klimabündnis. Murlispektakel 2001 „Die Würmer sind los“ in Waidhofen/Ybbs. Koordinierung des Programms „Ökologisierung von Schulen“ in NÖ, Umweltbildungservice für Schulen ab der 5. Schulstufe, Ergänzung des Lehrerserviceordners. Unterstützung der Umweltspürnasen in NÖ; Animationsprogramm „Murli kommt in die Schule“, Hörspiel-CDs für die Volksschulen, Kindertheater „Katertag“, Young Reporters – Jugendredaktion in „Umwelt & Gemeinde“, UW-Zeichen für Schulen, Fachausschuss, Klimaspiele für VS mit Umweltmusical, Ökolog-Ordnerreihe für den Projektunterricht an VS, Jour-Fixe mit Landesschulrat, Gestaltung Projekt „Energiebonus für Schulen“, Projekt „Klimabündnis Schule und Region“ ab 7. Schulstufe, Biojause an Schulen – Pilotprojekt, Wurmkompostkisten in 40 Schulen, neue Ökopädagogiklinie des Landes unter dem Titel „Umwelt macht Schule“ – Koordinierung.

Abteilung Umweltrecht

Legistik

- Novellierungsarbeiten: NÖ Abfallwirtschaftsgesetz 1992; NÖ Umweltschutzgesetz
- Internationales Umweltrecht
- Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000
- Abfallwirtschaftsgesetz
- Abfallnachweisverordnung
- Umsetzung von EU-Richtlinien
- Umweltmanagementgesetz

Vollzug

- Abfallwirtschaftsgesetz (insbesondere Verfahren gemäß §§ 15, 28, 29 und 32 AWG)
- Altlastensanierungsgesetz (sofern nicht andere Abteilungen damit betraut sind)
- NÖ Abfallwirtschaftsgesetz 1992
- NÖ Umweltschutzgesetz
- Umweltinformationsgesetz
- Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G)
- Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen
- Angelegenheiten des Chemikalien- und Biozidproduktrechts

- Immissionsschutzgesetz – Luft
- Ozongesetz (insbesondere Projektarbeiten im Rahmen des Ozonsanierungsplans Wien, Niederösterreich, Burgenland)
- Betriebsprüfungen – Kontrolle gemäß § 33 Abfallwirtschaftsgesetz (AWG)
 - 448 Erzeugerkontrollen nach dem Schwerpunktprogramm 2001: Rücknahmeverpflichtete Großbetriebe (z. B. für Leuchtstofflampen, Kühlgeräte, Bleiakumulatoren, Batterien, Altöl); Baufirmen
 - Kontrollen von Abfallbesitzern auf Grund vermuteter Mängel bezüglich Aufzeichnungs-, Begleitschein- und Meldepflichten
 - 220 Kontrollen bei Abfallsammlern, -behandlern und -verwertern
- Erstellung von Auswertungen aus dem Abfalldatenverbund über
 - Abfalldaten
 - Firmenstammdaten
 - Begleitscheindaten
- als Basis für Betriebskontrollen gemäß § 33 AWG und als Basis für umweltrelevante Erhebungen
- Kontrolle und Erfassung von Begleitscheindaten gemäß § 19 AWG (Begleitscheineingang 69.480)
- Kontrolle und Erfassung von Firmen- und Abfalldaten im Datenverbund auf Grund von

- Meldungen gemäß § 13 AWG
- Bekanntgaben über die Rücknahme gefährlicher Abfälle oder Altöle von erlaubnisfreien Abfallsammlern gemäß § 15 Abs. 2 AWG und
- Bescheiden gemäß § 15 Abs. 1 AWG
- Im Abfalldatenverbund registrierte Abfallbesitzer von gefährlichen Abfällen 20.619
- Laufende Aktualisierung der Liste der nach § 15 Abs. 1 AWG befugten Abfallsammler und Abfallbehandler in Niederösterreich (Anzahl der Sammler: 259, Anzahl der Behandler: 111)

Sonstige Aktivitäten

- EU-Angelegenheiten: Stellungnahmen zu Entwürfen von diversen Rechtsakten der EU, Mitarbeit an Programmen bzw. Projekten, Vorbereitung der Euro-Umstellung
- Stellungnahme zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen
- Aus- und Weiterbildung (Juristen, Techniker)
- Referententätigkeit
- Zusammenarbeit mit MOE-Staaten
- Entwicklungszusammenarbeit
- Wasserdatenverbund

Abteilung Naturschutz

Schwerpunkte 2001

Naturschutz allgemein

Legistik

Novellierungen zur Euroumstellung.

Juristischer Dienst

- Berufungen nach dem NÖ NSchG 2000 (Werbeanlagen, Sendemasten, Erdbewegungen, Vorhaben im LSG, Wohnwagen im Grünland etc.)
- Bewilligungen nach dem NÖ Nationalparkgesetz (§ 5, § 6)
- Bewilligungen und Kontrollen nach dem NÖ NSchG 2000 (§ 11, § 20)
- Rechtsauskünfte gemäß Washingtoner Artenschutzübereinkommen (WA), Artenhandelsgesetz (ArtHG) und EG-Verordnung Nr. 1808/2001 zum Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten
- Entschädigungsübereinkommen nach dem NÖ NSchG 2000 §§ 23 u. 30

Naturparke

- Koordination der Weiterentwicklung der 22 Naturparke
- Förderabwicklung unter Ausnutzung der Möglichkeiten der Förderprogramme NÖ Landschaftsfonds, Ländliche Entwicklung (EU-Kofinanzierung) und von Regionalisierungsmitteln (ECO Plus)
- Vertretung des Landes (Beirat) im Verband der Naturparke Österreichs: Grundlagenerarbeitung (z. B. Säule Naturschutz und Bildung)
- Abstimmung des laufenden Naturparkbeschäftigungsprojektes an die Erfordernisse der Naturparke und Vorbereitung des Projektes 2002
- Koordinierung der Marketingaktivitäten, insbesondere der Aktion Wanderpass 2001
- Vorbereitung der Erweiterung des Naturparks Ötscher-Tormauer auf Gemeindegebiet von Mitterbach und Annaberg
- Fertigstellung eines naturschutzfachlichen Anforderungsprofils an Naturparke
- Vorsitz des CIPRA-Ausschusses „Alpine Naturparke“

LIFE-Projekte

- Wildnisgebiet Dürrenstein – Projektabschluss
- Lebensraum Huchen – Fortsetzung
- Pannonische Sanddünen – Ausstellung in Schloss Niederweiden: „Vom Winde verweht“
- In Vorbereitung: Naturraummanagement in der Wachau

LIFE-Projekte:

Fördertechnische Abwicklung

- Pannonische Sanddünen, Fortführung auch 2002
- Nationalpark Thayatal, Abschluss

- Wildnisgebiet Dürrenstein, Abschluss/Fortführung auf nationaler Ebene des Schutzgebietsmanagements

Interreg-Projekte:

Fördertechnische Abwicklung

Abwicklung und Endmonitoring von 7 Projekten, die aus Naturschutz- oder Lafomitteln kofinanziert wurden.

Natura 2000

- Anfragebeantwortung
- Infoveranstaltungen
- Betreuung des Abschlusses der Kartierungsarbeiten in den nominierten Natura-2000-Gebieten
- Teilnahme am 3. Alpinen Biogeographischen Seminar in Brüssel
- Nominierung Steinfeld

Ländliche Entwicklung/ÖPUL

- Fördertechnische Abwicklung, Kontrolle und Koordination von 80 Naturschutzprojekten der Förderschienen „Ländliche Entwicklung, Naturschutzmaßnahmen“
- Örtliche Entwicklung, Betreuung und Evaluierung der Naturschutzmaßnahmen des Österreichischen Umweltprogramms:

20.214 landwirtschaftliche Betriebe
25.230,67 ha betreute Gesamtfläche
S 140,739.948,50,- (€ 10,227.970,94)
Gesamtförderungssumme

- Organisation der Flächen-Begutachtungen, Vorbereitung aller notwendigen Grundlagen für die Flächen-Begutachtungen, naturschutzfachliche Effizienzkontrollen und Schlussfolgerungen für die weitere Programmgestaltung

LAFO

- Abwicklung und Betreuung von 25 LAFO/Naturschutzprojekten (exkl. Projekte „Ländliche Entwicklung“); Koordination der gesamten Artenschutz-Gemeinde-Projekte
- Fachliche Beurteilung der eingereichten Projekte, Organisation, Betreuung und Durchführung von Beratungen, Betreuung einzelner landesweiter Naturschutzaktionen (Kulturlandschaftsprogramm, Baumschutzprogramm, Natur vor der Haustüre, Regionale Gehölzvermehrung, Streuobstprogramm, Heckenmarkt), Organisation und Leitung projekt- oder aktionsbezogener Öffentlichkeitsarbeit (Seminare, Workshops, Exkursionen)

Artenschutz

- Betreuung der Artenschutzprojekte Fischotter, Biber, Bär, Birkhuhn, Raubwürger, Luchs, Großtrappe, Kreuzenzian – Ameisenbläuling etc.
- Gemeinsame Leitung bzw. Mitwirkung bei den landesintern eingerichteten Arbeitsgruppen Kormoran und Fischotter

- Begutachtung von rund 600 Anträgen für Ein- u. Ausfuhren sowie Nachzuchten von meist exotischen Tieren gemäß WA, ArtHG, EG 1808/2001.

- Begutachtung von rund 50 Anträgen betreffend Einfuhr von Jagdtrophäen für Tiere gemäß WA, ArtHG, EG 1808/2001.

- Begutachtungen für rund 900 Einfuhrbewilligungen von artengeschützten Pflanzen (Orchideen, Kakteen, Wolfsmilchgewächsen) gemäß WA, ArtHG, EG 1808/2001.

- Fischotterschäden-Abwicklung (Schadenserrechnung der Schäden 2000, Abstimmung mit Fachstellen und Auszahlung)

Schutzgebiete

- Ständige Betreuung von Naturschutzgebieten und Naturdenkmälern – Beschilderung, Instandsetzung von Anlagen, Überprüfung der Auflagen etc.
- Ausarbeitung, Betreuung, Umsetzung und Monitoring von Pflege- und Managementprojekten im Bereich Wachau, Hundsheimer Berge, Alpenostrand, Weinviertel
- Pflegemaßnahmen im NSG Eichkogel

Projekte

- NSG Hundsau
- NSG Jägerteich
- NSG Teichremise Trautmannsdorf
- NSG Pischelsdorfer Wiesen
- NSG Zeiserlberg
- NSG Frauenstein-Jennyberg

Nationalparks

- Abschluss der Entschädigungsverfahren zum NP Thayatal
- Inkrafttreten des Managementplanes (langfristige Arbeitsgrundlage der NP-Verwaltung) NP Thayatal

Tierschutz

Novelle der Verordnung über den Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (Anpassung an die Legehennenrichtlinie der EU).

Öffentlichkeitsarbeit

- Naturparketagung 2001
- Wanderpassaktion mit NÖ Naturparke, Eröffnungs- und Schlussveranstaltung
- Erarbeitung von Broschüren, Foldern, Pressekonferenzen, Tagungen, etc.
- Zeitung NAHTUR: 5 Ausgaben

Abteilung Verkehrsrecht

Schwerpunkte 2001

Straßenpolizeiliche Schwerpunkte – Überwachung des Straßenverkehrs

Die bewährten monatlichen Schwerpunktprogramme wurden auch 2001 wieder durchgeführt. Die Umsetzung oblag wie immer der Verkehrsabteilung des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich und den Straßenpolizeibehörden I. Instanz. Über die monatlichen Schwerpunktprogramme hinaus wurde der Schwerverkehr unter Zuhilfenahme des Landesprüfzuges und des Prüfzuges der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge laufend gezielt überwacht (Standkontrollen). Spezialeinsätze wie mobile Geschwindigkeitsmessungen, Gewichtskontrollen, Lärmesskontrollen, Gefahrgutkontrollen und Planquadrate (Alkoholkontrollen) sowie der Einsatz von Zivilstreifen sorgten zusätzlich für die Hebung der Verkehrssicherheit auf den Straßen Niederösterreichs.

Neben der Verkehrsüberwachung tragen auch gesetzliche Maßnahmen sowie straßenbauliche Umgestaltungen (z. B. Kreisverkehre, Straßenrückbauten, Schwellen, Ampelanlagen usw.) ebenso wie der Ausbau des höherrangigen Straßennetzes (Entflechtung des Verkehrs) zur Hebung der Verkehrssicherheit bei.

Eisenbahnwesen (Schienen- und Seilbahnen)

Die Tätigkeit der Abteilung am Schienenbahnsektor konzentrierte sich im Jahre 2001 einerseits auf die zu Hochleistungsstrecken bestimmten Eisenbahnlinien, wobei hier der Umbau der Westbahn (bedingt u. a. auch den Abtrag stillgelegter Streckenabschnitte) besonders hervorzuheben ist. Andererseits ergab sich wieder eine intensive Befassung mit Neben- und Anschlussbahnen, etwa durch Neu- und Umbauten etlicher Anschlussbahnen, durch Umstellung zahlreicher Eisenbahnkreuzungen auf technische Sicherungen sowie durch die Errichtung der B 301 im Zuge der Ostbahn. Weiters wurde wieder die Sicherung zahlreicher Eisenbahnkreuzungen überprüft.

Im Bereich des Eisenbahnwesens fanden Koordinierungsgespräche mit dem Ziel statt, unfallträchtige Eisenbahnkreuzungen zu entschärfen und eine gemeinsame Datenbank zwischen Behörde und ÖBB voranzutreiben.

Schließlich wurden wie in den Vorjahren Verhandlungen zur Überprüfung von Seilbahnanlagen durchgeführt. Überdies wurde das Bau- und Konzessions-

verfahren für einen neuen Vierersessellift am Semmering (Hirschenkogel West) abgewickelt. Im Zuge einer Länderkonferenz wurden allgemeine Vollzugsfragen des Seilbahnwesens erörtert.

Luftfahrtwesen

Bei den von der Abteilung zu erteilenden Bewilligungen nach dem Luftfahrtgesetz lag der zahlenmäßige Schwerpunkt wie bisher in der Bewilligung von Außenabflügen, Außenlandungen, Luftfahrtveranstaltungen und Vermietungsbewilligungen sowie in der Durchführung der beantragten Zivilflugplatzbewilligungsverfahren und Verfahren betreffend zivile Bodeneinrichtungen.

Der stetige Ausbau des Flughafens Wien-Schwechat sowie die Erweiterung des Motor- und Segelfluggeldes Wr. Neustadt/Ost und die Errichtung des in dessen Nähe gelegenen ÖAMTC-Hubschrauberflugplatzes (Rettungshubschrauberstützpunkt) erforderten eine intensive Verhandlungstätigkeit.

Die aufsichtsbehördlichen Aufgaben und die Behandlung von Lärmbeschwerden sind umfangreich geblieben. Die Anzahl der vor allem bezüglich eines Flugplatzes erstatteten Anzeigen und der damit durchzuführenden Verwaltungsstrafverfahren ist nach wie vor enorm.

Gefahrgutwesen

Die Abteilung Verkehrsrecht war auf diesem Gebiet im Wesentlichen mit Fällen der Unterbrechung bzw. Untersagung der Beförderung von Gefahrguttransporten befasst.

Weiters wurden Anträge auf Erteilung von Ausnahmegewilligungen erledigt.

Kraftfahrlinien

- Fortführung der Streckenbefahrungen und Haltestellenkommissionierungen im Zuge der Wiedererteilungen von Konzessionen für Post und KWD sowie zum weiteren Aufbau der Datenbank „Kraftfahrlinien“

- Konzessionserteilungen sowie Erteilung diverser Konzessionserweiterungen für Einlandlinien samt Durchführung der zugehörigen Haltestellenkommissionierungen

- Ausarbeitung von Stellungnahmen zu Entwürfen von Verordnungen zum Kraftfahrlineingesetz

Privatisierung der Kfz-Zulassung

In Niederösterreich sind derzeit 13 zum Betrieb der Kfz-Haftpflichtversicherung berechnete Versicherer ermächtigt, Zulassungsstellen einzurichten und zu betreiben.

Von den beliebigen Versicherungsunternehmen sind zum Jahresende 217 private Zulassungsstellen für insgesamt 26 Behördensprengel eingerichtet.

Die Anzahl der Zulassungsstellen ist einer ständigen Änderung unterworfen; im Jahre 2001 kam es offenbar aus Wirtschaftlichkeitsgründen zu Schließungen bestehender Zulassungsstellen.

Bei einer großen Anzahl von Zulassungsstellen wurde der Standort verlegt, was jeweils eine Ergänzung der Ermächtigungen erforderte.

Bezüglich eines Standortes wurde ein Widerruf der Ermächtigung verfügt.

Ansonsten ergaben sich im Zusammenhang mit den übertragenen Aufgaben vielfältige Anfragen von Bürgern, Behörden und Versicherungsangestellten.

Aus- und Fortbildung von Fahrprüfern

Im September 2001 wurde eine Seminarreihe mit dem Thema „Lehrplan A – Fahrtraining“ organisiert (4 Schulungstermine, an denen ca. 105 Fahrprüfer teilnahmen). Das Seminar fand im ÖAMTC-Fahrtechnikzentrum in Teesdorf statt, wobei sowohl theoretisches Wissen vermittelt wurde als auch mögliche Fahrfehler sowie richtiges Absolvieren der Fahrübungen demonstriert wurden. Allen niederösterreichischen Sachverständigen für die Fahrprüfung wurde das Prüferhandbuch als Richtlinie für die Durchführung von Fahrprüfungen im Sinne einer möglichst einheitlichen und objektivierbaren Prüfung übersendet. Mehrere schriftliche Informationen hatten die Unterstützung der sachverständigen Fahrprüfer bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zum Ziel.

Im Jahre 2001 sind acht Personen aus dem Kreis der sachverständigen Fahrprüfer ausgeschieden und sechs Personen zu Fahrprüfern bestellt worden.

Probleme 2001

Verkehrsunfälle

Bedauerlicherweise war ein leichter Anstieg der Verkehrsunfälle zu verzeichnen. Die Zahl der hierbei zu Tode gekommenen Menschen in Niederösterreich ist jedoch im Jahre 2001 – unterstützt durch ambitionierte Maßnahmen und Programme – um 14% zurückgegangen (Stand: Ende September 2001).

Transitverkehr

Vom technischen Zustand von Fahrzeugen gehen immer wieder Gefahren für

den Straßenverkehr aus. Diesen Gefahren (insbesondere solchen des Schwerverkehrs) wurde durch die Veranlassung strenger Kontrollen begegnet.

Fluglärm

Im Umkreis von Flugplätzen reagiert die Wohnbevölkerung zusehens sensibler. Eine Vielzahl von Anzeigen wegen vermuteter Übertretungen luftfahrtrechtlicher Bestimmungen war nachzugehen.

Ziele 2002

- Die Abteilung wird weiterhin darauf bedacht sein, alle Möglichkeiten zur Hebung der Verkehrssicherheit und zur Wahrung des Umweltschutzes auszuschöpfen.
- Das Verkehrsschwerpunktprogramm für das Jahr 2001 wurde u. a. unter Einbeziehung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit und der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten des Amtes der NÖ Landesregierung erstellt. Dabei wurden insbesondere vorgesehen:
 - Gezielte Aktionen zur Senkung der Alkoholunfälle (Planquadrat) sowie Aktionen zur Einhaltung der Fahrgeschwindigkeit und des Sicherheitsabstandes
 - Gezielte Aktionen zur Überwachung des Schwerverkehrs, einspuriger Fahrzeuge und des Sommerreiseverkehrs sowie verstärkte Kontrollen zum Schutz von Kindern
 - Verstärkte Kontrollen einspuriger Kraftfahrzeuge
- Überprüfung und Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen auf NÖ Flughäfen (-plätzen)
- Weiterführung der Schulung der Sachverständigen für die Fahrprüfung
- Umsetzung von Zielen der Verwaltungsreform auf dem Gebiet des Verkehrsrechts

Statistik 2001

Kommissionstätigkeiten sowie Teilnahme an Besprechungen und Schulungen durch Bedienstete der Abteilung Verkehrsrecht

Schienebahnen:
39 Außendiensttage für 71 Projekte

Sessellift:
3 Außendiensttage für 3 Projekte

Flugplätze:
19 Außendiensttage für 115 Projekte

Kraftfahrtrien:
30 Außendiensttage für 58 Projekte

126 Fahrprüfungen (in Dienst- und Freizeit)

7 Fahr(schul)lehrerprüfungen

1 KfV-Fachtagung an insgesamt 2 Tagen

1 Expertenkonferenz betreffend StVO an insgesamt 2 Tagen

1 Expertenkonferenz betreffend KFG an 2 Tagen inkl. Organisation

1 Expertenkonferenz betreffend Luftfahrtsangelegenheiten an insgesamt 2 Tagen

1 Expertenkonferenzen betreffend EisbG an insgesamt 2 Tagen

1 Kraftfahrreferententagung an insgesamt 2 Tagen

1 Internationale Kraftfahrtrienkonferenz an insgesamt 2 Tagen inkl. Beteiligung an der Organisation

2 GGBG und ADR Seminare an insgesamt 4 Tagen

2 sonstige Tagungen an insgesamt 4 Tagen

An 21 Tagen wurden 6 verschiedene Seminare besucht.
Sonstige Besprechungen außerhalb des Amtes: 59 Außendiensttage.
Büroverhandlungen: 131 Tage.

Fahrschulwesen und Fahrprüfungen

2001 sind insgesamt 2.408 praktische Fahrprüfungen angefallen (die Einteilung der sachverständigen Prüfer und deren Vergütung erfolgte durch die Abteilung).

8 Fahrschulbewilligungen wurden erteilt.

Sportliche Veranstaltungen

An sportlichen Veranstaltungen auf Straßen wurden insgesamt 25 (20 radsportliche, 1 motorsportliche und 4 Laufveranstaltungen) genehmigt.

Luftfahrt

2001 wurden 373 Bewilligungen für Luftfahrtveranstaltungen, Außenlandungen bzw. Außenabflüge und 206 Bewilligungen für Luftfahrthindernisse erteilt. Ca. 4.050 Strafanzeigen in Luftfahrtangelegenheiten wurden eingebracht.

Ausnahmebewilligungen vom Wochenend- und Nachtfahrverbot

2001 wurden 651 Ansuchen für Ausnahmen vom Wochenend- und Nachtfahrverbot behandelt.

Verordnungsprüfungen

452 straßenpolizeiliche Verordnungen von Gemeinden sind zur Überprüfung eingegangen.

Berufungsverfahren

390 Verfahren (größtenteils betreffend Entziehung der Lenkberechtigung) wurden anhängig.

Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten

Mit Wirksamkeit 1. Dezember 1992 wurde die Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten neu eingerichtet. Der Aufgabenbereich der Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten umfasst die Umsetzung und Weiterentwicklung des NÖ Landesverkehrskonzeptes sowie alle Angelegenheiten der Gesamtverkehrsplanung.

NÖ Landesverkehrskonzept

Das Land Niederösterreich verfügt seit dem Jahr 1991 über ein Landesverkehrskonzept als verkehrspolitischen

Handlungsrahmen. Dieses richtungweisende Verkehrskonzept wurde beginnend im Jahr 1996 in einem umfassenden Abstimmungsprozess den aktuellen übergeordneten Rahmenbedingungen sowie den geänderten räumlichen und verkehrlichen Entwicklungen angepasst. Das bewährte verkehrspolitische Leitbild „Vermeiden, Verlagern, Verbessern, Fördern“ und die klare Gliederung in regionsspezifische Maßnahmenbündel mit eindeutiger Zuordnung von Prioritäten blieb unverändert. Das derzeit gültige Landesverkehrskonzept 1997 wurde am 7. Oktober 1997 von der NÖ Landesregierung beschlossen. Seit dieser Beschlussfassung sind sowohl von

Bundes- als auch von Landesseite entwicklungs- und verkehrspolitische Weichenstellungen getroffen worden, welche im Zuge der Weiterentwicklung des NÖ Landesverkehrskonzeptes Änderungen am Maßnahmenteil des NÖ Landesverkehrskonzeptes 1997 notwendig machten. Diese Änderungen- bzw. Ergänzungen wurden im Jahr 2000 durch Beschluss der NÖ Landesregierung in das LVK aufgenommen. Im Jahr 2001 wurde die Informationsbroschüre „10 Jahre Landesverkehrskonzept“ als aktuelle Standortbestimmung sowie zur Definition neuer Prioritäten und Schwerpunkte auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen herausgegeben. Um spezi-

fische Fachthemen umfassender darstellen zu können, wurde seit 1990 ergänzend zum NÖ Landesverkehrskonzept eine eigene Schriftenreihe aufgelegt.

Bisher sind folgende Hefte erschienen:
Heft 1: Ausgangslage, Entwicklung, Leitbild

Heft 2: Park-and-Ride

Heft 3: Verkehrsberuhigung

Heft 4: Verkehrsverbünde

NÖ Landesverkehrskonzept, Entwurf

Heft 5: Umweltgerechter Straßenbetrieb
NÖ Landesverkehrskonzept, Kurzfassung und Langfassung

Heft 6: Verkehrssicherheit

Heft 7: Schifffahrtskonzept

Heft 8: Flugverkehrskonzept

Heft 9: Verkehrssteuerung

Heft 10: Güterverkehr

Heft 11: Chancen für Elektrofahrzeuge

Heft 12: Dokumentation Ortsverkehre

Heft 13: Anruf-Sammel-Taxis für den Öffentlichen Verkehr in der Region

NÖ Landesverkehrskonzept, Entwurf 96

Heft 14: Gestaltung untergeordneter Straßen – Weniger ist mehr

NÖ Landesverkehrskonzept 1997

Heft 15: Ruhender Verkehr

Heft 16: Gestaltung innerörtlicher Orientierungssysteme

Heft 17: Gehen in Niederösterreich, Neuauflage Heft 2: Park-and-Ride in NÖ)
Weitere Hefte sind in Vorbereitung.

Die Hefte der Schriftenreihe sowie das NÖ Landesverkehrskonzept 1997 sind über die Kanzlei der Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten gegen Kostenersatz in 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Haus 16, Tel.: (0 27 42) 9005 DW 14973, zu beziehen.

Aufbauend auf den Inhalten des NÖ Landesverkehrskonzeptes und der Ergänzung 2000 ergeben sich für die Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten folgende aktuelle Arbeitsschwerpunkte:

Öffentlicher Verkehr

4-gleisiger Ausbau der Westbahn

Der durchgehende 4-gleisige Ausbau der Westbahn in Niederösterreich ist deshalb notwendig, da die bestehende Westbahn ausgelastet ist und eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie eine Verlagerung von Gütern auf die Bahn nur durch eine Kapazitätsausweitung möglich ist.

Der Streckenabschnitt Umfahrung Krumnußbaum-Säusenstein ist seit 1994 in Betrieb. Die Umfahrungen Melk und Loosdorf sowie die Abschnitte Haag-St. Valentin, Sarling-Ybbs, Pöchlarn und St. Pölten-Prinzersdorf wurden im Mai bzw. Oktober 2000 eröffnet. Die „Güterzugumfahrung St. Pölten“ ist in Bau, alle übrigen Abschnitte der West-

bahn in Niederösterreich befinden sich in fortgeschrittenen Planungsstadien. Für das Schlüsselprojekt der Westbahn, die „Neubaustrecke Wien-St. Pölten“, ist die Umweltverträglichkeitsprüfung positiv abgeschlossen; die eisenbahnrechtliche Genehmigung liegt vor.

Ausbau des Südbahnsystems

Für die Südbahn wurde unter Beteiligung der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland ein neues Grundkonzept erarbeitet. Dies war vor allem im Hinblick auf die EU-Erweiterung vordringlich notwendig. Ziel ist es, die Ostregion an die Nord-Süd-Achse Ukraine – Ungarn – Slowenien – Adria-häfen (EU-Korridor V) anzubinden. Streckenführung: Wien – Flughafen Wien Schwechat – Eisenstadt – Sopron – Szombathely. Der Anschluss des Raumes Wr. Neustadt an diese Achse wird angestrebt.

Schnellbusse nach St. Pölten

Zur besseren Integration der Landeshauptstadt St. Pölten in das öffentliche Verkehrsnetz und damit zur besseren Erreichbarkeit aus den Landesvierteln wurden insgesamt 11 Schnellverkehrslinien eingerichtet. Durch laufende Verbesserungen wird dieses Bussystem an die Anforderungen der Fahrgäste angepasst.

Nahverkehrsausbau

Zur Attraktivierung des niederösterreichischen Schienennahverkehrs werden folgende Projekte vorrangig verfolgt:

- Selektiver 2-gleisiger Ausbau und durchgehende Elektrifizierung der Schnellbahnlinie S 2 (Wien-Wolkersdorf-Mistelbach-Laa/Thaya). Ein entsprechender Ausbauevertrag wurde mit der Republik Österreich abgeschlossen. Der Baubeginn für den 2-gleisigen Ausbau zwischen Wien und Wolkersdorf ist im Jahr 2003 zu erwarten.

- S 7 (Flughafenschnellbahn Wien-Flughafen Schwechat). Der niederösterreichische Streckenabschnitt ist fertig, der Ausbau des Wiener Streckenabschnittes ist in der Endphase, so dass mit einer verbesserten Erreichbarkeit des Flughafens Wien-Schwechat im Jahr 2003 zu rechnen ist.

- 2-gleisiger Ausbau der Pottendorfer Linie zwischen Wampersdorf und Meidling.

Regionalbahnen (Nebenbahnen)

Am 20. Juni 1996 wurde zwischen dem Land Niederösterreich und den ÖBB ein Regionalbahn-Verkehrsdienstvertrag abgeschlossen, der das Fahrplanangebot auf den NÖ Regionalbahnstrecken zum Inhalt hat. Seitens der ÖBB wurden nunmehr auf Grund sehr schlechter

Kostendeckungsgrade einzelne Regionalbahnstrecken eingestellt. Es wurden Strecken (Gmünd-Gr. Gerungs, Retz-Drosendorf, Drösing-Zistersdorf, Türnitz-Freiland) auf einen Busbetrieb umgestellt oder Möglichkeiten zum Weiterbetrieb (Mariazeller Bahn, Ybbstalbahn, Strecke Obergrafendorf-Wieselburg) gesucht. Das überwiegende Netz der NÖ Regionalbahnen bleibt jedoch im Rahmen des Verkehrsdienstvertrages mit den ÖBB aufrecht.

Regionalverkehr auf Hauptbahnen

Ebenfalls am 20. Juni 1996 wurde zwischen dem Land Niederösterreich und den ÖBB ein Vertrag unterzeichnet, der langfristig den Regionalverkehr auf den Hauptbahnen in Niederösterreich gewährleistet. Vertragsgegenstand ist als Gegenwert für die Verkehrsdienste im Regionalverkehr die Anschaffung von 120 Doppelstockwaggons, die bereits im Einsatz stehen. Mit dieser Maßnahme konnte kurzfristig eine Erhöhung der Kapazität und der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs in Niederösterreich erreicht werden.

Sicherung der Bahn-Infrastruktur in Niederösterreich

Am 26. Juni 1996 wurde zwischen dem Land Niederösterreich und dem Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst ein Vertrag über die langfristige Sicherung der Bahn-Infrastruktur in Niederösterreich abgeschlossen, um die Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen schienengebundenen Personennahverkehrs sicherzustellen.

Schienenverkehrslärm

Beginnend mit dem Jahr 1993 hat das Bundesland Niederösterreich gemeinsam mit dem Verkehrsministerium und den ÖBB einen Schienenverkehrslärm-Kataster für die Eisenbahnbestandsstrecken erstellt. Diese umfangreiche Darstellung der Lärmbeeinträchtigung der NÖ Wohnbevölkerung durch Bahnlärm ist die Basis für den im September 1999 unterzeichneten Rahmenvertrag mit der Republik Österreich. In Summe werden daher in den nächsten 15–20 Jahren in 138 Gemeinden 250 km Lärmschutzwände errichtet und 15.000 Lärmschutzfenster eingebaut. Die Kosten werden ca. 180 Mio. € (2,5 Mrd. S) betragen. Die Finanzierung erfolgt zu 50% durch den Bund, zu 25% durch die betroffenen Gemeinden und zu 25% durch das Land. Finanzschwächere Gemeinden werden durch das Land gefördert. Die konkrete Umsetzung des Lärmschutzprogrammes wurde im Jahr 2000 begonnen. Bisher wurden in 4 Gemeinden bauliche Lärmschutzmaßnahmen realisiert. Im Jahr 2001 wurde durch

- die Unterzeichnung von Planungsverträgen in 5 Gemeinden,
 - die Unterzeichnung von Durchführungsverträgen in einer Gemeinde,
 - die Vorbereitung von Planungsverträgen in 9 Gemeinden und
 - die Vorbereitung von Durchführungsverträgen in 4 Gemeinden
- die Umsetzung des Lärmschutzprogrammes fortgeführt.

NÖ Nahverkehrsfinanzierungsprogramm

Diese Förderung ermöglicht es, den niederösterreichischen Gemeinden bei der Organisation bzw. Verbesserung des öffentlichen Verkehrs Hilfestellung zu gewähren. So wurden im Jahre 2001 im Rahmen dieses Finanzierungsprogrammes beispielsweise folgende Maßnahmen gefördert:

- U3-Anbindung der Gemeinden Schwechat und Zwölfaxing
- Citybuserweiterung Baden
- Stadtbuss Hollabrunn
- AST Amstetten

Park-and-Ride

Derzeit bestehen in Niederösterreich mehr als 25.000 Stellplätze für Pkw an mehr als 300 Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel. Ebenso viele Stellplätze stehen für Zweiräder zur Verfügung.

Um den kurz- bis mittelfristigen Bedarf an Park-and-Ride-Stellplätzen abdecken zu können, ist es notwendig, die Anzahl der Pkw- und Zweiradabstellplätze auf insgesamt jeweils ca. 35.000 bis 40.000 zu erhöhen. Im Dezember 1994 konnte ein Übereinkommen zwischen Niederösterreich und dem Bund abgeschlossen werden, das die Finanzierung dieser dringend benötigten Anlagen regelt. Fertig gestellt werden konnten im Jahr 2001 die Anlagen bei den Bahnhöfen Drösing, Obersdorf-Pillichsdorf, Purkersdorf-Gablitz, Traismauer, Wagram-Grafenegg und Wolkersdorf unter der Bauherrschaft der NÖVOG und die Anlagen Allentsteig, Angern a. d. March, Berndorf Stadt, Dürnkrot, Horn, Klein-Wolkersdorf, Langenzersdorf, Scheiblingkirchen-Warth, Trasdorf und Wifleinsdorf unter der Bauherrschaft der ÖBB.

Verträge abgeschlossen wurden für die NÖVOG-Anlage Hohenau sowie für die ÖBB-Anlage Traisenpark. Eine Reihe von Anlagen befindet sich in Vorbereitung (4 P&R-Anlagen der NÖVOG sowie 8 P&R- und 6 B&R-Anlagen der ÖBB).

Verkehrsverbände

In Niederösterreich sind flächendeckend Verkehrsverbände eingerichtet:

- Verkehrsverbund Ost-Region (VOR)
- Verkehrsverbund NÖ – Burgenland (WNB)

Mit der flächendeckenden Einrichtung von Verkehrsverbänden in Niederösterreich

reich konnten einerseits durch attraktive Verbundfahrpreise (eine Fahrkarte für die gesamte Strecke, Verbilligung bis zu 50% bei Zeitkarten etc.) und andererseits durch Koordination der Fahrpläne und damit einer Steigerung der Attraktivität des Angebotes deutliche Steigerungen der Fahrgastzahlen erreicht werden. Regional sehr unterschiedlich konnten im Allgemeinen zwischen 10 und 20% höhere Fahrgastzahlen im Vergleich zu den Fahrgastzahlen vor Verbundstart verzeichnet werden.

Mit 1. Jänner 2000 ist das Bundesgesetz zur Organisation des Öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs in Kraft getreten. Im Hinblick auf die neuen Regelungen in diesem Gesetz wurde verstärkt an der Weiterentwicklung der Verbund- und Tarifsysteme in Niederösterreich mit dem Ziel eines einheitlichen Systems für ganz Niederösterreich unter Berücksichtigung bundesweit abgestimmter Vorgaben gearbeitet. Als erster Schritt dazu ist eine Zusammenlegung der einzelnen Verbundmanagements in Vorbereitung.

Straßenverkehr

Folgende Planungen hochrangiger Straßeninfrastruktur wurden im Jahr 2001 federführend von der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten durchgeführt:

- Vorstudie zur Trassenführung der Nordautobahn inklusive Einbindung der Grenzübergänge Laa/Thaya und Reintal
- Trassenstudie zur Marchfeldstraße in Form von Umfahrungen der Ortsgebiete im Zuge der B 8, Angerner Straße inklusive optionalen Grenzübergang bei Angern
- Trassenstudie zur B 305, Wiener Nord-Ost-Umfahrung
- Untersuchungen zu Straßenkorridoren im Waldviertel

Bei anderen Ausbaumaßnahmen des Straßennetzes ist die Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten in beratender Form projektbegleitend tätig. Nachdem die Ausbaumaßnahmen im NÖ Landesverkehrskonzept festgelegt sind, bezieht sich die Tätigkeit auf gesamtverkehrliche Koordinierung. Verkehrsträgerübergreifende Konzepte wurden im Raum Amstetten, Mistelbach und in der Landeshauptstadt St. Pölten begonnen.

Güterverkehr

Die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, das Verkehrsministerium und die ÖBB haben die Initiative „TEN-Knoten Wien“ ins Leben gerufen. In diesem Planungsprozess werden alle infrastrukturellen und logistischen Anforderungen an die Ostregion defi-

niert, die zu einer wirtschaftlich, räumlich und verkehrlich tragbaren Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs führen sollen. Aufbauend auf dieses übergeordnete Konzept wurde mit Vorarbeiten zu einem Regionalen Logistikkonzept Niederösterreich, insbesondere mit der Fortschreibung der NÖ Güterverkehrsprognose, begonnen

Schifffahrt und Flugverkehr

1992 wurde das NÖ Landesverkehrskonzept in den Bereichen Schifffahrt und Flugverkehr durch eigene Sachbereichskonzepte ergänzt. Die inhaltliche Aktualisierung dieser beiden Konzepte erfolgte im NÖ Landesverkehrskonzept 1997. Ausgehend vom Masterplan des Flughafen Wien-Schwechat, in dem zur Abdeckung der längerfristigen Kapazitätsanforderungen der Bau einer 3. Piste vorgeschlagen wird, wurde ein Mediationsverfahren begonnen. Ziel eines derartigen Verfahrens ist, unter Einbeziehung aller Betroffenen zu einer zukunftssträchtigen Konsenslösung zur weiteren raum- und umweltverträglichen Entwicklung des Flughafens zu kommen. Das Mediationsverfahren soll im ersten Halbjahr 2002 abgeschlossen werden

Planungsgemeinschaft Ost

Verkehrsrelevante Studien wurden im Rahmen der PGO zu folgenden Themen bearbeitet:

- ÖV-Korridor Stadlau – Aspern – Essling – Groß Enzersdorf. In dieser Studie wurden Sofortmaßnahmen zur Beschleunigung des Öffentlichen Verkehrs sowie die Entwicklung zukünftiger attraktiver ÖV-Systeme für diesen Verkehrskorridor dargestellt und hinsichtlich ihrer Kosten und Wirksamkeit beurteilt.
- Mischsysteme im schienenengebundenen ÖPNV Wien-Umland. Diese Studie beschäftigt sich mit der Sinnhaftigkeit und Machbarkeit der Verknüpfung bestehender schienengebundener Verkehrssysteme (U-Bahn, Eisenbahn, Badner Bahn) im Bereich Wien-Umland.

Verkehrssicherheit

Die aus den Wunschzeichen vom Bund zugewiesenen Gelder im Rahmen des Österreichischen Verkehrssicherheitsfonds, Landesanteil Niederösterreich, werden seit September 1998 von der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten verwaltet.

Hierbei wird auch 2002 das Schwergewicht auf Untersuchungen der Einfluss-

nahme neuer Maßnahmen auf die Hebung der Verkehrssicherheit und auf allgemeinen Verkehrssicherheitsuntersuchungen und -konzepten liegen. Die Aufbereitung der Unfalldaten und die Darstellung der Ergebnisse im Internet und auch in Form einer Broschüre wird jährlich durchgeführt.

Im Jahr 2001 wurden beispielsweise gefördert bzw. finanziert:

- Öffentlichkeitsarbeit für Maßnahmen zur Hebung der Sicherheit von Motorradlenkern,
- Ausarbeitung und Darstellung von Unfalldaten als Grundlage für Verbesserungsmaßnahmen für Motorrad- und Mopedlenker,
- Mopedfahrersicherheitsbewerbe,
- Verkehrssicherheitsaktionen im Rahmen der Aktion „Schutzengel“ (30 mobile Tempoanzeigen mit Datenerfassung werden den NÖ Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt – Bestellung und Datenbekanntgabe im Internet unter <http://www.noel.gv.at/schutzengel>), Aktionen für Schulkinder sowie
- Radhelme, Fahrersicherheitstraining für Probeführerscheinbesitzer und Senioren und Schülerlotsenversicherung.

NÖ Verkehrsberatung: eine Servicestelle für NÖ Gemeinden

Innerhalb der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten wurde im April 1995 diese Ansprech- und Servicestelle bei Verkehrsproblemen vor allem für die NÖ Gemeinden geschaffen. Die Hauptaufgabe ist die Verkehrsberatung, vor allem als Entscheidungshilfe und Argumentationshilfe für NÖ Bürgermeister. Schwerpunkte der Verkehrsberatung sind: Verkehrskonzepte; Verkehrsberuhigung; Attraktivierungsmaßnahmen für den öffentlichen Verkehr; Parkraumorganisation; Attraktivierung des nicht motorisierten Individualverkehrs, Flächenwidmungen, Schulwegprobleme und die Neuorganisation von Verkehrsflächen. Weitere Tätigkeitsfelder sind die Koordination mit jeweils beteiligten Dienststellen des Landes, Bundesdienststellen und weiteren Institutionen sowie Information über Fachthemen wie z. B.: Tempo-30-Zonen (Leitfaden und Musterverordnung), Wohnstraßen (Leitfaden und Musterverordnung), Bushaltestellen, Schulwegsicherung; weitere Informationen und Musterverordnungen folgen (z. B. Halte- und Parkverbote).

Die NÖ Verkehrsberatung ist im Haus 16, Zimmer 313, und unter der DW 14047 erreichbar.

Ein im Rahmen der NÖ Verkehrsberatung betreutes Projekt aus dem NÖ Landesverkehrskonzept 1997 ist die „Verkehrsspargemeinde“:

Auf Grund eines Wettbewerbes 1998 wird mit der Siebergemeinde Langenlois in den Jahren 1999 bis 2002 versucht, durch Anreize (soft politics) und bewusstseinsbildende Maßnahmen die Zunahme des motorisierten Verkehrs im Binnenverkehr einzudämmen. Jedes Jahr wurden/werden Schwerpunkte gesetzt: 1999 im Bereich des Radfahrens, 2000 Zu-Fuß-Gehen, 2001 „sanfte Mobilität“ – umweltbewusstes Fahren in NÖ, 2002 soll das Gesamtverständnis für den Umweltverbund (vernünftige Verkehrsmittelwahl) erreicht werden.

Nach einer Befragung Ende 2000 hat bereits eine Änderung der Verkehrsmittelwahl im Binnenverkehr eingesetzt. Gegenüber 1998 hat es 2000 um 3% mehr Fußbewegungen und um 9% mehr Radbewegungen gegeben. Die Pkw-Bewegungen (Lenker) sind um 7% zurückgegangen, der Anteil der Pkw-Mitfahrer ist um 1% gesunken, der Anteil der ÖV-Nutzer ist gleich geblieben.

Krankenanstellen

Ausbau der Krankenanstellen

Grundlage des Ausbaues der niederösterreichischen Krankenanstellen ist der Österreichische Krankenanstaltenplan (ÖKAP). Dadurch erhält Niederösterreich fünf Versorgungsregionen, in deren Zentren je ein regionales Schwerpunktkrankenhaus liegt, das zusammen mit den geplanten Fachschwerpunkten in den regionalen Grundversorgungskrankenhäusern die Bewohner der jeweiligen Region bis auf wenige Spezialbehandlungen praktisch selbstständig versorgen kann.

Innerhalb dieser Versorgungsregionen werden sich zukünftig Krankenanstalten zu Verbänden zusammenschließen und ihr Leistungsangebot aufeinander abstimmen, um teure Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.

Geschehen ist dies bereits mit dem Zusammenschluss der Krankenanstalten in Horn, Allentsteig und Eggenburg zum Waldviertelklinikum, mit Tulln und Gugging zum Donauklinikum und mit der Zusammenlegung der Krankenanstalten Stockerau und Korneuburg zu einem Krankenanstaltenverband (ein Krankenhaus an zwei Standorten). Weitere interhospital Kooperationsformen existieren im Industrieviertel zwischen den Krankenanstalten Wiener Neustadt, Neunkirchen und Grimmenstein sowie im Mostviertel zwischen Waidhofen an der Ybbs, Mauer, Amstetten, Scheibbs und Melk. Damit sollen nicht nur eine positive Weiterentwicklung des NÖ Gesundheitswesens gefördert, sondern auch wichtige Verbesserungen für die Patienten der einzelnen Regionen geschaffen werden.

In Niederösterreich sind zur Realisierung dieser neuen Struktur Ausbauvorhaben von rund 237 Mio. € (3,26 Mrd. S) im Gange. Die wesentlichen Neu-, Zu- und Umbauten sind nachstehend angeführt.

Mostviertel

In **Amstetten** entsteht mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 72 Mio. € (rund 1 Mrd. S) ein Zu- und Umbau, der vielen Bettenstationen, den Intensivbehandlungsbereichen, den Ambulanzen und zahlreichen sonstigen Versorgungseinheiten eines modernen Klinikbetriebes neue und funktionell ausgerichtete Räume zur Verfügung stellen wird.

In **Melk** laufen nach der nun genehmigten Zielplanung die bauvorbereitenden Planungsarbeiten für einen Zu- und Umbau an.

In **Scheibbs** wird nach der Inbetriebnahme des neu errichteten sechs-geschoßigen Bettentraktes nun der letzte Teil des Altgebäudes (Kupelwiesertrakt) generalsaniert.

In **Waidhofen an der Ybbs** wurde an der Zielplanung betreffend den Betten-trakt gearbeitet und die vorbereitenden Planungsmaßnahmen zur baulichen Umsetzung am Ende des Jahres beschlossen.

Im **LKH Mauer** wurden nur laufende Strukturverbesserungen ohne größere bauliche Tätigkeit vorgenommen.

Zentralraum

Im **KH St. Pölten** wird nach vielen Jahren der Verhandlungen nun endlich mit der ersten Bauetappe des zweiten Bauabschnittes begonnen. In diese Phase fallen der Neubau des Zentral-OPs mit zehn OP-Einheiten, die Intensivbehandlungsbereiche für postoperative und internistische Patienten, die Bettenstationen für die kardiologische, die neurologische und die herzchirurgische Abteilung und die Notfallaufnahme. Für diese Bauvorhaben ist ein Investitionsvolumen von 59,8 Mio. € (823 Mio. S) vorgesehen. Nach Abschluss dieser Bautätigkeiten im Jahr 2007 sollen zwei weitere notwendige Bauetappen eine Neugestaltung der 2. Internistischen Abteilung, der Nuklearmedizin, des Zentrallabors, der Physikalischen Therapie, des Zentralröntgens, der Ambulanzen und der Bettenstationen für die chirurgische, urologische und plastisch-chirurgische Abteilung bringen. Zusammen mit baubegleitenden Maßnahmen werden nach der derzeitigen Planung noch einmal rund 63 Mio. € (865 Mio. S) notwendig werden, um das Krankenhaus der Landeshauptstadt St. Pölten an die Erfordernisse des Versorgungsauftrages anzupassen.

In **Krems** wurde im Frühjahr die neu gestaltete postoperative Intensivüberwachungseinheit in Betrieb genommen. Die Planung der Strahlentherapie wurde nur insofern weitergeführt, als neue Modelle der finanziellen Abwicklung derzeit zur Diskussion stehen. Ein konkreter Termin für Detailplanung und Baubeginn steht noch nicht fest.

In **Lilienfeld** wurde der Neubau der Küche in Betrieb genommen und gleichzeitig damit auch dem Notarztbetrieb und den Werkstätten ein neues Zuhause gegeben.

In **Klosterneuburg** werden derzeit mit einem Kostenaufwand von 3,8 Mio. € (52 Mio. S) die Röntgenanlage und die Eingangszone neu gestaltet, um den modernen Anforderungen an einen Klinikbetrieb zu entsprechen. Außerdem

wird im Zuge dieses Bauvorhabens der bauliche Brandschutz an die heutigen Erfordernisse angepasst.

Die Landesnervenklinik **Gugging** wird stufenweise bis zum Jahr 2007 gänzlich aufgelassen und in das **Donauklinikum** (ehemals LKH **Tulln**) eingegliedert. Die dadurch notwendigen Neubaumaßnahmen in Tulln sind derzeit Gegenstand umfangreicher Planungsarbeiten.

Waldviertel

Die Krankenanstalten Horn, Eggenburg und Allentsteig haben sich unter dem Namen **Waldviertelklinikum** zu einem gemeinsamen Krankenanstaltenverband zusammengeschlossen, der wirtschaftliche Vorteile und gleichzeitig medizinische Verbesserungen bringt.

Im Standort **Horn** wurde bereits eine neue Abteilung für Neurologie in Betrieb genommen, die auch vier Betten für die Akutbehandlung von Schlaganfällen (sogenannte STROKE-Unit) beinhalten wird. Um den zukünftigen Bedarf an Physiotherapeuten, sowohl im eigenen Bereich als auch für das gesamte Waldviertel, decken zu können, wurde eine Akademie für den physiotherapeutischen Dienst gegründet, die im Oktober 2001 mit der Ausbildung der ersten Studentinnen und Studenten begonnen hat.

Im Standort **Allentsteig** wurde mit den Projektierungsarbeiten für eine Sonderkrankenanstalt für Neurorehabilitation der Stufe C begonnen. Die Umsetzung des neuen Versorgungsauftrages mit dem Ziel, Patienten mit chronischen Erkrankungen sozial und beruflich wieder zu integrieren, war zwar erst für 2004 in Aussicht genommen worden, es hat sich aber ergeben, dass eine Vorziehung der notwendigen Umbauarbeiten wirtschaftlicher ist als eine Weiterführung des derzeitigen Betriebes bis 2004.

Im Standort **Eggenburg** soll mittels privater Investoren in einem Zeitraum von zwei Jahren eine 150-Betten-Klinik für Psychosomatik zur Versorgung der Ostregion Österreichs errichtet werden. Der Standort Eggenburg eignet sich besonders wegen der jahrelangen Erfahrungen für eine derartige Einrichtung. Durch die Errichtung einer Modellklinik könnte dieser Standort sogar als Pilotprojekt für die beiden anderen Standorte in Österreich dienen.

In **Zwettl** wurde die Planungsphase für einen Zubau und eine daran anschließende Generalsanierung des bestehenden Hauses abgeschlossen, der Baubeginn ist für das Frühjahr 2002 vorgesehen. Mit einem Gesamtbetrag von 24,2 Mio. € (333 Mio. S) wird ein zweistöckiger Zubau errichtet und anschließend

der Altbau generalsaniert, so dass nach Abschluss der Bauarbeiten den Patienten ein modernes und den heutigen Ansprüchen entsprechendes Krankenhaus zur Verfügung stehen wird.

In **Gmünd** wurden nach der erfolgreichen Inbetriebnahme der neuen Abteilung für Orthopädie keine weiteren Änderungen vorgenommen. Die vor einigen Jahren gegründete Schule für den medizinisch-technischen Fachdienst (MTF) wird nach der beschlossenen Zentralisierung dieser Ausbildung am Standort St. Pölten in Gmünd nicht mehr weiter geführt werden, der Schulstandort wird geschlossen.

In **Waidhofen an der Thaya** ist nach der Inbetriebnahme des Neubaus und der Installation einer Sozialpsychiatrischen Abteilung nun auch noch eine Station für Palliativmedizin in Betrieb gegangen. Die Palliativmedizin befasst sich mit schwer kranken, meist unter starken Schmerzen leidenden Menschen. Ziel einer Palliativbehandlung ist es, die Patienten nach einer entsprechenden Behandlung durch ein interdisziplinär besetztes therapeutisches Team mit einer deutlich verbesserten Lebensqualität in ihre gewohnte Umgebung zu entlassen.

Weinviertel

Beim KH **Mistelbach** macht der Neubau (Bauteil E) große Fortschritte. Der mit einem Bauvolumen von 37,6 Mio. € (516 Mio. S) errichtete Zubau wurde um einen Neubau der Werkstätten erweitert und soll im Jahr 2003 den Betrieb aufnehmen. Dann wird ein zusätzlicher Bettentrakt für Innere Medizin und Neurologie und ein Funktionstrakt für Ambulanzen sowie eine Tagesklinik zur Bedarfsdeckung des gestiegenen Versorgungsaufwandes zur Verfügung stehen. Im Jänner 2001 wurde im Schwerpunkt-Krankenhaus Mistelbach ein Kompetenzzentrum für Andrologie eröffnet. Die Andrologie befasst sich mit der Prävention, Früherkennung und Therapie der geschlechtsspezifischen Gesundheitsprobleme des Mannes. Fruchtbarkeitsstörungen, Sexualprobleme, Hormonmangelzustände und die andrologischen Aspekte der Prostataerkrankungen zählen zu den wichtigsten Aufgaben dieses Spezialgebietes der Urologie. Mit der Erweiterung des bisherigen Leistungsspektrum der Urologie des KH Mistelbach werden nun auch überregionale Aufgaben übernommen. Eine wesentliche Aufgabe wird sein, die Anliegen der spezifischen Männermedizin zum Wohl der Bevölkerung in Niederösterreich zu fördern.

Das Medizinische Zentrum **Gänserndorf (MZG)** steht vor der Fertigstellung. Diese mit einem Gesamtkostenaufwand von 10 Mio. € (138 Mio. S) errichtete Tagesklinik wird im Mai 2002 in Betrieb gehen. Es handelt sich um eine Sonderkranken-

stalt für ambulante und tagesklinische Therapie mit acht Patientenbetten, die als Filiale des KH Mistelbach betrieben wird. Damit steht der Gänserndorfer Bevölkerung in absehbarer Zeit eine medizinische Einrichtung zur Verfügung, in der eine unfallchirurgische Versorgung, eine tagesklinische Betreuung und Spezialrichtungen wie Schmerzambulanz, Chemotherapie, Nephrologie, Andrologie und Inkontinenz in Anspruch genommen werden können. Die beiden Krankenanstalten werden zukünftig unter dem Namen **Weinviertelklinikum** als ein einziges gemeinsames Krankenhaus betrieben werden.

In **Hollabrunn** wurden nach dem Ausbau der sozialpsychiatrischen Abteilung und Inbetriebnahme des sogenannten Übergangsbereiches, eines Zubaus, der durch seine transparent gehaltene Bauweise den Übergang von der stationären zur ambulanten Betreuung auch optisch darstellen soll, keine weiteren Veränderungen vorgenommen.

Die Krankenanstalten **Stockerau** und **Korneuburg** haben sich zu einem Krankenanstaltenverband zusammengeschlossen, der eine enge Zusammenarbeit und die Vermeidung von Doppelstrukturen sicherstellen soll. In Korneuburg werden zukünftig Abteilungen für Allgemeinchirurgie, Unfallchirurgie, Gynäkologie/Geburtshilfe, Urologie und Anästhesiologie und Intensivmedizin angesiedelt sein. In Stockerau verbleibt die gesamte Innere Medizin samt Departements für Pulmologie und Rheumatologie sowie eine Tagesklinik. Auch für die Bereiche Technik, Versorgung, Verwaltung und Logistik ist eine wirtschaftlich vorteilhafte Kooperation vereinbart, so dass diese beiden Krankenanstalten nicht nur auf medizinischem Gebiet, sondern auch in kaufmännischer Hinsicht näher zusammenrücken werden. Zur Verwirklichung dieser neuen Struktur sind in Stockerau lediglich kleine Veränderungen notwendig. In Korneuburg werden mit einem Aufwand von 51,2 Mio. € (705 Mio. S) wesentliche Teile des dringend sanierungsbedürftigen Spitals völlig neu errichtet und im Frühsommer 2003 eröffnet.

Von **Hainburg** sind derzeit weder Bautätigkeiten noch Planungen zu berichten.

Industrieviertel

In **Wiener Neustadt** wurde die Erweiterung der Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde sehr rasch umgesetzt, so dass bereits im Laufe des Jahres 2002 der Betrieb in den neuen Räumlichkeiten aufgenommen werden kann. Die nicht mehr länger tolerierbaren äußerst beengten Verhältnisse werden nun in absehbarer Zeit der Vergangenheit angehören.

Mit der Aufnahme des Ausbildungs-

lytiker (MTA) wird am Standort Wiener Neustadt ein neuer Zweig des gehobenen medizinisch-technischen Dienstes eröffnet. Bisher war diese Ausbildung für die Ostregion nur am AKH in Wien möglich. Seit Oktober 2001 werden die ersten Studentinnen und Studenten nun am Schwerpunkt-Krankenhaus Wiener Neustadt unterrichtet. Wiener Neustadt hat dafür die MTF-Schule aufgelassen und betreibt nun neben der MTA-Ausbildung auch Ausbildungsstätten für Allgemeine Krankenpflege und radiologisch-technische Assistenten (RTA).

In **Neunkirchen** wurden nach der provisorischen Inbetriebnahme der Abteilung für Sozialpsychiatrie zunächst Verhandlungen zur Generalsanierung des Krankenhauses aufgenommen. Mittlerweile erweist sich jedoch der komplette Neubau der Krankenanstalt an einem anderen Ort als der zielführendere Weg. Diesbezügliche Verhandlungen sind im Gange. Bei einem optimalen Verhandlungs- und Planungsablauf könnte noch im Jahr 2003 mit dem Neubau, der sich mit einem geschätzten Investitionsvolumen von 58–72 Mio. € (800 Mio. bis 1 Mrd. S) zu Buche schlagen wird, begonnen werden.

In **Grimmenstein** wird zukünftig anstatt der orthopädischen Nachbehandlung der Neurorehabilitation in Kooperation mit Wiener Neustadt vermehrtes Augenmerk geschenkt. Die dazu notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen waren eher gering und sind bereits erfolgt. Mittlerweile wurde auch ein Computertomografie-Gerät in Betrieb genommen, das nun eine moderne Diagnostik von Lungenerkrankungen gewährleistet.

Im LKH **Mödling** wurde ein Teil des Altgebäudes (Labor, Fenstertausch an der Westfassade, Klimatisierung der Intensivstation) generalsaniert.

Im KH **Baden** wurden Vorbereitungen zur Einrichtung einer neuen Abteilung für Neurologie getroffen.

NÖ Qualitätssicherungskommission gem. Krankenanstaltengesetz

Die Kommission ist Schnittstelle der Öffentlichen Gesundheitsverwaltung und der gewachsenen Krankenhausorganisation.

Das Berichtsjahr 2001 war gekennzeichnet durch Diskussion und Versuch einer Konsensfindung bezüglich der Stellung der Qualitätssicherung (QS) innerhalb der bestehenden Krankenhausorganisation.

Konkret wurde und wird diese Diskussion anhand der Geschäftsordnung für die dezentrale (d. h. Krankenhaus-)Qualitätssicherung geführt.

Inhaltlich wird im Bundesland, wie auch national und EU-weit, eine Diskussion darüber geführt, welche Konzepte eine gute Umsetzung im Sinne der Zielvorga-

be erwarten lassen. Die Zielvorgabe ist eine vergleichende Qualitätssicherung. Es bestehen berufsgruppenorientierte Ansätze ebenso wie epidemiologische und Management-Ansätze.

Niederösterreichische Krankenanstalten haben sich 2001 an Modellprojekten beteiligt, beispielhaft das Krankenhaus Wr. Neustadt am QIP (Qualitätsindikatorenprojekt) und das Krankenhaus Tulln am Modellprojekt 1 der Strukturkommission des Bundes (Aufnahme- und Entlassungsmanagement).

Zukünftig können wesentliche Impulse für die Qualitätsarbeit von der Donau-Universität Krems, Zentrum für Management und Qualitätssicherung im Gesundheitswesen, erwartet werden.

Notarzt-Hubschrauber

Im Laufe des Jahres 2001 wurden die Notarzt-Hubschrauber des Bundesministeriums für Inneres vom ÖAMTC übernommen. Seit 1. April wird vom Standort Wien-Aspern das Wiener Umland und das Weinviertel nunmehr ebenfalls vom ÖAMTC versorgt. An den beiden Notarzt-Hubschrauberstandorten in Krems und Wiener Neustadt hat sich nichts geändert. Der Bezirk Amstetten wird vom ÖAMTC-Standort Linz-Hörsching betreut. Der ÖAMTC stellt mit seinen österreichweit insgesamt zwölf Standorten mit Eurocopter-135-Maschinen die modernste Notarzt-Hubschrauberflotte Europas.

In Wiener Neustadt hat der ÖAMTC zusätzlich einen zweiten Hubschrauber stationiert. Dieser Intensiv-Transport-Hubschrauber steht Tag und Nacht einsatzbereit zur Verfügung und dient insbesondere für Verlegungsflüge zwischen den Krankenanstalten Ostösterreichs, wobei die Patienten von erfahrenen Intensivmedizinern betreut und begleitet werden.

Intensivbettenvermittlung und Verbrennungsbettenzentrale

In Zusammenarbeit mit dem NÖ Roten Kreuz besteht in Mödling eine Vermittlung für Intensivbetten und eine Verbrennungsbettenzentrale.

Die Intensivbettenvermittlung steht mit allen 12 Intensivstationen in Niederösterreich in Funkkontakt und hat daher jederzeit den Überblick, in welches Krankenhaus ein Notfallpatient eingeliefert oder überstellt werden kann.

Die Verbrennungsbettenzentrale hat die Aufgabe, bei einem Massenansturm von Verbrennungsoffern die Verlegung in geeignete Verbrennungskliniken in ganz Europa innerhalb von 12 Stunden zu organisieren. Auch andere Bundesländer können sich bei Bedarf dieser Einrichtung bedienen.

Gesundheits- und Krankenpflegepersonal

Gehobener Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege

In Niederösterreich sind zur Ausbildung im gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege

- 13 Schulen für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege sowie
- zwei NÖ Schulen für die Ausbildung in der psychiatrischen Gesundheits- und Krankenpflege eingerichtet.

Im Schuljahr 2000/2001 erfolgte keine Ausbildung für Kinderkranken- und Jugendlichenpflege.

Ab Frühjahr 2002 ist am Ausbildungsstandort der allgemeinen Gesundheits- und Krankenpflegeschule der Landeshauptstadt St. Pölten eine Sonderausbildung in der Kinderkranken- und Jugendlichenpflege vorgesehen.

Sonderausbildungen und Weiterbildungen

- An der NÖ Landesakademie Höhere Fortbildung in der Pflege in Mödling:
 - Abschluss eines Universitätslehrganges für Lehrendes Gesundheits- und Krankenpflegepersonal
 - Abschluss eines Universitätslehrganges für Leitendes Gesundheits- und Krankenpflegepersonal
 - Abschluss eines Sonderausbildungslehrganges Krankenhaushygiene
 - Abschluss von Weiterbildungslehrgängen für Führungsaufgaben (Teil I) – Stations-/Abteilungsleitung (Mittleres Management)
 - Abschluss eines Weiterbildungslehrganges Praxisbegleitung Basale Stimulation in der Pflege
 - Abschluss eines Weiterbildungslehrganges Palliative Care
 - Abschluss eines Weiterbildungslehrganges Psychoonkologie

● An der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege am a. ö. Krankenhaus der Landeshauptstadt St. Pölten: Abschluss eines Weiterbildungslehrganges für Führungsaufgaben (Teil I) – Stations-/Abteilungsleitung (Mittleres Management)

● An der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege am a. ö. Krankenhaus Amstetten:

Abschluss eines Sonderausbildungslehrganges Intensivpflege

● An der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege am a. ö. Krankenhaus Mistelbach:

Abschluss eines Sonderausbildungslehrganges Intensivpflege

● An der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege am a. ö. Krankenhaus Wiener Neustadt:

– Abschluss eines Sonderausbildungslehrganges in der Pflege im Operationsbereich

– Abschluss eines Sonderausbildungslehrganges Intensivpflege

– Abschluss eines Sonderausbildungslehrganges Pflege bei Nierenersatztherapie

– Abschluss eines Weiterbildungslehrganges Praxisanleiter

● An der Schule für psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege an der NÖ Landesnervenklinik Gugging:

– Abschluss eines Sonderausbildungslehrganges in der psychiatrischen Gesundheits- und Krankenpflege

– Abschluss eines Weiterbildungslehrganges Krisen und psychiatrische Notfälle im intra- und extramuralen Bereich

● Beim Verband Österreichischer Diabetesberater, Schloss Zeillern: Abschluss eines Weiterbildungslehrganges Diabetesberater

Pflegehelfer

● Zweijährige Ausbildungen (2001/2003) in der Pflegehilfe im Rahmen der Altenhelferausbildung:

- Fachschule Horn
- Fachschule Mistelbach
- Fachschule Biedermannsdorf
- Fachschule St. Pölten – HLW
- Caritas Wiener Neustadt
- Caritas St. Pölten
- Fachschule Gmünd
- Fachschule Haag
- Fachschule Gaming
- Fachschule Erla/St. Valentin

● Einjährige Ausbildungen (2000/2001 bzw. 2001/2002) in der Pflegehilfe an den Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege:

- Mauer
- Neunkirchen
- Mistelbach
- Wr. Neustadt

Sanitätshilfsdienste

An den bewilligten Ausbildungseinrichtungen im Krankenhausbereich wurden gemäß dem Bedarf die erforderlichen Sparten von Sanitätshilfsdiensten ausgebildet.

Zusätzlich:

● am Institut für Physikalische Medizin, Prim. DDr. Kern, St. Pölten – Heilmasseuse, Ordinationsgehilfen

● an der Gesundheitsschule, Prim. Dr. Pschill, Wiener Neustadt – Heilmasseuse, Ordinationsgehilfen

● an der Zentralschule des Österreichischen Roten Kreuzes Tulln – Sanitätsgehilfen

● am Moorheilbad Harbach – WIFI NÖ St. Pölten – Heilmasseuse

● am Verein AQUA – Arbeitsmarktqualifizierung für Frauen in Krems – Ordinationsgehilfen

● am Verein zur Erhaltung und Förderung einer Schule zur Ausbildung in Ge-

sundheitsberufen für das Waldviertel,
Prof. Dungal, Gars – Heilmasseur
● an der MANUS Massage GmbH, Bad
Pirawarth – Heilmasseur
● an der Lehranstalt für Sozialberufe,
Caritas St. Pölten – Ordinationsgehilfen

Schulen für den medizinisch-technischen Fachdienst

An den Schulen für den med.-techn. Fachdienst:

- Gmünd,
- St. Pölten,
- Mistelbach und
- Wr. Neustadt

wurde je ein Lehrgang abgeschlossen.

Akademien für den gehobenen medizinisch-technischen Fachdienst

Je 1 Jahrgang wurde in

- Baden: Akademie für den ergotherapeutischen Dienst,
- St. Pölten: Akademie für den physiotherapeutischen Dienst,
- Wr. Neustadt: Akademie für den radiologisch-technischen Dienst abgeschlossen.

An der Hebammenakademie Mistelbach erfolgte ein Abschluss.

Landessanitätsrat für Niederösterreich

Dem Landessanitätsrat für Niederösterreich gehören 9 ordentliche und 26 außerordentliche Mitglieder an. Der Landessanitätsrat für Niederösterreich hat 2001 folgende Ansuchen behandelt bzw. Gutachten abgegeben:

Ansuchen um Besetzung von Leiterstellen an Krankenanstalten	4
Ansuchen um Besetzung von Abteilungsleiterstellen an Krankenanstalten	10
Ansuchen um Besetzung von Konsiliarfacharztstellen an Krankenanstalten	13
Ansuchen um sanitätsbehördliche Genehmigung zur Errichtung von neuen Abteilungen, Instituten an Krankenanstalten, Erweiterungsbauten, Zubauten, Adaptierungen in Krankenanstalten bzw. Ambulatorien (auch Privatkrankenanstalten); Ansuchen um sanitätsbehördliche Errichtungs- und Betriebsbewilligung von Krankenanstalten	27
Ansuchen gesamt	54
Grundsatzreferate	3

Vorsorgemedizin

Geburtenstatistik, Mutterberatung und Säuglingsfürsorge

Im Jahre 2001 konnte Niederösterreich 13.525 Geburten verzeichnen. Das sind 3,2% weniger als im Vorjahr. Im Jahre 2000 wurden in den 445 Mutterberatungsstellen 45.149 Beratungen, davon 5.662 Erstberatungen durchgeführt. Die Statistik 2001 der Bezirkshauptmannschaften liegt noch nicht vollständig vor. Auf Grund personeller Ressourcenknappheit an DiplomsozialarbeiterInnen der Bezirkshauptmannschaften werden teilweise externe DSA und Kinder-schwestern/Hebammen eingesetzt, um dem Leitbild einer psychosozialen und sozialmedizinischen Prophylaxeinrichtung gerecht zu werden.

Geburtsvorbereitung

Um flächendeckende Geburtsvorbereitung zu gewährleisten, fördert die Abteilung Gesundheitswesen Geburtsvorbereitungskurse von niedergelassenen Hebammen. Diese werden nach einheitlichen Standards des NÖ Hebammengremiums abgestimmt mit den internationalen Standards durchgeführt und beinhalten unter anderem Schwangereingymnastik, Atemübungen, Informationen über den Ablauf der Geburt und Stillvorbereitung.

2001 führten die niedergelassenen Hebammen in Niederösterreich geförderte 12.562 Personenturneinheiten durch.

Seh- und Hörtestaktion

Die seit 1978 bestehende Seh- und Hörtestaktion in NÖ Kindergärten für eingeschriebene und nicht eingeschriebene Kinder wurde fortgesetzt. Im Kindergartenjahr 2000/01 wurden im Rahmen des Sehtests 19.606 Kinder untersucht. Bei 3.058 Kindern (15,6%) wurden Auffälligkeiten festgestellt. Im Rahmen des Hörtests wurden 19.933 Kinder untersucht. Bei 3.398 Kindern (17%) wurden Auffälligkeiten festgestellt. Die Eltern werden schriftlich über die bei ihren Kindern festgestellten Auffälligkeiten informiert und aufgefordert, das Kind einem Facharzt vorzustellen.

Kariesprophylaxe in Kindergärten

Im Rahmen dieser Aktion wurden im Kindergartenjahr 2000/01 7.591 Kinder betreut, 54,6% wiesen ein kariesfreies Gebiss auf. Das Ziel der Weltgesundheitsorganisation für das Jahr 2020 besagt, dass 80% der 6-Jährigen kariesfreie Gebisse aufweisen und die 18-Jährigen keine Zähne durch Karies verloren haben sollen.

Um auch dieses Ziel zu erreichen, wurde ab dem Schuljahr 2001/02 mit Landtagsbeschluss die Aktion Apollonia 2020 in Zusammenarbeit des Landes mit den NÖ Krankensversicherungsträgern und dem Arbeitskreis für zahnärztliche Prophylaxe ins Leben gerufen. Inhalt dieser Aktion ist die flächendeckende Betreuung aller Kindergartenkinder und Schulkinder bis zum 10. Lebensjahr durch eine Zahngesundheitserzieherin und der 3-malige Besuch eines Zahnarztes während dieser Zeit. Der Endausbau des Projektes ist für das Schuljahr 2006/2007 geplant.

Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs im Rahmen eines stationären Krankenhausaufenthaltes

Für jede Frau, die in einem niederösterreichischen Krankenhaus auf einer anderen Abteilung als einer gynäkologischen (da die routinemäßige Abstrichuntersuchung dort über die Sozialversicherungsträger verrechnet wird) stationär aufgenommen ist, besteht die Möglichkeit, im Rahmen dieses Spitalsaufenthaltes einen sog. Krebsabstrich vornehmen zu lassen. Die Kosten für die zytologische Auswertung und Befundstellung werden von der NÖ Landessanitätsdirektion getragen. 2001 machten 8.165 Frauen von diesem Angebot Gebrauch. 251 (3,1%) der Befunde bedurften einer weiteren medizinischen Abklärung.

Krebsfrüherkennung und Krebsnachsorge

Im Rahmen des externen onkologischen Pflegedienstes wurden im Jahr 2001 568 Hausbesuche in NÖ getätigt. Krebskranke Kinder und Jugendliche und deren Angehörige werden durch speziell geschulte onkologische Schwestern bei Hausbesuchen betreut (Blutabnahmen, Verbandwechsel, sonstige spezielle Pflegemaßnahmen), die Eltern werden in Hilfestellungen angeleitet und Sterbegleitung angeboten. Die Datendokumentation pathologischer Befunde wurde niederösterreichweit weiter ausgebaut.

Sozialpädiatrisches Management bei atopischer Dermatitis und Asthma bronchiale

Die Neurodermitisschulung an den Abteilungen für Kinder- und Jugendheilkunde der KH Amstetten, Krems, Tulln und Wr. Neustadt hat das kompetente und zielgerichtete Handeln der Eltern von Atopikern und die Erhöhung der Eigenkompetenz zum Ziel. 120 Familien haben 2001 an diesem Projekt teilgenommen. Eine Zwischenevaluierung mittels Elternfragebogen ergab eine deutliche Verbesserung des Informa-

tionsstandes über die Erkrankung. Auch das allgemeine Empfinden der Eltern hatte sich um über 50% gebessert (z. B. Reduzierung von Schuldgefühlen), das der betroffenen Kinder selbst um ein Viertel. Vor allem Entspannungstechniken können nach der Schulung von knapp einem Drittel der Eltern und Kinder zufrieden stellend erlernt und angewendet werden. Das hat sich besonders auf die Nachtruhe der Eltern ausgewirkt (sie müssen um ein Drittel weniger oft aufstehen).

Psychotherapeutische Betreuung von Patienten mit Kollapszuständen und Synkopen

Im Rahmen des Projekts wurden 38 Patienten mit Kollapszuständen an der Kinderabteilung des KH Mödling betreut. Nach Abschluss der Untersuchungen kann festgestellt werden, dass beim Gros der Patienten der Symptomatik psychosoziale Motive zugrunde lagen, bei einem sehr kleinen Teil konnte die Symptomatik durch eine organische Ursache ausreichend erklärt werden. Daraus folgt, dass Kollapszustände zum Anlass genommen werden sollten, die Betroffenen zusätzlich zur organischen Diagnostik einer sorgfältigen psychologischen Diagnostik zu unterziehen und ggf. eine entsprechende Betreuung in die Wege zu leiten.

Psychosoziale Betreuung chronisch kranker Kinder

An den Kinder- und Jugendabteilungen St. Pölten und Zwettl wurden 90 Familien mit Kindern, welche an diabetes mellitus, Epilepsie, Herz- oder Nierenerkrankungen leiden, sowie Eltern von Frühgeborenen betreut. Es konnte eine effektive Förderung der aktiven Mitarbeit, Verhinderung von Spätfolgen, Prävention psychischer Probleme und Intervention bei psychischen Auffälligkeiten erreicht werden.

Statistik 2001

Öffentliche Schutzimpfungen

Impfjahr 2001

	Anzahl der durchgeführten Impfungen
dT-Schutzimpfung Schulanfänger (Td-pur)	8.263
dT-Schutzimpfung Schulabgänger (Td-pur)	3.575
dT + IPV Schulanfänger (Revaxis)	4.968
dT + IPV Schulabgänger (Revaxis)	6.187
Röteln der Wöchnerinnen (Ervevax)	1.197
Röteln (Ervevax)	2.638
Masern – Mumps – Röteln (Priorix)	22.657
MMR-Eradikationsprogramm (Priorix)	4.986
Hepatitis B (Engerix)	36.174
DTaPHib (Infanrix-HIB)	1.606
DTaPHibIPV (Infanrix-IPV + HIB)	8.408

DTaP-IPV (Tetravac)	9.102
HibHepB (Procomvax)	7.421
DTaP-IPV-Hib-HepB (Hexavax)	28.158
IPV (Polio Salk)	540
OPV (Polio Sabin)	48.245

Amtsärztliche Untersuchungen und Gutachten der Abteilung Gesundheitswesen im Jahr 2001

Amtsärztliche Untersuchungen gesamt	718
davon:	
Gehbehindertenausweis	8
Opferfürsorge	1
Aufnahme	8
Dienstfähigkeit	32
Minderung der Erwerbsfähigkeit als Zivilversehrter im Berufungsverfahren	125
Zuerkennung von Pflegegeld	74
Nachsicht von der Ablegung der Meisterprüfung	3
Pragmatisierung	69
Unkündbarstellung	29
Zusatzeintragung in den Behindertenpass im Berufungsverfahren	108
Erleichterung bei der Ablegung der Kanzeiprüfung	0
Kfz-Lenker im Berufungsverfahren	98
Waffenpassangelegenheiten im Berufungsverfahren	3
Stellungnahmen, Ergänzungen zu ha. Gutachten und Überbegutachtungen von amtsärztlichen Zeugnissen	160

Abteilung Umwelthygiene

Trinkwasserkontrolle

Öffentliche Trinkwasserversorgungsanlagen

Die Abteilung Umwelthygiene ist für die amtliche Trinkwasserkontrolle in Niederösterreich nach den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen zuständig.

Beim Endlosprodukt „Lebensmittel Trinkwasser“, welches rund um die Uhr großräumig konsumiert wird, ist eine laufende automatische Registrierung der Qualität mit wenigen Ausnahmen (z. B. laufende Registrierung der Leitfähigkeit des Wassers) nicht möglich, so dass die periodisch durchgeführten Wasseruntersuchungen, deren Ergebnisse Tage später vorliegen, nur einen Momentzustand erfassen.

Daher liegt bei der Trinkwasser-Kontrolle der Schwerpunkt der amtlichen Kontrolle in der vorausschauenden Überprüfung der vorgelegten Unterlagen, wie Kontrolle der Betriebstagebücher, Kontrolle der vorgelegten Unterlagen betreffend Bescheidaufgaben, Kontrolle der übermittelten Befundergebnisse, Prüfungsberichte betreffend Orts- und An-

lagenbesichtigungen, Berichte von Gemeinden, Gewässeraufsichtsorganen usw. Alleine diese vorausschauende Kontrolle in Zusammenhalt mit den Orts- und Anlagenbesichtigungen geben den Trinkwasser-Kontrollorganen die Möglichkeit, rechtzeitig schädliche Veränderungen des Wassers (Wasserversorgungsanlagen), also die potentielle Gefahr einer Trinkwasserverseuchung zu erkennen. Die Ergebnisse der Untersuchungsbefunde haben daher im Zusammenhalt mit den Ergebnissen der Anlagenbesichtigungen vor allem zu bestätigen, ob die getroffene Vorsorge für den Verunreinigungsschutz richtig war und sich auch nach menschlichem Ermessen in Zukunft bewähren wird.

Der Schwerpunkt der amtlichen Trinkwasser-Kontrolle liegt somit nicht in der Probenziehung, sondern in der vorausschauenden Gesamtüberprüfung einer Wasserversorgungsanlage und im Erkennen von potentiellen „Verunreinigungsquellen“, welche auf Anlagengebrechen hinweisen, aber auch auf Verunreinigungen der Schutzgebiete und Wasserfassungen, auf Rohrbrüche, undichte Behälter, Gebrechen von Aufbe-

reitungsanlagen usw. Da sich Anlagen-teile, insbesondere bei größeren Trinkwasserversorgungsanlagen, auf weite Gebiete erstrecken und in verschiedenen Regionen situiert sind und darüber hinaus sich zunehmend eine intensive Netzverquickung durch Zusammenschlüsse entwickelt, sind diese Kontrollen sehr aufwendig.

Die in der Abteilung Umwelthygiene in Zusammenarbeit mit der Landesamtsdirektion – Informationstechnologie entwickelte Trinkwasser-Datenbank stellt eine wesentliche Unterstützung für die Überprüfungen dar (rasche Auffindung von Unterlagen wie Akten betreffend Wasserspender, Wasserfassungen, Netzzusammenschlüsse, Behälter, Aufbereitungsanlagen, behördliche Befundvorlageterminen, behördliche Auflagen, Trinkwasseruntersuchungsergebnisse usw.).

Bericht an die EU

Im Rahmen der Berichtspflicht gemäß EU-Anforderung wurden die Trinkwasserdaten der NÖ Wasserversorgungsanlagen für das Jahr 2000 erstellt.

Es wurden statistische Auswertungen über

- die Gesamtzahl jener Wasserversorgungsanlagen, die 5.000 oder mehr Einwohner versorgen,
- die hierfür aufgewendeten Wassermengen,
- die Anzahl der Wasserversorgungsanlagen, die vorwiegend der Nahrungsmittelproduktion dienen, und
- die Herkunft der Wässer getätigt.

Dabei ergab sich folgendes Bild:

Gesamtzahl der Wasserversorgungsanlagen, die 5.000 oder mehr Einwohner versorgen	56
Zahl der Einwohner, die von Anlagen im Sinne des Punkt 1 versorgt wird	652.271
Prozentanteil der Gesamtbevölkerung, der von Anlagen im Sinne des Punkt 1 versorgt wird	44,3%
Wassermenge in m ³ , die von Anlagen im Sinne des Punkt 1 verteilt wird	52.426.077 m ³ /a
Anzahl der Wasserversorgungsanlagen, die hauptsächlich oder vollständig zur Nahrungsmittelproduktion verwendet werden	85
Hauptwasserquellen und deren Anteil am Jahresverbrauch:	
Oberflächenwasser	474.500 m ³ /a
Grundwasser	111.924.143 m ³ /a
Anzahl der gemäß § 2 der Trinkwasser-Ausnahmeverordnung, BGBl. Nr. 384/1993, ergangenen Bescheide	18

Zusammenfassend lässt sich zu den geprüften Untersuchungsparametern sagen,

- dass bei den Rohwässern sowohl in mikrobiologischer als auch in chemischer Hinsicht einige Überschreitungen der zulässigen Höchstkonzentrationen auftraten;
- dass im Zuge der angewandten Aufbereitungsmaßnahmen wie Enteisung, Entmanganung, Filterung und Desinfektion die chemischen und mikrobiologischen Belastungen entfernt und einwandfreie hygienische Trinkwasserhältnisse in den Ortsnetzen erreicht wurden;
- dass in jenen Fällen, bei denen mikrobiologische Belastungen im Ortsnetz auftraten, durch Sanierungsmaßnahmen bzw. Anordnungen gemäß Lebensmittelbuch, Codex Kapitel B1 „Trinkwasser“ Absatz 22 bis 26, nach Erkennen der Gefahr wieder einwandfreie Verhältnisse erreicht werden konnten;
- dass in Ortsnetzproben keine Überschreitungen des zulässigen Nitratgehaltes auftraten;
- dass bei Wasserversorgungsanlagen, die mehr als 5.000 Einwohner versorgen, Desethylatrazin in 2 Fällen im Ortsnetz auftrat (in allen Fällen von Grenzwertüberschreitungen waren die notwendigen Bescheide im Sinne der Trinkwasser-Ausnahmeverordnung vorhanden).

Zur Oberflächentrinkwasser-Verordnung, BGBl. 359/1995, ist festzustellen, dass in Niederösterreich nur eine solche Anlage betrieben wird.

Das Rohwasser besitzt eine derart gute Qualität, dass diese bereits in die Gruppe A1 einzuordnen ist, die geringe mikrobiologische Belastung des Rohwassers wird im Zuge der zweistufigen Aufbereitung eliminiert.

Trinkwasseraufsicht

Trinkwasserkontrolle in Niederösterreich

Die amtliche Kontrolle des Trinkwassers obliegt gemäß § 35 Abs. 1 des Lebensmittelgesetzes 1975 (LMG 1975) dem Landeshauptmann. Auf Grund der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung ist die Abteilung Umwelthygiene für die Trinkwasserkontrolle zuständig.

Zur Unterstützung der Amtsärzte ist für jedes Landesviertel je ein Lebensmittelinspektor der Abteilung Umwelthygiene für die amtliche Trinkwasserkontrolle auf Grund der besonderen Fachkenntnisse (B-Chemiker) und auf Grund der besonderen Ausrüstung zuständig.

Primäre Aufgaben der Trinkwasser-Aufsicht:

- Erfassung aller Wasserversorgungsanlagen (Einrichtungen), welche Trinkwasser in Verkehr bringen
- Periodische Kontrolle dieser Wasserversorgungsanlagen
- Kontrolle der Bescheidaufgaben
- Aktenführung
- Schriftverkehr mit Parteien, Beschwerdeführern und Anlagenbetreibern
- Probenziehungen
- Festlegung von Probeentnahmestellen gem. § 5 (1) BGBl. II, 235, 23. Juli 1998

Außenstellen der Abteilung Umwelthygiene für die Trinkwasseraufsicht bestehen derzeit in Gmünd, in Korneuburg, in Melk und in Baden.

Übersicht über die Aktivitäten der Außenstellen

Anzahl WVA's 300 l/min	2.533
Revisionen 300 l/min	161
Revisionen 300 l/min	338
Amtl. Mitteilungen gem. §§ 20, 40 (3) LMG 1975	37
Amtl. Proben gem. § 39 LMG 1975	155
Neu erfasste WVA's	80
WVA's, bei denen Probeentnahmestellen festgelegt wurden	379

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, wurden von den Außenstellen der Abteilung Umwelthygiene bei insgesamt 2.533 Wasserversorgungsanlagen, die einen Konsens unter 300 l/min besitzen, 161 Revisionen vorgenommen. Bei Wasserversorgungsanlagen über 300 l/min wur-

den 338 Revisionen durchgeführt. 2001 wurden 80 neue Anlagen aufgenommen. In weiterer Folge wurden 379 Probeentnahmestellen-Festlegungen bei Wasserversorgungsanlagen unter 300 l/min sowie bei Wasserversorgungsanlagen über 300 l/min 332 Probeentnahmestellen-Festlegungen vorgenommen.

Im Zuge dieser Revisionen wurde mit 15 Mitteilungen gemäß §§ 20, 40 (3) LMG 1975 die Beseitigung von Mängeln bei Wasserversorgungsanlagen unter 300 l/min sowie mit 22 Mitteilungen bei Wasserversorgungsanlagen über 300 l/min vorgeschrieben. Kleinere hygienische Mängel wurden mit den Betreibern besprochen und deren Beseitigung in angemessener Frist mündlich angeordnet. Im Zuge der durchgeführten Probeentnahmestellen-Festlegungen und Revisionen wurden 711 Wasserversorgungsanlagen aktentechnisch für eine Übernahme in den Wasserdatenverbund aufbereitet.

Umwelthygiene

Abwasserhygiene

Problemstellung und Zielvorgabe für die Sicherung einer hygienisch einwandfreien Trinkwasserversorgung sind untrennbar mit der Abwasserreinigung verbunden. Es ist nicht nur der Ausbau der biologischen Abwasserbehandlung zu fordern, sondern auch der branchenspezifische Herkunftsbereich des Abwassers, dessen Beschaffenheit mehr als geringfügig von der des häuslichen Abwassers abweicht, vermehrt zu berücksichtigen.

Abfallhygiene - Deponien

Durch die Bestrebung, Deponien gegen den Untergrund zunehmend besser abzudichten, ist bei der Beurteilung der Sickerwasserableitung und somit bei den Gehalten von Schadstoffevaluat und deren Auswirkungen auf das Grundwasser und Oberflächenwasser eine Verbesserung eingetreten.

Vermehrt wird bei der Beurteilung des Deponieverhaltens auf das zu erwartende gasförmige Emissions- und Immissionsverhalten Bedacht genommen (Luftschadstoff- und Geruchseinwirkungen in der Nachbarschaft), bedingt durch das zunehmende Verschmelzen der wasserrechtlichen Bestimmungen mit denen des Abfallwirtschaftsgesetzes und der Deponieverordnung.

Altlasten

Altlasten stellen aus hygienischer Sicht nach wie vor eine wesentliche Gefahrenquelle für die Trinkwassersituation in Niederösterreich dar. Aus diesem Grunde wird bei Bekanntwerden von Altlasten die Trinkwasserqualität der in der

Nähe befindlichen Brunnen und Quellen sorgsam auf Schadstoffe untersucht. Wenngleich die Trinkwasserdatenbank wesentliche Unterstützung leistet, sind Ortsbesichtigungen und Erkundigungen bei den Bürgermeister*innen über die generelle Situation nach wie vor erforderlich.

Bodenhygiene

Durch die Abwasserreinigung wird Klärschlamm erzeugt, der Schwermetalle und organische Schadstoffe enthalten kann.

Die Aufbringung von Klärschlamm und Müllkompost ist in Niederösterreich gesetzlich geregelt. Das Entsorgungsproblem ist damit jedoch nicht gelöst, sondern es wird dieses Problem lediglich verschoben, da Klärschlamm noch Restmengen an Schwermetall und anderen toxischen Substanzen enthält und daher einer Weiterbehandlung als Sondermüll bedarf.

Gewerbehygiene

Auf dem Gebiet der Gewerbehygiene hat der ärztliche Amtsachverständige jene Aufgaben wahrzunehmen, welche dem Immissionsschutz dienen sollen. So waren auch im Jahr 2001 wieder mehrere Betriebe dahingehend zu beurteilen, welche Auswirkungen die aus solchen Betrieben resultierenden Immissionen nach Art, Intensität, Häufigkeit und Dauer auf einen Durchschnittsmenschen ohne besondere Überempfindlichkeit auszuüben vermögen.

Strahlenhygiene

Die Gutachtertätigkeit im Rahmen von Verfahren umfasst im Wesentlichen den medizinischen Strahlenschutz von beruflich strahlenexponierten Personen. Diese Personen unterliegen gemäß

Strahlenschutzgesetz und Strahlenschutzverordnung sowohl einer laufenden physikalischen Kontrolle per Dosimeter als auch einer regelmäßigen ärztlichen Kontrolle.

Tuberkulosebekämpfung

In Niederösterreich sind 20 Tuberkuloseuntersuchungs- und -beratungsstellen mit Röntgengeräten (dosissparende Bildverstärkeranlagen) ausgerüstet.

Alle Anlagen wurden im Jahr 2001 von der Abteilung Umwelthygiene als Betreiber im Rahmen einer umfangreichen Qualitätskontrolle pro Quartal einmal geprüft.

Seitens der Behörde für Energie- und Strahlenschutzrecht wurden in diesem Jahr 12 dieser Anlagen überprüft.

Im Jahr 2001 wurden landesweit 34.606 Landesbürger*innen und Landesbürger untersucht: 199 waren an Tuberkulose erkrankt, davon 115 an offener TBC, wobei die Betroffenen und deren Angehörige nichts von der Erkrankung wussten.

Durch diese Zahlen wird deutlich, wie wichtig diese Untersuchungen sind, bieten sie doch die Möglichkeit, bisher unbekannte TBC-Fälle aufzudecken.

Die Beratung und Betreuung von Erkrankten, Krankheitsverdächtigen und Risikopersonen erfolgt durch Fachärzte für Lungenerkrankungen und eingeschulte TBC-Fürsorger*innen.

Diese Beratung und Betreuung erfordert genaue Kenntnisse über die tuberkulösen Erkrankungen und über die Wirkung der Medikamente und deren Nebeneffekte.

Röntgenzug

Bereits 1953 wurde vom Lande Niederösterreich eine transportable Röntgenschirmbildanlage angekauft, die 1960 in einen Gelenkautobus eingebaut wurde.

Durch die Anschaffung einer Großbildverstärkeranlage 1992 konnte die Strahlenbelastung der untersuchten Personen auf ein Zehntel reduziert werden.

Bei der Überwachung leistet der Röntgenzug des Landes in Niederösterreich wertvolle Hilfe, da der Röntgenzug nicht nur in Altersheimen eingesetzt werden kann und so Untersuchungen an gebrechlichen Personen unkompliziert durchgeführt werden können, sondern sich darüber hinaus für die Überwachung gefährdeter Personengruppen in besonders exponierten Lagen sehr gut eignet (z. B. Einsatz in Lagern, Flüchtlingsheimen, Justizanstalten usw.).

So wurde der Röntgenzug in diesem Jahr zur Hilfestellung auch an 23 Tagen bei den Außenstellen der Bezirkshauptmannschaften eingesetzt.

Insgesamt wurden im Jahr 2001 18.280 Röntgenaufnahmen gemacht.

Kurorte und natürliche Heilvorkommen

Im Rahmen der Kurorthygiene sind unter den spezifischen Bedingungen des Kurortes die besonderen hygienischen Voraussetzungen in den Kureinrichtungen, die Hygiene der natürlichen Heilmittel und der balneotechnischen Anlagen einschließlich der epidemiologischen Situation zu überwachen.

Bei solchen Kontrollen vor Ort konnte festgestellt werden, dass die in Niederösterreich vorhandenen Kureinrichtungen und Kurbetriebe einen hygienisch ausgezeichneten Standard besitzen.

Bei der Anerkennung neuer Heilvorkommen wurde vom Standpunkt der sanitären Aufsicht auf die Aufrechterhaltung der hervorragenden hygienischen Standards in Niederösterreich geachtet.

Abteilung Lebensmittelkontrolle

Die Lebensmittelkontrolle wird in Niederösterreich von den Organen der Abteilung Lebensmittelkontrolle des Amtes der NÖ Landesregierung und den Marktämtern St. Pölten und Wiener Neustadt durchgeführt.

Folgende Rechtsvorschriften dienen als Grundlage für die Kontrolltätigkeit:

- Lebensmittelgesetz
- Qualitätsklassengesetz
- Maß- und Eichgesetz
- Bazillenausscheidergesetz
- Weingesetz
- Chemikaliengesetz

Die Intensität der Kontrollen nach dem Lebensmittelgesetz richtet sich nach einem vom Bundeskanzleramt erlassenen Revisions- und Probenplan. Im Rahmen

dieses Planes wurden für das Jahr 2001 5.100 Proben von Lebensmitteln und 20.000 Revisionen vorgeschrieben. Im Jahr 2001 wurden folgende Aufgaben durchgeführt:

Revisionen	9.959
Probenentnahmen	4.339
Anzeigenbearbeitungen	855
Kontrollen biologisch wirtschaftender Betriebe	40
Kontrollen bei Herstellern und Importeuren kosmetischer Mittel	25
Überprüfungen gem. Chemikaliengesetz	94
Probenziehungen gem. Chemikaliengesetz	26
Anzeigenbearbeitungen gem. Chemikaliengesetz	5
Gewerbeverfahren	598

Die Abteilung Lebensmittelkontrolle wurde im Jahr 2001 zweimal von Inspektoren der Europäischen Kommission (Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucherschutz) hinsichtlich der Durchführung lebensmittelrechtlicher Vorschriften überprüft.

• Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 22. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel

• Richtlinie 92/46/EWG des Rates vom 16. Juni 1992 mit Hygienevorschriften für die Herstellung und Vermarktung von Rohmilch, wärmebehandelter Milch und Erzeugnissen auf Milchbasis

Folgende Schwerpunktaktionen wurden durchgeführt:

- Überprüfung hinsichtlich Rückständen von Arzneimitteln bei Milch, Eiern und Honig
- Untersuchung von verpackten frischen und geräucherten Süßwasserfischen
- Untersuchung von Schaf(misch)käse und Ziegen(misch)käse aus bäuerlicher Produktion
- Untersuchung von Rohmilchkäse auf Campylobacter
- Untersuchung von aufgeschlagenem Schlagobers aus der Gastronomie
- Untersuchung von gekochten Beilagen aus der Gastronomie
- Untersuchung von verpacktem Gemüse
- Untersuchung von Sardellen und Thunfisch aus der Gastronomie auf biogene Amine
- Untersuchung von Essig aus der Direktvermarktung
- Überprüfung der Einhaltung der Lebensmittelvorschriften insbesondere auf das Vorhandensein von Rindfleisch bzw. Separatorenfleisch in deutschen Fleischprodukten
- Untersuchung von Rohmilch auf Tierarzneimittelrückstände
- Untersuchung von Shrimps auf Chloramphenicol
- Überprüfung von Obst und Gemüse auf Pestizidrückstände
- Untersuchung von Schärdinger Butter und Alpi-Butter auf Fremdfett
- Überprüfung der Kennzeichnung von kosmetischen Mitteln
- Untersuchung von Obst und Gemüse aus Osteuropa auf Rückstände
- Untersuchung von inländischem Spargel auf Pestizide
- Überprüfung der bakteriellen Qualität von Räucherfischen
- Überprüfung der Einhaltung der Hygiene in Gastronomiebetrieben
- Untersuchung von Erdbeeren und Kirschen auf Campylobacter
- Untersuchung des Milchfettgehaltes und des mikrobiologischen Status von Oberseis und Milcheis
- Untersuchung von rohem, verpacktem Fleisch
- Überprüfung von frisch gepressten Säften aus Zitrusfrüchten auf Rückstände aus Oberflächenbehandlung
- Kontrolle kosmetischer Mittel gemäß Kontrollmaßnahmenverordnung
- Überprüfung der Einhaltung der Nickelverordnung
- Überprüfung der Quid-Kennzeichnung
- Kontrolle von Bauernmärkten
- Untersuchung von Traubensaft und Traubenmost auf SO₂ und Patulin
- Untersuchung von Marillenbränden aus Abfindungsbrennereien
- Untersuchung von Haarshampoos und Duschgels
- Überprüfung der Sortenbestimmung von Speisekartoffeln
- Untersuchung von Aflatoxin in Feigen
- Untersuchung von Gesichts- und Rasierwässer
- Untersuchung von Fischen und Fischerzeugnissen auf Listeria monocytogenes
- Umfangreiche Revisionen und Probenentnahmen wurden auf Grund folgender Ereignisse durchgeführt:
 - Verätzungen durch Haarentfernungsmittel
 - ASP-Toxin in gefrorenen Kamm-Muscheln
 - Aflatoxine in Paranüssen
 - DSP-Toxin in Muscheln
 - Kuhmilchkasein in Ziegenmilchpulver
 - Glassplitter in Instant-Kaffee
 - Überhöhter Jodgehalt in Kombu – Japanische Meeresalgen
 - Salmonella Give in gefrorenen, gekochten Shrimps
 - Listeria monocytogenes in geräuchertem Lachs
 - Überhöhte Aflatoxinwerte in Feigen
 - Nicht zugelassene gesundheitsbezogene Angaben in den Produkten Microhydrin und Crystal Energy der Fa. Royal Body Care Europe
 - Procymidone und Penconazole in Dille und Petersilie
 - Erstickungsgefahr bei Kerzen in Früchteform
 - Erstickungsgefahr bei Teddybär „Bear 2000“
 - Benzo(a)pyren in gedörrten Zwetschen
 - Überhöhte Mengen an Zinn in Spaghetti in Dosen
 - Aflatoxine in Erdnüssen
 - Parathionmethyl in Grapefruits
 - Aflatoxin in Erdnuss-Butter
 - Quecksilberjodid in Seifen
 - Salmonella bardo in Seifen
 - Listeria monocytogenes in Gravdlachs
 - Steroidhormon Dexamethason in Hautcreme
 - Verätzungen durch Grillreiniger
 - Verschluckungsgefahr bei Handschellen aus Metall
 - Salmonella haardt und Salmonella newport in gefrorener Hühnerbrust
 - Norwalk-Like Virus in gefrorenen Austern
 - Coliforme Keime und Salmonellen in Shrimps
 - Überhöhter Bleigehalt bei Holzpuzzle
 - Überhöhter Phthalatgehalt in Plastikgebiss
 - Erstickungsgefahr durch Holzpuzzlespiel mit Griffen
 - Kühlbeißring mit Wasser gefüllt; kein Trinkwasser
 - Überhöhter Phthalatgehalt in Wiggly Giggly Ball
 - Überhöhter Phthalatgehalt Würfel aus Weichkunststoff
 - Erstickungsgefahr durch Handpuppe
 - Salmonella Krefeld in Muscheln
 - Nichtzulassung von Noni-(Morinda-)Saft und Noni-(Morinda-)Kapseln
 - Aflatoxine in Nüssen
- Erstickungsgefahr durch Plüschfiguren
- Salmonella haardt in Hühnerbrüsten
- Überhöhte Aflatoxinwerte in Paprika
- Schnitt- und Stichverletzungen durch scharfe Spitzen bei Entenfamilie Duck Family – Climb Stairs
- Überhöhte Aflatoxinwerte in Ingwer
- Glassplitter in Tropical Grove Orange Cocktail
- Rückstände des Arzneimittels Clenbuterol in Rindfleisch
- Salmonella livingstone in Fisch
- Truthahnknochenstücke in Geflügel-Eintopf
- Vibrio parahaemolyticus in Shrimps
- Escherichia coli in gefrorenem Hackfleisch
- Salmonella schwarzengrund in gefrorenen Hühnerbrüsten
- Pestizidrückstände in Chilli-Pulver
- Salmonella anatum in gefrorenen Rinderfilets
- Quecksilber in Haifisch-Steaks
- Salmonella derby in Truthahnfilets
- Aflatoxine in getrockneten Feigen
- Listeria monocytogenes in Matjesfilet
- Vibrio cholerae und Vibrio vulnificus in Shrimps
- Pestizidrückstände und Aflatoxine in Gewürzen
- Gesundheitsschädlicher Dinkel-Tau
- Salmonellen in Tahin-Sesam-Paste
- Verbrennungsgefahr bei Plüschteddybär
- Erstickungsgefahr bei Kuscheltieren auf Skateboard mit Bleistiftspitzer
- Salmonella DT 104 bei gefrorenen Truthahnbrüsten
- Phthalate in Beißring
- Listeria monocytogenes in Wildlachs
- Erstickungsgefahr durch Plüschhund mit Akustik
- Vergiftungsgefahr durch Blei und Cadmium bei Trinkglas „Conic“
- Escherichia coli in Schnittkäse Marienburger
- Geruch und Geschmack nach Chlor und Reinigungsmitteln bei Konservenbohnen
- Verletzungsgefahr durch Gemüsemühle
- Aflatoxine in Pistazien
- Histamin in Thunfischkonserven
- Tote Insektenlarven in gefrorenen Steinpilzen
- Listeria monocytogenes in Räucherforellenfilet
- Listeria monocytogenes in Gorgonzola
- Erstickungsgefahr durch Verschlucken des Saugteils eines Schnullers
- Salmonella poona in Kantalup-Melonen
- Salmonella typhimurium DT 104 in Schweinefleisch
- Salmonella typhimurium in Halva mit Pistazien und Halva mit Kakao
- Überhöhte Mengen an 3-Monochloropropandiol in Sojasaucen
- Propylenglycol in Biskuitkuchen
- Salmonella altona in Rindfleisch

- Explosionsgefahr der Flaschen bei Bananen-Bier
- Salmonella Enteritidis in gefrorenen Hühnerbrüsten
- Erstickungsgefahr durch kleine Teile bei Kuschtieren
- Erstickungsgefahr durch das Füllmaterial einer Puppe
- Erstickungsgefahr durch elektrische Rassel
- Erstickungsgefahr durch Pandabär
- Erstickungsgefahr durch kleine Teile bei Spielzeughunden
- Erstickungsgefahr durch Spielflugzeug mit Figur
- Erstickungs- und Verletzungsgefahr durch Teddybär
- Blei in Spielzeugauto
- Verletzungsgefahr durch Laternenlampe
- Verletzungsgefahr durch Plüschtiere
- Überhöhter Wert des Farbstoffes Cochenillerot in Bonbons
- Zinn in Fruchtkonserven
- Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Oliventresterröl
- Überhöhter Wert des Farbstoffes Gelborange S in Candy-Drink
- Formaldehyd in frischen Champignons
- Vibrio bzw. Sporen sulfitreduzierender Clostridien
- Salmonella weltevreden und Vibrio parahaemolyticus in Ölfischfilets
- Salmonella bredeney in roher gewürzter Fleischzubereitung
- Glas-Fragmente in Butter
- Monocrotophos in Tafeltrauben
- Zu hoher Säuregehalt in Lutscher
- Monochlorpropandiol in Soja-Saucen
- Chloramphenicol in gefrorenen Shrimps
- Salmonella tennessee in Sesam-Saat
- Bakterien in Säuglingsnahrung aus Irland
- Salmonellen in Froschschenkeln
- Salmonella tennessee in Halwa
- Überhöhte Mengen Jod in Seetang
- Salmonella enteritidis in gefrorenen Hühnerfilets
- Überhöhte Mengen polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Gewürzen in Öl
- Überhöhte Mengen polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Oktopus in Öl
- Überhöhte Mengen polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Muscheln in Öl
- Überhöhte Mengen polyzyklischer aromatischer Kohlenwasserstoffe in getrockneten Datteln
- Salmonella typhimurium in Schinken
- Dünne Metalldrähte in Schoko-Streusel
- Chloramphenicol in Shrimps
- Listeria monocytogenes in Schinken
- Quecksilber in Thunfisch
- Schimmel in Magerjoghurt aus Deutschland
- Chloramphenicol in gefrorenen Meeresfrüchten
- Glas-Splitter in Schoko-Plätzchen
- Salmonella typhimurium in Sesamöl
- Benzo(a)pyren in Oliventresterröl
- Aflatoxine in Gewürzen für asiatische Reiszubereitungen
- Salmonella stanley in Erdnüssen
- Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Sardellenfilets in Öl
- Salmonella havana in Rindfleisch
- Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Thunfisch
- Histamin in Sardellen
- Benzo(a)pyren in Makrelenfilet in Olivenöl
- Salmonella ngili bzw. senftenberg in Sesam-Samen
- Salmonellen, anaerobe sulfitreduzierende Keime und Bacillus Cereus in Tintenfisch
- Salmonella newport und Salmonella stanley in Erdnüssen
- Stern-Anis in Kräutertee
- Glasstück in Schokolade-Haselnuss-Aufstrich
- Verbotener Farbstoff Erythrosin in Rock Lollipop
- Salmonella der Serogruppe B in Sesamprodukt Helva
- Salmonella typhimurium in Kaninchenfilets
- Überhöhte Jodwerte in Meerkohl-Salat
- Salmonella kottbus in Entenbrust
- Salmonella anatum in Geflügel
- Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Muscheln in pikanter Sauce
- Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Olivenöl
- Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Makrelenfilets in Öl
- Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Knoblauch Tunke
- Listeria monocytogenes in Knoblauchmakrelenfilet
- Überhöhter Cadmiumgehalt in Oktopus
- Erstickung durch Süßware Mini Cup Jelly
- Salmonellen in Salami
- Benzo(a)pyren in Sardinen
- Salmonella typhimurium in Rindfleischpastete
- Sulfit in getrockneten Pfirsichen
- Bakterien in Hot-Dog-Würstchen
- Überhöhte Menge Chrom in Gelatine-Kapseln
- Salmonella typhimurium in Schweinefleisch
- Chloramphenicol in Krebsen
- Salmonella oranienburg in Edelalpen-sahneschokolade

Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten

Schwerpunkte 2001

Krankenanstalten

Legistisches

- Der NÖ Landtag hat am 28. Juni 2001 3 Novellen zum NÖ KAG 1974 beschlossen, die folgende Änderungen betreffen:
 - NÖ KAG Novelle 2001. Mit der Novelle wurden einerseits mehrere Ausführungsregelungen, die auf Grund von bundesgesetzlichen Vorgaben im Bereich des Krankenanstaltengesetzes und der Krankenanstaltenfinanzierung sowie der Sozialversicherungsgesetze notwendig geworden sind, erlassen. Andererseits wurden mit der Gesetzesänderung auch Verbesserungen und Er-

gänzungen zum NÖ KAG 1974 getroffen, die sich im Laufe der vergangenen Jahre als notwendig oder zweckmäßig erwiesen haben.

Im grundsatzgesetzlichen Bereich des Bundes waren vor allem die KAG-Novelle vom 8. August 2000, BGBl. I Nr. 80/2000, das Sozialrechts-Änderungsgesetz 2000 vom 24. August 2000, BGBl. I Nr. 101, und eine weitere KAG-Novelle vom 9. Jänner 2001, BGBl. I Nr. 5/2001, auszuführen. Ferner mussten auf Grund der Einigung über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 2001 bis 2004 auch einzelne Regelungen der neuen Art. 15a-Vereinbarung übernommen bzw. ausgeführt werden.

– Errichtung des NÖ Patientenentschädigungsfonds. Auf Grund der bundesgesetzlichen Verpflichtung, zur Entschä-

digung nach Schäden, die durch die Behandlung in Fondskrankenanstalten entstanden sind und bei denen eine Haftung des Rechtsträgers nicht eindeutig gegeben ist, ist je Pflorgetag ein Betrag von S 10,- vom Patienten einzuheben. Zur Verwaltung der eingehobenen Entschädigungsbeiträge wurde der NÖ Patientenentschädigungsfonds mit eigener Rechtspersönlichkeit und mit Sitz in St. Pölten beim NÖ Patienten- und Pflegeanwalt eingerichtet.

– Ermöglichung der anonymen Geburt. Demnach kann sich jede Schwangere oder Gebärende, die sich in einer psychosozialen Notsituation befindet, ohne Angabe ihrer persönlichen Daten zur Durchführung einer anonymen Geburt an jede geburtshilfliche Abteilung einer NÖ Fondskrankenanstalt wenden. Da in

diesen Fällen eine gedeihliche Entwicklung des Kindes nicht gewährleistet ist, ist mit der anonymen Geburt die Freigabe des Kindes zur Adoption verbunden. Die Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten hat die für die Novellen zum NÖ KAG 1974 maßgeblichen Gesetzesentwürfe ausgearbeitet.

- Patientencharta. Vorbereitung der Art.15a-B-VG-Vereinbarung mit dem Bund über die Patientencharta (Landtagsbeschluss vom 28. Juni 2001)

- Vorbereitung der Art.15a-B-VG-Vereinbarung über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 2001–2004 (Landtagsbeschluss vom 17. Mai 2001)

- Gesetz über die Errichtung des Krankenanstaltenverbandes Korneuburg-Stockerau (Landtagsbeschluss vom 13. Dezember 2001) per 1. Jänner 2002.

Der Krankenanstaltenverband ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts neuer Rechtsträger der vormals beiden Gemeindekrankenanstalten, die nunmehr als eine Krankenanstalt an 2 Standorten mit 1 Anstaltsleitung und 1 Anstaltsordnung geführt werden.

- NÖ SÄG 1992. Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes für eine Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes 1992 betreffend Einführung eines neuen Gehalts- und Arbeitszeitmodells. Wegen Einwänden der Ärztekammer für NÖ konnte dieser Gesetzesentwurf nach einer internen Begutachtung nicht weiter verfolgt werden.

Organisatorisches

- Hinausgabe eines Durchführungserlasses im Zusammenhang mit der Errichtung des NÖ Patientenentschädigungsfonds

- Erstellung mehrerer Erlässe im Zusammenhang mit der Einführung der anonymen Geburt

- Leitung der Projektgruppe „Geschäftsstelle für die NÖ Landeskrankenanstalten“

- Mitarbeit in verschiedenen Arbeitskreisen der ARGE der Kaufmännischen Direktoren

- Mitwirkung bei der NÖ Qualitätssicherungskommission

- Mitarbeit bei der Tätigkeit des NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft

Kooperationen zwischen den NÖ Fondskrankenanstalten

- Krankenanstaltenverband Korneuburg-Stockerau. Mitwirkung bei der Ausarbeitung eines Kooperationsvertrages zwischen den Rechtsträgern der a. ö. Krankenanstalten Korneuburg und Stockerau

- Genehmigung des Kooperationsvertrages zwischen den öffentlichen Krankenanstalten des Mostviertels und Vorbereitung des Beitrittes der LNK Mauer zu diesem Kooperationsvertrag

- Erstellung des Kooperationsvertrages zwischen dem Land NÖ und der Stadtgemeinde Amstetten über die gemeinsame Errichtung einer Neurologie im Krankenhaus Amstetten (die Genehmigung des Vertrages durch die Landesregierung steht unmittelbar bevor)

Überprüfungen des Landesrechnungshofes und der Innenrevision

In Erledigung des Prüfberichtes der Innenrevision betreffend die NÖ Landesnervenklinik Mauer wurden mit der Anstaltsleitung zahlreiche Besprechungen durchgeführt; der Großteil der beanstandeten Kritikpunkte konnte inzwischen erledigt und darüber hinaus wesentliche Verbesserungen in der Anstalt durchgesetzt werden.

Mit der Aufarbeitung des sehr umfangreichen Prüfberichtes des NÖ Landesrechnungshofberichtes betreffend das a. ö. Landeskrankenhaus Mödling wurde begonnen; entsprechende Besprechungen mit der Anstaltsleitung wurden vorort durchgeführt; kurzfristige Maßnahmen zur Beseitigung der schwerwiegendsten Mängel wurden veranlasst.

Eine Aufarbeitung des nunmehr ebenfalls vorliegenden Prüfberichtes der Innenrevision betreffend der NÖ Landesnervenklinik Maria Gugging wurde in Angriff genommen.

Überprüfungen des Bundesrechnungshofes

- Mehrere Besprechungen mit Beamten des Bundesrechnungshofes betreffend Überprüfung des Krankenhauses Hainburg wegen der Kooperation mit dem Krankenhaus Kittsee

- Überprüfung der Organisation und der Finanzierung des Rettungswesens in Niederösterreich

Finanzierung – Betrieb der NÖ Krankenanstalten

Im Frühjahr wurden die Voranschläge der NÖ Landeskrankenanstalten für das Jahr 2001 im Wege des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds der Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten vorgelegt und um bescheidmäßige Genehmigung ersucht. Es wurden darauf von der NÖ Landesregierung am 23. Jänner 2001 die Voranschläge 2001, die auf LKF-Basis erstellt wurden, gemäß § 24 Abs. 2 NÖ KAG, LGBl. 9440-14, genehmigt und die LKF-Pflege- und Sondergebühren für 2001 gemäß § 51 Abs. 2 leg. cit. neu festgesetzt.

Die Voranschläge der 27 NÖ Fondskrankenanstalten für das Jahr weisen einen Gesamtaufwand von S 13.272.248.000,- (€ 964.531.877,94) auf, wobei S 8.035.654.000,- (€ 583.973.750,57) auf das Personal und S 5.236.594.000,- (€ 380.558.127,37) auf den Sachauf-

wand inkl. Anlagen entfallen. Das bedeutet gegenüber den Voranschlägen 2000 eine Gesamtaufwandsteigerung um ca. 7,0%.

Nachdem die Arbeiten für die Bescheidstellung der Voranschläge 2001 aller NÖ Fondskrankenanstalten abgeschlossen waren, musste sofort mit den Arbeiten für die Rechnungsabschlüsse 2000 der NÖ Fondskrankenanstalten begonnen werden.

Am 19. Juni 2001 beschloss die NÖ Landesregierung die Rechnungsabschlüsse 2000 der NÖ Fondskrankenanstalten.

Die Abschlüsse der 27 NÖ Fondskrankenanstalten für das Jahr 2000 ergaben einen Gesamtaufwand von S 13.569.890.429,31 (€ 986.162.396,85). S 7.851.450.263,29 (€ 570.587.142,96) entfielen auf das Personal und S 5.718.440.166,02 (€ 415.575.253,88) auf den Sachaufwand inkl. Anlagen. Das bedeutet gegenüber dem Voranschlag 2000 eine Überschreitung um 1,86%.

Finanzierungs-, Investitions- und Betriebsbeiträge des Landes Niederösterreich

Das Land Niederösterreich hat zu den Ausbauprojekten der a. ö. Gemeindespitäler 2001 Annuitätzuschüsse (aus abgeschlossenen Darlehen und Leasingverträgen) von ca. 245 Mio. S (€ 17.804.844,37) geleistet. Am Betrieb der NÖ Fondskrankenanstalten der Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligt sich das Land Niederösterreich mit S 1.625.000.000,- (€ 118.093.355,52).

Ausbau der a. ö. Gemeinde- und Gemeindeverbandskrankenanstalten/Ausbau der Gemeindekrankenanstalten

Die Aufgabe der Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten besteht auf diesem Gebiet in der Grundlagenarbeit und der Vorbereitung der erforderlichen Beschlüsse (NÖ Landesregierung, NÖ Landtag, und NÖ Krankenanstaltensprengel) sowie in der Vertretung im Baubeirat bei den einzelnen Bauvorhaben.

Erwähnenswerte Bauvorhaben im Jahr 2001: Nach Freigabe durch den Ständigen Ausschuss des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds wurden für folgende Projekte die entsprechenden Regierungs- und Landtagsvorlagen erstellt:

- Krankenanstaltenverband Waldviertel/Waldviertelklinikum, Standort Horn – Errichtung einer neurologischen Abteilung mit einer Gesamtkostensumme von S 12.000.000,- (€ 872.074,01) von der NÖ Landesregierung genehmigt.

- Krankenanstaltenverband Waldviertel/Waldviertelklinikum, Standort Horn – Errichtung einer Akademie für den physiotherapeutischen Dienst mit einer Gesamtkostensumme von S 12.500.000,-

(€ 908.410,43) von der NÖ Landesregierung genehmigt.

● A. ö. Krankenhaus Korneuburg – Gesamtausbau (3. Bauabschnitt) mit Gesamtkosten von S 704.900.000,- (€ 51.227.080,80) von der NÖ Landesregierung genehmigt.

● A. ö. Krankenhaus St. Pölten – Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe, Umbau und Adaptierung mit Gesamtkosten von S 18.900.000,- (€ 1.373.516,57) von der NÖ Landesregierung genehmigt.

● A. ö. Krankenhaus St. Pölten – 2. Bauabschnitt – 1. Bauetappe, Funktions- und Bettenrakt für Herzchirurgie, Kardiologie und Neurochirurgie, Neu-, Zu- und Umbau, mit Planungskosten von S 70.200.000,- (€ 5.101.632,96) von der NÖ Landesregierung genehmigt; die Gesamtkosten von S 823.000.000,- (€ 59.809.742,52) vom NÖ Landtag am 13. Dezember 2001 zum Beschluss erhoben.

● A. ö. Krankenhaus Scheibbs – BA II – Neubau – Bettenrakt, Umbau – Berta Kupelwiesertrakt, 2. OG Interne Bettenstation samt Valorisierung mit einer Gesamtkostensumme von S 168.900.000,- (€ 12.274.441,69) von der NÖ Landesregierung genehmigt.

NÖ Krankenanstaltensprengel

Der NÖ Krankenanstaltensprengel ist ein Gemeindeverband, dem alle Gemeinden Niederösterreichs angehören. Von den nicht spitalerhaltenden Gemeinden werden Umlagen eingehoben, aus denen der NÖKAS Beiträge zum Betrieb der Krankenanstalten sowie zur Finanzierung von Ausbauprojekten der öffentlichen Krankenanstalten leistet.

Im Jahre 2001 wurden an den NÖ Gesundheits- und Sozialfonds für den Betrieb der NÖ Krankenanstalten ca. S 1.711.260.000,- (€ 124.362.114,20) geleistet. An den Krankenanstaltenverband Waldviertel wurde als Anteil des NÖKAS am Trägeranteil (50%) für die Standorte Allentsteig und Eggenburg ein Betrag von ca. S 7.812.000,- (€ 567.720,18) geleistet. Als Beitrag des NÖKAS zum Ausbau der NÖ Krankenanstalten wurden im Jahr 2001 ca. 108.400.000,- Mio. S (€ 7.877.735,22) ausbezahlt. Die Geschäfte des NÖKAS werden von der Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten geführt.

Besondere Aufgaben 2001:

● Erstellung der Richtlinie für die Gewährung der Ausbaubeiträge des NÖ Krankenanstaltensprengels

● Erstellung des Voranschlags des NÖKAS für das Jahr 2002 und des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2000

● Prüfung der Beiträge zu den Trägeranteilen 2 und 3 der Standorte Allentsteig und Eggenburg des KAV-Waldviertel für 2000

● Ermittlung und Beschlussfassung über die Erhöhung der NÖKAS-Umlage

für das Jahr 2002 (Beiträge zum Betrieb und Ausbau)

- Mitwirkung an der NÖ SÄG-Novelle
- Umstellung der Beitragsleistung zum Ausbau auf Leasing-/Kreditfinanzierung bei neuen Projekten
- Euro-Umstellung

Aufsichtsbehördliche Tätigkeiten und Verwaltung der Landeskrankenanstalten

Aufsichtsbehördliche Tätigkeiten

● Die Wirtschaftsaufsicht über die öffentlichen Krankenanstalten wird gemeinsam mit dem NÖ Gesundheits- und Sozialfonds, Bereich Gesundheit, auf Grund der NÖ KAG-Novelle 1997 und des NÖGUS-Gesetzes wahrgenommen. In diesem Bereich wurde unter anderem im Budgetjahr 2001 die Überprüfung der Rechnungsabschlüsse 2000 der NÖ Fondskrankenanstalten an Ort und Stelle durchgeführt.

● Im Rahmen der sanitären Aufsicht mussten für mehrere öffentliche und private Krankenanstalten zahlreiche Bescheide zur Beseitigung von Mängeln und Missständen erstellt werden.

Verwaltung der Landeskrankenanstalten

● Klärung grundsätzlicher strategischer und rechtlicher Fragen

● Grundstücksangelegenheiten. Durchführung von Grundstücksverkäufen und Abtretungen an das öffentliche Gut, Veranlassung von Eintragungen bzw. Änderungen im Grundbuch sowie Veranlassung von Neuvermessungen und Grundstückszusammenlegungen

● Einkaufsorganisation der NÖ Landeskrankenanstalten und NÖ Landesheime. Herbeiführung der Genehmigung der Geschäftsordnung für die NÖ Einkaufsorganisation durch die Landesregierung und der Bestellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder des NÖ Einkaufsrates.

● Mitarbeit und rechtliche Beratung der Kinderschutzgruppe am a. ö. Landeskrankenhaus Tulln

● Ausarbeitung eines Vertrages zur Überleitung des Personals der NÖ Landesakademie – Höhere Fortbildung in der Pflege in die NÖ Landesakademie

● Mitwirkung in der Stabstelle für die Umsetzung des Donauklinikums

● Kooperationsvertrag Land – Amstetten über die gemeinsame Errichtung der Neurologie; Ausarbeitung eines Kooperationsvertrages zwischen dem Land NÖ und der Stadtgemeinde Amstetten über eine Zusammenarbeit im Bereich der Akutneurologie.

Um eine dem Stand der Medizin entsprechende Versorgung von neurologischen Akutpatienten, insbesondere nach Schlaganfällen, im Mostviertel sicherzustellen, ist die Einrichtung einer Akutbehandlungseinheit (Stroke Care

Unit) sowie die Systemisierung einer ausreichenden Anzahl von A- und B-Phase-Betten erforderlich. Dieses abgestufte Versorgungskonzept von einer intensivähnlichen Überwachung bis zur Betreuung auf der Normalstation soll die Akutversorgung und somit die medizinische Qualität gewährleisten.

● Beitritt der LNK Mauer zum Kooperationsvertrag der Krankenanstalten im Mostviertel. Zwischen den Rechtsträgern der a. ö. Krankenanstalten der Versorgungsregion Mostviertel, den Stadtgemeinden Amstetten, Scheibbs und Melk sowie der Statutarstadt Waidhofen/Ybbs, wurde gemäß § 35a Abs. 1 NÖ KAG 1974, LGBl. 9440-14, ein Kooperationsübereinkommen abgeschlossen.

Entsprechend dem Beschluss der Landesregierung vom 13. November 2001 wurde seitens des Landes NÖ als Rechtsträger der NÖ Landesnervenklinik Mauer diesem Kooperationsübereinkommen beigetreten.

● EDV-Organisation – Koordinierung bzw. Mitarbeit im Arbeitskreis EDV-Plattform der fünf Landeskrankenanstalten

– Koordinierung bzw. Erstellung von einheitlichen Seiten für die Homepage der NÖ Landesregierung für die Landeskrankenhäuser

● Neu- und Zubauten in den Landeskrankenanstalten: Herbeiführung der Grundsatzgenehmigung der Landesregierung und des NÖ Landtages für das Donauklinikum – Überführung der NÖ Landesnervenklinik Maria Gugging in das a. ö. NÖ LKH Tulln und die Heimstruktur in Tulln

● Bei der Verwaltung der 5 Landeskrankenanstalten konnten folgende Verbesserungen durchgesetzt bzw. Erfolge erzielt werden:

– Umsetzung des Berichtes des Landes-Rechnungshofes betreffend das LKH Mödling

– Ausarbeitung bzw. Abschluss von Kooperationen

– Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem LKH Tulln und der LNK Gugging im Hinblick auf das Donauklinikum, Ausnutzung von Synergieeffekten – generell Intensivierung der Kontakte zwischen den Anstaltsleitungen und der Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten als Rechtsträger (namens der NÖ Landesregierung)

Ausbildungswesen für die Gesundheitsberufe

● Ausbildung nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz – Klärung von Rechtsfragen

● Bewilligung von Sonderaus- und Weiterbildungen

● Bewilligungen von Akademien für den gehobenen medizinisch-technischen Dienst nach dem MTD-Gesetz

● Bewilligungen von Ausbildungen für Sanitätshilfsdienste

- Mitwirkung in den Kooperationsausschüssen der Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege
- Mitwirkung und Beratung im Rahmen der ARGE der Pflegedirektoren
- Mitwirkung und Beratung im Rahmen der ARGE der Schuldirektoren
- Beratung der ARGE der Direktoren der MTD- und Hebammenakademien
- Beratung der Abteilungen Sozialhilfe und Heime
- Bewilligungen von Schul- und Lehrgangsordnungen
- Bewilligungen zum Zwecke der Fortbildung bei Ausbildung im Ausland nach dem GuKG und dem MTD-Gesetz
- Klärung rechtlicher Fragen im Rahmen von Nostrifikationsverfahren
- Bearbeitung von Anfragen hinsichtlich Ärzten und Hebammen
- Mitarbeit bei der Erarbeitung von einheitlichen Beschäftigungsvoraussetzungen von externen Vortragenden an den Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege, Kursen für Sanitätshilfsdienste und MTD- und Hebammenakademien
- Erarbeitung von Erlässen im Bereich der Gesundheitsberufe

Sanitätsbehördliche Bewilligungs- und Genehmigungsverfahren bei öffentlichen und privaten Krankenanstalten

Folgende Tätigkeiten wurden schwerpunktmäßig durchgeführt:

- Durchführung von zahlreichen Bewilligungsverfahren (Errichtung und Betrieb) für private Krankenanstalten, wobei im Jahre 2001 5 Neuansuchen gestellt wurden
- Genehmigung von Anstaltsordnungen für KA gem. § 16 NÖ KAG 1974
- Bestellungen von technischen Sicherheitsbeauftragten gem. § 19 c Abs. 7 NÖ KAG
- Bestellungen von Krankenhaushygienikern gem. § 19a Abs. 4 NÖ KAG 1974
- Bescheidmäßige Vorschreibung von Maßnahmen bei Vorliegen sanitärer Missstände
- Zurücknahme von sanitätsbehördlichen Bewilligungen
- Koordinierungsgespräche mit den im sanitätsbehördlichen Bewilligungsverfahren beizuziehenden Amtssachverständigen zur Verfahrensbeschleunigung und Hilfestellung für die Antragsteller
- Verfahren zur Genehmigung der Bestellung von Konsiliarärzten, Abteilungsleitern, Ärztlichen Direktoren, Pflegedirektoren, Schuldirektoren

Sanitätsrecht

Ärztegesetz

Es mussten mehrere Berufungsverfahren gegen die Verweigerung der Eintragung in die Ärzteliste und ein Verfahren

wegen Verhängung eines vorläufigen Berufsverbotes gegen einen Arzt durchgeführt werden. Es waren die Ärztekammerumlage und die Beitragsordnung etc. zu genehmigen. Weiters waren die Satzung, der Rechnungsabschluss und der Voranschlag der Ärztekammer für NÖ zu bewilligen. An der Erstellung der Erweiterung eines ärztlichen Wochentags-Nachtbereitschaftsdienstes (Ausarbeitung eines Rahmenvertrages, Vertrag über die Einrichtung von Leitstellen) wurde mitgewirkt.

Apotheken- und Arzneimittelwesen

Im Jahr 2001 waren 55 Verfahren betreffend Anträge auf Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb von neuen öffentlichen Apotheken anhängig, davon konnten 20 Verfahren bescheidmässig erledigt werden. Auf die besondere Schwierigkeit dieser Verfahren, die in der Regel alle bis zum Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof gehen, ist hinzuweisen. Ferner wurden zahlreiche Gesellschaftsverträge und Pachtverträge für öffentliche Apotheken und mehrere Konzessionsübertragungen schon bestehender Apotheken genehmigt und Bewilligungen zur Haltung von ärztlichen Hausapotheken erteilt.

Fortpflanzungsmedizingesetz

Steuerung der zu veranlassenden Berichterstattung der befugten Ärzte bzw. eigens zugelassenen Krankenanstalten und Weiterleitung der gesammelten Berichte mittels ausgelegter Vordrucke an das Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen.

Suchtmittelgesetz und Suchtkoordination

Suchtmittelgesetz

Den Bezirksverwaltungsbehörden und Magistraten wurden Rechtsauskünfte über die Vollziehung dieses Gesetzes bzw. der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen erteilt.

NÖ Suchtkoordination

Die NÖ Suchtkoordinatorin, Fr. Mag. Margit Itzenthaler, hat die Drogenpolitik und die Suchtbekämpfungsmaßnahmen des Landes NÖ zu koordinieren und zu unterstützen.

Der Aufgabenbereich umfasst insbesondere die Abstimmung der drei Tätigkeitsfelder von Niederösterreichs Drogenpolitik, und zwar:

- Suchtvorbeugung
- Suchtberatung
- Suchttherapie

Die Suchtkoordinatorin hat auch in Abstimmung mit der Landespolitik die Grundsätze der Drogenpolitik des Lan-

des Niederösterreich den Medien gegenüber zu vertreten und Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen.

Die Schwerpunktsetzung in der praktischen Umsetzung liegt in der Intensivierung der Vernetzung. So wird seitens der NÖ Suchtkoordinatorin in regelmäßigen Abständen (2 Monate) ein Jour-Fixe der Suchtexperten abgehalten.

Weiters wird versucht, in Niederösterreich die Information über suchtspezifische Themen breit zu streuen, und es werden im Anschluss an jeden Jour fixe „Infos aus der Suchtarbeit“ an interessierte Stellen und Experten versendet. Die Info-Mappe, in der die wesentlichen Angebote des Landes NÖ im Suchtbereich – gegliedert in die drei oben angeführten Bereiche – und getrennt in illegale Drogen und Alkohol enthalten sind, wurde laufend überarbeitet und allen NÖ Einrichtungen, die im Suchtbereich tätig sind, und allen Amtsärzten in NÖ zur Verfügung gestellt.

Am Beginn des Jahres 2001 wurde die Projektarbeit für die Umsetzung des von der Landesregierung am 4. 7. 2000 beschlossenen NÖ Suchtplanes begonnen. Mitte des Jahres 2001 konnte von der NÖ Suchtkoordinatorin ein erster Zwischenbericht vorgelegt werden.

Folgende Tätigkeiten wurden daher im Jahre 2001 schwerpunktmäßig durchgeführt:

- Projekt-Umsetzung NÖ Suchtplan:
 - Projektleiterin und Koordinierung der vier Arbeitsgruppen
 - Organisation, Moderation sowie Leitung als Arbeitskreisvorsitzende des Arbeitskreises Beratung
 - Moderatorin des Arbeitskreises Integration
 - Organisation, Moderation sowie Leitung als Arbeitskreisvorsitzende des Arbeitskreises Therapie
- Magistrat Krems – Jugendstudie: Teilnahme am Arbeitskreis Sucht-Prävention von Seiten des Landes Niederösterreich
- Implementierung eines Alkoholvernetzungstreffens in Niederösterreich für alle Einrichtungen, die in diesem Bereich in Niederösterreich arbeiten, Organisation, Koordination und Moderation der Sitzungen (vierteljährlich), Verfassen eines Protokolls usw.
- Projekt – NÖ KünstlerInnen helfen Suchtkranken, Vernissage an der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten im November 2001, Projekterstellung und Koordination
- Organisation, Koordination und Moderation sowie Leitung eines Expertentreffens mit der Bezeichnung Drogen-Jour-Fixe, welches in regelmäßigen Abständen mit bestimmten Diskussionspunkten zu einzelnen Themen durchgeführt wird (meistens wird dieses Treffen auch mit der Besichtigung einer Suchttherapieeinrichtung in NÖ verbunden)
- Herausgabe eines Informationsblattes „Infos aus der Suchtarbeit“, das an

alle Einrichtungen, die im Suchtbereich in Niederösterreich tätig sind, alle Amtsärzte und sonstigen Interessenten versendet wird

- Durchführung von vierzehntägigen Koordinationstreffen mit dem Leiter der Fachstelle für Suchtvorbeugung
- Koordinationstreffen mit dem Geschäftsführer NÖGUS Soziales wegen Abstimmung in Hinblick auf NÖ Suchtplan – Überarbeitung des NÖ Psychiatrieplanes
- Koordinationstreffen mit dem Projektleiter des Donauklinikums wegen Übersiedlung der LNK Gugging nach Tulln in Bezug auf die Maßnahmenpakete im NÖ Suchtplan, welche für den Bereich der Landesnervenklinik Gugging vorgesehen sind
- Unterstützung der Fachstelle für Suchtvorbeugung wegen Implementierung diverser Projekte, z. B. Step by Step. Koordination mit dem Landesschulrat für NÖ, dem pädagogischen Institut und/ bzw. der Fachstelle für Suchtvorbeugung
- Teilnahme an Arbeitsgruppen im Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen zum Thema „Drogenberichtssystem“ und „Ausarbeitung von Richtlinien für § 15 SMG Einrichtungen“.
- Organisation, Koordination, Moderation sowie Leitung eines Arbeitskreises zur Implementierung eines Drogenberichtssystems für NÖ, laufende Sitzungen in Koordination mit dem geplanten österreichweiten Pilotprojekt „Drogenberichtssystem des Bundes“ ab dem Jahr 2002
- Informationsaustausch über das Bundesgebiet hinaus (Info-Sammlung, EBBD, e-mail-Kontakte . . .)
- Teilnahme am Drogenforum (Expertentreffen des Bundes, der Bundesländer und österreichweiter Experten im Suchtbereich, alle 3 Monate)
- Koordinationstreffen der Drogenkoordinatoren der Bundesländer – Vernetzung der Länder-Drogen-/SuchtkoordinatorInnen (alle 2 Monate)
- Geplante Vernetzung der Ostregion Wien, NÖ und Burgenland im Suchtbereich, erste Besprechung Ende März 2001 im Büro des Wiener Drogenkoordinators, Planung einer Tagung im Burgenland mit Vernetzung zu benachbarten Ländern, Durchführung einer Enquete mit Anwesenheit der in den drei Ländern politischen Verantwortlichen
- Öffentlichkeitsarbeit z. B.: Teilnahme an – Suchtenquete
- Expertenrunden zum Thema Drogen
- Ansprechpartner für diverse Medien, vor allem Radio und Printmedien zum Thema Sucht, Information zu aktuellen Vorkommnissen etc. bzw.
- Ansprechpartner für die zuständigen Landespolitiker
- Erstellung einer Informationsbroschüre der NÖ Suchtkoordinatorin, in der alle Suchtberatungseinrichtungen, Therapieeinrichtungen und Integrationseinrichtungen in NÖ getrennt in die Berei-

che illegale Drogen und Alkohol, Medikamente bezirksmäßig aufgelistet sind

- Begutachtungen von Gesetzesänderungen und Verordnungsänderungen im Suchtmittelbereich
- Teilnahme an bzw. Durchführung von Krisengipfeln
- Anlaufstelle für alle Probleme im legalen und illegalen Suchtbereich in Niederösterreich

NÖ Ethikkommission

Die NÖ Ethikkommission für klinische Prüfungen von Arzneimitteln innerhalb und außerhalb von Krankenanstalten trat durchschnittlich einmal im Monat zu Beratungen zusammen und erstellte entsprechende Voten. 2001 waren von der NÖ Ethikkommission 65 Verfahren durchzuführen, wobei sich die Begutachtungen immer aufwendiger und schwieriger gestalten.

Anträge auf Zuerkennung von Zinsenzuschüssen

7 Anträge für die Praxisgründungen von Fachärzten und Zahnbehandlern sind eingelangt; 6 konnten positiv erledigt werden.

Krankenpflegepersonal, med.-techn. Personal und Hebammen

- Im Jahre 2001 fielen 213 Anträge auf Erteilung der Bewilligung zur freiberuflichen Ausübung des Gesundheits- und Krankenpflegefachdienstes und des gehobenen medizinisch-technischen Dienstes an.
- Weiters wurden 28 Berufsausweise für die freiberufliche Ausübung des Gesundheits- und Krankenpflegefachdienstes ausgestellt.
- Es wurden 21 Standortverlegungen betreffend der Bewilligung zur freiberuflichen Ausübung bekannt gegeben und diesbezüglich bearbeitet.
- Gemäß § 108 Abs. 2 des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes langten 3 Anträge auf Erteilung einer Bestätigung über die absolvierte Berufspraxis ein.
- Gemäß § 111 Abs. 1 und 2 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz sind 19 Anträge eingelangt und wurden bearbeitet.
- Weiters wurden bis dato 250 Parkerlaubnistafeln (Mobile Hauskrankenpflege im Dienst) für Caritas, Hilfswerk und NÖ Volkshilfe erteilt.
- Es wurden zahlreiche Anfragen der BVA, der WGKK und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern betreffend Bewilligungen über die freiberufliche Ausübung erledigt.
- Es wurden 12 Niederlassungsbewilligungen für freiberuflich tätige Hebammen erteilt.
- Es wurden 32 Bescheide erlassen, wodurch die Sanitätsausbildung beim Bundesheer zur Ausübung des Sanitätshilfsdienstes anerkannt wird.

Schülerbeihilfen

2001 sind 26 Anträge auf Schul- und Heimbeihilfe eingelangt, es werden jedoch noch von 2 Schulen Anträge erwartet (ca. 30 Anträge).

Rettungswesen

- Es wurden ca. 30 Rettungsdienstverträge sowie vor allem Änderungen des vereinbarten Rettungsdienstbeitrages geprüft und seitens der Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten namens der Landesregierung genehmigt. Weiters wurde eine Novelle für die Euro-Umstellung des NÖ Gemeinde-Rettungsdienstgesetzes ausgearbeitet.
 - Ein Entwurf einer Novelle zum NÖ Gemeinderettungsdienstgesetz bzw. auf Änderung der Rettungsbeitragsverordnung, die eine Erhöhung des Mindestbeitrages auf € 2,18 vorsehen, wurde ausgearbeitet.
- Ferner soll durch diese Novelle das Land verpflichtet werden, einen finanziellen Beitrag an die Rettungsorganisationen für die überörtlichen Ausgaben der Rettungsdienste zu leisten.
- Die Genehmigung für den Abschluss eines Vertrages für die Finanzierung der Notarztwagen zwischen dem Land NÖ und den beiden Rettungsorganisationen wurde vorbereitet.
 - Es wurde an Beratungen betreffend die Integration der „Blaulichtorganisationen“ in einen sicheren elektronischen Daten- und Kommunikationsaustausch im digitalen Funksystem „Adonis“ teilgenommen.
 - Eine Landtagsresolution zur Verbesserung des Notarztwagensystems wurde beantwortet.

Pflegegebühren-angelegenheiten

Es wurden ca. 30 Verfahren in Pflegegebührenangelegenheiten behandelt. Dabei handelt es sich um Berufungen von Patienten gegen erstinstanzliche Pflegegebühren- oder Kostenbeitragsvorschreibungen.

Lebensmittelrecht

- Trinkwasser
- Trinkwasserverordnung: Es langten ca. 600 Probenentnahmestellen-Festlegungen ein, die aktenmäßig zu bearbeiten waren.
- Es wurde in einigen Fällen bescheidmäßig Maßnahmen zur Erhaltung der Trinkwasserqualität vorgeschrieben.
- Trinkwasserausnahmeverordnung: Es wurden 2 eingebrachte Anträge bescheidmäßig erledigt.
- Im Rahmen der Trinkwasserkontrolle langten ca. 300 Aktenstücke ein, die zu bearbeiten waren.
- Weiters wurde gemeinsam mit der Abteilung Umwelthygiene ein Erlass zur neuen Trinkwasserverordnung erarbeitet.

- **Milchhygieneverordnung**
 - Nach Durchführung eines Lokalaußenscheins wurde 2 Betrieben die Kontrollnummer bescheidmäßig zugeteilt.
 - Es wurden 6 Kontrollnummerbetriebe bescheidmäßig Maßnahmen vorgeschrieben.
 - Es waren die Berichte der Lebensmittelaußsichtsorgane von den Überprüfungen der 115 Kontrollnummerbetriebe zu bearbeiten.
 - **EU-Verordnung über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse**
 - 6 Importermächtigungen für die Einfuhr wurden erteilt.
 - Die biologische Vermarktung von Produkten wurde ca. 25 Betrieben unter-sagt.
 - Bezüglich der Verwendung von ge-beiztem, nicht biologischem Saatgut wurden 10 Ausnahmegenehmigungen erteilt.
 - Die in NÖ zugelassenen Kontrollstel-len wurden bescheidmäßig ermächtigt, für die in NÖ liegenden biologisch wirt-schaffenden Betriebe Ausnahmen von den Vorschriften der Tierhaltung zuzu-lassen.
 - **Lebensmittelhygieneverordnung:** Es wurden in ca. 7 Fällen Maßnahmen zur Einhaltung der Verordnung bescheid-mäßig vorgeschrieben.
- Allgemein kann festgestellt werden, dass im Lebensmittelbereich ein großer Arbeitsaufwand (z. B. zahlreiche Besprechungen im Bereich des biologischen Landbaus, zahlreiche Begutach-tungen von Gesetzes- und Verord-nungsentwürfen) durch die Umsetzung der Rechtsvorschriften der Europäi-schen Union besteht.

Chemikaliengesetz- Giftangelegenheiten

- Auf Grund der Giftverordnung 2000 wurden 2 Anträge auf Feststellung, dass der Sachkundekurs den Erfordernissen der Giftverordnung entspricht, bearbeitet.
- Weiters wurde gemeinsam mit der Abteilung Lebensmittelkontrolle ein Er-llass betreffend die Ausstellung von Gift-bezugsbewilligungen und von Bestä-tigungen erstellt.

Bäderhygiene

Die über die verordnungsmäßig festge-legten Badestellen bzw. Badegewässer (31) vorgeschriebenen Untersuchungs-befunde (5- bzw. 7-mal pro Badesaison) wurden nach Bearbeitung den jeweils zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden übermittelt.

Über die abgelaufene Badesaison wurde ein zusammenfassender Bericht an das Bundesministerium für soziale Si-cherheit und Generationen zur Weiterlei-tung an die Europäische Kommission übermittelt.

Epidemiebekämpfung

Nach Verhängung von Berufsverboten wegen der Feststellung einer ansteckenden Krankheit gemäß Epidemiege-setz wurden 77 Anträge auf Vergütung für Verdienstentgang bzw. auf Ersatz von durch Bekämpfungsmaßnahmen vernichtete Gegenstände bescheidmäßig erledigt. Weiters wurden zwei Erläse betreffend das Vorgehen bei Ver-dacht des Auftretens des Milzbrander-regers an die Bezirksverwaltungsbehör-den hinausgegeben.

Leichen- und Bestattungswesen

2001 wurden auf Antrag von Gemein-den bzw. Pfarren für diverse Friedhofs-errichtungen und -erweiterungen Bewil-ligungen erteilt. Weiters wurden 15 Än-derungen von Friedhofsordnungen nach aufsichtsbehördlicher Prüfung in rechtlicher Hinsicht zur Kenntnis ge-nommen und eine große Anzahl von Rechtsauskünften erteilt.

Mit den Vorarbeiten für die Deregulie-rung des NÖ Leichen- und Bestattungs-gesetzes sowie des NÖ Friedhofsbenüt-zungs- und -gebührengesetzes wurde begonnen. Über Ersuchen der Landes-sanitätsdirektoren wurde eine Verein-heitlichung der auf diesen Gebieten be-stehenden Rechtsvorschriften mit den anderen Bundesländern in die Wege ge-leitet.

Die Novellen für die Euro-Umstellung in diesen beiden Rechtsvorschriften wur-den durchgeführt.

Ein Initiativantrag zur Lösung von Pro-blemen bei der Durchführung der Toten-beschau wurde ausgearbeitet.

Heilvorkommen- und Kurortegesetz

Folgende Tätigkeiten wurden schwer-punktmäßig durchgeführt:

- Beratung und Durchführung von Be-willigungsverfahren für Erweiterungen von Kuranstalten
- Genehmigungen von Kuranstaltsord-nungen
- Bescheidmäßige Vorschreibung von Maßnahmen nach Übermittlung von Sa-nitätseinschauberichten der Bezirksver-waltungsbehörden, wenn bei einer Sa-nitätseinschau sanitäre Missstände fest-gestellt wurden
- Genehmigungen von aufsichtsführen-den Ärzten von Kuranstalten
- Genehmigung von Instituten zur Durchführung von Analysen gemäß § 15 Abs. 4 des NÖ Heilvorkommen- und Kurortegesetz
- Anerkennungen von Heilvorkommen
- Durchführung von Besprechungen zur Verfahrenskoordination beim Entzug von Wasserinhaltsstoffen von Heilquellen
- Durchführung der NÖ Heilvorkom-men- und Kurortegesetznovelle 2000 betreffend Euro-Umstellung

Ziele 2002

Krankenanstalten

- Erstellung einer neuerlichen NÖ KAG-Novelle (Qualitätssicherung in den Krankenanstalten, Aufnahme eines El-ternteiles mit einem anstaltsbedürftigen Kind zu einem einheitlichen und reduzierten Tagessatz, Kostenbeitrag der Transferierung nur für übernehmende Krankenanstalt und Einbringung des Kostenbeitrages durch den NÖGUS)
- Umsetzung der Strukturreformen für die Führung der öffentlichen Kranken-anstalten Niederösterreichs
- Umsetzung der NÖ Patientenrechts-charta
- KAV Waldviertel – Ausbau der beiden Standorte Allentsteig und Eggenburg
- Mitwirkung bei der Ausgliederung der Landeskrankenanstalten aus der Ver-waltung des Landes nach der Errich-tung der Geschäftsstelle
- Weitere Aufarbeitung des Landes-rechnungshofberichtes betreffend die Überprüfung des LKH Mödling
- Bearbeitung des Berichtes der Innen-revision betreffend die LNK Gugging
- Erledigung der noch offenen Punkte zum Innenrevisionsbericht LNK Mauer
- Bearbeitung des Landes-Rechnungs-hofberichtes betreffend die NÖ Ein-kauforganisation
- Genehmigung des Kooperationsver-trages zwischen dem Land NÖ und der Stadtgemeinde Amstetten für die Verle-gung eines Teils der Neurologie (inkl. Stroke-Unit-Einheit) von der LNK Mauer in das KH Amstetten
- Mitwirkung bei der Realisierung des Medizinischen Zentrums Gänserndorf (Inbetriebnahme Mitte 2002 geplant)
- Mitwirkung am Projekt Zusammenfüh-rung des LKH Tulln und der LNK Gug-ging
- Umsetzung des ÖKAP und des Groß-geräteplanes 2001
- Vorbereitung des Abschlusses eines Kooperationsvertrages mit der Stadt Wien betreffend die gemeinsame Errich-tung und Finanzierung einer gemeinsa-men Strahlentherapieanlage am SMZ-Ost für die Versorgungsregion Weinviertel
- Weitere Umsetzung des NÖ Psychia-trieplanes und Errichtung einer psychia-trischen Abteilung am LKH Mödling
- neuerliche Reduzierung des Gesamt-bettenstandes und Umstrukturierung in den beiden LNK
- Mitwirkung bei der begleitenden Bud-getkontrolle und bei der Entwicklung von Einsparungsstrategien in den bei-den Gemeindeverbandsspitalern Lilien-feld und Mistelbach
- Umsetzung der Ergebnisse der zen-tralen Qualitätssicherungskommission
- Verbesserung der notärztlichen Ver-sorgung der NÖ Bevölkerung durch den Ausbau der Standorte im Sinne der Landtagsresolution

Sanitätsrecht

- Verlautbarung und Durchführung des Hebammenpraxengesetzes
- Deregulierung des NÖ Leichen- und Bestattungswesens und des NÖ Friedhofbenützung- und -gebührengesetzes (Erstellung eines gemeinsamen Gesetzesentwurfes)
- Umsetzung des NÖ Suchtplanes (Mag. Itzenthaler Suchtkoordinatorin)
- Novellierung des NÖ Rettungsdienstgesetzes und der NÖ Rettungsdienstbeitragsverordnung
- Umsetzung des Sanitätergesetzes

EU

Laufend müssen EG-Verordnungen und Richtlinien im Gesundheitswesen, vor allem im Lebensmittelrecht und beim Sanitätspersonal übernommen werden. Die Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten hat die erforderlichen legislativen, administrativen und organisatorischen Voraussetzungen für die Umsetzung des Gemeinschaftsrechtes zu schaffen.

Verwaltungsreform

Im Zuge der Verwaltungsreform müssen nach der Verlautbarung des diesbezüglichen Gesetzes die erforderlichen Vorarbeiten und Instruktionen für die Übernahme der betreffenden Aufgaben aus dem Gesundheitsbereich an die Bezirksverwaltungsbehörden von der Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten veranlasst werden.

Abteilung Sozialhilfe

Hilfe für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Aufgaben und Schwerpunkte 2001

Aufgabe der Abteilung Sozialhilfe ist es, NiederösterreicherInnen, die infolge einer wesentlichen körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigung oder einer Beeinträchtigung der Sinne nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft zu einer selbstständigen Lebensführung zu gelangen oder diese beizubehalten, auf der Grundlage eines auf ihre Bedürfnisse und Möglichkeiten abgestimmten Hilfsangebotes dazu zu befähigen, in die Gesellschaft eingegliedert zu werden.

Auf Grund längerfristiger soziologischer Prozesse – Ablösung der Großfamilien durch Kleinfamilien, erhöhter zunehmender Berufstätigkeit beider Elternteile sowie die zunehmende Zahl der Alleinerzieherinnen, steigt der Bedarf an institutionellen Hilfen ständig. Hiezu kommt noch die demografische Entwicklung bei Menschen mit besonderen Bedürfnissen, die durch den Wegfall der bisherigen familiären Betreuung (Eltern nunmehr selbst pflegebedürftig oder verstorben) und auf Grund des durch den Alterungsprozess verstärkten Pflegeaufwandes des Menschen mit besonderen Bedürfnissen ein flächendeckendes Netz von vollbetreuten Wohnplätzen erfordert. Es wurde daher als erster Schritt gemeinsam mit dem Zentrum für Alternswissenschaften und Sozialpolitikforschung der NÖ Landesakademie eine Datenbank erstellt und auf Grund des Ist-Standes regionale Bedarfsrechnungen bis zum Jahr 2016 vorgenommen. Auf Grundlage des Ausbauplanes der NÖ Behindertenhilfe sollen jährlich in Absprache mit den privaten Wohl-

fahrtsträgern 100 Wohnplätze und 60 Tagesheimstättenplätze für geistig und mehrfach behinderte Menschen errichtet werden, um eine regionale, wohnortnahe Versorgung anbieten zu können. Außerdem soll ein möglichst gleichmäßiger Versorgungsgrad in den einzelnen Bezirken sichergestellt werden.

Doch nicht nur vollbetreute Wohnplätze sind zu schaffen, sondern auch weniger betreute Wohnformen (z. B. Teilbetreuung, Wohnassistenten) sind zu entwickeln und anzubieten. Es wurden daher im Jahre 2001 von der Abteilung Sozialhilfe Richtlinien für Wohnen im Rahmen der Hilfe für Menschen mit besonderen Bedürfnissen erarbeitet, die nun im Entwurf vorliegen und in denen die Vielfalt von Wohnformen Berücksichtigung fanden. Aus diesen Zielvorgaben ergeben sich folgende schwerpunktartige Tätigkeiten:

- Förderung des Umdenkprozesses der Gesellschaft zugunsten der Menschen mit besonderen Bedürfnissen
- Koordination und Organisation des Hilfsangebotes für Menschen mit besonderen Bedürfnissen mit allen Leistungsträgern
- Sicherung der ambulanten, teilstationären und stationären Dienste durch Leistungsverträge mit privaten Wohlfahrtsträgern
- Anhebung des Versorgungsniveaus an Wohn- und Tagesheimplätzen entsprechend dem Ausbauplan der NÖ Behindertenhilfe
- Anbieten einer Vielfalt von Wohnformen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen
- Sicherung von Arbeitsplätzen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen am ersten Arbeitsmarkt – Schaffung der Rahmenbedingungen, Arbeitsassistenz
- Förderung der Qualifizierungsmaßnahmen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen sowie nachgehende Betreuung am Arbeitsplatz

- Planung und Organisation von Sommersprachheilkursen und Urlaubsaktionen für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen

- Sicherstellung der Prävention und insbesondere der Früherfassung von Behinderungen

- Überprüfung der Brandschutzvorkehrungen in allen Einrichtungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Probleme 2001

- Ein vermehrter Bedarf an Tagesbetreuungs- und Wohnheimplätzen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, besonders für Schwerstbehinderte und Personen, bei denen eine geistige Beeinträchtigung mit einer Verhaltensauffälligkeit kombiniert ist. Verschärft wird dieses Problem ferner durch die Altersstruktur der Pflegepersonen und die Tatsache, dass bei Ausfall der Pflegeperson kurzfristig eine geeignete Unterbringung gefunden werden muss.

- Probleme bei der Versorgung von geistig behinderten Personen in massiven Problemkonstellationen. Die für diese Personen zuständige Krisenstation des LPPH Mauer kann den Bedarf für ganz Niederösterreich nicht decken.

- Probleme mit der Unterbringung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen auf Arbeitsplätzen bzw. Erhaltung dieser Arbeitsplätze auf Grund geänderter Förderungsrichtlinien des Bundessozialamtes (Zuschusskürzungen).

- Koordinationsschwierigkeiten auf Grund der wachsenden Zahl von Rehabilitationsträgern (z. B. Nationalfonds, Bundessozialamt) sowie der in immer mehr Gesetzen verankerten finanziellen Möglichkeiten für Menschen mit besonderen Bedürfnissen.

- Fehlen von Plätzen für Personen, die sowohl eine geistige als auch eine psychische Behinderung aufweisen und auf

Grund der Entlassungspraxis der psychiatrischen Krankenhäuser bzw. der Reduzierung der Aufenthaltsdauer plötzlich versorgt werden müssen.

Ziele 2002

- Verstärkte Vernetzung aller Institutionen, die ambulante, teilstationäre und stationäre Leistungen anbieten
- Weitere Umsetzung des Ausbauplanes der NÖ Behindertenhilfe durch Schaffung eines zusätzlichen Kontingents von 100 Wohnplätzen und 60 Tagesheimstättenplätzen pro Jahr für geistig und mehrfach behinderte Menschen unter Berücksichtigung eines flächendeckenden regionalen Versorgungsangebotes
- Installation einer Krisenstation im östlichen Niederösterreich zur Versorgung des Wein- und Industrieviertels nach Vorbild der Krisenstation Mauer
- Schaffung einer Tagesbetreuungseinrichtung für erwachsene behinderte Menschen mit cerebralen Bewegungsstörungen
- Ausbau des Netzes an Fachbetreuern in basalen Klassen
- Entwicklung von Programmen und Konzepten für die Fachlichkeit der Tätigkeit als Orientierungshilfe für die Arbeit der Einrichtungen
- Intensivierung der nachgehenden Betreuung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen
- Verstärkung der Kooperation mit anderen Entscheidungsträgern (z. B. Behindertenmilliarde des Bundes)

Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes und Hilfe in besonderen Lebenslagen

Aufgaben und Schwerpunkte 2001

Aufgabe der Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes ist es, für Menschen, die kein ausreichendes Einkommen erzielen können und auch keine Ansprüche auf Unterstützungen der öffentlichen Hand (Arbeitslosengeld, Pension, Krankenversicherung) haben, den unbedingt notwendigen Lebensunterhalt sowie die medizinische Grundversorgung sicherzustellen.

Wenn dies erforderlich ist, erfolgt die Sicherung des Lebensbedarfes auch in Form stationärer Pflege (Pflegeeinrichtung, Heimplatz).

Bei der stationären Betreuung sind im besonderen Maße neben den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des Hilfe Suchenden selbst auch die Einkommensverhältnisse der unterhaltspflichtigen Angehörigen zu berücksichtigen.

Es erfolgt eine Hilfeleistung nur in dem Ausmaß, in dem die Betreuungskosten von dem Hilfe Suchenden und seinen Angehörigen zumutbarerweise nicht getragen werden können.

Stationäre Pflege wird auch nur in Einrichtungen gewährt, deren Rechtsträger mit dem Land NÖ eine entsprechende generelle Vereinbarung abgeschlossen haben. Die Pflegeentgelte werden abgestuft nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit (analog zur jeweiligen PflegegeldEinstufung des Hilfe Suchenden) übernommen.

Hilfe in besonderen Lebenslagen besteht insbesondere in Hilfe zur Beschaffung und Beibehaltung des Wohnraumes für Familien und alte Menschen, Hilfe zur Schaffung und der Sicherung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage sowie Hilfe für Obdachlose und bei Gewalt durch Angehörige.

Die Rechtsträger von Sozialhilfeeinrichtungen bedürfen zu deren Errichtung und Betrieb einer Bewilligung nach dem NÖ Sozialhilfegesetz 2000.

Die Aufsichtsbehörden haben den ordnungsgemäßen Betrieb dieser Einrichtungen zu überwachen. Mit der Novelle des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000, LGBl. 9200-1, wurde der Strafraum für Verwaltungsübertretungen in diesem Bereich massiv angehoben.

Aus diesen Zielvorgaben ergeben sich folgende schwerpunktartige Tätigkeiten:

- Vorgabe von Richtlinien und Rechts Hilfe für die Arbeit der Sozialabteilungen der Bezirksverwaltungsbehörden
- Berufungsentscheidungen, insbesondere in Kostenbeitrags- und Kostenersatzverfahren
- Administration der im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung des Landes gewährten Darlehen und Beihilfen
- Abschluss und Anpassung von Verträgen mit Rechtsträgern von Einrichtungen für Menschen in besonderen Notsituationen (z. B. Frauenhäuser und Obdachloseneinrichtungen) und Administration der Abrechnung der Leistungen dieser Einrichtungen an die schutzbedürftigen Menschen
- Sicherstellung der erforderlichen Kapazitäten der stationären Altenhilfe durch Verträge mit privaten Heimträgern

Probleme 2001

- Der Bundesgesetzgeber unterzieht insbesondere das Sozialrecht einer intensiven und ständigen Novellierung. Trotz sozialer Abfederungsregelungen kann es zu Härten für sozial schwache Menschen kommen, ebenso zu Einkommensverlusten (z. B. Arbeitslosengeld), die einen Anspruch auf Sozialhilfe zur Folge haben können.
- Die für Asylwerber bundesgesetzlich vorgesehene „Bundesbetreuung“ vermag seit längerem die Versorgung der betroffenen Menschen bei weitem nicht

sicherzustellen. Neben der Hilfeleistung durch private Wohlfahrtsträger ist daher in besonderen Härtefällen zusätzlich auch die Unterstützung durch die Sozialhilfe erforderlich.

An der Lösung dieser Problematik arbeitet eine bundesweite Arbeitsgruppe.

● Die Erhöhung der Lebenserwartung und der damit einhergehende Anstieg der Anzahl pflegebedürftiger Menschen bedingt ein ständiges Ansteigen des Aufwandes für Pflege im stationären Bereich. Die Verbesserung der Standards in der Pflege sowie neue Formen der Pflege bewirken eine weitere Kostensteigerung.

● Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen bedingt eine verstärkte Anzahl von Unterstützungen für Mietenrückständen, Stromrechnungen etc.

Ziele 2002

- Laufende Information und Schulung der Sozialabteilungen
- Verstärkte Koordination der zuständigen Aufsichtsbehörden hinsichtlich der Kontrolle von (privaten) Sozialhilfeeinrichtungen
- Entwicklung von Indikatoren für Kennziffern im Sozialbereich – bessere Vergleichbarkeit der Leistungen und der Kennzahlen österreichweit

NÖ Pflegegeld

Aufgaben und Schwerpunkte 2001

Das Pflegegeld hat den Zweck, in Form eines Beitrages pflegebedingte Mehraufwendungen pauschaliert abzugelten, um pflegebedürftigen Menschen soweit wie möglich die notwendige Betreuung und Hilfe zu sichern sowie die Möglichkeit zu verbessern, ein selbstbestimmtes, bedürfnisorientiertes Leben zu führen.

Durch die „Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen“ ist sichergestellt, dass bundesweit unter gleichen Voraussetzungen gleiche Leistungen als Mindeststandard der Pflegevorsorge angeboten werden.

Im Rahmen des bundesweiten „Arbeitskreises für Pflegevorsorge“ wurde im Sinne einer abgestimmten Vorgangsweise die Währungsumstellung akkordiert und die Weiterentwicklung des Systems der Pflegevorsorge durch Entfall des Mindestalters für den Pflegegeldanspruch (3 Jahre) sowie durch Schaffung von Qualitätssicherungsmaßnahmen vorbereitet.

Der Rechtsschutz der pflegebedürftigen Menschen ist durch Klagemöglichkeit vor den zuständigen Arbeits- und

Sozialgerichten gewährleistet. Die Abteilung Sozialhilfe nimmt die prozessuale Vertretung des Landes NÖ in diesen Gerichtsverfahren wahr.

Ziele 2002

- Umsetzung der im „Arbeitskreis für Pflegevorsorge“ vorgeschlagenen Maßnahmen – Verbesserung der Kennziffern
- Evaluierung der Kriterien für Kleinkinder und psychisch behinderte Menschen

Ambulante, soziale Dienste für pflegebedürftige Menschen

Schwerpunkte 2001

Aufgabe der Sozialhilfe ist es, Vorsorge dafür zu treffen, dass betreuungs- und pflegebedürftige Menschen möglichst selbst über die Form ihrer Betreuung entscheiden können. Sie sollen möglichst lang in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben können. Betreuungs- und Pflegeleistungen werden flächendeckend von freien Wohlfahrtsträgern (Caritas, NÖ Volkshilfe, NÖ Hilfswerk und Rotes Kreuz) in derzeit 230 Sozialstationen angeboten. Eine Sozialstation umfasst jeweils ein Gebiet mit ca. 8.000 Einwohnern. Von den Sozialstationen aus betreuen die Fachkräfte (diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger, Alten-/Pflegehelfer, Heimhelfer) in Teamarbeit die pflegebedürftigen oder kranken Menschen. 2001 wurden monatlich durchschnittlich 11.463 Personen betreut.

Das Land Niederösterreich fördert jede nachweislich erbrachte Einsatzstunde aus Mitteln der Sozialhilfe und des NÖ-GUS mit einem Stundensatz zwischen S 305,- (dipl. Gesundheits- und Krankenpfleger) und S 50,- (für geringfügig beschäftigte Mitarbeiter). Die Wohlfahrtsverbände heben von den betreuten Personen ihrem Einkommen angemessene Kostenbeiträge ein.

Sämtliche Leistungen werden dokumentiert. Das Land nimmt außer der Kontrolle auch die Koordinationsfunktion wahr, damit durch Absprache der verschiedenen Trägerorganisationen eine flächendeckende Versorgung gewährleistet bleibt. Die Voraussetzungen für die Förderung und die Zusammenarbeit wird in den von der NÖ Landesregierung beschlossenen Richtlinien genau geregelt. Prof. Badelt von der Wirtschaftsuniversität Wien hat gemeinsam mit der Firma Contrast ein Benchmarking der sozialmedizinischen und sozialen Dienste in NÖ vorgenommen, wobei die Effizienz der erbrachten Leistungen positiv beurteilt wurde. Die aufgezeigten Reformansätze werden gemeinsam mit den Trägerorganisationen auf ihre Realisie-

rungsmöglichkeiten geprüft. Ebenso wurde vom Zentrum für Alternswissenschaften die Qualität der Pflegeleistungen untersucht. Das Endergebnis wird im Jänner 2002 vorliegen und bei der Neufassung der Richtlinien Berücksichtigung finden.

Ziele 2002

- Vollausbau der sozialen und sozialmedizinischen Dienste und damit die Betreuung und Pflege „daheim“. Durch das gut ausgebaute Angebot an professioneller Pflege soll die Verweildauer im Krankenhaus weiter reduziert und die stationäre Pflege entlastet werden.
- Evaluation des bestehenden Angebotes und neuer Betreuungsformen wie mobile Hospizpflege und Tagesbetreuungseinrichtungen, Angehörigenbegleitung
- Verstärkte Überprüfung der Arbeit der Träger auf Einhaltung der Richtlinien zur Durchführung und Förderung der sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdienste in Niederösterreich
- Umsetzung der Ergebnisse der Effizienzanalyse (Studie Prof. Badelt) sowie der Studie zur Pflegequalität in den sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdiensten in Niederösterreich bei Sicherung der Effektivität und Effizienz der Leistungen
- Erarbeitung neuer Richtlinien für die sozialmedizinischen und sozialen Betreuungsdienste in NÖ unter Berücksichtigung der Studienergebnisse

Opferfürsorge

Schwerpunkte 2001

Der Aufgabenbereich umfasst die Durchführung des Verfahrens auf Feststellung von Anspruchsberechtigungen nach diesem Gesetz (Opfer des Kampfes um ein freies demokratisches Österreich oder der politischen Verfolgung bzw. Hinterbliebene nach solchen Personen, Ausstellung von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen, Zuerkennung von Hilfen bzw. Entschädigungen und die Rentenfürsorge).

- Dem im Opferfürsorgegesetz umschriebenen Personenkreis werden finanzielle Hilfen gewährt.
- Mit den Interessenvertretungen der Opfer wird eng zusammengearbeitet.

Ziele 2002

Unter Bedachtnahme auf die gegebene Gesetzeslage sind die Zielvorgaben konstant und darauf beschränkt, den in Rede stehenden Personen die entsprechenden Hilfeleistungen, Unterstützungen u. dgl. m. zu gewähren.

Legistik

Schwerpunkte 2001

- Erarbeitung einer Verordnung über die Geschäftsordnungen der Beiräte im Sozialhilfebereich
- Aufnahme einer gesetzlichen Ermächtigung zur Datenverwendung (NÖSIN) in das NÖ Sozialhilfegesetz 2000, Verschärfung der Strafbestimmungen bei Verletzung der Bewilligungspflicht von Sozialhilfeeinrichtungen
- Währungsumstellung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993 und des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 sowie der zugehörigen Verordnungen
- Stellungnahmen zu den verschiedenen Bundesgesetzen und Darstellung der Auswirkungen auf die NÖ Sozialhilfe

Ziele 2002

- Novellierung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993
- Überarbeitung einzelner Durchführungsverordnungen zum NÖ Sozialhilfegesetz 2000

IT-Projekte

Aufgaben und Schwerpunkte 2001

Die Schwerpunkte gliedern sich in 3 Bereiche:

1. Projekt BSTAT – Behindertenstatistik

Es erfolgte die laufende Wartung der vorhandenen Daten und Sicherung der Datenqualität.

2. Projekt NÖSIN – NÖ Sozial- und Informationsnetz

Eine neue IT-Anwendung für die Bezirkshauptmannschaften, Sozialabteilungen, wurde erstellt und eingeleitet. Bedienstete der Abteilung Sozialhilfe und der Bezirkshauptmannschaften, Sozialabteilungen, haben in Zusammenarbeit mit der Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie und der ausführenden Firma die Realisierung umgesetzt, Schulungen durchgeführt und die Einführung vorgenommen.

3. Systembetreuung der bestehenden HOST-Anwendung „Sozialwesen“

Auf Grund der Einführung des neuen IT-Systems NÖSIN musste das „Altsystem heruntergefahren“ werden. Die historischen Daten wurden und werden ausgelesen und im neuen System für Abfragen verfügbar gemacht.

Ziele 2002

● **ad 1)** Hauptziel bleibt die Sicherung der Datenqualität, der Ausbau von Auswertungsinstrumenten sowie die Erfassung des in diesem Bereich tätigen Betreuungspersonals.

● **ad 2)** Im Vordergrund steht die Feststellung von Änderungsbedarfen sowie die Behebung von Unzulänglichkeiten, die sich erst im Echtbetrieb zeigen (umfangreicher Schnittstellenverkehr mit Banken, Hauptverband der Sozialversicherungen, Landesbuchhaltung) sowie die Ausarbeitung von umfangreichen Abfrage- und Auswertungswerkzeugen.

Statistik 2001

Ambulante, soziale Dienste für pflegebedürftige Menschen

Sozialmedizinische und soziale Betreuungsdienste

Sozialstationen	230
Personal mtl. durchschnittl.	3.368
Hilfsempfänger mtl. durchschnittl.	11.463
Einsatzstunden (Jänner–Oktober 2001)	2,574.645

Essenzustelldienste

Veranstalter	240
Gemeinden	135
Private Wohlfahrtsträger	105
Portionen	2,446.655

Hilfe für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

● **Heilbehandlung.** Medizinische Heilbehandlung durch stationäre Behandlung und Zuschüsse erhielten 195 Personen sowie 2.818 Personen für ambulante Behandlung. An Sommertherapiekursen nahmen 113 Kinder teil.

● **Hilfe zur Frühförderung, Erziehung und Schulbildung.** Internatsmäßige Hilfe erhielten 135 behinderte Kinder und Jugendliche. Extern untergebracht waren 109 behinderte Menschen.

● **Hilfe zur beruflichen Eingliederung.** Internatsmäßig untergebracht waren 401 behinderte Menschen. Extern untergebracht waren 756 behinderte Menschen. 10 Zuschüsse an Arbeitgeber (Firmen) zu den Kosten der Einschulung am Arbeitsplatz wurden gewährt.

● **Hilfe zur sozialen Eingliederung.** Internatsmäßig waren 989 behinderte Menschen untergebracht. Extern untergebracht waren 1.018 behinderte Menschen.

● **Hilfe zur sozialen Betreuung und Pflege.** Internatsmäßig untergebracht waren 24 Personen. Extern untergebracht waren 15 Personen.

● **Persönliche Hilfe.** Aus diesem Titel wurden 75 Personen nach Heimentlassungen nachbetreut.

● **Geschützte Arbeit.** 319 Personen sind in einer geschützten Werkstätte (St. Pölten und Wr. Neustadt) untergebracht, weitere 8 Personen in Werkstätten in angrenzenden Bundesländern. Außerhalb von Geschützten Werkstätten wurden 1.780 Geschützte Arbeitsplätze gefördert.

● Sonstige Zuschüsse.

– Ersatz der Fahrtkosten, die im Zusammenhang mit Maßnahmen für behinderte Menschen entstanden sind (526 Einzel-, 351 Sammeltransporte)

– Hausunterricht für 56 Personen

– Soforthilfe in 40 Fällen

● An 10 Sprechtagorten wurden 315 sprach- und hörbehinderte Kinder begutachtet und die Angehörigen beraten.

● 14 Heimbefuche und 128 Rehabilitationsberatungen durch Heimbearbeiter und Sozialarbeiter der Abteilung Sozialhilfe wurden durchgeführt.

● Administration der Kofinanzierung für 9 EU-geförderte Projekte.

● Kostenbeitrag: 22 Berufungsentscheidungen.

● Erstellung von 35 Pflegegeldgutachten

Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes und Hilfe in besonderen Lebenslagen

● **Hilfe zum Lebensunterhalt.** 33 Berufungsentscheidungen.

● **Hilfe zur Schaffung und Sicherung einer wirtschaftlichen Lebensgrundlage.** In 11 Fällen wurden unverzinsliche, langfristige Darlehen gewährt. In 78 Fällen wurden einmalige Beihilfen gewährt. 17 Anträge auf Darlehensgewährung und 67 Anträge auf Beihilfengewährung wurden negativ erledigt.

● **Hilfe für Familien und alte Menschen.** In 31 Fällen wurden unverzinsliche, langfristige Darlehen gewährt. In 96 Fällen wurden einmalige Beihilfen gewährt. 39 Anträge auf Darlehensgewährung und 67 Anträge auf Beihilfengewährung wurden negativ behandelt.

● **Kostenersatz.** 40 Berufungsentscheidungen

● **Krankenhilfe.** 5 Berufungsentcheidungen.

● **Kostenersatz Sozialhilfe.** 2 Entscheidungen nach der Ländervereinbarung über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe.

● **3 Gegenschritten** in VwGH-Verfahren.

● **Integrationshilfen für Flüchtlinge.** In 10 Fällen wurden einmalige Beihilfen gewährt. 5 Anträge wurden negativ erledigt.

● NÖ Pflegegeld

– 38 Klagebeantwortungen

– 8 Berufungen

– 1 Rekurs

– 11 Verhandlungen

– 46 Entscheidungen über Anträge auf Erteilung der Altersnachsicht

– 56 Erledigungen zu Anträgen auf Erteilung der Nachsicht vom Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft

– 482 Einstufungen nach dem NÖ PGG wurden anhand der erstellten Gutachten bezüglich der Schlüssigkeit der Einstufung überprüft.

Opferfürsorge

● 2001 wurden 8 Renten- bzw. Beihilfenleistungen neu zuerkannt.

● Im Rahmen der Opferfürsorgeabgabe (Landesverwaltung) wurden 197 einmalige Beihilfen gewährt und 4 Beihilfensuchen abgewiesen.

● 2001 wurden 21 Sterbegelder sowie 3 Gebühnisse für das Sterbevierteljahr zuerkannt.

● In 68 Fällen wurde eine Renten- bzw. Beihilfenbemessung vorgenommen.

Verrechnung

Im Jahr 2001 wurden im ordentlichen Voranschlag gebarungsgemäß getätigt.

Ausgaben	€ 415.383.002,34
Einnahmen	€ 300.122.117,34

Schwerpunkte 2001

- Fortsetzung der Arbeiten für das Projekt JUPRO – pro Jugend NÖ, Jugendwohlfahrtsplanung als Steuerungsinstrument
- Umstellung und Einschulung in das neue EDV-Programm Fabasoft Components
- Novelle zur Pflegebeitragsverordnung
- Novelle zum NÖ Jugendwohlfahrtsgesetz
- Vorbereitung der Umstellung auf die Euro-Währung
- Umsetzung der Richtlinie zur pauschalen Förderung von Sozialen Diensten der freien Jugendwohlfahrt
- Festigung des Angebotes an professionellen Pflegestellen
- Ausbau der finanziellen Leistungen im Bereich der Unterstützung der Erziehung zur Vermeidung der vollen Erziehung
- Effizienzprojekt volle Erziehung
- Ausbau der Förderung von Kinderschutzzentren
- Aufgabenanalyse und Qualitätssicherungsmaßnahmen für die Tätigkeit von SozialarbeiterInnen an Jugendabteilungen angesichts beschränkter personeller Ressourcen
- Strukturmaßnahmen zur Sicherstellung des mobilen psychologischen Dienstes an Jugendabteilungen und in Einrichtungen der vollen Erziehung
- Implementierung der Fachberatung an den Jugendabteilungen als Maßnahme der Qualitätssicherung
- Erstellung eines Hortleitfadens und laufende Umsetzung eines landesweiten Fort- und Weiterbildungskonzeptes für Horterzieherinnen
- Verbesserung der EDV-Ausstattung für Diagnostik im Psychologischen Dienst
- Abhaltung des Amtsvormünderkurses 2001 inkl. Dienstprüfungen

Aus- und Fortbildung

- Weiterbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Abteilung Landesamtsdirektion – Aus- und Weiterbildung:
 - 2 eintägige vertiefende Seminare zum Thema „Was tun bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch?“
 - 1 Gesprächsführungsseminar für DiplomsozialarbeiterInnen und AmtsvormünderInnen im Ausmaß von 4 mal 2 Tage
 - 7 eintägige Seminare für DiplomsozialarbeiterInnen zum neuen Kindschaftsrechtsänderungsgesetz
 - 2 eintägige Seminare für AmtsvormünderInnen zum neuen Kindschaftsrechtsänderungsgesetz

– 1 zweitägiges Seminar für AmtsvormünderInnen mit dem Thema „Maßnahmen bei Gefahr in Verzug“

- Weiterbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der NÖ Landesakademie: 1 eintägige Tagung „Adoption – eine Chance für Kinder“
- Weiterbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Abteilung Landesamtsdirektion Aus- und Weiterbildung, der NÖ Landesakademie und dem Verein „Sozaktiv“: Lehrgang „Social counselling“ – Beratungskompetenz in sozialer Arbeit. Er besteht aus 7 zweitägigen Seminaren und dauert bis März 2003. Das erste Seminar davon wurde im November 2001 veranstaltet.
- Supervisionen:
 - 13 Supervisionsgruppen, die einmal pro Monat stattfinden
 - 4 supervidierende Arbeitskreise, die einmal im Monat abgehalten werden

Rechtshilfe

Die Rechtshilfe steht dem Fachpersonal der NÖ Jugendabteilungen und Jugendämtern bei Bedarf zur Klärung juridischer und praktischer Probleme zur Verfügung. Diese Beratungsmöglichkeit wird auch (vorwiegend telefonisch) von Privatpersonen in Anspruch genommen.

Fachaufsicht und Personalentwicklung

Im Rahmen der Fachaufsicht wurden die Jugendabteilungen der Bezirkshauptmannschaften in St. Pölten, Gänserndorf, Mistelbach, Scheibbs, Bruck/Leitha und das Stadtjugendamt Waidhofen/Ybbs überprüft.

Auf Ersuchen der Personalabteilung wurden mit 19 BewerberInnen (DiplomsozialarbeiterInnen) Gespräche geführt und Stellungnahmen hinsichtlich ihrer Eignung für eine Tätigkeit im Jugendwohlfahrtsbereich abgegeben.

Fachberatung

Im Rahmen des Dienstes Fachberatung wird den Diplomierten SozialarbeiterInnen an den Jugendabteilungen und Jugendämtern Unterstützung und Klärung bei fachlichen Fragestellungen von DiplomsozialarbeiterInnen der Fachabteilung mit Zusatzausbildung für BerufsanfängerInnen angeboten. Im Rahmen dieses Angebotes wurden insgesamt 25 Beratungstermine abgehalten. Vorrangig gilt dieses Angebot für BerufsanfängerInnen, die ungefähr für die Dauer eines Jahres regelmäßig von den FachberaterInnen unterstützt werden.

Es wurden 2001 insgesamt 8 BerufsanfängerInnen bei ihrem Einstieg in die Tätigkeit an den Jugendabteilungen fachlich begleitet und mit diesen 58 Fälle oder andere berufsspezifische Themen besprochen.

Die Fachberatung wurde außerdem von weiteren 4 Diplom-SozialarbeiterInnen (DSA) zur Unterstützung in insgesamt 11 Fällen herangezogen. Das sind insgesamt 69 Fallbesprechungen.

Im Rahmen der Unterstützung der Erziehung wurden insgesamt 650 Anträge bearbeitet.

Seit April 2001 ist eine Diplomsozialarbeiterin der Fachberatung in der Kinderschutzgruppe im Krankenhaus Tulln tätig.

● **Anonyme Geburt.** Im Jahr 2001 kam es zu mehreren Fällen der Kindeswegleitung und sogar zur Tötung eines Neugeborenen.

Die Abteilung Jugendwohlfahrt befasste sich eingehend mit diesem Thema und versuchte die Ursachen und Hintergründe dieser Verzweiflungstaten von ungewollt schwangeren Mädchen und Frauen zu hinterfragen. Es gibt Lebensumstände, in denen Mädchen und Frauen sich der seelischen Belastung einer Schwangerschaft nicht mehr gewachsen fühlen; mit niemanden über die Schwangerschaft sprechen können; diese Ausnahmesituation der Schwangerschaft nicht mehr allein bewältigen können; aus dem seelischen Gleichgewicht geraten; nicht wissen, wie man die Situation „nachher“ bewältigt; einfach verzweifelt sind.

Seit 1. Juli 2001 ist in Niederösterreich die anonyme Geburt in 21 Krankenanstalten möglich. Es ist ein Angebot für Mädchen und Frauen in auswegloser Situation. Bei der anonymen Geburt stehen die Gesundheit des Kindes und die Gesundheit der Mutter im Mittelpunkt.

Die regionale Jugendabteilung hat die Aufgabe, die Mutter über Adoption und andere Möglichkeiten der Unterstützung zu informieren. Die DiplomsozialarbeiterInnen informieren die abgebende Mutter über die Bedeutung und die Folgen der anonymen Geburt. Denn nach einer anonymen Geburt übernimmt die Jugendabteilung die Verantwortung für das Kind und sucht aus dem Kreis der Adoptivwerber eine geeignete Familie für das Kind aus. Es gibt verschiedene Arten von Adoption, vor allem die Vorteile der offenen Formen werden der Frau näher gebracht.

Halb-offene Adoption: Je nach Vereinbarung ist ein Einander-Kennenlernen von Mutter/Eltern und Adoptiveltern möglich. Es erfolgt zwar kein Austausch der Daten, es besteht jedoch die Möglichkeit von Nachfragen über die Entwicklung des Kindes bei den Jugendabteilungen.

Offene Adoption: Leibliche Mutter/Eltern und Adoptiveltern kennen einander und haben auch die Daten voneinander (Name und Adresse). Es kann zu Kontakten zwischen der leiblichen Mutter/Eltern und dem Kind/Adoptiveltern kommen. Eine weitere Variante stellt eine Unterbringung des Kindes bei Pflegeeltern dar; wenn soziale oder wirtschaftliche Probleme ausschlaggebend wären, das Kind nicht zu behalten, wird die Jugendabteilung bei der Bewältigung und Lösung der Probleme helfen.

● **Mutterberatung.** Die Aufgaben der Jugendwohlfahrt werden immer umfangreicher und zugleich die Personalsituation immer schwieriger, so dass die Ressourcen der DiplomsozialarbeiterInnen an den Jugendabteilungen immer begrenzter werden. Es ist vielen Jugendabteilungen nicht mehr möglich, die wichtige und präventiv sehr wertvolle Aufgabe der Mutterberatung durchzuführen. Deshalb nützen bereits neun Bezirkshauptmannschaften (Amstetten, Gänserndorf, Hollabrunn, Horn, Krems, Melk, Mödling, Wien-Umgebung, Zwettl) die Möglichkeit, DiplomsozialarbeiterInnen zuzukaufen. Insgesamt haben 15 DiplomsozialarbeiterInnen mit der Abteilung Jugendwohlfahrt einen freien Dienstvertrag abgeschlossen und übernehmen die Aufgaben der Mutterberatung.

Sozialarbeit für Volle Erziehung

Der Abteilung Jugendwohlfahrt obliegt die Vorsorge für eine bestmögliche Förderung aller in institutioneller Erziehung stehender Kinder und Jugendlicher.

Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimerziehung stellt die schwerwiegendste Maßnahme der Jugendwohlfahrt dar und bedingt dadurch hohe Verantwortlichkeit.

Sozialarbeit für Volle Erziehung gliedert sich in administrative, koordinierende, beratende und begleitende Tätigkeiten. Die Tätigkeiten werden in regelmäßigen Abständen von den DiplomsozialarbeiterInnen in Zusammenarbeit mit PsychologInnen des Psychologischen Dienstes in NÖ Landesjugendheimen und einigen Privatheimen durchgeführt.

Heimerziehung wird heute grundsätzlich als eine mögliche Hilfe neben anderen für Heranwachsende und ihre Familien gesehen. Sie kann nur dann effektiv sein, wenn bereits vor der Unterbringung gemeinsam mit den Angehörigen und den Kindern/Jugendlichen das Unterbringungs- bzw. Erziehungsziel und die voraussichtliche Aufenthaltsdauer klar definiert und festgelegt werden. In diesem Prozess bedarf es auch in der Endphase der Einbeziehung der Institution Heim.

Schwerpunkt der Sozialarbeit für Volle Erziehung ist es, das definierte Ziel der Unterbringung zu verfolgen, zu begleiten und dessen Einhaltung zu kontrollieren. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den SozialarbeiterInnen

und AmtsvormünderInnen der Jugendabteilungen, den MitarbeiterInnen der Heime, wichtigen Bezugspersonen des Kindes/Jugendlichen und anderer Institutionen. In jedem Einzelfall wird überprüft, ob und durch welche Schritte während des Heimaufenthaltes das Ziel der Unterbringung erreicht werden kann oder abgeändert und neu festgesetzt werden muss. In regelmäßigen Zeitabständen werden in allen betreuten Heimen Fallverlaufskonferenzen (Gruppenbesprechungen) durchgeführt. Weitere methodische Zugänge stellen Einzelgespräche mit den Kindern/Jugendlichen, Helferkonferenzen und Gespräche mit Eltern und Angehörigen dar.

Heimerziehung sollte großteils als familienergänzende Maßnahme verstanden werden. Aus diesem Grund ist Angehörigenarbeit ein wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit im Heim. Jedenfalls ist während des gesamten Heimaufenthaltes des Kindes/Jugendlichen – je nach Alter – eine mögliche Reintegration in die Familie bzw. eine Verselbstständigung vorzubereiten. Jüngere Kinder, bei denen eine Reintegration in die eigene Familie nicht möglich ist, werden – sofern sie hierfür geeignet sind – in Pflegefamilien untergebracht, wobei Pflegestellenwerber sorgfältig ausgewählt und auf ihre Aufgabe vorbereitet werden müssen.

Für die im Rahmen der Behindertenhilfe in den verschiedenen Heimen untergebrachten Kinder/Jugendlichen ist die Abteilung Sozialhilfe zuständig – nach Bedarf finden gemeinsame Rehabilitationskontrollen statt.

In den Landesjugendheimen Hollabrunn, Hinterbrühl und Pottenstein werden in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice Berufsvorbereitungskurse durchgeführt. Zielgruppe sind Jugendliche, die ihre gesetzliche Schulpflicht erfüllt haben, aber auf Grund von Entwicklungsrückständen nicht unmittelbar ins Berufsleben eingegliedert werden können.

2001 wurden im Rahmen der Sozialarbeit für Volle Erziehung alle Landesjugendheime (Matzen, Pottenstein, Schauboden, Hinterbrühl, Reichenauerhof, Allentsteig, Korneuburg, Hollabrunn, NÖ Landes-Kinderheim „Schwedenstift“) und 5 Privatheime (Schülerinternat Schloss Judenau, Kinderheim Sitzendorf, Kinderwelt Stiefern, Mädchenwohngemeinschaft Brunn/Geb., Mädchenfamilienheim Wr. Neustadt) betreut. In diesen Institutionen leben insgesamt rund 1.000 Kinder und Jugendliche.

Pflege- und Adoptivkinderwesen

Pflegekinderwesen

Im Pflegekinderbereich besteht trotz freier Pflegeplätze ein Defizit an geeigneten Pflegeeltern, die bereit sind, behinderte und verhaltensauffällige Kinder sowie Geschwister und Kinder mit häufi-

gem (oftmals problematischen) Elternkontakt und unsicherer Prognose bezüglich der Dauer des Pflegeverhältnisses aufzunehmen. Ein weiterer Mangel besteht an geeigneten Kurzzeit-Pflegeplätzen.

Präsumtive Pflegeeltern können sich nach abgeschlossenem Vorbewilligungsverfahren bei der Abteilung Jugendwohlfahrt nach persönlicher Vorsprache vormerken lassen. Im Bedarfsfall werden Beratungsgespräche angeboten.

Professionelle Pflegestellen

Ein Schwerpunkt im Pflegekinderwesen heißt Professionalisierung. Auf Grund der gesellschaftlichen Veränderungen und der gestiegenen Ansprüche (z. B. aufwendige Elternkontakte) braucht es besondere Qualifikation mit entsprechender Gegenleistung. Von professionellen Pflegeeltern wird weniger verlangt, dass sie Pflegekinder wie ihre eigenen aufziehen, sondern professionelle Pflege bereitstellen. Dies erfordert besondere Kriterien bei der Auswahl und Standards bei der Fortbildung und Begleitung.

Die Gegenleistung ist ein Anstellungsverhältnis bei einem privaten Träger mit versicherungsrechtlicher Absicherung, Fortbildungsangeboten, Supervision und anderen berufsbegleitenden Stützsystemen.

In Heimen sind manchmal Kinder untergebracht, für die keine klassischen Pflegefamilien gefunden werden können. Diese Kinder sind nicht vermittelbar, obwohl sie familienfähig wären und von der Indikation her gesehen in der Familie eine geeignete Betreuungsform vorfinden würden. Gerade diese Kinder können aus dem Heim herausgenommen und zu professionellen Pflegefamilien vermittelt werden. Diese Fakten stehen vor dem Hintergrund der Tendenz steigender Heimunterbringungen und damit verbundenen sehr hohen Kosten im Heimbereich.

Ziel des Projektes war die Einführung von professionellen Pflegestellen, das Sammeln von Erfahrungen und Diskussionsgrundlagen. Es galt eine indikationengemäße, größere Flexibilität bei den Formen der Fremdunterbringung zu beweisen und eine im Vergleich zur institutionellen Unterbringung kostengünstigere Variante zu schaffen. Diese Zielsetzung wurde erreicht.

Ende 2001 werden 13 Kinder in 11 professionellen Pflegefamilien betreut.

Adoptivkinderwesen

Im Adoptionsbereich besteht ein großes Missverhältnis zwischen den vorgekehrten Adoptivwerbern und den zur Adoption freigegebenen Kindern, so dass sich meistens jahrelange Wartezeiten ergeben. Immer mehr Adoptiveltern

können sich auf eine „offene oder halb-offene Adoption“ – persönliches Kennenlernen der abgebenden Eltern und mögliche Kontakte – einlassen. Aus- und Weiterbildung für Adoptiveltern erscheint in diesem Zusammenhang unumgänglich.

Im Bereich der Inlandsadoption bietet die Fachabteilung telefonische Beratung für Adoptivwerber und -eltern sowie fachliche Unterstützung für Jugendabteilungen an. In den letzten Jahren häufen sich auch immer mehr Anfragen jugendlicher oder bereits erwachsener Adoptierter, die sich auf die Suche nach ihrer Herkunftsfamilie und ihrer „Adoptionsgeschichte“ befinden. In diesem Zusammenhang wird die Einrichtung einer zentralen Kartei in der Fachabteilung überlegt.

In letzter Zeit steigt das Interesse von Adoptivwerbern an einer Adoption von Kindern aus dem Ausland. Seit September 1999 ist die Fachabteilung zentrale Behörde gemäß des Übereinkommens über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption (Haager Übereinkommen). Aufgabe der zentralen Behörde ist die Zusammenarbeit mit der zentralen Behörde des Heimatstaates, um dafür Sorge zu tragen, dass eine geplante Adoption dem Wohl des Kindes dient. Weiters hat die zentrale Behörde für die Dokumentation aller Adoptionen nach dem Haager Übereinkommen zu sorgen.

Private Kinder- und Jugendheime und sonstige Einrichtungen; Heimaufsicht

In Niederösterreich gibt es derzeit 29 private Kinder- und Jugendheime und sonstige Einrichtungen (inkl. SOS Kinderdorf) mit 15 angeschlossenen Außen- bzw. Familienwohngruppen, die entsprechend der NÖ Heimverordnung überprüft worden sind. Neben der Kontrolle steht Beratung, insbesondere über die geltende Rechtslage im Vordergrund. Diese Serviceleistung entspricht den Wünschen der Betroffenen. 2001 wurden 2 Einrichtungen nach Durchführung von kommissionellen Verhandlungen bewilligt, wobei die Überprüfung des sozialpädagogischen Konzeptes durch den Psychologischen Dienst erfolgt ist.

Private Träger

Mit Ende 2001 ist die Zahl der privaten Träger mit 20 gleich geblieben. Sie haben für über 30 verschiedene Einrichtungen eine Eignungsfeststellung nach dem NÖ Jugendwohlfahrtsgesetz und dürfen daher privatrechtliche Aufgaben der öffentlichen Jugendwohlfahrt übernehmen. Es handelt sich dabei überwiegend

um Aufgaben im Bereich der Sozialen Dienste der Jugendwohlfahrt und hier insbesondere um Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern und Minderjährige bei speziellen Erziehungs- und Entwicklungsfragen. Von zunehmender Bedeutung sind hier Angebote der sozialpädagogischen Familienintensivbetreuung. Durch sie sollen so genannte Multiproblemfamilien so weit unterstützt und befähigt werden, dass ihre Kinder nicht in fremde Erziehung gegeben werden müssen, sondern in der eigenen Familie unter vertretbar guten Bedingungen aufwachsen können. Weiters gibt es z. B. Eignungsfeststellungen für Erholungsaktionen, Bildungsangebote für werdende Eltern und für vorbeugende und therapeutische Hilfen für Minderjährige und deren Familien.

Allerdings hat in drei Bereichen ein Ausbau stattgefunden, der sich im Förderungsvolumen und in den erbrachten Leistungen zeigt. So wurden zwei neue Kinderschutzzentren in Betrieb genommen (Amstetten und Gmünd), Angebote der mobilen Jugendarbeit – Streetwork erweitert und gruppenpädagogische Angebote (nach dem Rainbows-Modell) für Kinder, die an Trennungs- bzw. Scheidungsfolgen oder massiven Verleusterlebnissen (z. B. Tod eines Elternteiles) leiden, ausgebaut. Einrichtungen, deren Eignung festgestellt wurde, unterliegen der Fachaufsicht der Landesregierung. Außerdem besteht die Möglichkeit, in den Genuss von Landesförderungsmitteln zu gelangen. An private Träger wurden für Zwecke der Jugendwohlfahrt insgesamt Förderbeiträge von € 2.127.061,19 wie folgt zur Verteilung gebracht:

Jugendherbergswerk	€ 100.288,53
Jugendherbergverband	€ 68.239,78
Soziale Dienste der Jugendwohlfahrt	€ 1.958.532,88
Insgesamt	€ 2.127.061,19

Für die Kurse zur Berufsvorbereitung von Jugendlichen, die in Hollabrunn, Pottenstein und Hinterbrühl stattgefunden haben, wurden € 1.111.303,20 als Verpflegskostenanteil bezahlt.

Hortwesen

Die Übergangsbestimmungen laut § 14 NÖ Hortverordnung endeten mit Juni 2001. Den letzten Lehrgang zur Nachqualifikation zum Horterzieher schlossen die 17 TeilnehmerInnen erfolgreich ab. In allen NÖ Horteinrichtungen sind daher bis auf eine Einrichtung nur mehr Betreuungspersonen gemäß § 7 NÖ Hortverordnung tätig.

Auch heuer wurden wieder Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für ca. 300 NÖ Horterzieher organisiert. Großen Wert legen wir bei der Organisation auf die Zusammenarbeit mit den Bil-

dungsanstalten für Sozialpädagogik und Kindergartenpädagogik. Erfahrene Pädagogen wurden ebenfalls als Referenten engagiert.

Themenbereiche wie Spielseminar, Teamarbeit, Elternarbeit, rechtliche Fragen die Hortarbeit betreffend und eine Fortsetzung der „Reflexion, Praxisgespräche“ fanden großes Interesse bei den PädagogInnen. Jedes der 5 Hortseminare fand regional aufgeteilt bis zu 4-mal statt. Insgesamt konnten über 450 Seminarplätze vergeben werden.

Auf vielfältigem Wunsch der HortpädagogInnen wurde eine Exkursion in das HPZ Hinterbrühl organisiert, an der insgesamt 60 PädagogInnen teilnahmen. Die niederösterreichweit erstmals stattfindende Fachtagung „Nachmittagsbetreuung im Kontext unserer Zeit“, organisiert durch das BISOP Baden, dem Verein afw am BISOP Baden in Zusammenarbeit mit der NÖ Landesregierung Abteilung Jugendwohlfahrt – Hortaufsicht am 20. Oktober 2001 besuchten ungefähr 200 HortbetreuerInnen (insgesamt ca. 300 TeilnehmerInnen). Auch Vertreter des Bundesministeriums und Landesrat Christa Kranzl nahmen an der Tagung teil. Aus unterschiedlichen Perspektiven versuchten die Referentinnen die Fragen nach qualifizierter Nachmittagsbetreuung zu beantworten. Arbeitskreise am Nachmittag dienten dem Erfahrungsaustausch.

Anlässlich dieser Fachtagung wurde der NÖ HORTLEITFADEN als Richtlinie zur Konzeption einer Horteinrichtung und zur Konzeptüberarbeitung präsentiert und steht jetzt allen Hortbetreibern zur Verfügung. Der Hortleitfaden wurde inzwischen bereits von mehreren Bildungsanstalten für Kindergarten- u. Sozialpädagogik angefordert, um diesen als Unterrichtsmittel einsetzen zu können.

Zusätzlich informierten wir die HortbetreuerInnen über diverse regionale Fortbildungsveranstaltungen wie z. B. Seminare in Wr. Neustadt vom Schulverein Sta. Christiana oder dem Aus-, Fort- und Weiterbildungsvereins am BISOP in Baden.

Durch die Fortbildungsveranstaltungen wird auch die Vernetzung der HorterzieherInnen gefördert. Erfahrungen und Impulse für neue Denkansätze werden weitergegeben.

Die Liste mit Fachliteraturempfehlungen für den Hortbereich wurde überarbeitet und kann angefordert werden bzw. wird bei den Hortüberprüfungen bei Interesse übergeben.

Telefonische Auskunft und Beratung bei aktuellen Fragen von Hortangelegenheiten, hauptsächlich bei einer Neuinbetriebnahme werden durchgeführt.

Der Bereich Horte wird im November 2001 auf Fabasoft Components umgestellt.

Derzeit bestehen in NÖ 173 Horte mit 302 Hortgruppen, die insgesamt 6.004

Kinder besuchen (Stand 31. 12. 2001). Im Zuge der Hortaufsicht wurden 119 Horteinrichtungen überprüft und die jeweiligen Aufsichtsberichte an die Hortträger versandt.

Wichtige Kriterien bei der Aufsicht sind die Kinderanzahl in den Gruppen, die fachliche Eignung des Betreuungspersonals, die Öffnungszeiten, die Höhe der Elternbeiträge, Lage, Raumbedarf, Ausstattung, die Spiel- und Sportmöglichkeiten, die vorgesehene Zusammenarbeit mit den Eltern und Schulen, Teamarbeit, die Dokumentation der pädagogischen Arbeit, die Aktualität des sozialpädagogischen Konzeptes, aktuelle Probleme, Fort- und Weiterbildung sowie die Einhaltung der Brandschutzbestimmungen.

Weiters wurden 42 kommissionelle Verhandlungen durchgeführt und 41 Bewilligungsbescheide (27 Bescheide auf Grund von Hortbewilligungsverfahren aus dem Jahr 2000) erteilt.

Bei diesen 42 kommissionellen Verhandlungen handelte es sich um 18 Neuanträge, 15 Gruppenerweiterungsansuchen und 9 Standortverlegungen.

Weiters wurden uns noch 6 Trägerwechsel bekannt gegeben.

Vereinzelte sind die strukturellen Rahmenbedingungen weiterhin noch schwierig. Durch die Novellierung des NÖ Schul- und Kindergartenfonds (Gemeinden erhalten finanzielle Unterstützung bei Neu-, Zu- oder Renovierungsarbeiten für Horteinrichtung) ist zu erhoffen, dass Verbesserungen der räumlichen Situationen jetzt rascher umsetzbar sein werden.

Schwer fällt auch oft die Abgrenzung zur Nachhilfe in der Aufgabensituation. Die Erwartungshaltungen der Eltern können manchmal nicht erfüllt werden (auf 28 Kinder kommt ein/e BetreuerIn!). Der Arbeitsauftrag der Institution Hort ist nach wie vor in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt.

Um die Integration von Kinder mit besonderen Bedürfnissen (schwierige familiäre Verhältnisse, andere Kulturkreise ...) sind die Horteinrichtungen besonders bemüht.

Gesetzliche Bestimmungen in diese Richtung fehlen.

Das Angebot einer Mittagsbetreuung (bis 14.00 Uhr) nützen in einigen Horteinrichtungen viele Eltern für ihre Kinder. Dort wo die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen (Aufenthaltsraum bzw. Essraum, ausreichendes Personal) fehlen, müssen die HortpädagogInnen diese Kinder mitbetreuen. Die nicht gleichzeitige Anwesenheit aller zu betreuenden Kinder ermöglicht dieses zusätzliche Angebot. Vereinzelte fühlen sich PädagogInnen dadurch auch überfordert, da genaue Anwesenheitslisten zu führen sind und an manchen Tagen, wenn der Schulunterricht früher endet, die Gruppenhöchstzahl auch überschritten wird.

Dieses Modell wird von manchen Trägern auch deshalb gewählt, da pro Kind eine nachweisbare Mindestanwesenheit von nur 20 Stunden/Monat ausschlaggebend für die Förderzuwendung des Landes NÖ bzw. der Gemeinde ist.

Im Jahr 2001 erhielten Träger von Horteinrichtungen insgesamt ca. 16,3 Mio. S, Eltern von Hortkindern 8,5 Mio. S Fördergelder des Landes NÖ ausbezahlt.

Der Hort gewinnt aber zunehmend an Stellenwert und ist bereits zu einer wichtigen familienergänzenden Betreuungsform geworden.

Abschließend muss noch festgehalten werden, dass in NÖ Horten sehr wertvolle pädagogische Arbeit geleistet wird. Träger von Horteinrichtungen und insbesondere BetreuerInnen sind im hohem Maße bemüht, den Hortalltag als weiteren Sozialisierungserfahrungsraum für die Kinder erlebbar zu machen.

Soziale Dienste

● **Kinderschutzgruppen in Krankenhäusern.** In Kooperation mit den Primärärzten der Kinderabteilungen der NÖ Krankenhäuser, der NÖ LAK sowie den Abteilungen Jugendwohlfahrt und Abteilung Krankenanstalten wurde die Einrichtung von Kinderschutzgruppen in Kinderabteilungen der NÖ Krankenhäuser geplant. Parallel zur Einrichtung der Kinderschutzgruppen wurde ein Curriculum zum Thema „Gewalt am Kind, Gewalt in Familien“ entwickelt, das von der NÖ LAK angeboten wird. Es steht den MitarbeiterInnen von Kinderschutzgruppen der acht Krankenhäuser in Niederösterreich, die eine Kinderabteilung haben, ebenso offen wie auch Fachpersonal aus Krankenanstalten, die ebenfalls Anlaufstellen für Kinder und deren Eltern sind.

Als Grundlage für die interinstitutionelle Kooperation und Planung wurde ein Konzept erstellt, das die Kooperation zwischen Jugendwohlfahrt, Kinderschutzgruppen in Krankenhäusern und privaten Trägern als prozesshaftes strukturiertes Angebot und Instrumentarium zum Kinderschutz in den Mittelpunkt stellt.

Im abgelaufenen Jahr wurde in den Krankenhäusern St. Pölten, Wr. Neustadt und Tulln die Arbeit in den Kinderschutzgruppen fortgesetzt und im Krankenhaus Krems mit dem Aufbau begonnen. Die übrigen Krankenhäuser mit Kinderabteilungen werden folgen.

● **Jugendberatungsstelle.** Die Jugendberatungsstelle dient als Auskunft- und Koordinationsstelle. Sie wird von den Eltern und Jugendlichen nur gelegentlich durch persönliche Vorsprachen in Anspruch genommen, sehr häufig erfolgen telefonische Anfragen.

● **Elternschule.** Die Abteilung Jugendwohlfahrt entscheidet über die Eignung privater Träger zur Durchführung der NÖ

Elternschule. Gemeinsam mit den Abteilungen Gesundheit und Allgemeine Förderung wird das Projekt Elternschule laufend durchgeführt und umfasst Kurse, die thematisch auf vier Altersbereiche von Kindern bezogen sind: Zeit vor der Geburt bis zum dritten Lebensjahr; Kleinkinderzeit bis Schuleintritt; Pflichtschulzeit bis vor die Pubertät und als vierter Kurs Pubertät und Jugendalter bis Volljährigkeit.

2001 wurden von 13 Veranstaltern an 15 Orten in Niederösterreich 50 Elternschulveranstaltungen abgehalten, für die bei Themen aus den Gebieten Psychologie, Pädagogik und Sozialarbeit Honorarförderungen durch die Jugendwohlfahrt geleistet wurden. Für Honorarförderung bei medizinischen Themen bzw. für Organisationsförderung sind die beiden anderen Abteilungen zuständig.

Der zunächst als Versuch gestartete Einbau von Medienpädagogischen Vorträgen und Fragen der Suchtprävention werden Anlass zu einer Überarbeitung des Curriculums sein.

● **Kinder- und Jugendpsychologischer Beratungsdienst (KJB).** Der KJB ist ein Fachdienst, in dem Klinische und GesundheitspsychologInnen tätig sind. Er übt seine Tätigkeit primär an den Jugendabteilungen der Bezirksverwaltungsbehörden aus. Das Beratungsangebot richtet sich vor allem an Eltern und auch Pflegeeltern, die Fragen hinsichtlich der Entwicklung und Erziehung ihrer Kinder haben. Es umfasst diagnostische Abklärung von konkreten Verhaltens- oder Leistungsauffälligkeiten, weiters das vertiefte Eingehen auf Erziehungsprobleme, die im Familiensystem auftreten oder als Konfliktfeld zwischen der Familie und der Außenwelt bestehen.

Schließlich beinhaltet das Beratungsangebot auch die gemeinsam mit den Rat Suchenden zu planende weitere Vorgehensweise, wie etwa Zuweisung zu speziellen therapeutischen Einrichtungen bzw. zu regional organisierten Sozialen Diensten oder eine zeitlich und inhaltlich abgegrenzte Weiterführung der Beratung an der Jugendabteilung.

Ein weitere Leistung des KJB steht dem Fachpersonal in den Jugendabteilungen der Bezirksverwaltungsbehörden zur Verfügung. Verpflichtend als Entscheidungshilfe einzuschalten ist der KJB in all jenen Fällen, in denen ein Kind durch eine Jugendwohlfahrtsmaßnahme aus seiner bisherigen Familiensituation entfernt und in einem Heim untergebracht werden soll. Für eine Unterbringung auf einem Pflegeplatz oder einem Pflegeplatz mit Adoptionsaussicht wird diese Beratungsmöglichkeit ebenfalls angeboten. In speziellen Fällen, etwa wenn sich ältere Paare um die Bewilligung zur Aufnahme für ein ganz junges Kind bewerben oder falls mehrere Kinder bzw. ein behindertes Kind untergebracht werden sollen, ist der Beratungsdienst beizuziehen.

Bei Fragen im Zusammenhang mit Trennung oder Scheidung von Eltern (z. B. Zuerkennung der Obsorge an einen Elternteil, strittige Besuchsregelungen) benötigt das PflEGschaftsgericht Stellungnahmen der Jugendabteilung. Hier stehen Mitarbeiter des KJB für Fallbesprechungen und – je nach Komplexität der Sachlage – auch für Fallberatungen zur Unterstützung der Jugendabteilung zur Verfügung. Es werden jedoch keine Gutachten für Gerichte erstellt.

Tätigkeit des KJB an den Bezirksverwaltungsbehörden

Beratungstage	379,5
Kinder	914
Gespräche mit Angehörigen	1.357
Fallbesprechungen	1.109

Ein zweiter Schwerpunkt des Einsatzes von PsychologInnen der Abteilung Jugendwohlfahrt ist die Tätigkeit in NÖ Landesjugendheimen und einigen Einrichtungen privater Träger, in denen regelmäßig Kinder und Jugendliche im Rahmen der vollen Erziehung untergebracht sind. Vorerst musste jedoch die Tätigkeit in Privatheimen und einigen Landesjugendheimen aus personellen Gründen, die im Bereich Psychologie gelegen sind, sistiert werden. In den verbleibenden Heimen erfolgt sie in enger Zusammenarbeit mit MitarbeiterInnen der Heimsozialarbeit. Das Beratungsangebot soll hier primär den in Heimen untergebrachten Minderjährigen zugute kommen und umfasst neben Einzelbegutachtungen auch Besprechungen mit dem Fachpersonal der Heime. Dabei werden Erziehungsziele festgelegt bzw. adaptiert, die verpflichtenden jährlichen Fallverlaufskonferenzen für jedes einzelne Kind abgehalten und die Kontakte mit Angehörigen reguliert. Mit steigender Häufigkeit werden – als Begleitmaßnahmen oder im Hinblick auf die bevorstehende Entlassung von Kindern aus dem Heim – Eltern und maßgebliche Angehörige sowie der Sozialarbeiter der Bezirksverwaltungsbehörde, der für die Familie zuständig ist, zu Beratungsgesprächen in die Heime eingeladen.

Tätigkeit des KJB in den Jugendheimen

Beratungstage	152
Kinder	323
Gespräche mit Angehörigen	305
Fallbesprechungen	860
Fallverlaufskonferenzen	128

Sonstige Tätigkeiten, die von MitarbeiterInnen des Bereichs Psychologie im Jahr 2001 durchgeführt worden sind: Vortrags- und Prüfertätigkeit beim Dienstprüfungskurs für den gehobenen Jugendwohlfahrtsdienst; fachspezifische Vortragstätigkeit im Berufsanfängerkurs für AmtsvormünderInnen und DiplomsozialarbeiterInnen; Mitwirkung

an der Weiterbildung von SchülerberaterInnen und BeratungslehrerInnen an Pflichtschulen; Referate bzw. Arbeitsgruppenleitungen auf Tagungen, Enqueten, Symposien; Mitwirkung bei der Organisation und Veranstaltung der im NÖ Landhaus abgehaltenen Tagung zum Thema Adoption, Mitwirkung am österreichweit tätigen Arbeitskreis der Leitenden JugendamtspsychologInnen und Organisation der 2001 vom Land Niederösterreich auszurichtenden Expertenkonferenz dieses Gremiums.

Die Nachfrage von Seiten der Eltern, aber vor allem durch MitarbeiterInnen in der Jugendwohlfahrt ist weiterhin stark und bezieht sich immer mehr auf Fragen von Gewalt in der Familie und auf Fälle mit Verdacht auf sexuellen Missbrauch. Hier ist der KJB ein Fachangebot vor Ort, das JugendabteilungsmitarbeiterInnen und den betroffenen Familien landesweit zur Verfügung steht. Die mittlerweile vier Kinderschutzzentren (St. Pölten, Neunkirchen, Amstetten und – knapp vor Jahresende neu eröffnet – Gmünd) bieten hingegen Beratung und Therapie für Betroffene sowie Informationen für Ersthelfer. Mit diesen Aufgaben sind sie im lokalen Einzugsbereich ausgelastet und ergänzen die Angebote des Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsdienstes, ohne dass dieser dadurch eine spürbare Entlastung erfahren hätte. Weiters ist die Problematik in zunehmenden Zahlen an Familientrennungen und -scheidungen mit gravierenden Folgen für die betroffenen Kinder zu sehen, aber auch in einer zunehmenden Zahl von Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen, bei denen akuter psychologischer Beratungsbedarf besteht. Um die dafür erforderliche Leistung des Dienstes in qualitativer Hinsicht erbringen zu können, sind spezifische Weiterbildungsangebote seitens des Dienstgebers, aber auch von landesfremden Aus- und Weiterbildungseinrichtungen erforderlich.

Die Personalsituation im KJB war 2001 von weiteren Ausfällen und nur einer Neuzuteilung gekennzeichnet und machte daher eine an sich erforderliche Steigerung der Beratungskapazität unmöglich. Um die Leistung in der erforderlichen Qualität, aber auch quantitativ erbringen zu können, waren daher Steuerungsmaßnahmen erforderlich. Zum einen wurden die früher angebotenen Beratungen in allgemeinen Erziehungsfragen für Familien, die auf Wunsch auch anonym bleiben konnten, aufgegeben. Dafür stehen verschiedene private Träger mit ihren Beratungsangeboten und einem vom Land geförderten Ausbau von Kapazitäten hinsichtlich Kinder, Jugend und Familie zur Verfügung. Beratungen und Entscheidungshilfen in psychosozialen Problemlagen von Familien, die ein Tätigwerden der Jugendabteilung vor Ort erforderlich

machen, sind nun zum Hauptaufgabengebiet unseres Dienstes geworden. Auch die schon angeführte Tätigkeit in Einrichtungen der vollen Erziehung musste 2001 mengenmäßig beschränkt werden und wird im kommenden Arbeitsjahr neu zu definieren sein.

Im Jahr 2001 zeigte sich ein noch weiteres Auseinanderklaffen der Anforderungen an den Dienst und der Möglichkeit mit den beschränkten Kapazitäten diesen Anforderungen nachzukommen. Dies betrifft nun vor allem neue Aufgaben, wie die Erstellung von Indikationen für Maßnahmen zur Unterstützung der Erziehung, aber auch „alte“ Aufgaben im Bereich der Amtssachverständigentätigkeit, die in unvorhersehbaren Schüben anfallen. Für die betroffenen Familien bedeutet das, dass häufiger als früher Krisenmanagementkompetenz vom KJB verlangt wird, aber für genauere Abklärung der Fragestellungen durch MitarbeiterInnen des psychologischen Dienstes vor Ort immer öfter Personal und Zeit fehlen. In diesem Zusammenhang werden dann wieder in steigendem Maß später einsetzende, aber dafür gravierendere Eingriffe zur Anwendung gebracht, was letztlich nicht dem fachlich möglichen Stand der Hilfestellung entspricht.

Ziele 2002

- Überleitung des Projektes JUPRO – pro Jugend NÖ in die erste Umsetzungsphase
- Umsetzung des Effizienzprojektes Volle Erziehung, Einführung von Verträgen und Anwendung eines Kalkulationsmodells im Privatheimbereich
- Weitere Projektarbeiten im Bereich zentrale Steuerungs- und regionale Indikationsstelle
- Praxisschulung zum neuen Kinderschaftsrechtsänderungsgesetz
- Konzepterarbeitung für einen HortleiterInnenlehrgang
- Überarbeitung des Informationsblattes zur Erstellung eines sozialpädagogischen Konzeptes für Horte
- Mitarbeit am EQUAL-Projekt der Abteilung Kindergärten, hauptsächlich im Bereich der Fortbildung
- Weiterer, bedarfsgerechter Ausbau von Sozialen Diensten sowie von Angeboten zur Unterstützung der Erziehung
- Modifikation der Inhalte der NÖ Elternschule
- Umsetzung des Fort- und Weiterbildungskonzeptes
- Einbau von EDV-unterstützten Diagnoseverfahren im Psychologischen Dienst
- Ausbau der Förderung für Kinderschutzzentren
- Kontinuierliche Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehung neuer Medien

Abteilung Heime

Schwerpunkte 2001

NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime

Das Land NÖ betreibt 51 NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime mit insgesamt 6.272 Heimplätzen.

Die Heimplätze verteilen sich auf

Wohnplätze	1.254 (20,0%)
Pflegebetten und Wohnplätze	5.018 (80,0%)

Die NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime sind durchschnittlich mit rund 96% ausgelastet. Jährlich werden etwa 1.900 Heimplätze frei bzw. neu belegt. Durch die rege Bautätigkeit hat sich in den letzten 10 Jahren auch die Verteilung der Zimmer in den NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimen wesentlich in Richtung kleiner Einheiten verändert.

Die durchschnittlichen (kostendeckenden) Tagesstarife in den NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimen betragen ab 2002 € 34,86,-. Dazu kommen Einzelzimmerzuschläge von etwa € 8,81 pro Tag und die folgenden Pflegezuschläge je nach Pflegeaufwand:

Zuschlag 1	€ 7,59
Zuschlag 2	€ 10,53
Zuschlag 3	€ 13,62
Zuschlag 4	€ 25,61
Zuschlag 5	€ 38,91
Zuschlag 6	€ 48,00
Zuschlag 7	€ 62,82
Zuschlag 8	€ 88,26 (Intensivpflege)

Der Personalstand (3.322 volle Dienstposten) in allen 51 NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimen verteilt sich auf:

Verwaltung	153
(fixe) Heimärzte	10
physikalische Therapie	54,5
diplomiertes Pflegepersonal	1.131
PflegehelferInnen	987
SeniorenbetreuerInnen	67
SozialhelferInnen	41
Küchenbereich	336
Wäschereibereich	89
Hausarbeiter	69
Reinigung	372

Mit nur 4,8% des Personalstandes im Bereich der Heimverwaltungen wird bewiesen, dass rationell und sparsam gearbeitet wird.

Bereich Einkaufsgemeinschaft

Die 51 NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime und die NÖ Landes-Jugendheime hatten sich im Jahr 2000 zur Gänze der NÖ Einkaufskooperation der NÖ Landes-Krankenanstalten angeschlossen. Der Zusammenschluss all

dieser Anstalten in einer einzigen Einkaufskooperation soll die betriebs- und privatwirtschaftliche Ausrichtung der Landesanstalten untermauern und die Optimierung der zur Verfügung stehenden Budget- und Betriebsausgaben gewährleisten.

In der Bilanz des Jahres 2001 kann festgehalten werden, dass € 300.647,52 (S 4.137.000,-) eingespart werden konnten. Seit dem Jahr 2000 betragen die Einsparungen rund € 654.055,51 (S 9.000.000,-).

Die möglichst sparsam eingesetzten Personalmaßnahmen, die allerdings unter ständiger Bedachtnahme auf eine gute Betreuungs- und Pflegequalität überprüft werden müssen, und die Rationalisierungen (gemeinsamer Einkauf) bei den Sachausgaben sollen sicherstellen, dass sich die Kosten für einen Platz in einem Pflegeheim nicht diametral zu den Pensionssteigerungen entwickeln.

Das Gesamtbudget 2002 aller NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime mit € 154.009.700,- setzt sich zu etwa 70% aus den Personalkosten (€ 108.144.400,-) und zu 30% aus den Sachausgaben und heiminternen Investitionen zusammen. Etwa 68% der Bruttoausgaben der Heime werden durch Zahlungen der Heimbewohner und von deren Angehörigen abgedeckt – etwa 32% müssen aus Mitteln des Landes-Sozialhilfebudgets in Form individueller Unterstützungen für einkommensschwächere Heimbewohner aufgebracht werden.

„Aktion Spenden Sie Zeit, schenken Sie Freude“

„Gute Geister helfen im Heimaltag“, so oder ähnlich titelten viele der zahlreichen Presseberichte, die im Jahr 2001 zur Bewerbung der Ehrenamtsaktion der NÖ Heime in den Medien erschienen sind. Im April fand der Startschuss zur Aktion „Spenden sie Zeit, spenden Sie Freude“ statt. Die NÖ Heime waren überaus aktiv, galt es doch ein wichtiges Thema in die Öffentlichkeit zu tragen und ein großes Ziel zu erreichen: 1.000 Freiwillige für die NÖ Pensionisten- und Pflegeheime. Zusammen mit der ARGE der NÖ Pflegeheime konnte dieses Ziel dann auch Ende 2001 erreicht werden. Durchschnittlich 15 Personen pro Haus helfen nunmehr freiwillig und ehrenamtlich mit, älteren Menschen noch mehr Geborgenheit und menschliche Wärme zu geben.

Pflegeaufsicht

Die demografischen Entwicklungen der vergangenen Jahre, die eine signifikante Zunahme der Pflegeabhängigkeiten bereits bei der Aufnahme von pflegebedürftigen Menschen in unsere Heime zur Folge hatte, sowie die Auswirkungen der leistungsorientierten Krankenhausfi-

nanzierung erforderten auch im Rahmen der Qualitätssicherung in der stationären geriatrischen Pflege Änderungen der Vorgangsweisen.

Seit Jänner 2001 sind entsprechende Erhebungsformulare im Einsatz, die sich bereits bewährt haben. Daraus ableitend wird im Sinne des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses vorgegangen: festgestellte Standardabweichungen; Festlegung der Korrekturmaßnahmen mit Zielvereinbarungen umgehend vor Ort gemeinsam mit den Pflegeteams unter Verantwortlichkeit der Pflegedienstleitungen; Dokumentation des Umsetzungsverlaufes schriftlich; Übermittlung an die Leitung der Pflegeaufsicht.

Die Erfahrungen des ersten Jahres zeigen, dass damit ein effizienterer Einsatz des Teams der Pflegeaufsicht möglich ist. Gleichzeitig erfolgt eine nachvollziehbare Dokumentation aller gesetzten Maßnahmen und erhobenen Daten, die somit auch einfacher für statistische Zwecke herangezogen werden können. Die **Qualitätssicherung** im stationären geriatrischen Pflegebereich erforderte darüber hinaus zielorientierte, praxisnahe Konzepte und Instrumentarien, die den geänderten Anforderungen Rechnung tragen. So z. B.:

- Beschwerdemanagement: Vier Mitarbeiterinnen der Pflegeaufsicht haben das Basisseminar zum allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen für Gesundheits- und Krankenpflege absolviert, zwei davon bereits das weiterführende Seminar zur gerichtlichen Praxis. Schwerpunkt der Pflegeaufsicht: die Erstellung des pflegebehördlichen Gutachtens.

- Weiterentwicklung des bestehenden Formularwesens für Qualitätsaudits: Erarbeitung verständlicher, einfach handhabbarer Erhebungsformulare zwecks gesicherter und aussagekräftiger Ergebnisse, weiterer wichtiger Faktor: Zeiterparnis

- Implementierung von Pflege-Qualitätszirkeln in jedem Heim in Zusammenarbeit mit allen Schnittstellen – mittelfristige Zielsetzung (siehe Grafik Seite 196).

- Fokussierung auf Schwerpunkte (unter Beachtung der Gesamtsituation)

- Konzentriertes Vorgehen

- Verkürzung der Intervalle möglich

- Kontrolle der Umsetzung der Lösungsstrategien auch im Interdisziplinären Bereich (Schnittstellen einbinden).

Die Anliegen der Gesundheits- und Krankenpflege hinsichtlich Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung sowie der „Status quo“ der Gesundheits- und Krankenpflege im öffentlichen Gesundheitsdienst der einzelnen Bundesländer konnten in der bundesländerübergreifenden Arbeitsgruppe „Gesundheits- und Krankenpflege im Öffentlichen Gesundheitsdienst“ gesamt-

Routinemäßige Evaluierung

1. der Strukturen (Baulichkeit, Einrichtung, Ausstattung ...)
2. des Personalstandes: SOLL-IST-Vergleich Anzahl und Qualifikation
3. Kompetenzen der PDL und STL
4. Dienstplan im Vergleich mit Ablauforganisation auf den Stationen
5. Schwerpunkte gem. Checklisten
6. Korrektur von Standardabweichungen – Umsetzung der Lösungsansätze abgelaufener Einschauen



KORREKTE DOKUMENTATION der Einschau:

- Checklisten
- Standardabweichungen
- Lösungsansätze – Korrekturmaßnahmen
- Maßnahmenkatalog
- (Prosa-)Bericht (zusammenfassend) ...

melt und an die politischen Verantwortlichen weitergeleitet und ein Berufsbild erarbeitet werden.

In der Bundes-ARGE der Pflegedienstleitungen der stationären geriatrischen Pflegeeinrichtungen wurden die speziellen Problematiken der stationären geriatrischen Pflegeeinrichtungen angesprochen und auch teilweise Lösungen erarbeitet. Daraus resultierend wurde die Möglichkeit eröffnet, die Pflegedienstleitungen der NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime auf Initiative der Leitung der Pflegeaufsicht und durch Unterstützung des Leiters der Abteilung Heime und der ARGE NÖ Heime in einer eigenen „Fachgruppe Pflegedienstleitungen“ in der ARGE NÖ Heime zusammenzuschließen. In diesem Forum werden die anstehenden offenen Fragen im Altenpflegebereich einer interdisziplinären Lösung zugeführt.

Alle bisher gesetzten Maßnahmen – ausgehend vom derzeitigen Modell der Qualitätssicherung in der stationären geriatrischen Pflege – zielen jedoch im Sinne eines umfassenden Qualitätsmanagements ab auf eine kundenorientierte prozesshafte **Qualitätsentwicklung**.

Dienstwohnungen und Garagierungen

Bei der Abteilung Heime steht eine vollständige Evidenzkartei aller Dienstwohnungen und Garagenplätze in den NÖ Landes-Pensionisten-, -Pflege- und -Jugendheimen zur Verfügung. Die Zuweisung erfolgt direkt von den Dienststellenleitern.

Zivildienst

Vom Bundesministerium für Inneres wurden zum Zuteilungstermin Februar 33 Zivildienstleistende und zum Zuwei-

sungstermin Oktober 66 Zivildienstleistende zugeteilt.

Die Abteilung Heime besorgt die Zuteilung der Zivildienstler an die NÖ Landes-Pensionisten-, -Pflege- und -Jugendheime und die monatliche Verrechnung der Leistungen mit dem Bund und den Krankenkassen.

Bauangelegenheiten

• **Mauer.** Auf Grund der durchgeführten Umbaumaßnahmen des NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Mauer, Pavillon 2 für 50 Langzeitbewohner fand am 6. Juni 2001 die feierliche Eröffnung des Heimes statt.

• **Zistersdorf.** Für die Neuerrichtung des NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimes Zistersdorf fand am 2. Oktober 2001 die konstituierende Sitzung des Baubehördens statt. Das neue Heim wird auf landeseigenem Grundstück errichtet. Unter Einbeziehung des gültigen Raum- und Funktionsprogrammes für dieses Heim musste auch auf die gesamte Bausubstanz der verschiedenen Gebäudeteile Bedacht genommen und festgestellt werden, dass das bestehende Heim keineswegs den derzeitigen Anforderungen in baulicher und ausstattungsmaßiger Hinsicht entspricht. Vor allem feuerpolizeiliche und brandschutztechnische Auflagen sind im Sinne der Sicherheit der in dieser Einrichtung betreuten pflegebedürftigen Bewohner ohne gravierende Sanierungsmaßnahmen nicht mehr zu erfüllen.

Im Zuge der Planungsgespräche hat sich ergeben, dass aus Kostengründen und aus betrieblichen Gründen ein Neubau wirtschaftlicher ist als eine Generalsanierung.

Auf Grund des Altersalmanach 2000 von Herrn Prof. Amman wird ca. bis zum Jahre 2011 mit der ausgewiesenen Bet-

tenanzahl für die Neuerrichtung des Heimes in Zistersdorf von 126 Plätzen unter Berücksichtigung von 6 Betten für Tagespflege das Auslangen gefunden. Sobald der Neubau fertig gestellt ist, erfolgt die Übersiedelung der Heimbewohner vom bestehenden Haus in den Neubau. Die Stadtgemeinde Zistersdorf hat sich bereit erklärt, das alte Heim nach Aussiedlung zu kaufen.

Für das Projekt sind Errichtungskosten von ca. € 12,717.745,- exkl. MWSt. (Preisbasis 1. 1. 2001) ohne Bau- und Finanzierungsmanagement vorgesehen. Für dieses Bauvorhaben wurde der Antrag für die grundsätzliche Genehmigung Ende Dezember 2001 an die NÖ Landesregierung weitergeleitet. Die genauen Kosten können erst nach Vorlage von ca. 80% der Ausschreibungsergebnisse der Professionistenarbeiten auf die restlichen Gewerke ermittelt werden. Danach wird das gegenständliche Projekt dem NÖ Landtag zur Genehmigung zugeführt werden.

Mit der Neuerrichtung des Heimes wird voraussichtlich im Juni 2002 begonnen; die Fertigstellung wird voraussichtlich im Sommer 2004 erfolgen.

In Hinblick auf die künstlerische Ausgestaltung des Heimes fand Ende des Jahres die erste Sitzung des Kunstbeirates statt.

Für dieses Bauvorhaben wurde ein „Projektteam“ ernannt, das aus Vertretern der Abteilungen Landeshochbau, Haustechnik und Heime und dem Nutzer besteht. Bei Fragen, die nicht durch das Projektteam gelöst werden können, werden die anstehenden Fragen einem Lenkungsausschuss, bestehend aus den Abteilungsleitern der Abteilungen Landeshochbau, Haustechnik und Heime, zugeführt.

Seitens der Abteilung Heime erfolgte eine EU-weite öffentliche Ausschreibung für die Vergabe der Dienstleistung: „Baumanagement und Finanzierung“, die jedoch mangels geeigneter Angebote aufgehoben wurde und im Jahre 2002 neuerlich ausgeschrieben wird (gemeinsam mit dem LPPH Gloggnitz).

• **Gloggnitz.** Auf Grundlage des im Jahre 1997 genehmigten Ausbau- und Investitionsprogrammes für die NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime für die Jahre 1998–2002 wurde die Entscheidung für die Errichtung eines Zubaus mit ca. 84 Pflegebetten und Abbruch des Altbaues getroffen; im sog. „Westtrakt“ sind demnach kleinere Umbaumaßnahmen notwendig. Nach Beendigung all dieser Baumaßnahmen wird das LPPH Gloggnitz insgesamt 120 Pflegebetten aufweisen. Die Errichtungskosten ohne Finanzierungs- und Baumanagement werden voraussichtlich € 9,956.178,28 exkl. MWSt. betragen.

Für dieses Bauvorhaben wurde ein „Projektteam“ ernannt, das aus Vertretern der Abteilungen Landeshochbau, Haus-

technik und Heime und dem Nutzer besteht. Bei Fragen, die nicht durch das Projektteam gelöst werden können, werden die anstehenden Fragen einem Lenkungsausschuss, bestehend aus den Abteilungsleitern der Abteilungen Landeshochbau, Haustechnik und Heime, zugeführt. Der Baubeginn wird voraussichtlich im Herbst 2002 erfolgen.

● **Klosterneuburg.** Am 29. Juni 2001 fand die feierliche Eröffnung des neu errichteten Heimes statt; das Heim weist 11 Pflegebetten auf. Die Finanzierung erfolgt im Leasingwege durch die OVIS Raiffeisen Immobilien Leasing Ges. m. b. H. Das alte Heim in der Agnesgasse in Klosterneuburg wurde verkauft.

● **Waidhofen/Thaya.** In Hinblick auf das künftige Ausbauprogramm 2003–2006 der NÖ LPPH wurde auf Grundlage einer „Machbarkeitsstudie“ die Entscheidung für einen Neubau getroffen. Seitens der Waldviertler Sparkasse von 1842 wurde ein Grundtausch (das neue Grundstück ist zwischen der Visiterstraße und Heubachstraße gelegen) zugesagt; wobei jedoch noch weitere Rahmenbedingungen einer Klärung bedürfen. Das künftige Heim soll 110 Pflegebetten erhalten.

● **Schrems.** Mit Beschluss des NÖ Landtages vom 17. Mai 2001 wurde der Antrag auf Genehmigung über den Abbruch des Altbestandes des Heimes sowie der Kostenerhöhung im Zuge des Neubaus mit Gesamtherstellungskosten inkl. Baumanagement zum Betrage von insgesamt € 7,819.780 exkl. MWSt. (Preisbasis März 2001) genehmigt. Das Heim weist 80 Pflegebetten auf. Die Finanzierung erfolgte im Leasingwege durch die Hypo-Leasing. Die feierliche Eröffnung fand Ende Mai 2001 statt.

● **Melk.** Mit Beschluss des NÖ Landtages vom 25. Jänner 2001 wurden die Zu- und Umbaumaßnahmen inkl. Baumanagement für das LPPH Melk zum Betrage von € 9,185.846,- exkl. MWSt. genehmigt. Nach Fertigstellung wird das Heim 102 Pflegebetten inkl. 4 Hospiz- und 21 Intensivbetten aufweisen. Die Finanzierung erfolgt im Leasingwege durch die NÖ Hypo-Leasing. Mit dem Bau konnte im April 2001 begonnen werden; die Gleichfeier fand am 17. 10. 2001 statt.

● **Korneuburg.** Ende Mai fand die feierliche Eröffnung für die Umstrukturierung von Wohn- auf insgesamt 60 Pflegebetten sowie der Generalsanierung des Heimes (insgesamt verfügt das 102 Pflegebetten) mit Gesamtinvestitionskosten von ca. € 4,360.370,05 exkl. MWSt. statt. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Investitionsrücklage.

● **Scheibbs.** Auf Grundlage der im Jahre 2000 durch die NÖ Landesregierung genehmigten Küchen- und Teilgebäudesanierung über € 1,598.802,35 exkl. MWSt. wurden die Arbeiten intensiv weitergeführt, wofür Zahlungen über insge-

samt € 1,039.221,53 exkl. MWSt. geleistet wurden.

● **Tulln – Frauenhofner Straße.** Für den Zu- und Umbau des NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimes Tulln fand am 2. Oktober 2001 die konstituierende Sitzung des Baubeirates statt. Der Zubau wird dreigeschoßig auf landeseigenem Grundstück entlang der Frauenhofner Straße an der Ostseite des bestehenden Heimes errichtet und mit einem gedeckten Gang verbunden sowie in jedem Geschoss an den Bestand niveaugleich angebunden. Der Umbau erfolgt deshalb, da das bestehende Heim nicht mehr den heutigen ausstattungsmaßige Erfordernissen entsprechend dem Raum- und Funktionsprogramm entspricht. Nach Fertigstellung wird das Heim 210 Plätze inkl. 10 Intensivbetten sowie einer Abteilung für Sonderpflegeformen mit 6 Hospiz-, 10 Tagespflege-, 10 Übergangs- und 4 Kurzzeitpflegebetten aufweisen. Dieses Heim in Tulln wurde als Standort für die Sonderformen der Pflege deswegen ausgewählt, da es in diesem Heim bereits seit längerer Zeit den Schwerpunkt Hospiz- und Intensivpflege gibt. Die Tagespflege kommt als eine Pflegeform neu hinzu, da bei diesem Angebot vielfach die Daueraufnahmen vermieden werden können. Die Verwaltung verbleibt im Wesentlichen unverändert, die bestehende Küche wird umgebaut und erweitert, da das Betriebssystem auf ein zeitgemäßes Tablettsystem umgestellt wird; hierfür wird an der Westseite ein Zubau für die Anlieferung und ein Materiallift im Keller errichtet. Die voraussichtlichen Gesamtherstellungskosten werden dzt. auf € 14,105.797,11 exkl. MWSt. mit Preisbasis 1. 1. 2001 festgestellt, die Finanzierung und das Baumanagement erfolgt durch die Raiffeisen Kommunalgebäude-Leasing GmbH.

Dzt. sind im Grobterminplan nachstehende Bauphasen vorgesehen:

a) Zubau samt Anbindung an den Altbestand sowie Anlieferung und Adaptierung der Hauptküche

b) Nach Übersiedelung in den Neubau teil – Umbau des Altbestandes

Die genauen Kosten können erst nach Vorlage von ca. 80% der Ausschreibungsergebnisse der Professionistenarbeiten auf die restlichen Gewerke ermittelt werden. Danach wird das gegenständliche Projekt dem NÖ Landtag zur Genehmigung zugeführt werden. Mit dem Bau wird voraussichtlich im Frühjahr 2002 begonnen werden; die Fertigstellung ist im Herbst 2004 vorgesehen.

● **Wr. Neustadt.** Mit der Neuerrichtung des LPPH Wr. Neustadt wurde Mitte Jänner 2001 begonnen; die Gleichfeier fand am 24. September 2001 statt. Die Gesamtherstellungskosten inkl. Abbruch des bestehenden Heimes sowie inkl. Finanzierungs- und Baumanagement werden auf € 15,549.079,60 exkl. MWSt. festgestellt. Die Finanzierung er-

folgt durch die Hypo-Leasing. Für die künstlerische Ausgestaltung fand die erste Sitzung des Kunstbeirates statt. Mit der Fertigstellung ist 2003 zu rechnen.

● **Gutenstein.** Auf Grund des Beschlusses der NÖ Landesregierung vom Dezember 2000 wurden die Arbeiten für die Errichtung der erforderlichen Brandschutzmaßnahmen sowie die Umwidmung von 13 Wohn- auf 12 Pflegebetten weitergeführt. Die Gesamterrichtungskosten werden ca. € 654.055,- exkl. MWSt. betragen.

● **Stockerau.** In Hinblick auf eine Neuerrichtung des NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimes Stockerau fanden Gespräche mit der Stadtgemeinde Stockerau in Bezug auf den künftigen Standort statt. Hiebei wurde die Situierung des neuen LPPH auf dem Grundstück „Park neben dem bereits bestehenden LPPH“ befürwortet. Diese Gespräche wurden in Hinblick auf die Aufnahme dieser Baumaßnahme in das künftige Ausbauprogramm für die Jahre 2003–2006 geführt.

● **St. Pölten.** Am 8. August 2001 fand die feierliche Eröffnung des neu errichteten Heimes statt. Das Heim weist insgesamt 126 Pflegebetten inkl. 15 Plätze für Tagesbetreuung auf.

● **Mautern.** Da der bestehende Altbau auf Grund seiner Gebäudestruktur in Hinblick auf das Raum- und Funktionsprogramm nicht umgebaut werden kann, wurde die Entscheidung für einen Zubau und Abbruch des Altgebäudes getroffen. Da die Errichtung dieses Zubaus in 2–3 Bauphasen durchgeführt werden muss, waren in Bezug auf die notwendigen Küchenprovisorien etliche Gespräche mit den zuständigen fachtechnischen Abteilungen sowie der Heimleitung erforderlich. Für die Erstellung des endgültigen Raum- und Funktionsprogrammes sind noch weitere Gespräche mit den fachtechnischen Abteilungen im Jahre 2002 notwendig, um die weitere Planung in die Wege leiten zu können.

● **Perchtoldsdorf.** Für den in Hinkunft erforderlichen Küchenumbau samt Nebenräumen inkl. Speisesaal und Cafeteria fanden vor Ort diesbezügliche Gespräche mit den fachtechnischen Abteilungen statt. Mit den Adaptierungsarbeiten wird voraussichtlich Ende 2002 begonnen werden.

● **Pressbaum.** Da das Heim in Pressbaum aus 11 Geschossen besteht, ist die Errichtung von unbedingt erforderlichen Brandschutzmaßnahmen als sehr problematisch und kostenintensiv anzusehen. Es fanden etliche Gespräche in Zusammenarbeit mit der Abteilungen Landeshochbau und Haustechnik, dem NÖ Feuerwehrverband und der Heimleitung statt, wobei diverse Varianten erarbeitet wurden. Eine Entscheidung über die endgültig durchzuführenden Brandschutzmaßnahmen wird im Laufe des Jahres 2002 getroffen werden.

Allgemein

- Für nachstehende NÖ Pensionisten- und Pflegeheime, die aus Leasingmitteln finanziert werden, erfolgte die Begleichung von Leasingraten (Immobilien, Mobilien Lang- und Kurzläufer sowie der nicht leasingfähigen Güter): Amstetten, Waidhofen/Ybbs, St. Peter/Au, Wolkersdorf, Mistelbach, Berndorf, Vösendorf, Neunkirchen, Wilhelmsburg, Potendorf, Orth/D., Weitra, Schrems, Hollabrunn, Eggenburg, Mank, Laa/Thaya, Mödling, Hohegg, Zwettl, St. Pölten, Mauer und Klosterneuburg.

- Im Jahre 2002 wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung Landeshochbau eine EU-weite Pflegebettenausschreibung samt Zubehör durchgeführt. Seitens der Abteilung Heime wurde der Bedarf von neuen Pflegebetten in den Heimen erhoben.

- Im in Hinkunft bei Zu- und Umbauten eine Einheitlichkeit in Bezug auf die Wartungsverträge zu gewährleisten, waren Vorarbeiten in Zusammenarbeit mit der Abteilung Haustechnik über die Erstellung von Musterwartungsverträgen erforderlich. Mit dem Abschluss dieser Arbeiten wird im Frühjahr 2002 zu rechnen sein.

- Für nachstehende im Leasingwege finanzierte NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime (Zu- und Umbauten bzw. Neubauten) erfolgte die Endabrechnung: Laa/Thaya, St. Peter, Orth/Donau und Eggenburg. Entsprechung der Neufassung der Dienstleistung der Abteilung Landesamtsdirektion vom 9. Jänner 2001 über den Baubeirat wurden die hierfür eingesetzten Baubeiräte entsprechend in Kenntnis gesetzt.

- Um Anfang des Jahres 2002 das im Jahre 1997 genehmigte Ausbauprogramm der NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime für die Jahre 1998–2002 einer entsprechenden Änderung bzw. ein neues Ausbauprogramm für die Jahre 2003–2006 dem NÖ Landtag zuzuführen, wurden verschiedene Vorarbeiten (wie z. B. Berechnung künftiger Leasingraten und Einnahmen der Investitionsrücklage bis zum Jahre 2030) geleistet bzw. Gespräche mit den fachtechnischen Abteilungen und den Heimleitungen geführt.

- Auf Grund des Medizinproduktegesetzes – MPG (BGB. Nr. 657/1996) sind in den NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimen die Medizinisch-Technischen Geräte im Pflege- und Therapiebereich sowie die Pflegebetten einer sicherheitstechnischen Überprüfung bzw. Wartung zu unterziehen. An Hand eines Entwurfes über die Verordnung über das Errichten, Betreiben, Anwenden und Instandhalten von Medizinprodukten der Abteilung Umwelttechnik (Medizinprodukte-Betreiberverordnung) fanden Gespräche über die künftige Vorgangsweise dieser sicherheitstechnischen Ange-

legenheiten in Bezug auf den zu prüfenden Personenkreis statt. Diesbezüglich werden noch weitere Arbeiten im Jahre 2002 folgen.

NÖ Gesundheits- und Sozialfonds

Eine Zuteilung der über die Fondssammlung des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds genehmigten Strukturmittel für „Pflegebetten“ für das Jahr 2001 über insgesamt € 1,315.014,93 erfolgte für nachstehende Projekte:

- Cursana Seniorenzentrum Hainburg/Donau

2. Teilbetrag über € 436.037,01

- Seniorenzentrum der Stadt Haag

Teilbetrag über € 436.037,01

- Haus der Barmherzigkeit in Kirchstetten „Clementinum“

1. Teilbetrag über € 75.579,75

- Pflegeheim der Salvatorianerinnen in Erlach/Pitten

Teilbetrag über € 290.691,34

- Fachschulen für Altenbetreuung und Pflegehilfe

Teilbetrag über € 76.660,84

Private Pensionisten- und Pflegeheime

Die von privaten Rechtsträgern betriebenen Pensionisten- und Pflegeheime unterliegen nach den Bestimmungen des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 der Bewilligungspflicht und Aufsicht durch das Land NÖ.

Durch bauliche Umstrukturierungen und weiteren Verbesserungen im Pflegeangebot konnte den steigenden Anforderungen weiterhin Rechnung getragen werden.

An Förderungen wurden im Jahre 2001 insgesamt € 65.405,55, d. s. S 900.000,-, als investiver Beitrag für standardverbessernde Maßnahmen im Bereich der Pflege an private Einrichtungen zugesprochen.

NÖ Landes-Kinder- und -Jugendheime

Das Land Niederösterreich führt derzeit sieben Jugendheime, weiters das Kinderheim Perchtoldsdorf, das Heilpädagogische Zentrum Hinterbrühl, das Gästehaus in Lunz/See, das Mutter-Kind-Haus Hollabrunn und den Heilpädagogischen Kindergarten Perchtoldsdorf. Diese Einrichtungen bieten Betreuung und Pflege von Säuglingen und Kleinkindern, die Betreuung und Erziehung sowie die schulische Ausbildung (heimintern oder extern) von Kindern, Jugendlichen bis zur beruflichen Ausbildung und Wiedereingliederung in Familie, Gesellschaft und Berufsleben. Den

unterschiedlichsten Betreuungserfordernissen entsprechend ist das Leistungsangebot differenziert:

- stationäre und teilstationäre Betreuung

- im Heim integrierte Sonderschulen

- berufliche Ausbildung für Jugendliche in heiminternen Lehrwerkstätten oder externen Lehrplätzen

- Berufsvorbereitungskurse in Zusammenarbeit mit dem AMS

- Sozialtherapeutische Abteilung

- ambulante und stationäre, spezifische Therapien und Betreuung für entwicklungsgestörte Kinder

- Kinderübernahmestelle für Akutfälle

- Heilpädagogischer Kindergarten

- Mutter-Kind-Gruppe

- Außenwohngruppen

Die auf den NÖ JWG 1991 basierende und 1992 begonnene strukturelle Anpassung der Jugendheime und Schaffung neuer Betreuungsbereiche stellt umfangreiche Anforderungen an die Einrichtungen in baulicher, personeller und finanzieller Hinsicht.

Die Umsetzung nach den Zielsetzungen des „Sozialpädagogischen Konzeptes“ erfolgt schrittweise nach Maßgabe der organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen, wobei vor allem personelle, organisatorische, aber auch bauliche Maßnahmen laufend umgesetzt werden:

- Ständiger Prozess der Weiterentwicklung der sozialpädagogischen Konzepte der NÖ Landes-Kinder- und -Jugendheime, um individuellen Anforderungen entsprechende, qualifizierte Leistungen sicherzustellen.

- Betreffend den Um- und Zubau Alpentsteig sind die Planungsarbeiten sowie die Vergabe der Leasingfinanzierung im Finalisierungsstadium. Für dieses Bauvorhaben wurde ein „Projektteam“ ernannt, das aus Vertretern der Abteilungen Landeshochbau, Haustechnik und Heime und dem Nutzer besteht.

Erzieher: Mitarbeiteraus- und -fortbildung

Die Kriterien der Voraussetzungen für die Aus- und Fortbildung der Erzieher wurden den gegebenen Anforderungen entsprechend adaptiert bzw. neu erarbeitet. Damit wird dem gesetzlichen Auftrag, der Umsetzung von pädagogischen Konzepten und den Anforderungen für steigende fachliche Qualität bei der Berufsausübung Rechnung getragen.

NÖ Jugendwohlfahrtsplanung „JUPRO“

Die Ergebnisse der ersten beiden Phasen des Projektes JUPRO – pro Jugend Niederösterreich – haben ergeben, dass umfangreiche strukturelle Maßnahmen jedenfalls auch in allen NÖ Landes-Ju-

gend- und -Kinderheimen durchzuführen sind. Die Ausarbeitung und Umsetzung der für die NÖ Landes-Jugend- und -Kinderheime notwendigen Analysen und Maßnahmen wird in einer eigenen, in das Gesamtprojekt JUPRO eingebundenen Arbeitsgruppe abgewickelt.

Ziele 2002

NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegerheime

- Finalisierung des vom NÖ Landtag beschlossenen Ausbau- und Investitionsprogrammes 1994-1998
- Fortsetzung des Ausbau- und Investitionsprogrammes für die NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegerheime 1998-2002
- Weiterentwicklung der Qualitätsstandards, vor allem der Neuen Formen der

Pflege, Einrichtung von Pilotprojekten für Tagesbetreuung

- Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit

NÖ Landes-Jugend- und -Kinderheime

- Abwicklung des Bauprojektes NÖ Landes-Jugendheimes Allentsteig
- Umlegung des im Rahmen des Projektes JUPRO entwickelten Tagsatzkalkulationsmodell auf alle NÖ Landes-Jugend- und -Kinderheime zwecks Kostentransparenz
- Ist- und Soll-Analyse der Personal- und Organisationsstruktur in allen NÖ Landes-Jugendheimen mit Hilfe externer Beratung im Rahmen des Projektes JUPRO
- Bedarfsorientierte Evaluierung aller pädagogischen Konzepte
- Fortführung der schwerpunktmäßigen Instandsetzung der baulichen Substan-

zen der Gebäude und Errichtungen sowie laufende Adaptierungsmaßnahmen der Gruppenräumlichkeiten in den NÖ Landes-Kinder- und -Jugendheimen.

- Schaffung von zusätzlichen dezentralen Außenwohngruppen für eine lebensweltorientierte Pädagogik im Abstimmung mit einer Platzreduzierung in den Großeinrichtungen
- Weiterer Ausbau des teilstationären Angebotes und Etablierung von Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Krisensituationen in den NÖ Landes-Jugendheimen
- Weiterführung der laufenden heiminternen spezifischen Fortbildung und deren Evaluierung durch die LAK
- Start eines zweiten 3-semesterigen Fort- und Weiterbildungslehrganges für „Erzieher“ an der LAK mit September 2002

Abteilungen Arbeitsrecht und Sozialversicherung und Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Schwerpunkte 2001

Sozialversicherung

Bedingt durch in den letzten beiden Jahren erfolgten zahlreichen Änderungen der verschiedenen Sozialversicherungsgesetze kam es auch im Jahre 2001 zu einer Zunahme der Rechtsmittelverfahren in Verwaltungssachen der Sozialversicherung. Insbesondere betreffen diese Verfahren die sogenannten „neuen Selbständigen“ sowie die Aufhebung der Subsidiarität in der Krankenversicherung nach dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz. Des Weiteren sind über 800 Verfahren betreffend die Höhe des Pensionsbeitragssatzes nach dem Freiberuflichen Sozialversicherungsgesetz (FSVG) anhängig geworden.

Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, dass im Zusammenhang mit der Vorschreibung von Zusatzbeiträgen für Angehörige in der Krankenversicherung (überwiegend für kinderlose Ehefrauen) und der Einhebung von Ambulanzgebühren weitere Rechtsmittelverfahren anhängig wurden bzw. auch in Zukunft in größerer Zahl anfallen werden.

Der bereits in den vergangenen Jahren festzustellende Trend, zwecks Klärung der Sachverhalte in vermehrtem Ausmaß mündliche Verhandlungen durch-

zuführen, hat sich auch im Jahre 2001 fortgesetzt.

Schließlich war es Aufgabe der Abteilung Arbeitsrecht und Sozialversicherung und der Abteilung Landwirtschaftliche Sozialversicherung, im Herbst 2001 die alljährlich in einem anderen Bundesland stattfindende Länderkonferenz der Sozialversicherungsabteilungen bei den Ämtern der Landesregierungen – unter Mitwirkung von Vertretern des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen – zu organisieren und durchzuführen. Diese Veranstaltung konnte am 4. und 5. Oktober 2001 im Regierungsviertel in St. Pölten erfolgreich abgehalten werden und fand bei allen TeilnehmerInnen große Zustimmung.

Arbeitsrecht

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist auch im Jahre 2001 eine deutliche Zunahme der Berufungsverfahren hinsichtlich der Einschätzung des Grades der Behinderung nach dem Behinderteneinstellungsgesetz sowie der Ausstellung von Behindertenpässen nach dem Bundesbehindertengesetz, insbesondere hinsichtlich der Zusatzeintragen in Behindertenpässen, festzustellen. Nicht unwesentlich dürfte dafür unter anderem sein, dass die betroffe-

nen Personen bei Zulässigkeit der entsprechenden Zusatzeintragen Anspruch auf Zuteilung einer Gratis-Vignette für die Benützung von Autobahnen haben.

Auf Grund des vom Nationalrat beschlossenen Kinderbetreuungsgeldgesetzes war es erforderlich, das NÖ Mutterschutz-Landesgesetz, LGBl. 2039-8, entsprechend anzugleichen. Diese von der Abteilung ausgearbeitete Novelle wurde am 13. Dezember 2001 vom Landtag beschlossen.

Ziele 2002

Wie bereits angedeutet, ist auf Grund der recht weitreichenden Änderungen der Sozialversicherungsgesetze im kommenden Jahr mit einer deutlichen Zunahme der Rechtsmittelverfahren im Bereich der Sozialversicherung zu rechnen.

Es wird Hauptaufgabe sein, wie schon bisher, die anfallenden Verfahren – unter Heranziehung der Möglichkeiten der Informationstechnologie – inhaltlich richtig und zügig zu entscheiden sowie Auskunft suchenden Bürgern beratend an die Hand zu gehen.

Die Aufgaben der Gruppe Baudirektion bestehen in der Leitung und Koordination des gesamten Baudienstes, der Gebietsbauämter und der technischen Amtssachverständigen.

Schwerpunkte 2001

- Reform der Sachverständigenausbildung
- Umstellung der Normenverwaltung auf Intranet
- Reengineering
- Verstärkung der Serviceleistung
- Dienstprüfungsreform für B-Techniker

Ziele 2002

- Länderübergreifende Sachverständigenkooperation
- Neugestaltung der Bund-Bundesländer-Zusammenarbeit
- Fortführung des Effizienzprojektes
- Österreichweite Harmonisierung der bautechnischen Vorschriften
- Strukturreform Gruppe Baudirektion

Abteilung Allgemeiner Baudienst

Allgemeine Bauwirtschaft

- Regelung des Vergabewesens für immaterielle Leistungen
- Ökologisches Beschaffungswesen im Baubereich
- Gesetzliche Regelungen im technischen Bereich – Begutachtungen

Wettbewerb „Verleihung von Anerkennungen für Vorbildliche Bauten“

Von den bereits im Jahr 2000 vorliegenden Projekten der 36. Einreichung dieses jährlichen Wettbewerbes wurden insgesamt sechs Bauwerke als „Vorbildliche Leistung“ ausgezeichnet. Dies waren die Osterkapelle des Augustiner Chorherrenstiftes in Herzogenburg, das Europahaus in Pulkau, das Rathaus in Langenlois, ein Einfamilienhaus in Untertolberndorf, das Gebäude der Sammlung Essl in Klosterneuburg und das Geschäftsgebäude der Fa. Würth in Böheimkirchen. Die Auszeichnungen wurden am 23. Mai 2001 durch Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll im Kultur- und Konferenzzentrum der Fa. Würth in Böheimkirchen an die Planer und Bauherren überreicht.

Die Projekte der 37. Einreichung des Wettbewerbes liegen bereits vor, befinden sich derzeit aber noch in der Begutachtungsphase. Die Prämierung der daraus resultierenden Objekte ist für Mai 2002 geplant.

Katastrophenschutz

- Evidenzhaltung des im Rahmen des Katastrophenschutzplanes für das Landesgebiet erforderlichen Alarmplanes für den Zusammentritt des Hilfsdienstes Räum- und technischer Dienst samt der Zusammenstellung der landeseigenen Fahrzeuge, Maschinen und Geräte.
- Diensterteilung und Organisation der Rufbereitschaft Gewässerschutz der im Katastrophenfall für die Einsatz-

leitung der Landeswarnzentralen der Bezirksverwaltungsbehörden in Frage kommenden Amtssachverständigen der Abteilungen der Gruppe Wasser, der Gebietsbauämter sowie die Gewässeraufsichtsorgane.

Ziviltechnikerwesen

Anlässlich von Befugniserteilungen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wurden 26 Vereidigungen von Ziviltechnikern vorgenommen. Das Ministerium hat Niederösterreich insgesamt 31 Kandidaten zur Abnahme der Ziviltechnikerprüfung zugewiesen. Diese Prüfungen fanden für folgende Fachgebiete statt:

Fachgebiet	angetreten
Architektur	8
Bauingenieurwesen	9
Kulturtechnik und Wasserwirtschaft	6
Vermessungswesen	4

Normenwesen

Es erfolgte die Bearbeitung und Koordination von Stellungnahmen der Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung zu rund 1.900 vorgelegten Entwürfen (Gründrucke) des Österreichischen Normungsinstitutes. Weiters wurde das Verzeichnis der Landesbediensteten, die in Fachnormenausschüssen mitarbeiten, aktualisiert und Nachnominierungen ausgeschiedener Mitglieder koordiniert. Vertreter der Dienststellen nahmen an facheinschlägigen Fachnormenausschüssen, am Österreichischen Arbeitsring für Lärmbekämpfung und sonstigen facheinschlägigen Arbeitsgruppen teil. Das zentrale Verzeichnis der in der Baudirektion verfügbaren Normen wurde wieder auf aktuellen Stand gebracht. Mit Beginn des Jahres 2002 ist es allen Landesbediensteten möglich, im Intranet sämtliche vom Normungsinstitut neu veröffentlichten Normen einzusehen. Die dazu nötigen Vorarbeiten fielen ebenfalls im Jahr 2001 an.

EFTA, GATT

Es fielen rund 350 Akten an, die zu bearbeiten waren, wobei insbesondere die Mitteilungen des Europareferates und die Monatshefte der EU auf ihre Relevanz bezüglich der Gruppe Baudirektion zu überprüfen waren.

Befähigungsprüfungen

Es erfolgte die Bearbeitung von 298 Ansuchen um Zulassung zu den Befähigungsprüfungen für die Baugewerbe (Baumeister, Zimmermeister, Steinmetzmeister und Brunnenmeister), das Gewerbe der Elektrotechniker sowie das Gewerbe der Gas- und Wasserleitungsinstallateure.

In weiterer Folge wurden die Prüfungen für diese Gewerbe abgehalten. Die nachstehende Aufstellung enthält die jeweiligen Teilnehmerzahlen:

Gewerbe	angetreten
Baumeister	65
Zimmermeister	34
Steinmetzmeister	7
Brunnenmeister	2
Elektrotechniker	79
Gas- und Wasserleitungsinstallateure	91
Prüfungsteil Ausbilderprüfung	57

Technische Dienstprüfungen

Die Prüfung für den gehobenen Bau- und technischen Dienst (B) soll reformiert werden, wobei eine praxisgerechte Neuorientierung des Prüfungsstoffes im Vordergrund steht. Die dazu nötigen Vorbereitungsarbeiten waren im Jahr 2001 zu erledigen.

Insgesamt wurden 19 Ansuchen um Zulassung zu den Dienstprüfungen für die Bau- und technischen Dienste der Verwendungsgruppen A, B, C und D bearbeitet.

Weiters erfolgte die Organisation der Vorbereitungskurse sowie die Durchfüh-

zung der Prüfungen. Die jeweiligen Dienstzweige und Kandidatenzahlen können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Dienstzweig	angetreten
Höherer Bau- und technischer Dienst (A)	3
Gehobener Bau- und technischer Dienst (B)	9
Bau- und technischer Fachdienst (C)	4
Mittlerer Bau- und technischer Dienst (D)	1

EDV-Koordination

Die IT-Koordination der Abteilung Allgemeiner Baudienst ergab neben diversen Hilfestellungen für die Bediensteten bei den kleinen Problemen des Alltages auch zahlreiche Kontakte mit der Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie, vor allem in Zusammenhang mit der Anforderung von Hard- und Software, der Installation neuer Programme sowie dem Austausch defekter Geräte.

Einen weiteren Schwerpunkt dieser Tätigkeit bildete der 2001 begonnene Austausch veralteter Pentium-I-PCs mit 15-Zoll-Monitor gegen moderne Pentium-III-Geräte mit 17-Zoll-Bildschirm. Schließlich erfolgte noch die landesweite Einführung des Systems „ARS Remedy“, welches die gesamte Problemerkennung (und Lösung) sowie die Geräteverwaltung im IT-Bereich auf modernen Stand bringt.

Geologischer Dienst

Schwerpunkte 2001

Die Schwerpunkte lagen 2001, ebenso wie in den Vorjahren, auf der geologischen Amtssachverständigentätigkeit in Behördenverfahren, der geologisch-geotechnischen Gutachtertätigkeit für Landesdienststellen und Gemeinden, der Erhebung und Zusammenstellung von geologischen Grundlagen für Regionale Projekte (Raumordnung, Rohstoffwirtschaft etc.) sowie den Agenden der Rohstoff-, Energie- und Umweltforschung.

Seit 1. Jänner 2001 sind mit einigen Ausnahmen die Bezirkshauptmannschaften für den Vollzug des Mineralrohstoffgesetzes zuständig, d. h. auch für die Überwachung der Betriebe, in denen eine Gewinnung grundeigener, mineralischer Rohstoffe erfolgt.

Im Jahre 2001 wurden 25 Projekte, überwiegend Kiesabbauvorhaben, vorgebegutachtet und an 27 Genehmigungsverfahren teilgenommen.

Die Tätigkeit des Arbeitskreises für den landesweit einheitlichen und raschen Vollzug des Mineralrohstoffgesetzes wurde fortgesetzt, indem vier Besprechungen stattgefunden haben.

Im Herbst 2001 wurde wiederum ein Entwurf einer Novelle zum Mineralroh-

stoffgesetz zur Begutachtung an die Länder ausgesandt. Die Novelle, die einige Erleichterungen für den Vollzug des Gesetzes enthält, ist mit 1. Jänner 2002 in Kraft getreten.

Für die Novellierung des Regionalen Raumordnungsprogrammes NÖ Zentralraum, der die Verwaltungsbezirke Krems, St. Pölten und Lilienfeld umfasst, wurde der Themenbereich Rohstoffgewinnung noch weiter bearbeitet. Dabei wurden zahlreiche Eignungszonen für die Gewinnung von Fest- und Lockergesteinen festgelegt. Es handelt sich dabei häufig um Erweiterungen bestehender Standorte, teilweise sind im Entwurf auch neue Abbaustandorte enthalten.

Unwetterereignisse sind in Niederösterreich im Jahr 2001 wenige aufgetreten und daher waren auch nur wenige Rutschungen und ähnliche Schadensfälle im Rahmen der Förderungsverwaltung (Katastrophenfonds) zu begutachten. Im Gegensatz dazu fielen mehrere Begutachtungen von Felsstürzen für die Straßenverwaltung und Gemeinden an. So kam es im Juli 2001 zu einem Felssturz an einer Gemeindestraße in Lichtenau, im Oktober zu einem Gesteinsabgang oberhalb der Landesstraße 216 im Gemeindegebiet von Leiben und im November zu einem Felssturz auf die Bundesstraße 33 bei Aggstein. Im Jänner 2001 waren noch 2 Begehungen nach dem Felssturz vom vorangegangenen Dezember auf die Bundesstraße 214 in Hohenberg erforderlich.

Im Schaubergwerk Seegrotte-Hinterbrühl kommt es durch einsickernde Oberflächenwässer zu einer ständigen Auslaugung von Gips und damit zu einer Verminderung der Standsicherheit des überlagernden Geländes. Nachdem diese Problematik erkannt wurde, wird unter Federführung der Montanbehörde und verschiedenen Landesdienststellen an der Beseitigung dieses Missstandes gearbeitet. Ziel ist, sämtliche Oberflächenwässer (Dachwässer, Straßenwässer etc.) zu erfassen, um dadurch eine Versickerung zu verhindern. Auf Grund von Anrainerbeschwerden wurde bei einem Kiesabbaubetrieb in der Forstheide bei Amstetten eine Messung von Sprengerschütterungen zur Kontrolle durchgeführt, ob die von der Behörde festgelegten Auflagen für Auflockerungssprengungen ausreichend sind oder neu festgelegt werden müssen. Wegen Anrainerbeschwerden wurde eine weitere Messung von Sprengerschütterungen im Themenpark Wöllersdorf/Steinabrückl durchgeführt. Diese grundsätzlich genehmigten Sprengungen dienen in dieser Vergnügungsanlage lediglich als Showeffekt.

Relativ großen Umfang nahm die Tätigkeit eines Mitarbeiters an der Detailplanung und Ausgestaltung des in Bau befindlichen NÖ Landesmuseums ein. Im abgelaufenen Jahr haben dafür zahlreiche Besprechungen (mindestens 2-mal pro Woche) stattgefunden. Dies umfasste die ar-

chitektonische Gestaltung (Architekt Hollein und Einrichtungsarchitekten) und bautechnische Umsetzung (NÖPLAN) sowie Besprechungen mit museumsinternen und externen Mitarbeitern. Für die Ausgestaltung des erdwissenschaftlichen Teiles wurden wieder zahlreiche Objekte ausgewählt und besorgt.

Ein Mitarbeiter des geologischen Dienstes ist weiterhin im Arbeitskreis Internet der Landesverwaltung (eine Sitzung monatlich) tätig.

Im Rahmen der Bund-Bundesländer-Kooperation für Rohstoff-, Energie- und Umweltforschung haben wie jedes Jahr zwei Koordinierungssitzungen im Frühjahr (14. März) und im Herbst (25. Oktober) stattgefunden, bei denen über den Stand der laufenden Projekte berichtet und neue Projektanträge besprochen wurden. 2001 konnten 14 Projekte abgeschlossen und 11 Projekte neu begonnen werden. Die abgeschlossenen Projekte sind 8 Naturraumpotentialprojekte, 4 Umweltprojekte, 1 landwirtschaftliches und 1 Innovationsprojekt. Die neuen Projekte teilen sich auf 4 Naturraumpotentialprojekte, 1 Umweltprojekt bzw. 1 erdwissenschaftliches Projekt, 4 landwirtschaftliche und 1 Energieprojekt auf.

Größeren Arbeitsumfang nahmen die Vorbereitung und Organisation der 24. Arbeitstagung der Bund-Bundesländer-Kooperation auf dem Gebiet der Rohstoff-, Energie- und Umweltforschung ein, zu der nach 8 Jahren wiederum das Land NÖ einzuladen hatte. Die Tagung stand unter dem Hauptthema einer Neuorientierung der Bund-Bundesländer-Kooperation und fand am 24. und 25. Oktober 2001 im Stift Melk statt. Unter den rund 70 Teilnehmern waren Vertreter der Ministerien Bildung, Wissenschaft und Kultur, Verkehr, Innovation und Technologie, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Vertreter fast aller Bundesländer sowie von Universitäten und Forschungsanstalten.

Zusätzlich wurden im Rahmen der Tagung die Ergebnisse des Projektes der Kooperation „Methodische Entwicklungen für die zerstörungsfreie 3D-Erfassung von Bodendenkmälern mit Georadarsystemen am Beispiel des Forums der römischen Zivilstadt von Carnuntum“ präsentiert.

Die Bohrlochdatenbank „Hades“ wurde 2001 fertig gestellt und ist demnach auch verfügbar.

Die Erfassung von Schuss- und Counterflush-Bohrungen für die Bohrdatei durch einen externen Erdwissenschaftler auf Werkvertragsbasis konnte im Jahre 2001 weitergeführt werden. Die Bohrdatei umfasst derzeit rund 19.100 Bohrprofile.

Die Datei Baugrunderkater wird ebenfalls laufend um die neu hinzugekommenen internen, aber auch externen Gutachten erweitert und beinhaltet mit Stand Ende Dezember 2001 5.086 Geo-Dokumente.

Für den Vollzug des MinroG werden vom Geologischen Dienst weiterhin alle genehmigten Flächen (Abbaufelder) für den Abbau mineralischer Rohstoffe, d. h. bergfreie, bundeseigene und grundeigene mineralische Rohstoffe, mit den erforderlichen Zusatzinformationen über Abbaufirma, Abbauart, Rohstoff, verantwortlicher Markscheider etc. in das NÖGIS eingegeben; diese stehen über das i-Map im Intranet allen Dienststellen zur Verfügung.

3 Probleme 2001

Im Zusammenhang mit dem Vollzug des Mineralrohstoffgesetzes durch die Landesbehörden kam es durch die erforderliche Überprüfung der Abbaubetriebe, d. h. auch aller jener, die ursprünglich der Gewerbeordnung unterlagen, mehrmals zu personellen Engpässen.

Ziele 2002

- Unter Einbindung der Geologischen Bundesanstalt erfolgt die Erneuerung der Datenbankstruktur des Baugrunderkennungskatasters zur Verwendung im Rahmen des NÖGIS.
- Der Fachbereichsleiter ist mit Ende 2001 in den Ruhestand getreten. Durch den generell hohen Zeitaufwand, den das Mineralrohstoffgesetz verursacht, erscheint der Erhalt des ursprünglichen Personalstandes unbedingt notwendig. Bei der Personalabteilung wurde deswegen bereits um diesbezügliche Nachbesetzung gebeten.
- Weiterführung des Arbeitskreises für den landesweit einheitlichen und raschen Vollzug des Mineralrohstoffgesetzes

Statistik 2001

Außendienste	
Ganze Tage	206
Halbe Tage	79
Insgesamt	285

Im Zuge dieser Außendienste wurden 132 geologische Erhebungen sowie 27 Begutachtungen für den Katastrophenfonds durchgeführt.

Eine geologische Amtssachverständigentätigkeit erfolgte in nachstehenden Behördenverfahren:

Mineralrohstoffbehörde (Neugenehmigungen)	27
Mineralrohstoffbehörde (Überprüfungen)	189
Montanbehörde	3
Forstbehörde	16
Naturschutzbehörde	2
Wasserrechtsbehörde	6
Verkehrsbehörde	1
Sanitätsbehörde	2
Baubehörde (Gemeinden)	7
Gewerbebehörde	1
Verhandlungen gesamt	254

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine deutliche Erhöhung der Außendiensttage und vor allem der Zahl der Verhandlungen um mehr als das 3-fache.

Tagungen, Sitzungen, Vorträge

- Österreichischer Bergbautag, Kitzbühel, 9.–10. Mai 2001 (Dr. P. Gottschling)
- Informationsveranstaltung der Montanbehörde, Hinterbrühl-Seegrotte, 31. Mai 2001 (Dr. P. Gottschling)
- Symposium für angewandte Informationstechnologie AGIT, Universität Salzburg, 4.–6. Juli 2001 (Ing. M. Pernerstorfer)
- 24. Arbeitstagung Bund-Bundesländer-Kooperation für Rohstoff-, Energie- und Umweltforschung, Melk, 24.–25. Oktober 2001 (Dr. P. Gottschling, Dr. H. Hinteregger, Dipl.-Ing. M. Bertagnoli)
- Besprechung Bund-Bundesländer-Kooperation, 6. November 2001, Leoben (Dr. P. Gottschling)

Ortsbildpflege

Schwerpunkte 2001

- **Vorgaben.** Maximale Serviceleistung für Bevölkerung, Gemeinden und Institutionen, bestehend aus
 - Information
 - Beratung
 - Hilfestellung
 Unbürokratische Abwicklung von Kontakten, Beratungen und Informationen.
- **Goldene Kellen.** Preisgekrönt aus den Einsendungen 2000 wurden:
 - Zubau Wohnhaus in Krumbach
 - Kapelle in Breitenreich
 - Sanierung Wohnhaus in Hohenruppersdorf
 - Arztpraxis in Tulbing
 - Bogenbrücke in Gaming
 - Niedrigenergiehaus in Gresten
 - Niedrigenergiehaus in Aspang
 - Hauptplatzgestaltung in Mailberg
 - Wohnhaus in Wolkersdorf

Die Verleihung der Goldenen Kellen erfolgte durch Landesrat Dipl.-Ing. Josef Plank an die Bauträger bzw. Bauherren. An die Gemeinden wurden Ehrenplaketten überreicht.

- **Messen.** Teilnahme an der Bau- und Energiemesse in Wieselburg.
- **NÖ Gestaltungsakademie.**
 - Insgesamt 34 Seminare über Baualternativen, Gestaltungsproblematik, Rechtsfragen, Radiästhesie, Grünraump lanung, Baubiologie und Sonnenenergie, Sanierung von Altbauten, Wintergärten und Holzbauten
 - Seminare zur NÖ Bauordnung 1996 mit dem Schwerpunkt Ortsbildgutachten
 - 1 Planerseminar
 - 1 Gemeindeforum
 - 4 Planerfrühstücke
 - 4 Bürgermeisterfrühstücke

● **Vorträge.** Vorträge zum Thema „Ortsbildpflege“.

● **Jurys.** Teilnahme an Jurysitzungen im Zuge von Gemeindegewinnwettbewerben.

● **Teilnahme an Gestaltungsbeiräten** (6-mal).

● **Bebauungspläne.** Amtsinternes Befassen mit der Neuregelung der Bestimmungen für Bebauungspläne im Rahmen der NÖ Bauordnung.

● **Zusammenarbeit mit der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten** bei Gemeindeberatungen für Platz- und Straßengestaltungsvorschläge.

● **Gutachtenerstellung.** Gutachten nur für BHs und Vorstellungsbehörden; 90 Stellungnahmen für Baubehörden I. und II. Instanz zu den gleichen rechtlichen Angelegenheiten zur Vermeidung aufwendiger Gutachten.

● **Mitarbeit**

- im Arbeitskreis „Straße und Ortsraum“;
- im Steuerungskomitee der Dorferneuerung und Stadterneuerung;
- im Arbeitskreis „Energie/Klimabündnis“ – „CO₂-Reduktion“;
- im Arbeitskreis „Spiellandschaft NÖ“;
- im Arbeitskreis „Naturnahe Gärten, Naturnaher Grünraum“;
- mit der Abteilung Güterwegbau, im Zuge der Aktion „Hohlwege“.
- Weiters Kontakte mit dem NÖ Familienreferat, dem NÖ Jugendanwalt und dem NÖ Jugendreferat zum Problem Spielplatzerrichtung;
- im Normungsinstitut für Spielplatznormen;
- im Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau (ÖISS).

● **Broschüren**

- Herausgabe von 4 Broschüren mit einer durchschnittlichen Auflage von 87.600 Stück der Serie „NÖ gestalten“
- Gartenbroschüre als kostenlose Information für Beratungswerber

● **Beratungen.** 1.703 Bauberatungen (für Private und Gemeinden), 117 Grünraumberatungen (für Gemeinden) sowie 63 Vorträge wurden durchgeführt.

● **Dokumentation.** Weitere Dokumentation mittels Farbdias, Videos und Digital.

● **Förderungen.** Grünflächenförderungen: 15 Gemeinden und 3 Vereine und Institutionen.

● **Lehrbeihilfe.** Ausgabe der Broschüre Bauen, Wohnen, Gestalten für Schüler der 5. Schulstufe, Auflage 2.

● **Mitarbeitertreffen.** Periodische Treffen mit den freien Mitarbeitern. Weiterbildungsseminar in der Donau-Universität Krems zu Fragen bei Niedrigenergiehausplanungen.

Probleme 2001

Im Wesentlichen keine Probleme durch den Einsatz freiberuflicher Mitarbeiter, welcher dem Land Niederösterreich beträchtliche finanzielle Mittel ersparte.

Ziele 2002

- Weiterführung der oben genannten Aktivitäten, die sich als „Serviceleistung“ sehr bewährt haben
- Weitere intensive Zusammenarbeit mit allen Abteilungen des Landes
- Beibehaltung und weiterer Ausbau des dichten Netzes von Seminaren und Kolloquien, Intensivierung der „NÖ Gestaltungsakademie“
- Weitere Zusammenarbeit mit dem Verein „Orte“ zur Förderung guter zeitgemäßer Architektur
- Ausbildung und vermehrter Einsatz von freiberuflichen Gutachtern, die den Bürgermeistern als Baubehörde I. Instanz zur Verfügung gestellt werden sollen
- Teilnahme an Veranstaltungen und Messen mit Beratungen und Informationsen
- Motivationskampagne, um Gemeinden auf die Vorteile von Gestaltungswettbewerben aufmerksam zu machen
- Schwerpunktinformationen zum Thema Siedlungserweiterung und -gestaltung

Sachverständigentätigkeit für Naturschutz**Schwerpunkte 2001**

Auch für das Jahr 2001 gilt, dass hinsichtlich des Aufgabenspektrums der Naturschutzsachverständigen gegenüber dem Vorjahr keine grundsätzliche Änderung eingetreten ist. Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, dass eine schwerpunktmäßige Verlagerung der naturschutzfachlichen Sachverständigentätigkeit zu ökologischen Themenstellungen bzw. Natura-2000-Problemen erfolgt ist. Maßgebend für diese Entwicklung ist vor allem das Inkrafttreten des neuen NÖ Naturschutzgesetzes 2000 bzw. die erforderliche Beachtung der einschlägigen EU-Richtlinien (FFH- und Vogelschutzrichtlinie).

Zur Naturschutzsachverständigentätigkeit im vergangenen Jahr sind folgende Aufgabenbereiche zu zählen:

- Naturschutzfachliche Begutachtungen zu Änderungen von regionalen und örtlichen Raumordnungsprogrammen sowie Bebauungsplänen der Gemeinden, soweit Landschaftsschutzgebiete und Natura-2000-Gebiete berührt werden
- Erstellung von Gutachten zu Naturdenkmalerklärungen
- Begutachtungen für wasserrechtliche, schiffahrtsrechtliche und eisenbahnrechtliche Angelegenheiten
- Naturschutzfachliche Beurteilungen von Projekten in bergrechtlichen Verfahren
- Begutachtungen nach dem NÖ Naturschutzgesetz sowohl in erstinstanzlichen als auch in Berufungsverfahren

- Artenschutzgutachten im Rahmen des Washingtoner Artenschutzübereinkommens
- Gutachtenerstellung nach dem NÖ Tierschutzgesetz
- Beurteilung von Leitungstrassen und Windkraftanlagen
- Mitarbeit in den einzelnen Arbeitskreisen des NÖ Landschaftsfonds
- Gutachtenerstellung für Umweltverträglichkeitsprüfungen
- Stellungnahmen im Rahmen internationaler Naturschutzabkommen
- Begutachtungen nach den EU-Richtlinien für Natura-2000-Gebiete (FFH- und Vogelschutzrichtlinie)
- Fachliche Betreuung der NÖ Naturparke und Mitarbeit an diversen Lehrpfadprojekten sowie Zusammenarbeit mit dem NÖ Dachverband für alle österreichischen Naturparke
- Bearbeitung von Subventionsansuchen und Förderungen im Wege der Naturschutzabteilung

Probleme 2001

Im Arbeitsjahr wurden, wie bereits erwähnt, vermehrt Gutachten zu UVP-Verfahren bzw. zur Natura-2000-Thematik erstellt. Da diese Begutachtungen gegenüber der bisherigen Gutachtertätigkeit einen weitaus größeren Arbeitsaufwand sowohl hinsichtlich der akten- und literaturmäßigen Bearbeitung wie auch hinsichtlich der Erkundungen vor Ort (Lokalausganschein) erforderten, wurden dabei mehrmals die personellen Grenzen des relativ kleinen Naturschutzsachverständigenteams der Abteilung Allgemeiner Baudienst aufgezeigt. Es konnten daher auch einige Agenden nicht übernommen werden. Weiters hat sich bei den bisher durchgeführten Verträglichkeitsprüfungen nach § 6 der Habitatsrichtlinie für Natura-2000-Gebiete sehr deutlich gezeigt, dass einerseits eine intensive fachliche Weiterbildung der Naturschutzsachverständigen vor allem in ornithologischer Hinsicht erforderlich ist und andererseits ein dringender Bedarf an einer eigenen internen ornithologischen Fachkraft besteht.

Ziele 2002

Auf Grund der bereits mehrmals angesprochenen Natura-2000-Problematik, die für eine Reihe von naturschutzrechtlichen Verfahren von großer Bedeutung ist, liegt ein wesentliches Ziel für das kommende Arbeitsjahr in einer verstärkten Koordination und Weiterbildung. Seitens der Naturschutzabteilung wurde in diesem Zusammenhang bereits ein Natura-2000-Seminar für April 2002 vorgesehen. Dieses Seminar soll in mehreren Veranstaltungen für sämtliche Naturschutzsachverständige verbindlich ausgeschrieben werden.

Eine wesentliche weitere Zielsetzung für den Bereich der Naturschutzsachverständigen innerhalb der Abteilung Allgemeiner Baudienst ist aber auch die personelle Aufstockung durch einen ausgebildeten Ornithologen.

Geschäftsstelle für Energiewirtschaft**Schwerpunkte 2001****NÖ Energiebericht**

Dem NÖ Landtag ist jährlich ein Bericht über die Lage der Energieversorgung in Niederösterreich seitens der NÖ Landesregierung vorzulegen. Auf Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses wurde der „NÖ Energiebericht 2000“ in der Sitzung des NÖ Landtages vom 4. Oktober 2001 zum Beschluss erhoben. Der „NÖ Energiebericht 2001“ ist in Ausarbeitung und wird dem NÖ Landtag vorgelegt werden.

Energiekonzept für das Land Niederösterreich

Das Energiekonzept des Landes Niederösterreich, das auf den aktuellen Erkenntnissen der bisherigen und künftig anzunehmenden Entwicklung des Landes aufbaut, soll den Weg dazu aufzeigen und den Regionen und Kommunen als Leitfaden dienen, um eigene Konzepte zur Senkung des Energieverbrauchs und der Schadstoffemissionen, insbesondere des CO₂-Ausstoßes, zu entwickeln. Bei der Umsetzung kommt der Nutzung erneuerbarer Energie, insbesondere der Biomasse, eine wesentliche Bedeutung zu.

Klimabündnis

Das Land Niederösterreich ist dem internationalen Klimabündnis beigetreten. Ziel ist unter anderem bis zum Jahr 2010 eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 50% gegenüber 1988 zu erreichen. Die Geschäftsstelle für Energiewirtschaft ist mit der Leitung des Arbeitskreises „Energie“ beauftragt, in dem Strategien für die Erreichung des Zieles beraten und erarbeitet werden. Schwerpunktmäßig wurde dabei der Diskussionsprozess für die Umsetzung des NÖ Energiekonzeptes fortgesetzt und ein so genannter „Energie-Werkzeugkasten“ erarbeitet. Weiters wirkte die Geschäftsstelle für Energiewirtschaft bei der Erarbeitung des NÖ Klimaschutzprogrammes sowie im Rahmen der Klimastrategie 2000–2010 des BMLFUW in den Arbeitsgruppen „Raumwärme“ und „Energieerzeugung“ des Kyoto-Forums mit. Ebenfalls wurde in den Arbeitsgruppen über die Neugestaltung der Wohnbauförderung mitgearbeitet.

Fernwärme

Mit Ende 2001 waren in Niederösterreich 160 Biomasse-Fernwärmeversorgungsanlagen mit einer Leistung von 170 MW in Betrieb. 20 Fernwärmeprojekte nahmen den Betrieb auf, und 12 Ansuchen um Förderung von Energieversorgungsstudien wurden gemäß Fernwärmeförderungsgesetz eingereicht. 53 Förderungsanträge wurden neu eingebracht, wobei der überwiegende Teil auf den landwirtschaftlichen Bereich entfällt. Dabei wurde beratend, koordinierend und unterstützend im Rahmen von Erhebungen, Wirtschaftlichkeitsabschätzungen und -prüfungen, Förderungs- und Kommissionsgesprächen, Informationsveranstaltungen und Zwischenkontrollen sowie bei der Beratung und Überprüfung der Fernwärmeabnehmer mitgearbeitet. Die zur Verfügung stehenden Fördermittel werden für die Anlagenbetreiber in Form von Darlehen bzw. als Direktzuschüsse und für die Erstellung von Studien vergeben.

Energie im Fremdenverkehr

Für die Abteilung Tourismus wurden im Rahmen der Förderungsaktion „Energiesparende Maßnahmen im Fremdenverkehr“ die Beratung der Förderungsgeber und die technische Begutachtung der Förderungsansuchen durchgeführt.

Energiebuchhaltung in Landesgebäuden

Die Energiebuchhaltung besteht aus monatlichen Aufzeichnungen des Energieverbrauches von ca. 220 Landesgebäuden und einer jährlichen Bestimmung der Abgasverluste der Heizkessel. Aus den monatlichen Verbrauchsaufzeichnungen der Liegenschaften wird der Jahresverbrauch errechnet und eine Energiebilanz erstellt. Ziel der Energiebuchhaltung ist es, neben der Stabilisierung des Energieverbrauches jederzeit kurzfristig Aufschluss über auftretende Mängel zu erhalten.

Überprüfungen nach der NÖ Bautechnikverordnung 1997

Von den 420 installierten Heizkesseln in den NÖ Landesgebäuden (alle von der Landesenergiebuchhaltung erfassten Liegenschaften) wurden 130 Feuerstätten von der Geschäftsstelle für Energiewirtschaft geprüft und bewertet.

Energiekostensenkung in gemeindeeigenen Gebäuden

Für die im Rahmen der NÖ Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – „Energie“ geschaffenen Sparte zur Förderung Energie sparer Investitionen

bei gemeindeeigenen, öffentlichen Zwecken dienenden Gebäuden konnten die vorgelegten Förderungsansuchen technisch positiv begutachtet werden.

Windenergie

In Niederösterreich besteht großes Interesse an der Errichtung von Windkraftanlagen. Aus diesem Grund wurde das „Forschungsprojekt zur Optimierung der Windkraftnutzung in NÖ Windparks im Praxistest“ in die Wege geleitet. Dieses Projekt erstreckt sich auf folgende 5 Windparkprojekte:

- Pottenbrunn,
- Deutsch-Wagram,
- Oberstrahlbach,
- Simonsfeld und
- Grafenschlag

mit insgesamt 15 Windkraftanlagen. Ziel ist die Evaluierung der wesentlichen Betriebsdaten der Windparks. Dabei werden die ökologischen und energiewirtschaftlichen Auswirkungen von Windparks in Niederösterreich wissenschaftlich untersucht, um Erfahrungen für die weitere Windkraftnutzung unter den speziellen niederösterreichischen meteorologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu gewinnen.

Energy Globe Austria

Der Energy Globe prämiert die weltbesten Projekte im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger. Im Vorfeld zu diesem Bewerb wurde durch die Geschäftsstelle für Energiewirtschaft der Österreich-Wettbewerb für das Land NÖ abgewickelt und organisiert. Die von einer Fachjury ermittelten 3 Projekte wurden durch Landesrat Dipl.-Ing. Plank prämiert und als vorbildlich ausgezeichnet.

Energieberatung

Ein wesentlicher Punkt zur Erreichung der energiepolitischen Ziele des Landes Niederösterreich ist der im „NÖ Landesenergiekonzept“ angeführte Bereich der Beratung und Information in Energiefragen. Das Land Niederösterreich hat eine Landes-Energieberatung eingerichtet und in jedes der NÖ Gebietsbauämter einen Techniker als Energiebeauftragten entsandt. Die Energieberater haben den Auftrag, den Landesbürgern, den Gemeinden, den Verbänden und Vereinen in Energiefragen beratend zur Verfügung zu stehen.

NÖ Gebietsbauamt I – Korneuburg,
Ing. Franz Wohlgemuth

2100 Korneuburg, Bankmannring 19
(0 22 62) 756 70-45150

NÖ Gebietsbauamt II – Wr. Neustadt,
Ing. Harald Barnert

2700 Wr. Neustadt, Grazer Straße 52
(0 26 22) 278 56-45250

NÖ Gebietsbauamt III – St. Pölten,
Ing. Anton Pasteriner

3100 St. Pölten, Klostersgasse 31
(0 27 42) 311 900-45350

NÖ Gebietsbauamt IV – Krems,
Ing. Otto Hanzlik

3500 Krems/D., Gaswerksgasse 9
(0 27 32) 824 58-45450

NÖ Gebietsbauamt V – Mödling,
Ing. Helmut Krenmayr

2340 Mödling, Bahnstraße 2
(0 22 36) 90 25-45550

Die Schwerpunkte der Energieberatungstätigkeit waren 2001 die Energienutzung aus erneuerbaren Energieträgern, die Schaffung regionaler, biomassetriebener Fernwärmeversorgungsanlagen, die gutachterliche Tätigkeit für die Sanierung bestehender Gebäude (Wärmedämmung) und deren energietechnischer Anlagen (Modifizierung der Heizungsregelanlagen, Verbesserung des Kesselwirkungsgrades und Jahresnutzungsgrades bei konventionell befeuerten Anlagen) sowie die Bearbeitung der „ÖKO-Eigenheimförderungsansuchen“. Die Energieberatungsstelle des Landes ist mit eigener Homepage unter der Adresse: <http://www.noel.gv.at/energie.htm> erfolgreich im Internet vertreten.

Probleme 2001

Das größte Problem ist nach wie vor, dass beim derzeitigen Stand von Mitarbeitern die anfallenden Aufgaben kaum mehr im nötigen Umfang zeitgerecht erledigt werden können, dies wurde 2001 durch die im Vorjahr stark angestiegenen Energiepreise zusätzlich verstärkt. Durch den engen Kreditrahmen beim Reisekostenbudget sind die Außendienste derart eingeschränkt, so dass die Beratungen, Kontrollen sowie die Weiterbildung nicht im vorgesehenen Ausmaß durchgeführt werden konnten.

Desgleichen können die vielfältigen Aufgaben im Rahmen der erforderlichen Umstellung des Umgangs mit Energie nach umweltgerechten, ökologischen Gesichtspunkten nur stark eingeschränkt wahrgenommen werden.

Ziele 2002

- Weiterführung der bisherigen Aktivitäten mit dem Schwerpunkt erneuerbare Energie
- Umsetzung des NÖ Energiekonzeptes („Energie-Werkzeugkasten“)
- Berechnung der Energiekennzahl und Energieausweis für Gebäude
- Ausbau des Querinformationsnetzes für den Energiebereich
- Verstärkte Kooperation mit anderen Energieberatungsorganisationen
- Aktualisierung der Informationsmaterialien
- Intensivierung der Kontakte zu Gemeinden

Statistik 2001

Energieberatungen

- 2.025 Kurzberatungen (mündlich)
- 620 Ausführliche Beratungen (Berechnungen)
- 46 Vorträge

Messen und Ausstellungen

Die Geschäftsstelle beteiligte sich 2001 mit einem Informationsstand an 4 Veranstaltungen (Fachmessen):

- Hausbau und Energiesparmesse vom 8. bis 11. März 2001, Wiener Neustadt
- WISA 2001 vom 19. bis 22. April 2001, St. Pölten
- BIOEM vom 14. bis 17. Juni 2001, Groß Schönbau
- NÖ Bau & Energie vom 21. bis 23. September 2001, Wieselburg

Publikationen

- NÖ Energiebericht 2000 – „Bericht über die Lage der Energieversorgung in Niederösterreich – 1999“
- Energie haushalten – Leitlinien für einen sparsamen Energieverbrauch
- Finanzielle Beteiligung und redaktionelle Mitarbeit bei der Broschüre: „Energiesparen durch richtiges Lüften“
- Leitlinie kommunale Energiekonzepte (Neuaufgabe)

NÖ Gebietsbauamt I – Korneuburg**Aufgaben und Schwerpunkte 2001**

Sachverständigentätigkeit für die technischen Fachbereiche Gewerbe, Bauwesen, Maschinenbau, allgemeiner Wasserbau, Naturschutz und Agrartechnik für die Verwaltungsbezirke Gänserndorf, Hollabrunn, Korneuburg und Mistelbach.

Besonderer Schwerpunkt im Jahr 2001 war die weitere Qualitätssicherung der Verfahren durch die Anlagenbehörden, verbunden mit der entsprechenden möglichst umfassenden Beratungstätigkeit der Antragsteller und Parteien. Die EDV-Ausstattung am GBA I konnte im Wesentlichen nahezu abgeschlossen werden. Auch konnte die Erreichbarkeit der Rufbereitschaft durch die Anschaffung von Handys wesentlich verbessert werden.

Darüber hinaus lagen die Aufgaben wie bisher im Folgenden: Schätzungen von Gebäuden und Grundstücken, Überprüfung von Kostenvoranschlägen für Ersatzvornahmen oder Bedarfszuweisungen und Erhebungen von Katastrophenschäden, Mitwirkung als Sachverständige und Berater im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden, Beratung von Gemeinden, Bürgern und Planern im Rah-

men der Ortsbildpflegeaktion „NÖ schön erhalten – schöner gestalten“, Beratung von Gemeinden und Bürgern über Energie sparende Maßnahmen, Überprüfung von Landesdienststellen nach dem Landesbedienstetenschutzgesetz, Ausbildung der Bediensteten des technischen Verwaltungsdienstes. Darüber hinaus wird auch die Beratungstätigkeit in allgemeinen verwaltungstechnischen Angelegenheiten für Bürger und Gemeinden jeweils entweder extern oder im Rahmen des allgemeinen Parteienverkehrs individuell durchgeführt.

Ein weiterer Schwerpunkt lag in der internen Effizienzprüfung der Gruppe Baudirektion, bei der eine Aufgaben- und Tätigkeitsaufstellung der Gebietsbauämter erarbeitet wurde und über die durch die NÖ Landesamtsdirektion entschieden wird.

Probleme 2001

Probleme ergaben sich 2001 am GBA I in erster Linie auf Grund der angespannten Personalsituation. Die immer wieder erforderlichen personellen Umschichtungen sind problematisch und können im Allgemeinen nur durch entsprechende Einschränkung der Tätigkeit für Dritte – also der Gemeinden – durchgeführt werden. Im Hinblick auf die in längerer Sicht nicht mehr zu erwartenden Neuaufnahmen ist eine befriedigende Lösung derzeit nicht absehbar. Verschärft wurde diese Situation noch durch die infolge einer Pensionierung notwendigen Nachbesetzung mit der damit verbundenen längeren Einschulungsphase.

Erhöhte Anforderungen und damit auch Probleme ergaben sich dadurch bei der ständigen Betreuung der Bezirkshauptmannschaften bei den diversen Verfahren. Zum Beispiel kann die gewünschte regelmäßige Teilnahme von Amtssachverständigen für Wasserbau an den zusätzlichen Bausprechtagen nicht mehr gesichert werden, da nur zwei Mitarbeiter für vier Bezirke dafür zu Verfügung stehen. Es ist daher auch ein damit verbundener Qualitätsverlust in der einschlägigen fachlichen Betreuung des Verfahrensexpress oder der Wasserrechtsbehörden allgemein zu erwarten. Um eine personelle Aufstockung wurde bereits vor längerer Zeit angesucht, jedoch darüber noch keine Entscheidung getroffen.

Ziele 2002

Das Hauptziel der Tätigkeit des Amtes ist nach wie vor die Amtssachverständigentätigkeit und Beratung von Landesdienststellen, Gemeinden und Landesbürgern in möglichst bürgerfreundlicher, effizienter und ökonomisch günstiger

Weise. Besonderes Augenmerk bei der Beratung von Bürgern und Gemeinden wird auf eine rasche und unbürokratische Form in allen vom Amt betreuten verwaltungstechnischen Angelegenheiten gelegt. Damit ist eine Verbesserung des Ansehens der Sachverständigen und des Landesdienstes im Allgemeinen gegeben.

- Vorrangiges Ziel ist die endgültige und zufrieden stellende Installierung des Verfahrensexpress mit ausreichender personeller Ausstattung.

- Festlegung der Tätigkeiten für die Bezirkshauptmannschaften, die sich durch das Projekt „BH neu“ ergeben.

- Endgültige Regelung der Sachverständigentätigkeit im Sinne der Wasserrechtsgesetznovelle.

- Neubewertung der Aufgabenstellung und Personalsituation durch die Effizienzprüfung und Zuteilung eines zusätzlichen Dienstpostens für einen wasserbautechnischen Amtssachverständigen.

Zusammenfassend kann aus heutiger Sicht gesagt werden, dass die Aufgaben und Schwerpunkte soweit im Hinblick auf die oben angeführte Personalsituation möglich wahrgenommen und die Probleme beziehungsweise Ziele infolge der guten und qualifizierten Mitarbeiter in befriedigender Weise gelöst und erreicht wurden.

NÖ Gebietsbauamt II – Wiener Neustadt**Schwerpunkte 2001**

Das Gebietsbauamt II in Wiener Neustadt umfasst den Gebietsbereich der Verwaltungsbezirke Baden, Wiener Neustadt und Neunkirchen. An Fachgebieten zu betreten sind: Gewerbeteknik, Wasserbautechnik, Bautechnik, Naturschutz, Grund- und Objektschätzung sowie die Energieberatung. Zur Bearbeitung dieser Fachbereiche sind Techniker der Fachrichtungen Architektur, Bauingenieurwesen, Raumordnung, Kulturtechnik, Geohydrologie, Biologie, Agrartechnik, Maschinenbau und Bauwesen eingesetzt.

Der Einsatz in den vor erwähnten Fachbereichen erfolgt als Dienstleistung durch Amtssachverständige als Gutachter für die Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung des Landes und als Fachberater für Antragsteller und Projektanten. Erweiterte Tätigkeiten ergeben sich aus der Mitwirkung an verschiedenen Aktionen des Landes Niederösterreich, wie z. B. „Niederösterreich gestalten“, „Schöneres Gasthaus“, sowie der Zurverfügungstellung von Amtssachverständigen „für Dritte“, insbesondere für Gemeinden im Rahmen der personellen Ausstattungsmöglichkeit. Die laufend stattfindenden Gesetzes- und Verord-

nungsnovellierungen einerseits und die technisch fortschreitenden Entwicklungen und Erkenntnisse erfordern von den Sachverständigen die entsprechende Zeit für deren Studium und Umsetzung in die Praxis. Hier bewährten sich die „Koordinierungsgespräche“ der einzelnen Fachbereiche.

Probleme 2001

Im Zuge der „schlanken Verwaltung“ musste im Laufe des Jahres eine Personalreduktion hingenommen werden, obwohl insbesondere das Kanzlei- und Schreibpersonal längerfristig an der Grenze der Belastung steht und nur durch weitgehend flexible Arbeitszeiten der Arbeitsanfall erledigt werden konnte.

Konkret wurde der Dienstposten einer Halbtagsreinigungskraft nicht nachbesetzt und eliminiert. Obwohl für diese Reinigungsarbeiten eine Reinigungsfirma beauftragt wurde, konnte keine wesentliche Einsparung erreicht werden. Fallweise anfallende Sonderarbeiten müssen finanziell extra vergütet werden. Nachteile ergeben sich daraus, dass die Arbeiten mit dem verbliebenen dienststelleneigenem Personal mit weniger Koordination und weniger Flexibilität stattfinden können.

Eine sich stärker auswirkende Maßnahme ist jedoch die Versetzung des Kraftwagenlenkers mit Anfang März 2002. Der dienststelleneigene Dienstkraftwagen war stets wirtschaftlich als Arbeitsmittel eingesetzt und nicht als Prestigeobjekt angesehen. Die Tätigkeit des Kraftwagenlenkers beschränkte sich löblicherweise nicht auf das Lenken des Fahrzeuges allein, vielmehr erledigte er eigenständig Materialeinkäufe, Eilpostzustellungen und auch Hilfsdienste für und mit dem technischen Personal (z. B. Vermessungshilfsdienste). Wie sich der Entfall dieser seiner Tätigkeiten und die damit einhergehende völlig unterschiedliche Organisation des Gebietsbauamtes auswirken wird, kann noch nicht abgeschätzt werden. Nach strenger Kostenrechnung für den Betrieb des Dienstkraftwagens einschließlich Personalkosten des Lenkers, die alle Umstände (z. B. Vergütung für Fahrten mit Privat-Pkw nach Kilometergeld, Ersatz der bisherigen Tätigkeiten des Kraftwagenlenkers) berücksichtigt, kann jedoch bewiesen werden, dass eine finanzielle Einsparung wegen der Größe der Dienststelle mit überwiegenden Außendienst-Agenden nicht gegeben sein wird.

Gewerbetechnik

Die Betreuung der Gewerbeangelegenheiten bei den Bezirkshauptmannschaften wird im Sinne des Bürgerservices durchgeführt. Schwerpunkte hierbei sind:

- Besetzung der Sprechtagung zur Beratung der Antragsteller insbesondere unter Berücksichtigung der Zielsetzung des „Verfahrensexpress“

- Vorprüfung der Einreichprojekte auf den Bezirkshauptmannschaften zur Verkürzung des Aktenlaufes

- Abwicklung der Bauverfahren in jenen Gemeinden, die gemäß der NÖ Bauübertragungsverordnung bei Betriebsanlagen die Bauagenden übertragen haben

Ohne die Hilfestellung der Gemeinden bei den Bauverfahren für die Betriebsanlagen wäre eine rasche, ökonomisch sinnvolle Erledigung der Akten beim gegebenen Personalstand nicht möglich. Insbesondere betrifft dies die Beurteilung, ob ein Projekt dem örtlichen Raumordnungsprogramm entspricht, ob die Bebauungsbestimmungen und die Anforderungen an das Ortsbild eingehalten sind, die Überprüfung der Richtigkeit der Grundgrenzen in der Darstellung im Lageplan sowie im unregelmäßigen Baulandbereich die Beurteilung der Anordnung der Gebäude auf einem Grundstück und die Sicherung des Lichteinfalles auf zulässige künftige Gebäude auf Nachbargrundstücken.

Durch die vermehrten Beratungen in der Projektierungs- und Einreichphase, eine koordinierte Vorgangsweise mit dem Arbeitsinspektorat Wr. Neustadt und bei Gaststätten mit dem Lebensmittelinspektorat Baden wird eine effektive, rasche und bürgerfreundliche Abwicklung der Genehmigungsverfahren erreicht.

Kulturtechnik und Wasserbau

Die Haupttätigkeit des Referates Wasser beim NÖ Gebietsbauamt II Wr. Neustadt bezieht sich auf Bewilligungs- und Überprüfungsverfahren der Wasserrechtsbehörden und nunmehr auch Gewerbebehörden. Es werden aber auch Verfahrensakte des Amtes der NÖ Landesregierung, Abteilung Wasserrecht und Abteilung Gewerbe, bearbeitet. Auf Grund der rechtlichen Rahmenbedingungen nimmt die Beanspruchung der wasserbautechnischen Amtssachverständigen in den Gewerbeverfahren immer mehr zu.

Dazu kommen in letzter Zeit auch Konsolidierungsverfahren gemäß § 22 Umweltmanagementgesetz, welche einen sehr großen Arbeitsaufwand bedeuten. Außerordentliche Schwerpunkte der Tätigkeit sind immer häufiger auftretende Unfälle in Verbindung mit Grundwasser- und Gewässerverunreinigungen.

Einen weiteren Schwerpunkt stellen die Altlasten im Bereich der Mitterndorfer Senke dar, von denen die Berger-Deponie und die Fischer-Deponie besonders hervorzuheben sind.

Die Rekultivierungsarbeiten konnten bei der Berger-Deponie im Jahre 2001 abgeschlossen werden. In technischer Hinsicht ist somit die Baustelle beendet,

wobei noch zahlreiche Abrechnungsprobleme durch die Behörde zu lösen sind.

Für die Fischer-Deponie ist eine eigene Projektgruppe bei der BH Wiener Neustadt eingerichtet worden, die nun die Ausschreibung der Räumung vornimmt. Diese Projektgruppe wird von den Amtssachverständigen des Gebietsbauamtes unterstützt.

Geohydrologie

Der geohydrologische Amtssachverständige vollzieht seine Tätigkeit in Form von Verhandlungen, Überprüfungen und Beratungen für die drei Bezirkshauptmannschaften des Gebietsbereiches, den Magistrat der Stadt Wiener Neustadt, die Behörden des Landes Niederösterreich, der Bergbehörde, diverse Gemeinden und auch fallweise für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Zusätzliche Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind die Arbeiten bei der Räumung der Berger- und nunmehr Fischer-Deponie. Als weiteres Großprojekt ist der Vienna Globe Resort Park anzuführen sowie die immer umfangreicher werdende Tätigkeit bei der Festlegung von Schutzgebieten bei Trinkwasserversorgungsanlagen (gestiegene Anforderungen an die Trinkwasserqualität). Ebenso erfordern die Untersuchungen (Standortfestlegung) und Betreuung von Tiefbohrungen zur gesicherten Trinkwassererschließung entsprechende Fachkenntnisse, Erfahrung und Arbeitsaufwand.

Naturschutz

Einen wesentlichen Arbeitsaufwand in naturschutzfachlichen Bereichen stellen die Maßnahmen im Zusammenhang mit Baulichkeiten außerhalb des Ortsbereiches, die Prüfung und Begutachtung von Sand- und Kiesgruben, Steinbrüchen, von Abfallbehandlungsanlagen sowie von Funkmasten für das Mobiltelefonnetz und die Einleitung von Verfahren betreffend konsensloser Ablagerungen im Grünland dar.

Durch die Fachbesetzung Biologie beim NÖ Gebietsbauamt II kann vor allem auf dem Fachgebiet Botanik wertvolle Naturschutzarbeit geleistet werden. Die Tätigkeiten umfassen dabei Unterschutzstellungen von Feuchtbiotopen, Trockenrasen und Magerwiesen sowie die fachliche Betreuung von bestehenden Naturdenkmälern und Naturschutzgebieten.

Die Sachverständigen nehmen auch häufig an wasserrechtlichen Verhandlungen teil, dabei erfolgt die Beurteilung der ökologischen Funktionsfähigkeit von Gewässern bei Regulierungsprojekten und Kraftwerksbauten, wobei zunehmend bereits im Projektstadium Kontakte mit den zuständigen Fachabteilungen (Abteilung Wasserbau und Schifffahrt,

Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung) erfolgen. Schwerpunkte der Naturschutzarbeit waren im Jahre 2001 die Gutachtererstellung in diversen Mega-Verfahren wie z. B. für den Semmeringbasistunnel, den Wienerwaldtunnel, den Ausbau der Westbahn zwischen Wien und St. Pölten und die B 301, weiters die Koordinierung der Pflegearbeiten im Naturschutzgebiet Eichkogel, gezielte Kontaktaufnahme mit Steinbruchbetreibern, um die Art der Rekulтивierung an den Stand der Technik anzupassen und damit eine Verbesserung für das Landschaftsbild zu erzielen, sowie die Koordination der Mobilfunkbetreiber zur Benutzung gemeinsamer Maststandorte.

In zunehmenden Maße werden die Sachverständigen in Verfahren im Zusammenhang mit Natura 2000 (Naturverträglichkeitsprüfung) einbezogen, wobei insbesondere im Steinfeld auf Grund der unklaren Gesetzeslage (Nichtausweisung des Steinfeldes als Natura-2000-Gebiet bis Dezember 2001, anhängige Beschwerdeverfahren bei der Europäischen Kommission diesbezüglich) zahlreiche Schwierigkeiten auftraten.

Agrartechnik

Ein agrartechnischer Sachverständiger deckt den Bereich der Gutachter- und Beratertätigkeit für die Hoheitsverwaltung des Landes Niederösterreich und der Gemeinden ausreichend ab. Bei Behördenverfahren werden unter anderem Beurteilungen gemäß dem Kulturländerschutzgesetz, dem NÖ Naturschutzgesetz und nach dem Gesetz über Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen durchgeführt. Darüber hinaus erstellt der landwirtschaftliche Sachverständige nach dem NÖ Raumordnungsgesetz Gutachten im Zusammenhang mit Bauvorhaben im Grünland.

Maschinenbau

Zwei Amtssachverständige für Maschinenbau des Gebietsbauamtes Wr. Neustadt betreuen die drei Bezirkshauptmannschaften Baden, Wr. Neustadt und Neunkirchen und führen gelegentlich Sachverständigentätigkeiten für Gemeinden (einschließlich des Magistrates Wiener Neustadt) durch.

Bei der gebotenen und angestrebten Raschheit des Verfahrensverlaufes bei Betriebsanlagengenehmigungen und der Durchführung eines zweiten Sprechtagess je Monat bei allen Bezirkshauptmannschaften werden auch die maschinenbau-technischen Sachverständigen mit den Aufgaben von Vorprüfungen und Beratungen für Konsenswerber und Projektanten bis zur Fertigstellung von verhandlungsreifen Projekten eingebunden.

Neben den Vorprüfungen von Einreichunterlagen werden bei den Verhandlungen Gutachten erstellt. Der Zeitaufwand für die maschinenbautechnischen Sachver-

ständigen sind durch die NÖ Bauübertragungsverordnung gestiegen, weil bei gewerblichen Verhandlungen auch Agenten der Baubehörde wahrgenommen werden müssen. Verfahren nach dem MinRoG (Mineralrohstoffgesetz) haben sich, weil es sich hier um „konzentrierte Verfahren“ handelt (das heißt mehrere Fachbereiche werden in einem Verfahren abgedeckt), ebenfalls als zeitintensiv erwiesen.

Ebenso werden Überprüfungen und Erhebungen durchgeführt. Zusätzlich wurde bei den Bausprechtagen der Bezirkshauptmannschaften teilgenommen und auch dort für die Parteien Beratungen und Vorprüfungen eingereicherter Projekte durchgeführt.

Nach dem NÖ Gassicherheitsgesetz werden Flüssiggasanlagen im Genehmigungsverfahren erledigt. Ebenso wird eine Sachverständigentätigkeit im Kraftfahrwesen (Lenkerprüfung) ausgeübt.

Die Quervernetzung und Koordinierung der maschinenbautechnischen Sachverständigen auf den einzelnen Gebietsbauämtern werden periodisch mit Erfolg durchgeführt. An den Koordinierungsgesprächen mit der Abteilung Maschinenbau und Elektrotechnik wird, sofern diese abgehalten werden, teilgenommen.

Objekt- und Grundstücksschätzungen

Bei den Liegenschaftsbewertungen, eine Agende der Wirtschaftsverwaltung, erfolgen Objekt- und Grundstücksbewertungen über Anforderung der zentralen Landesabteilungen sowie der Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden. Die Sachverständigen für Liegenschaftsbewertung des NÖ Gebietsbauamtes II sind berufen, auch bei den verschiedensten Aktionen des Amtes der NÖ Landesregierung Gutachten abzugeben. Dazu zählen z. B. „Baurechtsaktionen“, die zum Ankauf von Grundstücken für Jungfamilien dienen.

Die Angemessenheit des Preises von Liegenschaften bei Kauf- oder Verkaufstätigkeit, sowohl für das Amt der NÖ Landesregierung als auch bei Angemessenheitsprüfungen im Zustimmungsverfahren durch das Amt der NÖ Landesregierung für Kauf- oder Verkaufstätigkeit von Gemeinden, ist ebenfalls durch fachliche Bewertungen zu belegen.

Des Weiteren vorgenommen werden Wertfestsetzungen im Zuge von Einlöseverhandlungen für Umbau oder Neubau von Landes- und Bundesstraßen.

Liegenschaftsbewertungen für Abteilungen der Bezirkshauptmannschaften, insbesondere für Sozialabteilungen, sowie Überprüfungen von Kostenvorschlägen im Zuge von Zwangsvollstreckungen sind ebenfalls Tätigkeiten des NÖ Gebietsbauamtes II.

Auch im Rahmen von Katastrophenschadensbewertungen sind umfangrei-

che Erhebungsarbeiten an Ort und Stelle für die Erstellung der Gutachten und Schadenshebung erforderlich.

Energieberatung

Die Aufgaben des am Gebietsbauamt II tätigen Energieberaters bestehen weiterhin in einer verstärkten Beratung nach den Leitlinien der NÖ Energiepolitik mit dem Schwerpunkt der Nutzung heimischer Biomasse und alternativer Energiequellen. Dazu zählen Beratungen, Berechnungen und Informationen über Energie sparende Maßnahmen, Alternativenergie und Förderungsmöglichkeiten. Näheres siehe im Bericht der Geschäftsstelle für Energiewirtschaft.

Bauwesen – Tätigkeit für Dritte

Die Tätigkeit für Dritte ist, auf Grund der diversen Novellierungen in der Bauordnung 1996 und der damit verbundenen Vereinfachung im Genehmigungsverfahren der Baubehörde, in der Anzahl und im Ausmaß um ein Wesentliches reduziert worden. Begleitend zu dieser verminderten Erfordernis von Sachverständigen im Bauverfahren ist auch aus wirtschaftlichen Gründen die allgemeine Bautätigkeit eingeschränkt worden. Durch diese Umstände konnten die Einsparungen im öffentlichen Dienst durch die Nichtbesetzung von Abgängen in den Ruhestand kompensiert werden. Zusätzlich wurde die Tätigkeit für Dritte an die jeweils zuständigen Bezirkshauptmannschaften durch die Bauübertragungsverordnung abgetreten. Durch diese Abtretung sind jedoch einerseits Mehrbelastungen bei den Bezirkshauptmannschaften und andererseits Ungleichheiten bei den Verfahrenskosten entstanden. Bei den Bewilligungsverfahren der Baubehörde durch die Gemeinden werden z. B. für den ASV derzeit € 43,71 je angefangene halbe Stunde in Rechnung gestellt. Im Genehmigungsverfahren durch die Bezirkshauptmannschaften werden jedoch für die gleiche Leistung nur € 9,45 verrechnet. Dadurch entsteht der Eindruck, dass hier mit unterschiedlichem Maß gemessen wird, sei es jetzt kostenmäßig oder fachspezifisch. Ein altes Sprichwort im täglichen Leben besagt, eine Ware oder Leistung, die nichts oder wenig kostet, ist auch nichts wert. Dass hier jedoch auf allen Ebenen von allen Betroffenen eine gleich gute Leistung erbracht wird, ist unumstritten. Es muss daher im Sinne einer Kostenwahrheit in dieser Hinsicht eine Anpassung erfolgen, um eine offensichtliche Ungerechtigkeit zu vermeiden.

Ziele 2002

Die angestrebten Ziele für 2002 decken sich weitgehend mit der bisherigen Umsetzung der Ergebnisse des früheren Projektes Organisationsentwicklung technische Sachverständige. Die neu

übertragenen Kompetenzen an die Bezirkshauptmannschaft werden unmittelbare Auswirkungen auf die Amtssachverständigkeit zeigen und hat die Landesamtsdirektion und die Baudirektion zu einer neuerlichen Effizienz- und Effektivitätsüberprüfung der Sachverständigenorganisation veranlasst. Es ist zu erwarten, dass bei den Bezirkshauptmannschaften ein nicht unwesentlicher zeitlicher Mehraufwand an Sachverständigeneinsatz erfolgen wird müssen. Um dies möglichst mit den vorhandenen Ressourcen zu bewältigen, werden aus der Sicht des Gebietsbauamtes folgende Ziele angestrebt:

- Beschränkung der Tätigkeit des Sachverständigenpersonals auf dessen hochqualifizierte Ausübung der fachlichen Beratung und Begutachtung. Es ist z. B. völlig unrationell, einen wasserbautechnischen Sachverständigen mit EDV-Hobby-Kenntnissen eine vernetzte PC-Anlage als „IT-Beauftragter“ warten, betreiben, aktualisieren und die 27 (!) Benützer einweisen und unterstützen (durch laufend neue und aktualisierte Software) zu lassen. Die Erfüllung dieser zugeteilten Pflicht erfordert durch die nunmehr erfolgte elektronische Vollaustattung mittlerweile so viel Zeit, dass eine Unterbesetzung im wasserfachlichen Bereich festzustellen ist.

Das angestrebte Ziel ist daher schon lange, dass eine Person als „Profi“ den Gebietsbauämtern als IT-Betreuer zugewiesen wird.

- Noch immer ist die unbedingt erforderliche fachliche Weiterbildung, besonders für die technischen Fachkräfte, nicht befriedigend gelöst. Dies betrifft sowohl die finanzielle Dotierung der erforderlichen Mittel als auch den notwendigen zeitlichen Aufwand. Diesem Problem wird noch immer zu wenig reale Bedeutung zugemessen. Sonderurlaub und die Vermengung von Seminargebühren mit dem Reisekostenbudget sind keine der Bedeutung entsprechenden Lösungsansätze. Hier darf auf das vorgeschlagene „Bildungskonto“ für den Bedarf der einzelnen Person hingewiesen werden, welches die Organisation der Weiterbildung wesentlich einfacher und effizienter gestalten würde.

- Im Zusammenhang mit den oben erwähnten Problemen wird von der bereits mehrmals beantragten Halbtagschreibkraft nicht abzurücken sein, die einen Ganztagsdienstposten, der schon vor längerer Zeit aus dem Dienstpostenplan genommen wurde, zumindest teilweise ersetzen soll.

- Eine Einteilung der Aufgabenbereiche im Zusammenhang mit der vermehrten Betreuung der Landesdienststellen (Bezirkshauptmannschaften) und der Tätigkeit für Dritte (Gemeinden) unter Beachtung der vorhandenen Personalressourcen wird unbedingt erforderlich werden.

NÖ Gebietsbauamt III – St. Pölten

Aufgaben und Schwerpunkte 2001

Weiterhin gleichen Aufgaben und Schwerpunkte allgemein der umfangreichen Auflistung im „Jahrbuch der NÖ Landesverwaltung 1996/97 und 1997/98“. Wie immer erfreuen sich Energieberatung und Sprechstage, vor allem Bausprechstage an den Bezirkshauptmannschaften, regen Zuspruchs. Für schnellste Verfahrenserledigungen gelten die Bausprechstage bereits als unverzichtbares Bürgerservice. Bewährt haben sich die Beistellung maschinenbautechnischer Sachverständiger durch das GBA. Mit Außensprechtagen an 7 Bezirksverwaltungsbehörden – das GBA III betreut insgesamt 6 Bezirkshauptmannschaften und 2 Statutarstädte (Magistrate) – führt dies allerdings zu enormen Schwierigkeiten in der Terminkoordination. Die Teilnahme wasserbautechnischer Amtssachverständiger an der 1999 eingerichteten Rufbereitschaft entwickelte sich zu einer weiteren wichtigen Kernleistung.

Schwerpunkte im Speziellen

- **Fachbereich Bau und Gewerbe.** Starke Zunahme der Beratungstätigkeit in Bauangelegenheiten bei Bauverfahren und Gewerbeverfahren sowohl an den Außensprechtagen der Bezirksverwaltungsbehörden als auch im Rahmen der Gemeindebetreuung.

Überraschend häufige Inanspruchnahme der Landesaktion „Sicherer Spielplatz“ durch Gemeinden.

- **Fachbereich Wasser.** Die Änderungen der Wasserrechtsnovelle 1997 greifen jetzt spürbar durch, namentlich bei flussbaulichen Agenden. (Ausgenommen Grenzgewässer gegen das Ausland fielen mit dieser Novelle alle Flüsse in die Zuständigkeit der Bezirksverwaltungsbehörden und damit in die Sachverständigenbetreuung der Gebietsbauämter.) Speziell an der Donau – vormals Kompetenzbereich des Landeshauptmanns – waren (neben Steganlagen) zunehmend Schotterentnahmen größeren Umfangs wasserwirtschaftlich abzuklären. Ebenso ansteigend sind die Verfahren über Oberflächenentwässerung von Parkflächen und Dächern bei Industrieanlagen mit ihren Problemen der Wasserretention. Nach wie vor stark vertreten sind auch Kleinkläranlagen, und zwar mit teilweise steigender Tendenz. Auffallend war im Zusammenhang mit dem sogenannten Fleischskandal eine starke Zunahme von wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren über Fischteiche. Die bundesgesetzliche Rückstandskontrollverordnung führte jetzt auch zu Untersuchungen von Fischproben, wodurch viele wasser-

rechtlich konsenslose Fischteichanlagen geortet wurden. Die vermehrte Einleitung wasserrechtlicher Bewilligungsverfahren war die Folge.

Die neuen Bestimmungen der jüngsten Wasserrechtsnovelle vom August 2001 bezüglich der Erdwärmepumpen – Flachkollektoren gelten unter bestimmten Voraussetzungen jetzt als wasserrechtlich bewilligungsfrei – wirkten sich bisher kaum entlastend aus. Zum einen nehmen die weiterhin genehmigungspflichtigen Vertikalkollektoren (Tiefensonden) und die Wasser-Wasserwärmennutzungen stark zu, zum anderen möchten Bezirksverwaltungsbehörden durch einzelne Stellungnahmen abgeklärt wissen, ob Vorhaben von Flachkollektoren tatsächlich die gesetzlichen Vorgaben einer bewilligungsfreien Anlage erfüllen.

- **Fachbereich Naturschutz.** Viel Zeitaufwand beanspruchten die Vorhaben der Eisenbahnhochleistungsstrecken AG (kurz HLAG) an der Westbahn im Abschnitt „Wienerwaldtunnel“ (wo auch das GBA V involviert war) und im Abschnitt „St. Valentin–Enns“. Erschwerend kam hinzu, dass das Baulos „Wienerwaldtunnel“ Natura-2000-Gebiete berührte.

Das Mineralrohstoffgesetz (MinroG) bringt weiterhin viel Arbeit ein.

„Der koordinierende Sachverständige“, gemeinsam mit dem federführenden GBA V bearbeitet, vereinigte die sachverständigen Beweisthemen Hydrogeologie, Biologie und Landschaftsbild zu einem gemeinsamen Gutachten.

- **Fachbereich Landwirtschaft.** Grundlandteilungen im Rahmen des NÖ Kulturländerschutzgesetzes gliedern vermehrt ha. landwirtschaftliche Amtssachverständigen in das Behördenverfahren ein. (Bisher begnügte man sich oft mit Stellungnahmen der Landes-Landwirtschaftskammer.)

- **Fachbereich Schätzungen.** Termindruck prägte 2001 Schätzgutachten wie: Verlegung der Bundesstraße B 1 „Baulos Umfahrung Ennsdorf“ (im Zusammenhang mit dem begleitenden Ausbau der Westbahn, Projekt HLAG „Asten–Enns–St. Valentin“); vierspüriger Ausbau der Weyrer Bundesstraße B 121; Baulos Amstetten, „Weißes Kreuz – Leiner-Kreuzung“. Weiterhin sehr arbeitsintensiv ist das Aussiedelungsprogramm „Marchland-Süd“ in den Gemeinden Strengberg, Wallsee-Sindelsburg und Ardagger, ferner Schätzungen im Rahmen der Sozialhilfe für die Bezirkshauptmannschaften.

- **Fachbereich Maschinenbau.** Der ha. Mitarbeiter Ing. Franz Mandl engagierte sich sehr bei dem von der Landesamtsdirektion initiierten „Workshop zur Umsetzung des Umweltmanagementgesetzes (UMG) in Niederösterreich“.

- **Fachbereich Energieberatung.** Es wird auf den speziellen Jahresbericht der Geschäftsstelle für Energiewirtschaft verwiesen.

Probleme 2001

● Zwei verdiente Mitarbeiter, tätig in der Sparte Bau und Gewerbe sowie vor allem im Fachbereich Schätzungen, traten in der zweiten Jahreshälfte in den dauernden Ruhestand. Wohl konnten sie personell nachbesetzt werden, doch durchlaufen die neuen Mitarbeiter vorerst eine längere Ausbildungsphase, so dass sie erst in einiger Zeit als Amtssachverständige tätig sein können. Auch durch Umschichtungen und Rationalisierungen sowie zwischenzeitlich vermehrten Arbeitseinsatz bisheriger Amtssachverständiger ließ sich dieses Manko nur mit Mühe ausgleichen.

● Probleme bereitet nach wie vor die fachgerechte Betreuung unseres gesamten IT-Netzes. Sie beansprucht außergewöhnlich viel Zeit und lässt sich von den ha. IT-Koordinatoren nur durch erhöhtes, persönliches Engagement bewältigen, da diese mangels Zusatzpersonal nicht von ihren eigentlichen Verpflichtungen als Schreibkraft bzw. als Amtssachverständiger entbunden werden können.

Ziele 2002

Trotz gestiegener Anforderungen muss das Gebietsbauamt auch für die Zukunft fit sein. Schlanke und flexible Verwaltung soll mit hoch motivierten Mitarbeitern mit noch mehr Bemühungen um Bürgernähe abgesichert bleiben. Kommunikations- und Verhandlungstechnik sind weiterhin durch Teilnahme an entsprechenden Seminaren zu vertiefen. Dann verlaufen Verfahren noch transparenter und effizienter.

● Durch Intensivtraining sollen die beiden neuen Mitarbeiter so rasch als möglich als Amtssachverständige eingesetzt werden.

● Zusätzliche Anstrengungen werden erforderlich sein, um den Ausfall einer Amtssachverständigen für den Fachbereich Bau und Gewerbe auszugleichen, welche Mitte März einen Mutterschaftsurlaub antritt. Ihre vorübergehende Nachbesetzung erscheint bis auf weiteres trotz enormer Bemühungen nicht möglich.

NÖ Gebietsbauamt IV – Krems

Schwerpunkte 2001

Der Aufgabenbereich des Gebietsbauamtes Krems liegt in der Betreuung der Bezirkshauptmannschaften als Gewerbe-, Wasserrechts- und Naturschutzbehörden und der Gemeinden als Baubehörden mit den entsprechenden technischen Sachverständigen.

Hoheitsverwaltung

Diese Sparte beansprucht durch die Beistellung von Amtssachverständigen für fünf Bezirkshauptmannschaften etwa drei Viertel der gesamten Aktivitäten.

Neben Vorbegutachtung, Gutachtenerstellung und Verhandlungsteilnahme nahm die Beratungstätigkeit und die Überprüfung von Anlagen durch Sachverständige im kurzen Weg immer noch einen wesentlichen Teil der Tätigkeit ein. Der dadurch ausgelöste Aufwand für Personal und Reisekosten hat sich seit langem erstmals stabilisiert.

Gewerberecht

Der Arbeitsanfall hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 10% reduziert. Die Behandlung von Problemen im Umweltbereich stagnierte. Die Verhandlungskonzentration im Gewerbeverfahren wurde auch auf alle fünf Bezirke erweitert. Die durch den Verfahrensexpress vorgegebene Dauer vom Antrag bis zur Bewilligung innerhalb von drei Monaten bedeutet nach wie vor einen intensiven Beratungsaufwand für die Vorbereitung von Projekten. Statistisch gesehen werden mehr als 80% aller Verfahren in diesem vorgegebenen Zeitrahmen abgeschlossen.

Wasserrecht

Der Arbeitsanfall gegenüber 2000 ist etwa gleich geblieben. Dies betrifft die Anzahl der Überprüfungen, Verhandlungen, Vorbegutachtungen und Erhebungen sowie den nötigen Zeitaufwand. Die Anzahl der unerledigten Überprüfungsakten wurde deutlich reduziert.

Die Auslastung bei wasserrechtlichen Verfahren ist für jeden einzelnen Sachverständigen sehr hoch, so dass bei gleich bleibendem Arbeitsanfall ein zusätzlicher Sachverständiger für den Bezirk Horn erforderlich ist.

Naturschutz

Durch die Novelle des Naturschutzgesetzes ist die Beteiligung des Naturschutzsachverständigen des Gebietsbauamtes an den von den Bezirkshauptmannschaften geführten Verfahren etwas zurückgegangen. Auch die Mitwirkung der Forsttechniker an den Bezirkshauptmannschaften bei einzelnen Naturschutzbewilligungsverfahren brachte eine Entlastung für das Gebietsbauamt.

Der Zeit- und Reiseaufwand ist durch die weite Streuung der Einzelfälle hoch, besonders aber auch durch die zur Einhaltung der gesetzlichen Fristen kurzfristig erforderlichen Erhebungen.

Agrartechnik

Für diesen Fachbereich ist ein Sachverständiger zur Gänze und ein weiterer zeitbeschäftigt im Einsatz. Von den beiden werden Gutachten für Verfahren der Bezirkshauptmannschaften, weit überwiegend aber für die Baubehörden erstellt. Letztere dienen zur Feststellung der Übereinstimmung von Bauwerken mit der Flächenwidmung Grünland-Landwirtschaft und Gebieten für erhaltenswerte Ortsstrukturen gemäß § 16 Abs. 1 Z. 8 NÖROG 1976. Wegen der weiten räumlichen Streu-

ung der Fälle ergibt sich ein hoher Zeit- und Reiseaufwand. Der derzeitige Arbeitsanfall kann durch die beiden Amtssachverständigen abgedeckt werden.

Maschinenbautechnik

Die beiden Amtssachverständigen für Maschinentechnik beim GBA IV tragen durch die rasche Verfügbarkeit für die Gewerbebehörde im Zuge des Verfahrensexpress zur Beschleunigung der Verfahren bei. Bei den monatlichen Sprechtagen in allen fünf Bezirkshauptmannschaften sind neben dem bautechnischen Sachverständigen auch ein maschinentechnischer Amtssachverständiger und ein Vertreter des Arbeitsinspektorates anwesend. Dadurch ist eine rasche und umfassende Beratung von Antragstellern zu ihren gewerberechtlichen Vorhaben gewährleistet. Durch die laufende Weiterbildung der maschinentechnischen Sachverständigen sind diese auch in der Lage, bei modernsten Produktionstechnologien eine Beurteilung abzugeben.

Bauverhandlungen für Bundesgebäude

2001 ist der Anfall gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Durch Zusammenlegung mit anderen Amtstätigkeiten konnte der Zeit- und Kostenaufwand wirtschaftlich gehalten werden.

Wirtschaftsverwaltung

Es wurden Grundeinlöseverfahren und Beweissicherungen für die Straßenverwaltung, Schätzungen und Überprüfungen von Kostenvoranschlägen für verschiedene Stellen des Landes (z. B. Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Wohnungsförderung, Stiftungsverwaltung und Naturschutz) und Bezirkshauptmannschaften sowie Überwachung der öffentlichen Subventionen für Arbeiten an denkmalgeschützten Gebäuden durchgeführt.

Im Jahre 2001 sind seit langem wiederum keine Naturkatastrophen aufgetreten, so dass Begutachtungen von Schäden nicht erforderlich waren.

Diverses

● **Aktion „Niederösterreich schön erhalten – schöner gestalten“.** Wie schon in den vorhergehenden Jahren wurde diese Aktion von allen in den Bauverfahren der Gemeinden und im Naturschutz tätigen Amtssachverständigen besonders an Ort und Stelle wahrgenommen. Aber auch Skizzen als Planungsgrundlagen oder für erforderliche Änderungen wurden angefertigt.

● **Bürgerservice.** Monatliche Sprechtag der Bau-, Maschinenbau- und wassertechnischen Amtssachverständigen des Gebietsbauamtes bei den Bezirkshauptmannschaften, gemeinsam mit der Abteilung Maschinenbau und Elektrotechnik, dem Arbeitsinspektorat und fallweise der Abteilung Umwelttechnik sind

zu einer bewährten Einrichtung geworden, die von den Antragstellern gut angenommen wird. Im Auftrag der Landesamtsdirektion arbeiten einzelne Sachverständige des Gebietsbauamtes in diversen Projektgruppen zur Umsetzung der Bundesverwaltungsreform mit. Ziel dieser Reform ist die Schaffung einer sogenannten „Anlagenabteilung“ bei jeder Bezirkshauptmannschaft. Diese soll ermöglichen, mit einem Antrag alle erforderlichen Bewilligungen nach Gewerbe- und Wasserrecht usw. für eine Betriebsanlage zu erwirken.

Die effektivste Form des Bürgerservice findet hingegen vor Ort in den Gemeinden, besonders im Rahmen von Bauverhandlungen durch Vorprüfungen und Beratungen statt und wird dort sehr gut angenommen.

● **Energieberatung** (siehe getrennten Bericht). Von der Geschäftsstelle für Energiewirtschaft ist ein Energiebeauftragter beim Gebietsbauamt eingesetzt und sehr gut ausgelastet und in der begleitenden Beratung innovativer Projekte zur Anwendung alternativer Energien sehr erfolgreich.

● **Außenstelle der Landesgeschäftsstelle für Dorferneuerung**. Siehe getrennten Bericht der Landesgeschäftsstelle.

● **Außenstelle der Landesgeschäftsstelle für Stadterneuerung** (siehe getrennten Bericht der Geschäftsstelle). Es sind drei Mitarbeiter am Gebietsbauamt untergebracht.

● **Überprüfung von Landesdienststellen nach Landesbedienstetenschutzgesetz und -verordnung**. Bei den durch die Landesamtsdirektion durchgeführten Überprüfungen wird ein Sachverständiger des hiesigen Amtes beigezogen. Der Anfall war 2001 mäßig, aber zeitaufwendig.

Tätigkeit für Dritte

● **Bausachverständige**. Die Sachverständigentätigkeit wird von vielen Gemeinden und sehr stark in Anspruch genommen. Eine Ausweitung dieser Tätigkeit ist wegen der Personalbelastung nicht möglich. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden verläuft in überwiegendem Maß sehr positiv und störungsfrei. Im Rahmen dieser Gemeindetätigkeit werden die Interessen der Ortsbildgestaltung, des Naturschutzes und die Bauberatung von Einzelpersonen wahrgenommen. Trotz der deutlichen Erhöhung der Kommissionsgebühren sind im vergangenen Jahr alle Gemeinden, die das Gebietsbauamt bisher in Anspruch genommen haben, dabei geblieben, ihre Verfahren mit den Bausachverständigen des GBA Krems abzuwickeln.

● **Raumordnung**. Die Erstellung von raumordnungsfachlichen Gutachten bei erhaltenswerten Bauten, Gebieten für erhaltenswerte Ortsstrukturen, Lagerplätzen und Materialgewinnungen im Grünland bringen beträchtlichen Ar-

beitsaufwand. In diesen Sektor fällt auch ein Großteil der Arbeiten der Agrartechniker.

Probleme 2001

Personelle Veränderungen

Personell ergab sich eine deutliche Veränderung dadurch, dass der bisherige stellvertretende Leiter des Gebietsbauamtes IV in den dauernden Ruhestand getreten ist. Er hat sich durch sein hohes Engagement in Bezug auf die Generalsanierung des Stiftes Dürnstein, den Denkmalschutz in Niederösterreich allgemein und besonders für die Erlangung des Titels „Weltkulturerbe“ für die Wachau bleibende Verdienste erworben.

Diverses

Das gravierendste Ereignis war die Übersiedlung des Gebietsbauamtes Krems vom Dreifaltigkeitsplatz 4 in das neu angemietete Gebäude der ehemaligen EVN-Zentrale in der Gaswerk-gasse 9. Durch den Einsatz von Mitarbeitern war es möglich, die Phase der Übersiedlung möglichst kurz zu halten und den Dienstbetrieb ohne große Störungen weiterzuführen.

Durch die Festlegung von Fixterminen für die Bezirkshauptmannschaften konnte das Problem von Terminkollisionen etwas entschärft werden, jedoch sind außer-tourliche Termine nur sehr schwer unter-zubringen.

Durch die Umsiedlung musste ein komplett neues EDV-Netz an der Dienststelle installiert werden. Dies bedeutete für den IT-Beauftragten und seinen Stellvertreter einen sehr hohen Arbeitsaufwand. Diese Aufgabe ist von den beiden Mitarbeitern souverän gelöst worden.

Ziele 2002

Die hohe fachliche Qualifikation der Sachverständigen muss gewahrt bleiben. Dafür ist es von großer Wichtigkeit, den Mitarbeitern unter Freihaltung der hierfür nötigen Zeit die fachliche und technische Weiterbildung und fallweise Spezialisierung innerhalb ihres großen Fachgebietes zu ermöglichen. Damit einwandfreie Leistungen von den Sachverständigen auf Dauer erbracht und auch Bürger-nähe und -service sichergestellt werden können, sind die menschlichen Qualitäten der Mitarbeiter laufend zu fördern.

Die Leitung und die Mitarbeiter des Gebietsbauamtes sind durchaus bereit und bemüht, im Jahre 2002 die von den Politikern und der Gesetzgebung vorgegebenen Reformschritte im Hinblick auf die Verwaltungsreform in der Republik Österreich in einem Ausmaß mitzutragen, das die Relation zu Faktoren wie Sicherheit des Arbeitsplatzes, Stressbewältigung, Freude an der Arbeit u. dgl. nicht außer Acht lässt.

NÖ Gebietsbauamt V – Mödling

Schwerpunkte 2001

Die Schwerpunkte lagen entsprechend dem Aufgabengebiet in der Sachverständigentätigkeit für die Behörden, insbesondere die Bezirkshauptmannschaften Bruck/Leitha, Mödling und Wien-Umgebung. Dabei wurden vor allem die Fachgebiete Bauwesen, Maschinenbauwesen, Wasserbauwesen, Landwirtschaft und Naturschutz abgedeckt. Der Schwerpunkt bei den Verfahren lag im Bereich des GBA V naturgemäß bei den Betriebsanlagengenehmigungen, aber auch naturschutzbehördliche und wasserrechtliche Bewilligungen bildeten einen wichtigen Teil der Arbeit.

Ein Großteil der Arbeitszeit wurde auch von den intensiveren Beratungen der Bürger, der Konsenswerber und auch der Projektanten in Anspruch genommen. Auf Grund der Nachfrage wurden zusätzliche sogenannte Bausprechtag, z. B. in Schwechat, eingeführt.

Nach wie vor wichtig, doch schwierig zu bewältigen, war das Problem der Gemeindebetreuung im Bauverfahren. Die Personalknappheit – vor allem im bautechnischen Bereich – erforderte es, den Dienst so zu organisieren, dass nur geringe Auswirkungen für die Bürger und die betroffenen Gemeinden spürbar waren und dass die Tätigkeit für die Bezirkshauptmannschaften nicht beeinträchtigt wurde. Probleme bereiteten in diesem Zusammenhang besonders Urlaube, Krankenstände, da de facto keine Reserven vorhanden sind. In diesem Zusammenhang wird auf die geringe Krankenstandsdauer von unter 6 Tagen pro Mitarbeiter und Jahr, wobei Pflegeurlaube, Arztbesuche, Behandlungen und Amtswege in diesen Wert eingerechnet sind, hingewiesen. Dies bedeutet, dass die Mitarbeiter hoch motiviert sind und ihre Arbeit gerne machen.

Zu erwähnen ist auch, dass die landwirtschaftlichen Sachverständigen des GBA V auf Grund ihres hohen Fachwissens in ganz Niederösterreich auf dem Gebiet der Stalltechnik (insbesondere Beurteilung von Geruchseinwirkungen durch Tierhaltungen) eingesetzt wurden.

Die Liegenschaftsbewertungen sowie die Schätzungen, sowohl im Zusammenhang mit Sozialleistungen, Grundeinlösungen, Vollstreckungen, aber auch Katastrophenereignissen, stellen als Serviceleistung für Bürger und Behörden eine gefragte, unentbehrliche Tätigkeit dar.

Weitere Verfahren, für die Sachverständige beansprucht wurden, sind solche nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz, nach dem Gassicherheitsgesetz, nach dem Apothekengesetz und nach dem Bedienstetenschutzgesetz.

Die Beratung hinsichtlich barrierefreien Bauens („behindertengerechtes Bauen“) standen dem Bürger und Planer ebenso

zur Verfügung wie auch die Aktion „Sicherer Spielplatz“, welche für die Gemeinden als erste Anlaufstelle bei den Gebietsbauämtern eingerichtet wurde. Die EDV-Umstellung im Bereich der Kanzlei, insbesondere die Erfassung der Akten durch die EDV anstelle einer Handkartei, die elektronische Mitarbeiterverwaltung (Urlaube, Absenzen etc.) und die Umstellung der Buchhaltung haben sich bewährt. Dadurch kann mit dem vorhandenen Personal in diesem Bereich weiterhin das Auslangen gefunden werden.

Es wurde die Verstärkung des Wissens- und Informationsaustausches unter den Gebietsbauämtern, aber auch mit den anderen Amtssachverständigenabteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung durch den Ausbau von Quervernetzungen angestrebt, was vor allem im Hinblick auf die angestrebte Qualitätssicherung erforderlich ist.

Von der Landesamtsdirektion und der NÖ Baudirektion wurde unter diesen Gesichtspunkten auch eine entsprechende Effizienzuntersuchung durchgeführt, welche zwar zeitaufwendig, aber unbedingt erforderlich war, um Grunddaten für weitere Verbesserungen zu finden. Das Projekt wurde abgeschlossen, und die Ergebnisse werden allen Sachverständigen zugänglich gemacht. Die Umsetzung und die Nachfolgeprojekte wurden festgelegt und werden noch einige Zeit erfordern.

Probleme 2001

Nach wie vor ergaben sich Probleme im Zusammenhang mit der Verfahrensbeschleunigung insofern, als einerseits nach wie vor oft mangelhafte Einreichunterlagen vorgelegt werden, andererseits aber gewünscht wird, dass Verfahren möglichst rasch abgewickelt werden. Es ist zu wünschen, dass Innungen und Kammern auf ihre Mitglieder entsprechend einwirken, damit eine optimale Qualität der Einreichunterlagen erreicht wird, welche Verzögerungen vermeiden hilft, und dass die Behörden durch entsprechende Abweisungen bzw. Zurückweisungen mithelfen und nicht in falsch verstandenem Wettbewerb dieses Anliegen unterlaufen und so schlechte Projekte indirekt begünstigen.

Der so genannte Verfahrensexpress hat sich unter diesen Voraussetzungen bewährt. Es sind allerdings weitere Schritte notwendig.

Nicht verschwiegen werden soll, dass durch Verfahrenskonzentrationen die Amtssachverständigen weitaus mehr gefordert sind und so die personellen Engpässe besonders gravierend sind. Der Wunsch mancher Behörden nach einem universellen „gewerbe-technischen“ Sachverständigen ist verständlich, aber durch die technische Entwicklung und auch die Rechtssprechung überholt. Um dennoch nur wenige Ansprechpartner für Behörden und Bürger zu haben, wird ein „Koordinierender Sachverständiger“, der

die notwendige technisch-rechtliche Zusammenarbeit gemeinsam mit der Behörde sichert, in Erwägung gezogen. Dieser ist natürlich kein Universalsachverständiger oder Übersachverständiger, sondern eine Art technischer Dolmetsch für die Behörde und ein Helfer der Behörde im Vorfeld z. B. zur Festlegung, welche Amtssachverständige in einem bestimmten Verfahren notwendigerweise einzuladen sind. Damit könnte personal- und zeitökonomisch vorgegangen werden.

Nicht zu übersehen ist, dass durch die Bauübertragungsverordnung, welche an und für sich sehr sinnvoll ist, im Zuge der Gewerbeverfahren oft alte Versäumnisse der Baubehörden auftauchen, die viel Arbeit verursachen und viel Fingerspitzengefühl erfordern. Gilt es doch solche Probleme bürgerfreundlich, realistisch und gesetzeskonform zu lösen. Bei der Gemeindebetreuung, die entsprechend dem politischen Willen bestmögliche Bürgerbetreuung bedeuten soll, ergab sich durch die Personalknappheit am Gebietsbauamt V die Notwendigkeit, gewisse Betreuungstätigkeiten einzuschränken bzw. auf schwierige Fälle zu beschränken. Hier gilt es Lösungen für die Gemeinden zu finden, wie beispielsweise von den Gebietsbauämtern „akkreditierte“ private Sachverständige.

Wichtige Verfahren, wie die Naturschutzverfahren für den Wienerwaldtunnel und die B 301, zeigten auf, dass die Koordinierung von Gutachten für die Verfahren und die Behörde die Transparenz und Qualität stark verbessert und für den Bürger vieles verständlicher macht.

Der Umgang mit den vielen, neuen, oft ungewöhnlichen Werbeanlagen und mit den Mobilfunkanlagen erfordert subtile Gutachten und stellt große Anforderungen an die Qualität des Sachverständigen. Im sensiblen Betreuungsbereich des NÖ GBA V ist besonders zu berücksichtigen, dass Bürger immer wieder bereit sind, Initiativen zu ergreifen, die gegen viele Maßnahmen – ob bewilligungsfähig oder nicht – gerichtet sind. Dabei wird oft sehr schnell die Presse eingeschaltet, was wiederum oft zusätzliche Arbeit bewirkt, auch wenn die Gutachten fachlich einwandfrei erstellt sind. Eine noch nicht in ihrem vollen Umfang vorhersehbare Aufgabe stellen die Verfahren nach dem Mineralrohstoffgesetz dar, da bis dato noch nicht geklärt ist, in welchem Umfang die Sachverständigen der Gebietsbauämter gefordert werden.

Ziele 2002

Für 2002 erhoffen wir eine vollständige Ausstattung und auch Nachrüstung mit entsprechenden zeitgemäßen, technischen Zwecken entsprechenden und dienstnehmerfreundlichen EDV-Anlagen (z. B. mindestens 17-Zoll-Bildschirme, teilweise 19-Zoll-Bildschirme) und Software. Dabei sollten auch zukünftige Aufgaben wie das Lesen von Plänen, der

geplante Wasserdatenverbund und dergleichen beachtet werden. Auch muss bedacht werden, dass gerade im EDV-Bereich Anlagen rasch veralten und daher laufend erneuert werden müssen.

Eine Anpassung des Personalstandes an die Erfordernisse der Wasserrechtsgesetznovelle, der Gewerbeordnungsnovelle und an das Verwaltungsreformgesetz ist im Sinne der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung anzustreben, um, wie vorgesehen, den Bezirkshauptmannschaften bei allen technischen Aufgaben behilflich sein zu können.

Im Jahr 2002 werden die Bemühungen zum möglichst einheitlichen und gleichartigen Vollzug der Bestimmungen der NÖ Bauordnung, der NÖ Bautechnikverordnung und auch aller anderen sonstigen technischen Bestimmungen fortgesetzt werden. Dies soll durch interne Vergleiche und Kontrollen in einer Art Benchmarking geschehen.

Die Öffentlichkeitsarbeit insbesondere im Internet sollte, auch in Anbetracht des zehnjährigen Bestandes des NÖ Gebietsbauamtes V – Mödling, forciert werden, wobei zu bedenken ist, dass die Qualität der Amtssachverständigen ein wesentlicher Bestandteil dieser Öffentlichkeitsarbeit ist.

Ziel ist es, bewusst zu machen, dass der Amtssachverständige, im Gegensatz zum privaten Sachverständigen, Objektivität und eine möglichst gleichartige Beurteilung in ganz Niederösterreich sicherstellt. Seine Überparteilichkeit ist auch dadurch gegeben, dass ihn einerseits das Land NÖ weisungsfrei gestellt hat und er andererseits keine persönlichen Interessen mit dem jeweiligen Vorhaben verbindet. Er arbeitet der Behörde direkt zu und läuft nicht Gefahr, es sich mit einem präsumtiven Auftraggeber zu verderben. Die Projektanten müssen bei ihm keine „Betriebsspyonage“ befürchten, und er hat auf Grund des Gedankenaustausches nicht nur seine „eigenen Erfahrungen“, sondern die Erfahrungen einer Amtssachverständigen-Organisation zur Verfügung. Er ist für den Konsenswerber nie Konkurrenz, sondern immer nur Beurteiler – insbesondere „vorausschauender“ Beurteiler und nicht „nachträglicher“ Besserwisser.

Statistik 2001

Bauverfahren	1.775
Gewerbeverfahren	1.518
Wasserrechtsverfahren	675
Naturschutzverfahren	212
Sonst. Verfahren bei BHs (vorw. landwirtschaftl. Gutachten)	73
Sonstige Beratungen:	
„NÖ gestalten“	27
„Energie“	330
„BH-Bausprechtag“	48
Liegenschaftsbewertungen	60
Energie: Förderungsanträge,	
Abrechnungen, Emissionsmessungen etc.	57
Vorträge	6
Messedienst	4

Schwerpunkte 2001

Fachbereich Bautechnik

- Abfassung von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen sowie zu EU-Schriftstücken betreffend den bautechnischen Fachbereich
- Mitwirkung an der Novellierung von Baugesetzen
- Mitarbeit beim Österreichischen Institut für Bautechnik (OIB): im Vorstand, im Sachverständigenbeirat „Österreichische technische Zulassung“, „Europäische technische Zulassung“, „Baustoffliste ÖA“ und „Baustoffliste ÖE“, im Arbeitsausschuss „Harmonisierung der technischen Bauvorschriften“, im Gremium der Ermächtigten Stellen (Stellen für die Ausstellung von Übereinstimmungszeugnissen im Zusammenhang mit der Baustoffliste ÖA) sowie im Grundsatzausschuss für technische Fragen
- Vortragstätigkeit: Information von Dienststellen des Landes, der Gemeinden und von Interessenvertretungen im bautechnischen Bereich
- Gutachtertätigkeit in den Arten der Amtssachverständigentätigkeit für die Hoheitsverwaltung des Bundes und des Landes Niederösterreich sowie der Sachverständigentätigkeit für die Wirtschaftsverwaltung des Landes Niederösterreich; Erstellung von bau-, brandschutz- und sicherheitstechnischen Gutachten
- Ausarbeitung von Gutachten über den Verkehrswert von Grundstücken im Bauland bzw. baulich genutzten Liegenschaften
- Quervernetzung mit den NÖ Gebietsbauämtern (z. B. Querinformationsbereich „Technische Bauvorschriften“)
- Mitarbeit in diversen Ausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes (ON)
- Wahrnehmung der Interessen des Landes Niederösterreich in den Lenkungsgruppen der Landesstelle für Brandverhütung (BV) und der Österreichischen Gesellschaft für das Erdbebeningenieurwesen (OEG)
- Erlassung von österreichischen technischen Zulassungen (ÖTZ) für Bauprodukte
- Ausbildung von Technikern verschiedener Fachsparten im Rahmen der „Training-on-the-Job“-Ausbildung

Fachbereich Agrartechnik

- Bewertung landwirtschaftlich genutzter Liegenschaften im Zuge von Straßenbau- und Wasserbaumaßnahmen
- Mitwirkung in Wasserrechtsverfahren betreffend Wasserversorgungsanlagen

(Schutz- und Schongebiete) und landwirtschaftliche Beregnungsanlagen

- Mitwirkung an Koordinierungsgesprächen und Arbeitskreisen (z. B. für Schutz- und Schongebiete, Schutzgebietsauflagen/Schutzgebietsrahmenbedingungen, Vorschläge für eine mögliche Vorgangsweise mit der Pestizidproblematik in Schutzgebieten, Aufbringung von Gülle, Senkgrubenräumgut und Schlachtwässern, Kompostverordnung)
- Mitwirkung bei der Erstellung von Unterlagen für Grundwasserschutz-, Schon- und Sanierungsgebiete
- Abfassung von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, zu EU-Schriftstücken sowie zu allgemeinen Anfragen betreffend den landwirtschaftlichen Fachbereich
- Ausbildung von Technikern verschiedener Fachsparten im Rahmen der „Training-on-the-Job“-Ausbildung
- Querinformation und Quervernetzung mit den agrartechnischen ASV der NÖ Gebietsbauämter

Fachbereich Verkehrstechnik

- Erstellung von verkehrs-, straßenbau- und eisenbahntechnischen Gutachten
- Sachverständigentätigkeit im Lawinenwarndienst
- Teilnahme an den Bausprechtagen der Bezirkshauptmannschaften
- Mitarbeit bei der Überarbeitung der Eisenbahnkreuzungsverordnung
- Mitarbeit bei der Erstellung von Normen und Regelwerken im Rahmen des Österreichischen Normungsausschusses sowie der Österreichischen Forschungsgemeinschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen
- Mitarbeit bei richtungweisenden Publikationen (z. B. Richtlinien für Verkehrsberuhigung)
- Ausbildung von Technikern verschiedener Fachsparten im Rahmen der „Training-on-the-Job“-Ausbildung
- Prüfungstätigkeit im Rahmen der Dienstausbildung des Landes
- Mitarbeit bei der Aus- und Weiterbildung im Rahmen externer Veranstaltungen (z. B. Schulung von Bauleitern durch das Kuratorium für Verkehrssicherheit)
- Umstellung des Terminverwaltungsprogramms mit integrierter Reiserechnungserstellung auf Windows und Herstellung der Netzwerkfähigkeit
- Weiterführung der Datenbank für den Kraftfahrlinienverkehr und Einbindung in das grafische Informationssystem sowie Ausbau des Dateisystems auf die Eingabe von Koordinaten und digitalen Bildern

Probleme 2001

Fachbereich Bautechnik

Fremdsprachige Arbeitsunterlagen und kurzfristige Termine erschweren die fristgerechte Bearbeitung der umfangreichen EU-Papiere.

Fachbereich Agrartechnik

- Die Mitwirkung als Amtssachverständige zur Ermittlung des ortsüblichen Verkehrswertes im Sinne des Liegenschaftsbewertungsgesetzes in Grundeinlöseverfahren ist nach wie vor schwierig, weil private Verkehrs- und Einbautenträger die ortsüblichen Verkehrswerte überzahlen. Dadurch ist bei Grundeinlösungen für Straßenbaumaßnahmen (Bundes- und Landesstraßen) der Abschluss gütlicher Übereinkommen zeitaufwendiger bzw. nicht mehr möglich.
- Durch Umstrukturierungen insbesondere im Bereich der Finanzverwaltung wird die für Einlöseverfahren erforderliche Datenbeschaffung (Grundpreiserhebungen, Finanzbodenschätzung) erschwert.

Fachbereich Verkehrstechnik

- Begutachtungen erst nach Durchführung von Verkehrsmaßnahmen auf Grund von Anrainerbeschwerden infolge mangelnden Kontaktes mit Betroffenen
- Für einfache Bauvorhaben sind nach wie vor viele verschiedene Behörden und Stellen zuständig (z. B. Zufahrt Gewerbebetrieb an Bundesstraße im Freiland: Gemeinde Baubewilligung – Bezirkshauptmannschaft Gewerbebewilligung – Bezirkshauptmannschaft Bodenmarkierung StVO-Verordnung – Land Ausnahme Bauverbot – Straßenverwaltung Zufahrtbewilligung).
- Unvollständige, z. T. fehlende Unterlagen als Grundlage für Verfahren

Ziele 2002

Fachbereich Bautechnik

- Praktische Umsetzung der Verordnung des Österreichischen Instituts für Bautechnik (OIB) vom 23. Oktober 2001 über die Baustoffliste ÖA (Übereinstimmungszeugnisse)
- Mitarbeit beim Österreichischen Institut für Bautechnik (OIB): österreichische technische Zulassung, europäische technische Zulassung, Harmonisierung der technischen Bauvorschriften der

Länder und Regelung über die Verwendbarkeit von Bauprodukten

- Intensivierung der Quervernetzung mit den NÖ Gebietsbauämtern
- Mitarbeit in diversen Ausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes (ON)
- Vermittlung der technischen Kenntnisse (z. B. Bauordnung, Bautechnikverordnung) und der praktischen Erfahrungen an andere Dienststellen, Behörden und Interessenten durch Vortragstätigkeit bei Seminaren, Kursen und Techniker Ausbildung

Fachbereich Agrartechnik

- Einheitliche bzw. koordinierte Vorgehensweise bei Grundeinlösungen für sämtliche Straßenbaumaßnahmen im Hinblick auf die Übertragung der Bundesstraßen in die Kompetenz der Länder
- Aufrechterhaltung der Kontakte zu den Behörden und zu den betreffenden Fachabteilungen
- Teilnahme an Querinformationsgesprächen innerhalb der Gruppe Baudirektion sowie an gruppenüberschreitenden

fachspezifischen Besprechungen (z. B. betreffend Grundeinlösungen, Schutz- und Schongebiete, Klärschlamm, Abwasserbeseitigung, Naturschutz)

- Weiterbildung und Teilnahme an fachspezifischen Seminaren und Veranstaltungen

Fachbereich Verkehrstechnik

- Verstärkte Weiterbildung der Mitarbeiter zur Weiterführung der Gutachertätigkeit auf dem letzten Stand des Wissens
- Änderung der Eisenbahnkreuzungsverordnung

Statistik 2001

(ohne die umfangreiche Bearbeitung von EU-Schriftstücken)

Fachbereich	Außendiensttage	komm. Verhandlungen	Beweisaufnahmen*)	Gutachten
Bautechnik	417	448	139	418
Agrartechnik	245	372	157	131
Verkehrstechnik	1.215	3.055	319	617
Insgesamt	1.877	3.875	615	1.166

*) für komm. Verhandlungen und Gutachten

Die angegebenen Zahlen stellen lediglich die Anzahl der Tätigkeiten dar, jedoch nicht deren Umfang.

Abteilung Maschinenbau- und Elektrotechnik

Tätigkeitsbereiche

- Teilnahme als technische Amtssachverständige zu kommissionellen Verhandlungen der
 - Abteilungen der NÖ Landesregierung
 - Bezirkshauptmannschaften
 - Gemeinden und Magistrate
 - Berghauptmannschaft
 - Bundesministerien
 - Unabhängiger Verwaltungssenat
- Die Amtssachverständigen sind in folgenden Fachgebieten tätig:
 - Lagerung brennbarer Flüssigkeiten und Gase
 - Heizungsanlagen und Lüftungsanlagen
 - Dampfkesselanlagen
 - Marktüberwachung
 - Fernleitungen für Gas und Mineralöl
 - Energiewesen und Energiewirtschaft
 - Förderanlagen, Sessel- und Schlepplifte, Aufzüge und Materialseilbahnen
 - Beurteilung von Sicherheitsmanagementsystemen
 - Elektrotechnische Belange der Elektrifizierung, Leitungsanlagen und Tarifangelegenheiten
 - Röntgenanlagen und Neonanlagen
 - Sicherheitsbeleuchtungsanlagen
 - Veranstaltungsstätten
 - Blitzschutzangelegenheiten
 - Elektromagnetische Felder

- Tarifangelegenheiten für erneuerbare, alternative Energieformen
- Beurteilung der Blendwirkung von Beleuchtungsanlagen
- Elektrotechnische Sonderanlagen
- Beurteilung von Funkanlagen
- Mitarbeit und Koordination bei der Erstellung einschlägiger Regelwerke und Normen
 - Im Normungsinstitut
 - Ausarbeitung von Gesetzen
 - Ausarbeitung von ÖVE-Vorschriften
- Begutachtung von Anlagen nach dem industriellen Unfallrecht § 84a Gewerbeordnung
- Beurteilung von Projekten in elektrotechnischer Hinsicht
- Beistellung von Sachverständigen für den Unabhängigen Verwaltungssenat

Probleme 2001 und Ziele 2002

Im abgelaufenen Jahr wurde die Abteilung für Maschinenbau und Elektrotechnik für eine intensive Prüftätigkeit in Verfahren für die Genehmigung von Müllbehandlungsanlagen herangezogen. Für diese Tätigkeit war ein aufwendiges Literaturstudium neben der Prüfung der sehr umfangreichen Projektunterlagen

- Weiterführung der Mitarbeit bei der Regelsatzung, richtungweisenden Publikationen und Erstellung von einfach handhabbaren Arbeitsunterlagen einschließlich zugehöriger EDV-Programme
- Weiterführung der Mitarbeit bei Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern des Landes
- Intensivierung der bundesländerübergreifenden Koordination auf dem Gebiet der Sachverständigentätigkeit
- Mitarbeit bei der Vereinfachung und Konzentration der Verwaltungsverfahren
- Weiterer Ausbau der Querinformation und Quervernetzung mit Dienststellen der Bundesländer, zuständigen Bundesdienststellen und Gemeinden

und die Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen sowie mit externen Gutachtern erforderlich.
Durch die Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes ist für die Zukunft eine wesentliche Zunahme einschlägiger Begutachtungen zu erwarten.
Ein zusätzlicher Aufwand ergab sich durch den Umstand, dass durch die immer komplexer werdende Materie von den Behörden Vorbesprechungen durchgeführt und schriftliche Stellungnahmen angefordert werden.
2001 war durch die Einführung des neuen Kommunikationssystems Fabasoft ein erheblicher Zeitaufwand für die Beamtenschulung erforderlich.
Durch die Verwaltungsreform werden sich in der Tätigkeit der Sachverständigen keine Vereinfachungen ergeben, da sich lediglich die Zuständigkeit der Behörde ändert, in der Sache selbst aber keine Vereinfachung stattfindet und es für die Tätigkeit der Sachverständigen nicht von Belang ist, welche Behörde im Gegenstand ein Gutachten einholt.

Statistik 2001

Im Rahmen der Tätigkeit wurden folgende Leistungen erbracht:

Kommissionelle Verhandlungen und Erhebungen

Gemeinden und Magistrate:	
495 Verhandlungen	1.260 halbe Stunden
Bezirkshauptmannschaften:	
2.816 Verhandlungen	8.075 halbe Stunden
Abteilungen der NÖ Landesregierung:	
1.534 Verhandlungen	5.505 halbe Stunden
Prüfungen nach Abschnitt 8 Gewerbeordnung	
58 Verhandlungen	719 halbe Stunden
Andere Verwaltungsbehörden (Bundesministerien, Unabhängige Verwaltungssenate)	
57 Verhandlungen	252 halbe Stunden

Überwachung technischer Anlagen

	Eingehobene Beträge
Dampfkesselwesen	S 470.728,50
Aufzugsanlagen	S 579.336,—
Seillifftanlagen, Hebezeuge	S 47.030,—

Abteilung Umwelttechnik

Strahlenschutz

Schwerpunkte 2001

- Überprüfung von Projekten hinsichtlich der technischen Erfordernisse und der Strahlenschutzvorschriften
- Gutachten bei Genehmigungs- und Prüfungsverhandlungen bzw. im Zuge von Errichtungs- und Betriebsbewilligungen
- Sachverständigentätigkeit bei Gewerbe- und Bauverhandlungen für Anlagen zum Umgang mit radioaktiven Stoffen, Strahleneinrichtungen und Strahlenschutzräume
- Technische Begutachtung medizinischer Strahlenanlagen, z. B. für Gesundheitsabteilungen der Bezirkshauptmannschaften
- Mitwirkung in technischen Strahlenschutzangelegenheiten im Rahmen des Katastrophenschutzes

Ziele 2002

Überprüfung der Einhaltung der Strahlenschutzvorschriften, Katastrophenschutz (Strahlenalarm); Erarbeitung von Schutzbestimmungen.

Technische Luftfahrtangelegenheiten

- Erstellung von Gutachten und Stellungnahmen:
- über Außenlandungen und Außenabflüge,
 - für die Projektierung und Bewilligung von Zivillflugplätzen, deren Benützungsbedingungen und Bodeneinrichtungen,
 - über Modellflugzeuge schwerer als 20kg,

- über das Abwerfen von Gegenständen und Flüssigkeiten aus Luftfahrzeugen,
- für die Zulassung von Luftfahrzeug-Vermietungsunternehmen,
- für die Erlassung von Sicherheitszonenverordnungen,
- für die Bewilligung, Markierung und Entfernung von Luftfahrthindernissen,
- im Rahmen von Enteignungsverfahren,
- für Bewilligungen des Steigenlassens von Fesselballonen und Drachen,
- für die Genehmigung von Luftfahrtveranstaltungen.

Ziele 2002

Laufende Steigerung der Sicherheit der Luftfahrt.

Luftreinhaltung und Luftgüteüberwachung

Luftreinhaltung

Amtssachverständigentätigkeit und Abgabe von gutächtlichen Stellungnahmen zu Fragen der Verringerung und Ausbreitung von Luftverunreinigungen.

Schwerpunkte 2001

- Mitarbeit am Projekt „Verfahrensexpress“, das der Beschleunigung gewerbebehördlicher Betriebsanlagengenehmigungsverfahren dient
- Bausprechtag in den Bezirkshauptmannschaften
- Mitwirkung an den UVP-Verfahren „Müllverbrennungsanlage Zwentendorf-Dürrrohr“ und Trans Austria Gasleitung

LOOP II, Bürgerbeteiligungsverfahren „Müllverbrennung Glanzstoff Austria“ und „MBA St. Pölten“

Ziele 2002

Ziel ist es, die Atmosphäre von schädlichen und belastigenden Luftverunreinigungen frei zu halten.

Luftgüteüberwachung

- Vollziehung des Smogalarm- und Ozongesetzes, des Immissionsschutzgesetzes – Luft sowie einschlägiger EU-Richtlinien inkl. Immissionsalarmierung und Auslösung von Maßnahmenplänen
- Flächendeckende Überwachung der Luftgütesituation in Niederösterreich zur Dokumentation des Ist-Zustandes, der Immissionsentwicklung und der Auswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen
- Ausarbeitung von Beurteilungsgrundlagen für Planungen von immissionsbeeinflussenden Projekten (Straßenbau, MVAs, Industrie- und Energieerzeugungsanlagen usw.)
- Öffentlichkeitsarbeit und Berichtswesen

Schwerpunkte 2001

- Kontinuierliche Luftgüteüberwachung mit 36 stationären und 3 mobilen Messstellen des Landes Niederösterreich sowie 8 Messstellen der EVU's bzw. Industrie
- Erfassung der Immissionsbelastung durch den Kfz-Verkehr am Europaplatz in St. Pölten, im Stadtgebiet von Mödling und auf der B 17 in Wr. Neudorf im Zusammenhang mit einschlägigen EU-Richtlinien

- Vorbereitung von Messnetzadaptionen, die durch EU-Richtlinien notwendig werden
- Teilnahme am Großforschungsprojekt „AUPHEP“ (Epidemiologische Staubuntersuchung)
- Teilweiser Austausch veralteter Messwerterfassungsanlagen mit Schwerpunkt Ozon-Analysatoren zur Anpassung des Messnetzes an den erforderlichen technischen Standard
- Mitarbeit beim INTERREG-IIc-Projekt „An approach towards environmental conservation by transnational co-operation“
- Aufbau eines Telefoninformationssystems für Luftgüte und Routinebetreuung der Informationssysteme: Ozontelefon, Luftgütelefon, Infopoint, Berichtswesen usw. Einbindung der Messdaten ins Internet. Kontrolle der Emissionsdaten aus den Kraftwerken Dürnrohr, Korneuburg und Theiß
- Veröffentlichung des Jahres-Berichtes 1998–1999 auf CD-ROM sowie Vorbereitung der Jahresberichte 2000/2001
- Neuprüfung der Messnetzzentrale und Weiterführung der Umstellung auf eine modernere Version der Messnetzsoftware
- Durchführung der Qualitätssicherungsvorgaben nach Maßgabe der Möglichkeiten

Ziele 2002

Eines der wesentlichen Ziele des NÖ Luftgüteüberwachungsnetzes für das Jahr 2002 ist die ordnungsgemäße Überwachung der Luftqualität in Niederösterreich zur Erfüllung der legislativen und umweltpolitischen Vorgaben. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird angestrebt, die dafür notwendigen technischen und personellen Voraussetzungen in möglichst guter, aber auch rationeller Weise zu schaffen, wobei besonders neue EU-Richtlinien zu berücksichtigen sind. Um die für viele Bereiche interessanten Luftgütemessdaten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wird der Weg der möglichst aktuellen und anschaulichen Veröffentlichung der Schadstoff- und Wetterdaten mittels verschiedener Informationsschienen zielstrebig fortgesetzt. Ebenfalls sehr wichtige Ziele der NÖ Luftgüteüberwachung sind auch 2002 die Feststellung der Luftqualität und deren Entwicklung, die Dokumentation der Auswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen und die Impulsgebung für Umweltschutzaktivitäten bei sanierungsbedürftigen Luftgütesituationen.

Bädertechnik

Schwerpunkte 2001

- Überprüfung des Standes der Technik in den kommunalen Frei- und Hallenbädern wie auch in den gewerblich genutzten Anlagen im Hotelgewerbe und in Freizeiteinrichtungen

- Überprüfung der Einhaltung der Technik von Vollvakuumchlogasanlagen, wie sie in der Badewasserdesinfektion Verwendung finden
- Technische Beratung und Überprüfung der Frei- und Hallenbadsanierungen
- Überprüfung von gewerblich genutzten Bräunungsanlagen in Hotels, Fitnesszentren, Sonnenstudios und dgl. bei deren Installierung wie auch im laufenden Betrieb
- Beratung bei Neubau von Badeteichen und Überprüfung der bereits bestehenden Badeteichanlagen nach den EU-Richtlinien

Ziele 2002

Verstärkte Beratungstätigkeit bei der Sanierung bereits bestehender Badewasseraufbereitungsanlagen und Überprüfung des Sicherheitsstandards bei Chlogasanlagen im Badewasseraufbereitungsbetrieb.

Sicherheitstechnik im Gesundheitswesen

Schwerpunkte 2001

- Sachverständigentätigkeit im Bereich der Sicherheitstechnik im Gesundheitswesen, insbesondere bei baubehördlichen, sanitätsrechtlichen und Arbeitnehmerschutzverfahren sowie Krankenhauseinschaukommissionen, Teilnahme an Baubearatssitzungen und Arbeitsausschusssitzungen
- Beratung und Begutachtung bei der Planung bzw. Prüfung und Überwachung bei der Errichtung und beim Betrieb von technischen, medizintechnischen und elektromedizinischen Einrichtungen sowie elektrotechnischen, Lüftungstechnischen und medizingastechischen Anlagen und Geräten in Kranken-, Kur- und Heilanstalten und ähnlichen Anstalten
- Wahrnehmung der Aufgaben des Technischen Sicherheitsbeauftragten in a. ö. Krankenanstalten
- Messtechnische Geräte- und Anlagenprüfung und Ermittlung bei Unfällen. Sicherheitstechnische Prüfung der medizintechnischen Geräte und haustechnischen Anlagen in a. ö. Krankenanstalten, NÖ Landeskrankenanstalten, NÖ Landespflegeheimen und in Notarztwagen im Bundesland Niederösterreich
- Koordinierung und Information der Technischen Sicherheitsbeauftragten und der Krankenhaustechniker in sicherheitstechnischer Hinsicht

Ziele 2002

Gewährleistung der ordnungsgemäßen Funktion und des sicheren Betriebes von Geräten und Anlagen in Einrichtungen des Gesundheitswesens zum Schutze der Patienten und Arbeitnehmer.

Lärm- und Erschütterungsschutz

Schwerpunkte und Probleme 2001

- Befunde und Gutachten über die Höhe der in der Nachbarschaft von Betrieben und Anlagen zu erwartenden Lärmimmissionen
- Beratung bei der Planung von Gewerbe- und Industrieanlagen hinsichtlich Lärmthematik, Prüfung der Standortfrage und generelle fachliche Beratung und Aufklärung
- Durch die Tendenz, Straßen- und Schienenverkehrswege aus Lärmschutzgründen unterirdisch zu verlegen, kommt dem Erschütterungsschutz steigende Bedeutung zu. Mögliche Auswirkungen von Neuprojekten werden bereits im Vorfeld der Projektierung untersucht.

Ziele 2002

- Schutz der Nachbarn vor unzumutbaren Lärmbeeinträchtigungen
- Schutz der Betriebe vor unberechtigten Forderungen von Nachbarn

Abfallchemie und Abfalltechnik

- Amtssachverständigentätigkeit und Abgabe von gutachtlichen Stellungnahmen bei Abfallrechts-, Wasserrechts-, Umweltverträglichkeitsprüfungs- und Gewerbeverfahren
- Festlegung des Standes der Technik in der Abfallwirtschaft bei Genehmigungs- und Prüfungsverfahren
- Beurteilung der Abfalleigenschaften nach Herkunft, Gefährlichkeitskriterien und Zusammensetzung unter Berücksichtigung der Untersuchungsergebnisse
- Gefährdungsabschätzung von Abfallablagerungen und -zwischenlagerungen
- Bewertung und Festlegung der Maßnahmen von Verdachtsflächen und Altlasten
- Abfallkonsensdefinition und Festlegung von Beweissicherungsmaßnahmen bei Deponien
- Anordnungen von Kontrollmaßnahmen bei Deponien (Eingangskontrolle, Identitätskontrolle, Gesamtbeurteilung etc.)
- Überprüfung der Konsensmäßigkeit von Abfallablagerungen
- Beurteilung von betrieblichen Abfallzwischenlagern
- Festhalten des Standes der Technik bei betrieblichen Abfallbehandlungsanlagen und Recyclinganlagen
- Festlegung von Sofortmaßnahmen bei Grundwasserverunreinigungen und Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen

Ziele 2002

Anpassung des Standes der Technik bei bestehenden Abfallbehandlungsanlagen, Umsetzung abfallwirtschaftlicher Zielvorgaben.

Anti-Atomkoordinator

Das Aufgabengebiet des Anti-Atomkoordinators umfasst:

- Vertretung des Standpunktes des Landes Niederösterreich in seiner Anti-Atompolitik
- Verstärkter Erfahrungsaustausch mit den Nachbarländern über Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs insgesamt und insbesondere des Verbrauchs von elektrischer Energie sowie den Einsatz erneuerbarer Energieträger und die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung
- Zusammenarbeit mit dem Atomrechtsbeauftragten des Landes NÖ sowie mit Bundesstellen, anderen Bundesländern, nichtstaatlichen Organisationen und anderen Landesdienststellen

Schwerpunkte 2001

- Umweltverträglichkeitsprüfung AKW Temelín im Rahmen des Übereinkommens von Melk
- Teilnahme an der Tschechisch-Österreichischen Energiepartnerschaft
- Öffentlichkeitsarbeit
- Arbeitskreis Anti-Atom
- Koordinierungsgespräch über Anti-atomaktivitäten mit den Landtagsfraktionen und Antiatom-Organisationen

Ziele 2002

- Einbringen des NÖ Standpunktes bei der Umsetzung des Übereinkommens von Melk und der Vereinbarung von Brüssel im Zusammenhang mit dem AKW Temelín
- Aktivitäten im Rahmen der Bemühungen für das Abschalten der grenznahen Risikoreaktoren
- Langfristig das Erreichen eines atomfreien Mitteleuropas

Umweltschutz-Aktionen

Schwerpunkte 2001

- Interreg-IIc-Projekt: „Schritte und Strategien zur Verbesserung der Umwelt durch transnationale Kooperation und Netzwerkbildung“
- Schwerpunkt Klimabündnis in der Region Bruck/L. – Hainburg – Schwechat
- Interreg-IIIa-Projekt „Solarthermie NÖ – Tschechien“
- NÖ Sonderförderung für klimarelevante Projekte
- Projekte in der Tschechisch-Österreichischen Energiepartnerschaft
- Alternativenergieprojekt Emmausverein
- EUPRI-Verein Naturgartenprojekt
- Projekt „Saubere Alpen“
- Insgesamt wurden 57 Förderungsanfragen bzw. Auftragsvergaben bearbeitet und mit Förderungs- und Kreditmitteln von rd. € 550.000,- honoriert bzw. mitfinanziert.

Abteilung Vermessung

Aufgaben und Schwerpunkte 2001

Gemäß der Geschäftseinteilung der Landesverwaltung lässt sich der Aufgabenbereich der Abteilung Vermessung in die Gruppen Vermessung, Grundbuchangelegenheiten und Liegenschaftsevidenz sowie NÖGIS untergliedern.

Vermessung

Im eigenen Wirkungsbereich wurden von der Abteilung Vermessung folgende Vermessungen durchgeführt und die erforderlichen Pläne erstellt:

● Lagepläne

- Landeskrankenhaus Grimmenstein
- Wasserrechtsbehörde in Gmünd
- Landwirtschaftliche Fachschulen Edelhof, Gießhübl und Pyhra
- Landeskrankenhaus Tulln
- Museum Carnuntum
- im Rahmen der Denkmalpflege: Lagepläne der Pfarrkirchen für die Gemeinden Flatz, Thernberg und Petronell
- Naturdenkmal Moorwiese in Trattenbach
- Naturdenkmal Kalktuffquelle in Lunz am See
- Naturdenkmal Storchenwiese (Gmünd)

- Naturdenkmal Peterwald in Dunkelstein, Ternitz
- **Grenzrekonstruktionen** im Bereich
 - der Landwirtschaftlichen Fachschulen Edelhof, Pyhra und Gießhübl,
 - der Landesjugendheime Korneuburg und Pottenstein,
 - des Landeskrankenhauses Tulln,
 - der Baurechtsgründe in Teesdorf und
 - der Fischerdeponie Theresienfeld.
- 37,9 km Rekonstruktion von Straßen und Gerinnegrenzen
- Überprüfung von Anboten für vermessungstechnische Arbeiten
- Vermessung von Landes-, Bundesstraßen und des öffentlichen Wassergutes

	Kilometer	
	V	E
Neubestand		
Landeshaupt- und Landesstraßen	145,2	12,9
Bundesstraßen	28,1	0,6
Autobahnen	13,8	0,8
Wasserbau	17,3	8,2
Altbestand		
Landeshaupt- und Landesstraßen	1,7	22,7
Bundesstraßen	22,3	7,8
Autobahnen	15,6	–
Wasserbau	–	1,4

V = Grenzverhandlung durch die Vermessungsabteilung mit anschließender Vergabe der Vermessung und Planerstellung an Ingenieur-Konsulenten für Vermessungswesen
E = Eigenleistung der Vermessungsabteilung

Das ergibt eine Summe von 57,4 km Vermessung und Planerstellung als Eigenleistung der Abteilung Vermessung und 244 km Vergabe an Ingenieur-Konsulenten für Vermessungswesen. Dafür wurden Kreditmittel in der Höhe von 14,8 Mio. S für die Landesstraßen, 4,5 Mio. S für die Bundesstraßen, für das öffentliche Wassergut 1,7 Mio. S und im Rahmen der Asfinag für Autobahnen und Schnellstraßen S 398.000,- an Budgetmitteln aufgewendet. Für Gebühren, Planbescheinigungen, Ankauf von erforderlichen Mappenblättern und Plandrucke wurden S 746.000,- in Rechnung gestellt.

Erstellung und Nutzung der digitalen Katastralmappe (DKM)

Die Abteilung Vermessung unterstützt im Zuge der Umstellung der Katastralmappe auf digitale Datenträger die Bereitstellung der DKM sowohl für die Landesdienststellen in Form der kostenlosen Abrufbarkeit von einem Datenserver als auch für die Gemeinden durch verbilligte Abgabe der DKM samt Update-Regelung. Dieses Service reduziert die Kosten für die Gemeinden auf 30% des beim Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV) zu entrichtenden Betrages.

Für Regionen in Niederösterreich, in denen noch keine DKM besteht, laufen derzeit über Initiative der Vermessungsabteilung zwei Rahmenprojekte mit dem BEV, die eine beschleunigte Erstellung der DKM zum Ziel haben. Durch Zusammenarbeit und Kostenteilung aller interessierten Institutionen – BEV, Gemeinden, EVU, Land – wird das flächendeckende Vorliegen der DKM in den nächsten Jahren angestrebt. Die Beratung der Gemeinden sowie die Koordination der Projekte führt die Abteilung Vermessung durch.

Falls die DKM als Grundlage für ein digitales örtliches Raumordnungsprogramm verwendet wird, sind die DKM-Erstellungskosten auch förderungswürdig (siehe Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik).

Von den 3.038 Katastralgemeinden in NÖ sind derzeit 1.980 Katastralgemeinden in digitaler Form in der Abteilung Vermessung vorhanden. Im vergangenen Arbeitsjahr wurden die Daten von weiteren 164 Katastralgemeinden angekauft, so dass ca. 75% der NÖ Landesfläche in digitaler Form vorhanden ist.

- 90 Katastralgemeinden wurden an die Gemeinden weitergegeben und 205 Gemeinden erhielten DKM-Updates.
- 164 Katastralgemeinden wurden an die EVN verkauft.
- 190 Katastralgemeinden wurden an die Stadt Wien, MA 41 (Vermessung), verkauft.
- 1.172 Katastralgemeinden wurden an Auftragnehmer des Landes abgegeben.
- 281 Katastralgemeinden wurden an Abteilungen des Landes für den Amtsgebrauch weitergegeben.

127 Gemeinden haben Absichtserklärungen betreffend Mitwirkung an der DKM-Erstellung abgegeben. 82 Projekte der DKM-Erstellung sind vertraglich zwischen dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen und der Bundesingenieurkammer abgeschlossen worden. Für das DKM-Projekt Wien-Umland konnte die Vergabe von Luftbildauswertungen im Projektgebiet Schwechat, Teilen der Vermessungsbezirke Baden und Wr. Neustadt in die Wege geleitet werden

GPS-Messung

Durch den Einsatz von GPS-Messung konnten 2001 folgende Arbeiten erledigt werden:

- Einmessung von Teilen eines 380 ha großen Weidegebietes am Dürnstein in Zusammenarbeit mit der Agrarbezirksbehörde
- Anschlussmessungen an das Festpunktfeld des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen
- Kontrolle von Trockenbaggerungen für wasserrechtliche Behördenverfahren
- Nationalpark Thayatal
- Messungen im Bereich des Marchfeldkanals
- Messungen für den Naturschutz

Grundbuchsangelegenheiten und Liegenschaftsevidenz für landes- und bundeseigene Grundstücke

Die Daten der bei der Abteilung Vermessung aufliegenden Liegenschaften der Landes- und Bundesverwaltung werden elektronisch geführt. Diese Datei wurde gemeinsam mit den liegenschaftsverwaltenden Abteilungen erweitert, verbessert und evident gehalten.

● Als Eigentümervertretung im Rahmen des Vermessungsgesetzes wurden für die Umwandlung von Grundstücken in den Grenzkataster gemäß § 43 Abs. 6 VermG und Beurkundungen gemäß § 43 Abs. 5 VermG 1.029 Geschäftsfälle bearbeitet.

● In 137 Geschäftsfällen musste an Verhandlungen in der Natur teilgenommen werden und besonders im Bereich des öffentlichen Wassergutes die Grenzen in der Natur begangen und mit den betroffenen Anrainern in der Natur festgelegt werden.

● Bearbeitung von 1.988 Grundbuchsbeschlüssen in der abteilungseigenen Liegenschaftsevidenz

● Erstellen von 26 Grundbuchsanträgen für die Bundes- und Landesstraßenverwaltung im Zusammenhang mit Auflassungen oder Umliegungen von Straßenzügen

● Bearbeiten von 523 Ladungen zu Bauvorhaben gemäß § 19 NÖ Bauordnung betreffend Grenzen zum öffentlichen Wassergut

● Weiters war die Teilnahme an Gerichtsterminen in Grundbuchsachen und Tagsatzungen erforderlich.

EDV-Bereich

● Installation MS-Outlook auf allen PCs der Abteilung

● User-Verwaltung in der Novell-Netzwerkumgebung

● Koordination bei der Entwicklung des Einladungs-Programms GEAB-N durch Dipl.-Ing. Arden. Installation der Testversionen, Test des Programms, Einschulung der Mitarbeiter, Koordinierung der Fehlerbehebung und Verbesserung der Funktionalität.

● Installation des Programms ARS-Remedy

● Wartung der Datenbanken der Abteilung Vermessung in Zusammenarbeit mit der Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie

● Betreuung der Software rm-GDB in der Landesverwaltung (v. a. bei anderen Abteilungen), Installation von rd. 20 Lizenzen, Einschulung der betreffenden Mitarbeiter

● Periodische Update-Installation der rm-Data-Software vom Internet auf PCs

● Update-Installation des Programms Auto-Cad Map 2000i auf allen CAD-PCs der Abteilung

● Laufende Hilfestellung und Problemlösungen im IT-Bereich für die Mitarbei-

ter der Abteilung sowie teilweise abteilungsübergreifend bei Problemen, die den Betrieb der Grundstücksdatenbank, Vermessungssoftware oder CAD-Software betreffen.

● Verwaltung des gruppeneigenen Videobeamers

● Listen- und Formularerstellung für abteilungsinterne Zwecke (Unterstützung der Kanzlei)

● Unterstützung der Forschungsarbeit anderer Abteilungen durch CAD-Planerstellung, Auswertung und Ausdrucke

NÖ Geo-Informationssystem (NÖGIS)

Rückblick – Ziele für 2001

● Die Weiterentwicklung des IMAP (des geografischen Auskunftsdiensts im Intranet der NÖ Landesverwaltung) konnte nicht in der geplanten Form realisiert werden, da die zwei beauftragten Unternehmer die Zusammenarbeit mit NÖGIS aufkündigten.

● Bei der Pflege der Basisdaten, insbesondere der Aktualisierung des Straßengraphen auf Stand April 2000 und der 100%-igen Flächendeckung bei den Orthofotos war man hingegen erfolgreich.

● Die Aufbereitung einer ersten Gruppe von Natura-2000-Gebieten (alpine Gebiete) digital im GIS und analog als Karte bildete einen wesentlichen, in diesem Ausmaß nicht erwarteten Tätigkeitsschwerpunkt des Jahres 2001.

Verwaltung und Bereitstellung von Basisdaten

Folgende Datenbestände wurden nachgeführt:

● topografische Karte-Vektorformat 1 : 500.000 (Situation) (vom BEV)

● Orthofotos (schwarz/weiß, vom BEV): 100% Flächendeckung für NÖ

● Standorte der Handymasten

● NÖ Straßengraph (mit Stand 04/2000)

Folgende Daten kamen neu zu den NÖ-GIS-Basisdaten: Natura-2000-Gebiete – Detailabgrenzungen (FFH) für die alpinen Gebiete Ötscher-Dürrenstein, Wienerwald und Rax-Schneeberg sowie für das Steinfeld.

Das Thema der geocodierten, d. h. mit Koordinaten versehenen Gebäudeadressen für das Land NÖ wurde aufbereitet und erste Angebote wurden eingeholt.

Im Jahre 2001 wurden in 76 Fällen Daten an Auftragnehmer des Landes im Beschaffungswert von rd. 7,1 Mio. S (0,5 Mio. €) abgegeben. Weiters gab es 77 entgeltliche Abgaben von Karten und Daten.

RAPIS

Zum INTERREG-Projekt RAPIS (= Raum-Projekt-Informationssystem), welches in Kooperation der Länder Wien, NÖ und Burgenland durchgeführt

wurde, hat NÖGIS auf Basis der Eigenentwicklung „Geokatalog“, einem datenbankgestützten Nachweis der vorhandenen NÖGIS-Geodaten (= Metadatenkatalog), wertvolle Beiträge geliefert. NÖGIS hat nicht nur Daten, sondern auch wesentliche Beiträge zum Konzept und zur Struktur geleistet. Mit RAPIS steht ein Instrument für die vernetzte Abfrage von Daten und Projekten über das Gebiet der „Vienna Region“ zur Verfügung (<http://195.212.98.56/scripts/bd/bd5/noegis/geokatalog/suche.asp>).

GIS-Software

Derzeit sind folgende GIS-Softwareversionen bei NÖGIS registriert: 28x ArcView 3.2 (Desktop GIS), 9x ArcInfo 8.1, 1x TIN, 1x GRID (Rasterdatenanalyse), 1x ArcView Internet Mapserver 1.0a (IMAP), 1x ArcIMS 3 Internet Mapserver, 1x MapObjects Developer's Kit Ver. 2 und 300x MapObjects 2 Runtime-Lizenzen (GIS-Entwicklungsumgebung)

IKI – Internet-Katastrophen-Informationssystem

Ziel von IKI ist die länder- und staatsgrenzenüberschreitende Bereitstellung von Points Of Interests (POIs) für den Zivil- und Katastrophenschutz mittels Internet. So können u. a. die Standorte von Feuerwehren, BHs, Krankenhäusern und Einsatzzentralen mit ihren Attributen wie Ansprechpartner, Tel., Fax, e-mail abgefragt werden. IKI ist als Prototyp für ein sog. GIS-Portal für länderüberschreitenden Geodaten austausch zu sehen. Die österreichische Federführung liegt bei Tirol/TIRIS, von NÖGIS sind etwa 75% der POIs (von der Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz genannt) erfasst.

Details: <http://tiris.tirol.gv.at/iki/iki.cfm>

NÖGIS-Bearbeitungen (Auswahl)

- Abt. Vermessung, NÖGIS-Zentrale
- IMAP: Entwicklung der Version 2 mit verbesserter Verfügbarkeit und Performance
- DKM: Konvertierung der DXF-Daten in ein GIS-taugliches Format
- Homepage NÖGIS: Neukonzeption
- NÖGIS im Intranet: Konzept für die interne Präsentation von relevanten Informationen
- NÖ Landesausstellung 2001: Geodaten für bewegte Visualisierungen
- Unterstützung für folgende Dienststellen:

- Abteilung Naturschutz. Natura 2000 – Übernahme und Verwaltung der Daten, Kartenerstellung für die Regierungssitzung und das Begutachtungsverfahren
- Abteilung Wasserwirtschaft. Wasserdatenverbund (WDV) – Verknüpfung aller Daten im Themenbereich Wasser mit Einbeziehung der GIS-Technologie: Realisierung
- Abteilung Forstwirtschaft. Konzept zum GIS-Einsatz auf den Bezirksforstinspektionen (BFI-GIS)

Schulungen

Von der NÖGIS-Zentrale wurden an 21 Bezirkshauptmannschaften jeweils ca. 8 Personen in der IMAP-Bedienung geschult.

Präsentationen, Vorträge

Präsentation für LR Sobotka und LR Gabmann und die Gruppe Straße; CORP-Tagung Wien (Vortrag zum Metadatenkatalog).

Probleme 2001

- Die Qualität der im Rahmen von Bauverfahren Privater zur Beurteilung vorgelegten Lagepläne hat sich nicht verbessert und stellt nach wie vor ein Problem für die Eigentümerversammlung als Anrainer durch die Abt. Vermessung dar.
- Die Vergabe von Vermessungsleistungen an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen erfolgt weiterhin von mehreren Abteilungen der Landesverwaltung. Daraus ergeben sich die bereits in früheren Tätigkeitsberichten aufgezeigten Mängel auch im Berichtsjahr.
- Die Kooperation von Gemeinden bei der grundbücherlichen Durchführung von Straßenbaumaßnahmen und deren Grundbeanspruchungen ist teilweise mangelhaft und führt bedauerlicherweise zu Verzögerungen bei der Verbüchering der Teilungspläne.

NÖGIS

- Die Aufkündigung der Zusammenarbeit durch die zwei Hauptauftragnehmer hat das erreichte Niveau an Serviceleistung empfindlich beeinträchtigt.
- Die kurzfristigen und fallweise sehr umfangreichen Anforderungen im Zusammenhang mit Natura 2000 haben NÖGIS zeitweise an den Rand der Leistungsfähigkeit gebracht.

● Bedingt durch obige Umstände kam es auch zu Störungen beim IMAP-Betrieb.

● Die mögliche Privatisierung des Bundesvermessungsdienstes und eine noch nicht vorhandene österreichische Geodatenpolitik haben den effizienten Fluss von Geodaten zwischen Bund, Land und Gemeinden behindert.

Ziele 2002

Schwerpunkt der Tätigkeit der Vermessungsabteilung wird immer mehr die koordinierte Bereitstellung von digitalen Plangrundlagen für die gesamte Landesverwaltung.

Die Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für den Ankauf digitaler Orthofotos für die verschiedensten Aufgabengebiete der Landesverwaltung, auch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Gemeinden, wird abgeschlossen.

Im Bereich der DKM-Erstellung wird der erfolgreiche Abschluss der laufenden DKM-Projekte mit Ende 2002 eine wesentliche Verbesserung der vorhandenen digitalen Unterlagen bringen.

Die Einbringung von Vermessungsergebnissen in den GIS-Datenbestand wird verstärkt werden (z. B. Naturdenkmale...).

NÖGIS

- IMAP Version 2. Eine Umstellung auf die Software ArcIMS 3 soll die Verfügbarkeit und die Performance erhöhen. Weiters wird das inhaltliche und funktionelle Angebot erweitert.
- Pflege der Basisdaten und Metadaten. Die Migration der DKM-Daten auf den Geodatenserver samt Neuordnung der Zugriffsstruktur, eine Methode für die laufende Aktualisierung des Straßengraphen und eine Weiterentwicklung der Metadatenbank werden angestrebt.
- Nutzung der Web-Technologie. Im Internet soll die Homepage aufpoliert, Karten mittels Mapserver oder zum Download zur Verfügung gestellt werden und intern ist die Ausweitung des Informationsangebotes geplant.

Schwerpunkte 2001

- Im Rahmen des Effizienzprojektes Ausarbeitung und Erstellung eines Konzeptes für die Organisations- und Strukturänderung in der Gruppe Hochbau mit den Schwerpunkten Leistungsbereinigung, Personalentwicklung und Qualitätssicherung
- Ausgliederung der Abteilung Bundeshochbau
- Erarbeitung von Standards für Vergabeverfahren – Projekt Sta-V
- Schulung der Mitarbeiter für die Internet- und e-Mail-Anwendung
- Einführung des EDV-unterstützten Reisebüchrenantrages und Mitarbeiterverwaltung

Ziele 2002

- Umsetzung des standardisierten Vergabeverfahrens – Projekt Sta-V
- Definition und Erarbeitung von Qualitätsstandards im Zuge des Effizienzprojektes
- Einführung einer Leistungserfassung
- Schulung der Mitarbeiter in Bezug auf die Leistungsanpassung aus dem Effizienzprojekt
- Laufende Betreuung und Unterstützung der EDV-Anwender
- Teilnahme an Arbeits- und Fachauschüssen
- Wahrnehmung aller Koordinierungsaufgaben auf dem Personal-, Sach- und Fachsektor
- Baukoordination mit Prognose des Jahresbauvolumens

Statistik 2001

Die geschätzten Gesamtherstellungskosten der Bauvorhaben betragen rund 695,480 Mio. € (9,57 Mrd. S). Die Baurate der abgewickelten Vorhaben belief sich auf rund 198,397 Mio. € (2,73 Mrd. S).

3

Abteilung Landeshochbau

Schwerpunkte 2001

Organisation

- Umsetzung der vom Lenkungsausschuss freigegebenen Umstrukturierung
- Zusammenführung der Mitarbeiter durch Übersiedlung in eine Ebene

Aufgabenbereich

- Planung und organisatorische Durchführung von Neu-, Zu- und Umbauten der landeseigenen Objekte für Bezirkshauptmannschaften, Gesundheits-, Kultur- und Museumswesen, Pflege- und Jugendheime, Berufsschulen sowie der landwirtschaftlichen Bildungsangelegenheiten
- Umsetzung der Leistungsbereinigung im Kernaufgabenbereich
- Strukturberatung – Mitarbeit in Projektteams für regionale und landesweite Zielsetzungen, z. B. Donauklinik Tulln-Gugging
- Entscheidungsfindungen bei den Vergabeverfahren für die immateriellen Leistungen, gem. NÖ Landesvergabegesetz

- Bauprojektbearbeitung – Vertretung des Projektveranlassers bezüglich der hochbaulichen und haustechnischen Angelegenheiten
- Start von Pilotprojekten, wie z. B.: Landesberufsschule Pöchlarn, Landes-Pensionisten- und -Pflegeheim Zistersdorf
- Sachverständigentätigkeit und Förderwesen – Entsendung von Sachverständigen nach dem Krankenanstaltengesetz, Sozialhilfegesetz, Schul- und Kindergartengesetz. Beratungstätigkeit im Zusammenhang mit diesen Verfahren
- Kontrolle der widmungsgemäßen Verwendung von Fördermitteln im Schul- und Kindergartenbau

- Sonderaufgaben – Vortrags- und Prüfungstätigkeit, Sonder- und Sammelausschreibungen, Erhebung der NÖ Bauinvestitionen
- Stellung von Experten zur Beratung bei Gesetzesentwürfen bzw. -änderungen
- Entsendung von Mitgliedern für Prüfungskommissionen
- Bauprojektmanagement, Begutachtung und Überwachung von Planungen, Koordinierung von Planungsbeauftragten, geschäftliche und technische Oberleitung, Durchführung von Ausschreibungen und Auftragsvergaben, Bauaufsicht und Koordinierung der Fachabteilungen, Abnahme der Bauleistungen und Abrechnungsarbeiten

Statistik 2001

Bauvorhaben	Anzahl	Gesamtkosten		Baurate 2001	
		€	S	€	S
Landesbauten	151	474,359.425,30	6.527,328.000,-	81,809.408,-	1.125,722.000,-
Gemeindebauten	320	215,017.014,45	2.958,700.000,-	84,272.145,-	1.159,610.000,-
Museen	5	6,786.479,94	93,384.000,-	566.848,-	7,800.000,-
Gesamt	476	696,163.019,64	9.579,412.000,-	166,648.401,-	2.293,132.000,-

Schwerpunkte 2001

- Wahrnehmung der Aufgaben und Zielsetzungen der Wirtschaftsverwaltung auf dem Gebiet der Haustechnik
- Kontaktnahme und Zusammenarbeit mit öffentlichen Dienststellen sowie in Form der Amtshilfe mit dem Landeschulrat für Niederösterreich und dem Gewerblichen Berufsschulrat für Niederösterreich
- Zusammenarbeit mit Gemeinden, Gemeindevertreterverbänden, Leasinggesellschaften und Bauträgern
- Kontaktnahme mit sonstigen Rechtsträgern, wie Elektrizitäts- und Energieversorgungsunternehmen, der Energieverwertungsagentur, Vorschriften- und Normenausschüsse usw.
- Planung und bautechnische Betreuung von haustechnischen Anlagen in Neu-, Zu- und Umbauten, wie z. B. für Hochschulen und wissenschaftliche Anstalten, land- und forstwirtschaftliche Schulen, Amtsgebäude, Landeskrankenhäuser, gewerbliche Landesberufsschulen, landwirtschaftliche Fach- und Berufsschulen, Landesjugendheime, Landespensionistenheime, Landespflegerheime, Stiftungshäuser, Landesausstellungen und Museen, niederösterreichische a. ö. Krankenanstalten, Pflichtschulen, Kindergärten
- In Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle für Energiewirtschaft wurden Maßnahmen zur Einsparung von Energie gesetzt. Zur Verwendung alternativer bzw. erneuerbarer Energien wurde die Entwicklung derselben beobachtet, Untersuchungen in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht angestellt und gegebenenfalls der Einbau entsprechender Anlagen veranlasst. Die Beratung bei der Entscheidung für Nah- bzw. Fernwärme und beim Abschluss von Strom- und Wärmelieferverträgen wird sehr geschätzt.

● Die in Heizungsanlagen eingesetzte geregelte Strahlpumpe brachte gute technische und wirtschaftliche (Investition, Strom, Wartung) Ergebnisse, und es wird ihr Einsatz weitergeführt werden. Die Kraft-Wärme-Kupplungsanlagen (Blockheizkraftwerke) in diversen NÖ Krankenanstalten werden weiter beobachtet, und für das a. ö. Krankenhaus Zwettl wurde eine städtische Anlage in der Ausführungsphase beratend begleitet.

● Der Schwerpunkt lag weiterhin auf dem Ausbau der mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Haustechnik ausgestatteten, technisch komplizierten NÖ Krankenanstalten, den Neu- und Zubauten der Landespensionistenheime, Landesberufsschulen und Landwirtschaftlichen Fachschulen sowie weiteren Großbauvorhaben des Landes. Fast alle fördertechnischen Anlagen, viele Großküchen sowie medizinische Großgeräte der Krankenhäuser wurden neben einzelner Bauvorhaben besonders des Landes Niederösterreich durch Mitarbeiter der Abteilung selbst projektiert, ausgeschrieben und bis zur Übergabe betreut.

● Großen Arbeitsaufwand erforderten die Entscheidungsfindungen bei den Vergabeverfahren für die immateriellen Leistungen, die gem. dem NÖ Landesvergabegesetz bzw. der ÖNORM A 2050 ausgeschrieben wurden. Auch

die Erstellung der Gewerkeausschreibungen und der Vergabevorschläge wird immer komplexer und bedarf laufender Anpassungen und großer Eigeninitiativen.

● Übergabe aller Bundesbauten an die IMB (Immobilien-gesellschaft des Bundes), wobei viele Bauvorhaben, die sich Anfang 2001 vor Fertigstellung bzw. Abrechnung befanden, haben noch zu Ende geführt wurden.

Ziele 2002

● Moderne und betreiberfreundliche Anlagen wirtschaftlich und dem Budgetrahmen entsprechend errichten, wobei die rasche Entwicklung der Technik besonders im Haustechnikbereich und die laufenden praktischen Erfahrungen in die Planung und Ausführung der haustechnischen Anlagen einfließen.

● Beobachtung des Energiemarktes, um Bauentscheidungen in diesem Bereich treffen und Energie-Lieferverträge richtig vergleichen und beurteilen zu können.

● Verringerung von Schadstoffen in den Emissionen der Heizungsanlagen durch Wahl des Energieträgers und Beobachtung der Entwicklung am Sektor Alternativenenergie und Umweltschutz unter Ausnützung neuester Technologien.

Statistik 2001

Bauvorhaben	Anzahl	Gesamtkosten	Baurate 2001	
			Mio. €	Mio. S
Landesbauten	77	*)	31.237.545,69	429.838.000,-
Gemeindebauten	7	*)	742.716,36	10.220.000,-
Museen und Ausstellungen	4	*)	130.302,39	1.793.000,-
Gesamt	88		32.110.564,44	441.851.000,-

*) Summe in Gesamtkosten der Statistik der Abteilung Landeshochbau enthalten

Der NÖ Straßendienst als größtes Dienstleistungsunternehmen unseres Landes ist für den Ausbau und die Erhaltung der rd. 14.000 km Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen sowie der zugehörigen 4.920 Brücken verantwortlich. Die Gewährleistung größtmöglicher Verkehrssicherheit ist eine der wichtigsten Dienstleistungen unseres Landes. Rund 3.800 Mitarbeiter stehen in den 72 Straßen- und Brückenmeistereien, den 8 Bauabteilungen sowie in den 8 zentralen Abteilungen im Einsatz.

Schwerpunkte 2001

Winterdienst

www.sicher-im-winter.at

Der Winter 2000/2001 war in Bezug auf Kosten, Schneefallmengen, Winterdienstesatztage im statistischen Schnitt gesehen mild. Gesamtkosten von 26,16 Mio. € (360 Mio. S) waren erforderlich, um eine größtmögliche Verkehrssicherheit auf unseren Straßen zu gewährleisten.

Der Winter, verbunden mit seinen komplexen Naturscheinungen, stellt den NÖ Straßendienst alljährlich vor große Herausforderungen. Die Natur ist eben nicht programmierbar, doch durch die Unterstützung mit vielseitigen Wetterinformationen, Messungen und statistischen Auswertungen können die Probleme auf ein Minimum reduziert werden. Als Service für die Öffentlichkeit hat der NÖ Straßendienst gemeinsam mit dem ÖAMTC eine Information via internet unter der web-Adresse <http://www.sicher-im-winter.at> erstellt. Winterdienstvorbereitungen, Information über Salz und Splittstreuung werden ebenso geboten wie Tips über winterfeste Autos, Winterreifen usw.

Der gesamte Winterdienst erfordert ein hohes Maß an Sach- (Material, Maschinen und Geräte) und Personalaufwand. An Tagen, an denen rund um die Uhr geräumt und gestreut werden muss, sind bis zu 1.500 Mitarbeiter im Einsatz. Vom 14.000 km langen Straßennetz wurden rd. 4.100 km mit Salz (42.000 t) und rd. 9.100 km mit Splitt (173.000 t) bestreut. Auf ca. 800 km des Landesstraßennetzes besteht eine Wintersperre.

Vier neue Planungsregionen

Angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterung wurde auch das höchstrangige Straßennetz neu konzipiert, um rechtzeitig die nötigen Weichenstellungen für die wirtschaftlichen und touristischen Beziehungen zu unseren neuen EU-Nachbarländern zu schaffen. Viele neue Großprojekte sind daher mit Zeitplan 2010 zu planen und umzusetzen.

Die Gruppe Straße hat in einer Strukturreform die notwendigen Weichenstellungen geschaffen. Die neue Abteilung Großprojekte wird künftig als Stabstelle für die Planung und Bauausführung von Großbauvorhaben wie etwa den Bau der A 5 Nord-Autobahn, die Nord-Ost-Umfahrung von Wien oder die Spange Kittsee verantwortlich sein. Zielsetzung war es, ein Kompetenzzentrum zu schaffen, das eine möglichst rasche Umsetzung von Großprojekten sicherstellt. Diese Neustrukturierung bringt einen wesentlichen Modernisierungsschub und gleichzeitig auch die Möglichkeit, die als starr geltende Verwaltung schlanker, schlagkräftiger und mobiler zu machen.

Sicherheit im Gegenverkehr

Um in Zukunft Unfälle wie u. a. das schwere Busunglück im Jahre 2000 auf der A 1 Westautobahn bei Pöchlarn zu vermeiden, hat das Land 2,54 Mio. € (35 Mio. S) für neue Sicherheitsvorkehrungen investiert. Erstmals in Österreich wurden bei Generalerneuerungen auf der A 1 Westautobahn (Melk und Haag) in Gegenverkehrsbereichen starre Mitteltrennungen in Form von durchgehenden Betonleitwänden bzw. Stahlleitbahnen aufgestellt. In erster Linie soll damit verhindert werden, dass Fahrzeuge, die von der Fahrbahn abkommen, in den Gegenverkehr geraten.

Ein ganzes Sicherheitspaket soll die Autofahrer in den Großbaustellen auf der A 1 und A 2 besonders schützen. Ein eigens dafür beigezogener bekannter Unfallforscher hat alle neuralgischen Bereiche der Verkehrsführung bei den Baustellen auf mögliche Gefahrenquellen vorab untersucht. Dabei wurde der gesamte Baustellenbereich auch virtuell befahren, um noch schlüssigere Hinweise zu erhalten. Das Sicherheitspaket umfasst die gesamten Abmessungen, die Übersichtlichkeit und eine eigene, noch widerstandsfähigere Mitteltrennung in den Verschwenkbereichen. Für die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeiten wurden eigens mobile Tempoanzeigen installiert, ergänzt durch stationäre Radaranlagen. Eigene Hinweischilder weisen auf die Radarüberwachung und auch auf die verbleibende Länge des Baustellenbereiches hin.

In einer Vorher-/Nachher-Untersuchung wurde die Wirksamkeit dieser neuen Sicherheitsmaßnahmen überprüft. Ergebnis: Durch die starre Mitteltrennung und die Zusatzmaßnahmen konnte im Untersuchungszeitraum ein Rückgang bei den Personenschadensunfällen gegenüber Trennung lediglich durch Bodenmarkierung von ca. 60% festgestellt werden (d. h. Rückgang um zwei Drittel).

Veränderung der Bundesstraßen

Im Zuge der Bundesstaatsreform-Diskussion wurde in den letzten 10 Jahren oftmals insbesondere von Seiten der Bundesländer die Forderung nach „Veränderung“ der Bundesstraßen B erhoben.

Durch die Aufhebung bzw. Verkleinerung dieses Bereichs der Auftragsverwaltung erwartete man sich eine Verringerung des Verwaltungsaufwandes, eine Beschleunigung der Entscheidungs- und Genehmigungsprozesse und die Vermeidung von Reibungsverlusten. Seit 1989 wurden mehrere größere Anstrengungen zur Übergabe der Bundesstraßen an die Länder unternommen. Sie scheiterten im wesentlichen an der Höhe und der Sicherstellung des Abgeltungsbetrages, weiters an Fragen der Netzgestaltung und zahlreichen Detailfragen. Unter dem Vorsitz von LH Dr. Erwin Pröll in der Landeshauptleutenkonferenz wurden nun im 2. Halbjahr 2001 in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung die notwendigen Weichenstellungen für die Veränderung geschaffen. Die wichtigsten Bundesstraßen (bezahlbar) sollen an die ASFINAG übertragen werden und das übrige Bundesstraßennetz den Ländern zugeteilt werden.

Vorteile

- Entfall einer Bewilligungshierarchie im Straßenbau (BMVIT), d. h. Rückzug des Ministeriums auf reine Behördenfunktion mit Kernkompetenz – Erlassung von Verordnungen und Richtlinien für das höchstrangige Netz, das zur Gänze an die ASFINAG übertragen werden soll.
- Beschleunigung der Genehmigungsverfahren
- Möglichkeiten einer außerbudgetären Finanzierung
- Für die veränderten Strecken freier Handlungsspielraum bei Prioritätenreihung, Gestaltung und Finanzierungsformen
- Weitere Rationalisierungspotentiale durch privatwirtschaftliche Betriebsform
- Entfall der Doppelgleisigkeiten in der Buchhaltung durch Anwendung eines einheitlichen Landesverrechnungssystems
- Verringerung des Verwaltungsaufwandes
- Durch die Veränderung werden auch die Liegenschaften, Geräte und Gebäude als Kapital eingebracht. Dadurch sind Finanzierungs- bzw. Betreibermodelle möglich.

Bürgerinformation

„Straße und Verkehrssicherheit“ sind in vielen Medien, sowohl Print- wie auch im elektronischen Bereich, zentrales Thema. Deshalb haben sich auch die Anforderungen für die Pressearbeit in der Gruppe Straße enorm erhöht. Vor allem die zahlreichen Straßen- und Brückenprojekte, deren Realisierung, Prioritätenreihung und aktueller Bauzustand waren angesichts der angespannten Budgetlage des Landes und des Bundes immer wieder Ziel medialen Interesses. Die Medien wurden von der Gruppe Straße jeweils abhängig von der regionalen bzw. überregionalen Bedeutung eines Bauvorhabens über den Landespressedienst bzw. auf direktem Weg informiert.

Wurden wichtige Projekte begonnen bzw. abgeschlossen und fertig gestellt, dann wurden gesonderte Veranstaltungen (Spatenstichfeiern, Eröffnungen, Pressekonferenzen etc.) organisiert und Informationen über das Bauvorhaben öffentlichkeitswirksam aufbereitet. Mit eigens erstellten Informationsbroschüren wurden die Informationen im Einzelfall noch intensiviert.

2001 wurden u. a. der Spatenstich für Südumfahrung Tulln II, Anschlussstelle Hollabrunn West, offizielle Eröffnungen für Anschlussstelle Oed, Bauvorhaben B 41 Rindlberg, für die Umfahrung Amstetten Teil I und eine feierliche Verkehrsfreigabe für die Donaubrücke Pöchlarn durchgeführt. Die Pressekonferenz z. B. zum Thema „starre Mittelrennung im Gegenverkehrsbereich“ fand ein hohes Medienecho, was die Wichtigkeit der Pressearbeit unterstreicht. Auch zahlreiche kleinere regionale Bauvorhaben wie neue Ampelanlagen, Schutzwege oder Kleinbauvorhaben konnten in eigenen Presseveranstaltungen für eine breite Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

Wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit war auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Interessenvertretern von Autofahrerklubs, Kuratorium für Verkehrssicherheit, Landesgendarmerie, Vertretern der Bauwirtschaft und den Sondergesellschaften ASFINAG und ÖSAG. Durch Intensivierung der Informationsschienen konnten die unterschiedlichen Interessen weitgehend im Vorfeld abgestimmt und so medial ausgetragene Konflikte von vornherein vermieden werden. Themen wie schwere Verkehrsunfälle, Staus auf Autobahnen, Sicherheit von Schulkindern und Senioren usw. schaffen bei der Bevölkerung Betroffenheit. Zielsetzung der Pressearbeit ist es, dem gestiegenen Informationsbedürfnis der Menschen durch korrekte Darstellungen zu begegnen und für die straßenbäulichen Maßnahmen in der Öffentlichkeit Verständnis zu erwe-

cken. Neben der Tagespresse wurden laufend auch Beiträge für Fachzeitschriften verfasst und so vertiefte Sachinformation an spezielle Zielgruppen weitergegeben.

Insgesamt gewinnt Öffentlichkeitswirkung weiter an Bedeutung und soll fixer Bestandteil von Zeitablaufplänen bei allen Bauvorhaben sein.

Strategisches Controlling

Schwerpunkte 2001

Das Jahr 2001 war gekennzeichnet von vielen Änderungen. Zu Beginn wurde der Fachbereich von „Finanzplanung und Controlling“ auf „Strategisches Controlling“ umbenannt.

Folgende Änderungen im Aufgabenbereich wurden vorgenommen:

- Übergabe des Projektcontrollings „Weiße Mappen“ an die Abteilung Bundesstraßenbau

- Übergabe der Kostenrechnung an die Abteilung Straßenbetrieb

- Übergabe der Planungsagenden für die Nordautobahn an die Abteilung Großprojekte

Folgende Themenbereiche bildeten den Schwerpunkt der Arbeit:

- **Assistentztätigkeit für den Gruppenleiter.** Infolge des Generalverkehrsplanes und der Verländerung der Bundesstraßen waren viele Sitzungen im Rahmen der Straßenreferenten der Bundesländer mit dem Vorsitz von Niederösterreich erforderlich.

- **Generalverkehrsplan.** Festlegung der Infrastrukturmaßnahmen auf dem höchstrangigen und hochrangigen Straßennetz mit Prioritätenreihung und Realisierungszeitplan. Der GVP-Ö wurde bereits abgeschlossen.

- **Veränderung der Bundesstraßen.** Verhandlungen auf politischer Ebene und budgetmäßig bereits abgeschlossen. Detailfragen müssen noch geklärt werden. Zahlreiche Gesetzesänderungen auf Bundes- und Landesebene sind erforderlich. Umfassende Stellungnahmen und Berichte an politische Gruppen und Fachabteilungen wurden verfasst.

- **PPP-Modelle.** Sonderfinanzierungsmodelle zur Beschleunigung und raschen Realisierung von vordringlichen Baumaßnahmen.

- **Strategiepapier für IT-Agenden.** Festlegung der Aufgaben im Bereich der Informationstechnologie zwischen den Abteilungen allgemeiner Straßendienst, Straßenbetrieb und Straßenspezialtechnik. Das Strategiepapier wurde bereits für verbindlich erklärt.

- **Supervision.** Begleitung mit externen Zivilingenieuren in Hinsicht auf Einhal-

tung von Terminen und Kosten für folgende Maßnahmen:

- B 304 Tulln-Frauendorf für Straßen- und Brückenbauarbeiten

- B 304 Frauendorf-Kollersdorf in der Planungsphase

- **Arbeitskreis Normerlässe.** Überprüfung aller Vorschriften der Gruppe Straße auf Gültigkeit bzw. Überarbeiten der Vorschriften gemäß der Normerlassbereinigung der Landesamtsdirektion.

- **BILKO.** Fortsetzung des 2. Teiles des Bildungskonzeptes der Gruppe Straße, Auswertung der Ergebnisblätter aller Dienststellen der Gruppe und Erstellung eines Aus- und Weiterbildungsprogrammes.

- **Mitarbeit bei Projekten des BMVIT.**

- Wegekostenrechnung Straße 2000 wurde abgeschlossen.

- Nationales Verkehrssicherheitsprogramm unter Leitung des Kabinetts der Frau Bundesminister.

- **Projektmanagement des NÖ Straßendienstes.** Durch die Verländerung der Bundesstraßen wird eine Überarbeitung des Handbuchs erforderlich. Im Bereich der neuen Landesstraßen wird eine deutliche Vereinfachung der Planungsabläufe erfolgen.

Ziele für 2002

- Umsetzung der Verländerung der Bundesstraßen

- Sonderfinanzierungsmodelle

- Abschluss des Projektes BILKO

Informationstechnologie

Schwerpunkte 2001

- Stabilisierung der neu definierten IT-Infrastrukturbetreuung

- Vorbereitung der Umstellung auf MS OUTLOOK 2000 Exchange Server

- Umsetzung des Servicelevelagreements

- Definition des Anforderungsprofils für die Ausschreibung der Standleitungsverbindung zu den NÖ Meistereien der Gruppe Straße, welche durch die Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie durchgeführt wird

- Vorbereitung auf die Umstellung aller Server der Gruppe Straße auf Novell Netware 5 in Zusammenarbeit mit der Abteilung Landesamtsdirektion – Informationstechnologie

- Ausschreibung und Vergabe der Handy-Freisprecheinrichtungen

- Mitarbeit bei den Konzepten und der Umsetzung von ASFINAG-Projekten (Lichtwellenleiter, Infrastrukturschränke in den Mischmeistereien)

- Ausstattung aller Dienststellen der Gruppe Straße mit den erforderlichen Handys – ca. 1.300 Stk.

- Vorbereitung für den Umbau der Telefonanlagen in den Mischmeistereien
- Testaufbau der neuen Telefonanlage in der Strm. Haag gemäß Ausschreibung ASFINAG
- Planung der strukturierten Verkabelung in den Meistereien als Vorbereitung für den Betrieb mehrerer PCs mit Zugriff auf das Netzwerk der Bauabteilung und der Zentrale
- Vorbereitende Maßnahmen für den Austausch der Telefonanlagen der NÖ Straßenbauabteilungen Hollabrunn, Tulln und Wr. Neustadt
- Planung und Umsetzung der Euro-Fitness diverser Programme

Boden- und Baustoffprüfstelle

Schwerpunkte 2001

Die Tätigkeit der Boden- und Baustoffprüfstelle umfasste:

- Baugrundvorerkundungen für Großprojekte
- Sondierungen zur Klärung von Standortsicherheitsfragen im Zusammenhang mit Böschungs- und Hangsicherungen
- Untersuchungen am gebundenen und ungebundenen Straßenoberbau des Altbestandes und des Untergrundes als Entscheidungsgrundlage in der Bauplanungsphase
- Gesamtuntersuchungen von Straßenkonstruktionen zur Zustandsbeurteilung, Ursachenfindung für Schäden und zur Dimensionierung von Sanierungsmaßnahmen
- Verdichtungs- und Tragfähigkeitsprüfungen bei Brückenbauten
- Materialprüfungen zu Kontrollzwecken (Kontroll- u. Abnahmeprüfungen)
- Überprüfungen der Mischungsrezeptur für mineralisch-organische Abdichtungs- und Filterschichten

- Probenahmen für anonymisierte Abnahmeprüfungen
- Messung von Oberflächeneigenschaften: Griffigkeit, Spurrinnentiefe, Aquaplaninggefahr
- Teilnahme an Ringversuchen zur Feststellung der Vergleichbarkeit mit anderen akkreditierten Prüfanstalten
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen der Forschungsgemeinschaft Straße und Verkehr und des Österreichischen Normungsinstitutes bei der Erstellung von Normen und Richtlinien
- Grundkurs: Straßenbautechnik, Schwerpunkt Asphalttechnologie und Praktikum
- Vortrag: Asphaltproduktion und Technik von Asphaltmischanlagen

Die Gutachten und Prüfberichte betrafen zu 10% Bundesstraßen A und S, zu 33% Bundesstraßen B, zu 53% Landesstraßen und zu 4% nicht zuordenbare Sonderuntersuchungen.

Besonders zu erwähnen ist die Fertigstellung der Rutschungsuntersuchungen des Degendamms an der A 2 bei Grimmenstein und die Baugrundvorerkundung für den Bau der B 307 (Spange A 4 – Kittsee), die gemeinsam mit der Boden- und Baustoffprüfstelle der Burgenländischen Landesregierung durchgeführt wurde.

Zukünftige Herausforderungen

2003/2004 werden einige den Straßenbau betreffende europäische Normenpakete verbindlich in das nationale Normenwerk übernommen. Die rechtzeitige Neuorientierung innerhalb der dann gültigen Klassifizierungssysteme von Bauweisen und Materialien und das Management des dafür erforderlichen Informationsflusses in den Organisationsstrukturen wird eine Herausforderung für alle Auftraggeber und Auftragnehmer darstellen. Neue, verbindliche Prüfnor-

men regeln die Prüfbedingungen für Prüfungen von altbekannten Eigenschaften mit jedoch etwas abgeänderten Versuchsvorschriften und lassen manchmal bewährte Klassifizierungssysteme wertlos werden und schaffen Unsicherheit. Zusätzlich sind im europäischen Normenwerk auch dynamische Prüfverfahren für den Straßenbau vorgesehen, wofür aber national (noch immer) kaum Erfahrungen vorhanden sind und kaum Forschungsgelder lukriert werden können. Die Festlegung von Anforderungsniveaus der Eigenschaften der ausgeschriebenen Produkte wird für die Auftraggeber daher zum Problem und die Einführung von Funktionsbauverträgen zur nahe liegenden Alternative.

Ziele 2002

Die Rückbesinnung auf die Kernaufgaben der Verwaltungstätigkeit bei gleichzeitiger größtmöglicher Auslagerung aller nicht verwaltungsnahen Bereiche erfordert ein Überdenken des angebotenen Leistungsspektrums der Boden- und Baustoffprüfstelle. Eine Adaption der durchführbaren Versuchspalette, ein Ausbau der Kapazität in jenen Aufgaben, die von unmittelbarer Relevanz für den Auftraggeber sind, unter Nutzung der Vorteile, welche die auftraggebernahe Organisation bietet, wird angestrebt. Als Schwerpunkte können die Bereiche Baugrundvorerkundung, Oberflächeneigenschaften, flächendeckende (netzweite) Zustandsbeurteilung und Informationsbereitstellung genannt werden.

Abteilung Straßenbetrieb

Der Abteilung Straßenbetrieb obliegt die zentrale Koordination des Betriebes der Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen. Das vorrangige Ziel größtmöglicher Sicherheit für Verkehrsteilnehmer und Mitarbeiter soll in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen auf Grundlage der in den jeweiligen Bauprogrammen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erreicht werden. Diese Aufgabe wird von den 6 Fachbereichen der Abteilung Straßenbetrieb wahrgenommen.

Betriebswirtschaft und Kostenrechnung

Im Mittelpunkt des Jahres 2001 stand wie in den Jahren zuvor die Gesamtkostenrechnung der Gruppe Straße. Das Projekt „ISIS – Gesamtkostenrechnung der Gruppe Straße“ wurde mit Juni 2001 abgeschlossen. Zur Stabilisierung und Verbesserung der Systeme wurde ein Folgeprojekt aufgesetzt, dessen Projektteil „KORE – SAP – Intern“ vom Fachbereich abzudecken ist. Ungeachtet der Projektteilung wurde unterstützend für den Projektteil „Meis-

tere und Bauabteilung“ unter Einbeziehung eines Testteams bestehend aus 16 Kanzlisten und Straßenmeisterstellvertretern die Stabilisierung des Vorsystems Lerf4 (Leistungserfassung Version 4) im handwerklichen Bereich schwerpunktmäßig bearbeitet und abgeschlossen. Um im Vorsystem Lerf4 im handwerklichen Bereich einen weitgehend reibungslosen Ablauf der Bereiche Kostenrechnung, Personal und EDV zu gewährleisten, wurde ein Prozess zur Abstimmung der Kompetenzen und Zuständigkeiten gestartet.

Routine ist es mittlerweile, die erfassten Leistungsdaten zu verarbeiten und die Vordaten mit den entsprechenden Daten zu versorgen. Es müssen das Leistungserfassungsprogramm Lerf4, das Kostenrechnungsprogramm SAP und die Schnittstellenprogramme für den Datenimport und -export gewartet und laufend verbessert werden. Weiters wurde die Automatisierung des Datentransfers in die und von den handwerklichen Dienststellen vorangetrieben.

In allen oben angeführten Agenden erfolgten die Implementierung, laufende Weiterschulung, die Erstellung eines Hotline-Dienstes mit Problembehebung möglichst sofort bei Anfrage sowie die laufenden Einarbeitungen von erforderlichen Änderungen und Verbesserung in Zusammenarbeit mit den Kostenrechnungsbeauftragten der Bauabteilungen und den Systemanwendern in den Meistereien.

Im Bereich der Stammdaten wurde eine Umorganisation und Stabilisierung der Eingaben sowohl im Overheadbereich als auch im handwerklichen Bereich begonnen und umgesetzt.

Schwerpunkt gegen Ende des Jahres bildet das Thema Auswertungen im SAP, wobei in diesem Schritt spezielles Augenmerk auf eine einfache Auswahl der Auswertungen und die einfache Anwendbarkeit (Informationsoptimierung) gelegt wird.

Neben der Kostenrechnung ist die Organisation und Koordinierung aller betriebswirtschaftlichen Belange des NÖ Straßendienstes Aufgabe des Fachbereiches.

Folgende Themenbereiche wurden im Jahr 2001 bearbeitet:

- Normkostenabrechnung mit der ASFINAG und Abrechnung mit dem Bund (inklusive Schlüsselberechnung für Personal und Sachkostenaufteilung)
- Aufarbeitung und Meldung der Betriebskennzahlen an die ASFINAG und den Bund, nachfolgende Analyse und Benchmarking
- Kostenrechnungsmeldung an die ASFINAG
- Bundesweites Benchmarking mit den Bundesländern
- Vergabevorschlag der Betriebskredite ASFINAG und Bund
- Laufende Auswertungen der Personal- und Sachkosten in den Bereichen ASFINAG, Bund und Land
- Betreuung und Mitgestaltung des Parkplatzkonzeptes der ASFINAG
- Bearbeitung von speziellen Anfragen aus dem Bereich des Straßenbetriebes
- Betreuung des Projektes ASFINAG Siemens Lichtwellenleiter in der Planungsphase sowie Gesamtkoordinierung in der Realisierungsphase sowie der örtlichen Bauaufsicht für den Tiefbau in Kooperation mit den NÖ Straßenbauabteilungen und den betroffenen Straßenmeistereien. Die Verlegung der Lichtwellenleiter in der ersten Projektstufe erfolgte

entlang der A 1 Westautobahn im Abschnitt Landesgrenze NÖ/OÖ bis Knoten Steinhäusel sowie der gesamten A 21 Wr. Außenringautobahn und der A 4 Ostautobahn von der Landesgrenze Wien/NÖ bis NÖ/Bgld und konnte baulich abgeschlossen werden.

- Mitarbeit bei der Erstellung der österreichweiten Trassenschutzrichtlinie für Autobahnfernmeldeanlagen und Schulung der betroffenen Mitarbeiter.
- Erstellung eines Betriebskonzeptes für die B 301

Grünverbau

Aus den vielfältigen Aufgabenstellungen sind im Jahr 2001 folgende Arbeitsschwerpunkte zu nennen:

- Begrünungen und Bepflanzungen im Zuge von Neubaumaßnahmen (A 1 Haag II, A 1 Erlauf 2000, A 4 Lärmschutz Wien/NÖ, B 209 Donaubrücke Pöchlarn, B 41 Rindlberg usw.)
- Versuche mit verschiedenen Varianten bezüglich Hangsicherungsmaßnahmen (A 1 Haag I und II, A 1 Erlauf 2000)
- Anwuchs- bzw. Entwicklungspflegen wie Bewässerungsmaßnahmen, Mäharbeiten sowie Einzeldüngungen (B 7 Umfahrung Wolkersdorf, B 4 Umfahrung Mörtersdorf, B 37 Gföhl II, B 39 Hofstetten Süd, A 2 Vorbereitung Generalneuerung km 2,3–15,7 usw.)
- Diverse Baumsanierungen und Instandhaltungen von Alleen (Speisendorfer Allee bei Raabs, Schickenhofener Allee bei Zwettl usw.)
- Zustandserhebungen und Bewertung von Bäumen und Alleen (B 3 Spitz km 124–148)
- Gehölzwertermittlung im Zuge von Trassenfreimachungen und Versicherungsschäden
- Beratung von anderen Dienststellen, Gemeinden und Anrainern in Fachfragen
- Schulungen des Straßenpersonals bezüglich Baum- und Grünflächenpflege
- Koordinierung vorbereitender Maßnahmen mit der ASFINAG im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt für zukünftige Schwerpunktparkplätze
- Vorbereitung und Abstimmung der ökologischen Begleitmaßnahmen an Straße und Schiene mit der HLAG im Bereich der Tullnerfeld-Trasse

Kraftfahrzeuge, Maschinen und Geräte

Für einen rationellen Arbeitseinsatz ist auch eine entsprechende Ausstattung mit modernen und funktionierenden Fahrzeugen, Maschinen und Geräten notwendig. Beim Austausch erneuerungsbedürftiger Fahrzeuge, Winterdienstgeräte und Straßenerhaltungsge-

räte lag der Schwerpunkt wieder auf den Geräten des Winterdienstes. So wurden 19 Winterdienst-Lkw, 7 Geräteträger, 41 Schneepflüge, 11 Feuchtsalzstreuautomaten, 21 Anhängestreuer und 7 Schneeschleudern erneuert.

Zur Hebung der Verkehrssicherheit wurden Straßen auf Salzstreuung umgestellt und dafür 11 Feuchtsalzstreuautomaten angekauft.

Für die Schneeräumung des auf drei Fahrstreifen ausgebauten Bereiches der Westautobahn wurden 4 überbreite Frontpflüge angekauft, um zusätzliche Fahrzeuge zu vermeiden.

Aus Rationalisierungsgründen wurde die Anzahl der Lkw um ein Fahrzeug reduziert. Eine selbstfahrende, saugende Kehrrmaschine wurde durch ein Neugerät ersetzt.

Im vergangenen Winter wurde ein Streudatenerfassungssystem inkl. Aufzeichnung der Streustrecken erprobt.

Für das gleichzeitige Mähen von Bankett und Böschung wurden Kombinationsmähergeräte (zwei Geräte in einer Einheit am Unimog frontseitig montiert) erprobt, wobei bei bestimmten Verhältnissen der Betrieb vom Fahrer alleine erfolgen kann.

6 Stück Anhänger in einer neuen Ausführung für eine vielseitige Verwendung wurden als Ersatz angeschafft. Die Anhänger haben eine Nutzlast von über 6 t, sind nieder und haben ein kippbares Plateau sowie Auffahrtsrampen.

13 Warnleitanhänger, die zur Absicherung auf Autobahnen eingesetzt waren, wurden total beschädigt und durch neue mit Funkfernbedienung ersetzt.

Ein Schwerpunkt war wieder die Aus- und Weiterbildung der Bediensteten: 96 Bedienstete nahmen an Ausbildungskursen für Staplerfahrer teil, 383 Bedienstete erhielten die Ausbildung für den Betrieb von schweren Autokranen, 136 Mechaniker besuchten Weiterbildungskurse für die Reparatur von VW-, ÖAF- und Scania-Fahrzeugen, JCB-Baumaschinen, Feuchtsalzstreuautomaten und HIAB-Ladekränen sowie Bremsanlagen.

Fahrzeuge des NÖ Straßendienstes waren bei 225 Verkehrsunfällen beteiligt, es wurden rd. 0,29 Mio. € (rd. 4 Mio. S) an Schadenersatz eingenommen.

Straßenausrüstung

Im Rahmen der Koordination der Bodenmarkierungsarbeiten wurde darauf geachtet, dass auf den Autobahnen, Schnellstraßen-, Bundes- und Landesstraßen möglichst umfangreich die umweltverträglichen, wasserlöslichen Bodenmarkierungsfarben aufgebracht wurden.

Anlässlich von Projektbesprechungen wurde bei der Planung der Beschilderung der Generalsanierungen im Auto-

bahnbereich und sonstiger überregionaler Straßenbaulose mitgewirkt.

Im Zuge der Generalerneuerungsbaulose auf der A 1 wurden in den Gegenverkehrsbereichen erstmals starre Mitteltrennungen aus Stahl bzw. Beton eingesetzt.

Das Zivilingenieurbüro Straße – Verkehr – Umwelt hat in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich ein Zielfindungs- und Wegweisungssystem für Niederösterreich in Absprache mit den NÖ Straßenbauabteilungen erarbeitet.

Unter der Leitung des Fachbereiches wird in einem Arbeitskreis ein Konzept zur Vereinheitlichung der Schadensabwicklung mit Versicherungen erarbeitet.

Dienstnehmerschutz

Die Impfungen gegen Hepatitis B wurden abgeschlossen, Grippeimpfungen wurden in Zusammenarbeit mit der Abteilung Allgemeine Gebäudeverwaltung – Bedienstetenschutz durchgeführt. Nach erfolgten Evaluierungen im NÖ Straßendienst wurden gemeinsam mit den betroffenen Dienststellen die Ergebnisse im Hinblick auf ihre Umsetzung durchgearbeitet. Gemeinsam mit der Feuerweherschule Tulln wurden Kurse für kommende Brandschutzbeauftragte organisiert.

Verkehrsmanagement und Winterdienst

Die ersten winterlichen Ereignisse im Winter 2000/2001 waren am 27. November 2000 im Raume Scheibbs zu verzeichnen. Der Winter war im Vergleich zu den Vorjahren mit einer Gesamtschneefallmenge von 73 cm relativ schneearm. Diese betrug im Winter zuvor beispielsweise 206 cm. Ab Dezember bis Winterende waren immer wieder Räumeeinsätze, aber infolge von Straßenglätte sehr viele Streueinsätze notwendig. Die letzten Winterdienstseinsätze waren am 20. April 2001 in Lilienfeld zu verzeichnen.

Zur Optimierung der Winterdienstseinsatzplanung wurden die ersten 10 Straßenmeistereien an ein Wetterradarsystem angeschlossen.

Die Gesamtkosten des Winterdienstes 2000/2001 betragen inkl. der vorbereitenden und abschließenden Maßnahmen rd. 26,16 Mio. € (rd. 360 Mio. S). Vom zu betreuenden Straßennetz mit einer Länge von 14.000 km wurden rd. 4.100 km mit Salz und rd. 9.100 km mit Splitt gestreut. Auf ca. 800 km des Landesstraßennetzes besteht eine Winter Sperre. An Streusalz wurden 42.000 t, an Streusplitt 173.000 t verbraucht. An Räum- und Streufahrzeugen standen 449 eigene und 368 aus der Privatwirtschaft angemietete Fahrzeuge zur Verfügung. Straßenzustandsberichte wur-

den in der Winterdienstperiode täglich an interne Dienststellen sowie externe Institutionen zur Information der Verkehrsteilnehmer weitergegeben.

Mit Beginn der Bausaison wurden wiederum jeden Dienstag „Verkehrsgipfelgespräche“ zur Koordinierung von Baumaßnahmen durchgeführt. Insgesamt gab es 26 Verkehrsgipfelgespräche, welche sich gut bewährten und einen Beitrag zur Hebung der Verkehrssicherheit darstellten.

Aktuelle Baustelleninformationen wurden als Monats-, Wochen- und Tagesübersichten an ORF, Presse und Verkehrsinformationszentralen weitergegeben.

Verkehrssicherheit

Im Zuge der Umstrukturierung der Gruppe Straße wurde der Fachbereich Verkehrssicherheit der Abteilung Straßenbetrieb zugeordnet und der ehemalige Fachbereich Landesstraßenplanung integriert.

Die nunmehrigen Aufgaben der Abteilung Verkehrssicherheit betreffen hauptsächlich Fragen der Verkehrssicherheit und der Verkehrserhebung, und zwar vorwiegend auf der strategischen Ebene.

Das Jahr 2001 stellte eine Übergangsphase dar, in der die bereits begonnenen Projekte für Bundes- und Landesstraßen bis zur Übergabereife an die Bauabteilungen betreut bzw. fertig gestellt wurden.

Straßenobjekte

Bearbeitet wurden für Bundesstraßen ca. 10 und für Landesstraßen ca. 30 Projekte.

Fertig gestellt wurden u. a.:

● Bundesstraßen

– B 2, Kreisverkehrs am Knoten B 2/ B 5, Allwang/Spitz

– B 303, Einreichprojekt Niveaufreimachung des Knotens B 303/L 1132 Sierndorf, inkl. Genehmigung des Projektes durch das BMVIT

– B 8, Kreisverkehr am Knoten B 8/ Bahnhofstraße in Straßhof

– B 27, Kreisverkehr B 27/L 136, Reichenau/Rax

● Landesstraßen

– L 6014, Ortsdurchfahrt St. Martin

– L 96, Umfahrung Zarnsdorf

– L 80, Verbesserung der Querung der Eisenbahn in Ramingdorf

– L 35, Ortsdurchfahrt Gnadendorf

Weiters wurden noch 5 VLSA-Projekte fertig gestellt bzw. betreut.

Verkehrs- und Geschwindigkeitserhebungen

Die Auswertung der händischen Straßenverkehrszählung, die alle 5 Jahre stattfindet (ECE-Verkehrszählung) wurde fertig

gestellt und sämtlichen Dienststellen der Gruppe Straße über EDV zur Verfügung gestellt. Ebenso erfolgte dies für die automatische Straßenverkehrszählung.

Es wurden zahlreiche Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen – hauptsächlich mit auf der Fahrbahn montierten Zählergeräten – durchgeführt und ausgearbeitet.

Im Zusammenhang mit dem Straßenograph, wo auch der Fachbereich Verkehrssicherheit involviert war, wird und wurde eine Datenbank aufgebaut, in die sämtliche Zählergebnisse integriert werden können. In diesem Zusammenhang wurde mit der Vereinheitlichung der Berechnung und Dokumentation aller Verkehrszählungen begonnen. Es besteht dann die Möglichkeit, dass im gesamten NÖ Straßendienst die Auswertungen in gleicher Art und Weise erfolgen und somit in die Datenbank übernommen werden können. In dieses System sind auch die Messplatten zu integrieren. Durch diese Maßnahme ist eine bessere und genauere Darstellung des Verkehrs- und Geschwindigkeitsgeschehens auf NÖ Straßen möglich. In dieses System sind auch die mobilen Messeinrichtungen der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten integriert. Weiters wird eine Integration der Zählungen, die im Auftrag des KFV durchgeführt werden, möglich, da das gleiche Auswertungsformular verwendet wird. Die Zählung und Auswertung der Verkehrsfrequenzen an den Grenzübergängen wurde weitergeführt.

Vertretung nach Innen und Außen

Im Rahmen der „Aktion Schutzengel“, initiiert von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, wurde die Organisation, Kontroll-, Korrektur-, Verteilungs- und Sammelarbeit, welche mit einem sehr hohen Aufwand verbunden ist, fortgeführt.

Es wurden eine größere Anzahl von Informationen an den Landeshauptmann (auch Anfragen von Abgeordneten) und Pressemitteilungen bearbeitet bzw. mitbearbeitet.

Gemeinsam mit der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten und Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik wurde das Heft Unfallstatistik 2000 NÖ erstellt.

Verkehrssicherheit

Die Unfalldarstellung und Unfalluntersuchung für die wesentlichen Bundesstraßen wurde weiter bearbeitet und für das Jahr 2000 erweitert. Diese Untersuchung dient auch als Grundlage zur Setzung von Maßnahmen.

Im Zusammenhang mit der Schließung von Rübenlagerplätzen wurden für 4 Bereiche (Raum Ebenfurth, Raum Hengersdorf, Raum Raasdorf und Raum

Bruck/Leitha) Untersuchungen dahingehend durchgeführt, um eine Beurteilung der Auswirkungen des erhöhten landwirtschaftlichen Verkehrs auf die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss beurteilen zu können.

Es wurden einige Unfalluntersuchungen zur Beurteilung der Wirksamkeit von Maßnahmen (z. B. Auswirkungen der Mittelrennung durch Leitwände im Baustellenbereich) sowie Unfalluntersuchungen als Grundlage für zu setzende Maßnahmen durchgeführt.

Ausgehend von dem Konzept der ASFINAG für eine Verkehrsbeeinflussung

für den Raum Wien/NÖ wurde im Auftrag der ASFINAG ein Projekt für die erste Ausbaustufe (A 23 und A 4) durchgeführt, wobei ein Vertreter des Fachbereiches maßgeblich an der Begleitgruppe beteiligt war und in Zukunft auch beteiligt sein wird.

Es wurde mit einer Untersuchung – auch im Zusammenhang mit Unfallhäufungsstellen – begonnen, welche das Blickverhalten der Kfz-Lenkern zum Inhalt hat, aus dem auch Verbesserungsmaßnahmen abgeleitet werden können. Das Auswertungsprogramm für die Unfalldatenbank wurde aufgestockt, so dass

auch eine tabellenförmige und zusammenschauende tabellarische Darstellung möglich ist.

Gleichzeitig wurden Vorbereitungen in Angriff genommen, um die Unfalldatenbank den NÖ Straßenbauabteilungen zugänglich zu machen.

Es erfolgte die Mitarbeit im Arbeitsausschuss Geisterfahrer, der die Vermeidung von Geisterfahrten zum Inhalt hat.

Abteilung Bundesstraßenbau

Die Abteilung Bundesstraßen ist als Stabsstelle für die strategische Planung, den Ausbau und die bauliche Erhaltung des gesamten NÖ Bundesstraßennetzes für A-, S- und B-Straßen verantwortlich. Neben der Gesamtkoordinierung aller Vorhaben am A-, S- und B-Netz steht das Controlling und die Budgetmittelbewirtschaftung im Vordergrund der Arbeiten.

Für die Betreuung dieses Streckennetzes standen 2001 folgende Kreditmittel inkl. USt zur Verfügung:

	Beträge in Mio. € (S)	
	B-Straßen	A- + S-Straßen
Instandsetzung	21,33 (293,5)	30,06 (413,6)
Neubau	42,48 (584,5)	27,72 (381,4)

Die Bundesstraßen B werden im Zuge der mittleren Bundesverwaltung, die Autobahnen und Schnellstraßen-Strecken gemäß Werkvertrag mit der ASFINAG betreut.

Schwerpunkte 2001

Seit Mitte des Jahres wurden die bereits über einem längeren Zeitraum geführten Gespräche zur Verlängerung der Bundesstraßen intensiviert, und es wird mit der gesetzlichen Umsetzung der Ergebnisse mit Anfang 2002 gerechnet. Durch die „Verlängerung“ werden tief greifende Veränderungen im Planungs- und Realisierungsablauf der Projekte erwartet. Zur Bewältigung dieser Herausforderung laufen intensive Vorbereitungsarbeiten, um nach tatsächlicher Überführung der B-Straßen in die Verwaltung des Landes bestmöglich gerüstet zu sein.

Neben den oben angeführten Arbeiten zur Verlängerung stand der Start zum Aufbau eines umfassenden Controllingkonzeptes im Vordergrund. Dabei soll zunächst für alle Autobahn- und Schnellstraßen-Vorhaben und später

auch für die B-Straßen eine noch bessere begleitende Kontrolle der Budgets und Termine erfolgen. Neben den Fachbereich Bundesstraßen A + S ist hier der Fachbereich Kreditverwaltung eingebunden.

Erhaltungsmanagement

Mit der Datenbank VIABASE und dem Anwendungsprogramm VIAPMS stehen äußerst leistungsvolle Werkzeuge zur zielgerechten Erhaltungsplanung zur Verfügung. Beide Bereiche werden von der TU Wien, Institut für Straßenbau und -Erhaltung im Auftrage der ASFINAG für alle Autobahnen und Schnellstraßen betreut. Die Kontrolle und Wartung der Datenbank VIABASE obliegt jedoch dem Fachbereich A + S. Zur vollen Nutzung aller Möglichkeiten der PMS-Teile werden noch Schulungen durch das ISTU notwendig sein, wobei die Auswertungen des Straßenzustandes bereits bei der Bauprogrammverhandlung 2002 für das Autobahn- und Schnellstraßennetz wesentliche Beiträge geleistet haben. So konnten durch professionell aufbereitete Bedarfsanalysen die Erhaltungsbudget- und die Neubaubudgetzuteilung im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden. Das BMVIT führt für den Bereich der B-Straßen ebenfalls das PMS-System ein. Mit der Verlängerung soll den Ländern ein aufbereiteter Status aller Strecken übergeben werden. Die Weiterführung für ausgewählte wichtige Strecken parallel zum Autobahn- und Schnellstraßennetz steht für die Abteilung Bundesstraßen außer Zweifel. Notwendige Vorkehrungen dafür werden 2002 begonnen werden.

Im 4. Quartal 2001 wurden die PMS-Auswertungen für das Autobahn- und Schnellstraßennetz in den GIS-fähigen Straßengraphen eingetragen und den operativen Abteilungen zur Planung der Instandhaltungsarbeiten zur Verfügung gestellt.

Wichtigste Baumaßnahmen

Basis aller Neubauvorhaben ist die strategische Planung im Landesverkehrskonzept. Daraus sind frühzeitig die Bauprogramme mit der Sicherung der finanziellen Mittel durchzuführen. Im Bereich der Instandsetzungen ergeben sich die Notwendigkeiten aus dem Erhaltungsmanagement.

Aufgabe der Abteilung Bundesstraßen ist in diesem Zusammenhang die strategische Planung und deren Umsetzung in den Bauprogrammen in Zusammenarbeit mit den operativen Abteilungen der Zentrale und den Bauabteilungen. Im Jahre 2001 konnten auf NÖ Bundesstraßen wieder wichtige Ausbauvorhaben und dringend notwendig gewordene Erhaltungsmaßnahmen in Angriff genommen werden.

Die etappenweise Generalerneuerung der A 1 Westautobahn wurde durch 2 Baulose (Haag I/Strengberg I und Melk) forciert, wobei auch der langjährigen Forderung des Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll (3-spüriger Ausbau mit Sicherheitsstreifen) Rechnung getragen werden konnte. Mit der Fortführung und dem Abschluss der Vorbereitungsarbeiten für die Generalerneuerung auf der A 2 zwischen der Landesgrenze Wien/NÖ und dem Knoten Guntramsdorf wurde ein weiterer Schritt für die Erneuerung mit 4-spürigen Ausbau gesetzt. Damit wurde Vorkkehrung getroffen, bei der Verkehrsführung während der Generalerneuerung der A 2 Kapazitätsengpässe abdecken zu können.

Durch die Verkehrsfreigabe der Anschlussstelle Oed ist eine wesentliche Infrastrukturmaßnahme zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich gesetzt worden.

Trotz der immer geringer werdenden Geldmittel konnten auch im Jahr 2001 wesentliche Neubauvorhaben in Niederösterreich begonnen werden, wie z. B.

● B 7 Grenzübergang Drasenhofen Lkw-Parkplatz

● B 14 Südumfahrung Tulln

● B 303 Ast Hollabrunn West

Eine Reihe von bedeutenden Straßenbauvorhaben wurden im Jahre 2001 fertig gestellt und dem Verkehr übergeben, wie z. B.

● B 34/B 35 Kreisverkehrsanlage Hadersdorf

● B 1 Kreisverkehrsanlage Pöchlarn

● B 209 Donaubrücke Pöchlarn

● B 1 Umfahrung Amstetten, Abschnitt I

● B 41 Rindlberg I und II

Kreisverkehrsanlagen

Zur Entschärfung von unfallträchtigen Kreuzungsbereichen wurde eine Reihe von Kreisverkehrsanlagen neu errichtet, die eine wesentliche Erhöhung der Verkehrssicherheit mit sich bringen. Erwähnenswert sind die Anlagen in Hollabrunn (L 27/B 303, Hollabrunn West), Enzendorf/Fischa (B 10/B 60), Bruck/Leitha (B 10/B 211), Mannersdorf (B 15), Oberegging (B 25/A 1), Pöchlarn (B 1/B 219) und Rudmanns (B 38, Rudmanns West).

Ortsdurchfahrten

Durch die Neugestaltung von Ortsdurchfahrten im Verlauf von Bundesstraßen konnte im Sinne der von Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll initiierten Verkehrssicherheitsaktionen für Kinder und Senioren eine Verbesserung der Sicherheit auf der Straße sowie eine Erhöhung der Lebensqualität für die Anrainer erzielt werden. Wesentliche Umgestaltungen wurden in Haugsdorf, Bruck/Leitha (Altstadt), Gänserndorf, Rabensburg, Groß-Schweinbarth, Poysdorf, Wampersdorf, Warth, Kapellen, Marksdorf, Kernhof, Rotheau, Kematen/Ybbs, Sitzmanns und Raabs vorgenommen.

Ortsumfahrungen

Mit der Verkehrsfreigabe des 1. Teilstückes der Umfahrung Amstetten konnte ein wesentlicher Beitrag zur Verkehrssicherheit und der Erhöhung der Lebensqualität für die betroffene Bevölkerung geleistet werden.

Mit der Weiterführung der Bauarbeiten für die Umfahrung Gföhl – Großmotten, B 37, wurde ein weiterer Schritt in Richtung Ausbau der Infrastruktur des Waldviertels gesetzt, welcher der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich dient.

Durch den Beginn der Umfahrung Tulln-Ost wurde ein weiterer wichtiger Impuls für die Entlastung der Stadt Tulln gesetzt.

Lärmschutz

Im Jahr 2001 wurden für aktive Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der A- und S-Straßen 4,37 Mio. € (60,1 Mio. S) inkl. USt aufgewendet.

Schwerpunkt bei den Arbeiten war die praxismgerechte Auslegung der Dienst-anweisung Lärmschutz des BMVIT gemeinsam mit der Abteilung Großprojekte als Basis für eine zukünftige Prioritätenreihung.

Die wichtigsten Baumaßnahmen an der A 1 Westautobahn waren die Fortführung des Lärmschutzes Heimbautal und die Errichtung einer Lärmschutzwand im Zuge der Generalerneuerung Pöchlarn.

Beim *passiven* Lärmschutz wurden im Jahr 2001 für den Einbau von Lärmschutzfenstern 152 Förderungszusagen erteilt und ein Gesamtbetrag von rund 0,44 Mio. € (6,05 Mio. S) an Förderungsmitteln vergeben.

Grundeinlösungen

Zu den wichtigsten Voraussetzungen für den Ausbau, die Errichtung von Anschlussstellen, von Lärmschutzmaßnahmen und für die Umgestaltung von Straßenanlagen zählt der für den Straßenbau erforderliche Grunderwerb.

Als bauvorbereitende Maßnahmen des Jahres 2001 wurden folgende Grundeinlösungen bei Autobahnen durchgeführt:

A 1 Haag 1, Entwässerungsmaßnahmen – Angebot an sämtliche Grundeigentümer, Zustimmung fehlt

A 1 GE Melk und Zelking, PPI Schallaburg und Roggendorf – bis auf 2 Anrainer abgeschlossen

A 1 LS Baunzen

A 2 Schwerpunktparkplatz Leobersdorf

A 2 Schwerpunktparkplatz Triestingtal

Auf Bundesstraßen wurde bei folgenden Vorhaben die Grundeinlöse abgeschlossen:

B 2 KV Allwangspitz

B 3 Luberegg

B 38 Stausee Ottenstein – Friedensbach Ost

B 303 Vollanschluss Hollabrunn

B 303 Anschlussstelle Sierndorf – teilweise abgeschlossen

B 304 Frauendorf-Kollersdorf – überwiegend abgeschlossen

Das Land Niederösterreich trägt durch die Grundeinlösungen für die B 301, im Auftrag der ÖSAG, wesentlich zur Realisierung dieses wichtigen Straßenzuges bei.

Vorbereitende Arbeiten (Grundeigentümerinformationsgespräche) wurden für folgende Projekte durchgeführt:

B 1 Umf. Prinzersdorf

B 1 Umf. Ennsdorf – Enns Asten Grundeinlöse begonnen

B 4 Umf. Seitzersdorf – Wolfpassing Grundeinlöse begonnen

B 303 Umfahrung Guntersdorf

Ortsumfahrungen bzw. Zulaufstrecken zur B 301 im Wiener Südraum (Himberg,

Ma. Lanzendorf, Achau, Leopoldsdorf, Zwölfaxing)

Daneben wurden Grund- und Objekteinlösungen für Engstellenbeseitigungen, Ortsdurchfahrten, Kurvenkorrekturen, Kreisverkehrsanlagen, Fahrbahnsteiler etc. begonnen oder abgeschlossen. Ebenso wurden bei einer Vielzahl von fertig gestellten Bauvorhaben die Endabrechnungen zur Grundeinlösung durchgeführt und die Grundbuchsordnung hergestellt.

Übersicht der Bauvorhaben

Fertig gestellte Bauvorhaben

A 1	Generalerneuerung Haag I/ Strengberg I
A 1	Generalerneuerung Melk
A 1	Anschlussstelle Oed
A 1	Lärmschutz Preßbaum
A 2	Vorbereitungsarbeiten Generalerneuerung Landesgrenze Wien – Guntramsdorf, 4-spuriger Ausbau
A 21	Brunn/Geb., Pannenstreifen und Spurrinnensanierung
B 1	Kreisverkehrsanlage Pöchlarn
B 2	ODF Kühnring
B 2	Göpfritz
B 2	Vitis
B 3	Donauleiten
B 4	Amelsdorf – Harmannsdorf
B 5	Verbreiterung Heidenreichstein Nord
B 10	Schwechat – Schwadorf, Spurrinnensanierung
B 12	Brunnerfeldstraße, Oberbauverstärkung
B 15	Ebergassing – Götzendorf,
B 18	St. Veit – Rotes Kreuz, Deckeninsandsetzung
B 25	Mausrodl
B 30	ODF Raabs
B 34/B 35	Kreisverkehr Hadersdorf
B 36	Grafenschlag – Eschenau
B 37	Gneixendorf – Lengenfeld
B 40	Wilfersdorf – Freiland
B 41	Kriechspur Rindlberg I und II
B 45	ODF Haugsdorf West
B 49	ODF Rabensburg
B 219	ODF Poysdorf West
B 220	ODF Groß-Schweinbarth

Neu begonnene Bauvorhaben

B 3	Luberegg
B 7	Grenzübergang Drasenhofen, Lkw-Parkplätze
B 8	Landesgrenze Wien/NÖ – Deutsch-Wagram
B 14	Südumfahrung Tulln Ost
B 35	Retz – Oberretzbach
B 38	Stausee – Friedersbach Ost
B 40	Wilfersdorf – Freiland I
B 40/L 35	Laa/Th. Kreuzung Lagerhaus
B 60	Kreuzungsombau Pottendorf
B 220	ODF Bad Pirawarth – Kollnbrunn
B 303	AST Hollabrunn West
B 304	Tulln – Frauendorf

Weitergeführte Bauvorhaben

- A 2 Vorbereitung Generalerneuerung Landesgrenze Wien/NÖ – Gunt-rams-dorf
- B 1 Entlastungsstraße Amstetten
- B 4 Umfahrung Ziersdorf
- B 37 Gföhl – Großmotten I
- B 37 Gföhl – Großmotten II
- B 119 ODF Sitzmanns
- B 306 Schottwien

Bilanz 2001

Durch die stetige Zunahme des Verkehrsaufkommens, insbesondere des rapiden Anstieges des Schwerverkehrs werden die Straßen zusehends überbeansprucht. Aber auch die zahlreichen Einbauten tragen in zunehmendem Maße zu einer fortschreitenden Zerstörung des Straßenoberbaues bei. Durch

die Sparmaßnahmen sind weitere Budgetrestriktionen eingetreten und die notwendigen Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen nicht mehr im notwendigen Umfang möglich. Um die vorhandenen Mittel noch besser einsetzen zu können, wurde mit dem Ausbau des Erhaltungsmanagement im Bereich der Bundesstraßen begonnen. Der Verwaltungsaufwand und die Bürgernähe stellen immer höhere Anforderungen an die Qualität der Erledigungen und bedingen eine höhere Qualifizierung der Mitarbeiter. Dies kann zwar einerseits durch Schulung der Mitarbeiter kurzfristig überbrückt werden, muss aber sicherlich langfristig mit einer zusätzlichen Aufnahme von höher qualifiziertem Personal abgedeckt werden. Mit der Intensivierung der Gespräche Mitte des Jahres 2001 erfolgte die Vorbereitung zur Übernahme eines wesentlichen Teiles der Bundesstraßen B in die Strukturen des Landesstraßennetzes.

Ziele 2002

Die Zielvorgaben der Abteilung Bundesstraßen wurden mit der Strukturänderung der Gruppe Straße neu definiert. Eine wesentliche Aufgabe wird der weitere Aufbau des Controllingsystems unter Zurverfügungstellung einer entsprechenden Computer-Software sein. Mit der Erstellung eines langfristigen Ausbau- und Erhaltungsprogramms in Zusammenarbeit mit dem Erhaltungsmanagement PMS wird versucht, die finanziellen Ressourcen optimal einzusetzen. Oberstes Ziel ist es hierbei, das schon bestehende Bundesstraßennetz in verkehrssicherem Zustand zu erhalten. Ein weiterer Schwerpunkt bildet die Vorbereitung der Übernahme wesentlicher Straßenstücke des Bundesstraßennetzes (B 304, B 305, B 307 und A 5) in das Netz der ASFINAG im Zuge der Verländerung der Bundesstraßen B.

Abteilung Landesstraßen

Das Arbeitsprogramm für Landesstraßen für das Jahr 2001 basiert auf dem „Mittelfristigen Bauprogramm 2001–2005“. Dieses wurde als Rahmenplanung zur Ermittlung des zustandsbedingten erforderlichen Investitionsbedarfes nach einer im Jahre 2000 durchgeführten Bewertung des gesamten NÖ Landesstraßennetzes ausgearbeitet. Die im Arbeitsprogramm vorgesehenen Baumaßnahmen wurden erfüllt. Es wurde insgesamt an 479 Baulosen gearbeitet.

Die Gesamtlänge des NÖ Landesstraßennetzes beträgt rd. 10.660 km und enthält noch rd. 4,5 km Schotterstraßen, die im Laufe der kommenden Jahre staubfrei gemacht werden. Daneben gibt es noch rd. 95 km „Naturstraßen“, die nicht asphaltiert sind und auf Grund ihres Charakters und der mangelnden Verkehrsbedeutung nicht staubfrei gemacht werden.

In Ortsgebieten wurden im Rahmen von 222 Baumaßnahmen Instandsetzungen und ortsbildgerechte Gestaltungen vorgenommen. Dabei sind nachfolgende Baulose besonders hervorzuheben:

- L 1151 Pulkau
- L 1099 Hipplès
- L 2232 Siegersdorf
- L 155 Hof/Leithaberger
- L 45 Seebarn
- L 6 Neubau
- L 35 Gnadendorf
- L 4010 Pfaffstätten
- L 137 St. Corona am Wechsel
- L 5356 Gerolding
- L 5318 Golling
- L 5295 Inning
- L 129 Böheimkirchen II

- L 110, L 5380 Böheimkirchen Mitte
 - L 5144 Pfaffing
 - L 5315 St. Margarethen/Sierning
 - L 6247 Langenhart – St. Valentin
 - L 6279 Seitenstetten
 - L 93 Waidhofen/Ybbs
 - L 82 Bärnkopf
 - L 7165 Albrechtsberg
 - L 7255 Nussendorf
 - L 56, L 8106 Großhaselbach
 - L 8027 Feinfeld
 - L 8196, L 8196A Steinbach I
- Bei Um- und Ausbaumaßnahmen wurden vor allem jene durchgeführt, die entweder aus Verkehrssicherheitsgründen oder wegen des Straßenzustandes vordringlich erforderlich waren. Außer den angeführten Ortsdurchfahrten wurden neben anderen Baumaßnahmen nachfolgende wichtige Baulose ausgeführt bzw. begonnen:
- L 2 Obersiebenbrunn–Untersiebenbrunn
 - L 35 Lagerhaus L 35 – B 40
 - L 5333 Umlegung L 5333
 - L 5117 Kreisbach, West
 - L 5380 Böheimkirchen Mitte
 - L 76 Allentsgschwendt
 - L 7255 Artstetten
 - L 67 Gerotten Nord

Der Landesstraßenbau hat – zum Teil gemeinsam mit anderen Straßenerhaltern – folgende weitere Kreisverkehrsanlagen errichtet, wodurch eine wesentliche Entschärfung der Gefahrenmomente bei den jeweils betroffenen Kreuzungsbereichen erzielt werden konnte. Dafür wurden von Seiten des Landes € 585.016,- (rd. 8,1 Mio. S) aufgewendet.

- L 27 AST Hollabrunn
- L 161/B 15 Mannersdorf
- L 18, L 19 Matzen, Josefspark
- L 4132 Ternitz – Pottschach
- L 5325/B 1 Pöchlarn Süd
- L 104/L 5333/B 209 Pöchlarn Ost
- L 96 Umfahrung Zarnsdorf mit Kreisverkehr

Auf dem Gebiet des passiven Lärmschutzes wurden 153 Ansuchen um Förderung von Lärmschutzeinrichtungen an Landesstraßen bearbeitet, wobei € 310.250,- (rd. 4,27 Mio. S) an Förderungswerber zugesagt bzw. ausbezahlt wurden.

Schwerpunkte 2001

● **Bau- und Erhaltungsprogramme zu Saisonbeginn.** Wie in den vergangenen Jahren wurde auch heuer wieder durch eine rasche Genehmigung der jährlichen Bau- und Erhaltungsprogramme die Voraussetzung für einen frühen Arbeitsbeginn und damit eine kontinuierliche Auftragserteilung an die Wirtschaft über das Kalenderjahr geschaffen.

● **Bodenmarkierungen.** Neben dem jährlichen Markierungsprogramm auf den verkehrsreichsten Landesstraßen wurden im Jahre 2001 in Entsprechung der 19. STVO-Novelle 1994 1.217 km Straßen mit einer Fahrbahnbreite von mehr als 5,5 m außerhalb von Ortsgebieten beidseitig wieder mit Randlinien versehen. Die finanziellen Aufwendungen für Bodenmarkierungen betragen insgesamt € 2.390.936,- (rd. 32,9 Mio. S)

● **Katastrophenschäden.** Für die Beseitigung derselben waren 2001 finanzielle Aufwendungen in Höhe von rund € 190.000,- (rd. 2,6 Mio. S) erforderlich.

● **Wildbachverbauung.** Für 9 Sanierungsmaßnahmen wurden € 90.792,35 (rd. 1,2 Mio. S) Zuschüsse geleistet.

● **Kollaudierungen.** Im abgelaufenen Jahr wurden für 5 Baulose die Kollaudierungen abgeschlossen und für weitere 5 Baulose diese für das Jahr 2002 vorbereitet.

● **HLAG.** Im Zuge von 12 HLAG-Großbauvorhaben wurden in Zusammenarbeit mit dem NÖ Straßendienst 38 Baumaßnahmen an Landesstraßen fertig gestellt. Im Landesvermögen wurden an Brücken und Straßen rd. 3,4 Mio. € (rd. 46,8 Mio. S) investiert. 24 weitere Maßnahmen an Landesstraßen wurden projektiert. Mit den Bauarbeiten für die Güterzugumfahrung St. Pölten, die Knoten Wagram und Rohr wurde begonnen. Die Projektierungsarbeiten für die Neubaulinien Wien-St. Pölten sind im Laufen,

für die Abschnitte Wienerwald, Tullnerfeld und Perschlingtal wurden die eisenbahnrechtlichen Verhandlungen abgeschlossen und die §-12-Verfahren eingeleitet.

● **ÖBB – Erhöhung der Verkehrssicherheit.** Die Unterführung L 6247 „Langenhart“ wurde fertig gestellt. Weiters wurden die Eisenbahnkreuzungen mit der L 12 in „Auerthal“ und der L 13 in „Bockfließ“ in Zusammenarbeit mit der ÖBB jeweils mit einer Lichtzeichenanlage ausgestattet. Die Investitionen von Seiten des Landes für diese beiden Anlagen betragen rd. € 363.000,- (rd. 5,0 Mio. S)

● **Niveaufreimachungen von Eisenbahnkreuzungen.** In Erfüllung des mit den ÖBB aus Anlass der „Neuen Bahn“ 1988 abgeschlossenen Übereinkommens (samt Nachträgen) zur Niveaufreimachung von 39 Eisenbahnkreuzungen wurden bisher 29 Niveaufreimachungen verwirklicht. Hiefür wurden vom Land Niederösterreich bis 2001 € 4.634.931,-

(rd. 63,8 Mio. S) für die ausgeführten Maßnahmen investiert. Die Unterführung der L 5319 „Holzenerstraße“ in „Krummußbaum“ wurde fertig gestellt. Die Projektierung für die Unterführung L 80 „Behamberg“ wurde abgeschlossen, und es wird im Jahr 2002 mit den Bauarbeiten begonnen werden. Die Projektierungsarbeiten für die Vorhaben L 2297 „Überführung Kirchstetten“ sowie für die Unterführung L 156 „Gramatneusiedl“ wurden weitergeführt.

Wiederverwertung von Altmaterialien

Durch die Wiederverwendung von Altmaterialien wird seit Jahren ein wertvoller Beitrag für den Umweltschutz geleistet. Im heurigen Jahr wurden rund 71.000 t Asphaltaufbruch für neue ungebundene Tragschichten wiederverwendet.

Abteilung Brückenbau

Schwerpunkte 2001

Die Abteilung Brückenbau ist zuständig für alle Brücken auf Autobahnen und Schnellstraßen und für Brücken mit einer Stützweite größer als 20 m im Zuge von Landesstraßen L und Bundesstraßen B, für Signalbrücken und Überkopfwegweiser, für Tunnel sowie für geankerte Konstruktionen. Im Herbst 2001 wurde eine eintägige Schulung der A- und B-Techniker mit den Schwerpunkten Bauarbeitenkoordinierungsgesetz, ÖNORM B 4700 und ÖNORM B 4702 (Stahlbeton- und Brückenbaunorm), Vertragsbestimmungen, kathodischer Korrosionsschutz, Planungsprämissen der ASFINAG, Abdichtungen bei Brücken und neue technische Entwicklungen durchgeführt. Die Donaubrücke Pöchlarn wurde im November planmäßig für den Verkehr freigegeben. Im Bereich der Brückenprüfung und Begutachtung von Schwertransporten wurden im Interesse der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer beachtliche Leistungen erbracht. Das technische Personal der Abteilung hat 1.616 Stellungnahmen zur Befahrbarkeit mit Schwertransporten abgegeben und 347 Brückenprüfungen für Brücken mit Stützweite größer als 10 m durchgeführt. Für 2 Brücken wurden Untersuchungen des Chloridgehaltes erstellt. An Zivilingenieure wurden 12 Brückenprüfungen vergeben. Für 3 Gemeindebrücken wurden statische Nachrechnungen durchgeführt. In Summe wurden aus dem Archiv 791 Brücken-

fazikel aussortiert und an die zuständigen Straßenbauabteilungen übergeben. Die Techniker der Abteilung haben 122 Kolksonderprüfungen an Brücken und 25 Sonderüberwachungen an Brückenpfeilern durchgeführt. Die neue bundeseinheitliche Brückendatenbank wurde durch die Eingabe von Brückendaten voll funktionsfähig, weiters wurde mit dem Ausdruck der Brückenstreifen begonnen, um die Brückenbücher zu aktualisieren. Auch der Routinebetrieb der Vollkostenrechnung wurde planmäßig weitergeführt.

Neubautätigkeit bei Autobahnbrücken

● **A 4.** Bei 2 Brücken wurden in der Richtungsfahrbahn Wien Lärmschutzwände errichtet – fertig.

● **A 21.** Bei 2 Brücken wurde das Tragwerk erneuert und verbreitert – fertig.

● **A 1.** Bei 2 Brücken wurden in der Richtungsfahrbahn Wien Lärmschutzwände errichtet – fertig.

Neubautätigkeit bei Bundesstraßenbrücken

● **B 121.** B 1 (neuer Ast) in Amstetten – in Bau.

● **B 4.** Ziersdorf – 3 Brücken im Rohbau fertig; 1 ÖBB-Objekt in Bau.

● **B 37.** 3 Brücken im letzten Bauabschnitt in Bau.

● **B 7.** Umfahrung Wolkersdorf: alle Brücken – fertig.

● **B 209 bei Pöchlarn.** Bei der Donaubrücke Pöchlarn erfolgte die Verkehrsfreigabe im November 2001, bis Ende Februar 2002 werden die Restarbeiten beendet.

● **BN 1.** Bei der Umfahrung Amstetten wurden 2 Brücken errichtet – fertig.

Neubautätigkeit bei Landes-Brücken

L 2133 Brücke über den Hauptgraben in Königstetten – in Bau.

L 601 Brücke über den Russbach bei Glinzendorf – fertig.

L 2221 Brücke über die Perschling bei Diendorf – in Bau.

Instandsetzung

Autobahnen

A 2 Ast Wöllersdorf, Sanierung Ausfahrtsspur – fertig

A 1 14 Brücken im Baulos Haag I, Richtungsfahrbahn Wien wurden verbreitert und instand gesetzt, auf der Richtungsfahrbahn Linz wurden diese Objekte verbreitert – fertig.

A 1 14 Brücken im Baulos Melk, Richtungsfahrbahn Linz wurden verbreitert und instand gesetzt – fertig.

Schnellstraßen- und Bundesstraßenbrücken

- B 1 2 Brücken über die Traisen und den Melkfluss – fertig.
- B 119 2 Brücken über den Tiefenbach – fertig.
- B 121 Brücke über den Schintergraben bei Rein – fertig.
- B 49 Donaubrücke Hainburg – in Bau.
- B 3a Donaubrücke Melk – fertig.
- B 25 Talübergang Lunz am See – fertig.

Landesstraßenbrücken

- L 10 Brücke über die Zaya in Asparn/Zaya – in Bau.
- L 12 Brücke über den Russbach in Pöllichsdorf – fertig.
- L 2064 Brücke über die ÖBB bei Mannswörth – in Bau.
- L 2259 Brücke über die Westbahnbrücke in Neulengbach – fertig.

Probleme 2001

Das größte Problem stellt die starke Überalterung der Führungskräfte dar, drei Diplom-Ingenieure befinden sich im siebenten Lebensjahrzehnt, ein weiterer

knapp vor seinem sechzigsten Geburtstag. Soll also der hohe Standard der Brückenbauabteilung einigermaßen gehalten werden, wären dringend Nachbesetzungen erforderlich zur Gewährleistung einer minimalen Einarbeitungszeit. Im Dienstpostenplan der Abteilung sind Klammerposten vorhanden, die also bei Pensionierungen nicht nachbesetzt werden. Gleichzeitig steigen jedes Jahr die Baumittel beträchtlich an. Es wird aber nicht möglich sein, mit immer weniger Personal immer mehr Geldmittel zu verbauen.

Ziele 2002

Die langfristigen Zielvorgaben des Brückenbaues – Erhaltung bzw. Sicherung der ausreichenden Verkehrssicherheit der Brücken, Überkopfwegweisern, Tunnel und geankerten Konstruktionen und angepasster Neubau dieser Brücken und technischen Objekte – haben weiterhin Gültigkeit. Nachdem der Neubau der lastbeschränkten Brücken in Niederösterreich weitgehend abgeschlossen ist, haben sich neue große Herausforderungen für den Brückenbau ergeben durch die kommenden immer grö-

ßer werdenden Aufgaben bei der Generalinstandsetzung der Autobahnen und beim Ausbau des übergeordneten Straßennetzes. Die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit sind somit die Vorarbeiten für die Donaubrücke Traismauer, die Generalinstandsetzung der Autobahnen und der Ausbau des übergeordneten Straßennetzes einschließlich Brücken.

Statistik 2001

Neben den normalen Projektierungsarbeiten hat sich die Brückenplanung weiter intensiv mit der guten Gestaltung von Brücken im Rahmen des Landschafts- und Ortsbildes befasst.

An Brückenprojekten wurden bearbeitet:

auf Autobahnen und Schnellstraßen	65
auf Bundesstraßen	47
auf Landeshaupt- und Landesstraßen	18

Die Gesamtausgaben für Projektierung, Neubau und Erhaltung betragen 465 Mio. S. Der Anteil der Erhaltung am Gesamtaufwand beläuft sich auf 34%.

Abteilung Straßenspezialtechnik

Die Hauptaufgabe der Abteilung Straßenspezialtechnik ist die Bereitstellung aller – das Kerngeschäft des NÖ Straßendienstes, den „Unternehmerzweck“ ermöglichenden und unterstützenden – Anlagen, Einrichtungen und Dienstleistungen. Dabei ist der Nutzen dieser „Infrastruktur“ für die Benutzer zu optimieren, unter Beachtung der Gesamtkosten („Facility Management“).

Die Abteilung Straßenspezialtechnik umfasst folgende Fachbereiche und Aufgabengebiete:

- **Liegenschaften (L).** Betriebsnotwendiges Liegenschaftsmanagement
- **Finanzen und Controlling (FC).** Effizientere Kreditbewirtschaftung und Controlling
- **Straßenhochbau inklusive Gebäudetechnik (SH).** Betriebliche Hochbauten samt Gebäudetechnik (Tankstellen und Heizungsanlagen) des NÖ Straßendienstes zu errichten, auszustatten und zu erhalten. Dazu zählen neben den Gebäuden der Straßen-, Autobahn- und Brückenmeistereien auch Winterdienststützpunkte sowie die Verwaltungsgebäude der acht NÖ Straßenbauabteilungen.
- **Verkehrsinformationssysteme (VI).** Errichtung sowie Aufrechterhaltung des Betriebsfunknetzes und der Verkehrsinformationssysteme (z. B. Video-, Glätte-

melde- und Geschwindigkeitswarnanlagen bzw. Wechselverkehrszeichen und Notrufsäulen)

● **Verkehrstechnik (VT).** Errichtung und Erhaltung von Verkehrssicherungsanlagen (z. B. Ampeln, Blinklichter und Straßenbeleuchtungen etc.)

Die Abteilung Straßenspezialtechnik schafft somit jene Voraussetzungen und Einrichtungen, die für die Erhaltung und Hebung der Verkehrssicherheit des Straßennetzes erforderlich sind (siehe Grafik „Projektierungs- und Bauleistungen“, Seite 231).

Liegenschaften

Das betriebsnotwendige Liegenschaftsmanagement ist Kernaufgabe.

Von der Abteilung wurden Grundstücke und Objekte abverkauft, die für den NÖ Straßendienst entbehrlich geworden sind. Durch den Abverkauf konnten Einnahmen beim Land von € 58.428,96 (S 804.000,02) und beim Bund von € 38.952,64 (S 536.000,01) verbucht werden. In den Gebäuden des NÖ Straßendienstes wurden 130 Dienstwohnungen, 23 Einzelräume und 25 Garagen zur Nutzung zugewiesen. An Grundvergütung und Betriebskostensersatz wurden

dafür € 316.126,82 (S 4.349.999,88) vereinnahmt. Der Neubauwert der verwalteten hochbaulichen Betriebsanlagen beträgt in Summe € 411.473.587,05 (S 5.661.999.999,88), davon:

ASFİNAG:	€ 122.235.707,07 (S 1.682.000.000,-)
Bund:	€ 134.154.051,87 (S 1.845.999.999,95)
Land:	€ 155.083.829,11 (S 2.134.000.013,70)

(Siehe auch Grafik „Vergleich des Verwaltungsaufwandes . . .“, Seite 231.)

Finanzen und Controlling

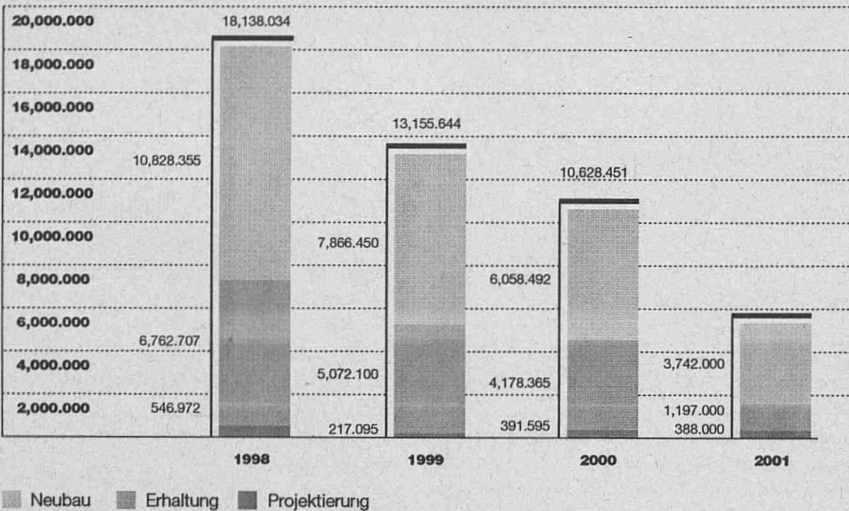
Die Schwerpunkte im heurigen Jahr lagen in der Durchführung einer effizienteren Kreditbewirtschaftung bzw. in der Führung der Abteilung mit Zahlen:

Da unser Betriebsziel nicht der Profit ist, muss unser Betriebserfolg messbar gemacht werden. Es ist daher unser eigener Maßstab zu vereinbaren, den auch ein Laie versteht. Anhand von Betriebskennzahlen wurde ein Controlling eingeführt, wo eine laufende Abgleichung zwischen Soll und Ist erfolgt, z. B. Vergleich der zur Verfügung gestellten Kreditmittel mit den tatsächlich investierten Kreditmitteln.

Projektierungs- und Bauleistungen 1998-2001 (FB: L, SH, VI, VT)

unter Berücksichtigung der Delegation von Aufgaben an die 8 Bauabteilungen

Euro



Straßenhochbau und Gebäudetechnik (inkl. Alternativenergieanlagen)

Straßenhochbau

Der Fachbereich Straßenhochbau hat die betrieblichen Hochbauten des NÖ Straßendienstes zu errichten, auszustatten und zu erhalten bzw. die Tätigkeit der Bauabteilungen bei Instandsetzungen und Instandhaltungen der betrieblichen Hochbauten zu überwachen. Zu den betrieblichen Hochbauten zählen neben den Straßen-, Misch- und Brückenmeistereien auch Winterdienststützpunkte sowie die Verwaltungsgebäude der acht NÖ Straßenbauabteilungen.

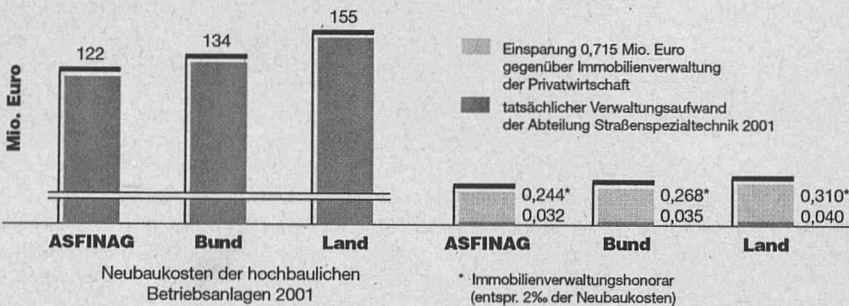
Bei allen Bauvorhaben wie z. B. auch bei Fassadenerneuerungen wurde neben der Ortsbildgestaltung auch auf eine sparsame und zugleich Energie sparende Ausführung geachtet.

Der Schwerpunkt im Jahre 2001 lag aber im Ausbau bzw. in der Verbesserung der winterdienstlichen Maßnahmen: Errichtung von Salzsilos und Soleaufbereitungsanlagen.

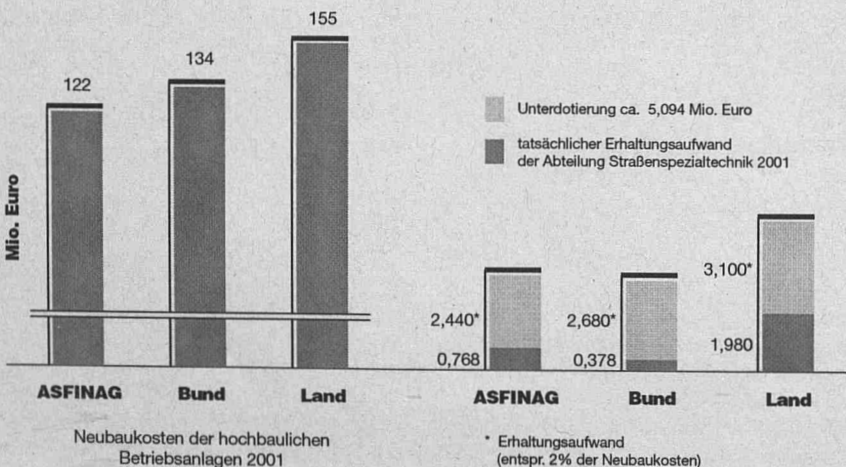
Folgende betriebliche Hochbauten der Straßenverwaltung wurden betreut:

- 1 Autobahngendarmeriedienststelle
- 13 Mischmeistereien
- 3 Außenstellen Abteilung Großprojekte
- 2 Brückenaußenstellen
- 1 Zentralbetriebswerkstätte
- 8 Amtsgebäude für die NÖ Straßenbauabteilungen
- 8 Betriebswerkstätten für die NÖ Straßenbauabteilungen
- 50 Straßenmeistereien
- 8 Brückenmeistereien
- 92 Dienststellen insgesamt (zuzüglich Stützpunkte, Straßenwärterhäuser, Lagerplätze, Streusalzsilos, Streugutsilos)

Vergleich des Verwaltungsaufwandes für hochbauliche Betriebsanlagen des NÖ Straßendienstes 2001



Vergleich des Erhaltungsaufwandes für hochbauliche Betriebsanlagen des NÖ Straßendienstes 2001



Bei welchen Anlagen im Jahr 2001 Maßnahmen gesetzt wurden, ist aus der Tabelle auf Seite 232 zu entnehmen.

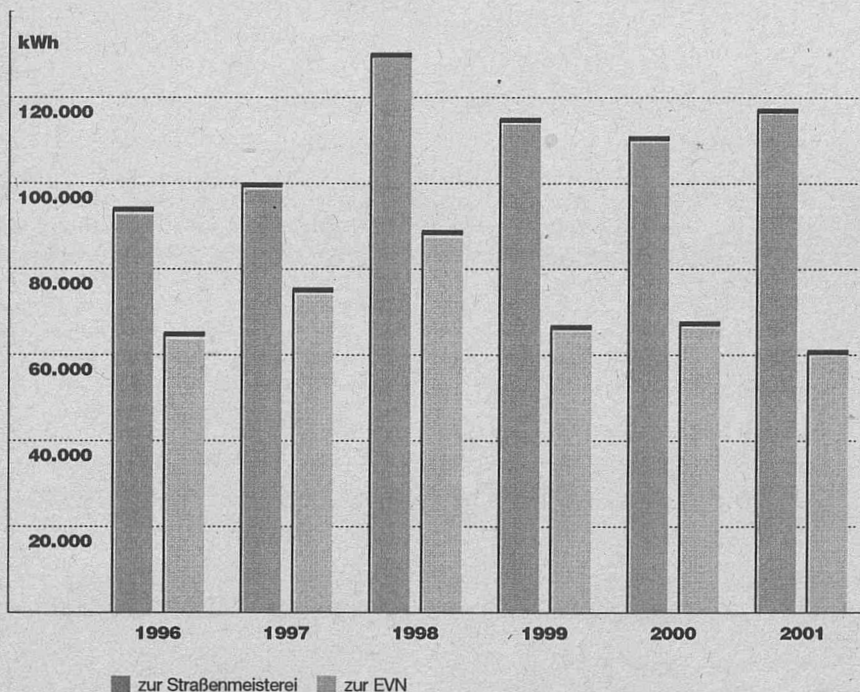
Folgende Bauvorhaben wurden 2001 fertig gestellt:

	in Mio. €	Gesamtbaukosten
Strm. Mank: Ausbau	0,102 (S 1,40)	1,090 (S 15,00)
Strm. Scheibbs: Ausbau	0,080 (S 1,10)	2,035 (S 28,00)
Strm. Waidhofen/Ybbs: Ausbau	0,102 (S 1,40)	1,588 (S 21,85)
Strm. Melk: Wärmedämmung	0,080 (S 1,10)	0,632 (S 8,70)
Summen	0,364 (S 5,01)	5,345 (S 73,55)

Insgesamt wurden von der Abteilung Straßenspezialtechnik 2001 ca. 3,126 Mio. € (43,01 Mio. S) investiert: ASFINAG: 0,768 Mio. € (10,57 Mio. S), Bund: 0,378 Mio. € (5,20 Mio. S) und Land 1,980 Mio. € (27,25 Mio. S) (Siehe auch Grafik „Vergleich des Erhaltungsaufwandes...“.)

Anlagen, bei denen 2001 Maßnahmen gesetzt wurden	Mio. €		Gesamtbaukosten	
	Mio. €	Mio. S	Mio. €	Mio. S
Soleanlagen	0,127	(1,75)		
Salzsilos				
Strm. Gaming	0,094	(1,29)		
Strm. Haag	0,113	(1,55)		
Strm. Persenbeug, Stzpkt. Altenmarkt	0,083	(1,14)		
Strm. Raabs/Th.	0,087	(1,20)		
Summe Salzsilos	0,377	(5,19)		
Baulose				
Strm. St. Pölten/Spratzern: Einstellhalle	0,131	(1,80)	0,131	(1,80)
Strm. Pressbaum: Instandsetzungen	0,219	(3,01)	0,715	(9,84)
Strm. Warth: Instandsetzungen	0,052	(0,72)	0,506	(6,96)
Strm. St. Pölten/Spratzern: Instandsetzung	0,035	(0,48)	1,212	(16,68)
Brm. St. Pölten/Spratzern: Tore	0,035	(0,48)	0,035	(0,48)
Strm. Ybbs: Instandsetzungen	0,122	(1,68)	0,523	(7,20)
Strm. Mank: Ausbau	0,102	(1,40)	1,090	(15,00)
Strm. Scheibbs: Ausbau	0,080	(1,10)	2,035	(28,00)
Strm. Melk: Wärmedämmung	0,080	(1,10)	0,632	(8,70)
Strm. Herzogenburg: Neubau	0,218	(3,00)	2,980	(41,01)
BA Hollabrunn: Zu- und Umbau	0,218	(3,00)	0,763	(10,50)
Strm. Retz: Dachsanierung	0,342	(4,71)	0,382	(5,26)
Strm. Atzenbrugg: Endausbau	0,218	(3,00)	0,618	(8,50)
Strm. Pottenstein: Dachsanierung	0,174	(2,39)	0,363	(5,00)
Strm. Waidhofen/Ybbs: Ausbau	0,102	(1,40)	1,588	(21,85)
Strm. Waidhofen/Ybbs: denkmalgerechte Instandsetzung	0,349	(4,80)	0,458	(6,30)
Strm. Schrems: Ausbau	0,145	(2,00)	0,276	(3,80)
Summe Baulose	2,302	(31,68)	9,739	(134,01)
Summen Gesamt	3,126	(43,01)	14,811	(203,80)

Stromlieferungen der Windkraftanlage St. Pölten 1996–2001



Gebäudetechnik und Alternativenergieanlagen

Die NÖ Straßenmeistereien werden zu ca. 50% mit Gas, zu ca. 35% mit Hackgut, zu ca. 12% aus ölbefeuerten Zentralheizungsanlagen und zu ca. 3% aus Wärmepumpenanlagen mit Heizenergie versorgt. In den Straßenmeistereien Ybbs, St. Pölten/West und Wolkersdorf wurden

heuer die Hackgutfeuerungsanlagen umgebaut. Im Stützpunkt Gscheid wurde eine neue Zentralheizungsanlage errichtet. In der Straßenmeisterei St. Pölten/Spratzern erfolgte der Umbau der Heizungsverteiler. In der Straßenmeisterei Atzenbrugg wurde eine Eigentankanlage errichtet und in den Straßenmeistereien Spitz und Wr. Neustadt wurden die Zapfsäu-

len bzw. Datenübertragungsgeräte für die Eigentankanlagen erneuert. In der Brückenmeisterei Alland wurde ein Industriekran mit einer Tragkraft von 4.800 kg errichtet. In der Straßenmeisterei Melk und in der Betriebswerkstätte Wr. Neustadt wurden die Auspuffabsaugungen erneuert. Die Projektierungsarbeiten für die haustechnischen Anlagen beim Neubau der Straßenmeisterei Herzogenburg bzw. beim Umbau der Bauabteilung Hollabrunn wurden durchgeführt. Die Überprüfungen gemäß den ÖVE-Vorschriften der elektrischen Anlagen der Straßenmeistereien bzw. die daraus resultierenden Mängelbehebungen wurden entweder selbst durchgeführt (z. B. St. Pölten/Spratzern, Pottenbrunn und Atzenbrugg) oder an die Straßenbauabteilungen delegiert.

Windkraftanlagen

Die Windkraftanlage in St. Pölten befindet sich bereits 7,5 Jahren in Betrieb und hat bisher 1.330.690 kWh Strom erzeugt. Das abgelaufene Jahr war mit einer Erzeugung von 175.890 kWh ein eher durchschnittliches Windjahr. In der Straßenmeisterei St. Pölten wurden ca. 66% der im Jahr 2001 erzeugten Windenergie verbraucht, während die restlichen 34% in das öffentliche Stromnetz der EVN geliefert wurden. Die nebenstehende Grafik zeigt den Verlauf der Stromerzeugung der Jahre 1996–2001 und die Aufteilung auf Lieferung an die Straßenmeisterei und an die EVN. Ähnlich verhält es sich mit der Windkraftanlage in Zistersdorf. Diese Anlage ist mit einer Leistung von 30 kW wesentlich kleiner als die Anlage in St. Pölten. Die Anlage hat im abgelaufenen Jahr 40.411 kWh Strom erzeugt. Davon wurden 14.120 kWh in der Straßenmeisterei Zistersdorf verbraucht und die Differenz von 26.291 kWh an die EVN geliefert. Beide Windkraftanlagen wurden heuer mittels Bescheid der NÖ Landesregierung als Ökoanlagen anerkannt.

Übrige Anlagen und Alternativenergieanlagen

Vom Fachbereich wurde eine Anzahl von Heizungs- und elektrischen Anlagen betreut, und zwar:

- 21 Hackgutheizungen
- 5 Fernwärme-(Biomasse-)Heizungen
- 42 Sonstige Heizungsanlagen
- 60 Wasseraufbereitungsanlagen (Entkalkungsanlagen)
- 10 Photovoltaikanlagen
- 37 Warmwasser-Sonnenkollektor-Anlagen
- 14 Wärmepumpen-Anlagen für Warmwasser bzw. Heizungen
- 2 Windkraftanlagen
- 65 Tankanlagen
- 65 Stark- und Schwachstromanlagen

Fachbereich Verkehrsinformationssysteme

Der Fachbereich Verkehrsinformationssysteme ist in die Bereiche Verkehrsinformationssysteme und Funk gegliedert.

Verkehrsinformationssysteme

Im Jahr 2001 lag der Schwerpunkt bei der immer schwieriger werdenden Instandhaltung der teilweise bis zu 20 Jahre alten 40 Glatteiswarnstationen sowie bei der Instandhaltung der 22 Videoanlagen. 3 Glatteiswarnstationen sowie 7 Videoanlagen wurden für den Winterdienst neu installiert. Für den von der Firma Siemens verlegten Lichtwellenleiter wurde die elektrotechnische Bauüberwachung durchgeführt und für die Aufrechterhaltung der ABSA-Leitung und damit der Notrufsäulen Sorge getragen.

Funk

Die grundsätzliche Notwendigkeit eines eigenen Betriebsfunknetzes für den NÖ Straßendienst wird durch ein Projektteam geprüft. Ein Projektteam erarbeitete eine Lösung für ein zukunftsorientiertes Betriebskommunikationssystem für den NÖ Straßendienst:

Flächendeckend wird auf die Infrastruktur eines Mobilfunkbetreibers zurückgegriffen, und im hochrangigen Straßennetz wird zusätzlich ein Linienfunk installiert.

Zukünftig soll die Betriebskommunikation per Handy im GSM-Netz erfolgen und zusätzlich am hochrangigen Straßennetz ein sogenannter Linienfunk vorgehalten werden.

Vom Fachbereich wurde eine Anzahl von Anlagen betreut, und zwar:

- 40 Glatteiswarnstationen
- 22 Videoanlagen
- 5 Geschwindigkeitswarnanlagen
- 1.058 Funkgeräte
- 30 Funk-Relaisstationen
- 123 Funk-Notrufsäulen
- 12 GSM-Notrufsäulen
- 367 Notrufsäulen an der ABSA-Linie

Fachbereich Verkehrstechnik

Verkehrssicherungs- und Verkehrsleit-einrichtungen wie Lichtsignalanlagen, Blinklichtanlagen, Beleuchtungen, Verkehrsleitanlagen und elektrotechnische Ausrüstungen in Tunnelbauten bilden die Voraussetzung, um den Straßenverkehr in vielen Teilen Niederösterreichs möglichst unfallfrei und flüssig abzuwickeln.

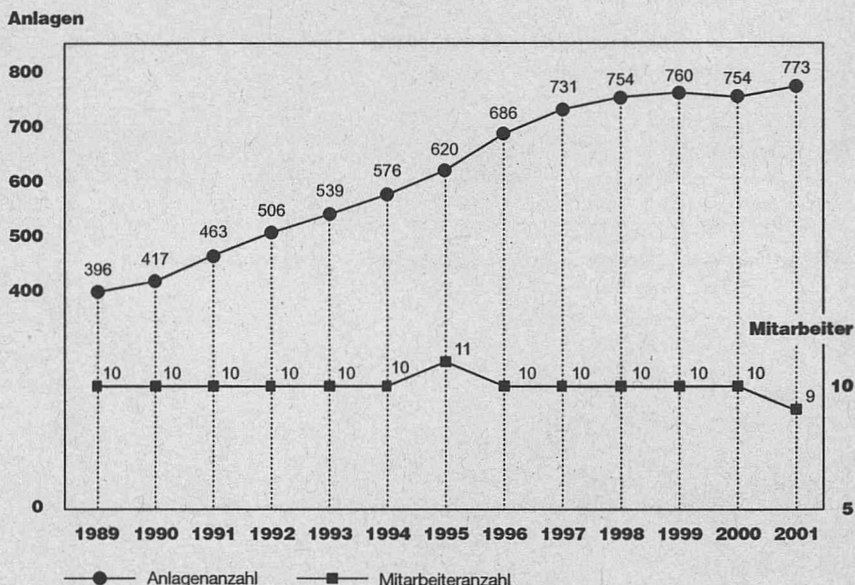
Auf Grund behördlicher Anordnung wurden zur Hebung der Verkehrssicherheit und Unfallreduktion 20 Ampelanlagen sowie 18 Sonderanlagen errichtet und 14 Anlagen umgebaut (Aktion Schutzensgel 11 Anlagen).

Von der ortsansässigen Bevölkerung und Elternvereinen wird aus einem wachsenden Sicherheitsbedürfnis heraus der weitere Bau von Signalanlagen nachhaltig gefordert. Bei Bau und Planung sämtlicher Anlagen (Verkehrsbeleuchtungen, Signalanlagen, Tunnel) wird auch besonderes Augenmerk auf möglichst geringen Energieverbrauch sowie auf eine zum Ortsbild passende Gestaltung Wert gelegt.

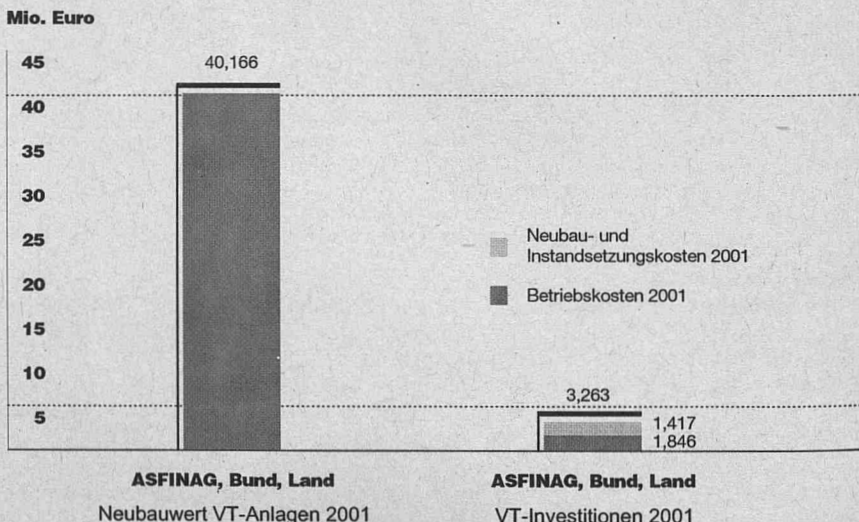
Eine neue Technologie hat sich bei den Signalen durchgesetzt und wird nun bei allen Neu- und Umbauten eingesetzt. Anstatt Glüh- und Halogenlampen erhellen nun Leuchtdioden die Signale. Die neuen Signale sind wesentlich besser zu erkennen; damit ist auch ein Schritt zur größeren Verkehrssicherheit getan. Ein weiterer wichtiger Vorteil ist der geringe Energieverbrauch, und auch die Erhaltungskosten lassen sich deutlich reduzieren. Dadurch soll bei den Betriebskosten, welche derzeit für alle Anlagen in NÖ ca. 1,846 Mio. € (25,40 Mio. S) betragen, eine Entlastung eintreten. Eine wichtige Aufgabe besteht in der Wartung und im Aus-

3

Anzahl der Verkehrsicherungsanlagen (ohne Steuerzentralen) und Mitarbeiterstand



Vergleich Neubauwert VT-Anlagen mit den Neubau-, Instandsetzungs- und Betriebskosten 2001



Einsatz erneuerbarer Energien in Straßenhochbauten



bau zentraler Verkehrssteuerungen zwecks „Grüner Welle“. In den Bezirken nahe Wien und in den Magistraten sind derartige Rechner unseres Fachbereiches bereits im Einsatz. Diese Rechner ermöglichen die vernetzte und koordinierte Schaltung angeschlossener Ampelanlagen sowie deren funktionelle Überwachung durch die Exekutive.

Für die moderne und zukunftsorientierte Verkehrssteuerung sind laufend Planungsarbeiten und Wartungsarbeiten an den Programmen erforderlich. Eine Reihe von Verbesserungen wurde in diesem Bereich 2001 vorgenommen, 5 Anlagen neu an diese Netze angeschlossen. In Zukunft wird vor allem das Zusammenwirken dieser Verkehrsrechner mit

dem von der ASFINAG geplanten Verkehrsleitsystem Wien/Süd eine besondere technische Herausforderung werden. Die Ampelanlagen im Umland von Wien müssen zu den Spitzenzeiten Verkehrsmengen bewältigen, welche die Leistungsfähigkeit der Straßen übersteigen. Diesem Problem wird vermehrt durch den Bau von vollverkehrsabhängigen Ampeln begegnet, die besser auf plötzlich auftretende Verkehrsverlagerungen reagieren. Derzeit umfasst die Erhaltung 799 Verkehrssicherungseinrichtungen:

- 466 Verkehrslichtsignalanlagen
- 112 Blinklichtanlagen
- 152 Verkehrsbeleuchtungen
- 43 Sonderanlagen
(z. B. elektrotechn. Tunnelausrüstungen)
- 26 Verkehrssteuerzentralen

Zusätzlich werden betreut:

- 97 stationäre Radarstandorte
- 32 automatische Verkehrszählstellen

Die Betriebskosten für diese Anlagen belaufen sich auf ca. 1,846 Mio. € (25,40 Mio. S) Für die notwendigen Anpassungen der diversen Anlagen (Unfallschwerpunkt, Verkehrsumlenkung und Verbesserungen bei Beleuchtungen an Bundesstraßen) und für Maßnahmen bei Gefahr in Verzug wurden ca. 0,378 Mio. € (5,20 Mio. S) investiert. Die Investitionen für Neubaumaßnahmen betragen auf Bundesstraßen ca. 0,661 Mio. € (9,10 Mio. S) und auf Landesstraßen ca. 0,378 Mio. € (5,20 Mio. S) Der Neubauwert aller Anlagen beträgt ca. 40,166 Mio. € (552,70 Mio. S). Bei der Errichtung fast aller Anlagen ergeben sich durch die immer höhere Dichte bestehender Einbauten (Strom, Gas, Wasser, Post, Kanal, Telekabel, Fernheizung u. dgl.) zunehmend Probleme.

Abteilung Großprojekte

Schaffung einer neuen Abteilung

Die NÖ Landesregierung hat am 16. Jänner 2001 die Neustrukturierung der Gruppe Straße beschlossen. Die wichtigste Maßnahme war dabei die Schaffung der Abteilung für die Realisierung von Großprojekten. Diese ist aus der Abteilung Straßenplanung hervorgegangen. Ziel war es, ein Kompetenzzentrum für die Planung und Baudurchführung von Großprojekten zu schaffen. Um eine möglichst rasche Umsetzung und Straffung der Abläufe vom Startschuss für die Planung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bis zur Verkehrsfreigabe zu

ermöglichen, war es erforderlich, diese Aufgaben in einer Abteilung zu konzentrieren. Die Abteilung Großprojekte liefert somit eine schlüsselfertige Straße für die Verkehrsteilnehmer.

Großprojekte

- Großprojekte sind u. a. die Planung, der Neubau oder der Ausbau folgender Vorhaben:
- A 5 Nordautobahn: von Eibesbrunn bis Drasenhofen – 60 km
 - B 303 Weinviertel Straße: von Stockerau (A 22) bis Kleinhauzdorf – 46 km

- B 304 Stockerauer Straße: von Tulln bis Krems – 35 km
- B 305 Wiener Nordostrand-Straße: von Leobendorf (A 22) über Eibesbrunn (A 5, B 7), Deutsch Wagram (B 302) bis Großenzersdorf (B 3) – 35 km
- B 307 Parndorfer Straße: von der Staatsgrenze bei Kittsee nach Parndorf (A 4) – 21 km – gemeinsam mit dem Burgenland
- Die Ortsumfahrungen im Südraum Wien im Zusammenhang mit der Errichtung der B 301 Wiener Südrand-Straße wie die Umfahrung Achau (B 11), die Westspange Rannersdorf (B 14), die Umfahrungen Himberg und Lanzendorf (B 15) und die Umfahrung Zwölfaxing (B 233)

- Vollausbau der S 33 Kremser Schnellstraße sowie Bau der Donaubrücke Traismauer
- Generalerneuerungsbaulose auf der A 1 Westautobahn und A 2 Südauto- bahn und Umgestaltung des Knoten Vösendorf
- 3-streifiger Ausbau der A 22 Donau- uferautobahn
- City-Tunnel Waidhofen/Ybbs im Zuge der B 31 Ybbstalstraße
- Umsetzung des Schwerpunkt- parkplatzkonzeptes der ASFINAG

Chronologie und Aufgaben 2001

- Bestellung des Abteilungsleiters mit Regierungsbeschluss vom 20. März 2001
- Aufnahme der Tätigkeit in der neuen Struktur mit 2. April 2001
- Weiterführung der bisherigen Planungstätigkeit und sukzessive Übergabe an die Abteilungen Bundesstra- ßen, Landesstraßen bzw. die jeweils regional zuständigen NÖ Straßenbauab- teilungen
- Weiterführung und Beschleunigung der Planungsprozesse für Großbauvor- haben durch die neugeschaffene Abtei- lung
- Erstellung von konkreten Ablaufplä- nen für Planung, Finanzierung und Bau, aufbauend auf den vorhandenen Unter- lagen

Innere Struktur der Abteilung Großprojekte

- Leitung und Sekretariat
- Zentrale Koordinierung Planung
- Zentrale Koordinierung Bau
- Projektmanagement Donauraum
- Projektmanagement Südraum
- Projektmanagement Weinviertel
- Projektmanagement Zentralraum

Aufgaben der Projektmanagementbereiche

Donauraum

- Vierstreifiger Ausbau der B 304 Sto- ckerauer Straße zwischen Tulln und Krems
- Planung und Bau der Donaubrücke Traismauer (S 33)

- Planung und Bau der B 14 Umfah- rung Klosterneuburg (Martinstunnel)
- A 22 Donauufer-Autobahn: 3-streifiger Ausbau, beider Richtungsfahrbahnen zwischen Korneuburg Ost und dem Knoten Stockerau
Dienststelle: 3500 Krems, Wiener Straße 121, Telefon (0 676) 812 60 74-0

Südraum

- Generalerneuerung der A 2 Südauto- bahn von Wien bis Wr. Neustadt, bis 2006 von Vösendorf bis Knoten Gunt- ramsdorf samt Umgestaltung des Kno- ten Vösendorf und Lärmschutzmaßnah- men
- Planung und Errichtung der Ortsum- fahrungen im Südraum Wien (B 11, B 14, B 15, B 16 und B 233)
- Planung der B 307 Parndorfer Straße („Spange Kittsee“)
- Umbau der Anschlussstelle Wiener Neudorf
- Planung und Errichtung der An- schlussstellen Kottlingbrunn und Bad Vöslau
- Planung der Ostumfahrung der B 17 Wiener Neustädter Straße von Oeynhau- sen bis Wr. Neustadt
- Planung der Ostumfahrung Wr. Neu- stadt (B 17 zur B 53)
Dienststelle: 2512 Tribuswinkel, Eb- reichsdorfer Straße 1-7, Telefon (0 676) 812 60 73-0

Weinviertel

- Planung und Errichtung der A 5 Nord- autobahn
- Planung und Errichtung der B 305 Wiener Nordostrand-Straße mit Knoten Eibesbrunn
- Ausbau der B 303 Weinviertel Straße
- Planung und Errichtung der Umfah- rungen an der B 46 Staatzer Straße und B 47 Lundenburger Straße
Dienststelle: 2100 Korneuburg, Mecht- lerstraße 3, Telefon (0 676) 812 60 75-0

Zentralraum

- Ausbau der A 1 Westautobahn auf 3 Fahrstreifen je Richtungsfahrbahn samt Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der Generalerneuerungen im Abschnitt Steinhäusl – Landesgrenze OÖ
- Planung und Neubau der S 34 vom Knoten St. Pölten zur B 20 (Wilhelms- burg-Traisen)

- Vollausbau der S 33 Kremser Schnell- straße im Abschnitt St. Pölten-Nord bis Traismauer-Nord
- Weiterführung City-Tunnel Waidho- fen/Ybbs der B 31 Ybbstalstraße
Dienststelle: 3109 St. Pölten, Landhaus- platz 1, Haus 17, Telefon (0 676) 812 60 76-0

Ziele 2002

Die Planungen und Rechtsverfahren, insbesondere im Bereich der A 5 im Ab- schnitt Eibesbrunn bis Schrick, der B 305 im Abschnitt B 6 bis B 7, der B 307 Spange Kittsee sowie der B 303 Umfahrung Jetzelsdorf sind soweit vor- anzutreiben, dass mit Grundeinlösun- gen und bauvorbereitenden Maßnah- men wie z. B. Rettungsgrabungen des Bundesdenkmalamtes, Leitungsverle- gungen, Umlegungen des untergeord- neten Straßennetzes etc. begonnen werden kann. Die Verfahren zur Umwelt- verträglichkeitsprüfung sind weiterzu- führen bzw. zu beginnen.

Nach den abgeschlossenen Vorarbeiten ist die Generalerneuerung der A 2 Süd- autobahn im Abschnitt Wiener Neudorf – Guntramsdorf, Richtungsfahrbahn Graz, im Jahr 2002 zu beginnen. Wei- ters ist das UVP-Verfahren für die An- schlussstelle Kottlingbrunn abzuwickeln, mit dem Ziel, noch im Jahr 2002 mit den Bauarbeiten zu beginnen.

Auf der A 1 Westautobahn sind wieder zwei Generalerneuerungsabschnitte samt Ausbau auf drei Fahrstreifen durchzuführen, nämlich der Abschnitt St. Pölten, beide Richtungsfahrbahnen mit je 6 km Länge, und Zelking im Be- reich Melk (Richtungsfahrbahn Wien: 10 km). Gleichzeitig werden die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen und Schwerpunktparkplätze errichtet.

Darüber hinaus ist ein digitales Planar- chiv aufzubauen sowie die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für die laufen- den Projekte zu verstärken.

Die Beratung der Dienststellen der Gruppe Straße in der Verfahrensabwick- lung zur Erlangung der Baureife wird ein besonderer Schwerpunkt sein.

Voraussetzung für die effektive Umset- zung ist eine intensive Aus- und Weiter- bildung der Mitarbeiter, um den hohen Anforderungen und Ansprüchen zu ge- nügen.

Das ländliche Wegenetz ist eine der Voraussetzungen für eine zeitgemäße Führung und Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe und somit für die Pflege der Kulturlandschaft. Die Förderung des Ausbaues und die Erhaltung der ländlichen Straßen und Wege erfolgt auf Antrag von Interessenten und Erhaltungsverpflichteten.

Ein Großteil der Baukosten wird durch EU-, Bundes- und Landesmittel abgedeckt, daneben unterstützen auch die Gemeinden die Förderungsmaßnahmen.

Schwerpunkte 2001

Schwerpunkte der Abteilung Güterwege waren wie in den vergangenen Jahren:

- Förderung der Errichtung von Wegeanlagen, die vornehmlich der Erschließung landwirtschaftlicher Betriebe sowie der Erschließung landwirtschaftlich genutzter Flächen und Almen dienen
- Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung des ländlichen Wegenetzes in Zusammenarbeit mit den Wegerhaltern
- Förderung von Sanierungen von ländlichen Wegen und landwirtschaftlichen Kulturlächen nach Katastrophenschäden über den Katastrophenfonds in Zusammenarbeit mit der Abteilung Landwirtschaftsförderung

- Förderung von Alm- und Weideverbesserungsmaßnahmen
- Beratung und Koordinierung von Freizeitwegen (Rad- und Reitwege)
- Hilfestellung bei der Regelung der notwendigen rechtlichen und finanziellen Erfordernisse
- Organisation und Überwachung der Baudurchführung im Auftrag des jeweiligen Förderungswerbers
- Erstellung von Fachgutachten für Schäden nach Katastropheneignissen an Gemeindestraßen, ländlichen Straßen und Wegen sowie von Rutschungen an landwirtschaftlichen Kulturlächen in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gemeinden und der Abteilung Landwirtschaftsförderung

Zur Bewältigung dieser Aufgaben sind neben der Abteilungszentrale in St. Pölten und dem Bauhof in Absdorf 8 in Niederösterreich verteilte Bauabteilungen eingerichtet.

Probleme 2001

Die Genehmigung der Sonderrichtlinie für die Umsetzung der sonstigen Maßnahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums und der damit verbundenen Erlässe des BMLFUW brachten einen erhöhten Verwaltungsaufwand mit sich.

Ziele 2002

- Verstärkte Hilfestellung und Beratung der Förderungswerber
- Beschleunigte Förderung von Projekten, um Streusiedlungen und Einzelgehöfte wirtschaftlich an das übergeordnete Straßennetz anzuschließen
- Verstärkung der Erhaltungsarbeiten für die ländlichen Straßen und Wege, um einen funktionsgerechten Ausbauzustand zu erhalten

Statistik 2001

Verkehrerschließung ländlicher Gebiete

Nationale Maßnahmen

€ 3,621.529,33 (S 49,833.330,-)

EU-kofinanziert

Programm Ländliche Entwicklung – Art. 33

€ 1,922.269,14 (S 26,451.000,-)

Erhaltung des ländlichen Wegenetzes

€ 5,632,14 (S 77,500,000,-)

Alm- und Weideverbesserungen – Land

€ 7.005,66 (S 96.400,-)

Unwetterschätzungen

€ 10,840.388,65 (S 149,167.000,-)

Diese Förderungsmittel bewirken in der regionalen Bauwirtschaft ein Umsatzvolumen von rund € 43,603.700,50 (S 600,000.000,-).

Die NÖ Agrarbezirksbehörde gliedert sich in

- die Organisationsfachabteilung
- die Rechtsfachabteilung
- die Agrartechnische Abteilung
- Zusammenlegungsfachabteilungen
- Fachabteilung für Teilung, Regelung und Forstwirtschaft
- Landwirtschaftliche Fachabteilung
- die Bodenschutzfachabteilung

Aufgaben

- Zusammenlegungs- und Flurbereinigungsverfahren
- Teilungs- und Regelungsverfahren
- Bringungsrechtsverfahren
- Landwirtschaftliche Siedlungsverfahren
- Alm- und Weideangelegenheiten

- Privatwirtschaftsverwaltung
- Bodenschutzmaßnahmen
- Flurplanungen
- Bearbeitung der der NÖ Agrarbezirksbehörde zugewiesenen Agenden des NÖ Landschaftsfonds
- Förderung von landschaftsgestaltenden Maßnahmen.

Organisationsfachabteilung

Tätigkeiten und Schwerpunkte 2001

- Öffentlichkeitsarbeit
- Erstellung von Broschüren
- Kulturtechnische Sachverständigentätigkeit
- Sonstige Aufgaben der Abteilung:
 - Führung der Kartei über die statistischen Daten bei Zusammenlegungen
 - Sammeln aller wissenschaftlichen Veröffentlichungen über Bodenreformmaßnahmen des In- und Auslandes

– Redigierung des Tätigkeitsberichtes der NÖ Agrarbezirksbehörde und aller anderen Berichte

– Herausgabe des Nachrichtenblattes der NÖ Agrarbezirksbehörde

– Ausbildungsbeauftragter

Im laufenden Jahr mussten wir für zahlreiche Veranstaltungen (Messen, Dorferneuerungspräsentationen, Projektpräsentationen) Ausstellungen konzipieren, auf- und abbauen sowie die Standbetreuung durchführen. Für die Landespräsentation bei der Bau- und Energie-

messe haben wir die Koordination und Abrechnung für die gesamte Landesverwaltung übernommen. Für die Aktion „Natur im Garten“ wurde ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit übernommen.

Rechtsfachabteilung

Tätigkeiten und Schwerpunkte 2001

Die Rechtsfachabteilung muss die Aufgaben der NÖ Agrarbezirksbehörde in rechtlicher Hinsicht betreuen und unterstützen. Dieses Feld ist sehr weit gesteckt. Die Mitarbeiter der Abteilung haben daher

- 3.033 Verhandlungen geführt; im Vordergrund standen dabei im Wesentlichen stets Fragen, die mit dem Grundeigentum zusammenhängen und deshalb mit Fingerspitzengefühl behandelt werden müssen, nämlich in den hoheitsrechtlichen Bereichen des Flurverfassungs-Landesgesetzes (Zusammenlegungen, Flurbereinigungen, Haupt-, Einzel- und Sonderteilungen, Regelungen), des Güter- und Seilwege-Landesgesetzes (Bringungsrechte, Bringungsanlagen, Güterweggemeinschaften) und des Gesetzes zur Erhaltung der Weidewirtschaft in Niederösterreich (Weideerklärungen, Genehmigung von Weidepachtverträgen, Aufhebungen der Weideerklärung);
- 158 Genehmigungen im Zusammenhang mit der Aufsichtspflicht über Agrargemeinschaften erteilt (§§ 47 und 48 des Flurverfassungs-Landesgesetzes);
- 841 Feststellungsbescheide in Siedlungsverfahren und

- 676 Feststellungsbescheide im Flurbereinigungsverfahren (nach Vorlage entsprechender Verträge) erlassen;
- an der Betreuung von Agrargemeinschaften mitgewirkt, indem verschiedenste rechtliche Probleme behandelt und Fragen beantwortet wurden, die sich in diesen Gemeinschaften ergaben. Zahlenmäßig nicht erfassbar sind darüber hinaus die vielen anderen Bescheide, Verordnungen, Verfügungen und sonstigen Mitteilungen, die das Haus in schriftlicher Form verlassen haben.

Probleme 2001

Wir waren auch in diesem Jahr ständig damit beschäftigt, alle Mitarbeiter auf dem neuesten Stand der Rechtsprechung sowohl der Oberinstanzen als auch der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts zu halten. Dies ist ein Prozess, der nie abgeschlossen werden kann. Der Betrieb der bereits bisher bestehenden Dezentralen in Hollabrunn und St. Pölten sowie der neu eingerichteten in Baden und deren Besetzung mit insgesamt acht Mitarbeitern der Rechtsfachabteilung bereitete zunehmend Schwierigkeiten bei der innerbehördlichen Kommunikation, die mit Hilfe von gemeinsamen Dienstbesprechungen nur unzureichend gelöst werden konnten.

Anträge auf Eigentumszuteilung im Flurbereinigungs- und Siedlungsverfahren stiegen – wie angesichts des ohnehin schon bisher bestandenen Aktenanfalls in diesem Bereich zu befürchten war – nach wie vor an. Diese behördliche Tätigkeit kann mit dem vorhandenen Personal kaum mehr bewältigt werden. Verzögerungen in der Bearbeitung sind deshalb kurzfristig zu erwarten. Rechtliche Meinungsverschiedenheiten mit einigen Grundbuchgerichten zogen zähe und bis zur Stunde noch nicht völlig aufgearbeitete Diskussionen über das Zutreffen der einen oder anderen Auffassung nach sich.

Ziele 2002

- Klausurtagungen und Mitarbeiterbesprechungen mit dem Ziel, eine fachabteilungsintern weitestgehend einheitliche Vorgangsweise zu finden
- Stetige Verbesserung der innerbehördlichen Zusammenarbeit mit den anderen Fachabteilungen
- Verstärkte Kontakte mit den Oberbehörden
- Bewältigung der organisatorischen und personellen Probleme, die sich aus dem Betrieb der Dezentralen ergeben

Tätigkeitsbereiche und Schwerpunkte 2001

Die Agrartechnische Abteilung wird vom Technischen Leiter fachlich geleitet. Sie umfasst fünf technische Fachabteilungen (drei Zusammenlegungsfachabteilungen, die Fachabteilung für Teilung, Regelung und Forstwirtschaft, die landwirtschaftliche Fachabteilung) und die Stelle Ökologie, Alm und Weide.

Zusammenlegungsfachabteilungen

Die Zusammenlegungsfachabteilungen betreuen die einzelnen Zusammenlegungs- und Flurbereinigungsverfahren. Aufklärung und ständige fachliche Beratung der Operationsleiter gehören ebenso zur Aufgabe der Zusammenlegungsfachabteilungsleiter wie die Erfüllung von Spezialaufgaben:

- Luftbild GIS (geograph. Informationssystem)
- Elektronische Vermessung
- EDV-Koordinierung
- Gruppenflurbereinigung
- Amtsinterne Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen
- Betreuung von Pilotprojekten
- Verhandlungen mit dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen
- Kontakte mit anderen Dienststellen des Landes und des Bundes bei der Klärung von Grundsatzfragen Agrarverfahren betreffend
- Aufklärung und Motivation für die Durchführung von Agrarverfahren

Statistik 2001

36 Flurbereinigungsverfahren mit 912 ha und 503 Parteien

4 Zusammenlegungsverfahren mit 804 ha und 259 Parteien

40 Verfahren mit 1.716 ha und 732 Parteien

Flurplanung

Die Flurplanung dient den Gemeinden als Entscheidungshilfe für die Einleitung eines Zusammenlegungs- oder Flurbereinigungsverfahrens. Darüber hinaus kann auch der vielfach gewünschte Güterwegeausbau sinnvoll erfolgen. Richtet er sich nach der Flurplanung, dann kann er ein später nachfolgendes Agrarverfahren nicht behindern.

Die Gemeinden bekommen als Ergebnis der Flurplanung Planungsunterlagen (Luftbilder, Wegenetzvorschläge, Kostenpläne), die ihnen die Entscheidung: „Kommissierung ja oder nein“ erleichtern.

Die Flurplanung kann aber auch in anderen Bereichen wertvolle Arbeit leisten. In vielen Gemeinden besteht der Wunsch

nach Landschaftsplanung; ohne zu nächst an ein Bodenordnungsverfahren zu denken, können mittels Flurplanungsverfahren Landschaftspläne erstellt werden.

Weinbau 2001

Im Rahmen nationaler Stilllegungsaktionen wurden in Niederösterreich ca. 3.000 ha Weingärten gerodet. Nach Ablauf einer 6-jährigen Stilllegungszeit besteht die Möglichkeit zur Wiederauspflanzung auf diesen Flächen, auf neuen Feldstücken (sofern sie in einer Weinbauflur liegen) oder aber im Falle der Reduktion oder Aufgabe des Weinbaues zur Weitergabe des Auspflanzrechtes. Werden die Kontingente bis 2003 nicht ausgepflanzt, verfallen sie. Ziel ist:

- Der Weinbau muss wieder in geschlossenen Fluren, und zwar in Gunstlagen betrieben werden. Nur dort ist es möglich, konstant hohe Qualitäten und regelmäßige Erträge zu produzieren, ohne Frostschäden befürchten zu müssen. Weinbaustreulagen sollen langfristig zu geschlossenen Fluren zusammengeführt werden.

- Geschlossene landschaftsprägende Elemente und Weinwanderwege sind für die Weinbauern die beste Ausgangslage für ihre Produkte.

Die NÖ Agrarbezirksbehörde hat daher in Zusammenarbeit mit der NÖ Landeslandwirtschaftskammer ein Konzept unter dem Begriff „Weinbau 2000“ entwickelt, um folgende Ziele zu erreichen:

- Durch Flurbereinigung sollen größere Weingärten entstehen und „Altlasten“ beseitigt werden.
- Wasserrückhaltebecken sollen das Entstehen von Erosion hintanhaltend bzw. den Wasserhaushalt der Weinbergböden verbessern.
- Windschutzgürtel bieten die Möglichkeit, die Bodentemperaturen zu erhöhen, Erosionsschutz zu erreichen und als Landschaftselemente zu wirken.

Fachabteilung für Teilung, Regelung und Forstwirtschaft

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Fachabteilung für Teilung, Regelung und Forstwirtschaft lag bei der Teilung von agrargemeinschaftlichen Grundstücken, teilweise in Verbindung mit einem Zusammenlegungsverfahren. Regelungsverfahren und die in diesem Zusammenhang anfallenden forstlichen und vermessungstechnischen Arbeiten sind ein weiterer Tätigkeitsbereich. Gutachten und Stellungnahmen für Rodungen, Bringungsrechte, Weideangelegenheiten, Aufforstungen und Flurbereinigungen wurden ebenfalls durchgeführt.

Die NÖ Agrarbezirksbehörde ist Aufsichtsbehörde für sämtliche Agrarge-meinschaften Niederösterreichs.

Statistik 2001

13 Flurbereinigungsverfahren mit 152 ha und 61 Parteien
6 Regelungsverfahren mit 286 ha und 132 Parteien
2 Teilungsverfahren mit 11 ha und 33 Parteien
22 Wirtschaftsplanerneuerungen mit 1.828 ha und 714 Parteien

Landwirtschaftliche Fachabteilung

Die Haupttätigkeit der landwirtschaftlichen Fachabteilung lag in der amtlichen Bewertung der Grundstücke im Zuge von Zusammenlegungsverfahren und in der Erstellung von Gutachten für alle Bodenreformaßnahmen, insbesondere für Einleitungen und Übergaben sowie in Rodungsverfahren für die zuständige Forstbehörde.

Für Zusammenlegungsverfahren wurden für die besonders erosionsgefährdeten Bereiche Erosionsberechnungen durchgeführt, die den Landwirten deutlich vor Augen führen, welche Mengen wertvollsten Bodens durch Wind- und Wassererosion jährlich verloren gehen. Zahlreiche Schlichtungsverfahren in Bezug auf Bodenreform wurden durchgeführt.

Telehäuser

Die in unserem Haus entwickelte Idee der Telehäuser mit dem 1. Telehaus in Niederösterreich in Eschenau (Bezirk Lilienfeld) hat in weiterer Folge zu einer Kette von vier ländlichen Telehäusern in Niederösterreich geführt, die untereinander vernetzt sind und Telematik auch für den ländlichen Raum erfolgreich anbieten. Folgerichtig ist ein Kollege unserer Behörde zum Geschäftsführer der Telehaus NÖ Ges. m. b. H. bestellt worden.

Als neueste Initiative wurde die NET Tourismus Technologie Ges. m. b. H. mit Sitz in Krems gegründet, an der sich die Telehaus NÖ Ges. m. b. H. mit 12% als Gesellschafter beteiligt hat. Bei dem Projekt TISCOVER handelt es sich um ein touristisches Informations- und Buchungssystem auf Internetbasis. Die Telehaus NÖ akquiriert Kunden auf Provisionsbasis und ist für die TISCOVER-Schulung der Betriebe zuständig. TISCOVER hat derzeit ca. 1.300 Mitglieder. Damit wurde neben dem landwirtschaftlichen Förderungsprogramm „Ökopunkte“ ein weiteres kräftiges Standbein zur

Nutzung vorhandener Ressourcen geschaffen. Gleichzeitig konnte eine Klammer zwischen Landwirtschaft, Tourismus und Wirtschaft zum Nutzen des Ländlichen Raumes gebildet werden. Die niederösterreichische Telematikorganisation hat derzeit 25 Bedienstete und einen jährlichen Gesamtumsatz von ca. 30 Mio. S. Diese Arbeitsplätze entstanden in arbeitsschwachen Regionen.

Stelle Ökologie, Alm und Weide

- Landentwicklung, NÖ Landschaftsfonds
- Abwicklung ÖPUL (Ökopunkte)
- Invekos
- Grünordnung und Ökologie bei Agrarverfahren
- Pilotprojekte
- Natur im Garten
- Agrarpolitische Konzepte

Landentwicklung

Zur Diversifizierung, Neuausrichtung und Anpassung der Land- und Forstwirtschaft und des ländlichen Raumes werden in Niederösterreich verschiedene Maßnahmen angeboten. Projekte der Landentwicklung ergänzen die Dorferneuerung, sie beziehen die Landschaft, welche die Dörfer umgibt, in ihre Maßnahmen ein.

Im Rahmen der Landentwicklung werden regionale Gemeinschaften unterstützt, die in ihren Aktionen folgende Grundsätze verfolgen: dezentrale Kreisläufe, Wertschöpfung in der Region, Umweltverträglichkeit, Vernetzung und ganzheitliches Denken bei allen Maßnahmen.

Ziele der Landentwicklung sind die Entwicklung einer ökologischen Kulturlandschaft, die Erstellung von sinnvollen Konzepten für Landschaftshaushalt und Flächennutzung, der Einsatz von erneuerbarer Energie und die Stärkung der kulturellen und sozialen Identität.

Durch die Richtlinien des NÖ Landschaftsfonds ist die NÖ Agrarbezirksbehörde für die Bereiche Landschaftsgestaltung und umweltschonende Wirtschaftsweisen sowie für das Ökopunktemodell für die Landwirtschaft, das in unserem Haus entwickelt wurde, zuständig. Sollten sich im Zuge eines Landentwicklungsprojektes Ausweitungen in Richtung bäuerliche Direktvermarktung, erneuerbare Energien und bäuerlicher Tourismus ergeben, wird die Bearbeitung und Förderung dieser Maßnahmen von den dazu vorgesehenen Stellen durchgeführt.

Einige Projekte der Landentwicklung:

- Landentwicklung Haugsdorf zur nachhaltigen Stabilisierung des Bodenwasserhaushaltes
- Landschaftsgestaltung Raum Hollabrunn zur Verbesserung des regionalen Kleinklimas. Auf Grund des großen Erfol-

ges wurde das Projekt auf den gesamten politischen Bezirk Hollabrunn und das Gebiet Land um Laa ausgeweitet.

● Landentwicklung Mistelbach. Die „ALM“ – Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung Mistelbach – beschäftigt sich einerseits mit der Verbesserung des Landschaftshaushaltes und des Landschaftsbildes und andererseits mit der Steigerung der regionalen landwirtschaftlichen Wertschöpfung.

● Im Jahr 2001 konnte durch die Landentwicklung die Kleinregion „Leiser Berge – Mistelbach“ gebildet werden.

● Verbesserung der ökologischen Situation im Raum Laa

● Landschaftsgestaltung Schmidatal

● Landentwicklung Köhlberg

● Landentwicklung Kottes

● Landentwicklung Traunstein

● Landentwicklung Waldhausen

● Weideland im nördlichen NÖ. Durch die Neuanlage von Weiden sollen Wiesen neu geschaffen bzw. bestehende langfristig erhalten werden. In insgesamt 35 Betrieben wurden neu angelegte Weiden mit einer Fläche von ca. 160 Hektar gefördert.

● Grenzland Ökologieoffensive. Im Rahmen des Projektes wird durch die Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens die kleinstrukturierte Landwirtschaft und damit die Kulturlandschaft in derzeitigen Zustand erhalten bzw. eine zeitgemäße Entwicklung ermöglicht.

● Öko Meile Wiesenreithl

● Obstbaumprojekt Mostviertel

● Obstbaumprojekt Gföhlf

● Bepflanzung Raipoltenbach

● Bepflanzung Neulengbach

● Bepflanzung Obergrafendorf

● Obstbaumprojekt Dreiländereck. In der Obstbaumaktion 2001 wurden 3.000 Obstbäume gesetzt.

● Alm- und Weidelandentwicklung – Wiederherstellung und Gestaltung des Grünlandes, Betriebs- und Besitzfestigung durch geförderte Beratung, Verbesserung der Einkommensverhältnisse durch Entwicklung von Kooperativen. Diese Alm- und Weidelandentwicklung wird in 30 Projekten abgewickelt.

Die Projektsumme beträgt 29,64 Mio. S. Der Förderanteil beträgt 15,7 Mio. S.

Insgesamt wurden im Jahr 2001 von der NÖ Agrarbezirksbehörde 79 Projekte betreut (Landentwicklung, Gestaltung, umweltschonende Wirtschaftsprojekte, Obstbaumprojekte) und gefördert. Die Gesamtkosten betragen 72,6 Mio. S.

Förderung (Bund, Land, EU) 58,3 Mio. S. Im Rahmen all dieser Projekte wurden 9.260 Obstbäume und 17.220 Bäume/Sträucher neu ausgepflanzt.

Ökopunkte NÖ,
Abwicklung ÖPUL

2001 nahmen 3.161 Betriebe mit einer Fläche von 56.882 ha daran teil. Dateneingabestellen sind die Telehäuser Edel-

hof, Eschenau und Warth sowie zwei weitere Telestuben. Die durchschnittliche Prämie pro Hektar betrug € 368,-. Es wurden € 20.130.000,- an die Landwirte ausbezahlt.

Invekos

Die Agrarbezirksbehörde führt auch in Zusammenarbeit mit der Agrarmarkt Austria (AMA) Betriebskontrollen im Rahmen des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (INVEKOS) durch. Die Kontrollen betreffen Ökopunktebetriebe. Zusätzlich werden auch Betriebe kontrolliert, die an der Maßnahme „Alpungsprämie und Behirtungszuschlag“ teilnehmen.

Während die Kontrollorgane der AMA die Korrektheit der Förderungsunterlagen und die Richtigkeit des beantragten Flächenausmaßes überprüfen, stellen die Kontrollorgane der NÖ Agrarbezirksbehörde fest, ob die projektspezifischen Förderungsvoraussetzungen eingehalten werden.

2001 wurden auf diese Weise 230 Betriebe durch Mitarbeiter der NÖ Agrarbezirksbehörde kontrolliert. Die Prüfungsergebnisse wurden in Prüfberichten festgehalten und der AMA zur weiteren Verwendung übermittelt.

Grünordnung bei Agrarverfahren

In allen laufenden Zusammenlegungs- und Flurbereinigerungsverfahren wurde auf Basis eines Öko-Ist-Standes ein Öko-Soll-Plan erstellt. Für ausgeführte Grünanlagen wurden aus Bundes-, Landes- und EU-Mitteln 2,9 Mio. S ausbezahlt.

Alm und Weide

Die NÖ Agrarbezirksbehörde stellt den NÖ Alminspektor und führt das Weidebuch.

Für 50 Gemeinschaftsweiden und 30 Einzelweiden wurde die digitale Futterflächenerstellung durchgeführt.

Im Zusammenhang damit wurde die Erneuerung der Weidewirtschaftspläne für 32 Gemeinschaftsweiden in Angriff genommen und soll 2002 abgeschlossen werden.

Bei 6 Gemeinschaftsweiden wurde in der Natur die Trennung von Wald und Weide durchgeführt. Die Durchführung in Kataster, Grund- und Weidebuch erfolgt 2002.

Für 2 Gemeinschaftsweiden wurde das Servitutenregierungsverfahren eingeleitet und 2 laufende Regulierungsverfahren stehen vor dem Abschluss.

Für die bis zum Jahresende 2001 von uns abgewickelten Ziel-5B-Projekte zur Alm- und Weidelandentwicklung wurde die Endabrechnung durchgeführt.

Für die Sanierung von 692 ha Alm- und Weideland von 728 Betrieben (darunter waren 32 Alm- bzw. Weidegemeinschaf-

ten wurden € 2.134.374,- investiert und dafür € 1.151.676,- kofinanzierte Fördermittel abgerechnet.

Darunter wurden für 207 Betriebe Rodungsverfahren, mit zusammen 174 ha Rodungsfläche, durchgeführt.

Im Jahre 2001 sind bei uns bereits wieder 165 Neuanträge zur Alm- und Weidelandentwicklung als Art.-33-Projekte (Ländliche Entwicklung) mit einem Investitionsvolumen von € 1.956.861,- eingegangen, für welche nach Auslagerung der Abwicklung an einen neu gebildeten Verein „Alm- und Weideland NÖ“ von uns als Einreichstelle die Kontrolle und die hoheitlichen Aufgaben (Weideaufsicht, Wirtschaftspläne, Regelungen, Rodungen etc.) behalten wurden.

14 Invekos-Kontrollen von erklärten Weiden wurden durchgeführt.

Öffentlichkeitsarbeit

Neben einer Unzahl von Aufklärungsvorträgen für zusammenlegungsinteressierte Gemeinden wurde auch die Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Schulen fortgesetzt. Die landwirtschaftlichen Schulen werden von uns laufend eingeladen, an den Landespräsentationen bei verschiedenen Messen teilzunehmen.

Sie lockern mit ihren Aktivitäten, wie

- Mostpressen,
- Dörrobstherstellung,
- Präsentation von Mohnspezialitäten und

- Weinverkostungen

die Atmosphäre der reinen Fachpräsentation auf. Sie erleichtern uns damit das Herantreten an den Bürger.

Kontakte und gemeinsame Projekte gibt es mit:

- NÖ Umweltakademie
- Landesjagdverband
- Österreichische Gesellschaft für Natur und Umweltschutz
- ORF
- Universitätsinstitute
- Dienststellen anderer Bundesländer
- NÖ Dorferneuerungs-Landesverband
- ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung
- NÖ Landes-Landwirtschaftskammer
- Europäische Union

3

Bodenschutzfachabteilung

Schwerpunkte 2001

Die Bodenschutzfachabteilung befasst sich mit der Errichtung und Pflege von neuen Bodenschutzanlagen und mit der Sanierung von alten Windschutzanlagen (Schutzwaldsanierungen).

Die Abwicklung der Förderung basiert auf einer engen Zusammenarbeit zwischen Anlageneigentümer, Bodenschutzfachabteilung, Bezirksforstinspektion, Landesforstinspektion und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Statistik 2001

● In 60 niederösterreichischen Gemeinden wurden 310 Bodenschutzanlagen mit gut 90 km und 64,5631 ha Fläche errichtet.

● Es wurden ca. 250.000 standortgerechte Bäume und Sträucher gepflanzt.

● Die Erstellung von Bewirtschaftungskonzepten in 40 Gemeinden ermöglicht es den Eigentümern von Bodenschutzanlagen, gezielte Pflegemaßnahmen zu setzen. Dadurch kann die nachhaltige Schutzwirkung dieser Landschaftsele-

mente nachhaltig gesichert werden.

NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte

Vorgeschichte

Für den Bereich der Privatwirtschaft steht das Gleichbehandlungsgesetz 1979 in Geltung, für den Bundesdienst das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz 1993. In der Folge wurden auch in den Bundesländern ähnliche Gleichbehandlungsgesetze für die Landesbediensteten und zum Teil auch für die Gemeindebediensteten geschaffen. Das NÖ Gleichbehandlungsgesetz, LGBL 2060 ist seit dem 12. Juli 1997 in Kraft.

NÖ Gleichbehandlungsgesetz

Das NÖ Gleichbehandlungsgesetz gilt für alle Bediensteten des Landes (Amt, Bezirkshauptmannschaften, Landeskran-

kenanstalten, Heime ...), der Gemeinden und Gemeindeverbände in Niederösterreich sowie für die Landeslehrerinnen und Landeslehrer (hinsichtlich der materiellen Gleichbehandlungsregelungen gilt das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz 1993). Es ist unabhängig davon zu berücksichtigen, ob es sich bei den betreffenden Personen um vertragliche oder beamtete Bedienstete oder Lehrlinge handelt. Zielsetzung des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes ist es – ähnlich wie beim Bundes-Gleichbehandlungsgesetz –, jegliche Benachteiligung im Berufsleben auf Grund des Geschlechtes sowie sexuelle Belästigung zu vermeiden und Frauen im Landes- und Gemeindedienst durch festgeschriebene Vorgaben (Frauenförderprogramme) zu fördern. Das Gesetz richtet sich primär an die Dienstgeber Land und Gemeinden und verpflichtet diese, bei al-

len dienst- und besoldungsrechtlichen Vorgängen die Prinzipien des Gleichbehandlungsgebotes und – nach Maßgabe von Frauenförderprogrammen – des Frauenfördergebotes zu beachten. Im Falle der Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes sieht das Gesetz Sanktionsmöglichkeiten vor.

Gleichbehandlungsgebot

Das Gleichbehandlungsgebot gilt für Frauen und Männer gleichermaßen. Unmittelbare und sofort auf den ersten Blick als solche erkennbare Benachteiligungen im Berufsleben, bei denen eine Ungleichbehandlung ausdrücklich davon abhängig gemacht wird, dass die betroffene Person eine Frau oder ein Mann ist, sind relativ selten. Viel häufiger finden Diskriminierungen versteckt statt. Diese Be-

nachteiltungen sind in der Praxis gar nicht gleich auf den ersten Blick erkennbar. Ein Beispiel für eine mittelbare Diskriminierung ist es etwa, wenn Teilzeitkräfte gegenüber Vollzeitkräften ohne entsprechende sachliche Begründung benachteiligt werden und die Teilzeitkräfte überwiegend einem Geschlecht angehören. Das Prinzip der Gleichbehandlung Frauen – Männer hat insbesondere Berücksichtigung zu finden bei der Ausschreibung von Dienstposten und Funktionen, Aufnahme in ein Dienst- oder Lehrverhältnis, Einbeziehung in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Beförderung, Betrauung mit höherwertigen Funktionen. So ist es beispielsweise nicht gestattet, Frauen unter Hinweis auf ihr Geschlecht bestimmte Dienstposten vorzuziehen; Lebensalter und Familiensituation dürfen beim beruflichen Aufstieg, Beförderung und bei den sonstigen Arbeitsbedingungen keine nachteiligen Auswirkungen haben. Sexuelle Belästigungen, egal ob körperlich, verbal oder nonverbal sind unter bestimmten Voraussetzungen einer Diskriminierung gleich zu halten und daher verboten. Dazu gehören z. B. das Anbringen oder Verteilen von Kalenderblättern und Zeitschriften mit pornographischem Inhalt, abwertende Bemerkungen über berufliche Kompetenz oder besondere Betonung der Geschlechterrolle, eindeutige sexuelle Gesten, die die Betroffenen in eine unangenehme und peinliche Lage versetzen oder ihre berufliche Kompetenz missachten.

Frauenfördergebot

Das vom Gesetz vorgegebene Ziel ist, in allen Personalständen und vor allem auf allen dienstrechtlichen Ebenen des Landesdienstes und der Gemeindedienste ein möglichst ausgeglichenes Zahlenverhältnis von Frauen und Männern zu erreichen. Es obliegt somit den Dienstgebern, bestehende Unterrepräsentationen von Frauen zu beseitigen und den Frauenanteil an die 40%-Marke heranzuführen. Frauenförderprogramme sind wichtige Instrumente, dieses Ziel zu erreichen. Diese über Vorschlag der Gleichbehandlungskommission erstellten Programme werden in der Folge von der Landesregierung, von den Gemeinderäten und von den Vorständen der Gemeindeverbände für einen Zeitraum von 6 Jahren beschlossen und erforderlichenfalls angepasst. Gezielte Frauenförderung ist somit nach Maßgabe der Frauenförderprogramme bei der Aufnahme in ein Dienst- oder Lehrverhältnis, bei der Besetzung mit höherwertigen Funktionen und bei der Aus- und Weiterbildung geboten.

Umsetzung des Gesetzes

Das NÖ Gleichbehandlungsgesetz wird unter anderem umgesetzt von der Gleichbehandlungsbeauftragten, der

Gleichbehandlungskommission und den KoordinatorInnen an den Dienststellen. Die Gleichbehandlungsbeauftragte ist u. a. zuständig für die Information und Beratung der Landes- und Gemeindebediensteten über ihre Rechte und die Möglichkeiten des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes. Sie ist weiters berechtigt, jeden begründeten Verdacht einer Verletzung des Gleichbehandlungsgesetzes dem Dienstgeber anzuzeigen. Neben der Gleichbehandlungsbeauftragten fungiert die Gleichbehandlungskommission als vorgelagerte „Schlichtungsstelle“ ohne behördliche Zwangsgewalt zwischen betroffenen Bediensteten und den Dienstgebervertretungen mit der Aufgabe, behauptete Benachteiligungen oder Verletzungen des Gesetzes zu überprüfen. Konsequenzen aus der Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes sind einerseits Schadenersatz und andererseits die Zuerkennung einer vorerhaltenen Leistung. Im Falle einer Diskriminierung sind Ansprüche von Vertragsbediensteten innerhalb bestimmter Fristen mit Klage beim Arbeits- und Sozialgericht durchzusetzen, Beamtinnen und Beamte leiten mittels Antrag an die Dienstbehörde ebenfalls unter Beachtung von Fristen ein Dienstrechtsverfahren ein. An Dienststellen/Betrieben des Landes Niederösterreich, der Gemeinden und der Gemeindeverbände mit mindestens sieben Bediensteten haben KoordinatorInnen die Bediensteten über die Möglichkeiten des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes zu informieren und sie zu unterstützen.

Schwerpunkte 2001

NÖ Gleichbehandlungskommission

- Beschwerdeverfahren
 - Empfehlung
 - Verabschiedung von Frauenförderprogrammen für NÖ Gemeinden
 - Stellungnahmen zu dienst- und besoldungsrechtlichen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen
 - Seminar „Gender Mainstreaming“
- Im Jahr 2001 fanden insgesamt 9 Sitzungen der NÖ Gleichbehandlungskommission statt. Ein anhängiges Beschwerdeverfahren (Gemeindedienst) wegen behaupteter Diskriminierung im Zusammenhang mit sexueller Belästigung und Entlassung der betroffenen Frau wurde bis zum Vorliegen von Gerichtsentscheidungen ausgesetzt. Des weiteren befasste sich die Kommission/Landesdienst mit der Problematik Pragmatisierung und Teilzeit und verabschiedete eine diesbezügliche Empfehlung. Über Vorschlag der NÖ Gleichbehandlungskommission beschlossen im Jahr 2001 die Gemeinden Gmünd, Amstetten

und die Landeshauptstadt St. Pölten mit Gemeinderatsbeschluss erstmals Frauenförderprogramme. Des weiteren wurden Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen das Dienst- und Besoldungsrecht der NÖ Landes- und Gemeindebediensteten betreffend erarbeitet. Einen Schwerpunkt stellte dabei die Befassung mit dem 1. Novellen-Entwurf zum NÖ Gleichbehandlungsgesetz dar.

Gender Mainstreaming

Im Rahmen eines eintägigen Seminars befassten sich die Mitglieder und Ersatzmitglieder der NÖ Gleichbehandlungskommission/Landesdienst und KollegInnen der Dienstgeber- und Dienstnehmervertretungen unter fachkundiger Anleitung mit dem Thema „Gender Mainstreaming“. Darunter ist eine Strategie zu verstehen, die eine geschlechterbezogene Sichtweise für alle politischen und unternehmerischen Handlungen in allen Phasen der Entscheidungsfindung vorsieht. Ziel ist, Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu erreichen.

NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte

- Vorbereitung der Sitzungen der NÖ Gleichbehandlungskommission
 - Seminare für KoordinatorInnen aus dem NÖ Gemeindedienst und NÖ Landesdienst
 - Behandlung von Beschwerden und Anfragen
 - Leitung des Arbeitskreises „Mentoring“
 - Referatstätigkeit im Rahmen von Seminaren
 - Verfassung des 1. Tätigkeitsberichtes über den Zeitraum 1997–2000
 - Initiierung eines Frauen-Stammtisches und -Treffe
 - Teilnahme an Konferenzen und Arbeitsgruppen
 - Öffentlichkeitsarbeit
- Die NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte bereitete als Vorsitzende der Kommission neun Sitzungen vor. Insgesamt fanden 2001 ein 1-tägiges Seminar für die KoordinatorInnen aus den NÖ Gemeinden und vier 2-tägige Seminare für jene aus dem NÖ Landesdienst statt. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten die Themen Mobbing am Arbeitsplatz, Methoden der Gesprächsführung und Konfliktlösung, Personalentwicklung, Soziologie für Frauen sowie Neues aus dem Bereich der Gleichbehandlung. Die behandelten Anfragen und Beschwerden betrafen u. a. sexuelle Belästigungen und beleidigendes und verletzendes Verhalten am Arbeitsplatz, Probleme bei Pragmatisierungen (Alter,

Gewicht, Teilzeit . . .), Bewerbungen um höherwertige Positionen . . .

Die Hilfeleistung erfolgte anlassbezogen auf dreierlei Art – durch Hilfe zur Selbsthilfe, direkte Intervention oder Abtretung an die Dienstnehmervertretungen.

In Umsetzung des Frauenförderprogramms NÖ Landesdienst erteilte der Landesamtsdirektor den Auftrag zum Start der Vorbereitungsarbeiten für die Einführung von Mentoring als frauenfördernde Maßnahme. Mentoring ist eine Maßnahme der Personalentwicklung; im Rahmen von zeitlich befristeten und geregelten Zweierbeziehungen geben erfahrene Führungskräfte ihren beruflichen Erfahrungsschatz an lernorientierte Nachwuchskräfte weiter, beraten diese und sind ihnen bei der Weiterentwicklung ihrer Persönlichkeit und Fähigkeiten behilflich. Ein Arbeitskreis unter der Leitung der Gleichbehandlungsbeauftragten stellte das Planungskonzept fertig.

Die Gleichbehandlungsbeauftragte setzte ihre Informationstätigkeit über Angelegenheiten der Gleichbehandlung und Frauenförderung bei drei Einführungsseminaren und zwei Kurzlehrgängen der Landesverwaltung, einem Seminar für Bürodirektoren sowie bei zwei Schulungskursen der Personalvertretung fort.

Gemäß § 13 NÖ GGB 1997 hat die Gleichbehandlungsbeauftragte der Landesregierung alle drei Jahre einen Tätigkeitsbericht vorzulegen. Die Landesregierung behandelte diesen Gleichbehandlungsbericht für den Zeitraum 1997 bis 2000 im Frühsommer 2001. Den Dienststellen des Landes und der Gemeinden wurden Broschüren des Tätigkeitsberichtes zur Verfügung gestellt.

Im Frühjahr 2001 trafen erstmals ca. 50 weibliche Führungskräfte mit Dienstort St. Pölten zu Stammtischen und Treffs zusammen. Diese in zwei- bis dreimonatigen Abständen in der Freizeit stattfindenden Treffen verfolgen das Ziel, sich besser kennen zu lernen und den Erfahrungs- und Gedankenaustausch zu intensivieren.

Die Gleichbehandlungsbeauftragte nahm an den Konferenzen der Gleichbehandlungsbeauftragten der Bundesländer ebenso teil wie an Fachkonferenzen über geschlechtsneutrale Arbeitsplatzbewertungssysteme und einer NÖ Referenzgruppe „Rezepte für Gender Mainstreaming“.

Die Frauenförderprogramme des Landes und der NÖ Gemeinden fanden Eingang in eine europaweit aufgelegte Broschüre „Rezepte für Gender Mainstreaming“.

Ein wesentlicher Teil der Öffentlichkeitsarbeit bestand in der Verfassung einschlägiger Artikel in den Printmedien der Personalvertretung. Weiters nahm die Gleichbehandlungsbeauftragte an einer Pressekonferenz teil, bei der u. a. die Frauenförderprogramme des Landes und der NÖ Gemeinden als Anwendungsbeispiele für Gender Mainstreaming vorgestellt wurden.

Ziele 2002

- Verabschiedung weiterer Gemeinde-Frauenförderprogramme
- Evaluierung der ersten Frauenförderprogramme
- Weiterführung der Seminare für KoordinatorInnen aus dem NÖ Landes- und Gemeindedienst und dem Bereich der NÖ LandeslehrerInnen
- Behandlung gleichbehandlungsrelevanter Themen im Rahmen der Führungskräftelehrgänge des Landes sowie von Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen
- Umsetzung von Mentoring als frauenfördernde Maßnahme

Umweltanwalt

Aufgaben und Schwerpunkte 2001

Vertretung von Umweltschutzinteressen im Verwaltungsverfahren

Die Umweltanwaltschaft vertritt die Interessen des Umweltschutzes mit Parteistellung in den behördlichen Verfahren, die in den Vollziehungsbereich des Landes fallen, sowie in Verfahren im Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden, wenn die umweltrelevanten Auswirkungen eines Vorhabens über die Gemeindegrenzen hinausgehen.

Im Bereich der Bundesverwaltung versucht sie, mit ihrer Koordinationskompetenz die nach dem Kumulationsprinzip durchzuführenden Verwaltungsverfahren auf Bundes- und Landesebene formell durch Verfahrenskonzentration und materiell durch Abstimmung der einzelnen Verfahrensergebnisse effizienter zu gestalten und für den Bürger transparenter zu machen.

In den Verfahren, die seit 1. 7. 1994 nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, BGBl. 697/1993, idF BGBl. I 89/2000 fakultativ und ab 1. 1.

1995 obligatorisch einer UVP unterliegen, kommt der NÖ Umweltanwaltschaft ebenfalls Parteistellung zu. Im Rahmen ihrer Parteistellung hat die NÖ Umweltanwaltschaft nicht nur die Möglichkeit, Umweltinteressen im administrativen Instanzenzug zu verfolgen, sondern auch die externe Überprüfung durch den Verwaltungsgerichtshof, im Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren auch durch den Verfassungsgerichtshof zu beantragen.

Weiters kommt dem Umweltanwalt im Ökoauditverfahren (EMAS-Verordnung der EU) ein Mitwirkungsrecht als Partei bei der Überwachung der bestellten Umweltgutachter zu (ca. 50 Verfahren). Schwerpunktmäßig standen folgende Aufgaben im Vordergrund:

- Verfahren nach dem NÖ Naturschutzgesetz (ca. 2.000), Mitwirkung bei zahlreichen Naturdenkmalverfahren und ausschließliche Antragsbefugnis auf Durchführung einer Naturverträglichkeitsprüfung für Vorhaben in „Natura 2000“-Gebieten nach § 38 Abs. 6 NÖ NSchG 2000 (z. B. Pferdesportpark Ebereichsdorf, Kraftwerke an der Unteren Ybbs)
- Berücksichtigung von Umweltschutzinteressen in der örtlichen und überörtli-

chen Raumordnung; Beratung von Gemeinden, Mitwirkung an der Erstellung überörtlicher Raumordnungsprogramme (z. B. ROP NÖ-Zentralraum)

- Angelegenheiten der Abfallwirtschaft (insgesamt AWG und NÖAWG ca. 150), Standortbeurteilung; Verbrennungsanlagen – Verfahren nach dem UVP-Gesetz (z. B. Zwentendorf, St. Pölten); Abfallbehandlungsanlagen (z. B. MBA St. Pölten); Untertagedeponie Wolfsthal-Berg

- Betriebsanlagenrecht mit dem Schwerpunkt Emissionsbegrenzung; Vertretung von Anrainern in Betriebsanlageneignungsverfahren

- Wasserrecht mit dem zentralen Problem der Abwasserentsorgung und der Anpassung von Altanlagen an den Stand der Technik; Beratung von Gemeinden und Wasserverbänden im Hinblick auf die neue Rechtslage für Indirekteinleiter; Altlastensanierung (Fischer-Deponie, Wr. Neudorf), Großgewinnbaggerungen in der Donau

- Mineralrohstoffgesetz: schwerpunktmäßig ein zentraler Aufgabenbereich; sonstige Materialgewinnungen und Folgenutzung; Probleme bei der Anwendung des neuen Mineralrohstoffgesetz, Beratung von Gemeinden, Abbaubetrieben und Anrainern (Steinbruch Gaden,

Steinbruch Spitz); Mitarbeit im Bereich der Legistik (MinROG-Novelle)

- Verkehrsinfrastruktur (überwiegend Verfahren nach dem UVP-Gesetz): Neubau der Hochleistungsstrecke Wien-St. Pölten, Semmeringbasistunnel, Semmering-Sträßentunnel, viergleisiger Westbahnausbau; Errichtung bzw. Verlegung von Bundesstraßen, B 301, Autobahnausbau (Trassenfindung für die A 5)
- Verbindung Donauuferautobahn – B 7, Ortsumfahrungen, Ausbau des Flughafens Wien-Schwechat
- GSM-Mobilfunkstationen (zahlreiche BürgerInnenbeschwerden wegen gesundheitlicher Bedenken; Situierung der Anlagen im Hinblick auf Natur- und Landschaftsschutz)

Unterstützung von Landesbürgern und Gemeinden

Die NÖ Umweltanwaltschaft unterstützt Landesbürger und Gemeinden bei allen Verwaltungsverfahren über Maßnahmen oder Anlagen, die die Umwelt betreffen bzw. spezifische Umweltauswirkungen in Gemeinden haben.

In dieser Funktion hat die Umweltanwaltschaft in zahlreichen Verfahren des Bundes (vor allem im Betriebsanlagen und Wasserrechtsverfahren) Bürger und Gemeinden vertreten und beraten.

Um den Bürgern den Zugang zur NÖ Umweltanwaltschaft zu erleichtern, wurden auch im Jahr 2001 Sprechtagung am Sitz der Bezirksverwaltungsbehörden durchgeführt. Dieses zusätzliche Service wird vor allem in jenen regionalen Bereichen verstärkt angenommen, die vom Amtssitz weiter entfernt liegen.

Beratungsfunktion

Die NÖ Umweltanwaltschaft beriet Landesbürger auch über private Maßnahmen, die für den Umweltschutz von Bedeutung sind. Derartige Beratungen, die sowohl in rechtlicher wie in fachlicher Hinsicht vorgenommen wurden, erstreckten sich von der Prüfung beabsichtigter Vorhaben auf ihre Kongruenz mit den für ihre Realisierung geforderten Rahmenbedingungen über Auskünfte in Rechts- und Sachfragen bis hin zur maßgeschneiderten Einzelberatung mit konkretem Problemlösungsansatz (mehr als 2.000 Beratungen pro Jahr bei steigender Tendenz).

Die Beratungsfunktion wurde in Anspruch genommen

- bei den Sprechtagungen im und außerhalb des Amtssitzes,
- bei Teilnahme an spezifischen Veranstaltungen (z. B. Magna-Projekt, Raumordnung, Rohstoffgewinnung – z. B. Kowall-Steinbruch in Gaaden, Mobilfunkstationen, Windkraft) und
- im Zuge der Erhebungs- und Verhandlungstätigkeit.

Informationsaufgabe und Öffentlichkeitsarbeit

Die NÖ Umweltanwaltschaft führt Informationsveranstaltungen über für den Umweltschutz bedeutsame Planungen oder über Angelegenheiten des Umweltschutzes auf Ersuchen von Behörden, von Gemeinden, von Bürgerinitiativen oder aus eigenen Antrieb durch. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben verfügt sie auch über entsprechend gute „Informationskanäle“ zu den Medien.

In Erfüllung dieses Gesetzauftrages wurden von der NÖ Umweltanwaltschaft im Jahr 2001 beispielsweise folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- Mediationsverfahren Flughafenbau Wien-Schwechat
- Neue Rechtslage für Indirekteinleiter sowie für Wassergenossenschaften und -verbände
- Semmeringbasistunnel/Naturschutz
- Diskussionsveranstaltungen Sanierung Altlast Wr. Neudorf
- Magna-Teststrecke St. Valentin, Natura 2000 u. a.
- Mineralrohstoffgesetz, diverse Vortragsveranstaltungen
- NÖ Naturschutzgesetz 2000 – diverse Vortragsveranstaltungen
- Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit der NÖ Landesakademie, mit der Akademie für Umwelt und Energie, der Kommunalakademie und dem Ökologieinstitut (z. B. Fortbildungsseminare für Umweltgemeinderäte und Gemeindevereiner sowie mit den NÖ Gemeindevertreterverbänden) sowie mit dem Militärkommando NÖ (Seminare für Abfallbeauftragte der Heeresverwaltung u. dgl.)

Beobachtung der Verwaltungspraxis und Anregung zur besseren Gestaltung der Umwelt

Die NÖ Umweltanwaltschaft begutachtet Gesetze, Verordnungen und sonstige Rechtsnormen aus der Sicht des Um-

weltschutzes und leistet Anregungen zur besseren Gestaltung der Umwelt. In Begutachtung von Gesetzentwürfen wurden z. B. kritische Stellungnahmen zum Mineralrohstoffgesetz, zur Neugestaltung der Umweltverträglichkeitsprüfung, zum NÖ Raumordnungsgesetz und zum Konzept für ein einheitliches Anlagenrecht abgegeben.

Die Beobachtung der Verwaltungspraxis führt im Einzelnen auch zu Reformvorschlägen, die in Zusammenarbeit mit den beteiligten Verwaltungsbehörden bearbeitet und umgesetzt werden, wie etwa

- Mitarbeit an den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Indirekteinleiter
- Abänderung von nicht mehr zeitgemäßen Erlässen
- Harmonisierung der naturschutzbehördlichen Bewilligungsverfahren für Mobilfunkstationen
- Einleitung von Naturverträglichkeitsprüfungsverfahren für Vorhaben in Natura-2000-Gebieten
- Erarbeitung einheitlicher Grundsätze für die Umweltverträglichkeitsprüfung in Zusammenlegungsverfahren sowie für Naturverträglichkeitsprüfungen

Ziele 2002

- Verstärkte Wahrnehmung der Parteilstellung in allen Verfahren nach dem UVP-Gesetz, vor allem verstärktes Engagement bei der Verkehrsinfrastruktur
- Initiativen zur Schaffung neuer Naturdenkmäler und Naturschutzgebiete
- Prüfung von Vorhaben in Natura-2000-Gebieten
- Partizipation in den Zusammenlegungsverfahren nach dem NÖ FlurverfLG
- Intensivierung der Bildungs- und Informationsschiene (z. B. Weiterführung von Umweltseminaren mit spezifischen Problemstellungen)
- Teilnahme an Gemeinschaftsprojekten mit anderen Landesumweltanwaltschaften (z. B. Klimabündnis, Kernkraft u. dgl.)
- Forcierung von Alternativenergien
- Forcierung des „Salzburger Modells“ (Emissionsbegrenzung) für Mobilfunkanlagen
- Forcierung von Mediationsverfahren (z. B. Flughafenbau Wien-Schwechat)
- Forcierung der Altlastensanierung

Rechtsgrundlagen, Sitz und Aufgaben

Der Auftrag für den Unabhängigen Verwaltungssenat ist die Sicherung der Gesetzmäßigkeit der öffentlichen Verwaltung gemeinsam mit dem Verwaltungsgerichtshof gemäß Artikel 129 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG).

Die landesrechtliche Grundlage stellt das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land NÖ (NÖ UVSG), LGBl. 0015, dar.

Der Sitz des Senates ist seit Beginn seiner Tätigkeit (1991) in der Landeshauptstadt St. Pölten, derzeit im Haus „Tor zum Landhaus“, Wiener Straße 54.

Der Unabhängige Verwaltungssenat hat im Wesentlichen die Aufgaben der Entscheidung über Berufungen in Verwaltungsstrafverfahren (ausgenommen Finanzstrafsachen des Bundes), der Entscheidung über verschiedene Beschwerden im Verwaltungsbereich (z. B. gegen so genannte faktische Amtshandlungen, gegen die Verhängung von Schubhaft oder gegen das Verhalten von Sicherheitsorganen) und der Entscheidung über Berufungen oder Anträge in bestimmten Verwaltungsangelegenheiten (z. B. Entzug der Güterbeförderungskonzession, Nachprüfungsverfahren auf Grund des NÖ Vergabegesetzes, Disziplinarsachen des NÖ Landesjagdverbandes).

Darüber hinaus gibt es laufend Gesetze bzw. Gesetzesvorhaben, welche den Unabhängigen Verwaltungssenat einbinden.

Der Unabhängige Verwaltungssenat ist ähnlich einem Gericht organisiert. Die Mitglieder des Unabhängigen Verwaltungssenates sind bei ihren Entscheidungen an keine Weisungen gebunden. Sie bilden die Vollversammlung, welche eine Reihe wichtiger Aufgaben hat, etwa die Beschlussfassung über die Geschäftsverteilung.

Außenstellen

In Mistelbach, Wiener Neustadt (seit 1992) und Zwettl (seit 1999) sind Außenstellen des Unabhängigen Verwaltungssenates eingerichtet.

Die Außenstellen sind ständig besetzt. Das sachliche und örtliche Aufgabengebiet der Außenstellen ist in der Geschäftsverteilung festgelegt.

Zum Betrieb der Außenstellen kann auf Grund der bisherigen Erfahrungen einwandfrei festgestellt werden, dass sich diese im Sinne der Dezentralisierung und Bürgernähe bestens bewährt haben.

Verfahren

Die für die Unabhängigen Verwaltungssenate geltenden Verfahrensbestimmungen führen in vielen Fällen zu einem

beachtlichen Aufwand, der durch Gesetzesänderungen in einzelnen Bereichen noch erhöht wird.

Als Besonderheit im Land NÖ ist zu betonen, dass in der Regel die Verhandlungen vor Ort, d. h. am Ort der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft, durchgeführt werden. Diese Regelung dient der Bürgernähe im Interesse der Parteien, vor allem der Zeugen, aber auch der betroffenen Behörden. Sie bringt jedoch für den Senat einen ganz erheblichen Aufwand an Reisezeiten. Dieser enorme Zeitbedarf ist bei der Einschätzung der Tätigkeit des Senates insbesondere im Vergleich mit der Tätigkeit der Senate anderer Bundesländer besonders zu beachten.

Vorsitzendenkonferenz

Die Vorsitzenden und Vorsitzendenstellvertreter der Unabhängigen Verwaltungssenate aller Bundesländer arbeiten österreichweit in einer Konferenz zusammen. Diese hält in regelmäßigen Abständen Tagungen ab. Dabei geht es hauptsächlich um den Austausch von Erfahrungen und um die Behandlung von gemeinsamen Problemen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit war die Erarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme zum Entwurf eines Verwaltungsreformgesetzes 2001. Zusätzlich wurden verschiedene Fragen vom allgemeinen Interesse (z. B. Recht auf Öffentlichkeit des Verfahrens, Verfassungswidrigkeit der Schwellenwerte im Vergaberecht) behandelt.

Evidenz

Zu den Aufgaben des Vorsitzenden zählt es, bei voller Wahrung der Unabhängigkeit der einzelnen Mitglieder auf eine möglichst einheitliche Entscheidungspraxis Bedacht zu nehmen.

Dazu ist auch eine Evidenzstelle eingerichtet, welche die Entscheidungen des Unabhängigen Verwaltungssenates in einer übersichtlichen Art und Weise dokumentiert. Es erfolgt laufend die Einspeisung von ausgewählten Entscheidungen in anonymisierter Form in das Rechtsinformationssystem des Bundes (sowohl Rechtssätze als auch Volltext). Zusätzlich besteht für interne Zwecke und zur Sicherstellung von Auskunft eine Volltextspeicherung jener Entscheidungen, die nicht im Rechtsinformationssystem eingegeben sind.

Tätigkeitsbericht

Dem Gesetz entsprechend wurde von der Vollversammlung ein Tätigkeitsbericht für das Jahr 2000 beschlossen und im Wege der Landesregierung an den Landtag vorgelegt. Vom Landtag wurde dieser Bericht zur Kenntnis genommen.

Schwerpunkte und Probleme 2001

Auf Grund des Aktenanfalles und mit Rücksicht auf die aus den Vorjahren noch offenen Verfahren ergibt sich, dass nach wie vor ein weiterer Ausbau in personeller und materieller Hinsicht notwendig ist.

Im Zusammenhang mit der Errichtung der Außenstelle in Zwettl traten zwei weitere Mitglieder ihren Dienst an. Dadurch trat nur eine teilweise Entspannung ein. Der auf Grund quantitativer und vor allem qualitativer Erfordernisse bestehende akute Personalbedarf konnte dadurch jedoch nicht abgedeckt werden.

Zusätzlich ergab sich eine deutliche Verschärfung der Personalsituation dadurch, dass zwei Mitglieder im Karenzurlaub waren. Trotz intensivster Bemühungen des Vorsitzenden und der Dienststellenpersonalvertretung erfolgte kein Ersatz.

Ob bereits getroffene personelle Ausmaßmaßnahmen Abhilfe schaffen, muss abgewartet werden.

Die in Vorberichten angeführten Einsparungsbemühungen wurden fortgesetzt. Dabei zeigte sich naturgemäß wieder das Spannungsverhältnis zwischen Einsparungsbemühungen und Bürgernähe. Trotz des angeführten Personalmangels hat sich der Unabhängige Verwaltungssenat im Land NÖ – so wie in den Jahren vorher – bemüht, seinen gesetzlichen Auftrag und seine Aufgaben nicht nur durch termingerechte Erledigung der anfallenden Berufungen und Beschwerden, sondern vor allem auch im Sinne einer bürgernahen Verwaltung wahrzunehmen. Mit den Außenstellen wurde ein Beitrag zur Dezentralisierung geleistet. Die Einrichtung der Außenstellen hat sich im Sinne der Bürgernähe bewährt.

2001 erfolgten intensive Gespräche auf fachlicher und politischer Ebene für ein Verwaltungsreformgesetz 2001. Eine diesbezügliche Regierungsvorlage wurde im Parlament behandelt, die Kundmachung im Bundesgesetzblatt ist noch nicht erfolgt.

Personalstand

Derzeit besteht der Unabhängige Verwaltungssenat aus 26 Mitgliedern. Von den beiden in Karenz befindlichen Mitgliedern hat inzwischen eines den Dienst wieder angetreten.

Ziele 2002

Vorrangiges Ziel ist nach wie vor die termingerechte Erledigung der anfallenden Berufungen und Beschwerden.

Durch die Zielvorgabe soll – so wie bisher – die rechtlich richtige, rasche und in einer bürgerverständlichen Sprache abgefasste Erledigung der einlangenden Berufungen und Beschwerden sichergestellt werden.

Der Unabhängige Verwaltungssenat im Land NÖ wird weiterhin bemüht sein, seinen gesetzlichen Auftrag und seine Aufgaben im Sinne einer bürgernahen Verwaltung wahrzunehmen. Auf das dargestellte Personalproblem im Bereich der Mitglieder muss dabei noch einmal ausdrücklich hingewiesen werden.

Unter Hinweis auf die oben geschilderten Erfahrungen wird zum wiederholten Male ausdrücklich betont, dass ein bürgernahes und den Bestimmungen der Menschenrechtskonvention entsprechendes Verfahren (Verhandlungen vor Ort etc.) einen beachtlichen Aufwand erfordert. Wahrung der Menschenrechte und Bürgernähe haben ihren Preis! Welche Auswirkungen die zu erwartende Umsetzung des Verwaltungsreformgesetzes 2001 in personeller und materieller Hinsicht für den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land NÖ haben wird, kann derzeit nicht abschließend eingeschätzt werden. Es ist allerdings mit einer massiven Zunahme von Aufgaben und daraus folgend einem entsprechenden Bedarf an Personal und Sachaufwand zu rechnen.

Statistik 2001

Zahl der anfallenden Akte: 3.708; es konnten 4.353 abschließend erledigt werden.

Da noch Akte aus den Vorjahren offen sind, ergibt sich nach wie vor eine sehr große Belastung der einzelnen Mitglieder. Die weitaus überwiegende Zahl der einlangenden Berufungen und Beschwerden betrifft Verwaltungsstrafsachen, und hier wieder in erster Linie Übertretungen des Straßenverkehrsrechtes.

Zur Zahl der Fälle wird darauf hingewiesen, dass es sich dabei grundsätzlich um die Zahl von Akten handelt und nicht von Delikten. Vielfach sind mehrere Übertretungen in einem Straferkenntnis – und somit in einem Fall – erfasst.

In 167 Fällen erfolgten gegen Entscheidungen des Senates Anfechtungen beim Verwaltungs- bzw. Verfassungsgerichtshof. Es waren 98 Gegenschriften zu verfassen.

In 111 Fällen wurden von den Höchstgerichten Entscheidungen übermittelt. Diese hatten folgenden Inhalt:

- Verfassungsgerichtshof: 1 Zurückweisung des Antrages auf Verfahrenshilfe, 5 Abtretungen an Verwaltungsgerichtshof, 30 Aufhebungen des Bescheides.

- Verwaltungsgerichtshof: 18 Aufhebungen des Bescheides, 34 Abweisungen der Beschwerde, 18 Einstellungen des Verfahrens, 1 Zurückweisung der Beschwerde, 2 Abweisungen des Antrages auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. In einem Fall wurde der Beschluss gefasst, dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft Fragen gemäß Art. 234 EG mit dem Ersuchen um Vorabentscheidung vorzulegen.

Zusätzlich wurde in 54 Fällen von den Höchstgerichten die Behandlung, in 25 Fällen der Antrag auf aufschiebende Wirkung abgelehnt, in 7 Fällen wurde dem Antrag auf aufschiebende Wirkung stattgegeben.

Die Entscheidungen betreffen vielfach Beschwerden, die bereits in den Vorjahren eingebracht wurden. Hinsichtlich der Zahlen kann es daher zu Überschneidungen mit den Vorjahren kommen.

In 15 Fällen erfolgte die Anfechtung einer Gesetzesbestimmung wegen Verfassungswidrigkeit.

In 6 gleich gelagerten Fällen wurde der Anfechtung einer Gesetzesbestimmung stattgegeben.

In 3 Fällen erfolgte der Antrag auf Vorabentscheidung an den Europäischen Gerichtshof.

NÖ Schriften 140 – Information

Herausgeber und Medieninhaber: Land Niederösterreich, vertreten durch das Amt der NÖ Landesregierung,
Gruppe Landesamtsdirektion, Abteilung Landesamtsdirektion-Verwaltungsinnovation/Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion: Dipl.-Ing. Michael Stiller . Alle: 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, E-Mail: post.lad1vi@noel.gv.at
Erschienen im Juli 2002 und ausschließlich im Internet unter <http://www.noel.gv.at/agenden> veröffentlicht
Satz: Laudenbach Satz & DTP, 1070 Wien . ISBN 3-85006-139-6

